

Victor Bayer

# Geschichte

# Österreichs.

Von

**Alfons Huber.**

---

## Fünfter Band.

Von 1609 bis 1648.




**Gotha.**

Friedrich Andreas Perthes.

1896.

# Inhalts-Übersicht.

## Neuntes Buch.

## Das Vorspiel der Revolution.

# Zehntes Buch.

## Die Revolution in den österreichischen Ländern und die kirchliche und politische Reaktion.

## Elftes Buch.

## Die Kriege in Deutschland und deren Rückwirkung auf Österreich (1621—1648).

Seite

# Neuntes Buch.

# Das Vorspiel der Revolution.

---

# Erstes Kapitel.

## Die Verschärfung der konfessionellen Gegensätze in Deutschland.

Während die Macht Österreichs infolge der Unfähigkeit Rudolfs II. und des Kampfes mit seinem Bruder wie der Reibungen zwischen den Regenten und Ständen immer mehr sank, wurde auch in Deutschland die Spannung zwischen den verschiedenen Religionsparteien immer größer und gewann die kaiserliche Opposition immer mehr an Boden.

Der Religionsfriede von Augsburg hatte keinen dauernden Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten herbeizuführen vermocht, weil er den Wünschen keiner Partei entsprach und wichtige Fragen gar nicht oder nur oberflächlich und unklar gelöst hatte [1]).

Bei der Schwäche der katholischen Reichsstände und ihrer Furcht vor einem neuen Kriege hatte der Protestantismus anfangs noch bedeutend an Boden gewonnen. Protestantische Fürsten zogen trotz des Religionsfriedens, welcher den Besitzstand beider Religionsparteien, wie er zur Zeit des Passauer

1) Vgl. darüber die Erörterungen von M. Ritter, Der Augsburger Religionsfriede. „Histor. Taschenbuch" VI, F. I. 215—264. Janssen XIII[13], 728 ff. — Die folgende Darstellung der Verhältnisse in Deutschland kann natürlich nur eine summarische sein, und ich verweise dafür auf die Werke von Ritter, Stieve, Janssen, Winter u. s. w.

Vertrages gewesen war, sanktioniert, aber weitere Beeinträchtigungen untersagt hatte, eine große Anzahl von Klöstern und Kirchen ein. Auch der „geistliche Vorbehalt“, welcher vom Könige Ferdinand mit Zulassung der protestantischen Stände in den Religionsfrieden aufgenommen worden war und bestimmte, daß jeder Erzbischof, Bischof, Prälat oder Geistlicher, welcher die Augsburgische Konfession annähme, sein Amt verlieren und daß es dem Kapitel freistehen sollte, an seine Stelle einen Katholiken zu wählen, schützte den Besitzstand der alten Kirche nicht. Protestantische Prinzen brachten die meisten norddeutschen Hochstifter an sich, indem die Domherren, welche in ihrer Mehrheit dem neuen Glauben zugethan oder wenigstens gegen den Alten gleichgültig waren, Glieder eines benachbarten protestantischen Fürstenhauses wählten. Auch in den Gebieten der katholischen Fürsten breitete sich der Protestantismus immer mehr aus.

Aber nach und nach ergriff das religiöse Bewußtsein, welches nach dem Trienter Konzil besonders infolge der Bemühungen der Jesuiten immer mehr erstarkte, auch die katholischen Fürsten. Im Laufe der letzten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts begannen diese in ihren Ländern die Gegenreformation durchzuführen, indem sie ihren protestantischen Unterthanen die Ausübung ihrer Religion untersagten und sie endlich nötigten, entweder katholisch zu werden oder auszuwandern. Die geistlichen Fürsten gingen da nicht anders vor als die weltlichen, obwohl Ferdinand I. beim Abschlusse des Augsburger Religionsfriedens mit Zustimmung der katholischen Fürsten in einem eigenen Patente die Erklärung abgegeben hatte, daß jene Adeligen, Städte und Gemeinden geistlicher Stände, welche seit Jahren der Augsburgischen Konfession anhängig gewesen und den Glauben und die Ordnungen und Zeremonieen derselben öffentlich gebraucht, von ihren Obrigkeiten nicht verfolgt, sondern dabei gelassen werden sollten. Die geistlichen Fürsten erklärten, daß diese Deklaration König Ferdinands, welche in der That vorzüglich mit Rücksicht auf die sächsischen Bistümer erlassen und nicht einmal dem Reichskammergericht

amtlich mitgeteilt worden war, ihnen gänzlich unbekannt und für sie unverbindlich sei.

Dadurch gekräftigt, suchten die katholischen Fürsten dem Protestantismus auch die Gebiete, welche durch Besetzung der bischöflichen Stühle mit Anhängern desselben verloren gegangen waren, wieder abzugewinnen und überhaupt die ihnen günstigen Bestimmungen des Religionsfriedens zur Geltung zu bringen. Der Reichstag, auf welchem infolge der großen Zahl der geistlichen Fürsten die Katholiken die Majorität hatten, wollte keinen Inhaber eines geistlichen Fürstentums mehr zulassen, der nicht vom Papste bestätigt wäre. Das Reichskammergericht und der vom Kaiser ernannte und daher ganz katholische Reichshofrat, der mit jenem in der Gerichtsbarkeit konkurrierte, schritten in mehreren Fällen gegen die Einziehung von Kirchengütern wie gegen Reichsstädte ein, welche die katholische Religion abschaffen wollten. Nicht bloß dem Fortschreiten des Protestantismus wurde Einhalt gethan, auch in dem Besitze, dessen sich seine Anhänger seit 1555 bemächtigt hatten, fühlten sich dieselben bedroht. Ja infolge einzelner Äußerungen katholischer Theologen und Publizisten hielten die Protestanten selbst den Religionsfrieden für gefährdet, wie denn überhaupt die von beiden Seiten ausgehenden Streitschriften nicht wenig zur Verschärfung der konfessionellen Gegensätze beitrugen.

Aber trotz der in weitesten Kreisen herrschenden Aufregung unternahmen die protestantischen Stände doch keine ernstlichen Schritte, um ein weiteres Vorgehen der Katholiken zu hindern, teils weil sie durch Streitigkeiten unter sich gelähmt, teils weil die Kurfürsten von Sachsen, welche noch immer als das Haupt der Lutheraner angesehen wurden, mit einer vorübergehenden Ausnahme gegen jede Störung des Friedens in Deutschland waren und mit dem Kaiser auf dem besten Fuße standen.

Neben dem zum Frieden geneigten Luthertum fand aber in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts auch der mehr offensive Calvinismus in Deutschland Eingang. Der Kurfürst von der Pfalz, der Herzog von Zweibrücken, die Fürsten von An-

halt, der Landgraf von Hessen=Kassel und andere Fürsten traten nach und nach zu demselben über. Wenn nun die Calvinisten von vornherein den Schwerpunkt ihrer Religion und die meisten Glaubensgenossen außerhalb Deutschlands hatten und nationale Gesichtspunkte auf sie wenig Eindruck übten, so mußten sie auch noch dadurch in die Opposition gegen den Kaiser und die bestehenden deutschen Rechtsverhältnisse hineingedrängt werden, daß der Religionsfriede nur den Anhängern der Augsburgischen Konfession Ruhe und Sicherheit garantierte, nicht aber den Calvinisten, die wohl thatsächlich geduldet wurden, aber gesetzlich vom Frieden ausgeschlossen waren.

Die calvinistische Partei, deren Führer der Pfalzgraf Johann Kasimir, der Oheim und Vormund des minderjährigen Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz, und nach dessen Tode im Jahre 1592 dieser selbst war, betrieb schon seit 1589 den Abschluß eines dauernden Bundes der protestantischen Reichsstände, welcher mit den Holländern und den Calvinisten Frankreichs enge Fühlung unterhalten, im Falle der Not diese wohl auch gegen das gefürchtete Spanien unterstützen sollte. Aber der schroffe Gegensatz zwischen den Calvinisten und den orthodoxen Lutheranern, welche jene noch mehr verabscheuten als die Katholiken, Mangel an Entschlossenheit, an Mitteln und an Opferwilligkeit machten lange Zeit einen Erfolg unmöglich.

Da wurde durch die Unterdrückung des Protestantismus in den Ländern des Erzherzogs Ferdinand von Steiermark und die Einschränkung desselben im Erzherzogtum Österreich auch das kaisertreue Sachsen aufgebracht. Daß für den Reichstag, den Rudolf II. auf den November 1607 nach Regensburg berief, um von ihm Geld zum Kriege gegen die Türken und Ungarn zu erhalten, gerade Ferdinand zum Vertreter des Kaisers ernannt wurde, sahen die Protestanten für eine Herausforderung an. Gleichzeitig wurde eine vorherrschend protestantische Reichsstadt, Donauwörth, von einem schweren Schlage getroffen. Die dortige Mehrheit hatte die katholische Minorität nicht bloß von allen Ämtern und Ratsstellen ausgeschlossen, sondern ihr auch die öffentliche Ausübung ihrer Religion unter=

sagt. Als die Mönche des anstoßenden Benediktinerklosters im Jahre 1605 trotzdem mit fliegenden Fahnen einen Bittgang durch die Straßen veranstalteten, wurde dieser vom Rate gehindert und die Fahne weggenommen. Die Wiederholung der Prozession im folgenden Jahre hatte noch schlimmere Folgen, indem die Teilnehmer mit Steinen beworfen und zurückgetrieben, die Fahne zerrissen wurde. Da der Rat, von den unteren Volksklassen eingeschüchtert, jede Genugthuung verweigerte, ja sogar Kommissäre des Herzogs Maximilian von Baiern, welchen der Kaiser mit dem Schutze der Donauwörther Katholiken betraut hatte, persönlich bedroht wurden, ward über die Stadt die Reichsacht ausgesprochen und die Ausführung dieses Urteils dem Herzoge Maximilian übertragen, der mit einem rasch gesammelten Heere am 17. Dezember 1607 den Rat zur Übergabe der Stadt zwang und in der von den Prädikanten verlassenen Pfarrkirche zwei Jesuiten als Prediger anstellte. Die Aufregung unter den Protestanten war eine ungeheuere. Sie sahen in dem Vorgehen gegen Donauwörth, das der Herzog von Baiern bis zum Ersatz der Exekutionskosten in seinen Händen behalten wollte, nur den ersten Schritt zur Ausführung der von den Jesuiten, dem Papste und Spanien angezettelten Pläne zur vollständigen Vernichtung ihres Glaubens.

Als nun bald darauf der Reichstag in Regensburg eröffnet wurde, stellte selbst Kursachsen die Forderung auf, daß vor jeder Steuerbewilligung der Religionsfriede feierlich bestätigt und jede Bestreitung seiner Gültigkeit bei Strafe untersagt werde. Die katholische Majorität erklärte sich damit vollkommen einverstanden, wenn der Zusatz gemacht würde, daß alles, was der eine oder andere Teil seit 1555 sich eigenmächtig angeeignet hätte, zurückgegeben und künftig nichts mehr gegen die Bestimmungen des Friedens unternommen werden sollte. Aber die pfälzische Partei, welche überhaupt nur ihre Auslegung des Religionsfriedens gelten lassen wollte, wies nicht bloß diesen Vorschlag zurück, sondern lehnte auch einen am 16. März vom Erzherzoge Ferdinand im Namen des Kaisers gemachten Vermittelungsantrag ab, daß der

Religionsfriede einfach bestätigt werden, aber aus der Weglassung der beantragten Zusätze niemandem ein Präjudiz erwachsen sollte. Als sich die katholischen Fürsten, denen sich nun auch Sachsen und andere lutherische Reichsstände wieder näherten, sich gegen die Forderungen der pfälzischen Partei aussprachen, erklärten die Mitglieder derselben, daß sie an weiteren Beratungen sich nicht mehr beteiligen würden. Am 28. April 1608 verließen sie Regensburg und sprengten dadurch den Reichstag.

Schon am 14. Mai wurde nun im ansbachschen Dorfe Anhausen zwischen Kurpfalz, Württemberg, Baden-Durlach, Pfalz-Neuburg, Brandenburg-Ansbach und -Baireuth zunächst auf zehn Jahre eine Union abgeschlossen, der bald noch Zweibrücken, Anhalt und einige Reichsstädte beitraten.

Umgekehrt war der Herzog Maximilian von Baiern, der seit der Besetzung Donauwörths am ehesten einen Angriff vonseiten der Protestanten zu befürchten hatte, besonders seit den Vorgängen auf dem letzten Reichstage, für den Abschluß eines Bundes der katholischen Reichsstände thätig und brachte auch endlich am 10. Juli 1609 die Liga zustande, als deren Zweck der Schutz der katholischen Religion und die Erhaltung des Reichsfriedens angegeben waren. Mitglieder waren außer dem Herzoge von Baiern, der Bundesoberst wurde, nur geistliche Fürsten. Ende August schlossen sich auch die drei geistlichen Kurfürsten an. Dagegen war Maximilian entschieden gegen die Aufnahme des Kaisers oder eines österreichischen Erzherzogs nicht bloß wegen der damaligen Zwistigkeiten im Hause Österreich, sondern auch weil er die Führung der katholischen Reichsstände in Deutschland in seine Hände bringen wollte. Doch bemühte er sich, die Unterstützung Spaniens, des Papstes und italienischer Fürsten zu erlangen, gerade so wie die Union eine Anlehnung an Frankreich suchte.

Es dauerte nicht lange, so gerieten die beiden Bünde, die sich in Deutschland gegenüberstanden, in einen Kampf miteinander.

Den Anlaß bot der Tod des Herzogs Johann Wilhelm von Jülich, Cleve und Berg, zugleich Herrn der Grafschaften

Mark und Ravensberg, am 25. März 1609. Da er keine Kinder hinterließ, so erhoben verschiedene Fürsten auf seine Länder Ansprüche. Der Kurfürst von Brandenburg und der Pfalzgraf von Neuburg, von denen ersterer mit einer Tochter von Johann Wilhelms ältester Schwester, letzterer mit der zweiten Schwester desselben vermählt war, stützten sich auf ein Privileg Karls V. von 1546, welches im Falle des Fehlens männlicher Nachkommen den Töchtern des damaligen Herzogs Wilhelm, des Vaters Johann Wilhelms, die Nachfolge zusicherte. Außer diesen kam namentlich noch der Kurfürst von Sachsen in Betracht, der sich auf einen alten Erbvertrag von 1463 und Privilegien der Kaiser Friedrich III. und Maximilian I. berufen konnte. Der Kurfürst von Brandenburg und der Sohn der Pfalzgräfin von Neuburg, welchem diese ihre Rechte abgetreten hatte, nahmen mit Zustimmung der Mehrheit der Stände die streitigen Lande in Besitz und vereinbarten sich, dieselben bis zur definitiven Entscheidung der Streitfrage gemeinsam zu verwalten und gegen jeden andern zu verteidigen. Dieser Vertrag war in erster Linie gegen den Kaiser gerichtet, welcher die Entscheidung der Rechtsfrage für sich in Anspruch nahm und verfügt hatte, daß die Regierung vorläufig von der Witwe des verstorbenen Herzogs und deren Räten unter Beiziehung seiner Kommissäre geführt werden sollte.

Aber infolge der Lage der erledigten Gebiete wurde der Jülichsche Erbfolgestreit weit über das Niveau einer gewöhnlichen Besitzfrage hinausgehoben. Die katholischen und die protestantischen Reichsstände, das Haus Habsburg und die Niederlande mußten es als eine Lebensfrage ansehen, ob diese ausgedehnten Gebiete am Niederrhein in katholische oder protestantische Hände kämen.

Darauf baute namentlich der Erzherzog Leopold, Bischof von Passau und Straßburg, ein junger, ehrgeiziger, thatenlustiger und unbesonnener Mann, der das Brevier gerne mit dem Schwerte und Feldherrnstabe vertauscht und sich eine Krone erworben hätte, seine weitaussehenden Pläne. Er hoffte,

daß bei der Wichtigkeit der Jülichschen Lande für die katholische Welt Spanien, der Papst und die Liga ihm zur Eroberung und Behauptung derselben behilflich sein würden. Wären diese gewonnen, so wollte er mit seinem gesammelten Heere nach Böhmen marschieren und hier dem kampflustigen Teile der katholischen Großen, welche heimlich ein Heer unter Führung des Herzogs von Teschen werben sollten, die Hand reichen. Mit dieser vereinten Macht wollte er dann die Verbindungen der Protestanten in Böhmen, Mähren und Schlesien sprengen und die Hoheit des Kaisers wieder aus dem Staube erheben [1]). Dadurch wollte er sich selbst den Weg zum Throne Böhmens bahnen und die Vorbedingung schaffen, um nach Rudolfs II. Tode deutscher Kaiser zu werden.

Unterstützt von seinen Vertrauten, dem Geheimen Rate Grafen Adolf Althan, dem Hofkriegsratspräsidenten Grafen Sulz und dem Obersten Ramée, gewann Leopold bei einer längeren Unterredung (11. Juli) auch den Kaiser, der ihn zum Haupte seiner Kommissäre ernannte und ihm die Ausführung seiner Verordnungen bezüglich der Regierung der erledigten Länder übertrug. Am 13. Juli reiste der Erzherzog verkleidet nach Jülich ab, dessen Kommandant ihm die Festung übergab, während freilich seine Bevollmächtigten sonst überall zurückgewiesen wurden.

Das Erscheinen des Erzherzogs in Jülich brachte die Krisis in Deutschland zum Ausbruch.

Eine Festsetzung des Hauses Habsburg am Niederrhein wollten weder die Unierten, noch die Holländer und Franzosen dulden. Heinrich IV. von Frankreich wollte die Gelegenheit benutzen, um eine große Koalition aller religiösen oder politischen Gegner Spaniens, Hollands, Englands, der Union, Savoyens und Venedigs, zustande zu bringen und mit Hilfe derselben die Macht des Hauses vollständig zu brechen, die Niederlande und Mailand demselben zu entreißen und es wo-

1) Nach dem Memoire seines im Herbste nach Spanien geschickten Vertrauten Tennagel bei Gindely, Rudolf II. II, 55 ff. und bei Chlumecky, Zierotin, S. 615 ff.

möglich auch von der Kaiserwürde auszuschließen. Obwohl selbst vom französischen Standpunkte aus manches gegen diesen Krieg sprach, ließ sich Heinrich um so weniger abhalten, als er gegen Spanien noch persönlich erbittert war, weil ihm dieses die Gemahlin seines Vetters, des Prinzen von Condé, nicht auslieferte, welche dieser, um sie vor den Nachstellungen des alten Lüstlings zu schützen, nach Brüssel gebracht hatte. Freilich hatten Heinrichs Bestrebungen nicht bei allen Staaten Erfolg. Venedig wollte aus seiner Neutralität nicht heraustreten, andere wie Holland und England wenigstens ihre Mitwirkung auf den nächsten Zweck, die Lösung der Jülichschen Frage im Interesse Brandenburgs und Neuburgs, der „Possidierenden", beschränken. Aber mit dem Herzoge Karl Emanuel von Savoyen, der zwischen Frankreich und Spanien nicht bloß seine Selbständigkeit zu behaupten, sondern durch geschicktes Lavieren noch eine Gebietserweiterung zu erlangen hoffte, wurde ein Bundesvertrag vereinbart, dessen Zweck die Eroberung Mailands war. Auch die Union, der jetzt noch der Kurfürst von Brandenburg und der Landgraf Moritz von Hessen-Kassel wie mehrere Reichsstädte beitraten, machte die Sache der Possidierenden zur ihrigen und suchte die Unterstützung Frankreichs nach. Im Februar 1610 schloß sie mit diesem einen Vertrag, wonach Frankreich 10200, die Union 5000 Mann den Possidierenden zuhilfe schicken, wenn aber daraus ein Krieg entstände, der König die Union mit 10000 Mann, diese jenen mit 5000 Mann unterstützen sollte.

Heinrich IV. traf nun umfassende Rüstungen, um sowohl im Norden unter seiner eigenen Führung als auch im Süden eine bedeutende Armee ins Feld stellen zu können. Auch Jakob I. von England und die Holländer versprachen ihre Truppen gegen Jülich zu schicken, vor dessen Mauern am Beginn des Sommers eine Truppenmacht von ungefähr 33000 Mann vereinigt werden sollte. Umgekehrt war Österreich von inneren Wirren zerrissen, Spanien mit den Rüstungen noch weit im Rückstand, das Haupt der Liga, Maximilian von Baiern, nicht geneigt, wegen der Jülichschen Frage sich in einen ge-

fährlichen Krieg einzulassen. Der Sieg der antihabsburgischen Koalition schien außer Zweifel.

Da wurde Heinrich IV. am 14. Mai 1610 durch einen Fanatiker, Ravaillac, ermordet und dadurch alle Verhältnisse geändert.

Frankreich, wo jetzt für den erst achtjährigen Ludwig XIII. die Königinwitwe Maria von Medici die Regentschaft führte und die katholische Partei wieder größeren Einfluß erhielt, beschränkte sich auf die Mitwirkung bei der Belagerung von Jülich, gab aber alle weitergehenden Pläne auf. Auch die Engländer und Holländer zogen nachhause, als Jülich am 1. September kapitulierte.

So war die Union auf sich selbst angewiesen und bald auch dadurch geschwächt, daß ihr Haupt, der Kurfürst Friedrich IV. von der Pfalz, am 19. September 1610 starb und einen erst vierzehnjährigen Sohn Friedrich V. hinterließ, für welchen der Pfalzgraf von Zweibrücken die Regentschaft führte. Dagegen beschloß die Liga infolge der Gewaltthaten, welche sich die Truppen der Union in den Gebieten mitteldeutscher Bischöfe erlaubt hatten, und eines Angriffs derselben auf das Hochstift Straßburg im August die Aufstellung eines Heeres von 19000 Mann und gestattete zur Erlangung spanischer Subsidien die Aufnahme der Erzherzöge Maximilian und Ferdinand. Die Union machte daher dem Herzoge Maximilian Friedensanträge und schloß mit diesem am 24. Oktober 1610 ein Abkommen, nach welchem beide Bünde ihre Truppen entlassen sollten [1]).

So war der allgemeine Krieg, der Deutschland heimzusuchen drohte, noch verhindert worden. Aber der Riß bestand

1) Die Possidierenden, von denen im Jahre 1613 der Kurfürst von Brandenburg zum Calvinismus, der Sohn des alten Pfalzgrafen von Neuburg zum Katholicismus übertrat, teilten 1614 einstweilen die Verwaltung der Jülichschen Länder in der Weise, daß jener Cleve, Mark und Ravensberg, dieser Jülich und Berg erhielt. Der Kurfürst von Brandenburg erwarb 1618 auch das Herzogtum Preußen, als der Vater seiner Gemahlin ohne Hinterlassung eines Sohnes starb.

fort. Neben einem machtlosen Kaiser gab es zwei Separatbünde mit militärischer Organisation, die ganz entgegengesetzte Tendenzen verfolgten und früher oder später fast notwendig zusammenstoßen mußten.

---

# Zweites Kapitel.

## Die Streitigkeiten des Königs Matthias mit den protestantischen Ständen Österreichs.

---

Auch in den österreichischen Ländern nahmen die Spannung zwischen den protestantischen Ständen und den Regenten und das Zerwürfnis im Herrscherhause selbst in den nächsten Jahren noch zu.

Noch am nämlichen Tage, wo die Stände Niederösterreichs dem Könige Matthias die Huldigung leisteten, am 29. April 1609, verlangten die Protestanten die sofortige Berufung des Landtags, die Einstellung der Vollstreckung gerichtlicher Urteile bis zur Neubesetzung der Gerichte aus Angehörigen beider Religionsparteien und die Entfernung des Bischofs Klesel, den sie mit Recht für ihren gefährlichsten Feind ansahen, oder wenigstens die Ausschließung desselben aus dem Rate. Die Bestimmung der königlichen Resolution, daß über die Kirchen in Hernals und Inzersdorf erst das unparteiische Gericht entscheiden sollte [1]), wurde dadurch illusorisch gemacht, daß der Freiherr von Jörger einen protestantischen Geistlichen auf sein Schloß in Hernals nahm, dessen Predigten besonders von den Wienern zahlreich besucht wurden. Das Gleiche that der Ritter Geyer in Inzersdorf. Gegen die Einsprache der Regierung rechtfertigte sich Jörger durch die Berufung auf eine zu-

1) S. „Geschichte Österreichs" IV, 541 f.

stimmende Äußerung Karls von Liechtenstein. Als Matthias sich zugunsten Klesels auf die allgemein erteilte Amnestie berief, erhoben die Stände neuerdings gegen seine Verwendung am Hofe oder im Dienste des Königs Protest und erklärten, daß sie denselben weder im Landtage noch in Ratsversammlungen dulden und noch weniger neben ihm sitzen würden [1]).

Zu dem Landtage, welchen der König auf den 1. September 1609 nach Wien berief [2]), schickten auch die protestantischen Stände Oberösterreichs sechs Vertreter, darunter Tschernembl und Helmhard von Jörger, um mit ihren niederösterreichischen Glaubensgenossen Hand in Hand zu gehen und auf diese einzuwirken. Nach zweitägigen Beratungen stellten diese, ehe sie sich in die Verhandlung der Regierungsvorlagen einließen, an die katholischen Ständemitglieder die Frage, ob sie die im März geschlossene „Kapitulation" halten und zur Bestellung des unparteiischen Gerichtes für streitige kirchliche Angelegenheiten und zur Errichtung des Hofrates mitwirken wollten. Da die Katholiken zwar dem Wunsche nach gutem Einvernehmen Ausdruck gaben, aber auch erklärten, daß die Resolution des Königs kein allgemeines Werk sei und sie um so weniger binde, weil man sie gar nicht gehört und ihnen nichts mitgeteilt habe, so ließen sich die Protestanten mit ihnen in keine weitere Erörterung ein, machten aber den Ungarn und Mährern davon Mitteilung.

Während sich auf diese Weise die Kluft zwischen den protestantischen und katholischen Ständen Österreichs erweiterte, drohte auch ein vollständiger Bruch der ersteren mit der Regierung. Am 11. September überreichten dieselben dem Könige eine Denkschrift, worin sie sich beschwerten, daß dem

1) Raupach, Erläutertes Evang. Österreichs III, 233 ff. Die hierüber gewechselten Schriftstücke ebendas. Beil. S. 136 ff. Vgl. Wiedemann I, 541.

2) Eine eingehende aktenmäßige Darstellung der Verhandlungen desselben und der sonstigen Vorgänge giebt Raupach a. a. O. S. 240 ff. mit Beilagen S. 144 ff. Vgl. Hurter VI, 199 ff., Stülz, Tschernembl. „Archiv f. österr. Geschq." IX, 193 ff.

Landtage wegen der Errichtung des Hofrates keine Vorlage gemacht, ein Teil der Truppen noch nicht abgedankt und mehrere Bestimmungen der „Kapitulation", um deren Veröffentlichung sie baten, verletzt worden seien. Die Entgegnung des Königs erregte besonders deswegen Anstoß, weil sie nicht an die evangelischen Stände Österreichs überhaupt, sondern nur an die zwei Stände der Herren und Ritter Augsburgischer Konfession in Österreich unter der Enns gerichtet, also die landesfürstlichen Städte und Märkte vollständig ignoriert waren. Darum drehte sich vor allem der Streit in nächster Zeit, ob die Städte als vierter Stand anerkannt werden sollten oder nicht [1]), ob sie als „Kammergüter" unter dem ausschließlichen Einflusse der Regierung stehen oder in den Bannkreis des protestantischen Adels gezogen und damit auch auf die Früchte der Gegenreformation verzichtet werden sollte. Der König, dem auch Klesel dringend riet, den Einfluß auf die Städte nicht preiszugeben [2]), hielt an seiner bisherigen Auffassung fest und weigerte sich auch, ständische Deputationen zu empfangen, bei denen Vertreter der Städte waren.

Unter solchen Verhältnissen hatten die Verhandlungen über die Regierungsvorlagen noch gar nicht begonnen, als die protestantischen Ständemitglieder um die Vertagung des Landtages bis nach der Weinlese ersuchten und manche bereits Wien verließen. Doch ging der König erst dann darauf ein, als auch die Katholiken dieselbe Bitte stellten.

Es verging eine lange Zeit, bis die Stände wieder zusammentraten, da der König Matthias auf den 1. November den ungarischen Reichstag einberufen hatte und sich selbst nach Presburg begab.

1) Als vierter Stand waren sie in der That in der Resolution des Königs vom 19. März 1609 ausdrücklich bezeichnet worden.

2) Dessen Gutachten vom 24. September bei Hammer-Purgstall II, Beil. S. 173 f. Er riet namentlich, die Städte durch Verleihung neuer Rechte an sich zu ziehen, aber die Privilegien jener, die nicht recht katholisch wären, erst nach dem Landtage zu bestätigen und zu den städtischen Wahlen Kommissäre abzuordnen.

Unterdessen dauerten die Verhandlungen fort. Die Protestanten richteten am 1. November eine Eingabe an den König, worin sie neuerdings und zwar unter Anführung bestimmter Fälle darthaten, daß die Resolution vom 19. März in mehreren Punkten nicht ausgeführt, in anderen geradezu verletzt worden sei. Mit der allgemeinen Versicherung des Königs, daß er alles, was er in der Resolution und den mährischen Vermittlern gegenüber versprochen habe, auch halten werde, konnten sich die protestantischen Adeligen unmöglich zufrieden geben. Die Beantwortung ihrer Beschwerdeschrift stellte ihnen Matthias aber erst nach seiner Rückkehr aus Ungarn in Aussicht, weil sie „ausführlich und wichtig“ sei.

So stand man wieder auf demselben Punkte, wo man ein Jahr früher gewesen war. Wieder wendeten sich die Protestanten an die Stände von Mähren und Ungarn, ihre Verbündeten, um Rat und Hilfe. Auch mit Christian von Anhalt traten sie in Verbindung und erklärten sich bereit, bei der Union auf eine gewisse Zahl von Jahren 100000 Gulden zu deponieren, unter der Bedingung, daß die Unierten, wenn die evangelischen Österreicher von den Papisten angegriffen würden, von jenem Gelde in ihren Landen 3000 Mann zu Fuß oder 2000 Fußgänger und 500 Reiter werben lassen und für die Stände unterhalten sollten [1]). Schon jetzt schickte der Kurfürst von der Pfalz Waffen nach Österreich [2]).

Wie sehr sich infolge des Vorgehens des Königs Matthias und der katholischen Partei die Stimmung der Protestanten auch außerhalb des Erzherzogtums Österreich verschlimmert hatte, zeigt namentlich die Haltung Zierotins, des gemäßigtesten unter den Häuptern der Unkatholischen. War er noch im Frühjahr als eifriger Vermittler aufgetreten, um ja einen gewaltsamen Zusammenstoß zu vermeiden, so stellte er sich jetzt entschieden auf die Seite der Österreicher. Er war auch jetzt

1) Anhalt an den Kurfürsten von der Pfalz 5. Dezember 1609 bei Ritter, Briefe und Acten II, 497.

2) Am 31. Dezember spricht Tschernembl den Dank dafür aus, daß die Arma bereits auf dem Wege sind. Gindely II, 96 Anm. 1.

noch gegen eine Verbindung mit der Union oder überhaupt mit dem Auslande. Aber er suchte eine Konföderation aller österreichischen Länder zustande zu bringen, um der katholischen Reaktionspartei eine imponierende Macht entgegenstellen und alle Übergriffe derselben verhindern zu können [1]). Als sich Tschernembl und andere Deputierte der protestantischen Österreicher im Januar 1610 an das mährische Landrecht wendeten, sprach sich Zierotin auf das wärmste für die Erfüllung ihrer Bitten aus. Es wurde denn auch fast einstimmig beschlossen, dem Wunsche der Österreicher entsprechend ihnen im Notfalle mit bewaffneter Macht beizustehen, vorläufig aber eine Deputation zu wählen, welche in Gemeinschaft mit dem ungarischen Palatin zugunsten derselben beim Könige vermitteln sollte. In der vom Kardinal Dietrichstein als dem vornehmsten Mitgliede des Landrechts unterschriebenen Instruktion wurde den Deputierten ganz den Wünschen der Österreicher entsprechend aufgetragen, für die Publikation der Resolution, die Gleichstellung der Bürger mit den übrigen Ständen und die Entfernung Klesels, der „ein unfriedsamer und guter politischer Regierung schädlicher Mensch“ sei, sich zu verwenden [2]).

Weniger eifrig als die Mähren zeigten sich die ungarischen Reichsstände, an welche eine Versammlung der Österreicher, welche trotz des Verbotes des Königs stattfand, im Dezember ebenfalls Deputierte abgeschickt hatte [3]). Die Ungarn fühlten sich stark genug, die ihnen gewährten kirchlichen und politischen Rechte gegen alle Reaktionsgelüste zu behaupten, und wollten für die anderen Länder keine großen Opfer bringen. Der Reichstag beschloß zwar, die Konföderation mit Österreich und Mähren unter die Gesetze aufzunehmen. Aber die von Tschernembl gewünschte Spezifizierung der Fälle, unter denen das Bündnis in Kraft treten sollte, lehnten sie ab, weil sie, wie

1) Chlumecky I, 626 f. 630 f. 636 ff.

2) Chlumecky I, 642 ff.; Stülz a. a. O. S. 200 f. Die von Tschernembl vor dem Landrecht gehaltene Rede ebendas. S. 213 ff.

3) Berichte und Aktenstücke bei Raupach a. a. O. S. 252 ff.; Stülz S. 198 ff.

sie sagten, gar nicht zweifelten, daß der König die den Österreichern gemachten Versprechungen halten würde. Doch hatte der neue gewählte Palatin Graf Georg Thurzó den König wenigstens bewogen, den niederösterreichischen Landtag auf den 3. Februar wieder zu berufen, und begab sich selbst nach Wien, um die Vermittlung in die Hand zu nehmen.

Eine solche war um so notwendiger, als sich die Gegensätze immer mehr zuspitzten. Die protestantischen Stände gaben am 16. Januar 1610 neuerdings die Erklärung ab, daß sie sich auf dem Landtage in keine Verhandlung einlassen, ja nicht einmal bei diesem erscheinen würden, wenn nicht vorher die Resolution publiziert, das Kriegsvolk abgedankt und aus dem Lande entfernt und ihren andern Beschwerden abgeholfen wäre [1]). Die katholischen Stände legten dagegen Verwahrung ein, ja am 1. Februar schlossen 16 Prälaten, 29 Herren mit Liechtenstein und Klesel an der Spitze und 18 Ritter auf die Dauer von drei Jahren einen förmlichen Bund, „um der römisch-katholischen Religion völligen Untergang oder wenigstens starken Abbruch zu verhüten“. König Matthias hatte den Plan ausdrücklich gebilligt und genehmigte das Bündnis mit dem Bemerken, daß er, wenn die Anhänger der Augsburgischen Konfession zu den Waffen griffen, mit den katholischen Ständen als den Verfechtern einer gerechten Sache leben und sterben und sein ganzes Vermögen daran setzen werde [2]).

Thurzó stellte sich anfangs entschieden auf die Seite der protestantischen Österreicher und führte eine sehr drohende Sprache. Den königlichen Räten gegenüber äußerte er, daß es zu einem Generalkriege in allen unierten Ländern kommen werde, wenn die Stände nicht befriedigt würden. Die Ungarn, sagte er, hätten Matthias vorzüglich deswegen zum Könige gewählt, weil ihm Mähren und Österreich gehörte, sonst hätten sie wohl einen Ungarn genommen. Wenn

1) Raupach a. a. O. Beil. S. 171 ff.

2) Hammer-Purgstall, Khlesl II, 160 und Hurter VI, 211 ff., der auch für das Folgende mit der Darstellung bei Raupach S. 282 ff. und Stülz S. 202 ff. zu vergleichen ist.

es zum Kriege käme, wären sie gezwungen, ein Haupt zu wählen, das stark zu Schutz und Beistand sei, womit er auf Polen hindeutete [1]). Dann aber suchte er doch auf beide Teile mäßigend einzuwirken. Er machte im Einvernehmen mit Trautson und Mollart den Vorschlag, daß der König die gesamten Stände vor sich rufen und einen Antrag stellen, dann beide Religionsparteien in Gegenwart der Vermittler ihre Wünsche und Bedenken vortragen sollten. Die Protestanten wollten sich aber über den Inhalt der Resolution nicht erst in eine Verhandlung mit den Katholiken einlassen, sondern verlangten neuerdings die einfache Bestätigung derselben. Unter Thurzós Vermittlung wurden daher die Verhandlungen fortgesetzt, wobei wieder die Forderung der Protestanten, daß die Resolution veröffentlicht und die Städte und Märkte als gleichberechtigter vierter Stand anerkannt werden sollten, die Hauptschwierigkeit bildete.

Zwar nicht bezüglich der Form, wohl aber bezüglich der Sache drangen die Protestanten in den wichtigsten Punkten durch. In einem vom 21. Februar datierten Dekret [2]) erklärte der König noch einmal den vier Ständen Unter- und Oberösterreichs, daß er alle in der Resolution vom 19. März 1609 gemachten Versprechungen halten und ausführen, die landesfürstlichen Städte und Märkte, wie seine Vorfahren gethan, als vierten Stand anerkennen und bei den ihnen bezüglich der Religionssachen gemachten Zusagen und den anderen Freiheiten erhalten werde. Die Katholiken wie die Bekenner der Augsburgischen Konfession sollten einander in ihrer Religion nicht stören. Am 3. März ließ dann der König auch protestantische Vertreter der Städte mit Deputierten des Adels zur Audienz zu. Bezüglich der Publikation, welche der König wohl wegen der katholischen Mächte, die ihn ohnehin schon verketzerten, nicht zulassen wollte, wählte man den Ausweg, daß dieses Dekret durch den Palatin vor den versammelten Ständen, Ka-

1) Stülz S. 202.

2) Bei Raupach a. a. O. Beil. S. 179 ff. Am 21. Februar war es vom Palatin konzipiert worden. Vorgelesen wurde es erst am 27.

tholiken wie Protestanten, verlesen und darin ausdrücklich betont wurde, es sei infolge dessen die Veröffentlichung nicht mehr notwendig.

Diese Form der Publikation band freilich nur die katholischen Stände, welche ausdrücklich ihre Zustimmung erklärten, während die Gerichte sich noch immer mit der Unkenntnis der Resolution des Königs entschuldigen konnten. Auch das unparteiische Gericht und der Hofrat wurden nie eingeführt. Aber bezüglich der Religionsfrage und der Stellung der Städte hatten die Protestanten einen neuen Sieg erfochten, der nur zur Schwächung des Ansehens der Regierung beitragen konnte.

Matthias und seine Räte waren zu dieser Nachgiebigkeit hauptsächlich durch die immer drohender werdende Haltung des Kaisers veranlaßt worden.

# Drittes Kapitel.

## Der Einfall des Passauer Kriegsvolks und das Ende des Kaisers Rudolf II.

Rudolf gab die feindselige Haltung gegen seinen Bruder trotz der bedrängten Lage, in die er selbst geraten war, nicht auf. Rache an Matthias und Wiedergewinnung der Länder, welche er diesem hatte abtreten müssen, waren das Ziel, das er unter allen Verhältnissen anstrebte. Jedes Mittel hielt er für erlaubt, wenn es ihn demselben näher zu bringen schien. Er machte im Herbste 1609 neuerdings einen Versuch, Karl von Liechtenstein auf seine Seite zu ziehen, der aus Haß gegen Klesel mit Breuner und Harrach im Februar den Hof des Königs Matthias verlassen und Verbindungen mit dem Erzherzoge Albrecht und dem Könige von Spanien anzuknüpfen

gesucht hatte [1]), aber vom Kaiser am wenigsten etwas wissen wollte, und sich dann doch wieder zur Rückkehr nach Wien bewegen ließ [2]). Er setzte die Verbindungen mit den protestantischen Adeligen Österreichs fort, von denen einige wie Gotthard Starhemberg, Wolf von Hofkirchen, der Herr von Kunfstein und Ehrenreich von Puchheim ihm Hoffnung machten, daß ganz Österreich wieder unter seine Herrschaft zurückkehren würde [3]). Er versprach nicht bloß allen Mitgliedern der Stände des Landes ob und unter der Enns Amnestie, sondern auch freie Religionsübung wie unter Maximilian II und erklärte sich bereit, diese durch einen Majestätsbrief sicher zu stellen [4]). Er schreckte auch vor Anwendung von Waffengewalt nicht zurück, trug sich aber eine Zeit lang mit der Erwartung, mit Unterstützung eines Fürstenkongresses wieder in den Besitz aller seiner Länder gelangen zu können.

Die Freunde des Hauses Habsburg wie die Feinde des Protestantismus begegneten sich in der Überzeugung, daß die Hauptquelle alles Unglücks in der Feindschaft zwischen Rudolf

1) Gindely, Rudolf II. II, 93. Vgl. Stieve in „Briefe und Acten zur Gesch. des Dreißigjähr. Krieges" VI, 574, N. 2. 582. 583. 592 f. 605. 607. 620. 627. 628. N. 5. 634. 645. 655 f. 668 ff. 733. Bezüglich Breuners und Harrachs bemerkt der päpstliche Nuntius in Wien im Bericht vom 22. August 1609 ausdrücklich: mal contenti et dando la colpa della loro demissione al Cleselio. Kerschbaumer, Cardinal Klesel, S. 149 Anm. 2.

2) Gindely II, 96 f. Es hängt wohl mit dieser Rückberufung Liechtensteins zusammen, daß König Matthias im Herbste 1609 Klesel die Kardinalswürde verschaffen und auf diese Weise aus Österreich entfernen wollte, was aber dieser ablehnte. Kerschbaumer S. 144 ff.

3) Diese nennt Hammer-Purgstall II, 199, die beiden ersteren allein Hurter VI, 274 f., die drei letzten ein Schreiben Wolfs von Losenstein an die oberösterreichischen Stände vom 27. Mai 1610 im „Notizenbl." 1859, S. 402 ff.

4) Mit Datum vom 19. April 1610 vollständig bei Kurz, Beiträge IV, 80, Nr. XLIII, dann vom 20. Mai im Auszug bei Hammer-Purgstall II, 198 und Hurter VI, 274. Ritter, Deutsche Gesch. II, 350 N. 1 hält es für zweifelhaft, ob dieses Patent nur Entwurf oder wirklich ausgefertigt worden sei.

und Matthias liege, und daß Aussöhnung derselben das einzige Mittel sein würde, um die steigende Macht der Stände einzudämmen und die Protestanten in die früheren Schranken zurückzuweisen. Diese Aussöhnung glaubte man aber am leichtesten durch eine Versammlung der Erzherzöge und befreundeten Fürsten herbeiführen zu können, welche schon beim Ausbruch des Bruderzwistes geplant worden, aber infolge des Mißtrauens des Kaisers nicht zustande gekommen war.

Matthias war einem solchen Konvente nicht abgeneigt unter der Voraussetzung, daß seine Besitzungen und Rechte nicht angetastet würden. Denn nur mit Zustimmung Rudolfs konnte er seine Wahl zum römischen Könige durchzusetzen hoffen. Auch vermochte er ohne die Subsidien Böhmens und des deutschen Reichstages die ungarischen Festungen nicht einzuhalten und den Sold für die Besatzungen derselben nicht aufzubringen. An die Erlangung solcher Unterstützungen war aber gar nicht zu denken, so lange der Kaiser und König von Böhmen in Matthias einen gefährlicheren Feind erblickte als in den Türken. Rudolf wünschte allerdings keine Aussöhnung, sondern Wiederherstellung seiner früheren Machtstellung. Aber es gab Augenblicke, wo er glaubte, daß ein Fürstenkongreß geneigt und imstande sein würde, seinen Bruder zur Herausgabe der ihm entrissenen Länder zu bewegen. In einer solchen Stimmung ließ er sich vom Kurfürsten Ernst von Köln, der sein besonderes Vertrauen genoß und auf seine wiederholte Einladung nach Prag gekommen war, im Januar 1610 zur Berufung der Fürstenversammlung [1]) bewegen, freilich erst nachdem einmal die schon ausgefertigten Einladungsschreiben wieder vernichtet worden waren und Ernst seine Abreise angekündigt hatte.

Mit Ausnahme Maximilians von Baiern leisteten alle dem Rufe Folge. Die Kurfürsten von Mainz, Köln und Sachsen, die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand und der Landgraf

1) Über diesen Prager Kongreß und seine Vorgeschichte s. Gindely II, 91–150, von älteren Darstellungen Hurter VI, 247–342.

Ludwig von Hessen-Darmstadt trafen Ende April in Prag ein. Der Erzherzog Albrecht hatte einen Vertreter gesendet. Außer diesen nahm auch der Herzog Heinrich Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel an den Verhandlungen teil, der um dieselbe Zeit nach Prag gekommen war, um sich in seinem Streite mit der Stadt Braunschweig die Unterstützung des Kaisers zu verschaffen. Später schickte auf Wunsch des Konventes auch König Matthias den Fürsten Liechtenstein, den Vizekanzler Ulrich von Krenberg und die Herren Helffrich von Meggau und Richard von Starhemberg als Bevollmächtigte.

Da der Kaiser als „Genugthuung" nichts Geringeres als die Zurückgabe der an Matthias abgetretenen Länder und die Verzichtleistung desselben auf die ihm zugesicherte Anwartschaft auf die böhmische Krone verlangte und die drei Kurfürsten unbegreiflicherweise diese Forderungen unterstützten, so schien jede Hoffnung auf ein Ergebnis des Kongresses ausgeschlossen zu sein. Erst als der Kurfürst von Köln, der Erzherzog Ferdinand und der Herzog von Braunschweig auf einer Reise nach Wien die überall herrschende Abneigung gegen den Kaiser kennen lernten, überzeugten sie sich von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes und suchten eine andere Form der Genugthuung vonseite des Königs ausfindig zu machen. Am 15. Juli kam ein Vertragsentwurf zustande. Das Mißtrauen und die krankhafte Launenhaftigkeit des Kaisers, der zugleich von mehreren Seiten gegen den Frieden aufgestachelt wurde, griffen aber auch jetzt störend ein. Wiederholt verlangte er die Abänderung von Bestimmungen, über die man sich schon geeinigt hatte. Es war in erster Linie das Verdienst des Herzogs von Braunschweig, daß nach mehr als viermonatlichen Verhandlungen am 10. September 1610 ein Vertrag vereinbart wurde, der noch am nämlichen Tage vom Kaiser und den in Prag anwesenden Fürsten und am 30. September auch von Matthias unterzeichnet wurde [1]). Danach sollte dieser durch die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand und den Herzog Heinrich Julius

1) Der Wortlaut bei Hammer-Purgstall II, Beil., S. 247 ff.

nach einer früher vereinbarten Form Abbitte leisten, die Abtretung der Länder für eine besondere Wohlthat und Gnade ansehen, den Kaiser als das höchste Haupt der Christenheit und des Hauses Österreich und für die österreichischen Länder als Lehensherrn anerkennen, sich gegen denselben nie in eine Feindseligkeit einlassen und sich in die Reichsangelegenheiten nicht einmischen. Die früher gestellte Forderung einer jährlichen Pension für die abgetretenen Länder hatte der Kaiser fallen lassen. Dagegen war aber ein Artikel gestrichen worden, wonach der Kaiser aus seinen Königreichen und Ländern einen Beitrag zur Erhaltung der Grenzen in Aussicht gestellt hatte.

Auch die Hoffnung des Matthias, daß die in Prag versammelten Fürsten auf den Kaiser in der deutschen Thronfrage einen Druck ausüben und seine Empfehlung als Nachfolger Rudolfs durchsetzen würden, scheiterte vollständig. Auf Antrag Schweikharts von Mainz stellten zwar die drei Kurfürsten vor ihrer Abreise an den Kaiser die dringende Bitte, einen ihm genehmen Nachfolger zu bezeichnen. Aber Rudolf hätte dazu am wenigsten den König Matthias bestimmt und war, wenn überhaupt für jemanden, für den Erzherzog Leopold, für welchen er auch beim Herzoge Wilhelm von Baiern um die Hand seiner Tochter Magdalena anhielt, indem er zugleich das Versprechen gab, denselben reichlich mit Besitzungen auszustatten. Die beiden rheinischen Erzbischöfe wollten von Matthias wegen seines Auftretens gegen den Kaiser und seiner Nachgiebigkeit gegen die Protestanten nichts wissen und hätten am liebsten den Erzherzog Ferdinand von Steiermark auf den Thron erhoben, obwohl sie auch gegen dessen Bruder Leopold nichts einzuwenden hatten [1]). Da der Kurfürst von Sachsen auch gegen Ferdinand, den Verfolger der innerösterreichischen Protestanten, war, aber sich der Wahl Leopolds nicht abgeneigt zeigte, so standen in diesem Zeitpunkte die Aussichten für denselben recht günstig. Im Dezember gab ein Kölner Domherr

1) Schon am 31. August 1609 hatten sich die drei geistlichen Kurfürsten über die Wahl Leopolds geeinigt. Hurter VI, 431.

in Prag im Namen der drei rheinischen Kurfürsten und Sachsens dem Kaiser gegenüber die förmliche Erklärung ab, daß sie zur Wahl Leopolds geneigt seien, wenn dieser einen entsprechenden Länderbesitz erhielte [1]).

Diesen sollte ihm eine Unternehmung verschaffen, welche der Kaiser und der Erzherzog schon seit längerer Zeit geplant hatten und jetzt zur Ausführung brachten.

Schon im Januar 1610, wo der Kaiser noch schwankte, ob er die verlorenen Länder seinem Bruder mit Waffengewalt wieder entreißen oder durch Vermittelung des Fürstenkongresses zu gewinnen suchen sollte, hatte er mehreren Vertrauten des Erzherzogs Leopold Vollmacht erteilt, in dessen Hochstifte Passau Werbungen zu veranstalten [2]). Diese wurden mit solchem Eifer betrieben, daß in einigen Monaten ein Heer von 8000 Mann [3]) beisammen war, das sich noch immer vermehrte. Angeblich war dieses bestimmt, die Verfügungen des Kaisers bezüglich des Herzogtums Jülich zur Durchführung zu bringen. Aber bald tauchte der Verdacht auf, daß der Kaiser sich dieser Truppen zur Besetzung Böhmens oder zur Eroberung Österreichs bedienen wolle. König Matthias und die Stände seiner Länder untersagten daher diese Werbungen und stellten auch ihrerseits Truppen auf. Zugleich forderte Matthias bei den Verhandlungen mit den in Prag weilenden Fürsten wiederholt die Entlassung dieses Kriegsvolks und legte beim Abschlusse des Vertrags mit seinem Bruder gerade auf diesen Punkt besonderes Gewicht. Es war auch in demselben ausdrücklich bestimmt worden, daß der Kaiser wie der König binnen einem

1) Gindely II, 158 ff.

2) Für das Passauische Kriegsvolk und dessen Einmarsch in Böhmen verweise ich auf die Darstellungen Hurters VI, 348—422 und Gindelys II, 164—242, welche nicht bloß die vom Herzoge Heinrich Julius von Braunschweig, Fr. Kurz, Hanka u. a. veranstalteten Sammlungen von Aktenstücken, sondern auch wichtige ungedruckte Berichte und Urkunden benutzt haben. Einige Aktenstücke hat auch Oberleitner im „Notizenblatt der kais. Akad." 1859, S. 385 ff. 401 ff. 417 ff. und 433 ff. mitgeteilt.

3) Pritz, Gesch. des Landes ob der Enns II, 330 ff.

Monate ihr Kriegsvolk von den Grenzen abführen, wenn aber dies oder die gänzliche Abdankung aus erheblichen Ursachen so rasch nicht geschehen könnte, es wenigstens nicht gegen den andern Teil verwenden sollte. Erst dann ratifizierte Matthias den Vertrag, als der Kaiser mündlich die Entlassung der Truppen innerhalb dieser Frist versprochen und der Herzog von Braunschweig sich persönlich dafür verbürgt hatte.

Heinrich Julius begnügte sich auch nicht mit dem bloßen Versprechen, sondern nahm selbst die Durchführung in die Hand. Weil die Abdankung der Truppen, welche endlich auf 12000 Mann angewachsen waren, nur möglich war, wenn diesen die Soldrückstände gezahlt wurden, so erbot er sich, für den Kaiser eine Anweisung auf 100000 Thaler auszustellen, und suchte auch andere zu Darlehen zu bewegen. Da die böhmischen Landesbeamten allein 200000 Gulden vorzustrecken versprachen, so hatte der Herzog, auch wenn Rudolf selbst gar nichts beisteuerte, bis Ende des Oktober ungefähr 148000 Gulden bar und 312000 in Anweisungen zusammengebracht, eine Summe, welche damals, wie es scheint, zur Befriedigung der Passauer ausreichend gewesen wäre [1]). Er reiste dann selbst am 10. November von Prag nach Passau, wohin ihm der Zahlmeister mit dem Gelde und den Anweisungen unmittelbar folgen sollte.

Aber Tag für Tag verfloß, ohne daß der Zahlmeister erschien.

Die maßgebenden Persönlichkeiten waren überhaupt gegen die Verabschiedung der Passauer. Ob der Kaiser nach der Aussöhnung mit seinem Bruder, wenigstens vorübergehend, dazu bereit gewesen ist, kann zweifelhaft erscheinen [2]). Sicher

1) S. über diesen für Beurteilung der ganzen Sachlage sehr wichtigen Punkt Gindely II, 174.

2) Da es sich um geheime Absichten handelte und der Kaiser auch in dieser Frage seine Gesinnung mehrmals gewechselt haben kann, läßt sich ein strenger Beweis für die eine oder die andere Annahme nicht liefern. Beachtung verdient jedenfalls, daß der Freiherr von Pöttingen, den Erzherzog Maximilian von Tirol in geheimer Sendung nach Passau schickte,

scheint, daß der Erzherzog Leopold das kampfbereite Heer benutzen wollte, um seine Pläne zur Ausführung zu bringen und sich vor allem der Krone Böhmens zu bemächtigen, obwohl dies nur durch Beraubung des berechtigten Nachfolgers und durch Anerkennung des Wahlrechts der Stände möglich war und dieses Wahlrecht dann auch einmal zugunsten eines fremden Fürsten, eines Protestanten, ausgeübt werden konnte. Mit dem Erzherzoge spielten aber auch der Präsident und die einflußreichsten Mitglieder des Hofkriegsrates, die Grafen von Sulz und Althan und der Herr von Trauttmansdorf unter einer Decke, die selbst beim Passauer Kriegsvolke hohe Stellen inne hatten. Konnten diese auch beim besten Willen des Kaisers der Entlassung der Truppen die größten Schwierigkeiten bereiten, so ließ sich Rudolf nur zu leicht umstimmen, wenn sich ihm die Möglichkeit zeigte, seinen jetzigen Liebling Erzherzog Leopold auf den böhmischen Thron zu erheben und später auch mit der Kaiserkrone zu schmücken und dadurch an seinem Bruder Matthias Rache zu nehmen, mit dem er sich doch nur äußerlich ausgesöhnt hatte.

Da die Abdankung nicht erfolgte und im kleinen Gebiete von Passau nach und nach alle Lebensmittel aufgezehrt wurden, so griff unter den Truppen eine meuterische Stimmung um sich, welche die ärgsten Ausschreitungen befürchten ließ. Man gab auch offenbar absichtlich die Zügel aus der Hand, indem alle Anführer höherer Abkunft, Graf Althan, der jüngere Sulz und Trauttmansdorf unter verschiedenen Vorwänden das Corps verließen und nur der Oberst Ramée zurückblieb, der, wie es scheint, nichts zu verlieren, wohl aber alles zu gewinnen hatte.

schon am 24. November meldet, er sei glaubwürdig berichtet worden, daß der Oberst Ramée vom Kaiser zwei Schreiben habe, eines, das er jedermann sehen lasse, des Inhalts, daß er das Volk zur Abdankung bewegen solle, das andere, geheime, daß der Kaiser „zu sonderbarer Notdurft" dasselbe derzeit nicht entlassen könne. A. Jäger, Beitrag zur Gesch. des Passauischen Kriegsvolkes. „Archiv f. österr. Gesch." LI, 265. Daß je ernstlich die Absicht bestanden habe, das Volk nach Tirol zu schicken, ist mir ebenfalls sehr unwahrscheinlich. Es war dies wohl nur ein absichtlich ausgesprengtes Gerücht, um die wahren Absichten zu verbergen.

Immer dringender forderten die Soldaten Geld oder die Erlaubnis zur Veränderung der Quartiere.

Gerade dies entsprach den geheimen Plänen der eingeweihten Personen, welche auf diese Weise ohne Mitwirkung von ihrer Seite die Verlegung der Truppen nach Böhmen erreichten. Der Hofkriegsrat hatte sich schon am 17. September dafür ausgesprochen, den Passauern die kaiserliche Herrschaft Krumau und die Stadt Budweis mit deren Umgebung als Quartiere anzuweisen, obwohl nach der böhmischen Verfassung der König ohne Zustimmung der Stände keine Truppen ins Land führen durfte.

Was längst befürchtet werden mußte, geschah. Als der Herzog von Braunschweig, der selbst nach Prag gereist war, um die notwendigen Summen aufzubringen, am bestimmten Tage nicht zurückkam, brachen die Soldaten unter Führung Ramées am 21. Dezember aus ihren Quartieren auf und überschritten die Grenze des Bistums. Aber sie wendeten sich zunächst nicht nach Böhmen, sondern nach Oberösterreich, wo rasch ein großer Teil des Landes überschwemmt wurde. Gleichzeitig erschien ein Rat des Erzherzogs Leopold beim Herzoge Maximilian von Baiern und bat ihn für seine im Bistum Straßburg geworbenen Truppen um die Erlaubnis, durch Baiern nach Oberösterreich marschieren zu dürfen. Er erklärte offen, daß der Kaiser einen Angriff auf seinen Bruder beabsichtige, um diesem zuvorzukommen und nicht wieder von ihm beraubt zu werden. Dem Kaiser war von seinen Astrologen prophezeit worden, daß er diesmal im Kriege glücklich sein und Matthias gefangen nehmen werde, und er rechnete wohl auch auf die Erhebung der Österreicher, welche ihm Gotthard Starhemberg, Hofkirchen und Althan in Aussicht gestellt hatten. War Matthias gestürzt, dann konnte er in Böhmen um so leichter den Herrn spielen.

Aber keine dieser Hoffnungen Rudolfs ging in Erfüllung. Die Verordneten des Landes ob der Enns erließen den Befehl zu einer allgemeinen Landesbewaffnung. Überall setzte man sich zur Wehr, wogegen sich die Soldaten durch Plünderung,

frevelhafte Vernichtung der Lebensmittel und Mißhandlung und Verstümmelung der Einwohner, besonders der Weiber, rächten. Da auch der König Matthias und die Stände Mährens umfassende Rüstungen unternahmen und die im Herbste entlassenen Truppen neuerdings einberiefen, so führte Ramée seine Soldaten über die Donau und überschritt am 30. Januar 1611 bei Leopoldschlag die Grenze Böhmens, wohin mehr als dritthalbhundert Wagen mit erbeuteten Gegenständen geführt wurden.

Rasch vorrückend bemächtigte sich Ramée am 1. Februar beim Morgengrauen durch List der Stadt Budweis, von wo er die Geschütze mit sich nahm, erzwang dann auch die Aufnahme in das feste Tabor und marschierte nun nach mehrtägiger Rast über Beraun gegen Prag, vor dessen Mauern er am 13. Februar anlangte. Erzherzog Leopold, welcher trotz der Warnungen des spanischen Gesandten Zuñiga und des päpstlichen Nuntius entschlossen war, die letzte Karte auszuspielen, begab sich jetzt offen als Obergeneral in die Mitte der Passauer.

Die Versuche derselben, Prag durch Überfall in ihre Hände zu bringen, mißlangen anfangs, da die seit zwei Wochen versammelten Stände bereits Werbungen veranstaltet und auch die Einwohner der Stadt die Waffen ergriffen hatten. Aber am frühen Morgen des 15. Februar drangen die Feinde unerwartet in die am linken Moldauufer gelegenen Stadtteile und blieben nach harten Kämpfen in den Gassen und auf dem dortigen Platze Herren der Kleinseite, wo sie von den in großer Zahl dort wohnenden Italienern unterstützt worden waren. Zwei Reiterfähnlein waren auch über die Karlsbrücke glücklich in die Altstadt gelangt. Da aber die ihnen folgenden durch die Kanonen des Brückenturms zurückgetrieben wurden, wurden sie von den städtischen Truppen und den Bürgern sämtlich niedergemacht. Weil man glaubte, daß die Katholiken, besonders die Geistlichen, mit denselben einverstanden gewesen seien und sich zugleich übertriebene Gerüchte über die Ausschreitungen der Passauer verbreiteten, so wendete sich die Wut

der Bevölkerung auch gegen die Klöster. Mehrere derselben wurden ausgeplündert, die Mönche ermordet. Von fünfzehn Brüdern des Franziskanerklosters bei Maria Schnee rettete ein einziger das Leben, der sich auf das Dach eines benachbarten Hauses geflüchtet hatte. Dagegen wurden die am meisten verhaßten Jesuiten durch die Führer der bei ihrem Kollegium lagernden Truppen, besonders Wenzel Kinsky, gegen den wütenden Pöbel geschützt.

Am folgenden Tage bewog der Erzherzog auch die wenig kampflustigen ständischen Truppen, welche auf dem Hradschin lagerten, zu einem Vertrage, welcher ihm diesen festen Stadtteil und die Burg in die Hände lieferte. Sie schwuren vereint mit den Passauern dem Kaiser Treue und verpflichteten sich, mit jenen die Interessen desselben zu verteidigen. Rudolf, der sich früher immer gestellt hatte, als mißbillige er das Einrücken der Passauer, erklärte sich jetzt offen für ihr Oberhaupt. Die obersten Beamten, von denen Slawata und Martinitz schon früher mit dem Erzherzoge einverstanden gewesen zu sein scheinen, fügten sich der vollzogenen Thatsache.

Aber alle Bemühungen des Erzherzogs und des Kaisers, auch die Alt- und Neustadt zur Unterwerfung zu bewegen, waren vergeblich. Die Aufforderung, welche Rudolf an die Bürger und die auf dem Altstädter Rathause versammelten Stände richtete, eine Besatzung aus den Passauern aufzunehmen und ihre Truppen für ihn beeiden zu lassen, wiesen dieselben zurück. Auch die Drohung mit einem Bombardement brachte keine Wirkung hervor. Man ließ dem Kaiser sagen, daß sämtliche Arbeiter, bei 7000, geschworen hätten, beim ersten Schuß alle katholischen Gebäude dem Erdboden gleich zu machen und die Bewohner derselben zu ermorden. Ein Versuch, diese Stadtteile mit Waffengewalt zu nehmen, wäre völlig aussichtslos gewesen, da sie durch die Moldau gedeckt waren und die Zahl der Verteidiger infolge des Eintreffens des Landesaufgebotes von Tag zu Tag zunahm, so daß man sie schon am 19. Februar auf 30000 Mann schätzte, und bald auch Truppen des Königs Matthias eintreffen konnten, an welchen

sich die Böhmen um Hilfe gewendet hatten. Werbungen, welche der Kaiser anordnete, waren nicht ausführbar, weil die Offiziere aus Furcht vor den Bauern, die jeden Verdächtigen totschlugen, Prag nicht zu verlassen wagten.

Der Ausgang dieser „Komödie", wie Zuñiga das Unternehmen schon nach der Einnahme der Kleinseite nannte [1]), war daher bald vorauszusehen. Erzherzog Leopold selbst sprach jetzt davon, Kapuziner zu werden, und bat den spanischen Botschafter, ihn mit dem päpstlichen Nuntius zum Könige Matthias zu begleiten und ihn mit diesem auszusöhnen, was aber derselbe trocken ablehnte. Denn Zuñiga glaubte, selbst der Teufel hätte nichts den Katholiken Schädlicheres ersinnen können, als diesen Marsch der Passauer, der ihnen in furchtbarem Grade den Haß der Böhmen zugezogen habe [2]).

Man knüpfte wieder Unterhandlungen mit den Ständen an, um sie zum Abschlusse eines Friedens mit den Passauern und zur Entlassung ihres Aufgebotes zu bewegen, wogegen der Kaiser binnen vier Tagen die Entfernung jenes Corps aus Prag in Aussicht stellte. Aber die Stände trauten nach den gemachten Erfahrungen keinen Versprechungen mehr. Sie verlangten nicht bloß die unverzügliche Entfernung der Passauer aus dem ganzen Reiche, sondern auch Ersatz des Schadens, den dieselben angerichtet hatten. Sie zogen übrigens absichtlich die Unterhandlungen hin, um Zeit zu gewinnen, bis die Truppen des Königs Matthias in Prag eingetroffen wären [3]).

Der Kaiser und der Erzherzog sahen endlich selbst ein, daß die Entlassung der Passauer der einzige Ausweg aus den zunehmenden Schwierigkeiten sei, und man unterhandelte nun mit diesen selbst über die Bedingungen der Abdankung. Doch

1) Gindely II, 207.

2) Zuñiga an Philipp III. am 28. März 1611 bei Gindely II, 253 Anm. 3.

3) Was Gindely II, 223 als Vermutung geäußert hat, wird durch das von ihm übersehene Schreiben Wenzel Kinskys an Matthias vom 2. März im „Notizenblatt d. kais. Akad." 1859, S. 423 ausdrücklich bestätigt.

stellten sie so hohe Forderungen, daß die vorhandenen Mittel zur Befriedigung derselben nicht ausreichten, weil die böhmischen Stände jetzt natürlich jede Unterstützung verweigerten. Es drohte eine förmliche Meuterei, welche vielleicht nur dadurch verhütet wurde, daß die Führer der Passauer selbst die Notwendigkeit einsahen, auf ihre Rettung zu denken. Am 8. März verließ Ramée mit dem größeren Teile der Reiterei und dem vom Kaiser zur Bezahlung der Soldrückstände erhaltenen Gelde heimlich Prag und schlug den Weg nach Budweis ein. In der Nacht vom 10. auf den 11. März folgte der Erzherzog Leopold mit dem Reste, dem sich auch Sulz und Althan anschlossen. Die zurückgelassenen Kranken und Verwundeten wurden von den Böhmen auf gräßliche Weise ermordet. Ein Teil der Passauer mit dem Erzherzoge und Ramée zog, reiche Beute mit sich schleppend, über den goldenen Steg durch den Böhmer Wald nach Passau [1]). Die übrigen, welche sich in Budweis und Krumau festgesetzt hatten, wurden teils vom Könige Matthias in Sold genommen, teils mit Geld abgefunden und abgedankt.

Dieser Einfall des Passauischen Kriegsvolks und sein unglücklicher Ausgang wurden auch für den Kaiser verhängnisvoll. Matthias konnte nach dem Einbruche desselben in Österreich und Böhmen nicht mehr zweifeln, daß Rudolf die Wiedereroberung der ihm abgetretenen Länder und seinen Ausschluß von der Nachfolge in Böhmen und Deutschland beabsichtige, und wollte die Gelegenheit benutzen, denselben für immer unschädlich zu machen [2]). Die Verhältnisse gestalteten sich für ihn immer günstiger. Die protestantischen Stände seiner Länder, welche durch die Passauer ihren Glauben und ihre Freiheiten gefährdet sahen, schlossen sich ihm auf das engste an und unterstützten ihn mit Truppen und Geld. Unter den böh-

1) Ramée wurde 1613 auf Befehl des Erzherzogs aus unbekannten Ursachen hingerichtet.

2) Über die folgenden Ereignisse bis zur Krönung des Matthias zum böhmischen Könige s. Hurter VI, 432—529, Chlumecky I, 724 ff., besonders aber Gindely II, 242 ff.

mischen Ständen hatte jetzt den größten Einfluß Wenzel Kinsky, da Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz auf der Kleinseite abgeschnitten, andere Häupter der Protestanten in die böhmischen Nebenländer oder nach Österreich geschickt worden waren, um sie zur Hilfeleistung zu bewegen. Wenzel Kinsky [1]) war von glühendem Hasse gegen den Kaiser erfüllt, dem sein Vater als Burggraf von Karlstein kniefällig hatte Abbitte leisten müssen, und hatte gegen denselben intriguiert, wo er konnte. Er stand schon seit längerer Zeit in engen Beziehungen zu Matthias und schickte nach dem Einfalle der Passauer ein Schreiben über das andere, um ihn zum raschen Vormarsche nach Prag zu bewegen. Er suchte auch die Prager und die böhmischen Stände für den König günstig zu stimmen, den sie nach dem Angriffe der Passauer auf die Hauptstadt um Hilfe baten und einluden, nach Böhmen zu kommen. In Deutschland durfte jetzt der Kaiser nirgends auf Unterstützung rechnen, obwohl sich die Kurfürsten von Sachsen und Mainz bei Matthias und den Böhmen für ihn verwendeten. Das Haupt der Liga, Maximilian von Baiern, hatte die Werbungen in Passau von Anfang an mit Mißtrauen betrachtet und selbst Verteidigungsmaßregeln getroffen. Die Union, welche glaubte, daß das Unternehmen gegen sie gerichtet und früher oder später die Wiedereroberung Jülichs geplant sei, bot dem Könige Matthias ihre Unterstützung an. Der spanische König Philipp III. und dessen Staatsrat, welche durch Zuñigas Berichte gegen Rudolf und den Erzherzog Leopold ungünstig beeinflußt worden waren, beschlossen sogar dem Könige Matthias die für jene Zeit sehr hohe Summe von 200000 Dukaten zur Verfügung zu stellen.

Auf die Bitten der böhmischen Stände um Hilfeleistung schickte Matthias Anfangs März den Feldmarschall Herberstein gegen Prag. Er selbst folgte am 8. nach, begleitet von Klesel,

1) S. über ihn Hurter VI, 443 ff. und Gindely I, 337 ff. und II, 9 f. Chlumecky I, 584 ff. beurteilt seine Bestrebungen wohl zu günstig. Vgl. auch S. 743 ff. und Kinskys Briefe aus dieser Zeit im „Notizenblatt" 1859, S. 420 ff.

welcher auch in dieser Zeit sein einflußreichster Ratgeber war, aber sich jetzt für gleichmäßige Behandlung beider Religionsparteien aussprach und sich durch sein Benehmen das vollste Vertrauen der Protestanten zu erwerben wußte.

Der Kaiser war nach dem Abzuge der Passauer und des Erzherzogs Leopold vollkommen hilflos und wurde von den böhmischen Ständen wie ein Gefangener behandelt. Selbst die Burg hatten diese mit ihren Truppen besetzt. Er täuschte sich endlich selbst nicht mehr über seine Lage und schickte seinem Bruder am 19. März seinen Oberststallmeister Adam von Waldstein entgegen mit einem Handschreiben, worin er erklärte, daß ihm seine Reise nicht zuwider sei, aber die Hoffnung aussprach, daß er als Freund und Bruder komme. Am 24. März hielt Matthias in Prag seinen feierlichen Einzug.

Matthias und die Führer der Böhmen waren vollkommen einig darüber, daß Rudolf der böhmischen Krone beraubt und diese auf jenen übertragen werden müsse. Vielleicht um den Kaiser selbst der Abdankung geneigter zu machen, dauerten seine Einschließung und Bewachung auch nach der Ankunft seines Bruders in derselben Strenge fort. Um seine Rechte kümmerte man sich gar nicht mehr. Die Regierungsgewalt wurde an dreißig Direktoren übertrugen, welche die böhmischen Stände nach dem Einfalle der Passauer gewählt hatten. Auch Rudolfs geheime Räte schonte man nicht. Zwei derselben, Hannewald und Hegenmüller, von denen man wußte, daß sie mit den Plänen des Erzherzogs Leopold einverstanden gewesen waren, wurden verhaftet und einem strengen Verhöre unterzogen.

Aber vor der Absetzung Rudolfs scheute man doch zurück. Auch wenn Matthias und seine Ratgeber vor den gefährlichen Folgen derselben die Augen verschlossen, mußte sie doch die Rücksicht auf die mit dem Kaiser befreundeten deutschen Fürsten, besonders die Kurfürsten von Mainz und Sachsen, von einem solchen Schritte zurückhalten. Auch Zuñiga trat wenigstens insofern für Rudolf auf, als er zur Wahrung des monarchischen Prinzips eine grobe Verletzung seiner Würde

und seines Ansehens zu verhüten und der von ihm für unvermeidlich gehaltenen Umwälzung möglichst den Charakter einer Revolution zu nehmen suchte.

Matthias und die Böhmen einigten sich daher dahin, den Kaiser zur Berufung eines Generallandtages der böhmischen Kronländer zu bewegen, welchem die Stände die Gründe darlegen wollten, die es ihnen unmöglich machten, länger unter einem so bösen Regiment zu bleiben. Sie wollten auch den König bitten, sich im Verein mit ihnen beim Kaiser zu verwenden, daß dieser „in Ansehung seines hohen Alters und der Abwege, auf welche dieses friedsame Königreich durch böse Räte und Regierer geraten sei, und auf welche es noch kommen könnte, sich lieber ein ruhiges Leben gönne". Da selbst die eingeschüchterten Kronbeamten das Ansuchen der Stände unterstützten, so berief der Kaiser notgedrungen auf den 11. April den Generallandtag nach Prag.

Die ergebensten geheimen Räte Rudolfs, der Landgraf von Leuchtenberg, Mollart und Barvitius, waren der Meinung, daß für diesen die Regierung in Böhmen nur dann noch gerettet werden könnte, wenn er seinem Bruder wenigstens einigermaßen entgegenkäme und selbst dessen Krönung zum böhmischen Könige beantragte. Nach heftigem Sträuben ließ sich der Kaiser auch endlich zur Unterzeichnung einer Vorlage bewegen, wonach die Krönung vorgenommen werden sollte, wenn der Tag derselben mit ihm vereinbart wäre. Aber die schroffe Antwort der böhmischen Stände ließ keinen Zweifel, daß sie sich damit nicht begnügen würden und von der Herrschaft Rudolfs überhaupt nichts mehr wissen wollten. Es konnte sich jetzt nur noch darum handeln, für die Abdankung Rudolfs eine möglichst ausgiebige Entschädigung zu erwirken.

Eine Entscheidung hierüber zog sich sehr lange hin, weil nicht nur die Forderungen des Kaisers und die Anträge der Böhmen ziemlich weit auseinander gingen, sondern diese auch mit den Vertretern der Nebenländer in heftige Streitigkeiten verwickelt wurden, welche ihre besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen.

Die Stände dieser Länder, besonders die Schlesier und die mit ihnen Hand in Hand gehenden Lausitzer, wollten sich die bisherige Unterordnung unter das Hauptland nicht länger gefallen lassen. Die Schlesier betonten, daß die Königswahl nicht den Böhmen allein, sondern allen Vertretern der böhmischen Kronländer zustehe [1]), und beklagten sich daher, daß die böhmischen Stände den Tag der Krönung des Matthias eigenmächtig festgesetzt hatten. Sie behaupteten, daß sie sich dem Königreiche Böhmen freiwillig angeschlossen hätten, und daß daher nicht das Land oder die Stände Böhmens, sondern nur der gemeinschaftliche König ihr Oberhaupt sei. Sie forderten endlich, daß Rudolf sie ihres Eides entbinde und Matthias noch vor der Krönung ihnen durch einen Revers den Fortgenuß ihrer Privilegien zusichere, worauf auch sie ihn zu ihrem Könige wählen und sich mit den Böhmen über den Tag der Krönung vergleichen würden.

Die Schlesier und Lausitzer wollten aber auch die Abhängigkeit von der böhmischen Zentralbehörden, der böhmischen Kanzlei, welche seit Ferdinand I. die oberste Regierungsbehörde für alle böhmischen Kronländer bildete, der böhmischen Kammer und dem Prager Appellationsgericht nicht länger dulden. Sie verlangten, daß für die auf ihre Länder bezügliche deutsche Expedition ein eigener Vizekanzler mit mehreren Sekretären ernannt werden, und daß diese Ernennung ihnen zustehen solle. Sie forderten weiter die Anstellung von Schlesiern und Lausitzern zu Räten der Hofkammer und die Errichtung eines eigenen Appellationsgerichts für Schlesien, während sich die Lausitzer mit der Ernennung von Angehörigen ihres Landes zu Räten begnügen wollten. Letztere verlangten aber auch, daß die Landvogtei in ihren Gebieten nicht wie bisher mit geborenen Böhmen, sondern mit Lausitzern besetzt werden sollte.

1) Wie ich schon III, 124 bemerkt habe, war diese Behauptung nach der goldenen Bulle Karls IV. vom 7. April 1348 richtig, und die Behauptung Gindelys II, 263f. ist daher einzuschränken. Thatsächlich hatten sich allerdings die Böhmen um dieses Recht der Nebenländer bei keiner Königswahl seit dem Aussterben der Luxemburger gekümmert.

Bei diesen Forderungen hatten sie teilweise auch die Vertreten Mährens auf ihrer Seite, wenn diese auch nicht wie die Abgeordneten der vorherrschend deutschen Länder jede administrative Verbindung mit Böhmen zerreißen, sondern sich mit der Gleichberechtigung begnügen wollten. Sie verlangten, daß dem böhmischen Kanzler ein mit den Rechtsverhältnissen Mährens vertrauter Vizekanzler zur Seite stehen und daß dessen Ernennung mit Zustimmung der mährischen und böhmischen Stände erfolgen sollte. Auch forderten sie wenigstens die Ernennung einiger ihrer Landsleute zu Räten des Appellationsgerichtes, die Zulassung von Mähren, welche in Böhmen begütert wären, zu den obersten Landesämtern und eine unabhängige Finanzverwaltung.

Es war nicht möglich, bis zur Krönung des Matthias eine Vereinbarung herbeizuführen. Erst nach derselben, am 26. Mai, wurde zwischen den Vertretern Böhmens und Mährens ein Vertrag geschlossen [1]), welcher die Forderungen der letzteren in allen wesentlichen Punkten befriedigte. Nicht bloß wurde die verfassungswidrige Einmischung der böhmischen Kanzlei in die Verwaltung und Justizpflege Mährens strenge untersagt, sondern es wurde auch die Bestellung eines Vizekanzlers, wofür die mährischen Bevollmächtigten einen Vorschlag machen sollten, genehmigt und den in Böhmen begüterten Mähren das Recht der Bekleidung dortiger Ämter zugestanden.

Dagegen wurden in dem am 7. Juni mit den Vertretern Schlesiens und der Lausitz geschlossenen Vergleiche mehrere der wichtigsten Punkte unerledigt gelassen. Es wurde denselben die Präsentation von fünf Appellationsgerichtsräten zugestanden. Aber die Lösung der Frage wegen der Errichtung eigener Abteilungen der Kanzlei und der Kammer für die Schlesien und die Lausitz betreffenden Angelegenheiten wurde einfach umgangen, indem die Böhmen erklärten, daß dies Sache des Königs sei. Sie hatten gehofft, daß dieser eine so wichtige

1) Ein weitläufiger Auszug bei Chlumecky I, 762 ff.

Angelegenheit nicht ohne Einvernehmen mit den böhmischen Räten entscheiden und diese die Abweisung der Forderungen der Schlesier durchsetzen würden. Als aber Matthias im Herbste 1611 zum Empfang der Huldigung nach Breslau kam und ihm dieselbe von den schlesischen Fürsten verweigert wurde, wenn nicht ihre Wünsche befriedigt würden, so gab er bezüglich der Kanzlei nach. Es sollte für die Entscheidung der Schlesien und die Lausitz betreffenden Angelegenheiten eine von der böhmischen unabhängige „deutsche Kanzlei" errichtet werden und die Stände dieser beiden Länder für die Stellen eines Vizekanzlers, eines Sekretärs und zweier Räte ebenso wie für zwei Appellationsgerichtsräte das Vorschlagsrecht haben. Dieser Vizekanzler, der seinen Sitz in Breslau nahm, sollte bis zur definitiven Entscheidung des Streites mit den böhmischen Ständen nur vom Könige, also nicht vom böhmischen Kanzler, abhängen. Nach langen Streitigkeiten wurde aber vom Könige im Jahre 1616 die Wiedervereinigung beider Kanzleien und die Unterordnung des Vizekanzlers unter den böhmischen Kanzler verfügt [1]), so daß Schlesien seine eigene Landesregierung verlor.

Dem Kaiser kamen diese Streitigkeiten nicht zugute. So groß auch der Gegensatz der Nebenländer zu Böhmen in Verwaltungsfragen war, für Rudolf traten jene doch nicht ein. Auch die Bemühungen der sächsischen Gesandten, diesem die böhmische Krone zu erhalten, waren vergeblich. Trotz alles Sträubens mußte sich Rudolf entschließen, die Krönung seines Bruders zum Könige zu gestatten und seine Unterthanen vom Eide der Treue zu entbinden, unter der Bedingung, daß seine Forderungen erfüllt würden. Schon am folgenden Tage, dem 23. Mai, wurde Matthias als König von Böhmen proklamiert und vom Kardinal Dietrichstein [2]) gekrönt.

1) Vgl. über diese Kanzleistreitigkeiten mit der eingehenden Darstellung Gindelys II, 261 ff. und 345 ff.; auch Grünhagen, Geschichte Schlesiens II, 147 ff. und 159 ff.

2) Der Prager Erzbischof Karl von Lamberg war durch Geisteskrankheit verhindert.

Rudolf hatte sich in den abgelegensten Teil des Schlosses zurückgezogen, damit der Festjubel nicht zu seinen Ohren dringen möchte. Der Stachel saß zu tief in seinem Herzen, als daß er den Verlust zweier Kronen und seiner besten Länder hätte verschmerzen können. Er teilte dem Kurfürsten von Sachsen seine Absicht mit, Prag zu verlassen und in einer deutschen Reichsstadt seinen Sitz aufzuschlagen. Auf einem Kurfürstentage, den der Erzbischof von Mainz nach Mühlhausen ausgeschrieben hatte, wollte er seine Abdankung für ungültig erklären, weil er dazu gezwungen worden, und weil sie schimpflich, dem Hause Österreich präjudizierlich und der kaiserlichen Würde, der Hoheit des römischen Reiches und des kurfürstlichen Kollegiums nachteilig sei. Die Kurfürsten sollten ihm mit Rat und That beistehen.

Aber es waren dies doch nur Träume, welche vor der Wirklichkeit in nichts verflogen. Einer energischen Handlung war Rudolf gar nicht mehr fähig. Schon zu einer mühseligen Reise nach Deutschland hätte er sich nicht mehr entschließen können. Indessen war doch schon seine Passivität, eine Waffe, welche er mit Vorliebe handhabte, weil sie seiner Natur entsprach, für Matthias zwar nicht gefährlich, aber doch lästig. So lange dieser vom Kaiser nicht mit Böhmen belehnt war, konnte er die Rechte eines Kurfürsten nicht ausüben und hatte er auch keine Aussicht, zum römischen Könige gewählt zu werden. Daher war es Matthias, welcher die Verhandlungen über die Entschädigung seines Bruders wieder anknüpfte, während dieser alle möglichen Schwierigkeiten bereitete. Erst als Klesel Rudolfs Kammerdiener Ericius, der seinen Herrn in dieser Haltung besonders bestärkte, sagen ließ, der König werde ihn aufhängen lassen, und derselbe in eine tödliche Krankheit verfiel, unterzeichnete der Kaiser am 11. August den von seinen Räten vereinbarten Vertrag [1]), der ihm auch viel mehr

1) Der Wortlaut bei Hammer-Purgstall II, Beil. S. 355 ff. Mehrere Aktenstücke über die vorausgehenden Verhandlungen ebendas. S. 294 ff. Vgl. über diese den Text bei Hammer S. 290—310 und Gindely II, 297 ff.

einräumte, als ihm Matthias und die Böhmen früher hatten zugestehen wollen. Es wurde ihm das Prager Schloß als Residenz überlassen, eine jährliche Summe von 300 000 Gulden und der Nießbrauch von vier Gütern, darunter der großen Herrschaft Pardubitz [1]), zugesichert und die Befugnis zugesprochen, über 200 000 Gulden testamentarisch zu verfügen. Dagegen versprach er, seinen Bruder, wenn er darum ansuchte, mit Böhmen zu belehnen und ihn der bevorstehenden Kurfürstenversammlung zu empfehlen.

Die durch den Einfall der Passauer hervorgerufene Bewegung und den gewaltsamen Thronwechsel wollten nun aber die Böhmen auch zur festen Begründung der Herrschaft des protestantischen Adels benutzen.

Wenige Tage vor dem für die Krönung festgesetzten Tage überreichten die Stände dem Könige Matthias eine Reihe von Forderungen, welche er noch vor seiner Erhebung auf den Thron genehmigen sollte. Er sollte nicht bloß den Böhmen alle ihre Privilegien und Rechte bestätigen, das im Jahre 1609 mit den Schlesiern geschlossene Bündnis sanktionieren und die Neubesetzung aller Ämter versprechen. Es sollten auch die Stände das Recht haben, beliebig Kreisversammlungen zu berufen, was seit 1547 nur dem Könige zustand, und die obersten Landesbeamten ohne Erlaubnis des Königs Truppen werben dürfen, während dieser solche nur mit Genehmigung des Landtags halten durfte. Die bewaffnete Macht wäre also in den Händen der Stände, der König diesen gegenüber völlig wehrlos gewesen. Außerdem sollte ihnen Matthias erlauben, mit den inkorporierten Ländern einen Defensionsvertrag und mit Ungarn und Österreich zum Schutze ihrer Freiheiten eine Konföderation zu schließen und die alte Erbeinigung mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zu erneuern. Nach diesen Plänen wären alle Länder des Hauses Habsburg untereinander und mit den benachbarten protestantischen Kurfürsten verbündet und zugleich Herren der bewaffneten Macht, der

1) Die Zahlung der darauf liegenden Schulden, 340 000 Thaler, übernahm Matthias.

König ganz von ihnen abhängig und auf die Stellung eines Ehrenpräsidenten einer Föderativrepublik beschränkt gewesen [1]).

Auf den Rat Klesels und des spanischen Gesandten [2]) weigerte sich Matthias, diese Forderungen, welche über das Herkommen weit hinausgingen, zu erfüllen. Nur die alten Privilegien und Rechte wollte er nach seiner Krönung bestätigen. Dem heftigen Drängen der Böhmen gegenüber gab er endlich insofern nach, als er am 22. Mai auch das Bündnis der Böhmen mit den Schlesiern bestätigte. Bezüglich der übrigen vier Punkte versprach er nur, auf dem nächsten Landtage unter Beiziehung von Vertretern der Nebenländer darüber verhandeln zu lassen. Die Entscheidung wurde also auf eine Zeit vertagt, in der Matthias vielleicht weniger auf den guten Willen der böhmischen Stände angewiesen war.

Auch die Neubesetzung der Ämter, die im Juli erfolgte, konnte die Wünsche und Hoffnungen der Böhmen unmöglich befriedigen. Von den Leitern der Bewegung erhielt nur Thurn das Amt eines Burggrafen von Karlstein, während Wenzel Kinsky seinem eigenen Wunsche entsprechend mit Gütern abgefunden wurde. Gerade die verhaßtesten unter den früheren Landesbeamten, der Kanzler Popel von Lobkowitz und der Hofmarschall Jaroslaw von Martinitz, behielten ihre Ämter, und Slawata, der seine Stelle Thurn einräumen mußte, wurde dafür durch das an Rang höher stehende, aber freilich viel weniger einträgliche [3]) Amt eines Obersthoflehenrichters entschädigt. Die Katholiken hatten auch jetzt die Mehrzahl der Ämter in ihren Händen, und es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung auch unter Matthias in demselben Geiste ge-

1) Die Forderungen der Böhmen bei Hammer-Purgstall II, 285 (dagegen gehören die Beil. S. 308 ff. abgedruckten Artikel, wie man selbst bei oberflächlicher Prüfung sieht, zu den Verhandlungen nach dem Aufstande von 1618!), Hurter VI, 510 f., Chlumecky I, 757 f., Gindely II, 291 ff.

2) So nach Chlumecky, S. 758. Gindely sagt davon nichts.

3) Das Amt des Hoflehenrichters trug jährlich ungefähr 400, das des Burggrafen von Karlstein 8000 Thaler ein. Gindely, Gesch. des Dreißigjährigen Krieges I, 177 f.

führt werden würde, wie unter Rudolf, wenn man auch auf die Beseitigung der ärgsten Mißbräuche rechnen durfte.

Matthias hatte sich der Protestanten bedient, um mit ihrer Hilfe den Angriff seines Bruders und Vetters abzuwehren und die böhmische Krone in seine Hände zu bringen. Aber um sein nächstes Ziel, die Wahl zum römischen Könige, zu erreichen, mußte er sich die Unterstützung der katholischen Partei verschaffen und besonders die geistlichen Kurfürsten wieder auf seine Seite ziehen, welche er sich durch die den Protestanten wiederholt gemachten Zugeständnisse, teilweise auch durch sein Auftreten gegen den Kaiser entfremdet hatte.

Eine gerade entgegengesetzte Politik schlug sein Bruder Rudolf ein [1]). Nachdem ihn alle katholischen Fürsten, die übrigen Erzherzöge, der verwandte König von Spanien, der Papst, die katholischen Fürsten Deutschlands ohne Unterstützung gelassen und seine Beraubung und Demütigung nicht verhindert hatten, ergriff ihn ein grimmiger Haß gegen die ganze Partei, und er wollte nun seine Pläne mit Unterstützung des ärgsten Feindes derselben, der Union, zur Durchführung bringen. Denn die Hoffnung, die ganze Entwickelung der letzten Jahre rückgängig machen oder wenigstens die Erhebung seines Bruders auf den Kaiserthron hintertreiben zu können, gab er noch immer nicht auf. Ein Mitglied der Union, den Markgrafen von Brandenburg-Ansbach, berief er im Oktober 1611 zu sich, nahm ihn mit demonstrativer Freundlichkeit auf und ernannte ihn zu seinem Bevollmächtigten für den nächsten Kurfürstentag, der statt in Mühlhausen in Nürnberg zusammentrat. Man sprach auch davon, daß Rudolf sich verheiraten und seinen Sitz ins Reich verlegen, ja daß er vom Katholicismus abfallen werde.

Aber es waren dies Ausgeburten eines kranken Gehirns, auf welche die Union, die damals selbst in keiner günstigen

1) Über diese letzte Phase seiner Regierung s. Gindely II, 310 ff. und Ritter, Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und die Anfänge des Kaisers Matthias. „Abh. d. hist. Cl. d. bayer. Acad." XV, 101 ff.

Lage war [1]), keine weitgehenden Pläne hätte bauen können. Auch alle angesehenen Räte hatten sich von dem Kaiser zurückgezogen. Untergeordnete und gewinnsüchtige Personen, außer dem Obersten Günderode [2]) der Sekretär Härttel, Kammerdiener, Antiquare, Künstler und ähnliche Leute waren seine Vertrauten. Allen diesen Projekten und Umtrieben machte die Erkrankung des Kaisers, der von einer rasch verlaufenden Wassersucht befallen wurde, und der am 20. Januar 1612 eintretende Tod desselben ein Ende.

## Viertes Kapitel.

### Die fortschreitende Auflösung der deutschen Reichsverfassung.

Nach dem Ableben Rudolfs II. ließ sich die Lösung der deutschen Thronfrage nicht mehr länger hinausschieben. Auch die Aussichten des Königs Matthias waren nun wesentlich günstigere geworden. Es fehlte zwar nicht an einzelnen Stimmen, welche sich dafür aussprachen, einmal einen Kaiser aus einem anderen Hause zu wählen, um nicht den Thron erblich werden zu lassen. Gegen die österreichischen Fürsten wurde namentlich geltend gemacht, daß sie, gestützt auf ihre Hausprivilegien, welche Karl V. neuerdings bestätigt hatte, sich weigerten, vor dem Kammergericht zu erscheinen, daß sie im Heere und am Hofe Spanier und Italiener gegenüber den Deutschen bevorzugten, keinem Evangelischen ein Reichsamt übertrügen, Deutschland gegen die Einfälle der Spanier von den Niederlanden her nicht geschützt, ja die gegen die Türken

1) S. die Ausführungen Ritters a. a. O. S. 86ff.

2) Über diesen s. IV, 536.

bewilligten Steuern für die spanischen Niederlande verwendet hätten [1]).

Aber es war doch nicht leicht, ein Haus, das seit mehr als anderthalb Jahrhunderten ununterbrochen die Kaiserwürde bekleidet und das in das Herz Deutschlands hineinragende Böhmen wie die Länder, welche die Vormauer des Reiches gegen die Türken bildeten [2]), in seinen Händen hatte, vom Throne auszuschließen. Hätten noch die Kurfürsten in ihren politischen und religiösen Anschauungen übereingestimmt! Aber wie sollten sich die rheinischen Erzbischöfe mit dem lutherischen Kurfürsten von Sachsen und dem reformierten Vertreter der pfälzischen Kurwürde über eine neue Familie einigen können?

Blieb man aber einmal beim Hause Österreich, so sprachen doch viele Gründe für die Wahl des Königs Matthias. Sein Bruder Albrecht war dem Reiche entfremdet, Erzherzog Ferdinand bei allen Protestanten verhaßt, Leopold ohne eigenen Besitz und nach dem Fiasco des Putsches der Passauer moralisch bankerott. Matthias hatte sich gerade bei diesem Anlasse den Fürsten der Union genähert und erklärte sich auch jetzt ausdrücklich zur Handhabung des Religionsfriedens wie der andern Reichskonstitutionen bereit, wenn er auch betonen ließ, daß er „der uralten, wahren, christlich-katholischen und im römischen Reich vorderist approbierten und zugelassenen Religion“ angehöre [3]). Anhalt und der Markgraf von Ansbach

1) „Vertrauliche wichtige Communicationes allerley gefehrlicher Anschläg“ u. s. w. bei Hammer-Purgstall II, 318ff. Es sind das zwar Vorwürfe, welche vonseite der Unierten 1610 gegen Österreich erhoben wurden. Aber sie zeigen doch, was von dieser Partei überhaupt gegen die Habsburger geltend gemacht wurde.

2) Diese Momente werden in den „Motiva und Rationes, Warumben daß Hauß Österreich . . . die Yezige zu Hungarn vnnd Böheimb Regierende Khön. Matt. zur Römischen Cron gehren befürdert sähen“, ebendas. Beil. S. 395ff. besonders betont.

3) „Motiva und Rationes“ a. a. O. Die hier für die Wahl des Matthias angeführten achtzehn Gründe sind in den nach dem Tode Rudolfs II. verfaßten und von Klesel revidierten „Discurs wegen der Wahl“ (ebendas. III, Beil. S. 20ff.) bis auf zwei unwesentliche Punkte wörtlich

sprachen sich jetzt nachdrücklich für seine Wahl aus, weil er bei einer feindseligen Haltung gegen die Protestanten durch die Stände seiner Länder und die Türken gelähmt werden würde. Auf die Stimmen Brandenburgs und der Pfalz konnte er mit Sicherheit rechnen. Die Kurfürsten von Mainz und Sachsen waren ihm allerdings wegen seines Verhaltens gegenüber seinem kaiserlichen Bruder, und die beiden andern Erzbischöfe wegen der den Protestanten gemachten Bewilligungen abgeneigt. Aber den geistlichen Kurfürsten gegenüber wurde geltend gemacht, daß er an den Hauptfesten öffentlich beichte und kommunizіere, daß er Wallfahrten unternehme und Prozessionen beiwohne, daß er einen päpstlichen Nuntius bei sich und einen Bischof als geheimen Rat habe, daß er schon vor acht Jahren dem Kaiser die Kassierung der den Protestanten Österreichs von Maximilian II. bewilligten Konzession angeraten, selbst die Prädikanten ausgeschafft, die Kirchen den Katholischen eingeantwortet, diese zum Abschlusse einer Verbindung veranlaßt und nur notgedrungen mit den protestantischen Ständen eine Vereinbarung getroffen habe. Matthias wies sogar zu seinen Gunsten auf die ihm von den Protestanten gemachten Vorwürfe hin, daß er ihnen nicht halte, was er ihnen zugesagt [1]).

Auch wenn diese Gründe die katholischen Kurfürsten nicht umgestimmt und sie den Erzherzog Albrecht, für welchen auf dem Nürnberger Tage besonders Schweikhart von Mainz eingetreten war [2]), seinem Bruder vorgezogen hätten, so blieb ihnen doch nichts übrig, als für Matthias zu stimmen. Denn auch wenn sie jenem die Majorität zu gewinnen vermocht hätten, so war die Ablehnung der Krone durch denselben zu befürchten. Mehrere Erzherzöge hatten nämlich am 27. Dezember in einem Familienvertrage, welchem auch ein Vertreter Albrechts beigetreten war, sich ausdrücklich verpflichtet, mit

wieder aufgenommen. Die speziell gegen die Wahl des Erzherzogs Albrecht sprechenden Gründe (von Klesels Hand) ebendas. S. 26 ff.

1) Geheime Weisungen für seine katholischen Vertreter beim Kurfürstentag in Nürnberg a. a. O., S. 401 ff.

2) Gindely, Rudolf II. II, 317 f.

allen Kräften für die Erhebung des Königs Matthias auf den Kaiserthron einzutreten [1]). Da sich auch der spanische Gesandte Zuñiga eifrig für Matthias verwendete [2]), so wurde dieser am 13. Juni 1612 einstimmig zum Kaiser gewählt.

Wenn aber jemand erwartet hätte, daß der Gang der Ereignisse unter dem neuen Monarchen eine wesentlich verschiedene Richtung einschlagen würde, so hätte er sich sehr getäuscht. In einem Punkte allerdings unterschied sich Matthias von Rudolf vollständig. Er zog sich nicht scheu vor den Menschen zurück, sondern liebte es, sich im Glanze seiner Würde öffentlich zu zeigen. Auch ließ er die Aktenstücke nicht monatelang unerledigt liegen und unterschrieb bereitwillig, was man ihm vorlegte. Aber damit war auch seine ganze Thätigkeit erschöpft. Selbständig die Geschäfte zu leiten und den Gang der Politik zu bestimmen vermochte er nicht. Matthias hatte sich nie durch Begabung, Selbständigkeit und Arbeitskraft hervorgethan. Jetzt war er ein abgelebter Greis, obwohl er erst fünfundfünfzig Jahre zählte, und einer ernsten Anstrengung nicht fähig. Am liebsten weilte er in der von seinem Bruder erworbenen Kunst- und Altertumssammlung, deren einzelne Stücke er immer wieder besichtigte und neu ordnete. Auch an der Musik und den Späßen seines Hofnarren fand er Vergnügen. Dagegen kümmerten die Regierungsgeschäfte ihn wenig. Klesel warf ihm offen vor, daß er gewöhnlich ja sage, „weil er die Mühe nachzudenken nicht über sich nehmen wolle“ [3]). „Jedermann“, schreibt ihm derselbe ein anderesmal, „verläßt sich, daß Euere Majestät nichts fragen, alles gehen lassen, wie es mag.“ „Eure Majestät“, mahnt er ihn, „müssen die Leute kennen, sich selbst um Ihre Sache annehmen, reden, verhandeln und sorgfältig sein. Et hoc est regere et imperare. Dieses erfrischet die Leute, wenn's ihr Herr kennt, macht dem Herrn Autorität, wenn er sich selbst seiner Sachen annimmt.“ „Haben Sie das heilige Römische Reich wie auch

1) Hurter VII, 2 f. Gindely II, 323 f.

2) Gindely, Gesch. des Dreißigjährigen Krieges I, 2 Anm.

3) Hammer-Purgstall III, Beil. S. 32. 1. Juli 1612.

Ihre eigene Ehre lieb, so werden Sie nicht den Räten allein trauen und von ihnen abhängen, sondern zeigen, daß Sie Ihre Sachen selbst wissen und verstehen" [1]). „Ich kann Euerer Majestät nicht helfen", äußert sich Klesel einmal [2]), „wollen Sie selbst nicht den ganzen Tag zu ihren Sachen sehen und Ihre Natur verändern."

Allein die Natur des Kaisers ließ sich eben nicht verändern, und es war Klesel, „der für ihn dachte, sprach, schrieb und handelte" [3]). Dieser hatte auch eine entsprechende Stellung erhalten, indem er im März 1611, als er den König nach Prag begleitet hatte, während der Präsident des geheimen Rates, Graf Trautson, in Wien zurückblieb, den Titel eines „Direktors des geheimen Rates" angenommen [4]) und seitdem auch thatsächlich die Stelle eines solchen bekleidet hatte. Es kränkte den ehrgeizigen Mann gewaltig, daß, als Matthias Ende 1612 nach Wien zurückkehrte, Trautson, welchen er dem Kaiser als einen ganz unfähigen und unselbständigen Mann darstellte [5]), neuerdings den Vorsitz in demselben erhielt. Doch fügte er sich endlich, da sich jener mit der formellen Leitung der Verhandlungen, der „Umfrage und dem Schluß", begnügte, die wichtigsten Befugnisse aber, die Einladung zu den Sitzungen, die Einsetzung der Räte, die Verkündigung der Beschlüsse und die Verhandlungen mit dem Kaiser, ihm überließ [6]). Trautson kümmerte sich übrigens, ebenso wie das nächststehende Mitglied des geheimen Rates, der Oberstkämmerer Leonhard Helfrich

1) Ebendas. S. 347, N. 588 (ohne Dat.) und S. 39 Vortrag vom 17. Dez. 1612.

2) Am 24. Oktober 1611 a. a. O. II, Beil. S. 365.

3) Gindely, Gesch. d. Dreißigjähr Krieges I, 3 in seiner Charakteristik des K. Matthias, auf die ich überhaupt verweise.

4) Bericht des päpstlichen Nuntius aus Prag vom 28. März 1611 bei Kerschbaumer, Kardinal Klesel, S. 185, Anm. 3.

5) Schreiben vom 1. Juli 1612 bei Hammer-Purgstall III, Beil. S. 32. Überhaupt liebte es Klesel, alle hervorragenderen Persönlichkeiten beim Kaiser anzuschwärzen und zu verdächtigen. Beispiele ebendas. III, 21 ff.

6) Ebendas. III, Beil. S. 5—10.

von Meggau mehr um ihre Privatangelegenheiten und die Vergrößerung ihres Reichtums als um die Staatsgeschäfte, wie denn überhaupt alle Räte als bestechlich galten und nur der Reichsvizekanzler Freiherr von Ulm eine ehrenvolle Ausnahme bildete [1]).

Wenn aber auch der Kaiser und seine Minister noch so tüchtig gewesen wären, so würden sie die in Deutschland und in den österreichischen Ländern drohende Krisis kaum mehr abzuwenden vermocht haben, weil die Gegensätze sich immer mehr zuspitzten.

Das deutsche Reich hatte sich thatsächlich so gut wie aufgelöst. Die pfälzische Partei hatte schon im Jahre 1608 den Reichstag gesprengt, sich zu einem Staate im Staate mit militärischer Organisation konstituiert und Bündnisse mit auswärtigen Mächten geschlossen, um mit Hilfe derselben ihre Pläne, im Notfalle auch gegen das Reichsoberhaupt durchzusetzen. Der Tod Heinrichs IV. von Frankreich und des Kurfürsten von der Pfalz hatte sie gezwungen, die Ausführung dieser Pläne zu vertagen, aber aufgegeben waren sie nicht. Auf dem ersten Reichstage, den Matthias am 13. August 1613 in Regensburg eröffnete, um eine Geldhilfe gegen die Türken und die Ordnung des Gerichtswesens zu erlangen, brachten die Anhänger dieser Partei nicht bloß die Beschwerden der protestantischen Stände gegen die katholischen und den Kaiser wieder vor, vor deren Erledigung sie sich an keiner Verhandlung beteiligen wollten. Sie gaben zugleich die Erklärung ab, daß sie für alle Gegenstände, welche die Religion und das Gewissen, den Religionsfrieden, Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten, die Bewilligung von Steuern, die Verhandlungen des Kammergerichtes, die Reichsverfassung und des gemeinen Vaterlandes Wohlstand, Heil und Ruhe beträfen (und dazu konnte man alles rechnen!), Mehrheitsbeschlüsse nicht als bindend anerkennen würden [2]). Hatten sie damit den Reichs-

1) Soranzos Relation von 1614 bei Fiedler, Relationen der Botschafter Venedigs „F. R. Austr. Dipl.“ XXVI, 19 sqq.

2) Londorp, Acta publica I, 138.

konstitutionen förmlich den Gehorsam aufgekündet, so zeigten sich die Tendenzen dieser Partei auch darin, daß die fürstlichen Mitglieder der Union im Jahre 1612 auf sechs Jahre ein Bündnis mit England, 1613 ein solches auf zwölf Jahre mit den holländischen Generalstaaten schlossen, und daß der junge Kurfürst von der Pfalz 1613 die Tochter des Königs von England heiratete. Auch mit dem jungen Schwedenkönige Gustav Adolf knüpften sie Verbindungen an. Anderseits nahm auch die katholische Partei eine schroffe Haltung ein. Sie wollte den Augsburger Religionsfrieden nur unter Vorbehalt aller Rechte gegen die bisherigen Verletzungen bestätigen und sprach sich auch gegen bescheidenere Wünsche der Protestanten aus, zu deren Erfüllung der Kaiser und Klesel wenigstens teilweise geneigt waren, wie die Zulassung protestantischer Bistumsadministratoren zum Reichstage oder die Beschränkung der richterlichen Gewalt des Reichshofrates. Auch sie gaben den Bundesobersten der Liga Vollmacht, mit auswärtigen Mächten über ein Verteidigungsbündnis zu unterhandeln. Die Spannung zwischen der Mehrheit der protestantischen und den katholischen Reichsständen war so groß, daß die nächste Gelegenheit einen Religionskrieg in Deutschland hervorrufen konnte.

Diese Gelegenheit boten die Verhältnisse in den österreichischen Erblanden.

# Fünftes Kapitel.

## Die zunehmende Spannung zwischen der Regierung und den protestantischen Ständen in Österreich und den böhmischen Ländern.

---

Die Mißregierung des gemütskranken Kaisers Rudolf II. und das Auftreten des Erzherzogs Matthias gegen denselben, mochte dieses auch durch die Verhältnisse noch so sehr entschuldigt werden, hatten die verhängnisvollsten Wirkungen gehabt. Beide hatten den Ständen für ihre Unterstützung umfassende Zugeständnisse machen müssen, welche die ohnehin geringe Macht des Landesfürsten noch mehr schwächten. Bei der Anstellung der Beamten hatte dieser nur in beschränktem Umfange freie Hand. Das Steuer- und Truppenbewilligungsrecht war in den Händen der Stände, und die sonstigen Einkünfte des Landesherrn waren nicht groß genug, auch nur ein kleines Truppencorps zu unterhalten, auf das sich die Regierung hätte stützen können. Die wiederholt zutage getretenen Reaktionstendenzen, besonders der Versuch des Erzherzogs Leopold, sich Böhmens zu bemächtigen, hatte das Mißtrauen der Stände gegen die Regierung noch mehr geweckt und ihre Oppositionslust, ihren Trieb, sich selbständig zu stellen, noch gesteigert.

Der Kaiser Matthias selbst entwirft in einem Briefe an den Erzherzog Ferdinand von Steiermark vom 10. November 1613 ein sehr düsteres Bild von den Zuständen seiner Länder [1]). Die Stände des Landes unter und ob der Enns, schreibt er, machten aus ihrer Absicht, einen Fremden zum Landesherrn zu nehmen, wenn er ihnen nicht willfahre, gar kein Hehl, und und sie ständen deswegen in Verbindung mit der Union und den Ungarn. Nur durch äußerste Nachgiebigkeit habe er bis-

1) Auszug bei Hurter VII, 14f., Gindely I, 78ff.

her die offene Empörung derselben zu verhindern vermocht. In Ungarn thue der Palatin (Thurzó), was er wolle, und kümmere sich um seine Befehle nicht; er dulde keine Deutschen in den Festungen, suche die Komitate und den Adel auf seine Seite zu ziehen, bereite alles vor, um ihm, dem Kaiser, die Krone zu entreißen, und spreche offen aus, man solle einen Einheimischen zum Könige wählen. In Böhmen könne er keinen Landtag berufen, wenn er nicht die Konföderationen der Stände zugeben wolle; ohne Landtag aber könne er aus diesem Lande keine Steuern erheben. In Schlesien habe sich der Herzog von Jägerndorf zum Generalkommandanten des ganzen Volkes wählen lassen und dringe auf die Errichtung einer selbständigen schlesischen Kanzlei, damit er sich noch weiter verbünden könne. In Mähren habe der Landeshauptmann (Zierotin) alle Rechte des Fürsten an sich gerissen, knüpfe mit dem Auslande beliebige Verbindungen an und mache die Ausführung der fürstlichen Befehle von Bedingungen abhängig. Mähren gleiche mehr einer Republik als einem Fürstentum; selbst das Einkommen fließe in die Truhen der Stände, die eidlich hätten geloben müssen, vom Landesherrn keine Befehle mehr anzunehmen. So lange er lebe, meinte der Kaiser, werde der Bau noch zusammenhalten, aber nach seinem Tode werde alles aus den Fugen gehen.

Mochten auch in dieser Schilderung des Kaisers einzelne Farben zu dunkel aufgetragen, namentlich die Beschuldigung, daß Thurzó den Sturz des Kaisers und die Erhebung eines Eingeborenen auf den ungarischen Thron anstrebe [1]), ungerecht-

1) Daß auch der venetianische Botschafter Soranzo (bei Fiedler, Relationen F. R. Austr. Diplom. XXVI, 17) dieselbe Beschuldigung erhebt, ist wohl nicht mit Gindely I, 81 als Beweis anzusehen, da dieser sicher nur die Anschauungen der Hofkreise wiedergiebt. Richtig ist aber, daß Thurzó immer der Angriffspolitik des Kaisers und seiner Räte entgegenarbeitete, indem er überall die Ansicht zu verbreiten suchte, daß vonseite der Türken keine Gefahr drohe. S. die Vorwürfe des Kaisers gegen ihn in der Instruktion für Mollart vom 10. Sept. 1614 in Mon. comit. Transsylv. VII, 158 sqq.

fertigt sein, so ist doch gewiß, daß sich die Verhältnisse in den österreichischen Ländern immer ungünstiger gestalteten. Nicht bloß wurde der Gegensatz zwischen der Regierung und den Ständen immer größer, sondern auch das die einzelnen Länder verknüpfende Band immer lockerer, der Riß zwischen den verschiedenen Konfessionen und Nationen immer breiter. Thurzó wachte mit größter Sorgfalt über die Selbständigkeit Ungarns gegen alle fremden Einflüsse und wurde dabei durch die allgemeine Stimmung unterstützt. Die Ungarn hätten am liebsten auch die letzten fremden Truppen aus ihren Festungen entfernt.

In den slavischen Ländern machte sich auch der exklusivste Nationalgeist geltend. In Mähren wurde jeder Versuch, sich bei den Verhandlungen des Landrechts der deutschen oder lateinischen Sprache zu bedienen, immer zurückgewiesen und für eine dem Vaterlande und der Nationalsprache zugefügte Schmach erklärt, ja sogar das Verlesen deutscher Urkunden nicht gestattet [1]). Der böhmische Landtag faßte im Jahre 1615 Beschlüsse, welche von einem fanatischen Hasse gegen das deutsche Element zeugen, welches doch schon damals ziemlich weit verbreitet war und durch das Umsichgreifen des Luthertums neue Kraft gewonnen hatte. Nicht bloß auf dem Landtage und beim obersten Gerichte sollte nur in cechischer Sprache verhandelt werden dürfen, sondern auch bei den niederen Gerichten, in den königlichen und anderen Städten, Märkten und Dörfern keine Klage und kein Prozeß in einer andern Sprache angenommen oder geführt werden. Kein Ausländer, welcher der böhmischen Sprache nicht kundig wäre, sollte fortan das Inkolat, d. h. die Rechte eines Landstandes oder das Bürgerrecht in einer Stadt, erhalten, und ihre Nachkommen erst in der dritten Generation ein Amt bekleiden dürfen. Selbst die schon Aufgenommenen sollten verpflichtet sein, ihre Kinder böh-

1) Chlumecky I, 205—209. 646 Anm. Vgl. 718. Der Oberstlandrichter erinnerte 1600 daran, daß einst ein Herr von Pernstein auf die Nachricht, einer seiner Söhne habe deutsch gesprochen, gesagt habe, derselbe „möge lieber bellen wie ein Hund, als in deutscher Sprache reden"!

misch lernen zu lassen, und diese nur dann die unbeweglichen Güter ihrer Eltern erben können, wenn sie auch der böhmischen Sprache kundig wären, die anderen aber mit barem Gelde abgefunden werden. In keiner Kirche oder Schule, in der vor zehn Jahren böhmische Predigten gehalten und die Kinder böhmisch unterrichtet worden wären, sollte eine andere Sprache geduldet, die im letzten Jahrzehnt eingesetzten deutschen Prediger und Lehrer entfernt werden. Doch sollte dies nicht auf neu zu gründende Kirchen und Schulen Bezug haben. Einwohner, welche der böhmischen Sprache kundig wären und doch nicht böhmisch reden wollten, ja bei Zusammenkünften auch andere davon abhielten, sollten im Lande nicht geduldet werden und binnen Jahresfrist dasselbe meiden. Auch sollten sich die Deutschen in Prag und in anderen Städten bei strenger Strafe nicht „deutsche Gemeinde" nennen dürfen, weil in Böhmen andere Gemeinden als böhmische unbekannt seien [1]).

So abstoßend die Čechen gegen das Deutschtum, so engherzig waren die unter den Ständen dominierenden Adeligen gegen die Bürger und Bauern, deren Hebung sie in jeder Weise zu hindern suchten.

In diesen Kreisen war die Unzufriedenheit gegen den Adel nicht unbedeutend, so daß dieser in steter Furcht vor Bauernaufständen schwebte [2]). Hier hätte daher die Regierung die Hebel einsetzen müssen, wenn sie eine Schwächung der über-

1) Diese Beschlüsse bei Hurter VII, 611 f. (jedoch fälschlich zum J. 1619) und Chlumecky I, 855 Anm. Vgl. Gindely I, 117 ff., der sie zu rechtfertigen oder doch zu entschuldigen sucht und als bedeutungslos hinstellt. Wenn er betont, daß sie für die rein deutschen Kreise von Eger und Elbogen nicht galten, so ist dies ganz richtig, weil diese überhaupt die Gültigkeit der böhmischen Landtagsbeschlüsse für ihre Gebiete bestritten. Aber es gab doch auch im eigentlichen Königreiche Böhmen zahlreiche deutsche Bewohner und viele deutsche Gemeinden, wenn auch durch den Hussitensturm das deutsche Element zurückgedrängt worden war. Gindely selbst schätzt die Deutschen auf $^1/_{10}$ der Bevölkerung.

2) Der mährische Landtag ordnete daher die allgemeine Entwaffnung der Bauern an. Chlumecky I, 805 f.

mächtigen Aristokratie anstrebte. Der Regierung waren solche Gedanken in der That nicht ganz fremd [1]).

Aber um die unteren Volksklassen zu gewinnen, hätte dieselbe eine andere Richtung in den religiösen Fragen einschlagen müssen, weil sie durch Intoleranz die protestantischen Städte immer wieder dem glaubensverwandten Adel in die Arme trieb. Dazu konnten sich jedoch weder der Kaiser und sein allmächtiger Ratgeber Klesel noch die meisten übrigen Minister und Räte entschließen. Im Gegenteil suchten sie die Zugeständnisse, welche man den Protestanten in den böhmischen Ländern notgedrungen hatte machen müssen, wieder einzuschränken, ja wo möglich ganz zurückzunehmen.

Matthias hätte sich nicht gescheut, zu diesem Zwecke sogar Gewalt anzuwenden, wenn er die Mittel dazu gehabt hätte. Schon im Jahre 1612, gleich nach seiner Krönung zum Kaiser, schickte er einen Gesandten nach Madrid und bat den spanischen König um Geld zur Ausrüstung eines Heeres gegen seine ketzerischen Unterthanen. Aber die Unterstützung, welche Philipp III. in Aussicht stellte [2]), war zu gering, als daß es der Kaiser auf einen offenen Kampf hätte ankommen lassen können. Nur in Fragen, welche einzelne Ortschaften wie Braunau und Klostergrab oder die königlichen Herrschaften betrafen, ließ die Regierung ihre Tendenz deutlich durchblicken.

Die protestantischen Bürger des Städtchens Braunau, welches dem dortigen Benediktinerstifte gehörte, begannen im Frühjahr 1611 mit Unterstützung ihrer Glaubensgenossen in Schlesien und Deutschland den Bau einer eigenen Kirche [3]), da

1) In einer Denkschrift, die kurz vor dem Ausbruche der böhmischen Revolution abgefaßt zu sein scheint, wird der Rat erteilt, nach Böhmen ein Heer zu schicken und die dortigen Unterthanen von der Leibeigenschaft und Tyrannei der Herren zu befreien, worauf sie auf des Kaisers Seite stehen würden. K. A. Müller, Forschungen auf d. Gebiete der neueren Geschichte III, 63. Vgl. 283.

2) Gindely I, 76f.

3) Das Thatsächliche ist am besten dargelegt bei P. Laurentius Wintera, Gesch. der protest. Bewegung in Braunau (Prag 1894. Sep.-Abdruck aus den Mitth. des V. für Gesch. der Deutschen XXXI u. XXXII.

ihnen der Besuch der bisher benutzten Friedhofskirche untersagt worden war. Nach der Auffassung der Protestanten konnten sie zwar nicht aus dem Majestätsbriefe, wohl aber aus dem gleichzeitig zwischen katholischen Ständemitgliedern und den dreißig Direktoren abgeschlossenen und in die Landtafel eingetragenen Vergleiche [1]) das Recht dazu ableiten. Denn dieser gewährte den „Utraquisten" auf den Gütern des Königs, wenn sie keine eigene Kirche hätten, das Recht, solche zu bauen. Unter den königlichen Gütern aber waren nach ihrer Behauptung auch die Kirchengüter zu verstehen, weil den Geistlichen wohl der Nießbrauch, nicht aber das Eigentum zustehe, Eigentümer vielmehr der König sei, der sie nach Belieben verschenken, verpfänden oder verkaufen könne.

In der That waren diese Behauptungen nicht aus der Luft gegriffen. Wie in Deutschland die Reichskirchen im früheren Mittelalter als Eigentum des Reiches galten [2]), so wurden auch in Böhmen die Kirchengüter als zur Kammer des Königs gehörig betrachtet, und er konnte daher von ihnen ebenso wie von den königlichen Städten ohne Bewilligung der Stände die Zahlung von Abgaben und die Stellung von Soldaten verlangen. Das Auftreten des Hus und die folgenden Kriege, welche mehrfach zur Einziehung von Kirchengütern führten, konnten diese Anschauung nur noch befestigen. Unter dem Könige Wladislaw wurde in die Landesordnung ausdrücklich der Satz aufgenommen, daß die Geistlichen die königlichen Ver-

Vgl. Gindely, Gesch. d. Dreißigjähr. Krieges I, 62 f. und J. Svoboda S. J., Die Kirchenschließung zu Klostergrab und Braunau und die Anfänge des Dreißigjähr. Krieges (Zeitschr. f. kathol. Theol. X, 396 ff.). Beide erörtern von entgegengesetzten Standpunkten aus eingehend die Rechtsfrage, welche ersterer schon in seiner „Gesch. der Ertheilung des böhmischen Majestätsbriefes", S. 205 ff. in einem von seiner späteren Auffassung abweichenden, den Protestanten ungünstigen Sinne besprochen hatte.

1) Vgl. „Gesch. Österreichs" IV, 553 f.

2) J. Ficker, Über das Eigenthum des Reichs am Reichskirchengute, Wien 1873 (Sitzungsber. d. kaiserl. Akad. LXXII. B.).

schreibungen auf ihre Güter zu beachten hätten. Dieser Bestimmung entsprechend hatte auch Ferdinand I. in seinen finanziellen Bedrängnissen böhmische Kirchengüter verpfändet oder sonst belastet. Er erklärte dann zwar in seinem Codizill von 1547 dies trotz der Landesordnung für Unrecht, sprach seine Reue hierüber aus und ermahnte seine Söhne, der Kirche den ihr zugefügten Schaden zu ersetzen. Aber er selbst fühlte sich außerstande, dies zu thun, obwohl er noch siebzehn Jahre lebte. Auf seinen Wunsch beschloß zwar der Landtag im Jahre 1558, daß die Güter des Prager Domkapitels und der Domkirche fortan vom Könige weder verkauft noch verpfändet werden dürften. Aber dabei wurde von den Ständen die ausdrückliche Erklärung abgegeben und auch in die Landesordnung eingetragen, daß dies der bisherigen Bestimmung derselben betreffs der übrigen geistlichen Güter, „die der Verfügung des Königs und seiner Nachfolger anheimgestellt seien“, nicht zum Nachteil gereichen solle. Selbst der streng katholische Kanzler Zdenko von Lobkowitz sprach sich 1598 in einem Gutachten an den Kaiser dahin aus, daß dieser ohne Zustimmung des Papstes geistliche Güter verpfänden, belasten und verkaufen könne, weil dieselben in Böhmen nach der Landesverfassung königliches Eigentum seien. So ist es erklärlich, daß man unter den königlichen Gütern auch die kirchlichen Besitzungen verstehen konnte, und Slawata, hier ein unbedingt verläßlicher Gewährsmann, sagt ausdrücklich, daß die Protestanten beim Abschlusse des Vergleiches im Jahre 1609 unter ersteren auch letztere verstanden hätten.

Aber man kann doch nicht sagen, daß die Protestanten bei ihren Ansprüchen das positive Recht auf ihrer Seite hatten [1]). Für die Auslegung eines Vertrages kann es nicht maßgebend sein, welchen Sinn die eine Partei beim Abschlusse desselben in eine Bestimmung hineinlegen wollte. Die katholischen Landesbeamten, welche auf die Klage des Abtes von Braunau

1) So Gindely, Rudolf II. I, 354. Vgl. dessen Geschichte des Dreißigjähr. Krieges I, 69.

im Jahre 1611 über diese Frage dem Könige Matthias ein Gutachten abzugeben hatten, betonten denn auch mit Recht, daß Majestätsbriefe, Schenkungen und Stiftungen nach strengem Rechte zu beurteilen seien, und daß ein so wichtiges Recht wie die Bewilligung des Kirchenbaues für die hörige Bevölkerung nicht stillschweigend, sondern mit bestimmten Worten hätte festgestellt werden sollen. Sie bestritten überhaupt, allerdings nicht gerade mit stichhaltigen Gründen, daß unter dem Begriffe königliche Güter auch die kirchlichen Besitzungen zu verstehen seien. Aber auch in diesem Falle, erklärten sie, würden die gutsherrlichen Rechte der geistlichen Besitzer dadurch nicht berührt. So lange ein solcher ein Gut innehabe, genieße er ganz dieselben Rechte wie ein Adeliger auf seinem Besitztum, und seine Unterthanen hätten ihm gegenüber nicht mehr Rechte als einem weltlichen Herrn gegenüber.

Gestützt auf diese Ausführungen befahl König Matthias am 25. August 1611, unmittelbar vor seiner Abreise aus Prag, den Braunauern die Einstellung des Baues.

Die Defensoren, an welche sich nun die Braunauer wendeten, glaubten aber dies nicht ruhig hinnehmen zu sollen. Gestützt auf eine ihnen 1609 zugesprochene Befugnis beriefen sie aus jedem Kreise sechs ständische Vertreter, welche sich am 11. November in Prag einfanden. Die Versammlung forderte die Braunauer zum Weiterbau auf und setzte auch den König und die in seiner Abwesenheit dessen Stelle vertretenden obersten Landesbeamten davon in Kenntnis, indem sie gegen die Auslegung, welche diese den Religionsgesetzen von 1609 gaben, entschieden Verwahrung einlegten. Noch im Laufe des nächsten Jahres wurde die Kirche ausgebaut, nachdem schon am 1. Januar 1611 ein eigener Pfarrer ernannt worden war. Matthias wagte vorläufig nicht gegen diese Verletzung seiner Befehle aufzutreten.

Ein zweiter ähnlicher Fall ereignete sich etwas später in Klostergrab, welches dem Stifte Ossegg oder jetzt dem Erzbischofe von Prag als Nutznießer der Güter desselben ge-

hörte[1]). Auch hier bauten die Protestanten eine eigene Kirche. Aber der Erzbischof ließ dieselbe Ende 1614 schließen und versiegeln. Selbst auf den unmittelbaren Gütern des Königs suchte man den Protestantismus einzudämmen. Der Prager Erzbischof Johann Lohelius, dem der Kaiser am 24. Oktober 1612 die geistliche Oberaufsicht auf seinen Herrschaften und die Besetzung der Benefizien „innerhalb der durch den Majestätsbrief und den Vergleich gezogenen Schranken" übertrug, ernannte nach dem Tode protestantischer Pfarrer katholische Geistliche. Ja, er bewog den Präsidenten der böhmischen Kammer, Slawata, von den Bürgern des Städtchens Straschitz die Entfernung ihres protestantischen Seelsorgers zu verlangen, und als sie dies verweigerten, ließ er ihnen die Kirche wegnehmen und einen katholischen Priester einsetzen[2]).

Man konnte sich übrigens auch bei diesem Vorgehen auf den im Jahre 1609 geschlossenen Vergleich stützen, welchen die damaligen Führer der Protestanten so unglücklich stilisiert hatten, daß er die größten Widersprüche enthielt. Denn wenn einerseits die Katholiken und Protestanten versprachen, die andere Partei „bei den Kirchen, welche sie eben im Besitz hat", schützen zu wollen, so war anderseits dem Könige wie jedermann aus den höheren Ständen das Recht zugesprochen worden, auf seinen Gütern für sich oder seine Unterthanen auf eine Pfarre, wo ihm das Patronat zustehe, einen solchen utraquistischen Priester zu setzen, der vom Erzbischofe geweiht sei.

In Mähren suchte sich derselbe Geist geltend zu machen. Man bediente sich hierbei der Stadträte von Brünn und Olmütz, welche ausschließlich aus Katholiken zusammengesetzt waren. Es wurde den Bürgern der Besuch des protestantischen Gottesdienstes in den Häusern der Adeligen untersagt, und als dieselben Versammlungen hielten, sich als Gemeinden organisierten und Direktoren an deren Spitze stellten, so viele ein-

1) Gindely I, 74f. und Svoboda a. a. O. S. 386ff., der einiges Neue bringt.

2) Gindely I, 73f.

gekerkert, daß die Gefängnisse sie kaum mehr zu fassen vermochten. Erst als Zierotin beim Kaiser selbst dagegen Vorstellungen erhob, wurden sie entlassen [1]).

Auch in Schlesien verweigerten der Breslauer Bischof Erzherzog Karl, der jüngste Bruder Ferdinands von Steiermark, und der Herzog Adam Wenzel von Teschen, welcher 1611 zum Katholicismus übertrat, ihren Unterthanen trotz der diesen günstigen Bestimmungen des Majestätsbriefes die Ausübung ihrer Religion [2]). Nur Karl von Liechtenstein, welchen der Kaiser am 4. Januar 1614 gegen Übernahme einer Pfandsumme von 125000 Thalern mit dem Herzogtum Troppau belehnte [3]), zeigte sich auch den Bürgern seiner Hauptstadt gegenüber als duldsamen Fürsten [4]).

Endlich schien sich der Regierung die Möglichkeit zur Aufstellung eines Heeres zu eröffnen, mit dessen Hilfe sie auch die religiöse Frage im allgemeinen in ihrem Sinne lösen zu können hoffte.

Den Vorwand boten die Vorgänge in Siebenbürgen und die Haltung der Türken.

1) Chlumecky I, 814ff.

2) Grünhagen II, 153ff. Biermann, Gesch. des Herzogthums Teschen, S. 218f.

3) J. v. Falke, Gesch. des Hauses Liechtenstein II, 177f.

4) Gegen die Äußerung Grünhagens II, 156 f. Biermann, Gesch. d. Herzogthümer Troppau und Jägerndorf, S. 314f.

# Sechstes Kapitel.

## Das Verhältnis des Kaisers zu Siebenbürgen und zur Pforte 1610—1618. — Der Krieg des Erzherzogs Ferdinand mit Venedig.

Der siebenbürgische Fürst Gabriel Báthory erfüllte die Hoffnungen nicht, welche der Kaiserhof und die katholische Partei nach seinen früheren Versprechungen [1]) auf ihn setzen zu dürfen glaubten. Er wollte zwar im Prinzip die Oberhoheit des ungarischen Königs anerkennen. Aber er weigerte sich, auch für den Fall eines Krieges mit den Türken demselben Truppen zu stellen und jährlich eine bestimmte Summe als Ehrengabe zu zahlen, und wies die Anerkennungsurkunde des Königs Matthias, worin dieser ihn als seinen Vasallen [2]) bezeichnete, zurück. Auch die Katholiken vermochten die freie Ausübung ihrer Religion und die Beseitigung ihrer Beschwerden nicht zu erreichen.

Da sich nun der Fürst auch durch seine Verschwendung und zügellose Wollust, der nichts heilig war, verhaßt machte, bildete sich schon im März 1610 eine Verschwörung gegen ihn, an der sein Kanzler Stephan Kendy, Balthasar Kornis, Generalkapitän der Székler, und mehrere andere Magnaten, meist Katholiken, teilnahmen. Aber dieselbe wurde entdeckt, Balthasar Kornis von den Truppen Báthorys nach tapferer Gegenwehr gefangen und später enthauptet, sein Bruder Georg getötet, ein dritter, welcher in die Hände des Fürsten fiel, aufgehängt. Durch Beschluß des Landtags wurden die Güter

1) Vgl. IV, 474 f. — Eine Geschichte dieses Fürsten schrieb Szilágyi, Báthory Gábor fejedelem története (Pest 1867) und kürzer, aber mit Benutzung mancher neuer Quellen in der (ungar.) Einleitung zu den Mon. comit. Transsylv. VI, 7—82.

2) fidelis noster.

Kendys und anderer, die sich teils nach Ungarn, teils in die Walachei gerettet hatten, eingezogen, die Jesuiten aus Siebenbürgen vertrieben, selbst den andern katholischen Geistlichen der Aufenthalt nur noch in den Häusern der Magnaten erlaubt.

Trotz der Unterdrückung dieser Verschwörung fühlte Báthory seinen Fürstenstuhl wanken. Die flüchtigen Adeligen wühlten in Ungarn gegen ihn. König Matthias weigerte sich, den Vertrag, den der Palatin Thurzó am 15. August mit ihm schloß, zu ratifizieren, obwohl sich der Fürst darin verpflichtete, den König gegen jedermann, die Türken ausgenommen, zu unterstützen; die Woywoden der Walachei und Moldau waren ihm abgeneigt.

Diese beschloß er zuerst unschädlich zu machen. Um sich aber den Rücken zu decken und einen Abfall der Sachsen, bei denen er Sympathieen für den König Matthias voraussetzte, unmöglich zu machen, bemächtigte er sich am 11. Dezember durch List der Stadt Hermannstadt, entwaffnete die Bürger, legte eine starke Besatzung hinein, konfiszierte die Besitzungen der Stadt, zwang sie zu einer Zahlung von 52000 Gulden, nachdem er anfangs den ganzen Rat, welchen er des Einverständnisses mit seinen Feinden beschuldigte, hatte hinrichten lassen wollen, und sah allen Ausschweifungen seiner Soldaten ruhig zu. Am 1. Januar 1611 brach er in die Walachei ein, dessen Woywode Radul Scherban zur Flucht gezwungen wurde. Er suchte nun auch die Erlaubnis der Pforte zu einem Angriffe auf die Moldau zu erhalten, ja selbst auf die Krone Polens machte er sich Hoffnung.

Aber bald sah er sich wieder auf die Verteidigung beschränkt. Denn nach wenigen Monaten eroberte Radul mit geworbenen Polen und Kosaken sein Land zurück, und mit ihm verbanden sich die Bürger von Kronstadt, welche mit Recht fürchteten, daß auch ihnen das Schicksal Hermannstadts zugedacht sei. Unter den Mauern dieser Stadt wurde Báthory am 9. Juli 1611 von Radul vollständig geschlagen.

Gerade um diese Zeit begann auch der König Matthias den Krieg, der, nachdem er seinem Bruder auch Böhmen ent-

rissen hatte, mächtig genug zu sein glaubte, Siebenbürgen wieder in eine engere Verbindung mit dem ungarischen Reiche zu bringen. Die ungarischen Großen, auch der Palatin, waren mit dieser Politik vollständig einverstanden. Anfangs Juli drang ein ungarisches Heer unter Sigmund Forgách, Generalkapitän von Oberungarn, dem sich auch 10 000 Haiduken unter Andreas Nagy anschlossen, durch die Marmaros in Siebenbürgen ein und rückte ohne Widerstand bis unter die Mauern von Hermannstadt vor, wo sich Radul mit ihm vereinigte.

Aber beim Mangel an Belagerungsgeschützen vermochte Forgách die stark befestigte Stadt nicht zu erobern. Da es nun Báthory auch gelang, Nagy und die Haiduken wieder auf seine Seite zu ziehen, und Türken und Tataren zu seiner Unterstützung sich näherten, hob Forgách die Belagerung Hermannstadts auf, zog um die Mitte des September durch den Törzburger Paß nach der Walachei und kam erst nach zwei Monaten durch die Berge der Moldau nach Ungarn zurück, nachdem er durch Strapazen und Hunger einen großen Teil seiner Truppen verloren hatte. Auch Radul Scherban hatte sein Land an den von der Pforte an seine Stelle ernannten Radul Michne verloren und lebte in Wien von einem Gnadengehalte des Königs.

Da die Ungarn der Fortsetzung des Krieges abgeneigt waren und Thurzó auch vom Könige keine Unterstützung erhielt, so knüpfte er mit Gesandten Báthorys Verhandlungen in Tokaj an, welche am 27. Dezember zum Abschlusse einer Waffenruhe führten.

Báthory glaubte jetzt seinen Launen und seinem Hang zur Grausamkeit und Willkür noch mehr die Zügel schießen lassen zu dürfen. Die Stände wagten nur selten, seinen Wünschen entgegenzutreten. Zahlreiche Gegner wurden geächtet, ihre Güter eingezogen, von Hermannstadt und andern Sachsenstädten neuerdings große Geldsummen erpreßt, Kronstadt hart bedrängt. Aber diese Stadt, welche von ihrem energischen Richter Michael Weiß geleitet wurde, widerstand allen Angriffen und

wollte lieber alles erdulden, als sich diesem Tyrannen und Feinde ihres Stammes ergeben.

Bald trat auch eine Wendung ein. Andreas Géczy, den Báthory nach Konstantinopel gesendet hatte, trat bei seiner Ankunft daselbst im Einverständnis mit zahlreichen siebenbürgischen Großen, welche sich nach Kronstadt geflüchtet hatten, als dessen Ankläger auf. Vom kaiserlichen Geschäftsträger Starzer unterstützt, brachte er es im Mai 1612 dahin, daß die Pforte sich bereit erklärte, ihn als Fürsten von Siebenbürgen anzuerkennen, wenn er von den dortigen Ständen gewählt würde, ihm einige Truppen zur Verfügung stellte und den Woywoden der Walachei, Michne Radul, zu seiner Unterstützung aufforderte, wogegen er versprach, einen jährlichen Tribut von 15000 Dukaten zu entrichten, zu den Kriegen des Sultans 15000 Mann zu stellen und, was Báthory unterlassen hatte, Lippa und Jenö mit den dazu gehörigen Gebieten zurückzustellen. Mit Géczy, der mit einer kleinen Schar von Türken und 2000 Walachen nach Kronstadt kam, trat auch der Haidukenführer Nagy in Verbindung, welcher ihm versprach, den Fürsten aus dem Wege zu räumen. Aber der Brief fiel in die Hände Báthorys, der Nagy am 12. August niederhieb. Géczy und die Kronstädter, welche unvorsichtigerweise mit ungenügenden Kräften die Offensive ergriffen, wurden am 16. Oktober bei Marienburg geschlagen und Weiß mit zahlreichen Kronstädtern im Kampfe getötet.

Die Lage Báthorys schien sich nun in unerwarteter Weise zu bessern.

Die Pforte zeigte sich ihm jetzt nicht abgeneigt. Sie unterließ jede weitere Unterstützung Géczys und suchte die Kronstädter zur Unterwerfung zu bewegen. Im März 1613 brachten seine Gesandten auch einen Vertrag mit dem Kaiser Matthias zustande, wonach dieser ihn und seine Nachfolger als Fürsten von Siebenbürgen anerkannte und ihnen Beistand gegen alle Feinde zusagte, wogegen er versprach, dem Kaiser und dem ungarischen Reiche gegen alle Feinde, den Türken ausgenommen, Hilfe zu leisten, sein Land nie von Ungarn zu

trennen und in seinem Streite mit den Kronstädtern und den andern Sachsen die Vermittlung des Kaisers anzuerkennen [1]). Auch mit Kronstadt und den dort sich aufhaltenden feindlichen Adeligen, namentlich mit Géczy, kam jetzt eine Aussöhnung zustande.

Aber schon drohte ein neuer, viel gefährlicherer Feind, Gabriel Bethlen [2]).

Bethlen war einer der vertrautesten Anhänger Báthorys gewesen und hatte diesem besonders bei diplomatischen Sendungen an die Pforte große Dienste geleistet. Aber er war in manchen Fragen mit der Politik desselben namentlich mit seiner späteren Absicht, sich von den Türken zu trennen und dem Kaiser anzuschließen, nicht einverstanden. Wurde dadurch das Mißtrauen des Fürsten erweckt, so reizten andere Vorfälle den Zorn desselben so sehr, daß er die Absicht äußerte, denselben aus dem Leben zu räumen. Bethlen, durch die Geliebte Báthorys, Katharina Török, die Gemahlin Dengeleghys, welche mit ihm verwandt war, gewarnt, floh im September

1) Dieser Vertrag (in Mon. com. Transsylv. VI, 269 sqq.) wurde vom Kaiser am 11. April ratifiziert, von den Ständen und dem Fürsten von Siebenbürgen am 14. Mai genehmigt. Daß sich Báthory durch einen geheimen Revers verpflichtet habe, allen Anhängern des Kaisers, „besonders den Jesuiten" Amnestie zu gewähren, freie Ausübung der katholischen Religion zu bewilligen und im Falle eines Türkenkriegs sich dem Kaiser anzuschließen, wie Szilágyi, Báthory Gábor története, p. 234 und Mon. com. Transsylv. VI, 71 sq. und nach ihm auch andere mit Berufung auf Mon. Hung. Dipl. IV, 66—70 behauptet haben, steht hier nicht, sondern nur daß der Kaiser Amnestie und freie Religionsübung für die Katholiken gefordert und Báthorys Gesandte es zugestanden haben. Dasselbe wird in den vom Kaiser gegen ihn erhobenen Vorwürfen Mon. com. Transsylv. VI, 455, nr. 6 gesagt.

2) Populär gehaltene Biographieen dieses Fürsten in ungarischer Sprache schrieben Szilágyi, Bethlen Gábor története (Magyar Helikon 1885) und Gindely A. és Acsády I., Bethlen Gábor és udvara (Magyar történeti életrajzok 1890), kürzere Skizzen in deutscher Sprache Szilágyi in „Ungar. Revue" 1885" S. 377 ff. und 520 ff. und (nicht ohne Fehler) Krüner in „Histor. Zeitschrift" LVIII, 1 ff. Vgl. auch die Darstellung Szilágyis im Mon. com. Transsylv. VI, 67 sq. 76 sqq. und 303 sqq. mit den einschlägigen Aktenstücken.

1612 zu dem ihm befreundeten Pascha von Temesvár und begab sich endlich im Februar nach Adrianopel, wo sich der Sultan Achmed damals aufhielt. Da er von früheren Gesandtschaften her unter den türkischen Würdenträgern manche Bekannte hatte, wurde er freundlich aufgenommen und auch vom Sultan empfangen. Als dann im Frühjahr 1613 auch noch die Nachricht eintraf, daß Báthory mit dem Kaiser ein Bündnis geschlossen habe, war Bethlens Erfolg entschieden. Der Sultan schenkte ihm einen Säbel und Streitkolben und beschloß, ihn an der Spitze eines Heeres unter Skender Beg, Pascha von Kanizsa, gegen Siebenbürgen zu senden, dessen Stände zur Wahl eines neuen Fürsten nach den Weisungen des genannten Pascha aufgefordert wurden. Auch die Woywoden der Walachei und Moldau und der Chan der Tataren erhielten den Befehl, sich an diesem Feldzuge zu beteiligen.

In der zweiten Hälfte des September drangen die türkisch-tatarisch-walachischen Scharen, zusammen 40000 Mann [1]) zählend, teils durch das Eiserne Thor von Westen, teils durch den Törzburger Paß von Süden her in Siebenbürgen ein und rückten mit vereinten Kräften nach Hermannstadt vor. Báthory, der noch bis zum letzten Augenblicke die Hoffnung genährt hatte, mit den Türken einen Frieden zustande zu bringen, und sich sogar gegen den Einmarsch kaiserlicher Hilfstruppen aussprach, konnte ihnen nur 10000 Mann entgegenstellen. Da sich auch diese dem Kampfe abgeneigt zeigten und Klausenburg ihm die Thore verschloß, floh er nach Großwardein.

Aber auch jetzt spielte er seine zweideutige Rolle fort. Er machte aus seiner Absicht, die Türken durch die Überlassung mehrerer Grenzfestungen, auch Großwardeins, zu gewinnen, kein Hehl und ließ die kaiserlichen Truppen, welche ihm Forgách unter Führung des Nikolaus Abaffy zuhilfe geschickt hatte,

1) Diese Zahl giebt Bethlen in einem Briefe an seine Gemahlin vom 17. Oktober aus Klausenburg (Mon. com. Transsylv. VI, 341) an. Andere Schriftsteller schätzen sie gar auf 80000 Mann.

nicht in die Stadt. Dieser vereinbarte nun im Einvernehmen mit Géczy die Ermordung Báthorys, der am 27. Oktober bei einer Besichtigung der Kaiserlichen durch einige Haidukenführer [1]) erschossen wurde [2]).

Schon vier Tage früher, am 23. Oktober 1613, hatten die Stände Siebenbürgens, welche Skender Pascha berufen hatte, Gabriel Bethlen zum Fürsten gewählt, aber dabei unter die von ihm zu beschwörenden Artikel die charakteristische Bestimmung aufgenommen, daß er den ihm vom Landtage verliehenen Titel ohne Zustimmung desselben nicht mehren oder überhaupt ändern sollte [3]). Außerdem wurde ihm aufgetragen, der Pforte gehorsam zu sein, um jeden Bruch zu vermeiden, und mit dem Kaiser und Ungarn gute Nachbarschaft zu halten. Am 25. Oktober übergab ihm Skender Pascha im Namen des Sultans Fahne, Streitkolben und Säbel, worauf die fremden Truppen das Land, welches durch ihre Verwüstungen und Räubereien schwer gelitten hatte, ohne Verzug räumten. Indem allen, welche unter Báthorys Regierung geächtet worden waren, Amnestie erteilt und die ihnen entzogenen Güter zurückgegeben, dann im Februar Hermannstadt geräumt und mit der sächsischen Nation wieder vereinigt ward, wurde auch die Ruhe im Innern dauernd hergestellt.

Der Kaiser hatte diese Entwickelung der siebenbürgischen Verhältnisse nur mit großer Besorgnis ansehen können. Die Hoffnung, Siebenbürgen in eine engere Verbindung mit der ungarischen Krone zu bringen, war vollständig vereitelt, der Fürst, welcher sich ihm einigermaßen genähert hatte, durch die

1) Drei davon, Ladányi, Szilassy und Zámbó, welche im Februar nach Mediasch kamen, um für ihre That von den Siebenbürgern eine Belohnung zu erhalten, fielen dort dem Hasse des Volkes und der Soldaten zum Opfer. Géczy wurde nach längerer Gefangenschaft in Fogaras vom Kommandanten hingerichtet.

2) Bericht Abaffys an Erzh. Ferdinand vom 2. November bei Londorp, Acta publica I, 147. Vgl. Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VI, 80 sqq.

3) Mon. com. Transsylv. VI, 359, art. 10.

Türken gestürzt und ihr Schützling an dessen Stelle gesetzt worden. Da nun die Pforte bei den vorausgehenden Verhandlungen die Gültigkeit jenes Artikels des Zsitva Toroker Friedens, welcher den Wiener Frieden bestätigte und damit auch die Abhängigkeit Siebenbürgens von Ungarn anerkannte, mit den nichtigsten Gründen bestritten hatte [1]), und der Sultan jetzt dieses Land offen für sein Eigentum erklärte, ja sogar Bethlen selbst in einzelnen Schreiben an türkische Würdenträger ähnliche Ausdrücke gebrauchte, so lag der Verdacht gewiß nahe, daß der Sultan Siebenbürgen in die gleiche Stellung wie die Walachei und Moldau herabdrücken und seine Oberherrschaft über dasselbe dauernd begründen wolle. War es ja doch ein Akt der Souveränität, daß ein türkischer Pascha die Stände zur Wahl eines Fürsten berufen hatte. Waren aber die Türken Herren Siebenbürgens, konnten sie hier überwintern und die Vorbereitungen für die Angriffe auf die kaiserlichen Gebiete treffen, so glaubte man auch Oberungarn auf die Dauer nicht mehr behaupten zu können, ja man sah die türkischen Horden schon bis an die Oder streifen [2]).

Wäre noch an die Stelle Báthorys ein Fürst getreten, auf dessen Gesinnung man sich hätte verlassen können! Aber Bethlen war schon wiederholt als Feind des Kaisers aufgetreten, hatte sich immer für die enge Verbindung Siebenbürgens mit den Türken ausgesprochen, längere Zeit unter denselben geweilt, mit ihrer Unterstützung den Fürstenstuhl bestiegen und ihnen die Huldigung geleistet [3]). Es waren dies Gründe genug,

1) Hammer III, 461 ff. Die Pforte hatte sogar den Versuch gemacht, beim Austausche der Ratifikation des Zsitva Toroker Friedens den Text zu fälschen, und hatte dem kaiserlichen Gesandten Herberstein eine Urkunde übergeben, wo der Wortlaut mehrerer Artikel, namentlich auch der auf Siebenbürgen bezüglichen, abgeändert war. Erst auf erfolgte Reklamation wurde der Originaltext bestätigt. Hammer III, 421 f. 436 f.

2) Die Anschauungen der Regierung giebt das Gutachten des geheimen Rates (vom Mai 1614?) in Mon. com. Transsylv. VI, 505—535 und der vom Kaiser an den Erzherzog Albrecht gesendete „kurze Bericht des ganzen Siebenbürgischen Wesens“ in Mon. Hung. Dipl. IV, 89—102.

3) Siehe die ihm gemachten Vorwürfe in der Beilage zu einem Schreiben

um die kaiserliche Regierung mit dem größten Mißtrauen gegen ihn zu erfüllen, und dieses wurde noch dadurch gesteigert, daß die von Bethlen und den siebenbürgischen Ständen an den Kaiser geschickten Gesandten nur die Weisung hatten, von den vorausgegangenen Ereignissen und der Erhebung des neuen Fürsten Mitteilung zu machen und ihre Ergebenheit auszusprechen, aber mit keiner Vollmacht zur Anerkennung der Oberhoheit Ungarns versehen waren [1]).

Durch die Haltung der kaiserlichen Regierung wurde aber Bethlen geradezu genötigt, seine bisherige Politik fortzusetzen und eine Stütze an der Pforte zu suchen. Denn jene hatte die Umwälzung in Siebenbürgen benutzt, um im Dezember 1613 die im nordöstlichen Ungarn gelegenen Besitzungen des Hauses Báthory: Nagy Bánya, Tasnád, Ecsed, Kövár und Huszt, durch Unterhandlungen in ihre Gewalt zu bringen, obwohl Siebenbürgen darauf Ansprüche zu haben glaubte [2]).

Der Kaiser und seine Räte waren daher überzeugt, daß sie stets auf einen Angriff Bethlens und der Türken gefaßt sein müßten [3]), scheuten aber auch vor einem Angriffe auf Siebenbürgen nicht zurück, wozu sich Matthias von seinem Bruder Albrecht den Grafen Buquoy als General erbat [4]). Aber bei dem elenden Zustand der Finanzen, welcher sich aus der Zeit der Regierung Rudolfs II. auch in die des Matthias hinübergezogen hatte, fehlten die Mittel, um ein Heer auszurüsten und unterhalten zu können. „Was sollen wir thun?" ruft Klesel in einem Schreiben an den Hofkriegsratspräsidenten Mollart voll Verzweiflung aus. „Leihen will uns niemand; schuldig ist uns niemand; wir selbst haben auch nichts" [5]).

des Kaisers an den Erzherzog Albrecht vom 5. Februar 1614 in Mon. Hung. Dipl. IV, 69 sq. Vgl. p. 92 sq.

1) Mon. com. Transsylv. VI, 374 sqq.

2) Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VI, 318 sqq.

3) Mon. Hung. Dipl. IV, 73 sq.

4) Mon. Hung. Dipl. IV, 65. Vgl. Hammer-Purgstall III, Beil. S. 72 f.

5) Hammer-Purgstall III, Beil. S. 69.

Man suchte also von verschiedenen Seiten Subsidien zu erhalten. Aber der deutsche Reichstag, welcher im August 1613 zusammentrat, erfüllte die Hoffnungen nicht, die man auf ihn gesetzt hatte. Zwar bewilligten die katholischen und mehrere lutherische Reichsstände als Türkenhilfe dreißig Römermonate. Aber die pfälzische Partei verweigerte den Beschlüssen der Mehrheit von vornherein die Anerkennung, und die Summen, welche wirklich eingingen, waren viel zu gering, um die Kosten eines Krieges zu bestreiten [1]).

Der Kaiser schickte von Regensburg aus den Grafen Collalto auch an den Papst Paul V., um von ihm Subsidien gegen die Türken zu erhalten. Er ließ ihm auseinandersetzen, wie wichtig es wäre, daß er aus eigenen Mitteln ein Heer aufbrächte und sich nicht an seine ketzerischen Unterthanen wenden müßte, welche sonst Herren der Armee wären und ihn ganz in seiner Gewalt hätten, und stellte ihm vor, daß er mit Hilfe eigener Truppen gegen die einheimischen Feinde ganz „wunderbare Wirkungen“ erzielen würde [2]). Aber Paul V., der seine verfügbaren Gelder lieber zur Bereicherung seiner Angehörigen verwendete, erklärte sich nur dann zu Zahlungen bereit, wenn der Krieg wirklich ausbräche. Dieselbe Antwort gab der König von Spanien, an den sich sein Gesandter Oñate von Regensburg aus gewendet hatte [3]).

1) Klesel, der anfangs (18. Oktober 1613) an Mollart voll Freude geschrieben, man habe „ein stattliches erhalten“, bemerkt am 24. Februar: „vom Reich halte ich nichts“! und meldet am 10. Mai, der schwäbische Kreis habe 25000, der fränkische 30000, etliche Grafen 6000 Gulden bewilligt, das seien die einzigen Mittel. Die Reichshilfen tragen monatlich 50000 Gulden, werden aber nicht erlegt. Hammer-Purgstall III, Beil. S. 72f. 92. 97.

2) Auch in dem oben S. 50 erwähnten Schreiben an den Erzherzog Ferdinand vom 10. November 1613 gesteht der Kaiser ein, der Krieg gegen die Türken und Bethlen Gábor sei nur „der Schein“, „das Fundament aber Gottes und unseres Hauses Erhaltung“. Gindely I, 82.

3) Schreiben Klesels an Mollart vom 20. September 1613 und 10. Mai 1614. Hammer-Purgstall III, Beil. S. 69. 97. Gindely I, 77.

So blieb nichts übrig, als einstweilen mit Bethlen zu unterhandeln [1]) und, was man so gerne vermieden hätte, unterdessen den Versuch zu machen, die Stände der verschiedenen Länder um die Bewilligung der notwendigen Mittel anzugehen.

Vor allem wurde der böhmische Landtag auf den 29. Januar 1614 berufen, aber, angeblich wegen der Pest, nicht nach Prag, wo er unter dem Einflusse der protestantischen Massen stand, sondern in die katholische und deutsche Stadt Budweis.

Bei den böhmischen Adeligen rief dies große Unzufriedenheit hervor. Sie hatten gehofft, daß Matthias endlich das bei seiner Krönung im Jahre 1611 gegebene Versprechen erfüllen und einen Generallandtag zur Beratung über die Defensionsordnung mit den inkorporierten Ländern, die Konföderation mit Österreich und Ungarn, die Erbeinigung mit Sachsen und Brandenburg und das Recht der Kreistage zu beliebigem Zusammentritte berufen würde [2]). Statt dessen hieß es, daß über diese vier Punkte gar nicht verhandelt werden dürfe, und daß die Stände nur zur Bewilligung der Mittel für den Krieg gegen Bethlen berufen würden. Anfangs wollten die Adeligen gar nicht erscheinen. Dies wagten sie zwar doch nicht. Aber die versammelten Stände lehnten die Verhandlung über die königlichen Vorlagen ab und verlangten vor allem die Einberufung des versprochenen Generallandtages. Durch die persönliche Einwirkung des Kaisers auf die zahlreichen Beamten und durch das Versprechen desselben, spätestens im nächsten Januar einen Generallandtag zur Beratung der erwähnten vier Punkte zu halten, brachte man es endlich dahin, daß der Landtag für das laufende Jahr die gewöhnlichen Steuern bewilligte. Aber die weiteren Forderungen des Kaisers, daß die Stände einen Teil seiner Schulden übernehmen, einen Beitrag zur Einhaltung der ungarischen Grenzfestungen leisten und die Kosten für die Unterhaltung von

1) Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VI, 322 sqq. mit den entsprechenden Beilagen.

2) Vgl. oben S. 40 f.

6000 Mann zu Fuß und 2000 Reitern bestreiten möchten, lehnten sie entschieden ab [1]).

Unterdessen gestaltete sich das Verhältnis zu den Türken immer drohender. Im Mai 1614 kam ein Tschausch zum Kaiser mit einem Schreiben des Sultans, worin sich dieser im schärfsten Tone wegen der Wegnahme der ehemals zu Siebenbürgen gehörigen Grenzplätze beklagte. Nicht ein Schloß, nicht eine Spanne Erde werde er von Siebenbürgen trennen lassen, erklärte dieser. Wenn der Kaiser wolle, daß der Frieden erhalten bleibe, solle er die siebenbürgischen Ortschaften dem dortigen Gubernator zurückgeben [2]).

Die Regierung brachte daher jetzt einen anderen Plan auf das Tapet, die Berufung von Vertretern aller Länder der deutschen Linie des Hauses Habsburg, auch Innerösterreichs und Tirols, welche nicht unter der unmittelbaren Herrschaft des Kaisers Matthias standen. Man mochte hoffen, daß durch die Abgeordneten der loyal gesinnten oder von den Türken zunächst bedrohten Länder die Opposition zum Schweigen gebracht und der Konvent zur Bewilligung reichlicher Mittel bewogen werden würde.

Es schickten auch alle Landtage ihre Vertreter. Nur die böhmischen Stände hatten dies verweigert, so daß der Kaiser den Ausweg ergriff, durch die Statthalter, die Beisitzer des Landrechts, des böhmischen Hof- und Kammergerichts und die Defensoren einen Ausschuß von sieben Mitgliedern wählen zu lassen.

Am 11. August 1614 wurde die Versammlung, welche ungefähr 70 Deputierte zählte, in Linz eröffnet. Um die enge Verbindung aller Glieder des Hauses Habsburg und die Gemeinsamkeit ihrer Interessen recht deutlich hervortreten zu lassen, waren nicht bloß der Kaiser und die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand, sondern auch Zuñiga als Vertreter des Königs von Spanien, Buquoy als Vertreter des Erzher-

1) Gindely I, 84ff.
2) In deutscher Übersetzung in Mon. Hung. Dipl. IV, 105 sqq.

zogs Albrecht erschienen. Man setzte dem Konvent auseinander, daß die Türken durch ihre Streifzüge schon oft den Frieden verletzt und durch Bethlen Gábor auch Siebenbürgen unter ihre Botmäßigkeit gebracht hätten, und stellte die Frage, ob man dies dulden solle.

Die Antworten, welche von den Abgeordneten der einzelnen Länder getrennt und schriftlich erstattet werden mußten, fielen nicht nach dem Wunsche der Regierung aus. Nur die Innerösterreicher und Tiroler und außerdem die Vertreter der Niederlausitz zeigten sich bereit, dem Kaiser Beistand zu leisten. Die Böhmen, nach denen sich die Deputierten der meisten Nebenländer richteten, erklärten sich nicht für kompetent, ohne Vollmacht vonseite des Landtages einen Beschluß zu fassen. Die Österreicher sprachen sich für die Aufrechthaltung des Friedens aus, den sie nicht für gefährdet hielten [1]).

Die Vertreter der zur Regierung in Opposition stehenden Provinzen mußten übrigens in ihrer Abneigung gegen die Aufstellung eines Heeres auch dadurch bestärkt werden, daß selbst die Delegierten des zunächst beteiligten Landes, Ungarns, ihrer Instruktion gemäß sich entschieden für den Frieden erklärten. Diese gaben zwar zu, daß die Türken besonders durch ihre Raubzüge in die ungarischen und slavonischen Gebiete und durch die Verbrennung zahlreicher Dörfer den letzten Friedensvertrag verletzt hätten. Aber sie betonten, daß dies auch vonseite der Ungarn geschehen, und glaubten, daß dies kein genügender Grund zu einem allgemeinen Kriege sei, da ja der Friede von Zsitva Torok hierfür ausdrücklich den Weg der Beschwerde vorgesehen habe, den sie auch jetzt anrieten. Ebenso

1) Über diesen Generalkonvent s. Gindely I, 94 ff., womit dessen im XL. Bande der „Sitzungsber. d. kaiserl. Akad." (1862) veröffentlichter Aufsatz: „Der erste österreichische Reichstag zu Linz im J. 1614" vielfach wörtlich übereinstimmt. Nur werden dort aus Versehen die Oberlausitzer als diejenigen genannt, welche sich für die Wünsche des Kaisers aussprachen. — Als erster österreichischer Reichstag müßte übrigens der 1518 in Innsbruck versammelte Ausschußlandtag bezeichnet werden, auf dem Vertreter aller Länder des damaligen Österreich anwesend waren.

entschieden sprachen sie sich gegen den Angriff auf Bethlen aus. Denn dadurch würde derselbe gezwungen werden, sich in die Hände der Türken zu werfen und ihnen für ihren Schutz seine außerungarischen Festungen, namentlich Großwardein, einzuräumen, wodurch das nordöstliche Ungarn im höchsten Grade gefährdet würde. Auch dürfe man Bethlen seine vorsichtige Haltung nicht übel nehmen. Denn wenn er sich offen unter den Schutz der Christen stellte, so würde er den Angriff der Türken herausfordern, und es wäre zu fürchten, daß Siebenbürgen vollständig in die Gewalt derselben geriete, da es, wie die Erfahrung gelehrt, bei der großen Entfernung vom Kaiser nur schwer behauptet werden könnte.

Diese Vorstellungen, welche nur einer nüchternen Würdigung der damaligen Sachlage entsprangen, mußten nicht bloß auf die Abgeordneten der anderen Länder Eindruck machen, sondern fanden vielleicht auch bei einzelnen Räten des Kaisers eine wohlwollende Würdigung. Hatte sich doch Klesel wegen des Mangels an Mitteln, des Mißtrauens der Länder, der Verbitterung im deutschen Reiche und der geringen Unterstützung vonseite Spaniens und des Papstes seit dem Herbste 1613 immer für den Frieden ausgesprochen, wenn ein solcher mit Ehren geschlossen werden könnte [1]).

In der That erklärte sich jetzt der Kaiser zu Unterhandlungen mit Bethlen bereit, und es wurde bis zum Abschlusse derselben eine Waffenruhe vereinbart [2]).

Aber noch einmal erhielt die Kriegspartei, deren Haupt der Hofkriegsratspräsident Mollart gewesen zu sein scheint [3]),

1) Mehrere Schreiben an den Hofkriegsratspräsidenten Mollart vom 18. Oktober 1613 bis zum 28. Juni 1614 bei Hammer-Purgstall III, Beil. S. 72—105. Natürlich hat er dieselbe Politik auch dem Kaiser gegenüber vertreten.

2) S. hierüber wie über die weiteren Beziehungen zu Bethlen Szilágyis Einleitung zu den Mon. com. Transsylv. VII, 7 ff. mit den Beilagen.

3) Es dürfte sich dies wohl aus den erwähnten Schreiben Klesels an ihn ergeben. Vgl. auch das wahrscheinlich von ihm herrührende Gut-

das Übergewicht. Das Mißtrauen gegen Bethlen hatte zu tiefe Wurzeln geschlagen und wurde noch verstärkt durch die Berichte, welche von den in Oberungarn kommandierenden Generälen eingeschickt wurden und immer neue Beweise für seine türkenfreundliche Gesinnung brachten. Die Ernennung von Bevollmächtigten zu den Unterhandlungen mit Bethlen unterblieb, und man wiegte sich in die entzückendsten Träume von der Möglichkeit seines Sturzes ein. Ein ungarischer Konvertit von großem Reichtum und ebenso großem Ehrgeize, Georg Drugeth von Homonna, Valentins Bruder, wollte mit Unterstützung des Kaisers den Kampf gegen ihn aufnehmen, Kendy sollte den Schützling des Kaisers mit seinen Freunden unterstützen, Radul Scherban die Walachei wieder an sich bringen, sich mit den Sachsen vereinigen, von denen viele dem neuen Fürsten mißtrauten und den Kaiser um Hilfe gegen ihn ersucht hatten [1]), und Bethlen im Rücken angreifen. Auch die Haiduken hoffte man durch Geld gewinnen zu können. Um den Türken gewachsen zu sein, wollte man sich noch einmal an den deutschen Reichstag und an die Stände Ungarns wenden und einen Generallandtag der böhmischen Länder berufen. Selbst Klesel ging jetzt auf diese Bestrebungen ein und suchte den Palatin Thurzó und den Graner Erzbischof Forgách zu überzeugen, daß die Türken einen Angriff auf Ungarn im Schilde führten [2]).

Aber die ungarischen Räte, welche im Januar 1615 nach Wien berufen wurden, sprachen sich entschieden gegen die Einberufung des ungarischen Reichstages aus, ehe die siebenbür-

achten in Mon. com. Transsylv. VII, 196 sqq., worin er auch die Mittel zum Sturze Bethlens erörtert.

1) S. das Schreiben, welches der Sekretär der Sachsen „nomine et ex commissione gentis Saxonicae“ (im Mai 1614) an den Kaiser richtete, ibid. VI, 502. Aus dem geheimen Berichte des kaiserlichen Gesandten Lassota ibid. VII, 139 sqq. ergiebt sich freilich, daß doch nur einzelne Sachsen ins Vertrauen gezogen worden waren.

2) Vgl. seine Briefe an die Genannten vom 13. Oktober 1614 bei Hammer-Purgstall III, Beil. S. 125 ff.

gische und türkische Frage gelöst wäre, weil derselbe doch wie im verflossenen Jahre vor allem die friedliche Beilegung der Streitigkeiten verlangen würde [1]).

Jetzt entschloß sich endlich der Kaiser, die Unterhandlungen mit Bethlen ernstlich aufzunehmen, die zuerst in Freistadtl, dann in Tyrnau geführt wurden. Hier wurde am 6. Mai 1615 der Friede geschlossen, mit dessen Bedingungen [2]) der Kaiser wohl zufrieden sein konnte, da zwar Bethlen nicht beseitigt, aber doch im wesentlichen das frühere Verhältnis Siebenbürgens zu Ungarn wieder hergestellt wurde. Den dortigen Ständen wurde das freie Wahlrecht bestätigt, wogegen sie versprachen, ihr Land nie von Ungarn zu trennen und sich gegen den König und das Haus Österreich keine Feindseligkeiten zu erlauben. Beide Teile sagten sich gegenseitig Unterstützung zu, wobei Bethlen nur den Sultan ausnahm. Auch versprach der Fürst den Wiener Frieden von 1606 zu halten und den Bestimmungen desselben entsprechend freie Religionsübung zu gewähren. Die im Dezember 1613 weggenommenen Besitzungen sollte der Kaiser zurückgeben, aber Nagy Bánya behalten dürfen. In einem geheimen Vertrage verpflichtete sich Bethlen für sich und seine Nachfolger auch zur Hilfeleistung gegen die Türken und gab zu, daß die Kommandanten der wichtigsten Festungen auch dem Kaiser den Eid der Treue leisteten. Ja es wurde sogar bestimmt, daß Siebenbürgen an die Krone zurückfallen sollte, wenn Ofen und Erlau den Türken abgenommen würden.

Schon am 15. Mai wurde dieser Friede vom Kaiser ratifiziert und drei Tage später auch von Bethlen und den siebenbürgischen Ständen bestätigt.

Der Friede mit Siebenbürgen erleichterte auch die Ver-

1) Ihr Gutachten vom 28. Januar in Mon. com. Transsylv. VII, 216 sqq.

2) Der Wortlaut des bekannt gemachten Vertrages bei Katona XXIX, 583 sqq. und besser in Mon. Hung. Dipl. IV, 115 sqq. Der geheime Traktat im Uj Magyar Múzeum 1859 I, 433 und danach im Auszuge Szilágyis in Mon. com. Transsylv. VII, 22.

handlungen mit der Pforte, mit welcher vonseite des Kaisers der Bischof Klesel, der Graner Erzbischof Kardinal Forgách, der Hofkriegsratspräsident Mollart, Graf Althan, der ungarische Hofkammerpräsident Ladislaus Pethe und Paul Apponyi beauftragt wurden. Nachdem die siebenbürgische Frage beseitigt war, machten nur zwei Punkte größere Schwierigkeiten, einmal das Verlangen der Türken, daß jene, welche sich Raubzüge in ihr Gebiet erlaubt hatten, bestraft werden, dann ihre Forderung, daß alle Dörfer, welche ihnen einmal Tribut gezahlt hätten, dies auch fortan thun sollten, auch wenn die Festung, zu der sie gehört hatten, im letzten Kriege in die Gewalt des Kaisers gekommen war. Klesel, welcher die Verhandlungen vorzüglich leitete [1]) und ebenso viel Schlauheit wie Kraft an den Tag legte, war auch in dieser Frage der eifrigste Vertreter der Friedenspolitik [2]). Er verfocht mit Entschiedenheit die Ansicht, daß man wegen etlicher Dörfer nicht das ganze Königreich in Gefahr setzen und den Frieden gefährden solle, und gewann nicht bloß die übrigen deutschen Bevollmächtigten, sondern auch den Kaiser für diese Anschauung [3]).

Im Juli [4]) 1615 wurde der Friede abgeschlossen und zwar in Wien, was Klesel für einen großen Erfolg ansah. Der Vertrag von Zsitva Torok wurde auf weitere zwanzig Jahre verlängert. Alle seit demselben errichteten Palanken oder Verschanzungen sollten niedergerissen werden. Bezüglich der Tri-

1) Seine Briefe bei Hammer-Purgstall III, Beil. S. 198—225 und 233—259 sind unsere Hauptquelle hierüber. Vgl. auch Hammer, Gesch. d. Osmanischen Reiches IV, 483 ff. und 688 f.

2) Schon vor dem Beginne der Verhandlungen spricht er die Besorgnis aus, „das man in Räthen und in der Burgk sich eyferig erzaigt, die Türggen essen und vor Constantinopel schlagen will, nebens aber an Volkh, Geldt und Mittl den höchsten Mangl hat". Hammer-Purgstall a. a. O. S. 200.

3) Ebendas. S. 236. 242.

4) Der Tag ist in der Bestätigung des Kaisers bei Katona XXIX, 608 nicht angegeben. Der 21. Juli bei Hammer-Purgstall III, 103 Anm. 2 beruht auch nur auf Vermutung.

butpflichtigkeit der streitigen Dörfer [1]) sollte eine von beiden Teilen ernannte Kommission entscheiden, soweit nicht schon im Vertrage selbst Vereinbarungen getroffen wurden. Die willkürlich erhöhten Steuern derselben sollten auf den früheren Betrag herabgesetzt werden. Wichtig für die Entwickelung des Handels war die Bestimmung, daß Kaufleute aus allen Ländern des Hauses Österreich das Recht haben sollten, unter der Fahne des Kaisers und mit einem Passe desselben gegen eine bestimmte Abgabe überall in den türkischen Gebieten Handel zu treiben, und daß sie unter der Aufsicht und Gerichtsbarkeit eigener Agenten oder Konsuln stehen sollten. Den katholischen Geistlichen, namentlich auch den Jesuiten, wurde das Recht, Kirchen zu bauen und darin Gottesdienst zu halten, zugesichert.

Die Ausführung dieses Friedensschlusses begegnete freilich vielen Schwierigkeiten [2]). Die Ungarn wollten von der Niederreißung der Palanken nichts wissen, und auch über die Zuteilung der streitigen Dörfer vermochte man sich lange nicht zu einigen. Nach längeren Verhandlungen, welche Klesel mit den Vertretern der Pforte in Wien führte, wurde dort am 9. Mai 1616 eine neue Friedensurkunde unterzeichnet. Dann veranlaßte der Freiherr von Czernin, welchen der Kaiser als seinen Gesandten an den Sultan schickte, in Konstantinopel eine furchtbare Aufregung, indem er mit klingendem Spiele und einer Fahne, welche auf der einen Seite Christus am Kreuze darstellte, daselbst einzog, was seine vorübergehende Verhaftung zur Folge hatte. Endlich machten der Tod des Sultans Achmed, der am 22. November 1617 aus dem Leben schied, und die Einigung wegen der ungarischen Dörfer den Abschluß eines neuen Vertrages notwendig, der vom Hofkriegsratspräsidenten

1) Die von den Türken als zur Festung Gran gehörig beanspruchten Dörfer allein zählten 158, von denen die nächstgelegenen 60 ihnen von vornherein zugesprochen wurden.

2) Vgl. im allgemeinen für das Folgende Hammer, Gesch. des Osmanischen Reiches IV, 485 ff. und 501 ff., dann dessen „Khlesl“ III, 121 ff. 155 ff. Der Wortlaut der Verträge von 1616 und 1618 bei Katona XXIX, 619 sqq. und 939 sqq.

Mollart am 27. Februar 1618 zu Komorn auf Grundlage des Zsitva Toroker Friedens vereinbart wurde.

Auch der Friede mit Bethlen wurde ernstlich gefährdet und blieb wohl nur infolge der außerordentlichen Kaltblütigkeit desselben erhalten [1]).

Georg Homonnay gab seine ehrgeizigen Pläne nicht auf und warb in Polen Truppen, um sich Siebenbürgens zu bemächtigen, während Radul Scherban die Walachei wieder in seine Gewalt bringen wollte. Jener hoffte, daß jetzt auch die Türken seine Unternehmung begünstigen würden. Bethlen hatte nämlich, wie alle seine Vorgänger seit Bocskay, bei seiner Erhebung der Pforte die Zurückgabe der Festungen Lippa und Jenö versprochen, aber mit der Erfüllung dieser Zusage bisher gezögert und beim Abschlusse des Thyrnauer Friedens das Versprechen erhalten, daß sich der Kaiser wegen dieser Frage bei den Türken für ihn verwenden werde. Dadurch erregte er aber die Unzufriedenheit der einflußreichsten türkischen Würdenträger, was für ihn um so gefährlicher war, als Homonnay sich erboten haben soll, nicht bloß Lippa und Jenö, sondern auch Großwardein und alle Gebiete bis zum Eisernen Thore abzutreten und auch den Tribut zu erhöhen. Eine Zeit lang stand die Sache für Bethlen in der That bedenklich. Schon hatte der Pascha von Ofen den Befehl erhalten, die erwähnten Festungen mit Gewalt wegzunehmen und mit einem zweiten Rivalen Bethlens, Sigmund Balassa, Verbindungen angeknüpft.

Klesel sah diese Entwickelung der Verhältnisse nicht gern „Soll der Homonnay", schreibt er am 17. Februar 1616, „mit Gewalt und Gunst des Türken noch bei Lebzeiten des Bethlen Gábor in Siebenbürgen eindringen, so ist unser ganzer Friede zerstoßen, Homonnay aber kommt um Ehre, Leib und

1) Eine gründliche Darstellung dieser Verhältnisse giebt Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VII, 28 sqq. auf Grund eines reichen urkundlichen Materials. Vgl. auch Frankl V., Pázmány Péter és kora (Peter Pázmány und seine Zeit), I, 191—220 und 242—296 und kürzer Fraknói (= Frankl), Pázmány Péter, S. 87 ff.

Gut". „Wäre Bethlen tot, wüßte ich, was ich thun wollte. Aber weil er lebt und den Vertrag halten will, wird mein Herr auf meinen Rat sein Wort weder ihm noch anderen Menschen brechen" [1]).

Am Hofe des Kaisers machten sich aber doch auch andere Stimmen geltend. Klesel hätte es ja an sich auch gern gesehen, wenn der türkenfreundliche Kalvinist auf dem siebenbürgischen Fürstenstuhle durch einen eifrigen Katholiken wie Homonnay ersetzt worden wäre [2]), und manche von denen, welche so dachten, beurteilten die allgemeine Lage nicht so nüchtern wie er. Sie mochten glauben, daß Bethlen jetzt, wo er die Gunst der Türken verloren hatte, ohne Gefährdung des Friedens gestürzt werden könnte. Die Behauptung zweier Haidukenkapitäne, daß sie vom Kaiser Vollmacht zu Werbungen für Homonnay hätten, mochte der Wahrheit nicht entsprechen. Aber Thatsache ist, daß einige Befehlshaber im östlichen Ungarn hierbei durch die Finger sahen, und daß man jenen von Prag, wohin ihn der Kaiser zur Verantwortung geladen hatte, ruhig fortziehen ließ.

Bethlen wußte indessen auch diesmal die ihm drohende

1) Hammer-Purgstall IV, Beil. S. 362f. Da er letztere Bemerkung Mollart gegenüber macht, so ist ihm damit jedenfalls Ernst gewesen, und es spricht dafür auch Klesels Schreiben an denselben vom 30. Juli (ebendas. S. 468f.), worin er den Angriff Homonnays entschieden mißbilligt und sich auf seine „verfaßte Vota und Guettachten, Conversationes vnnd Discurs" beruft. Daher kann ich mich der Annahme Szilágyis und anderer, daß auch Klesel am Sturze Bethlens gearbeitet und Homonnay aufgemuntert habe, nicht anschließen. Frankl I, 198 hat aus den „zahlreichen Briefen", auf die er sich für diese Meinung beruft, leider nichts mitgeteilt. Ich glaube, daß Klesel und der Hofkriegsratspräsident (und wohl auch die Mehrheit des geheimen Rates, wie sich aus einem späteren Gutachten desselben in Mon. com. Transsylv. VII, 415 ergiebt) auch in dieser Frage eine verschiedene Politik verfolgten. Man darf nicht übersehen, daß jener wegen der Verhandlungeu mit den Türken von Ende März bis Ende Mai 1616 in Wien, der Kaiser und Mollart dagegen damals in Prag waren.

2) S. sein Schreiben vom 16. April an den General Forgách bei Hammer-Purgstall a. a. O., S. 392ff.

Gefahr abzuwenden. Er gewann die Türken wieder ganz für sich, indem er ihnen Lippa überlieferte, obwohl der Befehlshaber und die Einwohner durch Waffengewalt dazu gezwungen werden mußten. Die Bewohner des nördlichen Ungarn, besonders die auf die Regierung mißtrauischen protestantischen Adeligen, sympathisierten mit ihm. Auch der Palatin Thurzó und der Generalkapitän von Oberungarn, Sigmund Forgách, traten der Bewegung zugunsten Homonnays hindernd entgegen, so daß es unmöglich war, eine größere Macht aufzubringen. Der Kaiser desavouierte diesen ebenfalls, als er die geänderte Haltung der Türken und die Aufregung der Ungarn erfuhr. Die angeworbenen Haiduken wurden von Franz Rhédey, dem Befehlshaber in Großwardein, gleich nach Überschreitung der Grenze am 10. und 11. Juni 1616 bei Konyá im Biharer Komitat geschlagen und zerstreut. Nicht glücklicher war ein zweiter Versuch, der einige Monate später unternommen wurde. Sármasághy, der früher Bethlens Gesandter beim Kaiser gewesen, aber dann von ihm abgefallen war, drang zwar mit einem Haufen von Haiduken und unzufriedenen Siebenbürgern bis Deés an der Szamos vor, wurde aber am 20. November vollständig geschlagen und fiel selbst verwundet in die Hände der Feinde.

Obwohl Bethlen genügende Ursache zum Kriege gegen den Kaiser gehabt hätte, da dieser, die Sammlung feindlicher Truppen auf seinem Gebiete, wenn nicht begünstigt, doch wenigstens nicht gehindert hatte, so wollte er doch auch diesmal, wenn irgend möglich, einen Bruch vermeiden. Er fiel zwar mit einem Corps in Oberungarn ein. Aber er ließ sich von Forgách und dem Gesandten der dortigen Komitate bald zum Rückzuge bewegen und schloß am 24. Dezember einen vierzigtägigen Waffenstillstand, der später wiederholt verlängert wurde. Neue Verhandlungen, die zuerst in Wien und dann in Tyrnau geführt wurden, hatten einen günstigen Erfolg. Am 31. Juli 1617 wurde durch die beiderseitigen Bevollmächtigten, an deren Spitze einerseits der neue Graner Erzbischof Peter Pázmány, anderseits der siebenbürgische Kanzler Pecsy standen, ein Ver-

trag geschlossen, welcher die Bestimmungen des früheren Tyrnauer Friedens erneuerte und allen, welche gegen denselben etwas unternommen hätten, Amnestie zusicherte, aber alle künftigen Verletzungen bei Strafe des Hochverrates untersagte. Als Richtschnur für die Grenze zwischen Ungarn und Siebenbürgen sollte der Zustand unter Sigmund Báthory dienen. Einzelne Fragen, welche teilweise die Besitzansprüche von Privaten betrafen, sollten auf einer Konferenz in Nagy Károly entschieden werden, deren Zusammentritt aber vom Kaiser fast bis zu seinem Tode verzögert wurde.

Es zeugt von einer unbegreiflichen Kurzsichtigkeit, wenn manche Räte des Kaisers den im Jahre 1615 mit Bethlen vereinbarten Frieden bald nach dem Abschlusse desselben auf das Spiel setzten, da gerade um diese Zeit der Erzherzog Ferdinand von Steiermark in einen Krieg mit Venedig verwickelt wurde, welchem Matthias unmöglich auf die Dauer hätte fern bleiben können.

Das Verhältnis Österreichs zur Republik war, teils infolge der Raubzüge der in Zengg angesiedelten Uskoken [1]), teils infolge der Beschränkung des Handels auf dem Adriatischen Meere vonseite Venedigs seit dem Ende des 16. Jahrhunderts immer gespannter geworden [2]). Jede Gewaltthat der Uskoken vergalt dieses mit Repressalien. Die Regierung des Erzherzogs, dem Zengg in militärischer Beziehung untergeordnet war, vermochte die Raubzüge der wilden Banden nicht zu hindern, weil sie es an Energie und Konsequenz fehlen ließ und man sich weder zur Besoldung derselben noch zu ihrer Übersiedelung ins Binnenland entschließen konnte. Ein am 2. März 1613 geschlossener Vertrag, in welchem der Erzherzog letzteres zusagte, wurde nicht ausgeführt, und bald von noch zahlreicheren Scharen Dalmatien räuberisch angefallen, eine venetianische Galeere weggenommen, der Provveditore ermordet.

1) Vgl. IV, 370 f.

2) Eingehend behandelt diese Verhältnisse wie den folgenden Krieg Hurter VI, 530—622 und VII, 76—195.

Da der Erzherzog die Beschwerden der Venetianer mit Klagen über die Hemmung der Schiffahrt erwiederte und auch die Vermittelung des Kaisers ohne Erfolg blieb, so gingen dieselben im Sommer 1615 zu offenen Feindseligkeiten über und fielen im Dezember mit einem Heere in das österreichische Gebiet am Isonzo ein.

Der Kaiser schickte dem Erzherzoge Ferdinand nur einige Reiterscharen zuhilfe, teils weil die elende Finanzlage [1]) die Aufstellung einer größeren Truppenmacht unmöglich machte, teils weil Klesel es mißbilligte, daß man bei der Gefahr eines Bruches mit der Pforte und Bethlen Gábor wegen der Uskoken einen Krieg mit Venedig heraufbeschworen hatte [2]). Auch von Spanien erhielt Ferdinand nur eine geringe Unterstützung unter dem Obersten Balthasar von Marradas, weil es selbst mit dem Herzoge von Savoyen in einen Kampf verwickelt war. An Zahl waren die Truppen der Republik denen des Erzherzogs, welche von Adam von Trauttmansdorf und nach dessen Falle (Anfangs Juni 1617) vom Grafen Duval von Dampierre, einem schneidigen Reiterführer, und Marradas geführt wurden, weit überlegen. Aber ihre Generale waren uneinig, ihre Söldner

1) S. die Schilderung Klesels in seinem Memorial an den Kaiser bei Hammer-Purgstall III, Beil. S. 318 ff.: „Alle Botschafter und fremden Gesandten müssen sehen, daß Ew. Mt. und deren Offiziere (Beamte) nicht genug Brot haben, die Rosse wegen (Mangel an) Futter umfallen, die Stallknechte herumbetteln, die Sättel, Zäume, Geschirre mit Stricken wie bei den Bauern gebunden werden. Keines Handwerkmannes Kinder gehen so schändlich zerrissen daher wie die Edelknaben . . . Die Lakeien geringer Edelleute sind besser bekleidet und versehen als die Ew. Maj." Trotz der Vorliebe des Kaisers für Musik sei kein Kapellmeister vorhanden, keine Stimme recht besetzt. „So lang das Kaisertum steht, ist der Hofrat nicht mit so wenigen Personen besetzt gewesen, und will sich kein Mensch allda gebrauchen lassen, weil niemand bezahlt wird." „Keine Gesandtschaften können mehr geschickt werden, sondern bleibt alles liegen, weil man schwer einen Kurier, die Post, ja die Boten selbst nicht erhalten kann." „Die Kammer hat bei männiglich Trauen und Glauben verloren, greift in alle Gefälle, ist eine purlautere Flickerei, indem man ein Loch zumacht und zehn aufreißt" u. s. w.

2) Klesels Schreiben ebd. S. 350. 385 ff. 501 ff. u. s. w.

teilweise feige. Ihre Fortschritte wurden durch den heldenmütigen Widerstand der Festung Gradisca aufgehalten, die sie anfangs ernstlich belagerten und später durch enge Einschließung auszuhungern suchten. Nur die meisten kleineren Ortschaften des Görzischen fielen in ihre Hände.

Endlich nahmen Frankreich und Spanien die Vermittelung in die Hand, und es wurde am 26. September 1617 vom kaiserlichen Gesandten Khevenhüller in Madrid ein Friedensvertrag unterzeichnet, wonach der Erzherzog sich verpflichtete, eine deutsche Besatzung nach Zengg zu legen, jene Uskoken, welche am Seeraube beteiligt gewesen waren, von dort auszuweisen und die Raubschiffe zu verbrennen. Dagegen versprach Venedig, die eroberten Ortschaften zurückzustellen. Doch dauerten die Feindseligkeiten noch bis in den November fort, weil sich die Ratifikation des Friedens durch den Kaiser bis zum 1. Februar 1618 verzögerte.

Der Friede war für Österreich nichts weniger als günstig, besonders weil die Lösung der Frage über die freie Schiffahrt auf der Adria, welche für seine Unterthanen an der Meeresküste von größter Wichtigkeit war, der Zukunft vorbehalten ward. Aber es war doch von entscheidender Bedeutung, daß die Ruhe an der Südgrenze hergestellt wurde. Denn wenige Monate darauf brach im Innern der Monarchie eine Bewegung aus, welche dieselbe in ihren Grundfesten erschütterte.

---

# Siebentes Kapitel.

## Die kirchliche Reaktion in Böhmen und die Wahl des Erzherzogs Ferdinand zum Könige von Böhmen und Ungarn.

Die politischen und religiösen Gegensätze in Böhmen verschärften sich immer mehr, die Abneigung des oppositionellen Adels gegen die Regierung, ja sogar gegen das Herrscherhaus wurde immer größer. Schon im Frühjahr 1614, als der Kaiser auf dem Landtag in Budweis die Beratung der 1611 formulierten Wünsche der Stände durch seine persönliche Intervention verhindert hatte, dachten die Häupter der unzufriedenen Protestanten an einen gewaltsamen Wechsel der Dynastie, erging sich Graf Thurn dem sächsischen Agenten gegenüber in Lobeserhebungen seines Kurfürsten und sprach den Wunsch aus, daß Böhmen auch einen solchen Herrn haben möchte. Denn beim jetzigen Kaiser wie beim ganzen Hause Österreich sei des spanischen Praktizierens kein Ende; man halte weder Zusage, Brief noch Siegel, wie man denn jetzt den Majestätsbrief gern kassieren und auch nicht gestatten wolle, ein Defensionswesen einzurichten. Diesem Unwesen könnten und wollten die Böhmen nicht länger mit solcher Geduld wie bisher zusehen. Sie wollten zwar den Anfang nicht machen, sondern warten, bis man sie beißen thäte. Aber dann müßten sie dringend einen andern Herrn suchen. Graf Schlick habe sich geäußert, daß, wenn der Kaiser etwas anfinge, sie zufahren und den Kurfürsten von Sachsen holen würden. Auch die Herren von Budowec, (Wilhelm) von Lobkowitz, Berka und von Fels seien dem Kurfürsten sehr zugethan. Wenzel Kinsky habe sich in ähnlicher Weise ausgesprochen, ebenso der Adel, wie er neulich bei einem Gastmale gehört, und auch der Bürger und der gemeine Mann [1]).

1) Bericht des Agenten Khra an den Obersten Pflug vom 30. April (a. St.) 1614 bei K. Aug. Müller, Forschungen auf dem Gebiete der neueren Geschichte III, 205 f. Vgl. Gindely I, 93 f.

Die Opposition setzte nun ihre Hoffnungen auf den Generallandtag, der zwar nicht auf den Januar, aber doch auf den 15. Juni 1615 zur Verhandlung über die im Jahre 1611 gestellten Forderungen nach Prag berufen ward. Wenn die in ihrer Mehrheit protestantischen Stände aller Länder des Kaisers Matthias untereinander und mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg einig waren und eine feste Defensionsordnung für dieselben eingeführt wurde, dann konnten sie dem wehrlosen Monarchen ihren Willen als Gesetz vorschreiben.

Aber die Ungarn, welche man zur Sendung von Vertretern eingeladen hatte, erschienen gar nicht, weil sie das staatsrechtliche Band, welches sie mit den andern Ländern verknüpfte, nicht enger zu ziehen, sondern eher zu lockern suchten und sich zur Behauptung ihrer Freiheiten selbst stark genug fühlten. Die Abgeordneten Nieder- und Oberösterreichs wurden durch den Hochmut der Böhmen abgestoßen, welche glaubten, die Würde der böhmischen Krone fordere es, daß jene beim Könige oder den Ständen um ein Bündnis nachsuchten, nicht aber diese ihnen gegenüber einen Wunsch äußerten [1]).

Nicht einmal die Vertreter der böhmischen Länder konnten sich untereinander einigen, weil sich der Gegensatz der inkorporierten Provinzen zum Hauptland in voller Schärfe geltend machte. Ihre Abgeordneten gaben gleich anfangs die Erklärung ab, daß sie nicht verpflichtet seien, bei einem Generallandtag in Prag zu erscheinen, und ließen sich sogar vom Kaiser hierüber einen Revers ausstellen. Die Mähren bemerkten dann, daß sie keinen Grund hätten, außer dem Bündnisse mit Ungarn und Österreich, das sie 1608 eingegangen,

1) Diese Antwort wurde zunächst vom Oberstburggrafen und den anderen Landesbeamten gegeben, die nur im Auftrage des Kaisers gehandelt haben konnten. Aber der Landtag stellte sich dann auf denselben Standpunkt, allerdings in Abwesenheit Thurns und unter dem Proteste Ruppas. Diese Haltung entsprach also jedenfalls auch den Ansichten der Mehrheit der böhmischen Protestanten, welche es auch über einen Monat gar nicht der Mühe wert gehalten hatten, sich mit den österreichischen Abgeordneten ins Einvernehmen zu setzen.

noch ein neues zu schließen. Die Schlesier haderten mit den Böhmen wegen des Fortbestandes ihrer eigenen Kanzlei. Nur die Pflicht der gegenseitigen Unterstützung gegen auswärtige Feinde erkannten alle böhmischen Kronländer an, und es wurde das Kontingent Böhmens auf 8000 Mann, das Schlesiens auf 5000, das Mährens auf 4000 und das der beiden Lausitzen auf 3200 Mann festgesetzt. Aber es wurden gar keine Anordnungen getroffen, welche eine rasche Aufstellung und Ausrüstung dieser Truppen im Falle der Not möglich gemacht hätten.

Über die Erneuerung der Erbeinigungen mit den beiden Kurfürsten wurde zwar beraten, aber denselben ein ganz ungefährlicher Sinn beigelegt.

Die Forderung, daß sich die Kreisvertretungen ohne Bewilligung des Kaisers sollten versammeln dürfen, wurden infolge der Bemühungen der Regierung von der Majorität des böhmischen Landtags selbst abgelehnt, was Thurn und seine Anhänger so erbitterte, daß sie noch vor dem Schlusse des Landtags denselben verließen.

Der Sieg der Regierung war um so vollständiger, als die böhmischen Stände von den Staatsschulden, welche auf 14000000 Thaler angewachsen waren, 2700000 Thaler, also fast ein Fünftel, auf ihr Land übernahmen und zur Tilgung derselben für mehrere Jahre hohe Steuern bewilligten [1]).

Nur in einem Punkte waren die protestantischen Ständemitglieder einig gewesen, in ihren Klagen gegen das Vorgehen der Regierung in der kirchlichen Frage. Alle Protestanten, welche auf dem Landtage erschienen waren, richteten an den Kaiser eine Vorstellung, worin sie über die Schließung der Kirchen in Braunau und Klostergrab und über die Anstellung katholischer Priester auf den königlichen Gütern Beschwerde erhoben. Aber bei der Uneinigkeit der Protestanten glaubte der Kaiser auf sie keine besondere Rücksicht nehmen zu dürfen.

1) Über die Verhandlungen des Generallandtages s. Gindely I, 100 ff. Chlumecky I, 850 ff. Über die Ratschläge Klesels vgl. aber auch Hammer-Purgstall III, Beil. S. 228—233.

Während des Landtages erhielten sie nicht einmal eine Antwort auf ihre Eingabe. Erst im Mai 1616 berief der Kaiser drei Defensoren, darunter Thurn, zu sich und ließ ihnen durch den Kanzler sagen, er finde nicht, daß den Unterthanen geistlicher Herren der Bau von Kirchen erlaubt sei. Was aber die Besetzung der Pfarreien auf seinen Gütern betreffe, so wolle er nicht weniger sein als einer der Herren. Auch eine Eingabe, welche sämtliche protestantischen Oberbeamten und Räte am 25. Februar 1617 an den Kaiser richteten, und worin sie um Abhilfe der erwähnten Beschwerden baten, hatte nicht den geringsten Erfolg [1]).

Bei der üblen Stimmung, welche infolge dessen unter der protestantischen Oppositionspartei in Böhmen, ja teilweise auch in den andern Ländern [2]) des Kaisers Matthias um sich griff, und bei der Abneigung der unierten Fürsten gegen das Haus Habsburg schien es dringend notwendig, die Erbfolge sicher zu stellen und nicht bis zum Tode des kinderlosen Monarchen zu warten. Weil man von Anfang an erwartete, daß er von seiner Gemahlin Anna, einer Tochter Erzherzog Ferdinands von Tirol, welche er am 4. Dezember 1611 zur Frau nahm, keine Kinder erhalten würde, so hatten der spanische Gesandte Zuñiga und Bischof Klesel schon gleich nach seiner Wahl zum Kaiser ihm gegenüber diesen Wunsch ausgesprochen [3]). Da der Nächstberechtigte, Erzherzog Maximilian, mit Rücksicht auf sein eigenes Alter in uneigennütziger Weise auf seine Ansprüche verzichtete, und auch dessen Bruder Albrecht zur Übernahme der Regierung Deutschlands und Österreichs keine Lust zeigte,

1) Gindely I, 124 ff.

2) Tschernembl bemerkte im Januar 1617 einem Abgesandten des Fürsten von Anhalt: Die Patrioten in den österreichischen Landen wünschen keine übereilte Umwälzung; wenn aber die Lande, wie bei des Kaisers Tode zu fürchten sei, dem Hause Österreich entrissen werden sollten, verlangen sie nach einem deutschen Fürsten, der sie gegen den Papst und die Türken zu schützen vermöge. Ritter, Deutsche Gesch. II, 396.

3) Gindely I, 7 ff., der besonders aus dem Archiv zu Simancas über die Successionsfrage viel Neues bringt. Vgl. aber auch Hurter VII, 19 ff.

so hätte Ferdinand von Steiermark in allen Ländern, wo ein Erbrecht der Habsburger galt, dem Kaiser folgen sollen. Gegen alle Erwartung aber erhob Philipp III. von Spanien Ansprüche auf die österreichischen Königreiche und Länder und damit auch auf die deutsche Kaiserkrone. Man hatte diesem die Überzeugung beigebracht, daß er als Sohn Annas, einer Tochter Maximilians II., ein näheres Recht auf die österreichischen Länder habe als der Erzherzog Ferdinand, welcher der Sohn eines Bruders Maximilians war. Diese Behauptung entbehrte allerdings eines triftigen Grundes, weil in Ungarn, dessen Stände übrigens jetzt ein Wahlrecht für sich beanspruchten, und in Böhmen die männlichen Glieder immer auch näher stehenden weiblichen gegenüber ein Vorrecht behauptet hatten und auch in den deutschen Erbländern dieselbe Anschauung herrschte [1]). Aber bei der finanziellen Abhängigkeit, in welche die deutsche Linie des Hauses Habsburg vom spanischen Könige in der letzten Zeit gekommen war, und bei dem großen Einflusse, den dieser jetzt auf die katholische Partei in Deutschland übte [2]), war es immerhin eine peinliche Verlegenheit, wenn Philipp III. die Bestrebungen zugunsten des Erzherzogs Ferdinand nicht bloß nicht unterstützte, sondern ihnen entgegenarbeitete. Da indessen Philipp bald zur Überzeugung kam, daß sein Plan, auf diesem Wege für seinen zweiten Sohn Don Carlos die Besitzungen der österreichischen Linie und die deutsche Kaiserwürde zu erwerben, nicht ausführbar sein würde, so erklärte er sich bereit, gegen eine reichliche Entschädigung auf alle weitergehenden Ansprüche zu verzichten. Er verlangte die Abtretung Tirols, der österreichischen Vorlande und des Elsasses, durch welche Gebiete eine fast ununterbrochene Verbindung des Herzogtums Mailand mit der Franche Comté und

1) Nur das Privilegium majus, das in Ermangelung eines Sohnes der senior filia des regierenden Erzherzogs die Nachfolge zusprach, hätte dafür angeführt werden können. Aber praktisch war dasselbe nie zur Anwendung gekommen.

2) Vgl. die Äußerungen Zuñigas über den Einfluß des spanischen Gesandten am kaiserlichen Hofe bei Gindely I, 48f.

den spanischen Niederlanden hergestellt worden wäre. Jahrelang zogen sich die Unterhandlungen hin. Um endlich die Erledigung der Nachfolgefrage zu ermöglichen, entschloß sich Erzherzog Ferdinand, die Forderungen Philipps III. wenigstens teilweise zu erfüllen. Hinter dem Rücken der übrigen Mitglieder seines Hauses versprach er in einem geheimen Vertrage vom 31. Januar 1617, nach der Erlangung der Kaiserwürde dem Könige von Spanien alle dem Reiche in Italien ledig werdenden Lehen, namentlich Finale und Piombino, zu verleihen. Am 20. März gab er noch die weitere geheime Zusicherung, nach seinem Regierungsantritte auch das Elsaß mit der Landvogtei Hagenau und der Ortenau abzutreten und für die Zukunft den männlichen Nachkommen Philipps das Vorrecht vor seinen eigenen weiblichen Nachkommen einzuräumen [1]).

Auch Klesel, welcher am 11. April 1616 zum Kardinal erhoben wurde, hatte die Wahl Erzherzog Ferdinands zum Nachfolger des Matthias hinauszuschieben gesucht und auch beim Kaiser nicht ohne Erfolg dafür gewirkt. Manches, was er vorbrachte, war allerdings nicht ohne Grund. Es war z. B. gewiß richtig, daß vor der Einigung mit Spanien, auf dessen Unterstützung man angewiesen war, die Frage nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte, daß die Wahl zum deutschen Könige erleichtert wurde, wenn ein Ausgleich zwischen der katholischen Partei in Deutschland und der Union zustande gebracht war, und daß man bei der Stimmung in Ungarn und bei der Abneigung der böhmischen Opposition gegen das Haus Habsburg überhaupt, besonders aber gegen den Erzherzog Ferdinand vor der Berufung der Stände in diesen Ländern den Boden wohl vorbereiten mußte [2]). Das Hauptmotiv für

1) Nach Hurter VII, 74, der allein das Datum des Vertrages angiebt, hat diesen Oñate mit Vertretern Erzherzog Ferdinands geschlossen, nach Gindely I, 53 dieser selbst die Urkunde ausgestellt und nur Eggenberg davon gewußt.

2) Auch Zuñiga äußert sich im Februar 1616 in einer Denkschrift, daß er Klesel für keinen Verräter, sondern dem Hause Österreich für aufrichtig ergeben halte, und daß die Furcht vor inneren Unruhen und großen

das Verhalten des ehrgeizigen Kardinals scheint freilich doch die Furcht gewesen zu sein, daß, wenn Ferdinand förmlich als Nachfolger anerkannt wäre, sein Einfluß auf den Kaiser durch den Thronerben in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Ferdinand in gleicher Weise wie Matthias beherrschen zu können, durfte er kaum hoffen, weil jener bereits in der Person Hans Ulrichs von Eggenberg, eines steierischen Konvertiten, einen Günstling hatte, der sein unbedingtes Vertrauen genoß. Der Erzherzog Maximilian, welcher die Wahl Ferdinands mit ebenso viel Eifer als Ausdauer betrieb, wurde denn auch von einem geradezu tötlichen Hasse gegen den Kardinal erfüllt, den er einen „schelmischen Pfaffen" schimpft.[1]). Schon im Jahre 1616 stellte er dem Erzherzoge Ferdinand den Antrag, auf die Entfernung desselben vom kaiserlichen Hofe hinzuwirken und, wenn dies sonst nicht zu erreichen wäre, von gelehrten Theologen ein Gutachten einzuholen, ob es gegen Gott nicht verantwortlich wäre, den Herrn Kardinal mit Gift oder auf andere Weise aus dem Wege zu räumen [2]).

Als Spanien seinen Ansprüchen entsagt hatte, gab es allerdings keinen genügenden Grund mehr, die Lösung der Nachfolgefrage noch länger hinauszuschieben. Als Klesel auch jetzt noch Ausflüchte suchte, drohten ihm die in Prag anwesenden Erzherzöge Maximilian und Ferdinand mit gewaltsamer Entfernung, der neue spanische Gesandte Oñate mit einer Klage beim Papste, wenn nicht für die Einberufung des böhmischen Wahllandtages ein Termin festgesetzt würde. Es wurde nun dafür der August 1617 bestimmt. Als aber der Kaiser Ende April bedenklich erkrankte, ließ er sich von den katholischen Landesbeamten und seinem obersten Kämmerer Meggau bewegen, die Stände schon für den 5. Juni zu berufen.

Auslagen ihn so zurückhaltend mache. Gindely I, 50. Vgl. auch Kerschbaumer S. 249 ff. Eine Blütenlese ungünstiger Urteile über Klesel giebt Janssen V, 627 f.

1) Gindely I, 32.

2) Die Antwort Ferdinands, der „diesem Vorschlag keinen Beifall geben konnte", bei Hurter VII, Urkunden S. 585 ff.

Der Kaiser machte den Ständen [1]) die Mitteilung, daß die Rücksicht auf sein herannahendes Alter ihn bewogen habe, die Nachfolge in Böhmen zu ordnen, legte ihnen die Verzichtleistung seiner Brüder Maximilian und Albrecht vor und stellte an sie die Bitte, den Erzherzog Ferdinand, den er adoptiert hatte, zum Könige „anzunehmen, auszurufen und zu krönen".

Die Opposition, welche besonders auf die Unterstützung der Ritter rechnete, suchte eine Vertagung dieser Angelegenheit zu erwirken, indem sie eine Beratung mit den Nebenländern für notwendig erklärte, oder wenigstens es durchzusetzen, daß Ferdinand nicht als Erbkönig „angenommen" sondern gewählt würde. Aber die Beteiligung der Vertreter der Nebenländer hatten die Böhmen immer zurückgewiesen, und auch die Häupter der protestantischen Partei hatten noch im Jahre 1611 die gleichen Ansichten vertreten. Auch das Wahlrecht der böhmischen Stände ließ sich nach den Landesprivilegien und dem Vorgehen bei der Erhebung Maximilians II. und Rudolfs II. nicht behaupten, wenigstens so lange der Mannesstamm des regierenden Hauses nicht erloschen war, und wurde auch vom Kanzler in einer Versammlung der obersten Beamten und Räte und vom Oberstburggrafen im Landtage selbst mit triftigen Gründen bekämpft. Selbst Graf Andreas Schlick, welchen die Opposition zu ihrem Sprecher bestimmt hatte, erklärte sich nach den Auseinandersetzungen des Oberstburggrafen für überzeugt. Da man zugleich die Äußerung fallen ließ, daß es für die Widerspenstigen gut wäre, „zwei Köpfe" zu haben, so wurde Erzherzog Ferdinand am 6. Juni von den Ständen fast einstimmig als König „angenommen". Nur zwei, Graf Heinrich Mathias Thurn und Leonhard Colonna von Fels, merkwürdigerweise ihrer Herkunft nach beide Ausländer [2]), hatten dagegen

1) Über die Verhandlungen derselben und die Wahl Ferdinands II. s. Gindely I, 159 ff.

2) Fels, oder richtig eigentlich Böls, entstammte einem alten tirolischen Geschlechte und war nach der Stammtafel C im „Geschichtsfreund" 1867 ein Urenkel jenes Leonhard von Böls, der 1498 bis 1530 Landeshauptmann von Tirol war und sich auch im Kriege gegen Venedig hervorthat.

gestimmt. Thurn wurde zur Strafe auf das schlecht dotierte Amt eines Obersthoflehenrichters „befördert", was natürlich seine Stimmung gegen den Kaiser nicht verbesserte, während die Würde eines Burggrafen von Karlstein dem Jaroslaw von Martinitz verliehen ward. Am 19. Juni wurde Ferdinand zum Könige von Böhmen gekrönt, nachdem er versprochen hatte, nach dem Tode des Matthias die Rechte und Privilegien Böhmens „in allen Punkten und Klauseln, so wie dies der gegenwärtige Kaiser und seine Vorfahren gethan haben", zu bestätigen. Da sich unter diesen auch der Majestätsbrief befand, so fragte er heimlich die Prager Jesuiten um Rat, ob er dies ohne Gewissensbisse thun könne. Nachdem sich diese dahin geäußert hatten, daß er den Majestätsbrief nicht hätte erteilen dürfen, wohl aber, wenn er sonst nicht zur Regierung gelangen könnte, den erteilten bestätigen dürfe, so stellte er den Revers in der angegebenen Form aus, auf welche die Protestanten ihrer Sicherheit wegen gedrungen hatten. Im Herbste erfolgte dann die Anerkennung vonseite der böhmischen Nebenländer.

Der ungarische Reichstag wurde anfangs auf den 13. Dezember 1617 ausgeschrieben, aber dann wegen der Kränklichkeit des Kaisers mehrere Male, endlich auf den 4. März 1618 vertagt und erst am 23. März eröffnet. Da sich Matthias auch jetzt nicht selbst nach Presburg begeben konnte, so ernannte er den Erzherzog Ferdinand zu seinem Stellvertreter und den Kardinal Klesel, den Hofkriegsratspräsidenten Mollart und den Reichsvizekanzler Ludwig Freiherrn von Ulm zu seinen Kommissären für die Verhandlungen mit den ungarischen Ständen [1]).

Thurn gehörte einem besonders im Görzischen und Kärnten begüterten Geschlechte an, hatte selbst seine meisten Besitzungen in Kärnten und war nicht einmal des Böhmischen vollständig kundig. Gindely I, 88 ff.

1) S. hierüber außer den Akten bei Katona XXIX, 671—939 die Darstellungen Frankls (Pázmány P. és kora) I, 299 sqq. 623 sqq. und Gindelys I, 203 ff., der die einschlägige Korrespondenz Klesels, der Erzherzoge Ferdinand und Maximilian, des Kaisers u. s. w. benutzt hat. S. auch dessen Abhandlung: Über die Erbrechte des Hauses Habsburg auf die Krone von Ungarn. „Archiv f. österr. Gesch." LI, 233 ff.

Obwohl man am kaiserlichen Hofe den Ungarn das Schlechteste zutraute [1]), so machte man doch einen Versuch, die Anerkennung des Erzherzogs Ferdinand auf Grund des Erbrechtes des Hauses Habsburg durchzusetzen. In der den Ständen gemachten Proposition sprach der Kaiser den Wunsch aus, daß, da er selbst kinderlos sei und seine bereits bejahrten Brüder auf die Krone freiwillig verzichtet hätten, der von ihm an Sohnes Statt angenommene Ferdinand als König „ausgerufen, anerkannt und gekrönt werden möge".

Aber in Ungarn verliefen die Dinge nicht so rasch und einfach. Nur die Bischöfe und ein Teil der Magnaten waren geneigt, auf die Wünsche des Kaisers einzugehen. Das Unterhaus dagegen erklärte, vor der Verhandlung über die königliche Proposition müsse statt des im Dezember 1616 verstorbenen Georg Thurzó ein neuer Palatin gewählt und auch den Beschwerden über die Verletzungen des Wiener Friedens und der Freiheiten des Reiches abgeholfen werden. Die erstere Forderung ließ man endlich mit 54 gegen 37 Stimmen fallen, nachdem die kaiserlichen Kommissäre dagegen eingewendet hatten, es sei nicht passend, daß früher der Diener als der Herr gewählt werde. Aber um so mehr sträubte sich der niedere Adel gegen die „Annahme" Ferdinands als König. Denn in den weitesten Kreisen war die Überzeugung verbreitet, daß den Ständen ein unbedingtes Wahlrecht zustehe. In der That war ja infolge des raschen Aussterbens aller Regentenhäuser seit beinahe zwei Jahrhunderten der Thron in den meisten Fällen durch Wahl besetzt worden. Die Thatsache, daß dies bei der Erhebung Maximilians II. und Rudolfs II. nicht geschehen war [2]) und daß man dort wenigstens stillschweigend das Erbrecht anerkannt hatte, wurde dadurch verdunkelt, daß von Matthias bei der eigentümlichen Art, wie er die ungarische

1) Eine Reihe von Äußerungen Klesels bei Hurter VII, 216 f. Klesel wie andere waren sogar der Meinung gewesen, daß die Wahl Ferdinands nur durch Aufstellung von Truppen möglich sein würde, und hatten dazu die Hilfe Spaniens in Anspruch genommen.

2) Vgl. IV, 221 ff. 278.

Krone an sich brachte, das Wahlrecht der Stände nicht bestritten worden war. Das Unterhaus wollte jetzt diesen Grundsatz für immer zur Geltung bringen und verlangte vom Kaiser vor der Wahl die Ausstellung eines Diploms, welches den Ständen ein „unbeschränktes und freies Wahlrecht“ [1]) zusichern und nach der Erhebung Ferdinands in die Reichstagsartikel aufgenommen werden sollte. Auch die Mitglieder des Oberhauses, wo Franz Batthyány, Peter Revay und der junge Georg Thurzó an der Spitze der Opposition standen [2]), erhoben gegen den Inhalt der Forderungen des Unterhauses keine ernstlichen Einwendungen und wünschten nur die Abänderung einzelner Ausdrücke [3]).

Klesel machte nun einen Versuch, die Bischöfe und Magnaten umzustimmen und sie zu bewegen, ohne Rücksicht auf die Vertreter des Komitatsadels Ferdinand als König zu proklamieren. Manche, darunter der Graner Erzbischof Pázmány, der schon früher für die Wahl Ferdinands sehr thätig gewesen war, und der Judex Curiä Forgách schienen nicht dagegen zu sein, wenn sich der Kaiser nicht scheute, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Sie glaubten auch auf eine Minorität von etwa 36 Stimmen im Unterhause rechnen zu dürfen. Als es aber zur Entscheidung kommen sollte, scheuten die Mehrheit der weltlichen Magnaten und einzelne Bischöfe vor diesem gefährlichen Schritte zurück. Selbst Forgách hatte seine Meinung geändert [4]). Doch suchte diese Partei dann wenigstens mäßigend auf die Opposition einzuwirken und setzte es durch, daß der Reichstag nicht mehr ein „unbeschränktes“, sondern nur ein freies Wahlrecht in Anspruch nahm und zugleich die Erklärung

1) Regis electionem ex mera et libera statuum et ordinum regni electione proficisci. Katona XXIX, 697.

2) Fraknói, Pázmány, S. 105.

3) So Frankl I, 330 ff. auf Grund eines leider sehr kurzen und manchmal dunkeln Protokolls. Diese Beratungen fanden am 1. April statt.

4) Diese Verhandlungen, die am 2. April stattfanden, teilt Gindely I, 211 ff. auf Grund eines Berichtes Klesels und der Korrespondenz Oñates mit. Vgl. Frankl I, 626.

abgab, die Stände beabsichtigten damit nicht vom Hause Österreich abzugehen, sondern würden auf dessen große Verdienste und die von ihm für die Erhaltung des Reiches aufgewendeten Kosten geziemende Rücksicht nehmen [1]). Dadurch wäre zwar nicht das Erbrecht einer bestimmten Person, aber doch das Recht des Gesamthauses auf den ungarischen Thron sichergestellt worden.

Der Kaiser gab sich auf die Vorstellungen Klesels endlich auch mit dieser Erklärung zufrieden und fertigte am 21. April ein Diplom aus, welches das „von alters hergebrachte" Wahlrecht der ungarischen Stände anerkannte, aber auch die angeführte Erklärung derselben enthielt.

Als dieses nun im Reichstage verlesen wurde, sprach sich die Opposition, welche ihre Erklärung wohl nur für eine bedeutungslose Höflichkeitsphrase gehalten hatte, auf das Schärfste dagegen aus. Man mußte einen neuen Ausweg zu finden suchen. Der Reichstag nahm endlich am 26. April eine von Klesel ausgedachte Formel an, welche in die Reichstagsbeschlüsse eingeschaltet werden sollte. Es wurde einfach berichtet, daß Ferdinand auf Wunsch des Kaisers von den Ständen „nach ihrer alten Gewohnheit und immer beobachteten Freiheit" einstimmig zum Könige gewählt worden sei. Dabei deutete jeder Teil diese Worte in einem anderen Sinne. Die Stände legten das Hauptgewicht auf die Wahl und sahen auch in der Anerkennung der alten Gewohnheit und Freiheit eine Bestätigung ihres Wahlrechtes. Die kaiserlichen Kommissäre dagegen erblickten in der nach der „alten" Gewohnheit vorgenommenen Wahl nur die Anerkennung des berechtigten Erben, da Ungarn in älterer Zeit unbestritten ein Erbreich gewesen war.

1) quod ... ipsorum intentionis numquam fuerit vel etiamnum sit, per hoc ab Augusta domu ... Austriaca in electionibus regibus (regiis) desciscere vel debitum eidem respectum excludere vel etiam decentem sanguinis Regii ingentium meritorum, sumptuum atque expensarum in regni hujus conservationem factarum rationem non habere. Gindely, Erbrechte, S. 236. Die Übersetzung in dessen Gesch. des Dreißigjähr. Krieges I, 217 ist nicht ganz genau.

Bei der Beratung des Diploms, welches der zu wählende König bestätigen sollte, machte besonders die religiöse Frage Schwierigkeiten, da die Protestanten für die ihrer Religion angehörenden Bauern auf den Gütern katholischer Grundherren auch die betreffenden Kirchen in Anspruch nahmen, während sich die katholischen Ständemitglieder unter der Führung Pázmánys dieser Forderung energisch widersetzten, weil dadurch die Patronatsrechte der Grundherren verletzt würden.

Nachdem man sich endlich geeinigt hatte, wurde Ferdinand am 16. Mai 1618 als König von Ungarn proklamiert und noch am nämlichen Tage der Judex Curiä Sigmund Forgách, ein gemäßigter Konvertit, fast einstimmig zum Palatin gewählt.

Bis zur Krönung vergingen aber noch mehrere Wochen.

Die Stände verlangten, daß vorher ihren Beschwerden abgeholfen werde, deren Aufzählung wieder ein kleines Buch gebildet hätte [1]). Es waren die gewohnten Klagen über die mangelhafte Ausführung der Verträge und Gesetze von 1606 und 1608, über Gewaltthaten und Übergriffe der fremden Befehlshaber und Festungskommandanten, deren es noch mehr gab, als gesetzlich gestattet war, über die unberechtigte Einziehung von angeblich heimgefallenen Gütern durch die königliche Kammer und über die Härte bei Einhebung von Steuern und Grenzzöllen, während umgekehrt die Regierung behauptete, daß sich viele ungarische Adelige durch alle möglichen Kniffe der Zahlung derselben entzogen oder die von ihren Bauern eingehobenen Gelder selbst behielten. Erst nach langen Verhandlungen und wiederholtem Schriftenwechsel kam eine Einigung über den Entwurf der Gesetzartikel zustande. Am 1. Juli 1618 wurde Ferdinand zum Könige gekrönt.

Auch für die Wahl desselben zum römischen Könige standen die Dinge nicht ungünstig [2]).

Die geistlichen Kurfürsten hatten schon auf dem Reichstage

1) Im Abdrucke bei Katona XXIX, 778—819 umfassen sie mehr als 41 Seiten!

2) Hierüber s. Gindely I, 18 f. 30 ff. 181 ff. 228 ff. Ritter II, 429 ff.

in Regensburg im Jahre 1613 den Kaiser gebeten, die Nachfolgefrage zu ordnen, und Ferdinand von Steiermark wie den Erzherzog Albrecht als die ihnen genehmen Kandidaten bezeichnet. Nachdem dann teils wegen der vonseite Spaniens gemachten Schwierigkeiten, teils wegen der im Jahre 1615 aufgetauchten Meinung, daß die Kaiserin guter Hoffnung sei, ein längerer Stillstand in den Verhandlungen eingetreten war, wurden sie auf das Drängen des Erzherzogs Maximilian wieder aufgenommen, der im Herbste 1615 selbst eine Reise nach Brüssel unternahm, um seinen Bruder Albrecht zur Verzichtleistung auf alle seine Ansprüche zu bewegen. Bei dieser Gelegenheit kam Maximilian auch mit den geistlichen Kurfürsten zusammen, welche sich alle für die Erhebung Ferdinands aussprachen. Um auch den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen, suchte er den Kaiser zu einer Reise nach Dresden zu bewegen. Auch Klesel versprach dem Erzherzoge mit Wort und Handschlag und „bei Verlust seiner Seligkeit“ die Förderung dieser Angelegenheit. Aber die Reise nach Dresden wie jeder weitere Schritt unterblieb, weil der Kardinal im geheimen dagegen arbeitete und den Kaiser selbst mit Mißtrauen gegen seinen Bruder und seinen Vetter zu erfüllen wußte. Erst nach der böhmischen Königswahl Anfangs August 1617 begab sich der Kaiser mit Ferdinand, seinem Bruder Maximilian und Klesel zum sächsischen Kurfürsten, welcher das Versprechen gab, den vom Kaiser zu berufenden Kurfürstentag an jedem Orte und zu jeder Zeit zu besuchen und an der Wahl eines römischen Königs teilzunehmen. Die Mehrheit der Kurfürsten war also für Ferdinand bereits gesichert, und Brandenburg und die Pfalz hätten die Wahl nicht zu hindern vermocht.

Der Kurfürst Friedrich von der Pfalz war zwar unbedingt gegen die Erhebung eines Habsburgers. Aber er hatte weder selbst Aussicht, die gewünschte Kaiserkrone für sich zu gewinnen, noch fand er einen andern geeigneten Kandidaten. Der Herzog von Lothringen, welchem er den Antrag machen ließ, ihn mit Unterstützung der Union, der Holländer, des Königs von England und des Herzogs von Savoyen im Notfalle durch Be-

setzung Frankfurts auf den deutschen Thron zu erheben, lehnte dies ab und warnte ihn vor jedem gewaltsamen Schritte. Noch entschiedener wies der Herzog Maximilian von Baiern, zu dem sich der Kurfürst persönlich begab, die ihm angebotene Krone zurück, weil er sich nicht mit Österreich verfeinden wollte. Selbst der König von England gab dem Kurfürsten, seinem Schwiegersohne, den Rat, wenn die Mehrheit der Kurfürsten für ihn nicht zu gewinnen wäre, gegen gute Bezahlung für Ferdinand zu stimmen.

Dessenungeachtet traten immer wieder neue Verzögerungen ein. Nachdem Klesel in Dresden erklärt hatte, daß der Kurfürstentag auf Lichtmeß 1618 nach Regensburg einberufen werden würde, verschob man denselben auf die Erklärung des Kurfürsten von Brandenburg, daß er nicht vor dem April erscheinen könnte, auf den 28. Mai. Dann hieß es wieder, daß der Mangel an Geld die Reise des Kaisers nach Regensburg unmöglich mache und daß man zuerst suchen müsse, spanische Subsidien zu erhalten. Zugleich regte Klesel den Gedanken an, früher noch die Landtage von Ober- und Niederösterreich zu berufen, um Ferdinand auch hier huldigen zu lassen, was aber dieser auf Rat des spanischen Gesandten ablehnte. Endlich suchte Klesel dem Kaiser durch ein geheimes Schreiben an einen Vertrauten auch noch die Ansicht beizubringen, daß sich derselbe vor dem Schlusse des ungarischen Reichstages nicht aus Österreich entfernen dürfe, ja man beschuldigte ihn sogar, daß er das Mißtrauen der Ungarn gegen Ferdinand zu erwecken suche.

Durch alle diese Umtriebe, welche den Haß des Erzherzogs Maximilian gegen den ränkevollen Kardinal noch mehr steigerten, wurde die Eröffnung des Kurfürstentages so lange verzögert, bis derselbe durch die Ereignisse in Böhmen unmöglich gemacht wurde.

---

# Zehntes Buch.

## Die Revolution in den österreichischen Ländern und die kirchliche und politische Reaktion.

---

# Erstes Kapitel.

## Der Ausbruch der Revolution in Böhmen und der Tod des Kaisers Matthias.

---

Die Regierung war auf der Bahn der katholischen Reaktion langsam aber unaufhaltsam vorgeschritten und glaubte nach der Sicherung der Nachfolge Ferdinands II. noch mehr wagen zu dürfen [1]).

Man legte deutlich die Absicht an den Tag, die Gegenreformation auf den ausgedehnten Krongütern und in den königlichen Städten durchzuführen, welche bis auf Budweis und Pilsen fast durchaus protestantisch waren. Man nötigte zunächst an einzelnen Orten Bewohner zur Auswanderung und schloß die Protestanten von der Erwerbung des Bürgerrechts aus, wie dies umgekehrt freilich bisher durch die protestantischen Städte den Katholiken geschehen war. Dann zwang man einige Städte zur Aufnahme von Katholiken in den Bürgerverband, was deswegen von Bedeutung war, weil damals die Stadträte meist vom Hofrichter oder Landesunterkämmerer ernannt wurden und man dadurch Gelegenheit erhielt, den

1) Im folgenden Kapitel stütze ich mich im allgemeinen auf Gindely I, 236 ff., der wertvolles ungedrucktes Material benützt hat. Vgl. O. Klopp, Der dreißigjährige Krieg I, 246 ff., dessen wörtlich abgedruckte Excerpte aber trotz ihres Umfanges kein erschöpfendes und richtiges Bild der Ereignisse geben. Besser ist noch die Darstellung Hurters VII, 229 ff.

Katholiken das Stadtregiment zu übertragen. Am 4. November 1617 wurde den königlichen Richtern der Prager Städte eine kaiserliche „Instruktion" übersendet, welche die Befugnisse, die ihnen 1547 eingeräumt, aber unter den schwachen Nachfolgern Ferdinands I. vielleicht nicht mehr berücksichtigt worden waren [1]), wieder erneuerte und die Autonomie der Gemeinden wesentlich beschränkte. Eine Bestimmung dieser Instruktion schärfte den Richtern ein, die Stiftbriefe der Prager Kirchen einzusehen, und zu prüfen, ob die Verwaltung derselben entsprechend geführt würde. Da die Stiftungen meist in der vorhusitischen Zeit gemacht worden waren, so zeigte dieser Auftrag deutlich die Absicht der Regierung, alle kirchlichen Stiftungen in die Hände der Katholiken zurückzubringen. Das war aber eine offene Verletzung des Vergleiches von 1609, welcher jeder Konfession alle Kirchen, Stiftungen und Einkünfte zusicherte, welche sie damals besaß. Um jede Erörterung dieser Maßregeln unmöglich zu machen, wurde verfügt, daß zur Herausgabe einer Druckschrift die Erlaubnis des Kanzlers eingeholt werden sollte.

Zugleich trug jetzt der Kaiser den Braunauern auf das Bestimmteste auf, die Schlüssel ihrer Kirche dem Abte zu übergeben. Als sie sich nicht fügten, wurden die angesehensten Bürger der Stadt eingekerkert und im März 1618 in diese Stadt eine Kommission gesendet, welche aber unverrichteter Sache abziehen mußte, weil sich die Bewohner der Schließung der Kirche mit Gewalt widersetzten [2]).

Mehr Erfolg hatte der Erzbischof von Prag gegenüber den Bewohnern von Klostergrab. Da diese ihn bei einem Versuche, die Schließung der Kirche durchzusetzen, am Leben bedroht hatten und dafür eine strenge Bestrafung fürchten mußten, so ließen sie sich selbst herbei, die Kirche im De-

1) Nur so kann ich es mir erklären, daß Gindely I, 242 f. dies als etwas Neues darstellt. Denn 1547 hatten die Richter dem Stadtrate gegenüber im wesentlichen dieselben Befugnisse erhalten. Vgl. oben IV, 134.

2) Wintera, Gesch. d. protest. Bewegung in Braunau, S. 57 ff.

zember 1617 niederzureißen, wogegen er von der Erhebung der Klage abstand [1]).

Die Protestanten Böhmens konnten über das ihnen zugedachte Los um so weniger mehr in Zweifel sein, als katholische Eiferer offen von der Absicht der Regierung sprachen, nur noch die katholische Religion zu dulden, und die Notwendigkeit betonten, einige Führer der Opposition dem Henker zu überliefern.

Die Defensoren, welche über die Rechte der Protestanten zu wachen hatten, beriefen nun auf den Antrag Thurns die obersten Beamten und Richter wie je sechs Deputierte aus den einzelnen Kreisen auf den 5. März 1618 zu einer Versammlung nach Prag, was ihnen nach den Beschlüssen des Landtags von 1609 zustand [2]). Doch erschienen von den Beamten nur wenige, weil sie sich scheuten, an Beratungen teilzunehmen, welche gegen Verordnungen des Kaisers gerichtet waren. Auch die Bürgermeister der drei Prager Städte blieben aus. Selbst die Vertreter der Landkreise zeigten sich unentschlossen und schoben die Initiative den Defensoren zu. Endlich richteten sie eine Eingabe an die zehn Statthalter, welchen der Kaiser bei seiner Abreise aus Prag im November 1617 die Verwaltung Böhmens übertragen hatte [3]), und baten um Abhilfe ihrer Beschwerden, vor allem aber um die Freilassung der eingekerkerten Braunauer. Als dieses Ansuchen zurückgewiesen wurde, beschloß die Versammlung eine Eingabe an den Kaiser selbst zu senden und zugleich die Stände der Nebenländer um ihre Verwendung bei demselben zu ersuchen.

1) „Zeitschr. f. kath. Theol." X, 390, N. 2.

2) Gindely, Gesch. der Ertheilung des böhm. Majestätsbriefes, S. 135.

3) Es waren dies der Oberstburggraf Adam von Sternberg, der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der Oberstlandkämmerer Georg von Talmberg, der Oberstlandrichter Slawata, Martinitz, Burggraf von Karlstein, der Landrechtsbeisitzer Karl von Duba, Diepold von Lobkowitz, Großprior des Malteserordens, der Oberstlandschreiber Johann von Klenowy, der Landesunterkämmerer Burghard Točnik und Ulrich von Gerstorf, darunter sieben Katholiken und drei Protestanten.

Für den 21. Mai, wo eine Antwort sicher eingetroffen sein konnte, wurde eine neue Zusammenkunft verabredet.

Der Kaiser wies aber auf den Rat Klesels in seiner an die Statthalter gerichteten Antwort vom 21. März nicht bloß die Beschwerden der Protestanten als ungerechtfertigt zurück, sondern verbot auch die beabsichtigte Abhaltung eines neuen Protestantentages und erklärte, daß er die Urheber vor Gericht stellen lassen werde.

Obwohl dieses Verbot noch einmal wiederholt wurde, weigerten sich doch die Defensoren, die beschlossene Versammlung rückgängig zu machen. Denn die Stimmung der entschiedenen Protestanten war durch neue Maßregeln der Regierung und einzelner Beamten nur noch gereizter geworden. Martinitz befahl den Bauern auf den Gütern der Burg Karlstein, um Ostern die Kommunion nach katholischem Brauche zu empfangen, widrigenfalls sie zum Verkaufe ihrer Güter gezwungen werden würden. Der Landesunterkämmerer und der Hofrichter wie der rührige Sekretär Michna waren bemüht, die Städte vom Adel zu trennen und die Räte zur Unterschreibung der Loyalitätsadressen und zur Lossagung von den Defensoren zu bewegen, was bei Prag und einigen anderen Städten nicht ohne Erfolg blieb. Selbst den abgestorbenen Utraquismus suchte man wieder zu beleben, um die Protestanten zu spalten.

Die Aufregung, welche diese und andere Maßregeln unter den Protestanten hervorriefen, konnte für Thurn nur erwünscht sein. Jetzt glaubte er, sei der Anlaß gekommen, „einen andern Herrn zu suchen", was er schon 1614 als die Absicht seiner Gesinnungsgenossen bezeichnet hatte [1]. Auf dem Protestantentage, der trotz des Verbotes am 21. Mai zusammentrat, sollte ein unheilbarer Bruch mit der Regierung herbeigeführt und dadurch auch den weniger Entschiedenen und Schwankenden jede versöhnliche Haltung unmöglich gemacht werden. Als das wirksamste Mittel erschien die Ermordung der verhaßtesten

1) Vgl. S. 84.

Statthalter, denen man die Abweisung der protestantischen Forderungen zur Last legte. Thurn gewann für seinen Plan auch Ruppa, Colonna von Fels, Budowec und einige andere hervorragende Herren. Bei einer Zusammenkunft, die am 22. Mai im Palast des reichen Albrecht Smiřicky stattfand, wurde die Ausführung festgestellt.

Am Morgen des 23. Mai zogen die Mitglieder des Protestantentages, etwa 100 Personen, meist Angehörige des Herren- und Ritterstandes, sämtlich bewaffnet, viele auch von bewaffneten Dienern begleitet, auf das Schloß, wo den Statthaltern die Antwort auf das kaiserliche Schreiben mitgeteilt werden sollte. Es waren aber nur vier von diesen, der Oberstburggraf, Sternberg Slawata, Martinitz und Diepold von Lobkowitz anwesend. Die Antwort protestierte gegen die beabsichtigte Verhinderung der Versammlung und schloß mit der Frage an die Statthalter, ob sie an der Abfassung des kaiserlichen Schreibens Anteil gehabt hätten. Darauf verweigerten sie anfangs mit Berufung auf ihren Amtseid jede Auskunft. Später, immer mehr bedrängt, erklärte der Oberstburggraf, daß sie nicht dazu geraten hätten. Aber Slawata und Martinitz, die als Hauptfeinde der Protestanten bereits zum Tode bestimmt waren, wurden dadurch nicht mehr gerettet. Wilhelm von Lobkowitz, Ruppa, Schlick, Fels, Ulrich Kinsky und andere überhäuften sie, „das nichtswürdige jesuitische Gesindel“, mit allen möglichen gerechtfertigten und ungerechtfertigten Vorwürfen, wodurch die Gemüter immer mehr erhitzt wurden. Endlich verlas Paul von Řičan eine im Jahre 1609, als Slawata und Martinitz die Unterfertigung des vom Kaiser ausgestellten Amnestiepatentes verweigerten, von Budowec gegen sie abgegebene Erklärung und fügte die Worte bei, daß die Stände die beiden Herren als Verletzer des Majestätsbriefes ansähen und daher für ihre und des Gemeinwohles Feinde erklärten. Nachdem die Anwesenden durch einstimmiges Geschrei ihre Zustimmung kundgegeben hatten, wurden Sternberg und der Großprior aus der Kanzlei in ein anderes Zimmer gedrängt, Martinitz aber von Wilhelm von Lobkowitz, Ulrich Kinsky, Smiřicky und

anderen, Slawata von Thurn gefaßt und zum Fenster hinaus in den achtundzwanzig Ellen tiefen Schloßgraben gestürzt und der anwesende Sekretär Fabricius ihnen nachgeschickt. Als man sah, daß sie noch lebten, wurde mehrmals auf sie geschossen. Aber Martinitz und Fabricius blieben wunderbarerweise ganz unbeschädigt, Slawata war nur durch Anschlagen an das vorspringende Fenstergesimse am Kopfe schwer beschädigt worden, so daß er weggetragen werden mußte. Beide Statthalter fanden zunächst Aufnahme im nahen Hause des obersten Kanzlers Lobkowitz, dessen Gemahlin Polyxena ihnen auch vor Thurn, der mit einigen Anhängern sie verfolgte, Schutz verschaffte [1]).

War der Prager Fenstersturz, den die Stände in ihrer Apologie [2]) als „alten Gebrauch" bezeichneten, nicht Folge augenblicklicher Aufregung, sondern von Thurn und seinen Gesinnungsgenossen vorbereitet gewesen, so zeigten die nächsten Schritte der versammelten Protestanten, daß sie entschlossen seien, auf der Bahn der Revolution zu verharren. Sie konstituierten sich förmlich als Landtag und setzten schon am folgenden Tage eine provisorische Regierung von dreißig Direktoren, je zehn aus jedem Stande, ein, unter denen einige wie Ruppa, Budowec und Graf Andreas Schlick ein großes Ansehen genossen, aber auch manche recht unbedeutende Männer waren, die zu allem ja sagten [3]). Zugleich beschlossen sie die Einhebung der Steuern für Rechnung der Stände und die Aufstellung eines Heeres, zu dessen Oberanführer Thurn als Generallieutenant ernannt ward, während ihm Colonna von Fels als Feldmarschall und Johann von Bubna als General-

1) Der Bericht Slawatas selbst nach der (etwas gekürzten) deutschen Übersetzung seiner Memoiren bei A. Wolf, Geschichtliche Bilder I, 324 ff.

2) Vom 25. Mai; bei Londorp, Acta publica I, 412 sqq.

3) So äußert sich der sächsische Gesandte Lebzelter bei Müller, Forschungen III, 241, der schon einen großen Teil der von Gindely benutzten Aktenstücke bis zum Frühjahr 1621 aus dem Dresdener Staatsarchiv mitgeteilt hat.

wachtmeister untergeordnet wurden. Später trat auch Graf Hohenlohe, der gegen die Türken in Ungarn gekämpft hatte, als Generallieutenant in die Dienste der Böhmen.

Die Direktoren, deren Vorsitzender Wilhelm von Ruppa wurde, rissen gleich die ganze Regierungsgewalt an sich, verbannten die Jesuiten aus dem Lande und konfiszierten ihre Besitzungen wie das Vermögen Michnas, welcher sich besonders verhaßt gemacht hatte. Wenn die Stände in einem an den Kaiser gesandten Rechtfertigungsschreiben erklärten, das Aufgebot eines Heeres sei nicht gegen ihn, dessen treue Unterthanen sie sich immer nannten, sondern nur gegen ihre Feinde gerichtet, so konnte dies niemand für mehr als eine leere Phrase halten und wurde schon dadurch Lügen gestraft, daß Thurn am 16. Juni mit 4000 Mann gegen Budweis und Krummau zog, welche kaiserliche Besatzungen eingenommen hatten, und letzteres durch Drohungen zur Übergabe zwang, ersteres belagerte.

Es war höchste Zeit, daß sich die Regierung zu entschiedenen Entschlüssen aufraffte. Es wurden nun zwar gleich Werbungen angeordnet und Befehl gegeben, die in Friaul stehenden Truppen heranzuziehen [1]). Aber die Anschauungen über das den Böhmen gegenüber einzuschlagende Benehmen gingen doch weit auseinander. Die drei in Prag zurückgebliebenen Statthalter Sternberg, Waldstein und Diepold von Lobkowitz rieten bei dem Umsichgreifen der Bewegung, der sich auch alle protestantischen Städte angeschlossen hatten, zu einem Ausgleiche, bemerkten aber zugleich, daß ein solcher nur dann möglich sein würde, wenn der Kaiser selbst nach Böhmen käme und die ausgebrochenen Streitigkeiten „nach dem Gesetze" schlichtete. Auch Freiherr von Khuen, welchen der Kaiser zur Einholung von Erkundigungen nach Prag schickte, schloß sich diesen Anschauungen an und sprach sich dafür aus, daß der Kaiser seine Ankunft in Böhmen in Aussicht stellen und in einem Patente die Haltung des Majestätsbriefes und des Ver-

1) Hurter, VII, 285.

gleiches von 1609 geloben, aber ja nicht etwa behaupten sollte, daß er dieselben nie verletzt habe. Klesel, der trotz seines Eifers für den Katholicismus „von des Gedankens Blässe angekränkelt“ war, wollte ebenfalls so viel als möglich „Blutvergießen und Verödung der Länder verhüten“ 1). In diesem Sinne richtete auch der Kaiser an die Böhmen wiederholte Zuschriften und versprach die Aufrechthaltung aller ihrer Privilegien. Aber seine Bemerkung, daß er den Majestätsbrief nie verletzt habe, woraus man schließen mußte, daß er an eine Änderung des in den letzten Jahren eingeschlagenen Verhaltens nicht denke, zeigt, wie wenig sich der Kaiser und sein einflußreichster Ratgeber über die Tragweite der böhmischen Bewegung klar waren. Ein Ausgleich wäre, wenn überhaupt noch, nur dann möglich gewesen, wenn sich der Kaiser den Forderungen der böhmischen Stände unbedingt unterworfen und namentlich ihrer Auslegung der Gesetze von 1609 gefügt hätte.

In dieser Beziehung sah die entschiedene Reaktionspartei, deren Haupt jetzt König Ferdinand, deren Seele der böhmische Kanzler Popel von Lobkowitz und deren Berater der spanische Gesandte Oñate waren, gewiß richtiger. Da sie aus voller Überzeugung gegen jede Nachgiebigkeit in Religionsfragen war, so hielt sie die gewaltsame Niederwerfung des Aufstandes für das allein richtige, ja sie sah denselben geradezu für ein Glück an, weil er Gelegenheit bot, der bisherigen Nachgiebigkeit ein Ende zu machen. Verlieren könne der Kaiser nie etwas. Falle der Krieg gegen ihn aus, so habe er mit Ehren verloren, was sonst unvermerkt und mit Schande und Spott eingebüßt worden wäre. Aber es sei das Gegenteil zu erwarten, weil der Kaiser in diesem Falle Gott, der das ungerechte Vorgehen der Unterthanen gewiß strafen werde, sein ganzes Haus, alle christliche Obrigkeit, und die loyalen Lande

1) Schreiben an Popel von Lobkowitz, 19. Juni 1618, bei Hammer IV, Urk. S. 91 f. Vgl. Kerschbaumer, S. 272 ff. Doch drängte Klesel auch zu möglichst rascher Sendung von Hilfstruppen aus Mailand, indem sonst alles verloren sei. Schreiben an den Gesandten Khevenhüller, 26. Juni 1618, bei Hammer IV, Urk. S. 92.

und Leute auf seiner Seite habe, und dann könne er sich und sein Haus vom bisherigen Joche und Servitut erledigen, die landesfürstliche Autorität ganz herstellen und sich für die Kosten an den Gütern der Rebellen schadlos halten [1]). Diese Partei war im hohen Grade entrüstet, daß der Kaiser immer wieder Verhandlungen versuchte, die doch keinen Erfolg haben konnten.

Um das Haupthindernis der Kriegspolitik aus dem Wege zu räumen, ließen König Ferdinand und Erzherzog Maximilian, ohne auf den kranken Kaiser weitere Rücksicht zu nehmen, den Kardinal Klesel am 20. Juli in einem Vorzimmer des letzteren durch den Hofkammerpräsidenten Breuner und den Obersten Grafen Dampierre verhaften, in einen Wagen stecken und nach dem Schlosse Amras bei Innsbruck abführen. Er wurde einige Tage hier, dann in der Burg zu Innsbruck, seit dem Herbste 1619 im abgelegenen Kloster Georgenberg bei Schwaz in ehrenvoller aber strenger Haft gehalten, bis er endlich im November 1622 infolge der Verwendung des Papstes die Erlaubnis zur Übersiedelung nach Rom erhielt. Nach Wien kehrte er erst 1627 zurück, wo er am 18. September 1630 aus dem Leben schied. Er hatte unter steten Klagen, daß er gar nichts habe, daß er in Schulden stecke, ja daß er noch zum Bettler werden müsse, einen Barschatz von 300000 Gulden zusammengehäuft, welcher der Kriegspartei, die jetzt das Übergewicht erhielt, außerordentlich gelegen kam [2]).

Im August fiel nun der Oberst [3]) Dampierre mit den

1) Denkschrift an den Kaiser aus Presburg bei Hurter VII, 592ff., Nr. CCIX, vollständiger als bei Hammer IV, Urk. S. 78ff.

2) Über Klesels Sturz und spätere Schicksale, wie über sein Vermögen s. außer Gindely I, 333ff.: Hurter VII, 305ff., Kerschbaumer 267ff. 280ff. 391ff.

3) Ein „Oberst" konnte damals auch noch größere Truppenkörper kommandieren. Die höheren militärischen Chargen wurden erst im Laufe des Dreißigjährigen Krieges besonders unter Wallenstein ausgebildet. S. F. Spigl, Die Besoldung, Verpflegung und Bekleidung des kais. Kriegsvolkes im Dreißigjährigen Kriege. „Mitth. des k. k. Kriegs-Archivs" 1882, S. 447f.

schon vor Klesels Sturz marschbereit stehenden Truppen [1]) in Böhmen ein. Aber obwohl diese bis auf 14000 Mann verstärkt und ein in den spanisch-niederländischen Kriegen erprobter General Graf Buquoy an deren Spitze gestellt wurde, richteten doch die Kaiserlichen wenig aus. Buquoy rückte Anfangs September durch Mähren über Deutschbrod gegen Časlau vor. Aber die Erwartung der Regierung, daß ein Teil der Böhmen sich zugunsten des Kaisers erheben würde, erwies sich als eine arge Täuschung. Im Gegenteile zeigte sich das Landvolk den Truppen desselben entschieden feindlich und erschwerte namentlich deren Verproviantierung. Ende Oktober mußte Buquoy wegen Mangels an Lebensmitteln und Munition den Rückzug antreten und nach einem unglücklichen Treffen bei Lomnitz (9. November) Schutz hinter den Mauern von Budweis suchen. Er bot sogar die Übergabe dieser Stadt an, wenn man ihm den ungehinderten Rückzug nach Österreich gestattete, was aber Hohenlohe in seinem Siegesgefühl verweigerte. Buquoy wäre in der That verloren gewesen, wenn nicht die Übelstände aufseite der Böhmen noch größer gewesen wären. Das böhmische Aufgebot, welches der Landtag Ende August aufzustellen beschloß, mußte im Oktober wieder entlassen werden, weil die Adeligen und Städte, welche dasselbe zu stellen hatten, weder für die Ausrüstung noch für die Verpflegung ihrer Leute gesorgt hatten. Die geworbenen Truppen, welche an Thurn und Hohenlohe nichts weniger als fähige Führer hatten, wurden im Laufe des Winters zum größern Teile durch ansteckende Krankheiten hinweggerafft. Infolge dessen vermochte sich Buquoy nicht bloß im südlichen Böhmen zu behaupten, sondern brachte den Feinden durch seine Streifzüge, bei denen Hunderte von Dörfern eingeäschert wurden, empfindliche Verluste bei.

Während im offenen Felde gekämpft wurde, suchten die Böhmen Unterstützung bei den Ständen der übrigen Länder

1) „Unser Volk soll diese Wochen hinwegziehen, ist bei 12 m. oder 13 m. Mann", schreibt Klesel am 19. Juli an Khevenhüller. Hammer IV, Urk. S. 110.

des Kaisers, wie bei den Gegnern des Hauses Habsburg im Auslande.

Unter den österreichischen Ländern nahm gerade jenes, welches den Böhmen in nationaler und politischer Beziehung am nächsten stand, Mähren, die am wenigsten günstige Haltung ein. Denn nicht bloß die Häupter der katholischen Partei, der Kardinal Dietrichstein und Fürst Karl Liechtenstein, standen auf Seiten des Kaisers, sondern auch das bedeutendste und angesehenste Glied des protestantischen Adels, Karl von Zierotin, war ein prinzipieller Gegner aller ungesetzlichen Schritte. Der mährische Landtag beschloß im August, den kaiserlichen Truppen den Durchzug zu gestatten und die Vermittelung eines Ausgleiches zwischen dem Kaiser und den Böhmen zu versuchen, was freilich trotz der ernstlichen Bemühungen Zierotins schon an der Entwaffnungsfrage scheiterte, indem der Kaiser vor allem die Entlassung ihrer Truppen, die Direktoren die Zurückziehung der Kaiserlichen und eine genügende Garantie für die Erhaltung ihrer politischen und religiösen Freiheiten verlangten.

Auch die Stände der Oberlausitz, der Adel wie die Städte, wiesen die Lockungen der böhmischen Direktoren ab. Der Landtag bat diese in einem Schreiben vom 27. Juli, bei den in Aussicht genommenen Unterhandlungen Billigkeit walten zu lassen und vor allem dem Kaiser schuldigen Respekt und Gehorsam zu leisten [1]).

Bei den Schlesiern dagegen, welche von den Böhmen auf Grund des im Jahre 1609 geschlossenen Bündnisses zur Hilfeleistung aufgefordert wurden, hatten diese einen warmen Fürsprecher in dem Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf aus dem Hause Brandenburg, der einige Jahre früher zum Calvinismus übergetreten war und mit Christian von Anhalt in regem Verkehr stand. Wurde er schon dadurch in die dem Kaiser feindselige Strömung hineingezogen, so hatte er noch einen persönlichen Grund, auf eine Schwächung der Macht

1) H. Knothe, Der Antheil der Oberlausitz an den Anfängen des 30jährigen Kriegs. „N. Lausitz. Magazin" LVI, 3ff.

desselben hinzuarbeiten, weil er nicht als rechtmäßiger Besitzer des Herzogtums anerkannt wurde. Denn als die in Jägerndorf regierende Linie des Hauses Hohenzollern 1603 mit dem Markgrafen Georg Friedrich erlosch, sah der Kaiser mit Recht das Land als ein der Krone Böhmen heimgefallenes Lehen an, während dieses auf Grund eines Testamentes des genannten Fürsten vom Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg in Besitz genommen und 1606 seinem zweiten Sohne Johann Georg überlassen worden war. Wenn auch der Kaiser erklärt hatte, die Entscheidung „dem gebührenden Rechtswege" überlassen zu wollen, konnte der Markgraf seinen Besitz nie als einen gesicherten ansehen [1]). Da sich nun auch die schlesischen Protestanten über mehrfache Verletzungen ihres Majestätsbriefes zu beklagen hatten [2]), so beschloß der dortige Fürstentag schon Anfangs Juli die Absendung einer Gesandtschaft an den Kaiser, um diesen zur Beseitigung ihrer Beschwerden und zum Ausgleiche mit den Böhmen aufzufordern, und die Aufstellung eines Heeres von 6000 Mann, um den Durchzug der vom Kaiser erwarteten polnischen Reiter zu hindern. Anfangs Oktober stellte sich der Fürstentag offen auf die Seite der Böhmen und gab dem Markgrafen von Jägerndorf Befehl, mit der Hälfte der geworbenen Truppen, 3000 Mann, denselben zuhilfe zu ziehen [3]).

1) S. das Nähere bei Biermann, Gesch. der Herzogthümer Troppau und Jägerndorf, S. 317f. 343ff. und Grünhagen, Gesch. des ersten schlesischen Krieges I, 125. Wenn der erste Markgraf Georg 1523 vom Könige Ludwig Vollmacht erhalten hatte, „für sich, seine Brüder und ihre Erben" Lehen in Schlesien zu erwerben, so scheint es mir zweifellos, daß diese Erben im lehnrechtlichen Sinne als seine und seiner Brüder Nachkommen zu verstehen sind, daß also die früher abgezweigte kurfürstliche Linie keinen rechtlichen Anspruch darauf hatte. Dafür spricht auch das Verhalten des Markgrafen Georg selbst, der wiederholt, aber vergeblich, den Kaiser um die Erlaubnis bat, seine schlesischen Besitzungen der kurfürstlichen Linie vermachen zu dürfen.

2) Die Katholiken erhoben freilich auch ihrerseits Beschwerden. S. über beide Hurter VII, 343ff.

3) Vgl. mit Gindely I, 372ff. und 402ff. auch Grünhagen,

Auch die Stände Oberösterreichs wie die Protestanten Niederösterreichs machten aus ihren Sympathieen für die aufständischen Böhmen kein Hehl. Jene rieten dem Kaiser gleich nach dem Ausbruche der Bewegung zum Frieden, indem sie ironisch bemerkten, daß es für ihn wenig passend wäre, Christen statt der Türken zu bekämpfen. Sie verweigerten ihm auch alle Werbungen und Einquartierungen, während sie ihrerseits Truppen warben, und wollten seinen Regimentern nur in kleinen Abteilungen den Durchzug gestatten. Später trat ihre Hinneigung zu den Böhmen noch deutlicher an den Tag. Die protestantischen Adeligen des Landes unter der Enns hatten selbst gerade am Tage vor dem Prager Fenstersturz dem Kaiser eine Beschwerdeschrift übergeben, worin sie sich über die Verletzung der 1609 und 1610 gemachten Zugeständnisse, besonders über die Behandlung der landesfürstlichen Städte in religiösen Fragen beklagten [1]). Als nach vier Monaten noch immer keine Entscheidung erfolgt war, erzwangen fünfundachtzig Mitglieder des Herren- und Ritterstandes endlich wiederholt eine Audienz beim Kaiser, dem der Wortführer derselben, Freiherr Christoph Andreas von Thonradel, weitläufig in heftigem Tone ihre Beschwerden auseinandersetzte. Da die endliche Erledigung dieser Eingabe die Adeligen nicht befriedigte, so verweigerte der Landtag dem Kaiser jede Unterstützung, obwohl Thurn Ende November mit einer Heeresabteilung in Österreich selbst einfiel, Zwettl einnahm und seine Reiter bis in die Nähe von Wien vordrangen. Ja, die Protestanten verlangten die Einberufung eines Generalkonvents aller Königreiche und Länder, welcher nur die ersehnte Gelegenheit zur Konföderation derselben bieten sollte. Nur weil die mährischen Stände infolge der Bemühungen Zierotins auch jetzt noch den Anschluß an Böhmen ablehnten, traten auch die Österreicher vorläufig aus ihrer Neutralität nicht heraus.

Gesch. Schlesiens II, 162 ff. und die dazu in Anm. S. 21 f. angeführte Litteratur.

1) Londorp, Acta publica I, 559, die Erledigung vom 9. Nov.. S. 563. S. im allgemeinen Hurter VII, 524 ff.

Bei der Spannung, welche damals zwischen Katholiken und Protestanten, wie zwischen dem Hause Habsburg und dessen Gegnern herrschte, konnten die Wirkungen der böhmischen Revolution fast unmöglich auf die österreichischen Länder beschränkt bleiben. Man durfte nicht erwarten, daß das übrige Europa dem dortigen Kampfe gleichgültig und unthätig zusehen würde.

Der spanische Gesandte stellte auch dem Kaiser gleich nach dem Ausbruche der Bewegung eine Unterstützung an Geld und Mannschaft in Aussicht und verwendete sich auch bei seinem Könige in diesem Sinne. Seine Anträge wurden durch den kaiserlichen Gesandten Grafen Khevenhüller auf das kräftigste unterstützt [1]. Der König gab auch seine Zustimmung, daß die Truppen, welche er für den Erzherzog Ferdinand in Friaul gegen Venedig unterhalten hatte, auf dem Papiere 6000 Mann, nach Böhmen geschickt werden sollten, und sendete anfangs 100 000, dann noch weitere 200 000 Dukaten. Der Erzherzog Albrecht, Regent der spanischen Niederlande, versprach eine Schar von 500 Reitern zu unterhalten, und auch vom Könige Sigismund III. von Polen, der eine Schwester Ferdinands II. zur Gemahlin hatte, durfte dieser Zusendung von Reiterei erwarten, wenn er die Besoldung derselben übernahm. Ludwig XIII. von Frankreich, der Schwiegersohn Philipps III. von Spanien, glaubte, daß, wenn man den böhmischen Frevel ungestraft ließe, ihm und anderen Potentaten täglich das Gleiche geschehen könnte. Er nahm daher eine dem Kaiser durchaus günstige Haltung ein, erbot sich, als Vermittler aufzutreten, und wollte wohl Werbungen für, nicht aber gegen den Kaiser erlauben. Nur an den geistlichen Fürsten Deutschlands und am Herzoge von Baiern prallten alle Gesuche des Kaisers um Geldunterstützungen wirkungslos ab.

Anderseits trat der Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz gleich nach dem Fenstersturze mit den Böhmen in Verbindung,

1) Seine Berichte aus der zweiten Hälfte des Jahres 1618 und andere Aktenstücke aus den Briefbüchern der Grafen Hans und Franz Christoph Khevenhüller in „Mitteilungen aus dem german. Nationalmuseum“ 1893, S. 60ff. Vgl. Gindely III, 66f.

ermunterte sie zum Kriege und versprach ihnen seine Unterstützung wie die Vertretung ihrer Interessen bei auswärtigen Mächten. Auch die Union, welche unterdessen bis zum Mai 1621 verlängert worden war, wollte dem Kaiser keine Werbungen und keine Truppendurchzüge durch ihr Gebiet gestatten und stellte den Böhmen im Oktober auch eine Geldunterstützung in Aussicht. Aber die Aufnahme derselben in ihren Bund lehnten sie ab, weil die meisten ihrer Mitglieder, besonders die Städte zu einem Kriege, dessen Ausgang man noch nicht vorhersehen konnte, durchaus nicht entschlossen waren.

Größeren Eifer legte der Herzog Karl Emanuel von Savoyen an den Tag, der wegen seiner Zerwürfnisse mit Spanien ein Hauptfeind des Hauses Habsburg war und nichts sehnlicher als dessen völlige Schwächung wünschte. Sobald als er die Nachricht vom Aufstande der Böhmen erhielt, teilte er dem Grafen Ernst von Mansfeld, welcher in dem kurz vorher beendeten Kriege mit Spanien in seinem Dienste 4000 Mann kommandiert hatte, und jetzt mit denselben durch die Schweiz nachhause zog, seine Absicht mit, die Hälfte derselben auch fortan zu unterhalten und den Böhmen zu überlassen. Nur sollte außer dem Kurfürsten von der Pfalz, dem Fürsten Christian von Anhalt und dem Markgrafen Joachim Ernst von Ansbach, welche in der Union eine kriegerische Politik vertraten, niemand etwas davon erfahren. Mansfeld, ein unehelicher Bruder jenes Karl von Mansfeld, der 1595 als Anführer des kaiserlichen Heeres gegen die Türken den Tod gefunden hatte, wurde nun am 30. August zum Schein von den böhmischen Ständen in ihren Dienst genommen und mit der Belagerung Pilsens beauftragt, das nach tapferer Verteidigung am 21. November erstürmt wurde [1]).

Nachdem der Kurfürst von der Pfalz die günstige Stimmung des Herzogs von Savoyen kennen gelernt hatte, schickte

1) Reuß, Graf Ernst von Mansfeld im böhmischen Kriege (Braunschweig 1865), S. 10ff.

er im Herbst 1618 den Burggrafen Christoph von Dohna nach Turin, um eine Verstärkung der Truppen Mansfelds durchzusetzen und auch Venedig zu einer Geldunterstützung zu bewegen. Bei diesen Verhandlungen zeigte sich der Herzog bereit, die größten Opfer zu bringen, „sein Hemd vom Leibe herzugeben", wenn Aussicht wäre, die Herrschaft des Hauses Habsburg in Deutschland und Böhmen vollständig zu stürzen. Um aber dieses Ziel sicher zu erreichen, verlangte der vorsichtige Fürst eine Koalition mit England, Holland, Frankreich und Venedig, von denen die beiden letzten sicher nicht zu einem feindlichen Auftreten gegen den Kaiser zu bewegen waren. Bei den Unterhandlungen, welche im Februar 1619 Mansfeld mit dem Herzoge führte, wurde auch diese Forderung nicht mehr aufrecht erhalten. Doch wollte er sich einen reelleren Gewinn sichern als die Kaiserkrone oder als das Reichsvikariat in Italien, womit man ihn von pfälzischer Seite zu ködern suchte. Er verlangte außer der Kaiserwürde auch noch Böhmen für sich, während der Kurfürst das Elsaß und die übrigen Vorlande und außerdem Ungarn und wenn möglich auch einen Teil Österreichs erhalten sollte. Wenn Venedig, auf dessen Geld man rechnete, dem Bunde beiträte, sollte es den österreichischen Teil von Istrien und Friaul sich nehmen können. Eine vollständige Teilung der österreichischen Länder war also in Aussicht genommen. Der Kurfürst und die außerdem ins Vertrauen gezogenen Fürsten Christian von Anhalt und Joachim Ernst von Ansbach waren auch zur Annahme dieser Vorschläge bereit, wenn der Herzog, wie er versprach, Truppen stellte und Subsidien zahlte [1]). Christian von Anhalt sollte sich selbst nach Italien begeben, um die Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen. Aber ehe er noch die

1) S. über die Haltung des Herzogs von Savoyen außer Gindely I, 390 ff. und 442 ff. auch Erdmannsdörffer, Herzog Karl Emanuel I. von Savoyen und die deutsche Kaiserwahl von 1619, S. 98 ff., dessen Darstellung sich freilich meist nur auf die Aktenstücke im Appendix zum Archivium Unito-Protestantium (1628) stützt, und Villermont, Mansfeldt I, 86 ff.

Reise antrat, führte der Tod des Kaisers Matthias am 20. März 1619 eine teilweise Änderung der Verhältnisse und eine Beschleunigung der Bewegung herbei.

---

## Zweites Kapitel.

### Die Konföderation der böhmischen Länder mit Österreich und die Wahl Friedrichs von der Pfalz.

Hatten die böhmischen Stände und Direktoren bei Lebzeiten des Kaisers Matthias wenigstens in den Worten den Schein der Loyalität gewahrt, so änderte sich dies, als derselbe aus dem Leben geschieden war [1]). Denn Ferdinand II. trotz der ihm geleisteten Huldigung nicht als König anzuerkennen, war die Mehrheit derselben von vornherein entschlossen, weil sie überzeugt war, daß er ihre Forderungen, besonders die Freigebung der protestantischen Religionsübung, nie erfüllen würde. Kaum war die Nachricht vom Ableben des Kaisers in Prag eingetroffen, so erklärten die Direktoren dem sächsischen Gesandten Lebzelter, „es würde nunmehr alles in ein anderes Modell gegossen werden müssen" [2]). Ihr Verhalten dem Könige Ferdinand gegenüber ließ auch darüber keinen Zweifel aufkommen. Als er in einem Schreiben an die Stände der Hoffnung Ausdruck gab, daß sie ihn jetzt als König anerkennen würden, und ihnen am 6. April nach Beratung mit seinem Beichtvater einen Revers schickte, worin er sich zur Aufrechthaltung aller ihrer Rechte, Privilegien und Landtagsbeschlüsse

1) Auch für dieses Kapitel verweise ich im allgemeinen auf Gindely II. B., Hurter VII, 468 ff. und VIII, 1 ff. und O. Klopp I, 331 ff.
2) Müller, Forschungen III, 146.

wie der Verschreibungen der früheren Könige, also auch des Majestätsbriefes, verpflichtete [1]), nahmen sie denselben, angeblich wegen Unrichtigkeit der Adresse, gar nicht an. Auch spätere Zuschriften würdigten sie keiner Antwort.

In der That mußten die Direktoren suchen, rasch eine Entscheidung herbeizuführen. Denn die finanziellen Mittel waren längst erschöpft und die Beschlüsse, welche der auf den 18. März einberufene Landtag faßte [2]), konnten diesem Übel nicht abhelfen. Die neuen Steuern, welche derselbe votierte, waren unbedeutend, die Strafgelder, die man jenen Gutsbesitzern auferlegte, welche beim früheren Aufgebote nicht die bestimmte Anzahl von Leuten gestellt hatten, sicher nicht hereinzubringen. Ausgiebigere Hilfe hätte die von den Ständen beschlossene Konfiskation des Vermögens von 33 Gegnern des Aufstandes, darunter des obersten Kanzlers, Jaroslaws von Martinitz, des Erzbischofs von Prag und der ebenfalls flüchtigen Äbte von Braunau uud Strahov bringen können, wäre es nur auch möglich gewesen, während des Krieges ihre Güter an den Mann zu bringen. Die Verbreitung des Aufstandes auf die anderen Länder König Ferdinands allein konnte der Sache der böhmischen Protestanten zum Siege verhelfen.

Bis jetzt hatte man nur bei den Schlesiern einen entscheidenden Erfolg gehabt, indem dieselben den Böhmen ein Truppencorps geschickt hatten, welches an der Zurückdrängung Buquoys und dem Einfalle in Österreich teilnahm. Um dieselben in guter Stimmung zu erhalten, stellten die böhmischen Direktoren denselben am 22. April eine Urkunde aus, worin sie ihnen das Versprechen gaben, bei wichtigen Fragen, namentlich der Wahl eines Königs, nicht ohne Zuziehung der schlesischen Fürsten und Stände vorzugehen, bezüglich der Einrichtung der Kanzlei den Wünschen derselben nachzukommen und Troppau als zu Schlesien gehörig anzusehen. Auf die Stimmung der Stände der Oberlausitz hatten die böhmischen Direktoren da-

1) Der Wortlaut bei Londorp I, 574.
2) Gindely I, 470 ff.

durch einzuwirken gesucht, daß sie ihnen am 22. Oktober versprachen, ihnen zur Erhaltung eines Majestätsbriefes, wie ihn Böhmen und Schlesien besaßen, behilflich zu sein. Damals hatte der Landtag diesen Antrag noch zurückgewiesen, obwohl er eine Unterstützung nicht mehr so unbedingt ablehnte. Als aber Anfangs April 1619 Graf Albin Schlick selbst in Bautzen erschien, setzte er es durch, daß sich der Adel und nach einigem Widerstande auch die Städte zum Abschluß einer Union mit Böhmen bereit erklärten, wenn dem Lande dieselben Freiheiten wie Schlesien eingeräumt und durch einen Majestätsbrief die freie Ausübung der protestantischen Religion garantiert würde. Doch wurde noch immer die Klausel beigefügt, daß diese Verbindung nicht gegen den regierenden König, sondern nur gegen die Feinde des Friedens gerichtet sein solle [1]).

Um der Bewegungspartei in Mähren das Übergewicht zu verschaffen, überschritt Thurn auf Befehl der Direktoren am 23. April mit wenigstens 8000 Mann die Grenze und besetzte ohne Widerstand das ganze Land. Denn die Obersten der wenigen ständischen Truppen erhielten von ihrem Oberanführer, dem Kardinal Dietrichstein, keine Verhaltungsmaßregeln, die meisten Offiziere sympathisierten mit den Böhmen. Doch gelang es dem Anführer des Fußvolks, Albrecht von Waldstein oder Wallenstein, nachdem er seinen Oberstlieutenant, welcher ihm den Gehorsam verweigerte, niedergestoßen, nicht bloß einen Teil seiner Soldaten, sondern auch die ständische Kasse mit 96 000 Thalern nach Ungarn und von da nach Wien zu bringen. Auch die katholischen Edelleute waren eingeschüchtert. Selbst Dietrichstein und Fürst Liechtenstein gelobten, sich den übrigen Ständen anschließen zu wollen. Ja der Kardinal, welchen dies freilich nicht vor strengem Hausarrest schützte, bewog sogar den König, die entführten ständischen Gelder zurückzusenden. Nur Zierotin beobachtete eine würdige Haltuug und vergab seinen antirevolutionären Grundsätzen nichts. Der mährische Landtag, der am 4. Mai zu-

1) Knothe, Anteil der Oberlausitz, S. 9 ff. Gindely II, 36 f.

sammentrat, beschloß nun ohne Widerspruch die Absetzung des Landeshauptmanns Ladislaus von Lobkowitz und anderer Beamten, wie die Verbannung der Jesuiten und vier Tage später nach böhmischem Muster die Einsetzung einer provisorischen Regierung von 30 Direktoren, 12 Herren, 12 Rittern und 6 Vertretern der Städte, worauf den Gesandten der Böhmen die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, mit ihnen ein Bündnis zu schließen und die mährischen Truppen mit den böhmischen zu vereinigen.

Von Mähren zog Thurn nach Österreich, wo schon alles für seinen günstigen Empfang vorbereitet war.

Die Stände des Landes ob der Enns, welche ganz unter dem Einflusse Tschernembls und seines Gesinnungsgenossen Gotthard Starhemberg standen, hatten schon bei Lebzeiten des Kaisers Matthias ihre Sympathieen für die Böhmen ziemlich offen an den Tag gelegt. Nach dessen Tode bemächtigte sich der ständische Ausschuß gleich der ganzen Verwaltung mit der Begründung, daß sich der Erzherzog Albrecht, welcher nach dem Ableben seiner Brüder Matthias und Maximilian [1]) der Erbe Österreichs war, nicht im Lande befinde und in diesem Falle nur die Stände zur Führung der Regierung befugt seien. Obwohl Albrecht schon am 2. Februar dem Könige Ferdinand die Vollmacht erteilt hatte, in seinem Namen in Österreich die Regierung zu führen und auch die Huldigung zu empfangen, verweigerten die Stände mit Ausnahme der Prälaten diesem den Gehorsam und ernannten sogar eigenmächtig einen Landeshauptmann. Zugleich erklärten sie sich zum Abschlusse eines Bündnisses mit Böhmen bereit, beschlossen die Fortsetzung ihrer Rüstungen und antworteten dem Könige auf seine Beschwerden, daß sie die Sache der Böhmen als eine gerechte bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würden. Gotthard Starhemberg, der Anführer der ständischen Truppen, ließ die wichtigsten Pässe des Landes, ja sogar das Kloster Hohenfurt in Böhmen besetzen, um den Zuzug von Verstärkungen für

1) Dieser war am 2. November 1618 aus dem Leben geschieden.

König Ferdinand zu hindern. Die weiteren Pläne enthüllte Karl von Jörger, der Wortführer der an den König und den niederösterreichischen Landtag abgesendeten Deputation, indem er diesem erklärte, die Stände von Österreich, Mähren und Ungarn sollten sich verbinden, um Ferdinand zum Frieden zu mahnen und die Vermittelung in die Hand zu nehmen. Tschernembl, der eine Einladung des Königs, zu einer Besprechung nach Wien zu kommen, ablehnte, riet diesem, unverzüglich die ständischen Ausschüsse aus allen seinen Ländern zu berufen und ihnen die Vermittelung zu übertragen, alle Truppen abzudanken und die Religionsfreiheit auch auf Steiermark, Kärnten und Krain auszudehnen.

Ähnlich war die Haltung der protestantischen Ständemitglieder Niederösterreichs, denen freilich eine starke katholische Minorität gegenüberstand, welche den Klagen jener noch zahlreichere und schwerere über den Druck und die Beeinträchtigung, die sie vonseite der Protestanten zu erleiden hatten, entgegenstellten [1]). Auch sie erkannten die Vollmacht des Erzherzogs Albrecht zugunsten des Königs nicht an und verweigerten die Huldigung. Auch sie forderten vom Könige die Einstellung aller Rüstungen und die Abführung der in Niederösterreich stehenden Truppen. Auch sie beschlossen, sich mit den Böhmen zu verbinden und arbeiteten bei den Mährern und Ungarn auf dasselbe Ziel hin. „Es zeigt sich immer mehr“, schreibt der venetianische Botschafter Giustinian [2]), „daß das wahre und hauptsächlichste Ziel aller dieser Provinzen ist, eine Konföderation unter sich zu schließen und eine freie Regierung ähnlich jener der Schweizer und der holländischen Generalstaaten zu errichten, indem sie sich der Herrschaft des Hauses Österreich entziehen, oder dieselbe so beschränken, daß nur noch

1) Hurter VII, 613 ff. „Der löbl. Kathol. Stände Gravamina“ mit 96 Punkten. Darunter werden zwei Fälle erwähnt, wo katholische Geistliche ermordet wurden, ohne daß man die Thäter ausfindig zu machen suchte.

2) Am 25. Mai 1619; bei H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Venetianische Botschaftsberichte über die böhmische Rebellion, S. 18, Anm. 10.

der Name übrig bleibt." Zugleich erklärten sie, daß sie mit den Katholiken nicht mehr gemeinsam verhandeln würden, so lange man ihren religiösen Forderungen nicht im vollen Umfange nachkäme. Nicht einmal mit der Duldung der Protestanten auf den Gütern der katholischen Grundherren wollten sie sich mehr begnügen. Sie verlangten von den katholischen Ständen auch die Aufnahme ihrer Glaubensgenossen in den Bürgerverband der Städte und Märkte ohne Beichtzettel und Reverse wie die Zulassung derselben zu allen städtischen Ämtern, und die Wiederherstellung der Universität in den alten paritätischen Stand wie die Erlaubnis zum öffentlichen Verkaufe protestantischer Bücher [1]), obwohl die Erfüllung dieser Forderungen nicht von jenen, sondern vom Könige abhing.

Als daher Thurn von Znaim her nach Österreich vorrückte, durfte er vonseite der Mehrheit der Stände keinen Widerstand, vielmehr, wenigstens indirekt, Unterstützung erwarten, und dem raschen Vordringen wäre nichts im Wege gestanden. Doch hielt er sich längere Zeit mit der Belagerung des Städtchens Laa und mit Unterhandlungen, auf friedlichem Wege in dessen Besitz zu gelangen, auf. Erst am 31. Mai [2]) begann er den Vormarsch, setzte am 2. und 3. Juni ohne Widerstand bei Fischamend über die Donau und stand so in unmittelbarer Nähe von Wien.

Die Gefahr, von welcher König Ferdinand dadurch bedroht wurde, war in der That groß. Zwar hatte Thurn nur 10—12000 Mann [3]) ohne Belagerungsgeschütz, und an

1) Die Erklärung der vier katholischen Stände vom 16. Mai und die Antwort der drei protestantischen vom 22. bei Londorp I, 616 ff.

2) Thurn selbst schreibt in seinem Berichte aus (Kaiser=)Ebersdorf vom 5. Juni bei Müller III, 174, daß „der andere Tag unsers Marschirens ... auch der andere Juni gewesen", wonach er also erst am 1. Juni den Marsch angetreten hätte. Aber wenn nach den Berichten des sächsischen Gesandten seine Truppen schon am 1. Juni abends zwei Meilen von Wien standen und am 2. über die Donau setzten, muß wenigstens ein Teil schon am 31. Mai abmarschiert sein.

3) 10000 sollen sie nach einem Schreiben des Königs Ferdinand vom 2. Juni an Buquoy („Mittheilungen des Instituts" XV, 665 f.) gezählt

eine Belagerung oder Erstürmung Wiens war nicht zu denken. Aber wenn sich der protestantische Adel mit Thurn verband und die protestantischen Bewohner, die noch immer die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, diesen unterstützten, so war es leicht möglich, daß Thurn in den Besitz der Stadt gelangte und der König als Gefangener in seine Gewalt fiel.

Dessen ungeachtet ließ Ferdinand den Gedanken an die Flucht nicht aufkommen. Er war zwar keine bedeutende Persönlichkeit. Infolge des Rates seines Beichtvaters, den er in Graz gehabt, sich zur Vermeidung von Gewissensskrupeln in allen Dingen an seine Räte zu halten [1]), war er selbständiger Entschlüsse unfähig. Am liebsten fügte er sich der Ansicht der Mehrheit des geheimen Rates, wenn nicht etwa einmal sein Günstling Eggenberg oder sein Beichtvater seine Meinung umstimmten. Infolge dessen war die Macht der verschiedenen Minister unter ihm ebenso groß wie unter seinen schwachen Vorgängern, und es fehlte der Regierung an Klarheit, Kraft und Konsequenz. In der Verwaltung ließ der König die Dinge ihren bisherigen Lauf gehen und die Beamten thun, was sie wollten. Auch für militärische Angelegenheiten hatte er weder Interesse noch Verständnis, so daß sich die Generale der größten Unabhängigkeit erfreuten. Noch schlimmer war es, daß er mit dem Gelde nicht hauszuhalten verstand. Selbst in den Zeiten der größten Not konnte er sich nicht entschließen, seinen Hofhalt einzuschränken [2]) oder die großen Ausgaben für

haben, 2500 Reiter und 10000 Fußgänger giebt der venetianische Gesandte Giustinian in einer Depesche vom 8. Juni an. Zwiedineck-Südenhorst, Venetianische Botschaftsberichte über die böhmische Rebellion, S. 55. Nach Gindely II, 83 hätte Thurn gar nur 8000 Mann gehabt.

1) Nach der Relation des päpstlichen Nuntius Caraffa im „Archiv für österr. Geschq." XXIII, 265.

2) Selbst Hurter, K. Ferdinand II. X, 484 giebt zu, daß sich den Unordnungen in der Finanzverwaltung „eine Hofhaltung beigesellte, welche mehr die Stellung des ersten Monarchen der Christenheit als seine bedrängte Lage berücksichtigt". Aus dem gefährlichen Jahre 1632 verzeichnet das „Gedenkbuch der Hofkammer" (das. N. 40) an Ausgaben für den Hof allein fast 500000 fl.

die Jagd und Musik, neben religiösen Übungen die einzigen Genüsse seines Lebens, zu beschneiden, und wenn sich die Finanzen für einen Augenblick zu bessern schienen, verteilte der ebenso leutselige und gutmütige wie fromme Fürst Güter und Einkünfte mit vollen Händen an seine Günstlinge oder verwendete sie zur Aufbesserung der bestehenden kirchlichen Anstalten oder zur Gründung neuer Klöster. Nur in kirchlichen Fragen kannte der überzeugungstreue Monarch keine Nachgiebigkeit, und dies wie seine feste Überzeugung von der Gerechtigkeit seiner Sache und sein darin wurzelndes Vertrauen auf den Beistand Gottes erfüllten ihn mit dem passiven Mute des standhaften Ausharrens auch unter den schwierigsten Verhältnissen [1]).

Diesen zeigte er auch in der damaligen Lage. Bei der Annäherung Thurns forderten die protestantischen Stände Niederösterreichs von den katholischen die Zustimmung zum Abschlusse eines Bündnisses mit den Böhmen. Als diese eine ausweichende Antwort gaben, erklärten ihnen die Protestanten am 5. Juni, daß sie sich mit ihnen in keine weitere Beratung mehr einlassen, eigene Verordnete wählen und eine eigene Kasse einrichten würden. Von da begab sich die ganze Versammlung, über fünfzig Personen, um 10 Uhr Vormittags in die Burg zum Könige [2]), welchem sie durch ihren Wortführer Paul

1) Eingehende Charakteristiken Ferdinands II., wofür des Pater Lamormaini's, Beichtvaters desselben, „Ferdinandi II. Virtutes" (Wien 1637) und die Relationen des päpstlichen Nuntius Caraffa und der venetianischen Botschafter (herausgeg. von Fiedler in „Fontes Rer. Austr. Dipl." XXVI) die Grundlagen bilden, bei Gindely II, 6—25 und Stieve in „Allg. Deutsche Biographie" VI, 660 ff. Panegyrisch ist die Schilderung Hurters XI, 572—640. Vgl. auch Ranke, Geschichte Wallensteins (WW. V), S. 106 ff. und Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg II, 150 ff., der auch Berichte des bairischen Gesandten Leucker verwertet hat.

2) Der Tag dieser „Sturmpetition", die man früher auf den 11. Juni verlegt hat, ist von Gindely II, 78 N. festgestellt worden. Aus Anlaß einer Polemik mit O. Klopp, welcher in seiner „Geschichte des dreißigjähr. Krieges" I, 347 N. wieder für den 11. Juni eingetreten ist, habe ich zur Aufklärung der Vorgänge in und vor Wien in „Mitth. des Instituts" XV, 396 ff. 664 ff. Auszüge aus den Akten der niederösterreichischen Stände,

Jakob von Starhemberg von diesem Beschlusse Mitteilung machten, indem sie sich zugleich verwahrten, daß sie an allem Unheil, welches aus dem Anzuge Thurns entspringen könnte, und an aller dem Könige drohenden Gefahr keine Schuld haben wollten. Die Erzählung, daß Thonradel, einer ihrer Führer, den König sogar an den Knöpfen seines Wamses gefaßt und zur schriftlichen Bewilligung ihrer Forderungen gedrängt habe, ist allerdings eine spätere unbegründete Sage. Doch mag das Auftreten der Deputierten immerhin ziemlich entschieden gewesen sein.

Da ritten auf einmal vier oder fünf Compagnieen Kürassiere, welche zum Schutze Wiens auf Schiffen von Krems herabgekommen waren, unter dem Hauptmann Saint-Hilaire „in völligem Spornstreich und mit aufgezogenen Röhren" auf den Burgplatz. Jetzt war nicht mehr der König bedroht, sondern die Deputierten fürchteten für ihr Leben und waren froh, als sie sich nach zweistündiger Audienz entfernen konnten.

Thurn hatte den günstigsten Zeitpunkt versäumt. Wäre er nach der Überschreitung der Donau rasch bis Wien vorgerückt, welches nur wenige Stunden entfernt war, so hätte er diese Stadt noch fast ohne Verteidiger [1]) getroffen. Aber die ersten böhmischen Truppen langten erst am Abend des 5. Juni vor Wien an, wo sie die östlichen Vorstädte besetzten, die übrigen trafen erst in den nächsten Tagen ein.

Diese Frist hatte König Ferdinand auf das Beste benutzt.

aus Depeschen K. Ferdinands II. an Dampierre und Buquoy und aus den schon von Gindely benutzten Berichten des sächsischen Gesandten gegeben, wozu noch S. 670 ff. ein von Hirn mitgeteiltes „Memorial" des damals in Wien weilenden tirolischen Kammerrates Schiller von Herdern und die Berichte eines Abgeordneten der ober-österreichischen protestantischen Stände aus Wien vom 3. bis 14. Juni bei Klein, Gesch. des Christenthums in Österreich und Steiermark V, 279 ff., auf welche ich erst später aufmerksam geworden bin, kommen. Vgl. auch die erwähnte Depesche des venetianischen Botschafters und die Berichte des spanischen Gesandten bei Gindely a. a. O.

1) Der Bericht des sächsischen Gesandten vom 2. Juni erwähnt drei Fähnlein, von welchen eins in die Burg gelegt wurde.

Schon am 2. Juni hatte er dem Obersten Dampierre, welcher für Buquoy Verstärkungen nach Böhmen führen sollte und bis Krems gelangt war, dringenden Befehl gegeben, nur mit den Ungarn ins Lager Buquoys zu ziehen, alle anderen Truppen aber möglichst schnell zu Wasser oder zu Lande nach Wien zu schicken. So war St. Hilaire mit seinen Kürassieren schon vor Thurn nach Wien gekommen, weitere Verstärkungen folgten in den nächsten Tagen nach. Am 8. Juni, wo Thurn sein ganzes Heer vereinigt hatte, waren in Wien bereits 8 Fähnlein Fußknechte und 8 Compagnieen Reiter [1]), die Geschütze auf die Basteien gebracht, die überflüssigen Brücken abgeworfen, so daß sich der König, wie er an Buquoy schrieb, ganz sicher fühlte. Dann wurden noch aus den katholischen Bürgern Freiwilligencorps gebildet, 400 Studenten bewaffnet und vom Lande noch weitere 500 Mann zu Fuß hereingezogen, so daß die Zahl der Verteidiger auf 5000 Mann stieg.

Thurn, der vergebens gehofft hatte, daß ihm die Protestanten ein Thor öffnen würden, konnte jetzt nicht mehr daran denken, Wien mit Gewalt in seine Hände zu bringen oder etwa durch Abschneidung der Zufuhr zur Übergabe zu zwingen. Da nun zugleich aus Böhmen so ungünstige Nachrichten einliefen, daß seine Gegenwart dort unbedingt notwendig schien, so zog er nach einigen unbedeutenden Scharmützeln am Morgen des 13. Juni von Wien ab und kehrte nach Böhmen zurück.

Die dortigen Direktoren hatten dem Grafen Mansfeld den Auftrag erteilt, mit seinem Corps, das ungefähr 3000 Mann zählte, von Pilsen südostwärts zu marschieren und den Kaiserlichen den von Passau durch den Böhmer Wald nach Prachatitz führenden „goldenen Steig" zu entreißen, auf welchem Buquoy die mit spanischem Gelde im Elsaß und in den Niederlanden geworbenen Truppen unter Marradas wie Geld und Munition erwartete. Als er aber nach Zablat südwestlich von Prachatitz

1) Ein Fähnlein Fußvolk zählte dem Sollstande nach 300, eine Compagnie Reiter 100 Mann, doch waren sie nie vollzählig. Der venetianische Gesandte giebt am 8. Juni die Zahl der Truppen auf 2000 Fußgänger und 700 Reiter an.

gekommen war, wurde er am 10. Juni von Buquoy mit 5000 Mann angegriffen und sein Corps vollständig aufgerieben [1]). Mit Mühe rettete Mansfeld selbst sein Leben. Infolge dessen sah sich Hohenlohe genötigt, die Beobachtung von Budweis aufzugeben und sich von Rudolfstadt nach Sobieslau zurückzuziehen. Auch als Thurn sich wieder mit ihm vereinigt hatte, wagten die Böhmen, die einer einheitlichen Leitung entbehrten und deren Soldaten wegen langer Soldrückstände wiederholt auseinanderzulaufen drohten, trotz ihrer Überzahl nichts gegen Buquoy zu unternehmen, da auch dieser jetzt durch Marradas verstärkt worden war. Buquoy eroberte daher im südlichen Böhmen eine Reihe von festen Ortschaften, welche teils niedergebrannt, teils wenigstens ausgeplündert wurden, wobei sich besonders die Ungarn durch Raub- und Mordlust hervorthaten.

Nachdem durch die Erfolge Buquoys und den Rückzug Thurns jede Gefahr von Wien abgewendet war, konnte sich König Ferdinand selbst nach Frankfurt zur Kaiserwahl begeben, welche der Kurfürst von Mainz auf den 20. Juli 1619 ausgeschrieben hatte.

Der Kurfürst von der Pfalz und seine Freunde, die wohl einsahen, daß der Ausfall der Kaiserwahl [2]) auch für die böhmische Frage von großer, vielleicht entscheidender Bedeutung sein würde, setzten alles in Bewegung, um die Erhebung Ferdinands zu hintertreiben oder wenigstens die Vertagung der Wahl bis zur Beilegung der böhmischen Wirren durchzusetzen. Aber der Erzbischof von Mainz, Johann Schweikhart von

1) Vgl. mit Gindely II, 90 ff. Hallwich, Gestalten aus Wallensteins Lager II. (Aldringen), S. 20 ff., aus dessen Darstellung der Zug Mansfelds nach Zablat erst begreiflich wird, der unerklärlich wäre, wenn dieser die Absicht gehabt hätte, sich mit dem bei Rudolfstadt stehenden Hohenlohe zu vereinigen.

2) S. hierüber, besonders über die Haltung Sachsens, auch Tadra, Zur Kaiserwahl von 1619. Aktenstücke des k. sächsischen Hauptstaatsarchivs zu Dresden (mit Einleitung). Sitzungsber. d. kais. Akad. LXXXVIII, 505—634.

Kronberg, ließ sich nicht bewegen, den festgesetzten Tag abzuändern. Eine gewaltsame Verhinderung der Wahl, welche auf einer Versammlung der Union in Vorschlag gebracht wurde, wagte diese doch nicht. Der Kurfürst allein, dem gegenüber sich der Landgraf Moriz von Hessen-Kassel sehr warm dafür aussprach, hatte noch weniger den Mut dazu. Ebenso unglücklich war der Pfalzgraf mit der Aufstellung eines geeigneten Gegenkandidaten. Der Herzog Max von Baiern lehnte den Antrag ab, weil er wohl einsah, daß ein Zerwürfnis der Häuser Österreich und Baiern unter den damaligen Verhältnissen der größte Schlag für die katholische Sache sein würde. Die drei geistlichen Kurfürsten, welche sich persönlich in Frankfurt eingefunden hatten, waren entschieden für Ferdinand. Auch der Kurfürst von Sachsen, seit jeher Österreich zugethan, erklärte sich für ihn, obwohl er anfangs, dem Wunsche des Pfälzers nachgebend, seine Gesandten dahin instruiert hatte, daß vor allem die Beilegung der böhmischen Unruhen vorgenommen werden sollte. Der Kurfürst von Brandenburg stand zwar mit seinen Sympathieen aufseite des pfälzischen Kurfürsten, wollte sich aber nicht gegen die Majorität aussprechen, um sich nicht die Ungunst des künftigen Kaisers zuzuziehen. Nachdem alle ihre Stimmen dem Könige Ferdinand gegeben hatten, erklärte auch der Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz, daß sich sein Herr von der Majorität nicht absondern wolle. So wurde Ferdinand II. am 28. August 1619 einstimmig zum Kaiser gewählt. Der moralische Erfolg desselben wurde noch dadurch erhöht, daß er trotz der Gegenbemühungen einer böhmischen Deputation, welche das Wahlrecht für sich in Anspruch nahm, als Kurfürst zur Wahl zugelassen, also ausdrücklich als legitimer König von Böhmen anerkannt worden war.

Kaum war die Wahl vollzogen, als nach Frankfurt die Nachricht kam, daß Ferdinand von den Böhmen förmlich abgesetzt und an dessen Stelle der Kurfürst von der Pfalz zum Könige gewählt worden sei.

In der That war die Lage Böhmens eine solche gewesen [1],

[1] S. hierüber Gindely I, 422 ff, 470 ff.; II, 101 ff. 111 ff.

daß ein längeres Hinziehen des provisorischen Zustandes geradezu unmöglich schien.

Infolge der Unfähigkeit der Direktoren, die vorzüglich auf dem Gebiete der Verwaltung zutage trat, und der geringen Opferwilligkeit der Stände, besonders eines großen Teiles des Adels, hatte die Finanznot den höchsten Grad erreicht. Die Steuern wurden nur unvollständig entrichtet. Ein Anlehen in genügender Höhe erhielt man nicht. Die katholischen Kirchengüter, die man gegen entsprechende Summen zu Pfand oder Nutzgenuß geben wollte, fanden ebenso wenig genug Abnehmer als die konfiszierten Besitzungen der Gegner des Aufstandes Käufer. Wenn auch die Regierung den Leuten, welche größere Summen an barem Gelde besaßen, dieses gegen Schuldscheine wegnahm, konnten die notwendigen Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Denn von dem, was einging, scheint manches für andere Zwecke verwendet worden zu sein, da auch in der Geldgebarung eine unglaubliche Verwirrung und Liederlichkeit herrschte. Eine Behörde, welche für die Herbeischaffung der notwendigen Ausrüstungsgegenstände und die Verpflegung zu sorgen gehabt hätte, fehlte ganz. Infolge dessen blieben die Truppen ohne Geld, ohne Kleider, ohne Lebensmittel. Die Soldrückstände stiegen von Monat zu Monat und erreichten im August 1619 eine Höhe von 1800000 Gulden. Die unbezahlten und darbenden Söldner plünderten das Land aus oder versetzten ihre Waffen. Um wieder einmal die Bezahlung ihrer Forderungen zu erzwingen, verweigerten sie ihren Führern den Gehorsam oder drohten gar auseinander zu laufen. Die höheren Offiziere waren häufig nicht im Lager, sondern in Prag, um wenigstens die Flüssigmachung einer geringen Geldsumme oder die Lieferung von Kleidern zu betreiben. Zugleich fehlte es im Felde an einer einheitlichen Leitung, da Hohenlohe und Thurn wie der Herzog von Jägerndorf als Anführer des schlesischen Corps gleichberechtigt nebeneinander standen. Militärische Begabung, Initiative und Thatkraft fehlte allen [1]). Obwohl Buquoy da-

1) Eine kurze Charakteristik dieser Generale giebt Lebzelter bei Müller, Forschungen III, 243f.

durch geschwächt wurde, daß sich Ende Juli Dampierre mit 8000 Mann von ihm trennte, um das südliche Mähren anzugreifen, und daß 2000 Ungarn, deren Räubereien er durch Hinrichtung dreier Offiziere Einhalt zu thun suchte, das Lager verließen und nachhause ritten, so drängte er doch die Böhmen immer weiter zurück. Seine Reiter streiften bis Beraun; selbst für Prag war man besorgt.

Bei diesem mißlichen Stande der Dinge wollten die Direktoren nicht länger die Verantwortung für die Geschicke Böhmens tragen und drangen auf die Vornahme der Königswahl. Doch sollte auf dem Generallandtage, welcher nicht bloß von Vertretern der böhmischen Kronländer, sondern auch von Abgeordneten der protestantischen Stände Ober- und Niederösterreichs beschickt und am 8. Juli eröffnet wurde, vor allem die Verfassung Böhmens neu geordnet und das Verhältnis zu den Nebenländern festgestellt, zugleich aber auch ein Bündnis zwischen allen gesinnungsverwandten Ländern abgeschlossen werden.

In der neuen Verfassung [1]), die man als „Konföderations-Akte" bezeichnete, wurde Böhmen förmlich für ein Wahlreich erklärt und bestimmt, daß bei Lebzeiten des Königs kein Nachfolger sollte designiert werden dürfen, wenn nicht die unierten Länder selbst es verlangten. Bei der Besetzung des Thrones wurde zum erstenmal auch den Nebenländern Mähren, Schlesien, der Ober- und der Nieder-Lausitz je eine Stimme eingeräumt, während Böhmen zwei Stimmen haben sollte. Die Rechte des Königs wurden so beschränkt, daß er ein bloßes Werkzeug in den Händen der Stände geworden wäre. Ohne Zustimmung der Kronländer sollte er keinen Krieg anfangen, keine Werbungen veranstalten, keine fremden Truppen einführen, keine Besatzung in eine Stadt legen, keine Festung bauen, keine Schulden machen dürfen. Auch bei der Besetzung der obersten Ämter sollte er in Böhmen und Mähren an den Vorschlag der Stände

1) Sie ist gedruckt bei Londorp, Acta publica I, 635 ff. und Khevenhüller IX, 453 ff.

gebunden sein, die für jede Stelle vier Kandidaten bezeichneten. In Schlesien und der Lausitz sollten die bisherigen Privilegien beobachtet werden. Zum Schutze der ständischen Freiheiten sollte in jedem Lande eine Anzahl von Defensoren gewählt werden. Wenn der König die Religionsgesetze oder die Verfassung verletzte, sollten alle Länder ohne weiteres ihrer Pflichten gegen ihn ledig sein.

Indem man den autonomistischen Bestrebungen der Nebenländer nachgab, wurde das schwache Band, welches dieselben mit Böhmen verknüpfte, noch mehr gelockert und namentlich die Befugnisse der böhmischen Kanzlei beschränkt, indem ihr die exekutive Gewalt, welche sie bisher besessen hatte, entzogen ward. Es wurde zwar bestimmt, daß alle Fragen, welche die Interessen sämtlicher Länder berührten, gemeinsam beraten und entschieden werden sollten. Aber es wurde nirgends gesagt, welches die gemeinsamen Angelegenheiten seien, und nur die Königswahl ausdrücklich als solche bezeichnet.

Die Stände suchten ihren Glaubensgenossen die Herrschaft in den böhmischen Ländern durch die Bestimmung zu sichern, daß alle wichtigeren Landesämter (in Böhmen allein elf) nur von Anhängern der evangelischen Konfession sollten bekleidet werden dürfen. Auch in den Städten mit vorherrschend protestantischer Bevölkerung, namentlich in Prag, sollten die Katholiken von allen Ratsstellen und Ämtern ausgeschlossen sein, während im umgekehrten Falle die Hälfte der Ratsherren und der Bürgermeister oder Primas Protestanten sein sollten. Auch das Recht, Kirchen zu bauen, wurde von dem auf den 23. Juli einberufenen böhmischen Landtage wohl den protestantischen Unterthanen katholischer, aber nicht den katholischen protestantischer Grundherren zuerkannt. Man sieht, wie weit die protestantischen Stände von der Toleranz entfernt waren, welche sie für sich in Anspruch nahmen. Zugleich wurden die bisherigen Konfiskationen katholischer Kirchengüter genehmigt, der Majestätsbrief auch auf Mähren und die Lausitz ausgedehnt und die Jesuiten für immer aus den böhmischen Ländern verbannt.

Nachdem diese Verfassung am 31. Juli von den Depu-

tierten aller Länder angenommen und beschworen worden war, begannen die Verhandlungen über die Neubesetzung des Thrones. Es fehlte unter den Deputierten, ja selbst unter den Direktoren nicht an Männern, welche einen Ausgleich wünschten und daher den äußersten Schritt gerne vermieden hätten. Aber da nicht bloß alle Katholiken, sondern auch der größte Teil der protestantischen Adeligen diesem Landtage fern geblieben [1]) waren, so vermochten ihre schüchternen Bestrebungen dem entschiedenen Auftreten der extremen Elemente gegenüber nicht aufzukommen.

Auch konnte es die Böhmen nur ermutigen, daß sich die Österreicher jetzt offen ihnen anschlossen. Die protestantischen Adeligen des Landes unter der Enns hatten beschlossen, nicht mehr unter den Augen des Hofes in Wien, sondern in Horn zu tagen, wo sie ungestörter mit den Böhmen und anderen Gegnern Ferdinands II. verhandeln konnten [2]). Nachdem sie am 1. Juli daselbst zusammengekommen waren, wählten sie nach böhmischem Muster ein Direktorium, welches außer dem Vorsitzenden Sigmund Adam Freiherrn von Traun aus acht Mitgliedern des Herren- und acht des Ritterstandes zusammengesetzt und mit der Durchführung der Rüstungen beauftragt wurde. Noch von Wien aus hatten sie wie die Oberösterreicher Gesandte nach Prag geschickt, wo sie sich zur Zeit des Generallandtages aufhielten und namentlich Tschernembl, der sich unter den Vertretern des Landes ob der Enns befand, zum definitiven Bruche mit dem Könige drängte.

Am 16. August wurde zwischen den Ländern der böhmischen

1) Nach einem Berichte des sächsischen Gesandten Lebzelter vom 23. April 1619 (bei Müller III, 151) wies ein damals vorgelegtes Verzeichnis 46 katholische Mitglieder des Herren- und 116 des Ritterstandes auf, während der Evangelischen wohl zehnmal mehr gewesen seien. Nach Gindely I, 151 gab es damals mehr als 1300 Adelsfamilien. Bei der folgenden Königswahl stimmten aber 34—36 Herren und 110 Ritter für den Kurfürsten von der Pfalz, 4 Herren und 3 Ritter für den Kurfürsten von Sachsen, waren also nicht viel mehr als 150 Adelige anwesend, obwohl es sich um eine Lebensfrage für Böhmen handelte.

2) Dieses Motiv ergiebt sich aus dem „Diarium des H. L. Kuffsteiner“ bei A. Wolf, Geschichtliche Bilder aus Österreich I, 259.

Krone und Österreich unter und ob der Enns eine Konföderation abgeschlossen gegen alle Feinde, welche die Privilegien und Rechte der Stände und die Religion derselben wie ihrer Unterthanen angreifen würden, und zur Beseitigung aller bisherigen Beschwerden [1]).

Jetzt gingen die Verhandlungen über die Thronfrage rascher vorwärts. Am 19. August nahmen die böhmischen Stände einstimmig die Erklärung an, daß sie aller Pflichten gegen Ferdinand II. ledig und los seien, weil er, als Zögling der Jesuiten ein Haupt- und Erzfeind der evangelischen Religion, die böhmische Krone nur auf unrechtmäßige Weise und durch Drohungen und Bestechungen an sich gebracht, die Verpflichtungen, die er dabei eingegangen, nicht erfüllt, namentlich bei Lebzeiten des Kaisers sich in die Regierung gemischt, Böhmen bekriegt, diesem alles mögliche Böse zugefügt und ohne Wissen der Stände mit Spanien einen Vertrag über die Nachfolge geschlossen habe [2]). In den nächsten Tagen traten diesem Beschlusse auch die Vertreter der böhmischen Nebenländer bei, jene Schlesiens freilich, ohne eine Vollmacht dazu zu haben, jene der Oberlausitz sogar gegen den Willen der dortigen Stände, deren Weisungen aber zu spät kamen [3]).

Für die Neuwahl wurden drei verschiedene Kandidaten genannt.

Mansfeld agitierte für den Herzog Karl Emanuel von Savoyen, welcher den Böhmen die erste Unterstützung gewährt hatte. Aber die ungünstigen Aussichten, die Verweigerung jeder Unterstützung vonseiten Venedigs [4]), die Haltung Frankreichs, das sich aus religiösen und legitimistischen Gründen zugunsten Ferdinands II. aussprach, hatten in der letzten Zeit den früheren Eifer des Herzogs bedeutend abgekühlt. Anhalt

1) Die Urkunde bei Londorp, Acta publica I, 643.

2) Vollständig bei Londorp I, 712ff.

3) Grünhagen II, 175ff. Knothe, Anteil der Oberlausitz. „N. Lausitz. Magazin" LVI, 24ff.

4) Vgl. hierüber auch H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik der Republik Venedig während des dreißigjährigen Krieges I, 64ff.

brachte zwar nach vierwöchentlichen Unterhandlungen in Rivoli bei Turin am 28. Mai 1619 einen Vertrag zustande, wonach sich der Herzog verpflichtete, 4600 Mann unter Mansfeld zu unterhalten, spanischen Truppen den Durchzug durch seine Länder aus Italien nach Deutschland zu verwehren und in die Hände des Kurfürsten von der Pfalz, des Markgrafen von Ansbach und Anhalts durch drei Jahre je 1 200 000 Dukaten zu zahlen, wogegen diese zur Unterstützung der Böhmen ein Heer von 10000 Mann unterhalten und der Pfalzgraf seinen Einfluß für die Wahl des Herzogs zum böhmischen König geltend machen sollte [1]). Aber Anhalt war gar nicht geneigt, für die Erfüllung dieses Versprechens zu wirken. Anderseits hatte der vorsichtige Herzog die Bedingung gestellt, daß die ersten 300 000 Dukaten erst drei Monate nach der Ratifikation des Vertrages, für welche ein Zeitraum von zwei Monaten festgesetzt ward, gezahlt werden sollten, so daß er Zeit gewann, früher durch einen Agenten über den Stand der Dinge in Böhmen und seine Aussichten Erkundigungen einzuziehen. Er hatte daher für Böhmen noch fast gar nichts gethan, als die Besetzung des Thrones erfolgte, und es wurde infolge dessen seine Kandidatur von niemandem unterstützt.

Dagegen hatte der Kurfürst Johann Georg von Sachsen viele Anhänger. Nicht bloß die Nachbarschaft, sondern auch die Verwandtschaft seiner Konfession mit dem Glauben der meisten Böhmen sprachen für ihn. Namentlich die Vertreter der Oberlausitz waren für die Wahl des Kurfürsten. Aber er war zu sehr von Rechtsgefühl durchdrungen, als daß er die Krone aus den Händen von Rebellen angenommen hätte. Alle Anträge und Verlockungen der Böhmen hatten ihn kalt gelassen. Nicht die geringste Unterstützung oder Ermunterung hatten sie von ihm erhalten können. Immer hatte er die Herbeiführung eines Ausgleichs angestrebt. Verminderte dies die Zahl seiner Anhänger in Böhmen, so sprachen sich die

1) Dieser Vertrag, nicht, wie Gindely II, 206 sagt, ein gleichzeitig geschlossener Eventualvertrag, bei Erdmannsdörffer a. a. O., S. 152 ff.

Schlesier und Niederlausitzer entschieden gegen ihn aus, weil er ein Trunkenbold sei, der alle Tage seinen Rausch habe. Zugleich waren die böhmischen Brüder, welche trotz ihrer geringeren Zahl den übrigen Protestanten an Talent und Rührigkeit weit überlegen waren, gegen die Wahl eines Lutheraners überhaupt. Ruppa, der die auswärtigen Verhältnisse fast ausschließlich leitete, hatte sich längst mit Anhalt und Achaz von Dohna, dem Gesandten des Kurfürsten von der Pfalz, über die Wahl des letzteren geeinigt und thätig für ihn geworben. Friedrich von der Pfalz wurde denn auch am 26. August von den böhmischen Ständen fast einstimmig zum Könige gewählt. Von 38 bis 40 anwesenden Mitgliedern des Herrenstandes hatten sich nur Colonna von Fels, Karl Mracky, Graf Albin Schlick und Ulrich Kinsky, von 113 Mitgliedern des Ritterstandes drei für den Kurfürsten von Sachsen ausgesprochen [1]). Auch diesem Votum traten am folgenden Tage die Deputierten der Nebenländer bei, obwohl sich die Oberlausitzer lieber für den Kurfürsten von Sachsen erklärt hätten.

Friedrich von der Pfalz hätte gern die Wahl noch etwas verzögert, bis er sich die notwendigen Allianzen gesichert gehabt hätte. Jetzt galt es sich zu entscheiden.

Die Häupter der Union, namentlich aber Christian von Anhalt, sprachen sich dafür aus, daß er dem Rufe der Böhmen folge, ebenso ein Teil seiner Räte, während andere nicht verhehlten, daß Friedrich selbst bei der Kaiserwahl Ferdinand als König von Böhmen anerkannt habe und daß die Annahme der Wahl einen allgemeinen Religionskrieg zur Folge haben würde. Dagegen rieten ihm der Herzog von Baiern und die Kurfürsten entschieden ab. Letztere verkündeten in einem gemeinsamen Schreiben mit prophetischen Worten, daraus würde „ein solcher allgemeiner Krieg und Aufstand im Reiche sich erheben, daß von dem erschrecklichen Blutvergießen, dem Land-

1) Gindely II, 226 f. Nach dem Berichte Lebzelters vom 26. Aug. bei Müller III, 220 f. hätte übrigens Ulrich Kinsky für den Pfalzgrafen gestimmt. Andreas Schlick war damals in Dresden.

und Leute-Verderben und dessen Verursachern die Historien zu reden haben werden, so lange die Welt steht" [1]). Auch sein Schwiegervater Jakob I. von England, den er um seine Zustimmung und Unterstützung bat, machte aus seiner Mißbilligung des Vorgehens der Böhmen kein Hehl. Doch wartete Friedrich eine Antwort aus England nicht ab. Ohne Rücksicht auf die ihm zugekommenen Warnungen und die dem Kaiser schuldige Treue entschloß er sich Ende September zur Annahme der böhmischen Krone.

Am 25. Oktober überschritt er mit seiner Gemahlin bei Eger die Grenze seines neuen Reiches. Am 4. November wurde er in Prag von zwei der obersten Landesbeamten, dem Administrator des protestantischen Konsistoriums und dem Senior der Brüderunität, gekrönt [2]). Auch die Häupter der Bewegung erhielten bei der Neubesetzung der Landesämter ihren Lohn. Ruppa wurde zum obersten Kanzler, Bohuchval Berka zum Oberstburggrafen, Wilhelm von Lobkowitz zum obersten Hofmeister, Graf Andreas Schlick zum obersten Landrichter, Budowec zum Präsidenten des Appellationsgerichtes, Thurn wieder zum Burggrafen von Karlstein ernannt. Christian von Anhalt erhielt einem früheren Beschlusse der böhmischen Stände entsprechend die Stelle eines Obergenerals.

1) Londorp I, 718ff.

2) Zwei Schilderungen bei Chr. d'Elvert, Beiträge zur Gesch. der Rebellion, Reformation und der Neugestaltung Mährens (Schriften der hist.-statist. Sektion der mährisch-schles. Gesellschaft, XVI. B.), S. 62ff.

# Drittes Kapitel.

## Die Erhebung Bethlens gegen den Kaiser.

Mit der Absetzung Ferdinands II. und der Wahl eines Gegenkönigs war der Bruch zwischen den aufständischen Böhmen und ihrem Könige unheilbar geworden, für eine Vermittelung, wie sie die Kurfürsten noch bei der Kaiserwahl in Aussicht genommen hatten, war kein Raum mehr. Nur die Waffen konnten die Frage lösen.

Auf den ersten Blick schien die Sache für Friedrich von der Pfalz viel günstiger zu stehen als für Ferdinand.

Die böhmischen Kronländer hatten sich alle dem Aufstande angeschlossen, die katholischen Ständemitglieder in denselben waren flüchtig oder wenigstens eingeschüchtert, teilweise auch ihrer Güter beraubt. Die protestantischen Adeligen Ober- und Niederösterreichs hatten offen mit den Böhmen ein Bündnis geschlossen und Rüstungen begonnen, so daß Ferdinand nach der Kaiserwahl nur auf dem Umwege über Graz nach Wien zurückkehren konnte. Auch in den innerösterreichischen Ländern war der politisch vor allem maßgebende Adel noch großenteils protestantisch. Es fehlte auch dort nicht an Männern, welche geneigt waren, sich mit den Böhmen zu verbinden oder wenigstens die Bedrängung Ferdinands II. zu benutzen, um die Bewilligung freier Religionsübung durchzusetzen. Wenn auch der angesehene Landeshauptmann von Steiermark, Sigmund Friedrich von Herberstein, ein loyaler Protestant, seine Glaubensgenossen von allen feindseligen Schritten gegen den Landesfürsten zurückhielt [1]), so waren die Stände doch nicht geneigt,

1) Bericht des venetianischen Botschafters Giustiniani vom 24. Nov. 1619 bei Zwiedineck-Südenhorst, Venetianische Botschaftsberichte S. 31 ff. Vgl. S. 28 und 36 N. 35 wie desselben Verfassers „Fürst Christian der Andere von Anhalt und seine Beziehungen zu Inneröster-

dem Kaiser gegen die Aufständischen eine Unterstützung zu bewilligen.

Selbst Tirol, dessen Verwaltung nach dem Tode Maximilians des Deutschmeisters (2. November 1618) der Kaiser Matthias Ferdinands II. jüngerem Bruder, dem Erzherzoge Leopold, übertragen hatte, zeigte sich sehr schwierig. Zwar war das Land infolge der Bemühungen der Erzherzöge Ferdinand und Maximilian ganz katholisch geworden, und Sympathieen kamen den ketzerischen Böhmen hier keine entgegen. Aber infolge der Verschwendung des Erzherzogs Ferdinand war Tirol mit Schulden überhäuft. Auch waren die dortigen Stände nicht weniger partikularistisch gesinnt als die der übrigen österreichischen Länder und nicht geneigt, für die Verfechtung einer Sache, die sie nicht unmittelbar berührte, große Opfer zu bringen. Noch im März 1619 wies der Landtag die Forderung einer Geldsumme für den böhmischen Krieg rundweg ab. Im August ließ sich endlich der ständische Ausschuß herbei, dem Kaiser 30000 Gulden zu überlassen. Erst im Frühjahr 1620 setzte es Erzherzog Leopold durch, daß der Landtag dem Kaiser eine außerordentliche Hilfe von 150000 Gulden bewilligte [1]).

Standen die böhmischen und deutschen Länder des Hauses Habsburg dem Kaiser Ferdinand II. teils feindselig, teils gleichgültig gegenüber, so begann es auch in Ungarn zu gähren.

Die Spannung zwischen den Protestanten und Katholiken war in der letzten Zeit nur noch vergrößert worden. Diese hatten es seit dem Beginne des 17. Jahrhunderts unternommen, das Terrain, das sie an die Protestanten verloren hatten, nach und nach wieder zurückzuerobern, und hatten jetzt in der Person des Primas Peter Pázmány ein ebenso fähiges wie kampflustiges Haupt erhalten [2]).

reich" S. 52ff. und das Schreiben des Erzh. Leopold an K. Ferdinand vom 8. August 1619 bei Hurter VIII, 143.

1) Egger, Geschichte Tirols II, 316ff.

2) S. über ihn das eingehende, vielfach auf ungedrucktem Material beruhende Werk von **Frankl**, Pázmány Péter és kora (3 Bände,

Pázmány, der Sprößling eines altungarischen Adelsgeschlechtes, wurde im Jahre 1570 als Sohn protestantischer Eltern geboren, aber schon im 13. Lebensjahre durch einen Jesuiten und vielleicht auch seine katholische Stiefmutter für den Katholicismus gewonnen. 1587 trat er selbst in den Jesuitenorden und war dann von 1598 bis 1601 und 1603 bis 1607 Professor an der Universität Graz. Dann wurde er vom Graner Erzbischofe Forgách, einem Hauptgegner der Gleichberechtigung der Protestanten, nach Ungarn berufen und zu seinem Ratgeber gemacht. Da man aber unter den damaligen Verhältnissen die von den Protestanten im Staate gewonnene Stellung nicht erschüttern konnte, sah Pázmány für seine Hauptaufgabe die Bekämpfung ihres Glaubens auf litterarischem Gebiete an, auf welchem die katholischen Theologen bisher eine viel geringere Thätigkeit entwickelt hatten als ihre Gegner [1]). Das theologische Rüstzeug der katholischen Dogmatiker, besonders seiner Ordensgenossen wußte er meisterhaft zu handhaben. Scharfsinnig, gewandt und schlagend in der Dialektik, wußte er jede Schwäche in den Schriften und Systemen der protestantischen Theologen bloßzulegen, das katholische Lehrgebäude in das schönste Licht zu rücken. Dabei erkannte er wohl, wie notwendig es sei, mit dem Volke in seiner Muttersprache zu reden. Er schrieb daher den größten Teil seiner Streitschriften, unter denen der 1613 herausgegebene „Wegweiser zur göttlichen Wahrheit" [2]) nach Inhalt und Form die bedeutendste ist, in magyarischer Sprache, in

Pest 1868 ff.), und kürzer, aber mit manchen Berichtigungen desselben Verfassers (Fraknói,) Pázmány Péter (1886), dann außer der älteren Sammlung seiner Briefe von Miller, Epistolae Cardinalis P. Pázmány 2 T. (Buda 1822) den Codex epist. Petri Pazmany 1. B. (1605—1625) in Mon. Hung. hist. Dipl. XIX.

1) Fraknói S. 29 rechnet von 1530 bis 1600 auf 244 protestantische Werke religiösen Inhalts nur 31 katholische.

2) „Isteni Igazsága vezérlö Kalauz". Die erste in Preßburg erschienene Ausgabe hat 816 Folioseiten. Frankl I, 131 N. 4. Fraknói S. 56.

der er sich ebenso klar wie elegant auszudrücken verstand. Daß er selbst dem ungarischen Adel angehörte, erleichterte ihm die Einwirkung auf die höheren Kreise. Angehörige der vornehmsten Adelsfamilien, darunter Graf Christoph Thurzó und Sigmund Forgách, der spätere Palatin, wurden von Pázmány zum Glauben ihrer Väter wieder zurückgeführt.

Aber wenn die Streitschriften des gelehrten Jesuiten den Katholicismus befestigten, so hatte diese Polemik und der grobe und gehässige Ton, in welcher dieselbe nach der Sitte jener Zeit von beiden Teilen geführt wurde, die Folge, daß die Kluft zwischen den Katholiken und Protestanten immer mehr erweitert, der Glaubenshaß immer mehr gesteigert wurde [1]). Daß gerade Pázmány, nachdem er aus dem Jesuitenorden ausgetreten war, am 28. September 1616 vom Kaiser zum Erzbischofe von Gran ernannt wurde, konnte die Protestanten nicht milder stimmen.

Schon auf dem Reichstage, der im Frühjahre 1618 aus Anlaß der Wahl Ferdinands II. zum Könige gehalten wurde, fanden zwischen den beiden Religionsparteien die erbittertsten Streitigkeiten statt. Den Grafen Frangepane, Ban von Kroatien, der mit besonderem Eifer den Standpunkt der Katholiken vertrat, drohten die Gegner sogar zum Fenster hinauszuwerfen [2]).

Auf dem Reichstage, den Ferdinand nach seiner Thronbesteigung auf den 26. Mai 1619 berief, erneuerten die Protestanten ihre Klagen und Forderungen in noch entschiedenerer Weise, indem sie hofften, daß sich der König und die Katholiken wegen der von allen Seiten drohenden Gefahren nachgiebiger zeigen würden. Besonders verlangten sie die Zurückgabe der Kirchen auf den Gütern katholischer Grundherren an die protestantischen Bewohner und die Duldung ihrer Prediger an diesen Orten, anderseits aber die Vertreibung aller Jesuiten als Friedensstörer. Aber die katholischen Stände beriefen sich

1) Dies betont mit Recht Frankl a. a. O. I, 162 f.

2) Frankl I, 348 sqq. 366 sqq. 627.

auf die bestehenden Gesetze und stellten den Klagen über deren Verletzung in zahlreichen Fällen ähnliche Beschwerden gegenüber. Dies wie die Vorstellungen des Palatins hatten die Folge, daß im August die Vertagung der Religionsfrage auf den nächsten Reichstag beschlossen wurde.

Obwohl infolge dieser Streitigkeiten die Erbitterung der Gemüter immer mehr stieg, gingen die ungarischen Stände doch auf die Verlockungen der Böhmen, Mährer und Österreicher nicht ein. Sie zeigten sich zwar nicht geneigt, den König zu unterstützen, und lehnten den Antrag, die allgemeine Insurrektion aufzubieten, ab. Sie weigerten sich aber auch, mit den aufständischen Ländern ein neues Bündnis zu schließen und die Truppen, welche der König auf seine Kosten in Ungarn gegen die Böhmen geworben hatte, zurückzuberufen, und ließen sich nur zu einer Vermittelung zwischen Ferdinand II. und den Böhmen herbei [1]).

Aber nicht mehr die Haltung des Reichstages war das Entscheidende. Denn noch vor dem Schlusse desselben hatte der Fürst von Siebenbürgen alle Vorbereitungen zu einem Angriffe auf den Kaiser getroffen und auch mehrere einflußreiche protestantische Große Ungarns für sein Unternehmen gewonnen [2]).

1) Die Acta diaetalia von 1618 und 1619 wurden 1790 separat herausgegeben. Ein großer Teil jener von 1618 danach bei Katona XXX, 23—182, namentlich die Beschwerden der Protestanten p. 118—162, die der Katholiken p. 162—182. Vgl. Frankl I 434 sqq. und Gindely II, 254 ff.

2) Über diese Erhebung Bethlens und die folgenden Unterhandlungen desselben mit dem Kaiser, den Böhmen und Österreichern hat Firnhaber, Actenstücke zur Aufhellung der ungarischen Geschichte in „Sitzungsber. der kaiserl. Akad." XXVIII, 361—472 und XXXIV, 165—241 (mit Einleitungen) vielfach neues Licht verbreitet. Von späteren Darstellungen sind besonders beachtenswert Gindely II, 261 ff., Frankl I, 497 ff. und A. Szilágyis Einleitung zu den Mon. comit. Transsylv. VII, 97 sqq. Vgl. auch Bethlens (ungarisch geschriebene) Briefe in Bethlen Gábor fejed. kiadatlan politikai levelei herausgeg. von Szilágyi Sándor (Budapest 1879), p. 118 sqq. und die Be-

Die Verhandlungen, welche nach dem Tyrnauer Vertrage vom 31. Juli 1617 zur Erledigung einzelner ungelöster Fragen in Nagy Károly stattfinden sollten [1]), waren vom Kaiser erst nach dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes begonnen worden und hatten am 26. März 1619 zu einem Übereinkommen geführt [2]). Doch hatte dieses auf den weiteren Gang der Ereignisse keinen Einfluß mehr. Bethlen Gabor, von Ehrgeiz getrieben und infolge der früheren Haltung der kaiserlichen Regierung von Mißtrauen gegen dieselbe erfüllt, wollte die Bedrängung Ferdinands II. durch den auf allen Seiten sich erhebenden Aufstand benutzen, um die ungarische Krone oder wenigstens die Herrschaft über Oberungarn an sich zu bringen. Den Bruch eines abgeschlossenen Vertrages scheute der „neue Mithradates", wie ihn Zeitgenossen eben wegen seiner Unzuverlässigkeit nannten, noch weniger als andere Herrscher jener Zeit, und es gab für sein Handeln nur eine Richtschnur, den Erfolg. Eben deswegen bereitete er auch dieses wichtige Unternehmen mit größter Behutsamkeit vor. Vor allem suchte er sich der Zustimmung der Pforte zu versichern, die ein selbständiges Auftreten ihres Vasallen leicht übel aufnehmen und strenge züchtigen konnte. Schon im April entschloß er sich, deswegen einen Gesandten nach Konstantinopel zu schicken [3]), dessen Abreise sich aber bis nach dem Beginn des Juni verzögerte. Zugleich knüpfte er mit den Häuptern der protestantischen Opposition in Ungarn, den Grafen Stanislaus und Emerich Thurzó, Georg Rákóczy, Obergespan von

richte bei Gindely, Acta et docum. historiam Gabrielis Bethlen illustrantia, p. 10 sqq.

1) Vgl. oben S. 80 f.

2) Vollständig in „Magyar Történelmi tár" IV, 186.

3) Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VII, 106 sq. Daraus ergiebt sich, daß Bethlen nicht erst in der zweiten Hälfte des Juni durch Stanislaus Thurzó, welcher sich nach einer Unterredung, die er mit Thurn vor dessen Rückzuge von Wien nach Böhmen gehabt hatte, nach Siebenbürgen begab, und durch einen Abgeordneten der Familien Rákóczy, Thurzó u. s. w., Jaroslaw Zmeskal, zum Kampfe gegen den Kaiser bewogen worden sei, wie Gindely II, 260 annahm.

Borsod, Georg Széchy und Franz Perényi wie mit dem Grafen Thurn Verbindungen an. Um aber den König Ferdinand und dessen Anhänger in Sicherheit zu wiegen, erklärte er sich bereit, zwischen jenem und den Böhmen zu vermitteln, ja, wenn diese in ihren Forderungen zu weit gingen, sich am Kriege gegen sie zu beteiligen. Seine Rüstungen rechtfertigte er durch angebliche Anschläge der Türken, gegen die er sich schützen müsse.

Sobald er aber der Zustimmung der Pforte sicher zu sein glaubte [1]), stellte er sich an die Spitze seiner Truppen, 15000 Mann [2]), und brach am 26. August von Klausenburg gegen Ungarn auf. Der Angriff hatte um so mehr Erfolg, als die Kaiserlichen vollständig überrascht wurden und die Protestanten Oberungarns durch die Agitationen ihrer Prediger bereits einer Erhebung geneigt gemacht waren. In den ersten Tagen des September 1619 brach an mehreren Punkten zugleich der Aufstand aus, an dessen Spitze sich Rákóczy und Széchy stellten. Ersterer brachte am 5. September Kaschau, den wichtigsten Waffenplatz Oberungarns, und dessen Kommandanten Dóczy mit Unterstützung der Bürger in seine Gewalt und gab zwei dort anwesende Jesuiten und einen Domherrn dem Fanatismus des vom Prediger Peter Alvinczi aufgehetzten Pöbels preis. Viele katholische Geistliche, besonders die Jesuiten, flohen aus dem Lande, um nicht dem Hasse ihrer Gegner zum Opfer zu fallen. Eine Versammlung der oberungarischen Adeligen und Städte, die auf Bethlens Einladung am 21. September in Kaschau zusammentrat, sprach ihm ihren Dank aus, wählte ihn zu ihrem „Vorgeher und Verweser", beschloß die Auf-

1) Die Verhandlungen nach dem Berichte des Gesandten Mikó erzählt kurz Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VII, 107 sqq. Cum praescitu quidem (siquidem nostra conditio id exigebat) et annuentia, sed sine ullo Turcarum auxilio suppetias confoederatis tulimus, schreibt Bethlen selbst am 29. Jan. 1620 dem Dogen von Venedig. Ováry, Diplomatarium relationum Gabrielis Bethlen cum Venetorum republica (Oklevéltár Bethlen G.), Budapest 1886, p. 4.

2) Diese Zahl nach Bethlens Schreiben aus Debreczin vom 12. Sept. bei Szilágyi, Bethlen G. polit. levelei, p. 128.

bietung des adeligen Heerbanns und ernannte einige Vertreter für eine neue Gesandtschaft, welche nach Konstantinopel abgehen sollte [1]).

Unterdessen setzten seine Heerführer ihren Siegeszug durch Oberungarn fort. Da die protestantischen Bewohner der Bergstädte mit ihm sympathisierten und die ungarischen Besatzungen ihm die Festungen übergaben, fanden sie nirgends Widerstand. Auch die in Neuhäusel liegenden Truppen, welche zum größern Teile aus Ungarn bestanden, traten zu Bethlen über und lieferten ihren Kommandanten Kohary aus. Am linken Donauufer wurden nur Komorn, das eine deutsche Besatzung hatte, Munkács und Neitra von den Kaiserlichen behauptet. Auch Presburg fiel unmittelbar nach Bethlens Ankunft am 14. Oktober in seine Hände, weil man nur 1200 Deutsche unter Rudolf von Tiefenbach von Wien dorthin schicken konnte und diese nicht in das Schloß, sondern nur in die Vorstädte eingelassen worden waren. Der Palatin Forgách sah sich genötigt, nach kurzen Verhandlungen auch das Schloß mit der dort aufbewahrten Krone zu überliefern, nachdem Bethlen versprochen hatte, daß er seine Würde achten und nichts ohne sein Wissen thun würde.

Die Nachricht vom Angriffe Bethlens und der gleichzeitigen Erhebung der oberungarischen Protestanten bewog den Erzherzog Leopold, der während der Abwesenheit Ferdinands II. für denselben die Regierung in Österreich führte, zum Schutze dieses Landes den General Buquoy herbeizurufen. Am 19. September trat dieser mit reicher Beute langsam den Rückzug aus Böhmen an, wobei ihn Hohenlohe nur sehr lässig verfolgte, vereinigte sich mit Dampierre, der bei Neumühl an der Thaya gestanden, und wendete sich nun gegen Wien, welches seit der Einnahme Presburgs durch Bethlen ernstlich gefährdet war. Den Kaiserlichen folgten Hohenlohe und Thurn, welcher jetzt das mährische Corps kommandierte, mit ihren Truppen nach,

1) Die Beschlüsse in ungarischer Sprache in „Történ. tár“ IV, 192 sqq.

und da Bethlen vor kurzem dem Grafen Thurn 8 bis 10 000 Reiter unter Franz Rhédey zuhilfe geschickt hatte, so waren sie jenen bedeutend überlegen [1]). Ein kräftiger Angriff hätte den Kaiserlichen, welche eine ungeheuere Bagage bei sich hatten, bei ihrem Übergange über die lange Donaubrücke großen Schaden verursachen können. Aber an Energie hatte es den böhmischen Heerführern immer gefehlt. Nach einzelnen Gefechten, welche allerdings für die Kaiserlichen mit einigen Verlusten verbunden waren, brachte Buquoy am 25. Oktober unter dem Schutze der Nacht und eines starken Nebels sein Heer glücklich über die Donau und entzog sich weiteren Angriffen zunächst dadurch, daß er die Brücke teilweise zerstörte.

Hohenlohe und Thurn suchten nun Bethlen zu einer gemeinsamen Unternehmung gegen Wien zu bewegen, wobei auch die protestantischen Stände Ober- und Niederösterreichs mitwirken sollten. Aber es vergingen mehrere Wochen, bis sie sich über einer Operationsplan geeinigt hatten und bei Presburg eine Schiffsbrücke geschlagen war. Erst am 21. November begann das böhmische Heer die Donau zu übersetzen, um vereint mit den Ungarn gegen Wien vorzudringen. Am 27. November stand Bethlen in Ebersdorf an der Schwechat [2]).

1) Nach Gindely II, 280 zählte ihr Heer gegen 35 000 Mann, die Kaiserlichen 20 000, nach einem Schreiben des Erzherzogs Leopold an den Kaiser vom 25. Okt. bei Hurter VIII, 160 die Böhmen 10 000, die Mähren 8000, die Ungarn 15 000, also das gesamte Heer 33 000 Mann. Da aber hier die Zahl der Ungarn gewiß zu hoch angegeben ist (nach Gindely waren sie 12 000, nach ungarischen Quellen 8—10 000 Mann stark!), so dürfte die Angabe eines Teilnehmers auf kaiserlicher Seite bei Klopp I, 444 f., daß „der Feind in die 25 000, die Unsern aber über 19 000 stark nicht gewesen sein mochten“, am meisten der Wahrheit entsprechen. Wenn übrigens hier als Datum der Kanonade bei Eipeldau (nordöstlich von der Donaubrücke) der 21. Okt. angegeben ist, so muß dies ein Lese- oder Druckfehler für 24. sein. Ein weitläufiger Bericht über die Kämpfe daselbst vom venetianischen Agenten Antonini, mitgeteilt von Höfler im „Archiv f. öst. Geschq.“ XII, 395 f.

2) in castro Ebersdorf die 27. nov. bietet er den Adel des Szathmárer Komitats gegen Homonnay auf, dessen Sieg vom 22. ihm bereits bekannt war. Szilágyi, Bethlen G. polit. levelei, p. 156.

Acht Tage früher hatten die Truppen der Oberösterreicher, ungefähr 2500 Mann, unter Gotthard Starhemberg die Enns überschritten, um sich der Plätze am rechten Donauufer bis zum Wiener Walde zu bemächtigen und zu verhindern, daß der Stadt Wien zu Wasser besonders von Baiern her Lebensmittel oder Verstärkungen zugeführt würden. Starhemberg brachte in der That das Schloß Persenbeug in seine Gewalt, erstürmte Ips, besetzte Pechlarn und belagerte Melk. Auf der Nordseite der Donau nahmen die von den Niederösterreichern geworbenen Truppen die Ortschaften gegenüber von Melk, das nun von beiden Ufern her beschossen wurde, und belagerten Krems [1]).

Durch die zahlreicheren [2]) Feinde war Buquoy nach Wien zurückgedrängt worden, wo gerade der Kaiser eingetroffen war, der seine bedrohte Hauptstadt auch jetzt nicht im Stiche ließ. Die ganze Gegend von der Leitha bis zum Wiener Walde wurde nun von den feindlichen Scharen ausgeplündert. Besonders die wilden Horden Bethlens hausten wie die Türken. An eine regelmäßige Belagerung Wiens war freilich beim

1) G. Frieß, Der Einfall der Oberösterreicher in Niederösterreich im Jahre 1619. „Blätter f. Landeskunde v. Niederösterreich" XXIII (1889), 180 ff.

2) Nach den gewöhnlichen Angaben hätte das Heer Bethlens allein 40000 Mann, nach dem Schreiben Bethlens an Franz Balassa, seinen Gesandten an der Pforte, vom November (? Dezember) bei Firnhaber in den „Sitzungsber." XXVIII, 444 ff. und Gindely, Acta, p. 76 sqq. 35000, das Gesamtheer 62000 Mann gezählt. Aber Bethlen sucht hier offenbar seine Macht größer darzustellen, als sie wirklich war. Nach seinem Schreiben vom 20. Februar 1620 in „Történ. tár" IV, 197 sqq. bestand das Gesamtheer aus 47000 Mann. Der venetianische Geschäftsträger in Wien (bei Zwiedineck-Südenhorst, Venetianische Gesandtschafts-Berichte, S. 38) meldet gar, die Ungarn seien nur 20000 Mann stark gewesen, Thurn habe vier Regimenter zu Fuß und 1000 Reiter unter sich gehabt. Selbst in diesem Falle wären sie übrigens den Kaiserlichen bedeutend überlegen gewesen. Auch müssen die Böhmen und Mähren nach den früheren Angaben doch stärker gewesen sein und gegen 18000 Mann gezählt haben.

Mangel an schweren Geschützen kaum zu denken [1]). Aber wenn die ungarische Reiterei und die protestantischen Ober- und Niederösterreicher der Stadt, welche gar nicht verproviantiert war, die Zufuhr abschnitten, so konnte sie bald durch Hunger zur Ergebung genötigt werden.

Da kam plötzlich Rettung von Osten her.

Bethlens alter Gegner Drugeth von Homonna hatte sich nach dem Ausbruche der Bewegung in Oberungarn nach Polen geflüchtet und dort gleich unter den Kosaken Werbungen für einen Einfall in Ungarn begonnen. Der König Sigismund, Ferdinands II. Schwager, der von diesem schon längst um die Zusendung von Hilfstruppen gebeten worden war, konnte zwar ohne die Zustimmung des Reichstages keinen Krieg beginnen. Aber er unterstützte Homonnay aus seinen Privatmitteln und erbot sich, für den Kaiser drei Monate lang 7000 Kosaken zu unterhalten. Auch einige katholische Edelleute sammelten auf Kosten des Kaisers kleinere Reiterscharen. Am 21. November drang Homonnay mit 5000 Mann [2]) in Oberungarn ein, brachte am folgenden Tage dem dortigen Militärkommandanten Georg Rákóczy bei Sztropko östlich von Bartfeld eine vollständige Niederlage bei und drang nun bis unter die Mauern von Kaschau vor.

Gelang es Homonnay, in Oberungarn weitere Fortschritte zu machen, so war Bethlen im Rücken bedroht, selbst seine Verbindung mit Siebenbürgen gefährdet. Er trat daher auf die Nachricht von der Niederlage Rákóczys schon am 29. November [3]) den Rückzug an und schickte Széchy mit einem Teile

1) Ein mit den Verhältnissen Wiens vertrauter protestantischer Edelmann hatte allerdings an Bethlen ein Gutachten gesendet, wie man Wien am schnellsten einnehmen könnte (erwähnt bei Zwiedineck-Südenhorst, S. 39f.). Aber so leicht ging dies bei der Stärke der Besatzung doch wohl nicht.

2) Diese Zahl, geringer als die in anderen Quellen, nach Demkó, in der S. 148 erwähnten Abhandlung, der sich auf einen Bericht des Magistrates von Leutschau stützt und einige neue Daten bringt.

3) Nicht erst am 5. Dezember, wie Gindely II, 288 meint. Schon am 30. November ist Bethlen in Oedenburg. Szilágyi, Bethlen

seiner Truppen nach Oberungarn. Unter solchen Verhältnissen blieb auch den Grafen Thurn und Hohenlohe, deren Soldaten ohnehin durch das lange Ausbleiben des Soldes mißgestimmt und durch Krankheiten decimiert waren, nichts übrig, als den Rückzug gegen die böhmische Grenze anzutreten. Wien war neuerdings gerettet.

Der größte Teil Ungarns war allerdings in den Händen Bethlens, da auch ein Teil des Landes rechts von der Donau, namentlich Oedenburg, von seinen Truppen besetzt worden war und Homonnay infolge einer Meuterei seiner Soldaten [1]) den Rückzug antreten mußte.

Dem Kaiser schien hier dasselbe Schicksal bereitet zu werden, das ihn in Böhmen getroffen hatte.

Bethlen hatte nach der Einnahme Presburgs den Palatin zur Einberufung eines Reichstages gezwungen, welcher am 18. November eröffnet wurde [2]).

Forgách mochte geglaubt haben, daß er durch seinen Einfluß die Mehrheit der Stände zu einer dem Könige günstigen Haltung bewegen könnte. Aber bei der Stimmung der meisten Protestanten und dem Eindrucke, welchen die ersten Erfolge Bethlens hervorbrachten, mußte man für Ferdinand das Schlimmste befürchten. Die Gegner desselben machten von ihrer Absicht, ihn des Thrones verlustig zu erklären, auch gar kein Hehl. Unter solchen Umständen verbot der König seinen Anhängern überhaupt die Teilnahme an der Versammlung, welche er für ungesetzlich ansah. Von den Prälaten fand sich nicht einer ein. Auch die Komitate Raab, Veszprim und Wieselburg wie Kroatien schickten keine Vertreter.

levelei, p. 157. Nach Hurter VIII, 170 erfolgte der Abzug der Feinde am 29. November. Auch nach Bethlens, S. 146, N. 2 erwähntem Schreiben vom 20. Febr. blieb er nur drei Tage vor Wien.

1) Mon. Hung. Dipl. IV, 229 sq.

2) Über dessen Verhandlungen s. Frankl I, 524 ff., Gindely II, 338 ff. und Demkó, Adatok az 1619—20 iki Posonyi országgyülés történetéhez (Beiträge zur Geschichte des Reichstages in Presburg 1619—1620) in „Századok“ 1881, p. 431 sqq.

Der Reichstag ließ sich nur mit Mühe bewegen, die Wahl eines neuen Königs wenigstens hinauszuschieben, bereitete aber schon das Krönungsdiplom vor. Zugleich wurde über einen Bundesvertrag zwischen den Kronen Ungarn und Böhmen und den Ständen Österreichs verhandelt, der am 15. Januar 1620 abgeschlossen wurde und jedem Teile die Eingehung eines Separatfriedens untersagte [1]). Ferdinand II. wurde zwar nicht, wie es anfangs beabsichtigt gewesen war, förmlich abgesetzt, aber seine Herrschaft thatsächlich als nicht mehr vorhanden angesehen, indem Bethlen am 8. Januar zum „Fürsten" des Königreiches Ungarn [2]) gewählt wurde.

Bethlen hätte auch trotz der Gegenbemühungen des Palatins ohne Schwierigkeit seine Wahl zum Könige durchgesetzt, hätte er nicht in diesem Augenblicke selbst vorgezogen, eine Entscheidung hinauszuschieben.

Er hatte sich anfangs mit sehr weitgehenden Plänen getragen. Nicht bloß die Krone Ungarns wollte er an sich bringen. Er bat auch die Böhmen Ende September um ihre Zustimmung zur Besetzung Steiermarks und der übrigen innerösterreichischen Länder, die ja ohnehin schon einmal [3]) zu Ungarn gehört hätten. Anfangs November verlangte er auch noch das Erzherzogtum Österreich, welches er dem Kaiser entreißen wollte. Um diesen jedoch vollständig vernichten zu können, forderte er bei der Leere seiner Kassen von den Böhmen 100 000 Gulden zur Deckung seiner bisherigen Kriegskosten und außerdem die Zusicherung weiterer Subsidien [4]). Aber die deutschösterreichischen Länder wollte Friedrich von der Pfalz selbst in seine Hände bringen. Die Zahlung von Hilfs-

1) Vollständig bei Firnhaber in „Sitzungsber." XXVIII, 453 ff. Die von böhmischer Seite ausgestellte Urk. ist vom 15., die Bethlens und der Ungarn vom 19. Januar.

2) status et ordines ... unanimis votis ... serenitatem suam sibi pro principe constituunt, praeficiunt et nuncupant heißt es in der Einleitung zu den Reichstagsbeschlüssen bei Katona XXX, 267 sqq.

3) einige Jahre nach dem Aussterben der Babenberger.

4) Gindely II, 268. 282 f.

geldern an Bethlen war ganz unmöglich, weil die Einnahmen der böhmischen Regierung nicht einmal hinreichten, die Kosten einer verschwenderischen Hofhaltung zu bestreiten und die eigenen Soldaten zu befriedigen.

Als Bethlen zur Überzeugung gelangte, daß er von den Böhmen keine ausgiebige materielle Unterstützung zu hoffen habe, entschloß er sich, den Bruch mit dem Kaiser nicht unheilbar zu machen und von diesem möglichst günstige Bedingungen zu erlangen.

Ferdinand hatte dem Rate des Palatins folgend sich schon am 7. Dezember zur Anknüpfung von Unterhandlungen entschlossen, um den Verlust der noch behaupteten Festungen Raab und Komorn und die Ausbeutung des Bürgerkrieges durch die Türken zu verhüten [1]). Doch verzögerte sich der Beginn derselben bis zu den letzten Tagen des Jahres, weil der Kaiser nur gegen Stellung von Geiseln Gesandte nach Presburg zu schicken wagte. Die Stände wiesen die Vorschläge des Kaisers in schroffer Form zurück, weil sie zu spät eingetroffen und den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechend seien [2]). Auch Bethlen, welchen die Vertreter des Kaisers nun durch persönliche Vorteile zu ködern suchten, stellte solche Forderungen, daß man sich wohl besinnen mußte, darauf einzugehen. Aber bei der verzweifelten Lage der Dinge machten ihm die kaiserlichen Gesandten sehr weitgehende Zugeständnisse. Der Kaiser sollte die Komitate Szathmár, Szabolcs, Ugocsa und Beregh mit dem Gebiete der dort angesiedelten Haiduken für immerwährende Zeiten an Siebenbürgen abtreten und neun weitere nordungarische Komitate (Unghvár, Zemplin, Saros, Zips, Abauj, Borsod, Heves, Torna und Gömör) mit Vorbehalt der richterlichen Gewalt des Palatins und das Komitat Arva ohne die königlichen Einkünfte an Bethlen persönlich auf Lebenszeit überlassen. Er sollte diesen weiter in den Reichsfürstenstand erheben und ihm und seinen ehelichen Nachkommen die Herzog-

1) So nach seinen Schreiben vom 8. und 12. Febr. 1620 an seinen Vetter Albrecht in Mon. Hung. Dipl. IV, 191 und 206.

2) Ibid., p. 185.

tümer Oppeln und Ratibor und, wenn er bei den mit Böhmen anzuknüpfenden Verhandlungen ersprießliche Dienste geleistet hätte, in diesem Reiche Güter im Werte von 200000 Dukaten verleihen [1]). Nachdem man sich über diese Bedingungen eines künftigen Friedens geeinigt hatte, wurde am 16. Januar 1620 bis zum 29. September ein Waffenstillstand geschlossen, währenddessen Bethlen im Besitze aller Gebiete bleiben sollte, welche jetzt in seiner Gewalt wären. Zur Beilegung der Zwistigkeiten zwischen dem Kaiser, dem geistlichen und den übrigen Ständen sollte am 31. Mai ein Reichstag in Neusohl abgehalten werden. Zugleich wurde bestimmt, daß der Kaiser diesen Waffenstillstand, wenn er darum ersucht würde, auch den Böhmen und den inkorporierten Provinzen wie den Österreichern unter gerechten und billigen Bedingungen bewilligen sollte.

Für Bethlen hatte der Abschluß dieser Verträge den Vorteil, daß er die Entwickelung der Verhältnisse abwarten, namentlich, was er immer als das Wichtigste ansah, über die weitere Haltung der Pforte sich klar werden konnte, wo zwar manche einflußreiche Männer ihm günstig gesinnt, andere aber gegen die Störung des Friedens mit dem Kaiser waren [2]).

1) Die betreffende Urk. K. Ferdinands wie die anderen damit zusammenhängenden bei Firnhaber in „Sitzungsber." XXVIII, 464 ff.

2) Vgl. mit den Berichten des kaiserlichen Gesandten und anderer Agenten bei Firnhaber, S. 425 f. und 452 und den Mitteilungen Gindelys III, 170 ff. aus der Schlußrelation des Gesandten Ludwig von Mollart auch Berichte des venetianischen Bailo in Pera vom 16. Sept. 1619 und 9. Jan. 1620 und das Schreiben des Großwesirs an Kaiser Ferdinand vom 20. Jan. bei Ováry, Diplomatarium, p. 501 sq. 509 sqq. u. 512 sqq. Wie unzufrieden Bethlen mit der Haltung der türkischen Würdenträger war, ergeben seine Briefe an Skender Pascha vom 4. November und an seinen Gesandten Balassa vom 6. November (? Dezbr.) bei Firnhaber S. 441 und 444 (letzterer in lateinischer Übersetzung auch bei Gindely, Acta, p. 76 sqq.). In seinem S. 146 Anm. 2 erwähnten weitläufigen Schreiben vom 20. Februar 1620 sagt er (p. 201 sqq.) geradezu, daß für den Abschluß des Abkommens mit den kaiserlichen Bevollmächtigten die Nachricht entscheidend gewesen sei, daß ein nach Wien ge-

Da zunächst militärische Unternehmungen doch durch die Jahreszeit ausgeschlossen waren und er später leicht einen Vorwand für den Bruch des Waffenstillstandes zu finden vermochte, konnte er durch denselben nur gewinnen. Denn für die Dauer desselben war er ja vom Kaiser als Regent des bisher gewonnenen Teiles von Ungarn anerkannt.

Er zögerte auch nicht, wie ein König die vom Reichstage beschlossenen Gesetzesartikel zu bestätigen, in welchen die Protestanten ihren Wünschen Ausdruck gegeben hatten. Allen, auch den Bewohnern der unterthänigen Dörfer, wurden unbedingte Religionsfreiheit und der Gebrauch der Kirchen und Friedhöfe zugesichert, die Rückgabe aller Kirchen, welche den Protestanten in der letzten Periode entrissen worden waren, verfügt. Ja es wurde auch der Grundsatz angenommen [1], daß ohne Rücksicht auf die bisherigen Verhältnisse die Hauptkirche jedes Ortes Eigentum jener Konfession sein sollte, welcher die Mehrheit der Bewohner angehörten, während, wenn nur eine Kirche vorhanden wäre, den übrigen Konfessionen ein Mitbenutzungsrecht eingeräumt wurde. Zur Ordnung dieser und ähnlicher Fragen sollte vom Fürsten in jedem Landesteile eine Kommission ernannt werden, welche aus vier Lutheranern, vier Calvinisten und vier Katholiken bestehen sollte, so daß diese den Protestanten gegenüber überall in der Minorität waren. Auch wurden die bisher vorgenommenen Einziehungen und Veräußerungen von Kirchengütern bestätigt. Die Jesuiten wurden für immer aus Ungarn verbannt und dieselbe Strafe auch gegen den Primas Pázmány, Georg Homonnay und andere verfügt, welche auf dem nächsten Reichstage feierlich geächtet werden sollten.

Der Kaiser konnte durch dieses Abkommen mit Bethlen freilich nur dann gewinnen, wenn dieser während der Dauer des Waffenstillstandes den weiteren Kämpfen ruhig zusah.

kommener Tschausch den Bruch mit dem Kaiser entschieden verurteilt und Bethlens Bestrafung in Aussicht gestellt habe.

1) Er wurde nicht offen ausgesprochen, aber lag der Entscheidung in Einzelfällen zugrunde.

Ferdinand genehmigte denn auch trotz der Bedenken seiner ungarischen und deutschen Räte am 23. Januar die vereinbarten Abtretungen an Bethlen, wenn der ungarische Reichstag seine Zustimmung gäbe, bestätigte aber den Waffenstillstand nur mit der Klausel, daß sich derselbe bloß auf die Ungarn beziehen und daß diese und Bethlen unterdessen seinen Feinden keine Hilfe leisten sollten. Bezüglich der Böhmen gab er nur die zu nichts verpflichtende Erklärung ab er werde sich, wenn er von ihnen gebeten würde, wohlwollend zeigen und einen solchen Entschluß fassen, welcher der ganzen Welt zeige, daß ihm nichts lieber sei als Friede und Eintracht [1]).

---

# Viertes Kapitel.

## Die Stellung der europäischen Mächte, der deutschen Fürsten und der Türkei zu den Kämpfen in Österreich.

Gegen die Böhmen und deren Verbündete hoffte der Kaiser bald wirksamere Mittel als Verhandlungen zur Verfügung zu haben. Denn die auswärtigen Verhältnisse gestalteten sich für ihn immer günstiger.

Da der Kampf unleugbar gleich nach dem Ausbruche der böhmischen Revolution den Charakter eines Religionskrieges angenommen hatte, so bewilligte der Papst Paul V. schon im Herbste 1618 dem Kaiser monatlich 10000 Gulden Subsidien. Nach langem Drängen Ferdinands II., Spaniens und der Liga ließ er sich im November 1619 zum Versprechen bewegen, vom folgenden März an diese Summe zu verdoppeln

1) Mon. Hung. Dipl. IV, 198. Bei Firnhaber S. 467 f. fehlen diese Klauseln. Vgl. über die Beratungen in Wien Gindely II, 350 ff.

und zugunsten der Liga einen Zehnten auf die kirchlichen Benefizien in Italien zu legen, der freilich erst im Juli 1620 ausgeschrieben wurde [1]).

Von den übrigen italienischen Fürsten bestritt der Großherzog Cosimo von Toscana, Ferdinands II. Schwager, die Kosten für die Unterhaltung eines Kürassierregimentes von 500 Mann, während die Republik Genua einmal 30000, Lucca 12000 Gulden zahlte [2]).

Philipp III. von Spanien, welcher von der Solidarität der Interessen beider Zweige des Hauses Habsburg überzeugt war, hatte schon nach dem Eintreffen der Nachricht vom Aufstande der Böhmen dem Kaiser die Zusendung von 300000 Dukaten und die Unterstützung mit Truppen in Aussicht gestellt. Als Buquoy nach Budweis zurückgedrängt wurde, schickte er neuerdings 600000 Dukaten und ließ im Frühjahr 1619 in den Niederlanden 7000, in Italien 14—16000 Mann für Österreich werben. In der Hoffnung auf die spanischen Subsidien veranstaltete auch Ferdinand II. Werbungen im Elsaß, in Lothringen und einigen anderen Gebieten Deutschlands wie in Österreich, Ungarn und Kroatien.

Aber die spanischen Hilfstruppen trafen langsam und in geringerer Stärke ein, als man erwartet hatte, und schienen der zunehmenden Zahl der Feinde gegenüber nicht mehr ausreichend. Der spanische Gesandte in Wien, Oñate, und der Erzherzog Albrecht verlangten daher dringend eine weitere Unterstützung, namentlich die Absendung eines größeren Heeres gegen die Rheinpfalz, um den Kurfürsten zur Aufgebung Böhmens zu nötigen. Philipp III. wäre auch dazu sehr bereit gewesen. Aber infolge der ewigen Kriege unter Philipp II. und der Verschwendung des schwachen und gutmütigen Philipp III. [3]) war Spanien selbst in die größte finanzielle Not

1) Hurter VIII, 130 f. 256 ff. Gindely II, 397 ff.

2) Hurter VIII, 131. 263 f. Nach Oberleitner, Beiträge im „Archiv f. österr. Geschq." XIX, 11 scheinen die beiden letzteren Summen nur Darlehen gewesen zu sein.

3) Der oberste Rat von Castilien warf diesem in einem Gutachten vom

geraten. Der Herzog von Uzeda, des Königs Günstling, und der Großinquisitor Luis von Aliaga, Philipps III. Beichtvater, ein hochmütiger Dominikaner, arbeiteten daher gegen die Erfüllung der Wünsche des Kaisers, welche dessen Gesandter Khevenhüller befürwortete. Da griff dieser zu den schärfsten Waffen. Dem Beichtvater, zu dem er sich mit Gewalt Zutritt verschaffen mußte, erklärte er, er werde nachhause reisen und dem Kaiser raten, wenn man ihn im Stiche ließe, mit seinen Feinden Frieden zu schließen und sich mit ihnen zur Wegnahme der spanischen Besitzungen in Italien und den Niederlanden zu verbinden. Dem frommen Könige selbst drohte er mit den Schrecken des jüngsten Gerichtes, wenn er so viele tausend Seelen der höllischen Pein verfallen lasse. In der That gab dieser jetzt im Januar 1620 das Versprechen, nicht bloß wie bisher in Österreich 12000 Mann Infanterie und 4000 Reiter zu unterhalten und zugleich den Sold für 3000 Kosaken zu bestreiten, sondern auch ein Heer von 21000 Fußgängern und 8000 Reitern von den Niederlanden aus gegen die Pfalz zu schicken [1]).

Für den unmittelbaren Angriff auf die Rebellen in den österreichischen Ländern sollte das Beste die Liga mit dem Herzoge von Baiern thun [2]).

Anfangs freilich schien es, daß vonseiten der katholischen Fürsten keine Hilfe zu erwarten sei. Die Liga hatte sich im Jahre 1616 so gut wie aufgelöst, weil Maximilian von Baiern mit dem im Jahre 1613 gefaßten Beschlusse der Majorität, auch den Erzherzog Maximilian von Österreich in den Bund aufzunehmen, das Kriegsdirektorium in drei zu teilen und je

Jahre 1619 offen vor, daß er seit seinem Regierungsantritte Güter im Werte von 54 Millionen Thalern und über 100 Millionen an barem Gelde an Bittsteller und Günstlinge gegeben habe. Khevenhüller, Ann. IX, 736sqq.

1) Über die Leistungen Spaniens s. Hurter VII, 334. 411; VIII, 264ff. Gindely I, 325f. 412; II, 66ff. 368ff.

2) Über die Haltung derselben s. Wolf-Breyer IV, 129ff. Hurter VII, 402; VIII, 189ff. Gindely I, 355f. 410ff.; II, 381ff.

eines dem Erzbischofe von Mainz und dem genannten Erzherzoge einzuräumen, durchaus nicht einverstanden war und aus Ärger darüber seine Oberstenstelle niederlegte, ja die Erklärung abgab, sich am Bunde nur so weit zu beteiligen, wie er jedesmal nach Gestalt der Dinge können und befinden werde [1]). Auch die einzelnen Fürsten wollten wenig oder nichts für den Kaiser thun. Doch zeigten sie sich bereit, dem Wunsche des Königs Ferdinand entsprechend ihr Bündnis zu erneuern. Anfangs 1619 wurde denn auch bei einer Zusammenkunft der geistlichen Fürsten in Oberwesel die Wiederherstellung der Liga im Prinzip beschlossen. Doch wollte das mächtigste Glied derselben, Maximilian von Baiern, welcher den Oberbefehl über die ligistischen Truppen übernehmen sollte, nur dann aus der Neutralität heraustreten, wenn man mit Sicherheit einen Erfolg erwarten und namentlich auf die kräftige Unterstützung Spaniens rechnen konnte. Erst die Verletzung der Neutralität durch pfälzische Truppen, welche eine von Ferdinand II. geworbene Schar bei ihrem Durchzuge durch das Gebiet des Bischofs von Eichstädt überfielen und zersprengten, bewog die Kirchenfürsten zu ernstlichen Rüstungen. Herzog Maximilian dagegen blieb auch jetzt noch unthätig und wollte sich für seine Hilfeleistung entsprechende Vorteile sichern. Als Ferdinand II. nach der Kaiserwahl auf der Rückreise von Frankfurt in München persönlich mit seinem alten Jugendfreunde und Studiengenossen unterhandelte, erklärte sich dieser bereit, die Leitung der Liga zu übernehmen, mit den Beiträgen der Glieder derselben ein Heer zu werben und, soweit dies die Rücksicht auf deren eigene Sicherheit gestattete, dem Kaiser zuhilfe zu ziehen. Aber dieser mußte sich in dem Vertrage, welcher am 8. Oktober abgeschlossen wurde, verpflichten, daß weder er noch ein Erzherzog sich in die militärische Leitung der Liga einmischen und daß er dem Herzoge alle etwaigen Verluste an Land und Leuten wie alle Auslagen ersetzen und bis zum Ersatze der Kriegskosten

1) Wolf-Breyer III, 470ff.; IV, 13ff. Vgl. Ritter, Deutsche Gesch. II, 425ff.

als Pfand österreichische Erblande überlassen werde, welche der Herzog den Rebellen im Kriege entreißen würde. Mündlich gab ihm der Kaiser noch eine Zusicherung, welche ihm später die größten Verlegenheiten bereitete. Er versprach nämlich die Kurwürde des Pfälzers, wenn sich dieser durch die Annahme der Krone Böhmens die Ächtung zuzöge, dem Herzoge Maximilian zu verleihen und ihm auch jene Gebiete desselben zu überlassen, welche er im Kriege in seine Gewalt bringen würde.

Auf einen Konvent der Mitglieder der Liga, welchen Maximilian nach Würzburg berief, wurde im Dezember 1619 beschlossen, auf gemeinsame Kosten ein Heer von 21 000 Mann zu Fuß und 4000 zu Pferd aufzustellen. Doch wollte der Herzog erst nach der Vollendung der Rüstungen zugunsten des Kaisers etwas unternehmen.

Den größten Triumph feierte aber der Kaiser dadurch, daß es ihm und den katholischen Kurfürsten gelang, das Haupt der Lutheraner in Deutschland, den Kurfürsten von Sachsen, zu einem Angriffe auf die böhmischen Länder zu bewegen [1]).

Johann Georg stand mit dem Hause Österreich schon längst in den freundschaftlichsten Beziehungen. Er fühlte sich auch, obwohl er sich um die böhmische Krone nicht beworben hatte, doch verletzt, daß man sie ihm nicht wenigstens angeboten, sondern Friedrich von der Pfalz gewählt hatte. Er wurde endlich von tiefem Hasse gegen diesen erfüllt, als er erfuhr, daß sich der Herzog von Weimar mit ihm in Verbindung gesetzt habe, um mit seiner Hilfe die sächsische Kurwürde wieder an sich zu bringen. In dieser Gesinnung wurde er auch durch seinen Hofprediger Hoe von Hoenegg bestärkt, der, ein leidenschaftlicher Gegner aller Protestanten, welche sich nicht an die Augsburgische Konfession hielten, einst als Prediger in Prag von den Böhmen tödlich beleidigt worden war.

Schon Anfangs Januar 1620 erklärte der Kurfürst dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, einem ebenfalls kaiserlich

1) Die Verhandlungen bei Gindely II, 416 ff.

gesinnten Fürsten, daß er es für eine Pflicht der deutschen Fürsten halte, den Kaiser zu unterstützen. Nur verlangte er von diesem und den Häuptern der Liga das Versprechen, daß die protestantischen Reichsstände der sächsischen Kreise im Besitze der ehemals katholischen Stifter und Klöster nicht gestört werden sollten. Weiter sollte ihm der Kaiser die Zusicherung geben, daß er die Lutheraner in seinen Ländern nicht verfolgen und ihm bis zur Ersetzung der Kriegskosten die beiden Lausitzen verpfänden werde. Zur Erfüllung dieses Wunsches erklärte sich der Kaiser ohne weiteres bereit. Bezüglich der zweiten Forderung erklärte er, den Majestätsbrief, wie er ihn auslegte, gegen jene beobachten zu wollen, die sich ihm freiwillig unterwerfen würden. Die Entscheidung des ersten Punktes überließ Ferdinand einem Konvente der katholischen Reichsfürsten, der Mitte März 1620 in Mühlhausen in Thüringen stattfand. Die geistlichen Kurfürsten und die Bevollmächtigten des Herzogs von Baiern ließen sich aber nur herbei, die Inhaber von Stiftern und Kirchengütern nicht thatsächlich anzugreifen und daraus zu verdrängen, unter der Bedingung, daß dieselben dem Kaiser gegen die Böhmen Hilfe leisteten und den Katholiken fortan kein Stift, Kloster oder Kirchengut entzögen. Obwohl diese Versicherung die Protestanten im Besitze der Kirchengüter nur ungenügend schützte, weil sie den Prozeßweg offen ließ, begnügte sich der Kurfürst von Sachsen damit. Er übernahm die Unterwerfung der Lausitz und Schlesiens, wo er Vollmacht zur Konfiskation der Güter der Rädelsführer wie zu Begnadigungen erhielt. Mit der Exekution gegen Böhmen selbst wurde am 6. Juni Maximilian von Baiern beauftragt.

Während so ein allgemeiner Angriff auf die böhmischen und pfälzischen Länder vorbereitet wurde, fanden diese fast nirgends Unterstützung.

Der Herzog von Savoyen, auf dessen Geld man einst so große Hoffnungen gebaut hatte, zog seine Hand nach dem Ausfalle der böhmischen Königswahl natürlich vollständig zurück. Er suchte sich jetzt sogar die Gunst Spaniens und Österreichs

zu verschaffen und gestattete den Durchzug spanischer Truppen durch Savoyen [1]).

Ebenso wenig entsprach der König Jakob I. von England, dessen Tochter Elisabeth mit Friedrich von der Pfalz vermählt war, den Erwartungen, welche dieser auf ihn gesetzt hatte [2]).

Schon im Herbste 1618 hatte der Kurfürst bei seinem Schwiegervater die Bewilligung eines Geldbarlehens an die Böhmen befürwortet. Im Dezember hatte er Christoph von Dohna, welcher die Unterhandlungen mit dem Herzoge von Savoyen geführt hatte, nach England geschickt, um den König zur Erneuerung des Bündnisses mit der Union zu bewegen und ihm seine Aussichten auf die Erlangung der böhmischen Krone mitzuteilen. Aber Jakob war ein strenger Legitimist, der jede Empörung grundsätzlich verdammte, und um diese Zeit um so weniger geneigt, sich dem Hause Habsburg feindlich entgegenzustellen, als er mit Spanien wegen der Vermählung des Prinzen von Wales mit einer Infantin in Unterhandlungen stand. Er ließ daher seinem Schwiegersohne sagen, daß er nicht gegen dessen Erhebung auf den böhmischen Thron sei, wenn sie nach dem Tode des Kaisers Matthias auf legitime Weise geschehen könne. Aber er lehnte jede Unterstützung der Böhmen ab und schmeichelte sich, durch seine Vermittelung, um die ihn Spanien ersuchte, dieselben auf gütlichem Wege wieder unter die Herrschaft des Kaisers zurückzuführen. Die Instruktionen für Lord Doncaster, der zu diesem Zwecke im Mai 1619 nach Deutschland geschickt wurde, beruhten auf der Voraussetzung, daß Ferdinand von den Böhmen wieder als König anerkannt werden würde. Dieser sollte sich an die Versprechungen halten, welche er bei seiner Krönung gemacht hatte, und die Protestanten die ihnen gesetzlich zugesicherten Freiheiten genießen, aber auch die von den Ständen konfiszierten Güter zurückgegeben und die Landesbeamten in ihre

1) Gindely II, 407 ff.

2) Näheres bei Gindely I, 452 ff.; II, 133 ff. 157 ff. 234 ff.; III, 42 ff.

Stellen wieder eingesetzt werden. Daß Doncaster dann eine für den Pfälzer viel günstigere Haltung einnahm, entsprach den Wünschen des Königs nicht, hatte aber auch keine weiteren Folgen, weil für eine Vermittelung doch kein Raum mehr war.

Als nun Jakob die Nachricht erhielt, daß sein Schwiegersohn zum Könige von Böhmen gewählt worden sei und, ohne auf seine Zustimmung zu warten, die Krone angenommen habe, war er im höchsten Grade entrüstet. Er erklärte dies für eine Unredlichkeit und sagte, derselbe solle sich jetzt helfen, wie er könne. Obwohl sein Staatsrat und die meisten Engländer mit dem Pfälzer sympathisierten, lehnte er jede Unterstützung desselben rundweg ab. Nicht einmal die Aufnahme eines Darlehens bei der Stadt London wollte er fördern. Nur die Werbung von 2000 Mann ließ er geschehen. Auch ersuchte er den Bruder seiner Gemahlin, Christian IV. von Dänemark, dem Pfalzgrafen 50000 Pfund zu leihen.

Auch gegen die Fürsten der Union, mit der er 1618 das Bündnis erneuert hatte und von welcher er nun an die Verpflichtungen desselben gemahnt wurde, war er nicht entgegenkommender. Dasselbe verpflichtete ihn nur dann zu einer Geldhilfe, wenn sie angegriffen würden, ließ er ihnen sagen. Dies sei aber nicht geschehen, und wenn es geschähe, so hätten sie dies durch ihr Betragen gegen ihre Nachbarn nur selbst verschuldet. Sein ganzes Streben ging dahin, die Gunst Spaniens nicht zu verscherzen, mit welchem er um diese Zeit sogar über eine gemeinschaftliche Eroberung und Teilung der freien Niederlande unterhandelte.

Die Haltung Jakobs I. lähmte auch die holländischen Generalstaaten, welche sonst im eigenen Interesse zur Unterstützung der Böhmen bereit waren. Da im Jahre 1621 ihr zwölfjähriger Waffenstillstand mit Spanien ablief, mußten sie auch dem Kaiser Feinde zu erwecken suchen, damit es diesem unmöglich gemacht würde, dem spanischen Könige gegen sie Hilfe zu leisten. Schon im Februar 1619 war ein Gesandter derselben in Prag eingetroffen, welcher die Böhmen von einer Aussöhnung mit dem Kaiser abzuhalten suchte und ihnen eine

Geldunterstützung versprach [1]). Monatlich 50 000 Gulden wurden denselben von den Generalstaaten in Aussicht gestellt. Nachdem die böhmischen Stände durch die Wahl Friedrichs von der Pfalz mit Ferdinand II. für immer gebrochen hatten, erklärten sich die Holländer auch bereit, dem mit der Union geschlossenen Bündnisse entsprechend dieser 5000 Mann zu senden, um die Rheinpfalz gegen den zu erwartenden Angriff der Spanier verteidigen zu helfen. Aber sie setzten die Bedingung, daß auch der König von England zu diesem Zwecke 6000 Mann stelle. Da diese Forderung abgelehnt wurde, wagten auch die Generalstaaten nicht, außerhalb ihres eigenen Landes den Kampf gegen Spanien aufzunehmen.

Der neue böhmische König hatte seine Hoffnungen außer auf England und Holland besonders auf seine eigenen Hilfsmittel und auf die Unterstützung der Union gebaut.

Aber die meisten Mitglieder derselben scheuten vor einem offenen Kampfe gegen den Kaiser zurück und wollten auch für eine Sache, die nicht ihre unmittelbaren Interessen berührte, keine großen Opfer bringen. Ein Unionstag, der im November und Dezember 1619 in Nürnberg gehalten wurde, beschloß zwar die Waffen zu ergreifen, aber nicht um die Aufständischen zu unterstützen, sondern um die Erblande des Pfälzers gegen einen feindlichen Angriff zu schützen und im geeigneten Momente die mitteldeutschen Bistümer zu besetzen, deren Annexion schon längst der geheime Wunsch einiger unierter Fürsten gewesen war. Für die Böhmen oder Österreicher dagegen, welche auch einen Gesandten geschickt hatten, bewilligte die Union weder einen Mann noch einen Kreuzer Geld. Selbst die Fortzahlung des Gehaltes von 6000 Gulden, welche Friedrich von der Pfalz bisher als Obergeneral der Union bezogen hatte, und des Soldes für seine beiden Leibkompagnieen wurde diesem jetzt verweigert [2]).

1) Müller III, 57. Vgl. über die weitere Haltung der Holländer Gindely II, 236; III, 68 ff. und Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg I, 107 ff.

2) Gindely II, 291 ff. Vgl. bei A. Wolf, Geschichtliche Bilder

Die Zaghaftigkeit der Union war auch die Ursache, daß der schwedische König nicht schon jetzt in diesen Krieg hineingezogen wurde. Gustav Adolf wäre sehr bereit gewesen, den König von Polen, seinen alten Feind, von einer Unterstützung des Kaisers abzuhalten, wenn die Union mit ihm gegen denselben ein Bündnis geschlossen hätte. Aber diese wollte sich zu nichts herbeilassen, was über den Schutz der Pfalz hinausging, und so führten auch die Verhandlungen des Kurfürsten Friedrich mit dem Schwedenkönige zu keinem Resultate [1]).

So blieb Friedrich fast ausschließlich auf sich selbst und die Kräfte der aufständischen Provinzen angewiesen.

Aber hier war alles im traurigsten Zustande. In Böhmen herrschte teilweise Anarchie, und der junge, vergnügungssüchtige und wenig begabte König war nicht der Mann, in die verwirrten Verhältnisse Ordnung zu bringen, das Volk zu großen Opfern zu entflammen und die Mittel zu organisieren, welche das Land bot. Zugleich machte sich das pfälzische Regiment durch seinen Fanatismus unbeliebt und verletzte die religiösen Gefühle nicht bloß der Katholiken sondern auch der meisten Protestanten, welche trotz des Übertrittes zum Luthertum vieles Katholische beibehalten hatten. Gleich nach Friedrichs Ankunft in Prag erging der Befehl, „die Götzen vom Altar zu thun“ [2]). Am 21. Dezember begab sich dessen Hofprediger Scultetus, ein leidenschaftlicher Calvinist, mit einigen Mitgliedern der Brüderunität, Ruppa und Budowec, in die Domkirche, um die „Reinigung des Tempels Gottes“ vorzunehmen. Unter rohen Scherzen wurden mit Stangen, Äxten und Hauen die Altäre, Cruzifixe, Bilder und Grabdenkmäler zertrümmert, die Reliquien vernichtet, selbst Kunstwerke nicht verschont, obwohl von diesen einzelne durch einen Maler und

I, 264 ff. den Bericht Kufsteins, des Gesandten der protestantischen Stände Österreichs.

1) G. Droysen, Gustav Adolf I, 131 ff., Opel I, 119 f., Klopp I, 530 ff.

2) Bericht Lebzelters bei Müller III, 286. Für das Folgende die Belege bei Hurter VIII, 107 ff. und Gindely II, 314 ff.

Wilhelm von Lobkowitz gerettet wurden. Auf die meisten Böhmen wie auf viele deutsche Lutheraner machte dies den übelsten Eindruck. „Scultetus“, klagt ein lutherischer Theologe, „thut mit teuflischer Kunst dem Evangelium in einem halben Jahre mehr Schaden als alle Jesuiten in fünfzig.“ Thurn sprach offen seine Mißbilligung aus, und selbst ein Bericht von pfälzischer Seite gesteht, „daß die armen blinden Papisten seufzen aber schweigen, die lutherischen Clamanten dagegen fast gar rasend werden und öffentlich dawider murren“ [1]).

Den Böhmen fehlte vor allem das Geld, da der reiche Adel, welcher die Revolution gemacht hatte, mit wenigen Ausnahmen nicht opferwillig genug war, die zur Durchführung derselben notwendigen Summen beizusteuern. Geldstrafen, die Beschlagnahme des hinterlassenen Bargeldes, wenn ein Reicher starb, Wegnahme der Kirchenschätze, Münzverschlechterung und ähnliche Mittel reichten nicht aus, um die Soldaten auszurüsten und zu verpflegen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn diese häufig meuterten oder sich durch Raub und Plünderung bezahlt machten, wodurch wieder die Bauern zur Verzweiflung gebracht wurden [2]). Ende 1619 nach dem Rückzuge von Wien hatten Hunger und Krankheiten unter den Böhmen so aufgeräumt, daß diese nur mehr 7000 Kampffähige zählten, während die Mähren und Schlesier ganz nachhause zogen [3]). Obwohl sich dann im Januar 1620 die Mehrheit der protestantischen Stände Niederösterreichs offen den Böhmen anschloß und die von ihnen geworbenen Truppen mit dem böhmischen Heere vereinigte, war dieses den Kaiserlichen nicht gewachsen, da gleichzeitig auch diese nicht unbedeutende Verstärkungen erhielten. Denn einerseits kamen 3500 polnische Kosaken durch Schlesien und Mähren glücklich nach Österreich. Anderseits

1) Wolf-Breyer IV, 373, N. 7.

2) Gindely II, 271 ff.; III, 85 f. 117 f. — Zu ähnlichen Mitteln z. B. Zwangsanlehen von Kaufleuten, Wegnahme von Waisengeldern mußte übrigens auch der Kaiser seine Zuflucht nehmen. Hurter VII, 243 ff.

3) Gindely III, 76 ff.

war ein von Spanien besoldetes Corps von 7000 Mann unter Marradas von Italien her durch Tirol und Baiern an die Donau gelangt, welches teils im Januar, teils im April nach Budweis vordrang [1]). Nur die Unschlüssigkeit Buquoys, der, wie man von ihm sagte, nie einen Schlag wagte, wenn er nicht den Feind im Sack hatte, war die Ursache, daß sich die Aufständischen, über welche jetzt Anhalt den Oberbefehl führte, trotz einzelner empfindlicher Schlappen in Niederösterreich auf dem nördlichen Donauufer behaupteten und die Oberösterreicher ganz unangefochten blieben [2]).

Beim Beginne des Sommers gestalteten sich die Aussichten für die Böhmen noch günstiger. Im Mai wurde das Heer Anhalts, das bei Eggenburg lagerte, durch das Corps Mansfelds, welches bisher im westlichen Böhmen gestanden, 5500 Mann, und durch 2500 Schlesier verstärkt [3]). Auch Bethlen Gábor beschloß trotz des am 16. Januar 1620 mit dem Kaiser geschlossenen Vertrages die Böhmen zu unterstützen.

Es war von vornherein ein unnatürlicher Zustand, welcher damals geschaffen worden war. In denselben Tagen, wo der Waffenstillstand mit dem Kaiser vereinbart wurde, unterzeichnete Bethlen mit Friedrich von der Pfalz als dem Könige von Böhmen und mit den Ständen der böhmischen Länder und Österreichs den Bundesvertrag, welcher jeden Separatfrieden untersagte und die Abschickung einer gemeinsamen Gesandtschaft an die Pforte in Aussicht nahm [4]). Ergiebt sich daraus die Wahrscheinlichkeit, daß Bethlen die Waffenruhe nur mit dem Hintergedanken schloß, den Kampf bei günstiger Gelegenheit wieder aufzu-

1) Gindely II, 368f.; III, 84f.

2) Über diese Kämpfe und die Lage der Heere handelt eingehend Gindely III, 75—106. 116ff.

3) Gindely III, 116f.

4) Die Urkunde Friedrichs und der Stände seiner Länder ist vom 16., die Bethlens und der ungarischen Stände vom 19. Januar, also drei Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes mit dem Kaiser datiert. Firnhaber in „Sitzungsberichten" XXVIII, 454ff.

nehmen, so erhielt er anderseits eine gewisse Berechtigung dazu, als der Kaiser die Ausdehnnng derselben auf die Böhmen und Österreicher verweigerte. Aber dessenungeachtet vermied er es, schon jetzt mit dem Kaiser zu brechen. Mehrere Wochen setzte er die Verhandlungen mit diesem fort, um ihn zum Abschlusse eines Waffenstillstandes mit den Aufständischen zu bewegen, welche übrigens von einem solchen ebenso wenig wie Ferdinand etwas wissen wollten, wenn dieser nicht Böhmen und Österreich vollständig räumte, und namentlich sich nicht herbeiließen, den Kaiser darum zu „ersuchen". Erst in einem Schreiben vom 31. März erklärte er dem Kaiser, daß er nicht umhin könnte, den Böhmen Hilfe zu leisten, wenn sich derselbe nicht binnen fünfundzwanzig Tagen zur Eingehung einer Waffenruhe mit denselben entschlossen hätte [1]).

Zwei Wochen früher hatte er den Grafen Emerich Thurzó mit anderen Bevollmächtigten nach Prag geschickt, um dort der Taufe eines neu geborenen Sohnes des pfälzischen Kurfürsten, dessen Pate Bethlen war, beizuwohnen und sich mit dem gleichzeitig berufenen böhmischen Generallandtag über die Ausführung einiger Punkte des im Januar geschlossenen Bundesvertrages zu einigen, besonders aber einen Beitrag zur Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen zu erwirken. Gleichzeitig sollten sie aber auch ernstlich auf den Abschluß eines Waffenstillstandes mit dem Kaiser dringen [2]). Wie sollte jedoch ein solcher vereinbart werden, da sich die Stände der böhmischen Länder von ihrem Könige nicht trennen lassen wollten, Ferdinand und Friedrich aber miteinander gar nicht unterhandeln konnten, weil keiner den andern, ohne seinen Ansprüchen etwas zu vergeben, als König von Böhmen anerkennen konnte? Die böhmischen Stände ließen sich denn auch in eine Ver-

1) Über die Verhandlungen Bethlens mit dem Kaiser im Februar und März 1620 s. Gindely II, 356 ff. Vgl. die von Firnhaber in „Sitzungsber." XXXIV, 196 ff. veröffentlichten Aktenstücke.

2) Die Instruktion Bethlens, auch vom Palatin und anderen Ungarn unterschrieben, vom 15. März 1620 bei Szilágyi, Bethlen levelei, p. 170 sqq.

handlung über diese Frage gar nicht ein, und nur Friedrich schickte an Bethlen den Antrag, dem Kaiser für die Verzichtleistung auf Böhmen die Führung des Königstitels und eine lebenslängliche Rente von 300000 Gulden zuzugestehen [1]). Daß aber Ferdinand auf einen so erniedrigenden Antrag nicht eingehen würde, hätte Bethlen ebenso wenig bezweifeln sollen [2]).

Die ungarischen Gesandten und die Böhmen beschäftigten sich denn auch in Prag mit ganz anderen Fragen. Am 25. April ratifizierte auch König Friedrich mit den Ständen der böhmischen und der andern verbündeten Länder die im Januar geschlossene Konföderation mit Bethlen und den ungarischen Ständen, wobei die Truppenmacht, womit beide Teile einander unterstützen sollten, je nach der Größe der Gefahr auf 4000 bis 12000 Mann festgesetzt wurde. Auch versprachen die böhmischen Länder und die Österreicher nicht bloß die Subsidien, welche sie bisher für die ungarischen Grenzfestungen und deren Besatzungen entrichtet hatten, 128000 Thaler, fortzuzahlen, sondern sie um 50000 Thaler zu erhöhen. Zugleich wurde die schon im Januar in Aussicht genommene Absendung einer gemeinsamen Gesandtschaft an die Pforte beschlossen, um dieselbe den Plänen der Verbündeten geneigt zu stimmen [3]).

Schon im Herbste 1619, nachdem der Angriff auf den Kaiser erfolgt war, hatte Bethlen durch Franz Balássy der

1) Gindely II, 363 und dessen „Acta", p. 102. Über die Verhandlungen in Prag und den dortigen Generallandtag ebendas. III, 106 ff. und die Aktenstücke bei Katona XXX, 306—360 und in „Sitzungsber." XXXIV, 222 ff.

2) Nach einem Briefe Bethlens an Thurzó vom 27. April scheint es übrigens in der That, daß er einen Frieden auf Grundlage dieses Antrages für möglich gehalten habe. Aber der Kaiser verlangte mit Recht als Voraussetzung aller weiteren Verhandlungen, daß sich Friedrich aus Böhmen in seine Erblande begebe, was Bethlen für eine Entehrung bezeichnete. Szilágyi, Bethlen pol. levelei, p. 201 sqq.

3) Der Bundesvertrag vom 25. April bei Katona XXX, 340 sqq. stimmt mit jenem vom Januar wörtlich überein. Nebenverträge, die namentlich die Zahl der zu stellenden Truppen (aber mit Gindely III, 110 nicht übereinstimmend!) und die fortzuzahlenden Subsidien normieren, ibid. p. 330 sqq. und 355 sqq. und „Sitzungsber." a. a. O.

Pforte Tribut geschickt, dessen Zahlung er bisher unter verschiedenen Vorwänden immer unterlassen hatte. Bald nach Balássy war auch ein Bevollmächtigter der ungarischen Stände, Stephan Korlath, nach Konstantinopel gekommen, wo er eine von vierzig vornehmen Ungarn unterschriebene Erklärung überreichte, daß sie vom Hause Österreich nichts mehr wissen, sondern einen Ungarn, und zwar Bethlen Gábor, zum Könige wählen wollten, welcher sich dann unter dem Schutz des Sultans stellen würde. Zugleich suchte Korlath die Pforte gegen den König von Polen, des Kaisers Freund, aufzureizen [1]), gegen den auch wirklich noch im Jahre 1620 der Krieg begonnen wurde [2]). Im April traf auch ein Bevollmächtigter des Pfälzers in Konstantinopel ein. Er und der Gesandte der Ungarn erboten sich, die Geschenke, welche der Kaiser bisher dem Sultan hatte senden müssen, zu verdoppeln und Waitzen und vier andere befestigte Plätze abzutreten, wenn Bethlen die Erlaubnis zur Annahme der ungarischen Krone erhielte [3]).

Die Pforte verleugnete ihre gewöhnliche Schlauheit auch diesmal nicht. Der Sultan gab seine Zustimmung zur Erhebung Bethlens auf den ungarischen Thron, wenn dieser ihm die Festung Jenö überließe. Anderseits verlangte man vom Kaiser die Abtretung Waitzens, weil man sie lieber aus den Händen des rechtmäßigen Besitzers als aus denen von Rebellen empfangen wolle [4]).

Die Abreise der gemeinsamen Gesandtschaft an die Pforte

1) Berichte des venetianischen Bailo in Pera vom 23. Dez. 1619 und 9. Jan. 1620 bei Ováry, p. 508 sqq.

2) Liske, Der türkisch-polnische Feldzug im Jahre 1620. „Archiv f. österr. Gesch." XLI, 353 ff.

3) Nach einem Berichte des holländischen Gesandten aus Konstantinopel bei Gindely, Acta, p. 151 hätten sie auch verlangt, der Sultan solle dem Pascha von Ofen befehlen, die Ungarn mit 16—20000 Mann zu unterstützen, wenn sie es verlangten. Aber Bethlen sagt in seiner Instruktion für den späteren Gesandten vom 30. Juli, er habe „bis jetzt weder Geld noch Truppen von der Pforte verlangt wie der arme Bocskay". Szilágyi, Bethlen pol. levelei, p. 217.

4) Gindely III, 176 ff.

verzögerte sich bis zum Ende des August, weil man ihr für den Sultan glänzende Geschenke mitgeben wollte, deren Wert man auf 30000 Thaler oder gar 70000 Gulden schätzte. Sie sollte denselben auch um Unterstützung durch Truppen bitten, obwohl Bethlen früher selbst Bedenken getragen hatte, die Türken förmlich in den Kampf hineinzuziehen. Die Gesandten, welche erst am 27. November in Konstantinopel anlangten, ließen es an Lügen und plumpen Schmeicheleien nicht fehlen, um die türkischen Staatsmänner günstig zu stimmen [1]). Friedrich von der Pfalz selbst hatte an den Sultan ein Schreiben geschickt, worin er diesen bat, dem Kaiser die Fortsetzung des Krieges gegen ihn zu untersagen, und sich erbot, jährlich kostbare Geschenke oder Tribut zu senden [2]). Die Gesandten wurden auch sehr wohlwollend aufgenommen. Es wurde ein Vertrag geschlossen, wonach Siebenbürgen wie bisher Tribut zahlen, die übrigen verbündeten Länder aber alle fünf Jahre eine Gesandtschaft mit Geschenken, „die des Sultans würdig wären", schicken sollten [3]). Doch leistete die Pforte auch jetzt keine thatsächliche Hilfe, sondern benutzte die Wirren in Ungarn nur zu einem unerwarteten Angriffe auf Waitzen, das am 5. November in die Hände des Paschas von Ofen fiel.

Bethlen war übrigens zufrieden, als er aus dem Bericht Balássys und Korlaths ersah [4]), daß ihm die Pforte gegen den Kaiser freie Hand lassen und selbst seiner Erhebung auf den ungarischen Thron nicht entgegen sein würde.

Doch handelte er auch jetzt mit derselben Vorsicht, die ihn überhaupt charakterisiert. Als er am 31. März an den Kaiser

1) Ihre Rede bei Katona XXX, 592—603. Vgl. über ihren Aufenthalt Hammer IV, 515 ff. 520. 692 f.

2) Vollständig bei Klopp, Tilly im Dreißigjähr. Kriege I, 519.

3) Gindely III, 182.

4) Ersterer war Anfangs Mai in Siebenbürgen angelangt, letzterer am 1. Juni in Großwardein eingetroffen und kam, wie Bethlen schreibt, „mit einer ganz guten und günstigen Antwort"; es war „bei der Pforte alles nach Wunsch gegangen". Szilágyi, Bethlen pol. levelei, p. 207. 212 sq.

das Ultimatum absendete, worin er binnen 25 Tagen den Abschluß eines Waffenstillstandes mit den Böhmen verlangte, ordnete er zugleich die Aufstellung einiger Reiterscharen an der mährischen Grenze an. Nachdem der Termin abgelaufen war, schickte er 2400 Mann, welche sich meist dem Grafen Thurn anschlossen und bald als leichte Truppen im kleinen Kriege hervorthaten [1]). Aber den Waffenstillstand mit dem Kaiser unmittelbar ließ er trotzdem fortbestehen, wie auch dieser kein Interesse hatte, schon jetzt mit Bethlen förmlich zu brechen.

Was Bethlens Thätigkeit vor allem lähmte, war der Mangel an Geld, weil seine Einkünfte für einen Krieg nicht ausreichten und ihm die Abneigung der Ungarn gegen Steuerzahlungen hinreichend bekannt war [2]). Er erklärte sich daher den Böhmen gegenüber zur Aufstellung eines größeren Heeres bereit, nur müßten sie die Kosten tragen. Er verhandelte darüber sowohl durch eine eigene Gesandtschaft in Prag als auch mit den Vertretern der böhmischen und österreichischen Länder, welche sich in Neusohl einfanden, wo dem früheren Vertrage mit dem Kaiser gemäß Anfangs Juni der ungarische Reichstag zusammengetreten war. Er berechnete die Kosten eines Heeres von 20000 Mann bis zum Eintritt des Winters auf 800000 Gulden, wovon er ein Viertel aus eigenen Mitteln, ein Viertel aus den Steuern, deren Bewilligung er vom Reichstage erwartete, bestreiten, die Hälfte aber sein „Bruder, Gevatter und Bundesgenosse" Friedrich von der Pfalz zahlen sollte. Dieser versprach in der That in drei Raten 300000 Gulden zu senden und ließ die erste Rate seinem Verbündeten schon Anfangs August einhändigen, nachdem er sich durch Verpfändung von Silbergeschirr und verschiedenen Kleinodien Geld verschafft hatte [3]).

Da Bethlen Aussicht auf böhmische Subsidien erhielt und über die Stimmung der Pforte günstige Nachrichten eingetroffen

1) Bethlens Schreiben bei Szilágyi l. c., p. 189—208. Vgl. Gindely III, 121.

2) Vgl. seine Äußerungen im Schreiben vom 15. April ibid. p. 199.

3) Gindely III, 156 ff.

waren, so bedachte er sich nicht mehr, dem Kaiser schroffer gegenüberzutreten. Er weigerte sich, zur Sicherung der Bevollmächtigten, welche der Kaiser nach Neusohl [1]) schicken wollte, Geiseln zu geben, wie dies bei den Verhandlungen in Presburg geschehen war. Wenn dies auch die Folge hatte, daß sich Fürst Liechtenstein, welcher anfangs als Vertreter des Kaisers nach Neusohl bestimmt war, weigerte, dieses Amt zu übernehmen, schickte Ferdinand doch den Bischof von Knin, den niederösterreichischen Regimentsrat Georg Teuffel und den Reichshofrat Wolfgang Laminger als Kommissäre an den Reichstag, um die Schuld, daß der Waffenstillstand mit den Böhmen nicht abgeschlossen worden, auf diese zu schieben, weil sie ihn weder darum ersucht, noch gerechte und billige Bedingungen vorgeschlagen hätten, und um sich über die trotz der Waffenruhe erfolgte Unterstützung derselben durch Bethlen zu beschweren. Dieser machte dagegen für den Wiederausbruch des Krieges den Kaiser verantwortlich und forderte die Stände zu Geldbewilligungen auf. Am 14. Juli beschlossen diese trotz des Widerstandes der wenigen Anhänger des Kaisers, den Bund, welcher zu Presburg mit Bethlen geschlossen worden war, als noch weiter fortbestehend zu betrachten, um ihre Freiheiten zu schützen und sich und ihren Verbündeten einen billigen Frieden zu verschaffen. Auch diesmal unterschrieb der Palatin Forgách als erster von achtzehn Magnaten die Urkunde [2]). Damit aber die Verhandlungen mit dem Kaiser nicht zu einem Resultate führten, erklärten sie die Vollmacht der kaiserlichen Kommissäre, zu welchen später noch der Hofkriegsrat Graf Collalto und Moyses Cziráky kamen, für ungenügend, besonders weil sie der

1) Über die Verhandlungen des dortigen Reichstages und andere Vorgänge s. **Katona XXX**, 376 sqq. **Hurter VIII**, 382 ff. **Frankl, Pázmány I**, 539 sqq. **Gindely III**, 148 ff. 166 ff. Aus Frankl, S. 544 ff. ergiebt sich, daß das bei Katona S. 392 ff. abgedruckte Schreiben K. Ferdinands nicht, wie Gindely S. 152 vermutete, vom 2., sondern vom 20. Juni sein muß.

2) Die Urkunde in „**Magyar történ. tár**“ IV, 215 sqq. und ohne die Unterschriften bei **Katona XXX**, 578 sqq.

Böhmen nicht Erwähnung that. Es blieb diesen daher nichts übrig, als am 15. August im Namen des Kaisers den Reichstag für aufgelöst zu erklären und gegen alle Beschlüsse Protest einzulegen.

Die Stände ließen sich aber dadurch in ihrem weiteren Vorgehen nicht irre machen. Besonders auf Betreiben Emerich Thurzós wählten sie Bethlen am 25. August zum Könige. Auch die Gegner der Revolution, welche terrorisiert und eingeschüchtert worden waren, hatten dafür gestimmt. Doch war der geistliche Stand nicht vertreten, weil sich Bethlen geweigert hatte, den Prälaten für ihre Person Sicherheit zu garantieren. Zwei Tage darauf gingen die Stände auseinander.

In den von ihnen beschlossenen Gesetzartikeln [1]) wurde die freie Religionsübung für die Bekenner der augsburgischen, helvetischen und katholischen Konfession neuerdings proklamiert. Aber wie die Stände dies verstanden, zeigt der Beschluß, daß alle katholischen Kirchengüter, von denen ein großer Teil schon von Bethlen verpfändet worden war, vom Staate eingezogen werden sollten. Nur drei Bistümer mit dem Sitze in Erlau, Neitra und Raab sollten fortbestehen und die Inhaber vom Staate einen festen Gehalt von je 2000 Gulden beziehen. Auch die Zahl der Stifter und Klöster wurde sehr reduziert. Die Verbannung Pázmánys und der Jesuiten wurde neuerdings und zwar für immer verhängt, die Güter Homonnays, der unterdessen in Polen, wie es hieß an Gift, gestorben war, und einiger anderer Personen konfisziert.

Bethlen wollte sich freilich auch jetzt den Weg zu einer Aussöhnung mit dem Kaiser nicht vollständig versperren, wenn etwa der Gang der Ereignisse diese vorteilhaft erscheinen ließe. Er weigerte sich daher, sich krönen zu lassen, angeblich, weil dazu nur der Erzbischof von Gran befugt sei, und nahm nur den Titel eines „erwählten Königs von Ungarn" an. Doch

1) Mit der Sanktion durch Bethlen bei Katona XXX, 487—548. In denselben p. 495 ist als Tag der Wahl Bethlens ausdrücklich der 25. August angegeben, wodurch die Zweifel Gindelys III, 168, N. 1 erledigt werden.

begann er gleich den Angriff gegen den Rest der kaiserlichen Besitzungen in Ungarn, wo nun auch die meisten Plätze zwischen der Donau und Drau von seinen Unterfeldherrn erobert wurden [1]), und schickte auch zur Verstärkung des böhmischen Heeres neuerdings einige tausend Reiter ab.

Doch vermochte dies den Untergang seiner Verbündeten nicht mehr aufzuhalten, weil unterdessen auch die Bundesgenossen des Kaisers ihre Operationen begonnen hatten.

---

# Fünftes Kapitel.

## Die Niederwerfung des Aufstandes in Österreich und den böhmischen Ländern.

Im Laufe des Winters hatten die Mitglieder der Liga ihre Rüstungen vollendet. Die unierten Fürsten, welche noch immer aus ihrer unklaren Haltung nicht heraustraten, hatten zwar dem Marsche der Truppenteile, welche dem Herzoge von Baiern aus Franken und den Rheinlanden zuzogen, Schwierigkeiten bereitet, aber nicht gewagt, sie vor ihrer Vereinigung anzugreifen und zu erdrücken. Ende Mai 1620 stand ein Heer von 24 000 Mann, mit allem Notwendigen versehen, bei Lauingen und Günzburg, bereit, den Kampf gegen die Empörer in Österreich und Böhmen zu beginnen. Den Oberbefehl führte dem Namen nach Maximilian von Baiern, der auch, erfüllt vom Bewußtsein der Gerechtigkeit der katholischen Sache und auf den Beistand Gottes vertrauend, während des ganzen Feldzugs zu raschem Handeln drängte. Die Ausführung lag in den Händen seines Generallieutenants [2]) Johann Tserclaes,

1) Katona XXX, 628 sq.

2) Generallieutenant bezeichnet den Obergeneral als Stellvertreter des regierenden Fürsten, welcher als der eigentliche Oberanführer galt.

Freiherrn von Tilly, eines gebornen Niederländers, der zuerst unter dem berühmten Alexander von Parma gegen die Holländer, dann unter Rudolf II. seit dem Jahre 1600 als Oberst im Kriege gegen die Türken gekämpft und sich mehrfach hervorgethan hatte, 1610 aber in bairische Dienste getreten war.

Damit aber nicht während des zugunsten des Kaisers beabsichtigten Feldzuges die ligistischen Gebiete einem Angriffe ausgesetzt wären, knüpfte Maximilian Anfangs Juni mit den Unierten, deren Truppen in einer Stärke von 13000 Mann bei Ulm lagerten, Unterhandlungen an und bot ihnen die Aufrechthaltung des Friedens zwischen den beiden Bünden an. Die Unierten, von denen der Markgraf von Ansbach und der Herzog von Württemberg persönlich in Ulm anwesend, die anderen Glieder durch Gesandte vertreten waren, erklärten sich dazu bereit, wenn die Verpflichtung zur Neutralität auch auf den Erzherzog Albrecht, Regenten der spanischen Niederlande, ausgedehnt würde. Dies lehnte aber der Herzog von Baiern ab, weil er den Fürsten, welche der Liga nicht angehörten, ihre Handlungen nicht vorschreiben könne. Für die Unierten war dies das Entscheidende, weil sie nur dann für den Pfälzer in Böhmen eintreten konnten, wenn dessen Erblande vor einem Angriffe von den Niederlanden her gesichert waren. An dieser Frage drohten daher die Unterhandlungen zu scheitern.

Da nahm eine gerade in Ulm anwesende französische Gesandtschaft die Vermittelung in die Hand. Die katholische Partei in Frankreich, welche auch vom päpstlichen Nuntius und dem Beichtvater Ludwigs XIII., dem Jesuiten Arnould, unterstützt wurde, hatte es um Weihnachten 1619 durchgesetzt, daß der König dem Gesandten des Kaisers das Versprechen gab, im Frühjahr zu seiner Unterstützung ein Heer zu schicken und durch eine eigene Gesandtschaft auch bei den katholischen und protestantischen Fürsten Deutschlands für ihn zu wirken. Die Absendung von Hilfstruppen unterblieb dann freilich teils wegen des Entgegenwirkens der antihabsburgischen Räte, teils wegen der Gefahr des Ausbruchs innerer Unruhen. Aber die nach Deutschland geschickten Gesandten, an deren Spitze der

Herzog von Angoulême, ein natürlicher Sohn Karls IX., stand, wirkten bei den Verhandlungen, die sie zunächst in Ulm mit den Unierten führten, entschieden zugunsten des Kaisers [1]). Sie gingen über die Forderungen Maximilians von Baiern noch hinaus. Denn während dieser nur die Aufrechthaltung des Friedens in Deutschland verlangte, also die Unterstützung des Pfalzgrafen durch die Unierten in Böhmen gestattet hätte, forderten die Gesandten, daß sich diese auch in den Streit um Böhmen nicht einmischen sollten. Durch die Entschiedenheit ihres Auftretens und die Drohung, die Verhandlungen abzubrechen, was die Unierten offene Feindseligkeiten vonseite Frankreichs befürchten ließ, schüchterten sie diese so ein, daß sie sich den Wünschen der Gesandten fügten.

Am 3. Juli wurde der Vertrag von Ulm unterzeichnet, durch welchen sich die Union und Liga für ihre Besitzungen in Deutschland gegenseitig Frieden zusicherten, aber der Liga allein das Recht zugestanden ward, sich am Kriege in Österreich und Böhmen zu beteiligen. Dadurch war die Union gezwungen, dem entscheidenden Kampfe unthätig zuzusehen, während das Versprechen der Liga, die pfälzischen Gebiete nicht anzugreifen, von keiner Bedeutung war, weil zur Durchführung dieser Aufgabe ohnehin das spanisch-niederländische Heer unter Spinola bestimmt war. Auf einen Erfolg der Verhandlungen über einen Frieden, wofür die französischen Gesandten als Vermittler auftraten, durften sich die Freunde des Pfälzers nicht die geringste Hoffnung machen. Denn dieser konnte, nachdem er einmal so weit gegangen war, auf Böhmen unmöglich mehr verzichten. Das äußerste Zugeständnis, zu dem er sich jetzt herbeilassen wollte, war ein Abkommen, nach welchem der Kaiser während seiner Lebensdauer den Titel eines Königs von Böhmen führen und die verfügbaren Einkünfte beziehen, aber sich in die Regierung nicht einmischen

1) Ein Bericht über diese Gesandtschaft mit zahlreichen Aktenstücken erschien 1667 in Paris unter dem Titel „**Ambassade extraordinaire de Messieurs le Duc d'Angoulesme**“ etc.

sollte. Diese sollte bis zu Ferdinands Tode von den Ständen geführt und dann wieder vom Kurfürsten übernommen werden [1]). Eine solche Zumutung konnte sich aber der Kaiser am wenigsten jetzt gefallen lassen, wo er mit Sicherheit auf die Hilfe Spaniens und der mächtigen Liga rechnen konnte, während die Aufständischen und die Unierten isoliert blieben.

Nachdem sich Herzog Maximilian durch den Ulmer Vertrag den Rücken gedeckt hatte, brach er mit seinem Heere, welches unterdessen auf 30000 Mann angewachsen war, nach Osten auf. 7000 Mann schickte er zur Deckung des nordöstlichen Baiern gegen den Böhmer Wald, mit der Hauptarmee zog er gegen Oberösterreich. Am 24. Juli überschritten seine Truppen von Ried her die Grenze.

Die protestantischen Stände Oberösterreichs waren unbegreiflicherweise durch diesen Angriff vollständig überrascht worden und hatten fast gar nichts zur Abwehr desselben gethan. Einige tausend Bauern, welche hinter Verhauen bei Haag die Feinde aufzuhalten versuchten, wurden nach kurzem Widerstande zerstreut und dann zahlreiche Dörfer und Höfe niedergebrannt. Auch durch Unterhandlungen ließ sich Maximilian nicht aufhalten. Am 4. August zog er in Linz ein. Die Forderungen der Stände, welche keine Gegenwehr gewagt hatten, aber auch jetzt freie Religionsübung, Fortdauer der Konföderation mit Böhmen, Amnestie und Abzug der ligistischen Truppen verlangten, wurden natürlich zurückgewiesen. Am 20. August mußten sie dem Kaiser die Huldigung leisten, ohne daß ihre Freiheiten bestätigt worden waren. Die ständischen Truppen, über 3000 Mann, mußten in den Dienst der Liga treten, alle Kriegsvorräte und die in den Städten vorhandenen Waffen nach Linz gebracht werden. Die Bestra-

1) Über die Haltung Frankreichs in dieser Zeit und die Verhandlungen in Ulm s. Gindely III, 1—41. Auf die späteren Unterhandlungen, welche aus Anlaß der von Frankreich und England beabsichtigten Vermittelung geführt wurden (weitläufig bei Gindely S. 261 ff.), gehe ich nicht weiter ein, weil sie ohne jeden Erfolg blieben und bei der Unvereinbarkeit der Ansprüche des Kaisers und des Pfälzers auch bleiben mußten.

fung der Rädelsführer, von denen sich übrigens die Schuldigsten geflüchtet hatten, und die Vertreibung der protestantischen Prediger wurde verschoben, um nicht das Land aufzuregen [1]).

Strengere Maßregeln ergriff der Kaiser schon jetzt in Niederösterreich.

Da beide Teile ein Interesse hatten, eine Entscheidung zu verzögern, bis die militärische Lage geklärt wäre, so wurden die Verbindungen zwischen dem Kaiser und den anfangs in Horn, später in Retz tagenden protestantischen Adeligen auch nach der Eröffnung der Feindseligkeiten noch nicht abgebrochen. Der Termin für die Huldigung, welcher vom Kaiser auf den 8. April 1620 festgesetzt worden war, wurde wiederholt verlängert, die Verhandlungen fortgeführt, wobei der entschieden protestantisch gesinnte, aber loyale Hans Ludwig von Kufstein den Vermittler machte [2]). Bei der Verschiedenheit des Standpunktes konnten diese Unterhandlungen freilich keinen Erfolg haben. Denn der Kaiser erklärte sich nach Einholung eines Gutachtens seines Beichtvaters P. Becanus und anderer Jesuiten am 28. Mai bereit, durch einen Revers den Ständen die Aufrechthaltung ihrer Privilegien und den Bekennern der Augsburgischen Konfession die Wahrung der Religionsfreiheit, wie sie unter dem Kaiser Matthias bestanden hatte, zuzusichern. Aber die Forderungen der Retzer Protestanten, welche Anerkennung der Konföderation mit Böhmen, Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes und Bestätigung aller politischen und religiösen Freiheiten, wie sie dieselben verstanden, als Bedingung der Huldigung verlangten, wollte und konnte er nicht erfüllen. Da unterdessen auf die baldige Unterstützung der Ligisten gerechnet werden konnte, wurde der 13. Juli endgültig als Tag für die Huldigung bestimmt. Es erschienen auch dazu neben den 19 Prälaten und den 18 Abgeordneten der

1) Hurter VIII, 493 ff. Gindely III, 231 ff. Vgl. Pritz II, 359 ff.

2) Vgl. sein Tagebuch bei A. Wolf, Geschichtliche Bilder I, 269 ff.

Städte und Märkte Niederösterreichs und 32 katholischen Mitgliedern des Herren- und 39 des Ritterstandes, vom protestantischen Adel meist aus den Vierteln ober und unter dem Wiener Walde 33 Herren und 32 Ritter[1]), die sich schon längst von den Aufständischen getrennt hatten. Den übrigen wurde für die Huldigung noch eine vierzehntägige Frist zugestanden, nach deren Ablauf sie als Hochverräter behandelt werden sollten.

Diese ließen nicht bloß auch den letzten Termin unbenutzt verstreichen, sondern faßten am 1. August den Beschluß, mit dem Kaiser vollständig zu brechen und den König Friedrich von Böhmen zu ihrem Schutzherrn zu wählen. Nur vier wagten es, die Unterschrift zu verweigern. Die verdiente Strafe blieb nicht aus. Durch ein kaiserliches Patent vom 12. September wurden 31 Mitglieder des niederösterreichischen Herren- und Ritterstandes, darunter Hofkirchen, der Anführer der ständischen Truppen, Heinrich Mathias Thurn, der auch in Österreich begütert war, Andreas Thonradel, zwei Starhemberg, drei Buchheim und ein Fünfkirchen, für Rebellen und ihres Lebens und Vermögens verlustig erklärt[2]).

Als dieses Strafedikt veröffentlicht wurde, war Maximilian von Baiern bereits in Niederösterreich eingerückt. Nachdem er die Verwaltung des ihm verpfändeten Landes ob der Enns geordnet und die Ruhe durch Zurücklassung einer Besatzung von 5000 Mann gesichert hatte, brach er am 23. August nach dem südlichen Böhmen auf, schwenkte aber dann rechts nach Niederösterreich ab und vereinigte sich am 8. September bei Neupölla östlich von Zwettl mit den Kaiserlichen unter Buquoy. Dadurch wurde die militärische Lage vollständig geändert.

Anhalt hatte trotz der numerischen Überlegenheit seiner Truppen, welche Anfangs Juni auf 23- bis 25000 Mann

1) Die Namen derselben bei Khevenhüller IX, 1065. Gindely III, 223 giebt nach einem Berichte im sächsischen Staatsarchiv etwas abweichende Zahlen an.

2) Hurter VIII, 411 ff. Gindely III, 185—230.

verstärkt worden waren [1]), keine Erfolge zu erringen vermocht, teils weil seine Truppen in qualitativer Beziehung meist hinter den Kaiserlichen zurückstanden und wegen des Ausbleibens der Zahlungen in einem Zustande fast fortwährender Meuterei waren, teils weil sich Buquoy vorsichtig in der Defensive hielt. Bald mußte auch Mansfeld mit seinem Corps wieder nach Böhmen zurückmarschieren, um den Fortschritten des Marradas Einhalt zu thun und die Bauern im Zaume zu halten, welche sich, durch die Bedrückungen der Soldaten zur Verzweiflung gebracht, an mehreren Orten erhoben hatten [2]).

Als sich nun auch der größte Teil des ligistischen Heeres mit den Truppen Buquoys vereinigt hatte, glaubte sich Anhalt in Österreich nicht mehr halten zu können. Er zog sich über Drosendorf nach Znaim zurück, wo er den Ungarn die Hand reichen konnte.

Trotz des Sträubens Buquoys beschloß nun ein Kriegsrat auf den Wunsch des Herzogs von Baiern, nicht dem feindlichen Heere nach Mähren zu folgen, sondern 6000 Mann unter Dampierre zur Deckung Wiens abzusenden, mit der Hauptarmee aber in nördlicher Richtung nach dem Herzen Böhmens vorzudringen. Nur die Schwierigkeit der Verpflegung hielt den Vormarsch einige Zeit auf, weil der größte Teil der Lebensmittel aus Baiern nachgeführt werden mußte. Erst am 20. September überschritten die kaiserlich-ligistischen Truppen unweit Gratzen die böhmische Grenze und wendeten sich nach Budweis, wo sie dem Corps unter Marradas die Hand reichten. Nachdem sie Prachatitz, Wodnian und Pisek unter großen Greuelthaten erstürmt und sich mit der früher an die baierisch-böhmische Grenze geschickten Abteilung des ligistischen

1) Nach dem Tagebuch des jüngeren Anhalt zählten die böhmisch-österreichischen Armeen um diese Zeit ohne die Ungarn (ca. 3000 Mann) 21100 Kombattanten, während der Sold, weil fast nie Musterungen stattfanden, für 30680 Mann bezahlt werden mußte. Der Sollstand der Kaiserlichen ohne die 2000 Kosaken war 19550, die Zahl der Kombattanten aber sicher geringer. Vgl. Krebs, Die Schlacht am Weißen Berge, S. 195 ff.

2) Gindely III, 127 ff.

Heeres vereinigt hatten, zogen sie gegen Pilsen, in welche Festung sich Mansfeld mit seinem schwachen Corps geworfen hatte [1]).

Aber Mansfeld dachte nicht daran, sein Geschick für immer an das der Böhmen zu knüpfen. Er fühlte sich überhaupt gekränkt, weil man seine Soldaten noch mehr als die anderen vernachlässigte, und weil man, als Fels am 13. April in einem Treffen bei Sitzendorf den Tod gefunden hatte, die von diesem bekleidete Stelle eines Feldmarschalls auf seine bestimmte Forderung wohl ihm übertrug, aber ihm nicht auch den entsprechenden Einfluß gestattete. Er knüpfte daher jetzt mit Buquoy Verhandlungen an und erbot sich, Pilsen zu übergeben, wenn ihm der Kaiser Verzeihung gewährte, ihn legitimierte und zum Reichsgrafen machte und wenn ihm weiter zur Befriedigung seines Volkes 300 000 Gulden ausbezahlt und das von seinem Vater bekleidete Amt eines Statthalters von Luxemburg verliehen würde. Man war geneigt, auf diese Forderungen einzugehen, und Herzog Maximilian nahm selbst die Zahlung von 100 000 Gulden auf sich. Da aber die Erfüllung der übrigen Bedingungen vor allem vom Kaiser abhing, so wollte man sich bis zum Eintreffen einer Entscheidung vonseite desselben gegenseitig aller Feindseligkeiten enthalten. Dies entsprach auch den Interessen Mansfelds, welcher sich allem Anscheine nach die Möglichkeit eines Frontwechsels offen halten wollte. Denn er erklärte den Führern der Böhmen, daß diese Verhandlungen nur den Zweck hätten, die Feinde zu täuschen und aufzuhalten. Anderseits aber begab er sich selbst zum Könige Friedrich und forderte gerade im Momente der höchsten Gefahr den Abschied, der ihm auch erteilt wurde [2]).

1) Über die ersten Operationen der Alliierten in Böhmen wie über die dort getroffenen Verteidigungsmaßregeln s. Gindely III, 293 ff.

2) Über die Verhandlungen Mansfelds mit den Verbündeten, welche früher ganz im Dunkeln lagen (s. R. Reuß, Graf Ernst von Mansfeld S. 81 ff.) haben erst die von Gindely IV, 569 ff. mitgeteilten Aktenstücke, besonders die Berichte des sächsischen Gesandten in Wien, S. 569 u. 573 einiges Licht verbreitet. Doch ist, wie schon Gindely IV, 568 (gegen

Nachdem Mansfeld unschädlich gemacht war, wendeten sich der Herzog Maximilian und Buquoy am 22. Oktober nordwärts, in der Absicht gegen Prag zu marschieren. Aber jetzt stellte sich endlich das böhmische Heer ihnen entgegen. Als Anhalt sah, daß seine Absicht, die feindliche Armee nach Mähren zu locken, mißlungen sei, zog auch er nach Westen, wagte aber nicht, sich mit derselben in eine Schlacht einzulassen, sondern ließ sie nur durch die ungarischen Reiter beunruhigen. Erst als die Feinde die Hauptstadt selbst bedrohten, verlegte er ihnen den Weg, indem er bei Rakonitz eine durch Verschanzungen verstärkte Stellung einnahm. Da er sich aus derselben nicht herauslocken ließ, ein Angriff auf sein Heer aber trotz der in mehreren Treffen zutage tretenden Überlegenheit der verbündeten Truppen zu gefährlich schien, so beschloß ein Kriegsrat, die Stellung der Böhmen zu umgehen und, zunächst nördlich abbiegend, gegen Prag zu ziehen, dessen man sich möglicherweise durch einen Handstreich bemächtigen konnte. Am 5. November wurde der Marsch angetreten.

Doch kam Anhalt auch diesmal den Feinden zuvor und stellte sein Heer auf den Höhen des Weißen Berges westlich von Prag auf, an der Front durch zwei Schanzen gedeckt, während zwei weitere nicht mehr vollendet werden konnten.

Tilly war mit der Vorhut der Ligisten den Böhmen in Eile nachgefolgt, und auch der Herzog Maximilian war dafür, daß man die Feinde sofort angreife. Dagegen war der methodische Buquoy gegen eine Schlacht, so lange nicht alles sorgfältig vorbereitet wäre, und sprach sich dafür aus, daß man durch einen Marsch gegen Prag die Böhmen zur Änderung ihrer Stellung zu bewegen suche. Die Meinungen des Kriegsrates waren geteilt. Mehrere, namentlich Tilly und der Oberstlieutenant Lamotte, der die feindliche Position rekognosziert hatte, erklärten das Vorrücken gegen Prag, wodurch die Flanke

III, 315) bemerkt hat, offenbar irrig, daß dem Grafen ein Drittel der Summe damals bar ausgezahlt worden sei. Vgl. über die Haltung Mansfelds bei dieser Gelegenheit Stieve in „Sitzungsber. d. bayer. Akad." 1890 II, 527 ff.

des Heeres ungeschützt den Feinden preisgegeben würde, für gefährlich und hielten nur einen Rückzug oder einen energischen Angriff für möglich. Der Oberst Spinelli, Führer eines neapolitanischen Regiments, schlug einen Mittelweg, ein „großes Scharmützel“ vor, von dessen Ausgange die weiteren Entschlüsse abhängig gemacht werden konnten, und diesem stimmte endlich auch Buquoy zu. Da erschien der Karmelitermönch P. Dominicus, ein im Geruche der Heiligkeit stehender Arragonese, welcher auf Wunsch des baierischen Herzogs den Feldzug mitmachte, in der Versammlung und beseitigte durch seine feurigen Worte und durch den Hinweis auf die sichere Unterstützung Gottes die letzten Bedenken gegen die Schlacht. Bald nach Mittag am 8. November wurde dieselbe eröffnet.

Die Ligisten wurden links, die Kaiserlichen rechts aufgestellt, jene von Tilly, diese, da Buquoy infolge einer vor Rakonitz erlittenen Verwundung dem Kampfe nur in einem Wagen beiwohnen konnte, von den Obersten Tieffenbach und Max von Liechtenstein kommandiert. Die Kaiserlichen zählten mit Einschluß von 800 polnischen Reitern 12—14000 Mann, die Ligisten ungefähr eben so viele. Die Verbündeten waren etwas stärker als die Böhmen und ihre Freunde, deren Zahl Anhalt auf 21100 Mann, darunter 5000 Ungarn, angiebt. Doch wäre dieser Unterschied wahrscheinlich durch die günstige Stellung der Böhmen ausgeglichen worden, hätten diese nicht in qualitativer Beziehung teilweise weit hinter den Gegnern zurückgestanden. Wohl fehlte es nicht an tapferen und erfolgreichen Waffenthaten. Anhalts junger Sohn Christian, welcher den linken Flügel der Kaiserlichen angriff, warf an der Spitze von sieben Reitercompagnieen nicht bloß ein ihm gegenüberstehendes spanisches Reiterregiment und acht weitere Compagnieen, welche diesem zuhilfe kamen, sondern sprengte auch ein aus zwei Regimentern bestehendes Infanteriecarré, und da die Ligisten wegen der Steilheit des Terrains nur langsam Boden gewannen, so stand die Sache auf katholischer Seite kurze Zeit nicht unbedenklich. Aber das auf dem äußersten linken Flügel der Böhmen stehende Infanterieregiment des

Grafen Thurn floh, ohne einen Schuß auf die Feinde abzu-feuern, schon beim Beginne der Schlacht davon, und seinem Beispiele folgten bald auch andere Abteilungen der Böhmen wie die Ungarn, welche spornstreichs das Schlachtfeld verließen, aber durch die verfolgenden Feinde wie beim Übersetzen der Moldau große Verluste erlitten. Die Reiter des jüngeren Anhalt, der, aus zwei Wunden blutend, ohnmächtig vom Pferde sank, wurden durch fünf baierische Kavalleriecompagnieen, welche Tilly im entscheidenden Augenblicke zuhilfe schickte, in der Flanke gefaßt und zurückgetrieben, und endlich auch das mäh-rische Infanterieregiment unter dem Grafen Heinrich Schlick, welches am längsten aushielt, nach tapferem Widerstande fast vollständig aufgerieben.

In wenig mehr als einer Stunde war die Schlacht ent-schieden. Das protestantische Heer hatte ohne die in der Moldau ertrunkenen Ungarn wenigstens 1600 Tote und zahl-reiche Gefangene, dazu das ganze Geschütz und die Bagage- und Proviantwagen eingebüßt, während sich der Verlust der Kaiserlichen nur auf ungefähr 300, der des ligistischen Heeres kaum auf 100 Tote belief [1]).

1) Über die Verluste beider Teile s. die Erörterungen von Krebs, Die Schlacht am Weißen Berge, S. 206 ff. Die Zahl der gefangenen Böh-men schätzt er auf 6—700. Aber wenn im Schlosse Stern allein 500 gefangen wurden, so ist diese Zahl sicher zu gering, da doch auch in der Schlacht viele Gefangene gemacht worden sein müssen. Die Zahl der Toten aufseite der Böhmen beruht auf einer Angabe Skálas bei Gin-dely III, 345 N. 3, er habe von glaubwürdigen Bürgern erfahren, daß die von der Prager städtischen Behörde auf Wunsch des Herzogs von Baiern festgestellte Gesamtsumme der Gefallenen auf dem Weißen Berge 1600 nicht überschritten habe. Die verschiedenen Schlachtberichte (eine große Zahl derselben ist veröffentlicht von Gindely im „Archiv f. österreich. Gesch." LVI, 1—179) geben alle viel größere Zahlen, freilich nach bloßer Vermutung oder vom Hörensagen. Über den Gang der Schlacht verweise ich auf Krebs, der in seiner Polemik gegen Gindely freilich oft zu weit geht, wie denn z. B. die von diesem berichtete Beeinflussung der Beschlüsse des Kriegsrates durch den P. Dominicus jetzt sicher gestellt ist durch das Zeugnis des Herzogs von Baiern bei Gindely, Ein Beitrag zur Biographie des Pater Dominicus a Jesu Maria. „Archiv f. österr. Gesch." LXV, 146 f.

König Friedrich saß an der Tafel, während auf dem Weißen Berge die Entscheidung fiel. Er hatte gar nicht geglaubt, daß es zu einer Schlacht kommen würde. Als er nach der Mahlzeit seine Truppen besichtigen wollte, begegneten ihm bereits die fliehenden Scharen und deren Führer.

Der in Prag weilende Tschernembl und Thurns Sohn Bernhard rieten auch jetzt noch zur Fortsetzung des Widerstandes und zur Verteidigung Prags, und mit diesen Ratschlägen vereinigten sich die Bitten der Bürger. Als aussichtslos konnte auch ein solcher Versuch nicht bezeichnet werden. Denn wenn man auch unterlassen hatte, die Befestigungswerke von Prag genügend zu verstärken, so konnte dieses doch von einer zahlreichen Besatzung einige Zeit behauptet werden. Lange konnte sich aber auch das kaiserlich-ligistische Heer nicht mehr im Felde halten, weil die Jahreszeit sehr weit vorgerückt, Böhmen ausgesogen war und schon bisher Krankheiten und Kämpfe breite Lücken in dessen Reihen gerissen hatten [1]). Aber Anhalt, Thurn, Hohenlohe und andere Oberste hatten alles Vertrauen auf die Widerstandsfähigkeit ihrer demoralisierten Truppen und der Prager Bürger verloren und hielten auch die Sicherheit, ja sogar das Leben des Königs für gefährdet. Dieser Ansicht neigte sich auch Friedrich selbst zu. Man suchte zunächst noch durch Unterhandlungen Zeit zu gewinnen. Zwei in Prag anwesende englische Gesandte richteten an den Herzog Maximilian und Buquoy wiederholte Schreiben, worin sie für sich um sicheres Geleit baten, um wichtige Mitteilungen zu machen. Als aber keine Antwort eintraf, ergriff Friedrich, der Winterkönig, wie ihn seine Gegner nannten, am Morgen des 9. November mutlos die Flucht nach Schlesien. Ihm schlossen sich auch Anhalt, Thurn, Hohenlohe und andere

1) Nach einer zur Verteidigung des bairischen Herzogs erschienenen Flugschrift (Peregrinus castigatus) bei Krebs, S. 129 betrug die Zahl der während des Feldzuges verstorbenen Ligisten 14000 Mann. Selbst von den im Gefolge des Herzogs befindlichen Räten, Hofbediensteten und Geistlichen war eine große Zahl gestorben. Ein Verzeichnis bei Hurter VIII, 536.

höhere Offiziere wie mehrere der vornehmsten Landesbeamten an. Die böhmische Krone und viele Gold- und Silbergeräte, auch wichtige Aktenstücke, durch welche zahlreiche Personen, besonders die Mitglieder der Union kompromittiert wurden, blieben zurück.

Mit der Flucht des Königs war die Katastrophe vollendet. Das böhmische Heer löste sich auf. Ein Teil suchte seine Rettung in der Flucht. Die anderen blieben zurück, aber nicht um Prag zu verteidigen, sondern um vom Feinde die Bezahlung ihrer Soldrückstände zu erwirken. Da ihnen dies abgeschlagen wurde, zerstreuten sie sich. Die Vertreter der Prager Städte und die in Prag anwesenden Mitglieder der Stände dachten ebenfalls an keinen Widerstand. Zwei Stunden nach der Abreise des Pfälzers hielt Buquoy, später der Herzog Maximilian seinen Einzug in die mit Bangen in die Zukunft blickende Stadt.

In der That war das Schicksal der Stadt wie des Landes sehr traurig. Die Forderungen, von deren Erfüllung die Stände anfangs ihre Unterwerfung abhängig machen wollten: allgemeine Amnestie. Sicherheit der Personen und des Eigentums und Aufrechthaltung der politischen und religiösen Freiheiten, wurden vom baierischen Herzoge natürlich nicht zugestanden. Ohne jeden Vorbehalt mußten dieselben am 13. November neuerdings dem Kaiser die Huldigung leisten. Doch versprach Maximilian, sich bei diesem für sie zu verwenden, und glaubte ihnen wenigstens Schonung ihres Lebens in Aussicht stellen zu können. Das hinderte ihn freilich nicht, wenige Tage darauf dem Kaiser zu schreiben, er solle sich durch seine Fürbitte nicht beirren lassen und nicht bloß die Privilegien kassieren, sondern auch die Rädelsführer aus dem Wege räumen [1]).

Schon gleich nach der Besetzung Prags machte sich die Raublust der Soldaten in der furchtbarsten Weise geltend. Unter den Ligisten hielt Maximilian und nach dessen Abreise

1) Vollst. bei Hurter VIII, 661.

der als Befehlshaber zurückgelassene Tilly ziemlich strenge Mannszucht, und es wurden nur Kontributionen erhoben [1]). Aber die Kaiserlichen, die nie ihren Sold erhielten, waren eine zügellose Bande und die Offiziere nicht besser als die Gemeinen. Nicht bloß die Wagen, auf welchen die Herren und Bewohner der umliegenden Kreise ihre Schätze und Habe nach Prag geführt hatten, und die dort noch schwer bepackt in den Straßen oder Höfen standen, wurden von ihnen geplündert, sondern sie drangen auch in die Häuser, besonders derjenigen, die sich geflüchtet hatten, ein und raubten, was nicht niet- und nagelfest war. Auf zwei Millionen Thaler wurde die Beute berechnet, welche die Kaiserlichen in Prag allein machten [2]). In den anderen Städten, welche nach und nach besetzt wurden, wie auf dem Lande war es nicht anders. Überall wurde geplündert, hohe Summen erpreßt und andere Gewaltthaten verübt. Selbst der baierische Herzog glaubte dem Oberbefehlshaber der Kaiserlichen deswegen ernstliche Vorstellungen machen zu sollen. Es sei ihm, schrieb er am 16. November unmittelbar vor seiner Abreise an Buquoy, berichtet worden, daß das in Prag anwesende kaiserliche Volk sowohl dort als draußen auf dem Lande mit Rauben, Plündern und Frauen- und Jungfrauen-schänden so excessiv verfahre, daß die Unterthanen und die anderen unteren Stände zur gänzlichen Desperation und daher zu einem allgemeinen Aufstand gebracht werden würden [3]). Doch machte

1) Doch rühmte sich ein beim Heere befindlicher bairischer Beamter, daß er in Böhmen 60 000 Gulden erworben, und bezeichnete jeden als schlechten Obersten oder Hauptmann, der in diesem Kriege nicht wenigstens 30 000 Gulden erbeutet habe. Gindely, Gegenreformation in Böhmen, S. 7.

2) Gindely IV, 16. Auf dessen Darstellung III, 348—378 und IV, 8—18 verweise ich überhaupt für die Ereignisse nach der Schlacht am Weißen Berge und die nächsten Vorgänge in Böhmen. Vgl. auch Hurter VIII, 578 ff.

3) Gindely III, 375. In gleicher Weise schrieb er am selben Tage an den neuen Statthalter Karl von Liechtenstein. Wolf-Breyer IV, 452. Vgl. auch die Schreiben an den Kaiser selbst bei Hurter VIII, 661 und 664.

er auf Buquoy damit keinen Eindruck. Auch fortan wurden die Adelssitze geplündert, die Städte durch hohe Kontributionen und „Anlehen“ wie durch Einquartierungen in unerträglicher Weise gedrückt. Besonders Wallenstein machte sich schon jetzt gefürchtet.

Nicht besser wurde Mähren behandelt, dessen Stände anfangs schwankten, ob sie mit Unterstützung Bethlens den Kampf fortsetzen oder sich dem Kaiser unterwerfen sollten. Auch ihnen wurde die erbetene Aufrechthaltung ihrer politischen und religiösen Freiheiten nicht gewährt. Auch die mährischen Städte wurden zur Zahlung großer Summen gezwungen [1]) und dem Lande außerdem die Verproviantierung und Besoldung der kaiserlichen Truppen auferlegt, die übrigens erst gegen die Mitte des Dezember von Böhmen her eingerückt waren. Wenigstens auf 150000—200000 Gulden wurde berechnet, was Mähren monatlich für das Heer aufbringen mußte [2]).

Ein günstigeres Los wurde den übrigen böhmischen Kronländern zuteil, deren Unterwerfung dem Kurfürsten von Sachsen übertragen worden war [3]).

Anfangs September überschritt das sächsische Heer, 12000 bis 15000 Mann zählend, die Grenze der Lausitz. Doch leistete die Stadt Bautzen, in welche der Markgraf von Jägerndorf gegen den Willen des Rates eine starke Besatzung geworfen hatte, drei Wochen Widerstand. Der Markgraf selbst aber, welcher mit der von Schlesien und den beiden Lausitzen gestellten Mannschaft wie mit dem Aufgebote des nördlichen Böhmen den Angriff der Sachsen abwehren sollte, wagte trotz der numerischen Überlegenheit seiner Truppen keine Schlacht,

1) Olmütz mußte 60000, Brünn 30000, Znaim 23000, Iglau 30000 Thaler zahlen und dieses außerdem Tuch in gleichem Werte liefern.

2) Gindely III, 379ff.

3) Vgl. hierüber außer Gindely III, 397—439 und Hurter VIII, 548ff. 614ff. Knothe, Antheil der Oberlausitz im „N. Lausitz. Magazin“ LVI, 48ff. und Grünhagen, Gesch. Schlesiens II, 182ff.

weil er auf die Tüchtigkeit derselben kein Vertrauen hatte. Schon Anfangs November, noch vor der Schlacht am Weißen Berge, erklärten sich die Stände der Niederlausitz zur Unterwerfung bereit. Länger zögerten jene der Oberlausitz, welche in Görlitz unter dem Einflusse des dort lagernden Markgrafen standen, mit der Anknüpfung von Verhandlungen. Trotzdem bot ihnen der Kurfürst günstige Bedingungen, die sie auch annahmen. Durch den „Dresdener Accord" vom 3. März 1621 sicherte ihnen derselbe die Aufrechthaltung aller ihrer Privilegien, auch derjenigen über freie Religionsübung, und vollständige Amnestie zu, von der nur elf Edelleute ausgenommen wurden. Gegen Zahlung bedeutender Geldsummen (zusammen 169 000 Thaler) erhielten dann auch diese Verzeihung. Vor weiteren reaktionären Maßregeln blieben die Lausitzer dadurch geschützt, daß sie 1623 bis zum Ersatz der Kriegskosten [1]) dem Kurfürsten von Sachsen als Pfand überlassen wurden.

Schlesien, wohin sich der pfälzische Kurfürst geflüchtet hatte, zeigte sich auch nach der Schlacht am Weißen Berge entschlossen, bei demselben auszuharren. Noch im Dezember faßte der dortige Fürstentag Beschlüsse, welche einen Widerstand bis zum Äußersten erwarten ließen. Nicht bloß wurden dem Könige hohe Steuern bewilligt, sondern die Konfiskation der Kirchengüter und der Besitzungen der Anhänger des Kaisers verfügt. Als sich aber Mähren unterwarf und zugleich der Pfälzer, statt sich an die Spitze des Heeres zu stellen, am 23. Dezember selbst das Land verließ und seiner Gemahlin nachreiste die er wegen ihrer bevorstehenden Entbindung nach Cüstrin in das Gebiet des Kurfürsten von Brandenburg, seines Schwagers, geschickt hatte, da knüpften auch die schlesischen Stände mit dem Kurfürsten von Sachsen Unterhandlungen an. Dieser ging bereitwillig darauf ein, weil er die Unterwerfung des

1) Der Kurfürst berechnete diese nach Helbig, Der Prager Friede „Hist. Taschenbuch" 1858, S. 639, N. 5 und Knothe a. a. O., S. 88 ff. bis Ende 1622 auf 3926843 Gulden Meißner Währung oder 3435988 Reichsthaler, nach Hurter VIII, 552 auf 5153982 Gulden, was mit obiger Summe übereinstimmt.

Landes lieber auf gütlichem Wege als durch Waffengewalt erreichen wollte. Er wies zwar einzelne ihrer Forderungen, namentlich die Beibehaltung der Konföderation mit Ungarn und die förmliche Zusicherung des Wahlrechts zurück und verlangte sofortige Anerkennung Ferdinands, ehe sie noch von ihrem jetzigen Könige des Treueides entlassen wären. Aber die Bedingungen, die er ihnen gewährte, konnten unter den damaligen Verhältnissen gar nicht günstiger sein und wurden denn auch endlich von den Schlesiern angenommen. Nach dem „Accord", welchen diesen der Kurfürst am 28. Februar 1621 ausstellte, wurde ihnen eine allgemeine Amnestie erteilt, von welcher nur der Markgraf von Jägerndorf ausgenommen wurde, und alle ihre Privilegien, auch der Majestätsbrief, bestätigt. Dagegen versprachen sie, binnen Jahresfrist dem Kaiser 300 000 Gulden zu zahlen und ihr Kriegsvolk bis auf 4000 Mann, die nur für den Dienst des Kaisers verwendet werden sollten, abzudanken. Andere Truppen sollten nicht in ihr Land geführt werden.

Der Kaiser war zwar mit einzelnen Punkten nicht einverstanden und hätte wenigstens die Bestrafung der Rädelsführer gewünscht. Um aber den Kurfürsten nicht zu beleidigen, bestätigte doch auch er diesen Accord.

Anfangs September fiel auch Spinola mit dem spanisch-niederländischen Heere in die Pfalz ein. Der Markgraf von Ansbach, welcher die Streitkräfte der Union kommandierte, wagte nicht, sich mit demselben in einen ernstlichen Kampf einzulassen, weil seine Truppen nicht bloß an Tüchtigkeit, sondern auch an Zahl hinter den Feinden zurückstanden, auch als sie durch 2400 Holländer und ein in England geworbenes Regiment unter dem Obersten Vere verstärkt worden waren. Obwohl Spinola mit außerordentlicher Vorsicht operierte, so brachte er doch bis zum Eintritte des Winters alle kleineren Plätze der Pfalz in seine Gewalt, und nur Heidelberg, Mannheim und Frankenthal wurden noch für den Kurfürsten behauptet.

Nach der Unterwerfung Böhmens verloren die Mitglieder

der Union vollständig den Mut. Sie rieten dem pfälzischen Kurfürsten, auf Böhmen Verzicht zu leisten, knüpften selbst mit dem Kaiser Unterhandlungen an und suchten auch mit Spinola einen Waffenstillstand zustande zu bringen, welchen aber dieser am 12. April 1621 nur unter der Bedingung bewilligte, daß die Unierten die Pfalz räumten und sich zur Neutralität verpflichteten, wenn sich der Kurfürst mit dem Kaiser nicht aussöhnte. Im Mai beschloß die Union ihre förmliche Auflösung [1]).

Nur Friedrich von der Pfalz selbst dachte noch immer nicht an Unterwerfung. Noch Ende des Jahres 1620 stellte er dem Kurfürsten von Sachsen gegenüber für die Verzichtleistung auf Böhmen Bedingungen, welche nach der damaligen Lage der Dinge nur als Ausdruck einer ungeheueren Naivität oder eines ebenso großen Übermutes bezeichnet werden können. Denn der Kaiser sollte ihm nicht bloß den ungestörten Besitz seiner Erblande zusichern, sondern auch die Kosten seines böhmischen Abenteuers ersetzen und die von ihm für die Behauptung Böhmens gemachten Schulden bezahlen, ja ihm noch überdies eine „Ergötzlichkeit“ zuteil werden lassen. Auch für die Böhmen verlangte er nicht bloß unbedingte Amnestie und Aufrechthaltung aller Privilegien wie der Religionsfreiheit, sondern auch Anerkennung des Wahlrechtes, das natürlich bei der nächsten Gelegenheit gegen das Haus Habsburg benutzt worden wäre [2]).

Daß der Kaiser auf solche Forderungen nicht einging, ist selbstverständlich. Er war entschlossen, seinen Sieg zur Vernichtung des Pfälzers oder wenigstens zur Erlangung eines vollständigen Schadenersatzes zu benutzen. Nachdem er sich der Zustimmung und der weiteren Unterstützung des Herzogs von Baiern versichert hatte, sprach er am 29. Januar 1621 über den pfälzischen Kurfürsten als das Haupt der untreuen Rebellen, als Verräter und Verletzer der kaiserlichen Majestät

1) Gindely IV, 107—155. O. Klopp, Der dreißigjährige Krieg II, 14 ff.

2) Gindely III, 411. 417 ff.

und Landfriedensbrecher in feierlicher Weise des Reiches Acht und Aberacht aus und erklärte ihn seiner Würden und Besitzungen für verlustig. Dieselbe Strafe wurde über dessen vorzüglichste Anhänger, den Fürsten von Anhalt, den Grafen von Hohenlohe und den Markgrafen von Jägerndorf verhängt [1]).

# Sechstes Kapitel.

## Der Krieg mit Bethlen und der Friede von Nikolsburg.

Auch auf den Krieg in Ungarn konnte der Sieg der Kaiserlichen in Böhmen nicht ohne Einfluß bleiben.

Dampierre hatte anfangs trotz seiner geringen Truppenmacht nicht bloß die Ungarn zur Aufhebung der Belagerung von Haimburg gezwungen, sondern auch Presburg durch einen plötzlichen Überfall wegzunehmen versucht. Als er aber bei diesem Unternehmen am 9. Oktober durch einen Schuß das Leben verlor, zogen sich seine Truppen mutlos gegen Wien zurück [2]).

Die Schlacht auf dem Weißen Berge und ihre unmittelbaren Folgen machten auf Bethlen einen solchen Eindruck, daß er sich mit dem Kaiser in Unterhandlungen einließ, welche seit Ende Januar 1621 unter der Vermittelung der noch in Wien anwesenden französischen Gesandten in Haimburg geführt

1) Hurter VIII, 570 ff. Gindely III, 420 ff. und über die Frage, ob der Kaiser dadurch seine Wahlkapitulation verletzt habe, die Erörterungen IV, 438 ff.

2) Vgl. mit den Quellen bei Katona XXX, 629 sqq. die Berichte in Mon. Hung. Dipl. IV, 240 sqq. und bei Gindely, Acta, p. 221 sqq.

wurden. Doch konnten dieselben unmöglich einen Erfolg haben, weil keiner der beiden Teile geneigt war, dem andern weitgehende Konzessionen zu machen. Bethlen und seine Anhänger wollten ihre bisherigen Errungenschaften behaupten und dem Kaiser nur den Titel eines Königs von Ungarn ohne wirkliche Macht zugestehen. Ferdinand II. aber glaubte jetzt stark genug zu sein, um nicht bloß Bethlen wieder auf Siebenbürgen, vielleicht mit einigen angrenzenden Komitaten zu beschränken, sondern auch in Ungarn die Ergebnisse der Entwickelung seit der Erhebung Bocskays rückgängig zn machen, die Macht der Stände und die Befugnisse des Palatins einzuengen, der katholischen Kirche wieder die frühere günstige Stellung zu verschaffen und die Haupträdelsführer des letzten Aufstandes wenigstens mit der Einziehung ihrer Güter zu bestrafen. Nur unter der Bedingung erklärte sich der Kaiser im Laufe der Verhandlungen zu einer unbeschränkten Amnestie bereit, wenn ihm wieder das Recht eingeräumt würde, in Ungarn deutsche Truppen zu halten und bezüglich der Grenzfestungen beliebige Anordnungen zu treffen.

Mit den ungarischen Ständen hätte man übrigens wohl trotzdem ein Übereinkommen zustande zu bringen vermocht, weil die Sehnsucht nach Ruhe unter den Magnaten immer mehr um sich griff und ein Erfolg des Krieges gegen den Kaiser immer zweifelhafter wurde. Aber Bethlen hielt seine Stellung auch in Siebenbürgen nicht für gesichert, wenn die Herrschaft des Kaisers in den benachbarten Komitaten wieder hergestellt wurde, und ging daher von der Forderung des größten Teiles von Oberungarn nicht ab. Als die Räte des Kaisers endlich zur Überzeugung kamen, daß derselbe die Verhandlungen nur noch fortführe, um Zeit zu gewinnen, rieten sie ihrem Herrn, dieselben seinerseits abzubrechen. Am 22. April verließen die Bevollmächtigten beider Teile Haimburg [1]).

Schon während der Verhandlungen hatte nicht bloß der Palatin Forgách die Verzeihung des Kaisers zu erlangen gesucht,

1) **Frankl**, Pázmány I, 565 sqq. **Gindely** IV, 214 ff.

sondern selbst mehrere der eifrigsten Anhänger Bethlens wie Emerich Thurzó und Georg Széchy mit den Bevollmächtigten Ferdinands II. Verbindungen angeknüpft. Als dieser dann am 2. Mai allen, welche binnen vier Wochen zum Gehorsam gegen ihn zurückkehrten, vollständige Verzeihung versprach, griff der Abfall in den Reihen Bethlens noch mehr um sich [1]). Selbst seinen Kanzler Péchy, der sein hervorragendster Vertreter bei den letzten Verhandlungen gewesen war, hatte dieser in Verdacht, daß er die Treue gegen ihn gebrochen habe, so daß er ihn gefangen setzen und bis zu seinem Tode in Haft behalten ließ.

Auch der Krieg, der nun ernstlich wieder begonnen wurde, verlief anfangs für Bethlen unglücklich. Buquoy, vor welchem sich dieser bis Kaschau zurückzog, eroberte am 6. Mai nach kurzer Beschießung das Schloß von Presburg wieder, während seine Unterbefehlshaber und einige von Bethlen abgefallene Truppenführer eine Reihe kleinerer Plätze, ja selbst die Bergstädte in ihre Gewalt brachten. Da nun aber Buquoy, statt seinen Gegner energisch zu verfolgen und unschädlich zu machen, die Festung Neuhäusel zu belagern begann, wo sich Stanislaus Thurzó mit Erfolg verteidigte, so gewann Bethlen Zeit, sein Heer zu verstärken. Bald errangen seine Generale in verschiedenen Landesteilen wieder Erfolge. Auch den vor Neuhäusel stehenden Kaiserlichen wurde durch die ungarischen Streifscharen die Zufuhr von Futter und Lebensmitteln sehr erschwert. In einem Gefechte, das sich darüber entspann, verlor Buquoy selbst am 10. Juli das Leben [2]), worauf Max von Liechtenstein, der statt seiner den Oberbefehl übernahm, die Belagerung aufhob und seine Truppen, von den Ungarn hart ver-

1) **Frankl** I, 582. 584 sqq.

2) Ein interessanter Bericht Aldringens bei Hallwich, Gestalten aus Wallensteins Lager II, 30, N. 34, wonach Buquoy eilf Wunden erhalten hatte. Andere Berichte über Buquoys Fall und die folgenden Ereignisse in Ungarn und Mähren sind mitgeteilt von d'Elvert in „Schriften der hist.-statist. Sektion der mährisch-schles. Gesellschaft" XXII, 99 ff.

folgt, mit Zurücklassung des größten Teiles des Belagerungsgeschützes auf die Insel Schütt zurückführte.

Dieser Erfolg war um so wichtiger, als Bethlen Ende Juli durch 8000 Mann, meist deutsche Fußgänger, verstärkt wurde, welche der geächtete Markgraf von Jägerndorf in Schlesien gesammelt hatte und durch das östliche Mähren heranführte. Zwar mußte er die Belagerung von Presburg, die er am 18. August unternahm, nach zwei Wochen wieder aufheben. Aber der größte Teil von Ungarn war für den Kaiser wieder verloren. Ja in den nächsten Monaten wurde von Bethlen und dem Markgrafen selbst das östliche Mähren bis zur schlesischen Grenze erobert, da die Streitkräfte des Kaisers so zersplittert waren, daß sie sich überall auf die Verteidigung beschränken mußten. Auch ein Teil Niederösterreichs litt durch die verheerenden Einfälle der Feinde. Schlesien, welches der Markgraf zur Erhebung aufforderte, wurde nur durch die Sachsen für den Kaiser erhalten [1]).

Trotz seiner Erfolge zeigte sich aber Bethlen einem Frieden geneigt. Er sah wohl ein, daß er mit den Kräften Ungarns allein dem Kaiser auf die Dauer nicht gewachsen sei, und daß die leichte, teilweise schlecht bewaffnete Reiterei, die ihm allein in größerer Zahl zur Verfügung stand, eine Stütze an einem waffengeübten Fußvolke haben müsse, wenn sie den Kaiserlichen widerstehen sollte. Zur Unterhaltung einer zahlreicheren regulären Truppenmacht fehlte ihm aber das Geld, da die ungarischen Adeligen nicht geneigt waren, für ihn materielle Opfer zu bringen. Auch Friedrich von der Pfalz, welcher selbst auf die Gnade der Holländer und seines Schwiegervaters angewiesen war, konnte ihn nicht unterstützen. Nach dem Abbruche der Haimburger Friedensverhandlungen hatte Bethlen beschlossen, Gesandte an die venetianische Regierung zu schicken, um von dieser Subsidien zu erhalten, wogegen er

1) Feßler-Klein IV, 185ff. Gindely IV, 244ff. Ein Teil der von diesem benutzten Berichte jetzt in seinen „Acta“, p. 285sqq.

derselben Soldaten gegen ihre Feinde liefern wollte [1]). Aber der vorsichtige Senat lehnte das der Republick angebotene Bündnis ab, ja gab Bethlen nicht einmal den Königstitel. Nicht besseren Erfolg hatte ein zweiter Versuch, welchen dieser nach der am 24. August erfolgten Rückkehr seiner Bevollmächtigten unternahm. Die verlockenden Anträge seines Agenten, der am 29. Oktober in Venedig eintraf, wurden zwar höflich aber ebenso entschieden zurückgewiesen [2]).

Auch die Versuche Bethlens, von den Türken und Tataren Hilfstruppen zu erhalten, waren vergeblich. Der Krieg mit Polen, dann wiederholte Thronumwälzungen machten der Pforte die Aufrechterhaltung des Friedens mit dem Kaiser zur Pflicht, obwohl sich Bethlen gegenüber fremden Fürsten und Mächten, welche er gegen den Kaiser aufzureizen suchte, in einer Weise äußerte, als wenn er über Zehntausende oder gar Hunderttausende von Türken und Tataren verfügen könnte [3]).

Erwägt man die allgemeine europäische Lage, die Niederlagen, welche die den Kampf gegen den Kaiser fortführenden Bandenführer in diesem Jahre durch Tilly erlitten hatten, und die Stimmung weiter Kreise in Ungarn, so begreift man, daß sich ein so kluger Mann wie Bethlen trotz einzelner Erfolge keinen übermäßigen Illusionen hingab und sich den Weg zur Aussöhnung mit dem Kaiser offen hielt.

Schon Ende Juli äußerte er gegenüber einigen Jesuiten, die sich aus Tyrnau nach Wien zurückzogen, seine Neigung zum Frieden [4]). An den Kaiser selbst schickte er den Grafen

1) Der Entwurf der Instruktion für die Gesandten in „Történ. tár“ 1879, p. 436 sqq.

2) Zwiedineck-Südenhorst, Politik Venedigs I, 165 ff. Die von ihm benutzten Aktenstücke sind jetzt von Ováry, Diplomatarium relationum Gabrielis Bethlen cum Venetorum republica, p. 34 sqq. vollständig herausgegeben.

3) Vgl. z. B. Ováry, p. 40.

4) Nach Bericht des florentinischen Gesandten vom 7. August bei Frankl I, 588, N. 2. Hier auch Näheres über die weiteren Vorverhandlungen. Vgl. Gindely IV, 264 ff. und dessen „Acta“, p. 298. 303 sq. 308. 309 sqq.

Christoph Erdödy, welcher am 15. August nach Wien kam. Er sprach den Wunsch aus, daß der Kaiser mit den Verhandlungen den Kardinal Dietrichstein, den Grafen von Meggau und beliebige andere, aber keine Ungarn betrauen möchte; er würde zu seinem ersten Bevollmächtigten den Grafen Emerich Thurzó ernennen, der schon früher den Wunsch nach einer Zusammenkunft mit dem Kardinal ausgesprochen und sich als Friedensvermittler angeboten hatte.

Durch die Fortschritte des Feindes erschreckt war die Mehrheit der Räte des Kaisers noch mehr als früher einem Frieden geneigt. Schon Anfangs September ernannte dieser seine Bevollmächtigten, ohne aber auf den Wunsch Bethlens, daß alle Ungarn ausgeschlossen sein sollten, Rücksicht zu nehmen. Dem Kardinal Dietrichstein wurden der Graner Erzbischof Pázmány und Nikolaus Eßterházy, weiter der österreichische Landmarschall Baron Siegfried Christoph Breuner und der Hofkriegsrat Graf Collalto an die Seite gegeben. An der Spitze der Bevollmächtigten Bethlens und der Ungarn stand Emerich Thurzó, und als dieser am 19. Oktober starb, sein Vetter Stanislaus Thurzó. Doch wurde durch verschiedene Vorfragen, namentlich über den Ort der Konferenzen und über die Stellung von Geiseln, welche beide Teile zu ihrer Sicherheit für notwendig hielten, der Beginn der Verhandlungen noch mehrere Wochen hinausgeschoben.

Erst am 11. Oktober wurden dieselben in Nikolsburg in Mähren eröffnet.

Anfangs stellten sich die Forderungen beider Parteien auf das schroffste gegenüber. Die kaiserlichen Bevollmächtigten verlangten, daß der Fürst von Siebenbürgen gegen eine Entschädigung an Geld und Gütern ganz Ungarn herausgebe und auf den Königstitel verzichte, die Bevollmächtigten Bethlens, daß diesem, wenn nicht ganz Ungarn, doch das Gebiet auf der linken Seite der Donau oder doch wenigstens bis zur Fatra im Osten des Thuroczer Komitates abgetreten werde. Doch war dies von beiden Seiten nicht ernstlich gemeint, und man suchte nur durch übertriebene Forderungen um so günstigere

Bedingungen im kleinen zu erreichen, weswegen auch Bethlen gerade zur Zeit der Friedensverhandlungen den verheerenden Einfall nach Mähren unternahm. Bald kam man auf die in Haimburg gemachten Vorschläge zurück, wo sich der Kaiser zuletzt bereit erklärt hatte, dem Fürsten die schlesischen Herzogtümer Oppeln und Ratibor und auf Lebenszeit vier jenseits der Theiß gelegene Komitate zu überlassen. Da aber der Kaiser und seine Räte durch die Fortschritte Bethlens und des Markgrafen von Jägerndorf in Schrecken versetzt wurden, zeigte man sich zu noch größeren Opfern bereit. Es handelte sich endlich abgesehen von einigen anderen Fragen hauptsächlich darum, ob Bethlen zu dem, was man ihm in Haimburg hatte bewilligen wollen, noch zwei oder drei Komitate erhalten sollte, und auch in diesem Punkte setzte Bethlen seine Forderungen durch. Auch den Wünschen der Ungarn, welche auf Bethlens Seite standen, mußte man großenteils nachgeben. In der Neujahrsnacht wurde endlich der Friede abgeschlossen, in den nächsten Tagen die Urkunden ausgefertigt und am 6. Januar 1622 von Bethlen, am 7. vom Kaiser ratifiziert [1]).

Bethlen verzichtete danach auf die bis jetzt besetzten ungarischen Gebiete wie auf den Königstitel und versprach, die Krone mit den anderen Reichskleinodien zurückzustellen. Dagegen erhob ihn der Kaiser in den Reichsfürstenstand, trat ihm und einem etwaigen legitimen Sohne die Herzogtümer Oppeln und Ratibor erblich und in Ermangelung eines solchen seinem Neffen und Adoptivsohne Stephan Bethlen auf Lebenszeit ab und überließ ihm für die Dauer seines Lebens die sieben Komitate Szathmár, Szabolcs, Ugocsa, Beregh, Zemplin, Borsod und Abauj mit der Stadt Kaschau, jedoch unter der

1) Die Urk. mit mehreren Berichten der kaiserlichen Bevollmächtigten hat (nach dem Original) Firnhaber, Actenstücke zur Aufhellung der ungarischen Geschichte, „Archiv f. österr. Geschq." VIII, 13—36 herausgegeben. Weitere Berichte teilte derselbe im „Notizenblatt" 1853, S. 65 ff., 1856 S 175 ff., 1858 S. 377 ff. mit. Frankl, Pázmány I, 592 sqq. und Gindely IV, 269 ff. haben für ihre Darstellung auch noch einige andere Quellen benutzt.

Bedingung, daß diese auch fortan unter der Gerichtsbarkeit des Palatins und der ordentlichen Richter des Reiches stehen und ihre Vertreter zu den Reichstagen senden, die freie Übung der katholischen Religion und die freie Gerichtsbarkeit fortdauern und die Ausübung des Patronatsrechtes dem Kaiser zustehen sollte. Für die Einhaltung der in diesen Komitaten gelegenen Festungen und die Besoldung der Besatzungen versprach der Kaiser jährlich 50000 rheinische Gulden zu zahlen. Weiter sollte dieser dem Fürsten zur Einlösung der verpfändeten Burg Tokaj mit den dazu gehörigen Städten Tarczal und Keresztur drei Monate nach der Auswechslung der Friedensurkunden 100000 ungarische Gulden zahlen, ihm für 300000 Gulden die Burg und Herrschaft Munkács verschreiben und ihm die Burg Ecsed überlassen, welche nur um 100000 Gulden sollte eingelöst werden dürfen. Die während der letzten Bewegungen weggenommenen Burgen und unbeweglichen Güter sollten den früheren Eigentümern, seien es Geistliche oder Laien, unverzüglich, die von Bethlen verschenkten binnen zwei Monaten zurückgegeben werden, die von demselben verschriebenen oder verpfändeten Güter aber in den Händen der gegenwärtigen Besitzer bleiben, bis sie der nächste Reichstag dafür entschädigt hätte. Den ungarischen Ständen sicherte der Kaiser eine allgemeine Amnestie und die Aufrechthaltung aller ihrer Freiheiten und Privilegien, namentlich des Wiener Friedens, der vor und nach der Krönung des Königs Matthias gegebenen Gesetze und der von ihm selbst vor seiner Krönung eingegangenen Verpflichtungen zu. Auf dem nächsten Reichstage, der längstens binnen sechs Monaten berufen werden und den Beschwerden der ungarischen Stände abhelfen sollte, versprach Ferdinand alle diese Verfügungen unter die Gesetzartikel aufnehmen zu lassen [1]).

Hatte auch der Kaiser neuerdings einen Teil Ungarns abtreten und auf die Durchführung seiner kirchlichen und politischen Restaurationspläne in diesem Reiche verzichten müssen,

1) Katona XXX, 709 sqq.

so hatte er anderseits erreicht, daß Bethlen die Böhmen und Österreicher ihrem Schicksale überließ, ja keine ernstlichen Versuche machte, den Markgrafen von Jägerndorf, seinen treuen Waffengefährten, in den Frieden einzuschließen. Dieser blieb, da er aller Hilfsmittel entblößt war, trotzdem bei Bethlen. Seine Offiziere verlangten zwar anfangs vom Kaiser eine übermäßig hohe Geldsumme und besetzten einige Plätze im Troppauschen, begnügten sich aber, als die Sachsen gegen sie zogen, mit dem freien Abzuge. Nur ein Teil unter dem jungen Thurn warf sich in die Festung Glatz und behauptete sich daselbst gegen die Kaiserlichen unter Hannibal von Dohna und dem Obersten Wallenstein bis zum 25. Oktober. Im Herbste 1622 war die letzte Flamme des Aufstandes in den österreichischen Ländern unterdrückt.

---

## Siebentes Kapitel.

### Die Exekutionen und die Gegenreformation in den böhmischen und österreichischen Ländern.

Durch den Sieg auf dem Weißen Berge und seine Folgen war Österreich, das der unvermeidlichen Auflösung preisgegeben schien, gerettet, und das Haus Habsburg stand nach allen Seiten siegreich da. Es liegt in der Natur der Sache, daß keines der Länder, welche bei der Bewegung beteiligt gewesen waren, von den Wirkungen unberührt blieb.

Die nächste Folge des unglücklichen Ausganges der Revolution war ein strenges Strafgericht über die Schuldigen, durch welches besonders Böhmen und Mähren hart getroffen wurden [1]). Längere Zeit zwar geschah, von den Ausschweifungen

1) Chr. d'Elvert hat unter dem Titel „Beiträge zur Gesch. der

der Soldaten und den hohen Kontributionen abgesehen, nichts, als daß die vertriebenen katholischen Adeligen und Geistlichen wieder zurückkehrten und in ihre Besitzungen und Ämter wieder eingesetzt wurden. Slawata hatte zwar schon vor der Schlacht auf dem Weißen Berge die Einziehung aller Rebellengüter angeraten, und auch die hervorragendsten Räte des Kaisers sprachen sich für rücksichtslose Ausbeutung des Sieges, für die Hinrichtung der Häupter der Rebellion und für die Bestrafung aller, die irgendwie daran teilgenommen hätten, aus. Aber man zögerte längere Zeit mit der Ausführung dieses Planes, teils weil der Kaiser vorher die Meinung des Herzogs von Baiern einholen wollte, teils weil sich Karl von Liechtenstein, welchem dieser bei seiner Abreise die Verwaltung Böhmens übertragen hatte, durch dessen Versprechungen gebunden hielt und auch die Eroberung Mährens und Schlesiens abwarten zu sollen glaubte, um nicht durch Strenge die Bewohner dieser Länder zum verzweifelten Widerstande anzutreiben.

Als auch Max von Baiern den Rat gab, die Rädelsführer aus dem Wege zu räumen, schickte der Kaiser am 6. Februar 1621 an Liechtenstein die Weisung, sämtliche Direktoren und zweiunddreißig andere Personen, die sich besonders feindselige Handlungen gegen ihn hätten zuschulden kommen lassen, in Haft zu nehmen. Ein Teil der am meisten Kompromittierten, darunter Graf Thurn und Ruppa, hatten sich allerdings

böhm. Länder insbes. Mährens im 17. Jahrhunderte" zahlreiche Aktenstücke und Untersuchungen veröffentlicht, die den 16., 17., 22. und 23. Band der „Schriften der histor.-statist. Sektion der mährisch-schles. Gesellschaft" füllen und von denen besonders der im 17. Bde., S. 1 ff. mitgeteilte Schriftenwechsel zwischen Karl von Liechtenstein und dem Kaiser für das Folgende von Wichtigkeit ist. Darauf wie auf reichem ungedruckten Material beruht die Darstellung bei Gindely, Gesch. des dreißigjährigen Krieges IV, 36 ff. und „Gesch. der Gegenreformation in Böhmen", S. 1 ff. Damit sind die auf eingehenden Quellenstudien beruhenden Arbeiten von Bilek, Das nordwestliche Böhmen und der Aufstand im Jahre 1618 (über die Güterkonfiskationen u. s. w.) in „Mitth. des Ver. f. Gesch. der Deutschen" XXIV, 155 ff. XXVII, 235 ff. XXVIII, 141 ff. zu vergleichen.

rechtzeitig durch die Flucht gerettet. Aber andere waren im Vertrauen auf die Zusicherung des Herzogs von Baiern in Prag zurückgeblieben oder wieder dorthin zurückgekehrt. Als Liechtenstein am 20. Februar auf dem Umweg über Dresden den Befehl des Kaisers erhielt, ließ er die in Prag weilenden, im ganzen zweiunddreißig, gleich, die auf dem Lande sich aufhaltenden in den nächsten Wochen in Haft nehmen. Der Graf Andreas Schlick wurde später vom Kurfürsten von Sachsen ausgeliefert.

Man stellte dieselben vor einen außerordentlichen Gerichtshof, der teilweise aus böhmischen Beamten, teilweise aber aus Reichshofräten und Räten der niederösterreichischen Regierung zusammengesetzt war und auch an die gewöhnlichen Prozeßformen, namentlich soweit sie eine Verzögerung des Urteilsspruches ermöglicht hätten, nicht gebunden sein sollten. Den Vorsitz führte Liechtenstein. Sämtliche Angeklagte wurden wegen notorischen Majestätsverbrechens zur Einziehung ihrer Güter, die meisten auch zum Tode verurteilt und zwar einzelne dem damaligen Strafgesetze entsprechend noch mit der Verschärfung, daß ihnen vorher die rechte Hand abgehauen oder die Zunge ausgeschnitten oder daß sie lebendig gevierteilt werden sollten. Fünf davon, welche der Gerichtshof der Gnade des Kaisers empfohlen hatte, wurden zu lebenslänglicher Haft begnadigt, siebenundzwanzig aber, darunter Wenzel Budowec, Graf Schlick und zehn andere Direktoren, wurden am 21. Juni 1621 teils enthauptet, teils aufgehängt [1]). Die Verschärfung hatte der Kaiser den meisten nachgesehen. Nur dem Bohuslaw Michalowic wurde vor der Enthauptung die rechte Hand abgehauen, dem Dr. Jessenius, der wiederholt als böhmischer Gesandter in Ungarn gegen Ferdinand II. thätig gewesen war, die Zunge ausgeschnitten. Den Mitgliedern der Brüderunität hatte man auf Befehl des Kaisers vor dem Tode nicht einmal den Verkehr mit Priestern ihrer Konfession gestattet. Einer

1) Vgl. mit Gindely IV, 70 ff. den Bericht über diese Exekution im „Jahrbuch f. Gesch. des Protest. in Österreich" VII, 174 ff.

der Verurteilten, der Prager Advokat Martin Fruewein, war der Hinrichtung dadurch entgangen, daß er durch einen Sturz aus dem Fenster des Gefängnisses den Tod fand, ungewiß ob absichtlich, oder weil er bei dem Versuche, zu fliehen, verunglückte. Die Köpfe von zwölf Hingerichteten wurden auf dem Altstädter Brückenturm aufgesteckt und erst 1631 nach dem Einrücken der Sachsen herabgenommen.

Über zahlreiche Flüchtlinge wurde ebenfalls die Todesstrafe und die Güterkonfiskation verhängt und ihre Namen an den Galgen geschlagen. Viele von ihnen nahmen dann Dienste bei den Feinden des Kaisers und schürten überall den Haß gegen das Haus Österreich. Zweiundzwanzig während des Aufstandes verstorbene Personen, darunter Colonna von Fels, Ulrich Kinsky, und der reiche Johann Albrecht Smiřicky waren schon früher ihrer Güter verlustig erklärt worden. Im Juni 1621 schätzte man die konfiszierten Güter bereits auf mehr als fünf Millionen Thaler, nach heutigem Geldwerte wenigstens das Fünffache dieser Summe.

In Mähren, wo der Kardinal Dietrichstein, Bischof von Olmütz, als Generalkommissär an der Spitze der Landesverwaltung und des Blutgerichtshofes stand, wurden im November 1622 ebenfalls vierundzwanzig Rebellen, meist ehemalige Direktoren verurteilt, und zwar zwanzig zum Tode, vier zu anderen Strafen, aber auch erstere alle vom Kaiser zu lebenslänglichem oder zeitweiligem Gefängnis und zu gänzlichem oder teilweisem Verluste ihres Vermögens begnadigt. Über die flüchtigen und die meisten verstorbenen Rebellen wurde auch hier die Güterkonfiskation ausgesprochen [1]).

Aber man begnügte sich nicht mit der Bestrafung der Hauptschuldigen, sondern ging vom Grundsatze aus, daß jeder Teilnehmer an der Empörung sein Vermögen verwirkt habe. Nach der Instruktion aber, die der Kaiser am 18. Januar 1622 dem Fürsten Liechtenstein erteilte, wurden als Schuldige

1) Über die Bestrafung der Rebellen in Mähren s. d'Elvert, Beiträge IV, XCVI ff. und 352 ff. (Schriften der hist.-stat. Sektion XXIII).

nicht bloß jene betrachtet, welche am Aufstande einen aktiven Anteil genommen, etwa die Konföderation unterschrieben oder beschworen, eine Kommission innerhalb oder außerhalb des Landes übernommen, rebellischen Zusammenkünften beigewohnt und deren Beschlüsse genehmigt, andere zur Rebellion aufgewiegelt und gegen den Kaiser und sein Haus Schmähreden ausgestoßen, sondern auch alle jene, welche in dieser Zeit irgendein Amt, sei es auch nur als Stadtrat bekleidet hatten, oder „sonst bei der Rebellion interessiert waren“. Milderungen des Urteils behielt sich der Kaiser selbst vor. Jedoch wollte man nicht gegen jeden einzelnen einen Prozeß einleiten, sondern nur die Schuldigen summarisch vor einen neu eingesetzten Konfiskationsrat laden und je nach ihrer Schuld eine größere oder geringere Geld- oder Vermögensstrafe über sie verhängen, wobei man drohte, jene, die sich nicht freiwillig meldeten, als Hochverräter zu behandeln [1]). Auch der sogenannte Generalpardon, welchen der Kaiser am 3. Februar 1622 erließ, sicherte allen am Aufstande Beteiligten, die sich nicht geflüchtet hatten, wohl Sicherheit für Leben und Ehre aber nicht für das Eigentum zu. Nun begannen in Böhmen und später auch in Mähren neue Untersuchungen, welche sich mehrere Jahre hinzogen. Neuerdings wurden Hunderte von Adeligen und Bürgern ihres Vermögens ganz oder teilweise beraubt oder wenigstens mit einer Geldstrafe belegt. Viele böhmische Adelige mußten sich die Umwandelung ihrer Eigengüter in Lehen gefallen lassen, wovon sie eine besondere Abgabe zahlen mußten. Selbst solche, welchen der Kurfürst von Sachsen vermöge der ihm vom Kaiser erteilten Vollmacht Verzeihung zugesichert hatte, wurden nicht verschont.

Aber nicht bloß einzelne Personen, auch die Städte, mit Ausnahme von Budweis und Pilsen, welche dem Kaiser treu geblieben waren, wurden schwer bestraft. Ihre Privilegien wurden als verwirkt angesehen, die Biersteuer, die sie bisher hatten zahlen müssen, erhöht, viele an Private verpfändet [2]),

1) Vollständig bei d'Elvert a. a. O. XVII, 110 ff.

2) 1624 waren von zweiundvierzig königlichen Städten sechzehn, davon

das städtische Vermögen ganz oder teilweise eingezogen und damit auch die Spitäler, Armenhäuser und Schulen der Mittel beraubt, aus denen sie bisher erhalten worden waren. Zwar wurden im Jahre 1628 den Pragern und dreiundzwanzig andern Städten die noch nicht verkauften Güter zurückgegeben, um sie vor dem vollständigen Ruine zu retten. Aber dies half wenig mehr, weil die Städte auch durch die enormen Kontributionen, die Erpressungen und Räubereien der Offiziere und Soldaten, die Geldstrafen und Zwangsanlehen, wie die Wirkungen der Gegenreformation auf das Schwerste geschädigt worden waren. Sie haben sich von dem Schlage, der sie damals traf, erst spät oder gar nicht mehr zu erholen vermocht. Die Bedeutung des Bürgertums in Böhmen war für viele Menschenalter vernichtet [1]).

Der Kaiser hatte die Güterkonfiskationen, zu welchen übrigens die Aufständischen selbst das Beispiel gegeben hatten, besonders aus finanziellen Gründen nicht unterlassen wollen, weil er darin das einzige Mittel zur Bestreitung der großen Kriegskosten sah.

Schon Ende Juni 1619 hatten sich nach dem Ausweise des Kriegszahlmeisters die Kriegsschulden auf 4 309 646 Gulden belaufen, und seither waren dieselben trotz der auswärtigen Subsidien, der Kontributionen und erhöhten Steuern noch bedeutend angewachsen, da in der nächsten Zeit die Ausgaben für den Krieg auf 328 591 Gulden monatlich berechnet wurden. Ende 1623 betrug die Schuldenlast der böhmischen Kammer allein mehr als 8 200 000 Gulden [2]).

Die Konfiskationen und Geldstrafen waren denn auch so umfassend, daß man in der Geschichte nur wenige Beispiele dafür findet. In Böhmen allein wurden 491 teilweise sehr

je vier an Wallenstein und den Grafen Althan, drei an Liechtenstein verpfändet. Gindely, Gegenreformation, S. 388.

1) Über die Behandlung der Städte s. Gindely, Gegenreformation, S. 73 ff.

2) Oberleitner, Beiträge zur Gesch. des dreißigjähr. Krieges. „Archiv f. österr. Geschq." XIX, 6. 7. 15.

große Herrschaften eingezogen, welche drei Viertel des ganzen Königreiches umfaßten. Der Schätzungswert derselben belief sich auf ungefähr 30 Millionen Gulden, während der wirkliche Wert wohl 90 bis 100 Millionen (nach heutigem Gelde bei 500 Millionen) betragen hätte. Dazu kamen noch die den Städten und Privaten weggenommenen Schuldscheine und die ihnen auferlegten Geldstrafen wie die Summen, welche ein Teil der vor die „Traktationskommission" Geladenen „freiwillig" zahlte [1]). Und dabei suchte man den Gewinn noch dadurch zu steigern, daß man durch Unterhandlungen mit den Gläubigern, welche Kapitalien auf den konfiszierten Gütern liegen hatten, und mit den Frauen und Witwen, deren Mitgift darauf verschrieben war, die Zahlungen an dieselben herabzudrücken oder sich diesen möglichst lange ganz zu entziehen suchte [2]).

Auch in Mähren, wo 135 landtäfliche Güter und viele Höfe und Häuser konfisziert und über 300 Personen betroffen wurden, betrug der Wert der eingezogenen Güter mehr als fünf Millionen Gulden [3]).

Bei vernünftiger Verwendung der konfiszierten Besitzungen hätten daher wohl die zerrütteten Finanzen geordnet und die weiteren Kriegskosten bestritten werden können, wären nicht die Mißbräuche dabei so groß und die Freigebigkeit des Kaisers,

1) So faßt **Bílek**, Dějiny konfiskací v Čechách po r. 1618 (Gesch. der Konfiskationen in Böhmen nach 1618), p. CXLVII sqq. das Ergebnis seiner 1278 Seiten umfassenden, auf den Akten beruhenden Spezialuntersuchungen, die sich auf mehr als 1500 Personen und die einzelnen Städte beziehen, zusammen. Eine Benutzung im einzelnen war mir leider wegen Unkenntnis der böhmischen Sprache unmöglich.

2) Noch 1626 betrugen die Forderungen der Gläubiger, Frauen und Witwen 1813248 Thaler. Dann begannen neuerdings lange Verhandlungen mit denselben, und es wurden ihre Forderungen auf 1005017 herabgedrückt. **Gindely**, Gegenreformation, S. 41 ff. 59 ff.

3) Über die Bestrafung der Aufständischen und die Konfiskationen in Mähren s. **d'Elvert**, Beiträge in „Schriften der hist.-statist. Sektion" XXIII, CXXXVIII ff. und die Ergebnisse S. CCXXI ff. Protokolle und Verzeichnisse ebendas. XVI, 157 f. 161—280.

der von allen Seiten mit Bitten und Forderungen bestürmt wurde, übertrieben gewesen.

Der Prager Erzbischof Johann Lohelius hatte schon vor der Schlacht am Weißen Berge, im Juni 1620, an den Kaiser die Bitte gerichtet, daß er die böhmische Kirche in ihrer alten Herrlichkeit wiederherstellen, d. h. ihr die Güter zurückgeben möge, welche ihr seit dem Siege des Husitismus entrissen worden waren. Nach der Niederwerfung des Aufstandes veranlaßte er auch die böhmischen Äbte, den Kaiser um die Rückerstattung der ihren Klöstern entzogenen Besitzungen zu ersuchen. Nicht weniger als 1500 Städte, Dörfer und Schlösser, die großenteils in die Hände von Privaten gekommen waren, hätten der Kirche restituiert werden sollen, was selbst die frömmsten Ratgeber des Kaisers und auch sein Beichtvater, der Jesuit Lamormaini, für unmöglich erklärten. Mit Mühe ließ sich der Nachfolger Lohels auf dem erzbischöflichen Stuhle, der junge Graf Ernst Harrach, ein Sohn des geheimen Rates, bestimmen, daß er sich mit der Erhöhung des Einkommens des Erzstiftes von 6000 auf 24000 Thaler jährlich und der Herrschaft Moldautein begnügte. Dem Prager Domkapitel wurde eine Entschädigung von 100000 Gulden in liegenden Gütern, 200000 Gulden in Kapitalien zugesichert. Auch für die Jesuiten bestimmte der Kaiser ein jährliches Einkommen von 20000 Thalern, wofür er ihnen teilweise konfiszierte Güter zuwies. Weiter versprach dieser in einem Vertrage, welchen er am 22. März 1630 mit den Bevollmächtigten des Papstes schloß, in Böhmen auf jede Kufe Salz eine Steuer von einem viertel Gulden zu legen und den Ertrag dem Papste für ewige Zeiten zum Nutzen der böhmischen Kirche zuzuweisen. Der Protest, welchen die Äbte der Cistercienser- und Prämonstratenserklöster, die zwar verschiedene konfiszierte Güter zum Geschenke erhalten hatten, aber von der Salzsteuer keinen großen Vorteil für sich erwarteten, dagegen erhoben, wurde besonders durch die Siege Gustav Adolfs unwirksam gemacht [1]).

1) Gindely, Gegenreformation, S. 307ff. Über die Erwerbungen

Noch reichlicher als der Klerus wurden die weltlichen Anhänger und Günstlinge des Kaisers bedacht. Karl von Liechtenstein, welcher schon das vom pfälzischen Kurfürsten in Prag zurückgelassene Silberzeug als Geschenk erhalten hatte, wurde 1621 mit dem Fürstentum Jägerndorf belehnt, welches man dem geächteten Markgrafen entrissen hatte, später auch mit den landesfürstlichen Städten Mährisch-Neustadt und Schönberg und mehreren mährischen Herrschaften [1]). Seinem Günstling Eggenberg, der 1623 auch in den Reichsfürstenstand erhoben wurde, schenkte der Kaiser am 6. Dezember 1622 die durch den Tod Woks von Rosenberg ledig gewordene Herrschaft Krumau, welche 16 Quadratmeilen mit 313 Ortschaften, darunter den Städten Prachatitz und Netolitz umfaßte, womit 1628 auch der Herzogstitel verbunden ward [2]). Auch andere erwirkten sich große Gnadengaben, sei es als Entschädigung für den während des Aufstandes erlittenen Schaden, sei es als Belohnung für ihre dem Kaiser geleisteten Dienste. Tilly bekam 100 000 Thaler [3]) und eine jährliche „Pension" von 10 000 Thalern, die Witwe Buquoys eine Gnadengabe von 200 000 Gulden, der Oberstlandhofmeister Adam von Waldstein 140 000, Marradas 80 000, der böhmische oberste Kanzler Zdenko Popel von Lobkowitz und sein Bruder je 60 000 Gulden, Graf Meggau und Breuner ebenso viel, Slawata und Martinitz je 50 000 Thaler, Max von Trauttmansdorf und Leonhard Helferich Meggau je 50 000, Graf Khevenhüller 40 000, Stralendorf 35 000, der Wiener Stadtoberst Hans Kaspar von Stadion und der kaiserliche Leibarzt Gisbert Vosso je 30 000 Gulden [4]), womit die Liste der reichlich beschenkten

der Jesuiten und anderer Klöster vgl. auch S. 71. 158 und 172 ff. Ein Verzeichnis von Spenden für kirchliche Zwecke in dieser Zeit aus der Kanzlei der Hofkammer bei Carafa, Comment. Decreta, p. 229—262.

1) d'Elvert in „Schriften der hist.-statist. Sektion" XXIII, CCXXIX.

2) Zwiedineck-Südenhorst, Eggenberg, S. 70 ff.

3) 1 Thlr. (= 1 Schock Groschen) galt 70, 1 Gulden 60 Kreuzer.

4) Extrakte aus den Registratursbüchern des Hofkammerarchivs in Wien mitgeteilt von d'Elvert in „Schriften der hist.-statist. Sektion"

Personen bei weitem nicht erschöpft ist. Selbst der Offizier, welcher die Nachricht vom Siege Tillys bei Höchst nach Wien brachte, erhielt ein Rebellengut im Werte von 60000 Gulden. Auf wenigstens vier Millionen Gulden muß man die Schenkungen veranschlagen, welche der Kaiser an Geistliche und Laien gemacht hat [1]).

Aber auch von den verkauften Gütern wurde nicht der volle Erlös erzielt. Häufig wurden, wie die Hofkammer klagte, die Herrschaften von den Schätzmännern weit unter ihrem Wert angesetzt und begünstigten Personen um einen noch geringeren Preis überlassen. Wallenstein z. B., der am meisten Güter kaufte, erhielt mehrere Herrschaften, welche auf 970963 Thaler geschätzt waren, um 686465; fast ein Fünftel der ganzen Summe war ihm also nachgelassen worden [2]). Neben ihm haben sein Vetter Adam von Waldstein, die Fürsten Eggenberg und Liechtenstein, Martinitz und der Sekretär der böhmischen Hofkanzlei Paul Michna, die Gemahlin des obersten Kanzlers Polyxena von Lobkowitz und jene des Obersten Adam Erdmann Trczka, eine geborne Lobkowitz, die Obersten Aldringer, Marradas, Verdugo und Huerta, die sich auf Kosten der Einwohner Böhmens ungeheuer bereichert hatten, Max Trauttmansdorf und Christoph Simon von Thun, der Kardinal

XXII, 345. 346. 347. 349. 364. 381. 444. 468 u. s. w. Vgl. Hurter, VIII, 281 ff. und Gindely, S. 67 ff.

1) Vgl. folg. Note.

2) Es erklärt sich wohl aus solchen Nachläßen und giebt zugleich einen Beweis für ihren Umfang, wenn Bílek, Dějiny konfisk. I, CXLVII den Schätzungswert der bleibend konfiszierten Güter auf ungefähr 30 Millionen Gulden, angiebt, aber später bemerkt, sie seien um 23666237 Gulden veräußert worden. Dazu kamen noch die Privaten und Städten weggenommenen Schuldscheine u. dgl. im Betrage von 4753110 und 393707 Gulden, die Geldstrafen in der Höhe von 362392 Gulden und die von den vor die „Traktationskommission" geladenen Personen gezahlten Gelder, 96544 Gulden, weiter 78995 Gulden, welche von diesen für „fromme Zwecke" gezahlt wurden. Es ergiebt sich daher noch immer eine Summe von 29350985 Gulden, wovon 25468875 Gulden in den Fiskus geflossen sind. Die Differenz von fast vier Millionen dürfte sich durch die Schenkungen erklären.

Dietrichstein und verschiedene Beamte die umfangreichsten Besitzungen erworben [1]).

Immerhin betrugen die Einnahmen des Staasschatzes von diesen Konfiskationen und Geldstrafen beinahe 25½ Millionen Gulden [2]). Aber ein großer Teil verschwand in den Taschen der Obersten, welche dem Kaiser für ihre Regimenter ungeheuere Summen anrechneten. Auch dadurch wurde der Kaiser beeinträchtigt, daß die Käufer in ganz entwerteter Münze zahlten, wovon sich die Regierung freilich die Schuld teilweise selbst zuzuschreiben hatte [3]).

Nachdem schon unter der Regierung des Pfälzers die Münze bedeutend verschlechtert worden war, ging man nach der Niederwerfung des Aufstandes auf diesem Wege unaufhaltsam weiter. Fürst Liechtenstein, der in Böhmen mit fast unbeschränkter Gewalt schaltete, ließ aus einer Prager Mark, die einen Wert von 19 Gulden 37 Kreuzern hatte und mit 17½, später mit 22 bis 25 Gulden bezahlt wurde, zuerst 27½, dann 37½, hierauf 46, und endlich im Oktober 1621 78 Gulden 2 Kreuzer prägen. Der Gewinn, welchen der Staat im Laufe des Jahres 1621 von dieser Münzverschlechterung hatte, betrug mehr als eine Million.

Da die Regierung am Beginne des Jahres 1622 große Summen von Bargeld brauchte, um den durch den Frieden mit Bethlen entbehrlich gewordenen Truppen den rückständigen Sold auszuzahlen und die Personen zu befriedigen, welche an die eingezogenen Güter eine Forderung hatten, so schloß die Wiener Hofkammer mit dem Prager Handelsmann de Witte und seinen Konsorten am 18. Januar 1622 einen Vertrag, nach welchem diesen gegen eine Pachtsumme von sechs Millionen Gulden die alleinige Münzprägung in Böhmen, Mähren und

1) S. die Verzeichnisse in „Schriften der hist.-statist. Sektion" XVII, 230—263 und Gindely, S. 63 ff.

2) S. die Note 2 auf S. 207.

3) Näheres bei Gindely, Waldstein I, 24 ff. und Gegenreformation, S. 327 ff. Vgl. auch Newald, Die lange Münze in Österreich, „Numismat. Zeitschrift" XIII. B.

Niederösterreich überlassen wurde und dieselben das Recht erhielten, aus einer Mark Silber 79 Gulden zu prägen und die alten Münzen zu einem erhöhten, aber ihrem wirklichen Werte bei weitem nicht entsprechenden Preise einzulösen. Mitglieder dieses Konsortiums waren außer de Witte der Jude Basevi, von dem Liechtenstein schon bisher für die Münzprägungen Silber bezogen hatte, und Paul Michna, der Sohn eines Fleischhauers serbischer Abkunft, welcher durch die Protektion der Jesuiten Sekretär der böhmischen Hofkanzlei geworden war, nach der Niederwerfung des Aufstandes verschiedene Güter mit Beschlag belegt und sich die dortigen Kleinodien und Silbergerätschaften angeeignet hatte und das Vertrauen des Fürsten besaß, welcher wohl durch ihn für das Projekt gewonnen worden ist. Aber auch Liechtenstein selbst, Wallenstein und zehn andere unbekannte Personen waren dabei beteiligt und steckten für geliefertes Silber reichlichen Gewinn in die Tasche [1]).

Lang konnte diese Wirtschaft freilich nicht dauern, weil auch der Preis des Silbers ungeheuer, endlich bis auf 85 Gulden stieg, so daß ein Gewinn nicht mehr erzielt wurde. Das Konsortium selbst lehnte die Verlängerung des Vertrages ab, und am Ende des Jahres 1623 sah sich die Regierung genötigt, die neue („lange") Münze einzuziehen und den Gulden auf 10 Kreuzer, also auf ein Sechstel des Nennwertes, herabzusetzen, was zahlreiche Personen an den Bettelstab brachte.

Aber auch die Regierung hatte den erwarteten Gewinn nicht erzielt. Denn wenn sie auch von dieser Münzverschlech-

1) Nach einer Rechnung im Archiv des Finanzministeriums erhielt in den ersten zwei Monaten Michna für gelieferte 2932 Mark über 726000 Gulden (also für 1 Mark über 247 Gulden), Wallenstein für 5000 Mark 617249 Gulden (für 1 Mark über 123 Gulden) die „Unbenannten" für 4848 Mark 2134680 Gulden (für 1 Mark 440 Gulden), während sich de Witte und Basevi, die freilich das meiste lieferten, mit verhältnismäßig weniger begnügen mußten. Gindely, Waldstein I, 32, der mit Unrecht gerade Wallenstein brandmarkt.

terung außer der hohen Pachtsumme noch den Vorteil hatte, daß sie diejenigen, welche nur zum Verluste eines Teiles ihrer Besitzungen verurteilt wurden und für den Rest eine Geldsumme erhalten sollten, wie die Frauen und Witwen der Verurteilten, mit geringwertiger Münze abfinden konnte, so erlitt sie doch auch selbst große Verluste, weil die konfiszierten Güter, welche meist in dieser Zeit verkauft wurden, und die hohen vom Kaiser gemachten Darlehen [1]) mit demselben Gelde bezahlt wurden [2]).

Aber mit der Bestrafung der schuldigen Personen begnügte man sich nicht. Da die Länder durch die Teilnahme der Stände an der Revolution ihre Rechte verwirkt hatten, so wollte man dies benutzen, um die Herrschaft des Kaisers fester zu begründen und die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse unmöglich zu machen.

Die Bewegung hatte ein doppeltes Ziel verfolgt, ein religiöses und ein politisches, freie Religionsübung der Protestanten, ja Herrschaft derselben in den aufständischen Ländern, und Begründung der Übermacht der Stände oder eigentlich des dort dominierenden Adels über die Gewalt des Landesfürsten. Gegen beide Richtungen trat nach ihrer Niederlage naturgemäß die entschiedenste Reaktion ein.

Zuerst unternahm man die Durchführung der Gegenreformation, wenn man auch nur Schritt für Schritt vorging [3]) und am Anfang noch keinen bestimmten Plan hatte.

1) Sie betrugen im Jahre 1623 in Böhmen allein über drei Millionen Gulden. Gindely, Gegenreformation, S. 374 N.

2) 1628 wurde wegen dieser Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet, welche sich namentlich gegen den am 12. Februar 1627 verstorbenen Liechtenstein richtete, trotz wiederholter Unterbrechungen immer wieder aufgenommen wurde und immer neue Fragen hineinzog, so daß dessen Sohn 1655 im Vergleichswege 1029600 Gulden zahlte und sich 1662 noch einmal zur Entrichtung von 275000 Gulden verpflichtete. Vollständig erledigt wurde diese Angelegenheit erst 1681. Näheres bei Gindely, S. 348 ff.

3) Die Berichte des päpstlichen Nuntius Caraffa in seinen „Commentaria de Germania sacra restaurata“ (seit 1630 wiederholt ge-

Die geheimen Räte, welche der Kaiser nach der Schlacht am Weißen Berge zur Erstattung eines Gutachtens aufforderte, waren noch für Schonung der Protestanten. Nur die Besitznahme einiger Kirchen für die Katholiken, Übertragung der wichtigsten Ämter in den Städten an dieselben, Vereinigung der Universität mit der Akademie der Jesuiten und Wiederverleihung der ständischen Rechte an die Prälaten rieten sie an. Weiter ging der greise Prager Erzbischof Lohelius, der hauptsächlich von seinem Kanzler, dem Strahover Abte Kaspar Questenberg, einem Bruder des Hofkriegsrates Gerhard, und dem Domherrn Plateis von Plattenstein geleitet wurde. Er verlangte, daß die Besetzung aller Pfarreien auf den Herrschaften der protestantischen Grundherren ihm übertragen und auf allen königlichen Gütern nur katholische Pfarrer angestellt werden sollten.

Kaiser Ferdinand hatte schon in Innerösterreich gezeigt, daß er in religiösen Fragen kein Freund halber Maßregeln sei, und wurde bald auch vom päpstlichen Nuntius Caraffa, Bischof von Aversa, der im Sommer 1621 nach Wien kam, zu rascherem Vorgehen angetrieben. Aber noch stand Mansfeld drohend an der Grenze Böhmens, Bethlen im westlichen

druck und mit wertvollen Beilagen, „Decreta" etc. versehen) und in der „Relatione dello stato dell' imperio e della Germania fatta 1628" (herausgeg. von J. G. Müller im „Archiv f. österr. Geschq. XXIII, 101—449), S. 239 ff. Zwei Briefe Caraffas vom 10. und 17. Sept. 1622, seine Bemühungen um die Vertreibung der lutherischen Prediger aus Prag betreffend, hat Grisar in der „Zeitschrift f. kath. Theol." X, 735 f. mitgeteilt. Die von böhmischen Exulanten verfaßte Hist. persecutionum eccl. Bohemicae (1648) wie die neueren Darstellungen von Pescheck, Gesch. der Gegenreform. in Böhmen (2 Bde. 1843), Hurter IX, 211 ff. und R. Reuss, La destruction du protestantisme en Bohême (1868) u. a. sind durch Gindely, Gesch. der Gegenreform., S. 83—306, der vielfach neue authentische Aktenstücke benutzen konnte, ergänzt und berichtigt worden. Vgl. auch Bilek, „Die Gegenreformation in den Bergstädten des Erzgebirges" und „Die Gegenreformation in der Stadt und im Lande Eger" in „Mitth. des. Ver. f. Gesch. der Deutschen" XXIII, 209 ff. und 384 ff. Grabl, Die Reformation des Egerlandes im „Jahrbuch f. Gesch. des Protestantismus in Österreich" XIV, 199 ff.

Ungarn. Man durfte weder die Protestanten der böhmischen Länder zur Verzweiflung treiben noch dem Kurfürsten von Sachsen durch Verfolgung seiner engeren Glaubensgenossen vor den Kopf stoßen. Die „Politiker" unter seinen Räten, wie sie Caraffa nennt, besonders Liechtenstein, rieten daher von weitgehenden Schritten ab. Der Nuntius machte indessen den Kaiser darauf aufmerksam, daß es möglich sei, den Vorwurf religiöser Verfolgung zu vermeiden, da er die Prädikanten als Aufwiegler und Empörer verbannen könnte. Als auch die von außen drohenden Gefahren geschwunden waren, ließ Liechtenstein am 13. Dezember 1621, einem früheren Befehle des Kaisers entsprechend, in Prag und den anderen königlichen Städten ein Ausweisungsdekret publizieren, durch das ein großer Teil der protestantischen Geistlichen getroffen wurde. Doch sollte dies nicht den Charakter der religiösen Verfolgung, sondern einer politischen Maßregel tragen. Alle Prädikanten, welche am 20. Mai 1618 die von den Veranstaltern des damaligen Protestantentages zu ihrer Rechtfertigung ausgearbeitete Schrift von den Kanzeln verlesen, zur Wahl des Pfälzers getrieben, denselben krönen und alles vollbringen geholfen, was zur Stärkung und Erweiterung der „verfluchten Konföderation" ersprießlich gewesen, sollten als Störer der gemeinen Ruhe und Verächter der Majestät binnen drei Tagen die Stadt, binnen acht Tagen das Land verlassen [1]).

Dreißig Geistliche in Prag leisteten diesem Befehle Folge, nachdem sich schon früher viele entfernt hatten. Sieben traten zum Katholicismus über. Einige blieben aber trotzdem zurück und setzten ihre Predigten fort. Die zwei Pfarrer der deutschen Lutheraner in Prag wurden zunächst gar nicht behelligt. Noch weniger wurde das Dekret in den anderen Städten durch-

1) Londorp, Acta publ. II, 555. Ein noch weiter gehender Auftrag des Kaisers an Liechtenstein vom 3. Juni, durch den auch alle „calvinistischen" und „pikarditischen" Prädikanten, Professoren und Schulmeister ausgewiesen wurden, war von Liechtenstein nicht publiziert und am 26. Juli vom Kaiser selbst modifiziert worden. „Schriften der hist.-statist. Sektion" XVII, 73 und 106.

geführt, teilweise auch deswegen, weil es zur Besetzung der Pfarreien an katholischen Geistlichen fehlte, obwohl der Erzbischof die protestantischen, wenn sie von ihrer Religion abfielen und ihre Frauen entfernten, bereitwillig bei ihren Ämtern ließ.

Caraffa ruhte aber nicht, bis er sein Ziel erreicht hatte. Er stellte dem Kaiser vor, welcher Ruhm ihm zuteil werden würde, wenn er Böhmen ganz von der Ketzerei gereinigt hätte. Er wies auch darauf hin, daß in Sachsen selbst nirgends ein katholischer Gottesdienst geduldet werde und daß daher der Kurfürst kein Recht habe, sich zu beklagen, wenn der Kaiser in Böhmen in gleicher Weise vorgehe. Endlich drang er durch. Nachdem sich auch der geheime Rat dafür ausgesprochen hatte, erhielt der Stadthauptmann von Prag am 24. Oktober 1622 von Liechtenstein den Auftrag, den beiden lutherischen Geistlichen ihre Entlassung anzukündigen, weil die Stadt infolge der Rebellion die Besetzung der Pfarreien verwirkt habe und diese an den Kaiser gefallen sei. Auch der lutherische Pfarrer von Brüx wurde ausgewiesen. Die Verwendung des Kurfürsten von Sachsen vermochte keine Änderung mehr herbeizuführen, obwohl selbst katholische Reichsfürsten und Spanien dem Kaiser rieten, auf dessen Wünsche einige Rücksicht zu nehmen.

Schon waren auch andere Maßregeln getroffen worden, welche die Ketzereien zurückdrängen und den Katholicismus in seiner vollen Reinheit herstellen sollten. Die Kommunion unter beiden Gestalten, welche den mit der katholischen Kirche vereinten Utraquisten zugestanden worden war, wurde jetzt verboten, das Fest des Hus abgeschafft, der Gebrauch des Lateinischen beim Gottesdienste strenge durchgeführt, die alten Klöster besser dotiert, für Augustiner, Karmeliter und andere Orden neue gegründet, die Besetzung der Pfarreien in Prag und auf den königlichen und konfiszierten Gütern bis auf Widerruf dem Erzbischof übertragen. Anfangs 1623 wurde die Universität mit der bisherigen Akademie der Jesuiten, welche schon eine theologische und philosophische Fakultät enthielt, vereinigt und diesen über die neue „Carolo-Ferdinandea“

so ausgedehnte Rechte verliehen, daß das ganze höhere Unterrichtswesen in ihre Hände kam. Die Stelle des Rektors sollte immer der Rektor des Jesuitenkollegiums in Prag bekleiden und auch der Kanzler, welchem die Aufsicht über die Studien zustand, diesem Orden angehören. Die Stellen an der theologischen und philosophischen Fakultät sollten nur von Jesuiten bekleidet, die Professoren der juridischen und medicinischen Fakultät (übrigens nur je drei) vom Jesuitenrektor ernannt werden und in die Hände desselben das Glaubensbekenntnis ablegen und ihm Gehorsam geloben müssen. Der Rektor mit den Dekanen sollte über den Unterrichtsplan und die Disziplin bindende Anordnungen treffen können. Ja, es wurden alte Privilegien bestätigt, welche die Universität von jeder geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit befreiten und dem Rektor die Entscheidung der Streitigkeiten nicht bloß zwischen Lehrern und Studenten, sondern auch zwischen diesen und anderen Personen übertrugen. Auch die Bücherzensur, welche nach dem Trientner Konzil dem Erzbischofe zustand, mit dem Rechte, Bücher- und Bilderläden zu visitieren und anstößige Schriften zu konfiszieren, wurde dem Rektor zugestanden. Vergebens traten die anderen Orden gegen das Monopol der Jesuiten bei der Besetzung der theologischen Lehrkanzeln auf. Vergebens protestierte der Prager Erzbischof Graf Harrach, obwohl selbst ein Zögling und Verehrer der Jesuiten, gegen die Verletzung der Rechte seines Stuhles, mit dem einst auch das Kanzleramt an der Universität verbunden gewesen war. Vergebens nahmen sich der Nuntius Caraffa, die Kongregation der Propaganda, ja der Papst selbst des Erzbischofs an. Die Jesuiten, getragen von der unerschütterlichen Gunst des Kaisers, widersetzten sich sogar den höchsten kirchlichen Autoritäten und behaupteten ihre Rechte. Nur ihre Ansprüche, auch den Unterrichtsplan für die Mittel- und Stadtschulen vorschreiben und alle Lehrer beaufsichtigen zu dürfen, wie das in letzter Zeit die Universität gethan hatte, wurden nicht förmlich anerkannt [1]).

1) Gindely, S. 147 ff.

Einige Jahre wurde in der Regel wenigstens die Gewissensfreiheit der einzelnen Personen in Böhmen nicht angetastet; nur die Wiedertäufer, welche, über 20000 Köpfe zählend, in Mähren ein stilles, arbeitsames Leben führten, wurden 1622 beim Eintritte des Winters auf Befehl des Kaisers vom Kardinal Dietrichstein sämtlich aus dem Lande gewiesen, worauf die meisten von einigen ungarischen Magnaten aufgenommen wurden [1]). Man hatte gehofft, daß die böhmischen Protestanten, wenn ihre Priester aus dem Lande getrieben, Taufen und Trauungen durch protestantische Geistliche verboten oder gar unmöglich gemacht und in den Städten die wichtigsten Ämter mit Katholiken besetzt wären, von selbst in den Schoß der alten Kirche zurückkehren würden. Es fehlte auch nicht an Personen, welche aus materiellen Gründen oder Überzeugung zum Katholicismus übertraten [2]). Aber die meisten blieben ihrem Glauben treu, und große Erfolge konnten die Bekehrungsversuche schon deswegen nicht haben, weil man für die Besetzung der Pfarreien fast keine katholischen Geistlichen hatte und jene, die man aus anderen Ländern herbeizog, meist weder in geistiger, noch in sittlicher Beziehung auf einer solchen Höhe standen, daß sie Ansehen und Einfluß beim Volke hätten gewinnen können.

Daher hielten es namentlich Caraffa und der Erzbischof für notwendig, auch gegen die Laien Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Letzterer befahl den Bauern auf seinen Besitzungen bei strenger Strafe den Besuch des katholischen Gottesdienstes, wie dies auch in manchen königlichen Städten z. B. in Kuttenberg den Bürgern aufgetragen wurde. Der Nuntius drängte auch den Kaiser zur Anwendung schärferer Mittel. Nachdem die Feinde in Deutschland besiegt und mit Bethlen, der im

1) „Schriften der hist.-statist. Sektion" XVI, 147 ff. „Die Geschichts-Bücher der Wiedertäufer" in F. R. Austr. Dipl. XLIII, 406 sqq. Vgl. Loserth, Der Communismus der mährischen Wiedertäufer: „Archiv f. österr. Gesch." LXXXI, 212 ff.

2) Gindely, S. 194 ff., auf den ich auch für das Folgende verweise.

Bunde mit jenen wieder losgeschlagen hatte, Friede geschlossen war, hatten die Bemühungen Caraffas trotz des Abratens der „Politiker" auch beim Kaiser Erfolg. Am 24. März 1624 erließ dieser eine Verordnung, daß fortan in den königlichen Städten nur Katholiken in den Bürgerverband aufgenommen und die während des Aufstandes oder seither ohne Bewilligung des Kaisers Aufgenommenen, wenn sie nicht katholisch würden, wieder ausgeschlossen werden sollten.

Nachdem man damit einige Erfolge erzielt hatte, trieb Caraffa den Kaiser zu weiteren Schritten an, wobei er jetzt auch vom neuen Beichtvater Ferdinands II., dem Jesuiten Lamormaini, unterstützt wurde. Dieser empfahl dem Kaiser, über die gänzliche Durchführung der Gegenreformation in Böhmen ernstlich nachzudenken und sich durch Empfang der heiligen Kommunion darauf vorzubereiten, worauf er sich auf vier Tage zum Gebet ins Jesuitenkollegium zurückzog. Als er zurückkam, erklärte ihm der Kaiser, daß der heilige Geist ihn erleuchtet und angewiesen habe, allen Ratschlägen seines Beichtvaters nachzukommen [1]). Am 18. und 20. Mai 1624 erließ er nun zwei Dekrete, von denen ersteres die Aufspürung und Ausweisung der Prädikanten auf den Gütern des Adels befahl, letzteres verordnete, daß sich kein Ketzer mehr der Landtafel bedienen dürfe, so daß den protestantischen Edelleuten die Sicherstellung der Käufe und Verkäufe, Erbteilungen und Testamente unmöglich gemacht wurde. Zur Durchführung der ersteren Verordnung wurden mehrere Generalvisitatoren ernannt, welche zugleich für die verwaisten Kirchen neue Pfarrer bestellen sollten [2]), was freilich beim Mangel an katholischen

1) Nach einem Berichte Caraffas bei Gindely, S. 202 f.

2) Die diesen erteilte geheime Instruktion vom 5. August 1624 (bei Gindely, S. 204 f.) wie andere Anhaltspunkte zeigen, daß die angebliche Instruktion für die Kreishauptleute vom Juli 1624, die in der Hist. persec. cap. 91, p. 315 sqq. mitgeteilt ist, in dieser Form und als allgemeine Weisung nicht existiert hat, wenn auch an manchen Orten einzelne dieser Aufträge erteilt und durchgeführt worden sind. Vgl. auch Gindely, S. 211, N. 2.

Geistlichen sehr schwer war, so daß einzelne Pfarrer, die manchmal kaum die Messe zu lesen verstanden, 6, 8, ja sogar 13 Pfarrsprengel verwalteten.

Als trotz des Ausweisungsbefehles noch immer zahlreiche protestantische Geistliche, oft auch von Herren und Städten begünstigt, heimlich im Lande zurückblieben, befahl Liechtenstein im Auftrage des Kaisers sie gefangen zu nehmen und bei Wasser und Brot einzukerkern. Die Bürger und Bauern wurden unter Androhung hoher Geldstrafen oder der Entziehung des Gewerbebetriebes aufgefordert, binnen einer bestimmten Zeit zum Katholicismus überzutreten. Bei jenen, welche sich nicht fügten, wurden an manchen Orten Soldaten, sogenannte Seligmacher, einquartiert, die sich oft die empörendsten Gewaltthaten erlaubten. Nur durch Vorweisung eines Beichtzettels konnte man sich von diesen fürchterlichen Gästen befreien.

Eine Verfügung des Kaisers vom 12. November 1625 erhob diese Einquartierungen zu einem förmlichen Regierungsprinzip, und man erreichte dadurch in der That große Erfolge. Entweder beugten sich die Bewohner vor dem Zwange, oder sie flohen zu Dutzenden in das Ausland, besonders das nahe Sachsen. Auch das Vermögen dieser Flüchtlinge wurde konfisziert, und erst auf eine Beschwerde des Kurfürsten von Sachsen, welche auch vom Erzbischofe von Mainz unterstützt wurde, gestattete man im August 1626, den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens gemäß, den Auswanderern den Verkauf ihrer Güter. Doch sollten vom Erlös zehn Prozent und der betreffende Teil der städtischen Schulden wie die ihnen für die Teilnahme an der Empörung auferlegten Strafgelder in Abzug gebracht werden. Auch die Besitzer von Herrschaften brachten ihre Bauern teilweise mit Zwangsmitteln zum Katholicismus zurück. Vereinzelte Aufstände wurden leicht unterdrückt.

Zur vollständigen Durchführung der Gegenreformation wurde im Februar 1627 auf Grund eines Gutachtens des Pater Lamormaini und seines Ordensgenossen Philippi, Er-

ziehers des Königs Ferdinand III., eine Kommission ernannt, welche aus dem jetzt mit der Kardinalswürde ausgezeichneten Erzbischofe Harrach, dem in den Grafenstand erhobenen Jaroslaw von Martinitz, dem Appellationsgerichtspräsidenten Friedrich von Talmberg und dem Oberstlandschreiber Christoph Wratislaw von Mitrowitz bestand [1]). Diese sollten die tüchtigsten Geistlichen (meist waren es Mönche) auswählen, welche durch Predigten die Protestanten bekehren, die schon Bekehrten im Glauben befestigen sollten. Jedem sollte zu seiner Unterstützung ein weltlicher Delegierter an die Seite gegeben werden. Den Protestanten sollte man für die Belehrung und die Erklärung ihres Übertrittes einen Termin setzen, nach dessen Ablauf gegen die Widerspenstigen mit Strafen vorgehen, die Verstockten durch Einquartierungen beugen, gegen drohende Gewalt Truppen herbeigerufen werden. Mit Prag sollte man den Anfang machen, nach und nach aber ganz Böhmen visitiert werden.

Da die Delegierten teilweise noch über die ihnen erteilten Aufträge hinausgingen und an einzelnen Orten gegen die Widerspenstigen selbst Kerkerstrafen und Hungerkuren anwendeten, so daß jene, welche ihrem Glauben am treuesten anhingen, über die Grenze oder in die Wälder flohen, so erhielten jetzt die Städte und Dörfer in der That ein ganz katholisches Gepräge. Doch brachen auch in mehreren Kreisen Aufstände der Bauern aus, die zu förmlichen Heeren heranwuchsen und mit Mord und Brand gegen katholische Geistliche und Grundherren wüteten, bis die bedeutendste Schar, welche 7000 Bewaffnete zählte, durch 4000 Mann regulärer Truppen besiegt und ihre Anführer gehängt, gerädert, gepfählt oder wenigstens verstümmelt oder gebrandmarkt wurden [2]).

1) Den letzten nennt Gindely S. 252 nicht, wohl aber Caraffa in seinen Comment. p. 276 sqq., und auch in der im Anhange daselbst p. 108 sqq. vollständig mitgeteilten Instruktion vom 5. Februar 1627 ist er unter den Kommissären angeführt.

2) Pelzel, Gesch. Böhmens II, 751. Hurter X, 184 f., der nach einem Schreiben Ferdinands III. an seinen Bruder angiebt, daß vom Bauernheer in einem Treffen 459 Mann getötet worden seien. Auch

Mähren wurde in gleicher Weise wie Böhmen behandelt. Anfangs wurden die Verordnungen gegen die protestantischen Geistlichen etwas später erlassen als in Böhmen, weil das Land wiederholt durch Bethlen bedroht war. Aber sie wurden dann um so energischer und konsequenter durchgeführt, weil der Kardinal Dietrichstein auch die politische Verwaltung führte, also durch keinen weltlichen „Politiker" gehemmt wurde [1]). Auch aus Mähren wurden 1624 alle protestantischen Geistlichen ausgewiesen und zwar nicht bloß aus den königlichen Städten, sondern auch aus den Herrschaften protestantischer Edelleute.

Nur die Adeligen selbst nahmen noch eine Ausnahmsstellung ein, und manche von diesen verweigerten auch den Befehlen, ihre Prediger auszuweisen, den Gehorsam oder machten wenigstens möglichst lange Schwierigkeiten. Um Böhmen rasch und vollständig katholisch zu machen, entschloß man sich im Sommer 1627, wo sich die Dinge auf dem Kriegsschauplatze immer günstiger gestalteten, den letzten entscheidenden Schritt zu unternehmen und auch gegen den Adel Gewaltmaßregeln zu ergreifen. Der Nuntius und der Kardinal Harrach erklärten dies für unbedingt notwendig, wenn man bei den Bauern einen durchgreifenden und dauernden Erfolg haben wolle. Auch ein Gutachten vornehmer geheimer Räte, des Oberstkanzlers Lobkowitz, Trauttmansdorfs, Slawatas, Khevenhüllers, des Gesandten in Spanien, der sich damals gerade in Wien aufhielt, und des Freiherrn von Nostitz, sprach sich entschieden dafür aus. Den Schaden, welcher dem Lande durch die Auswanderung vieler Edelleute und die Wegführung großer Geldsummen erwüchse, dürfe man nicht allzu hoch anschlagen, wenn es sich um die Ehre Gottes und die Sicherheit des Königreiches handle.

Am Tage des Gründers des Jesuitenordens, am 31. Juli 1627, unterzeichnete der Kaiser ein Patent, wonach auch die

Caraffa, Relazione ibid. p. 207 und Comment., p. 332 erwähnt diesen Aufstand, der im März 1628 ausbrach.

1) Caraffa, Relazione, p. 257. Vgl. d'Elvert in „Schriften der hist.-statist. Sektion" XXIII, CCLXXXI ff.

Mitglieder des Herren- und Ritterstandes, Männer und Frauen, welche nicht katholisch werden wollten, binnen sechs Monaten das Land verlassen sollten. Zum Verkaufe ihrer Güter, aber nur an Katholiken, wurde ihnen ein weiterer Termin von einem halben Jahre bewilligt. Für die Waisen von Adeligen wurden katholische Vormünder bestellt. Infolge dieser Verordnung, welche gleichzeitig für Mähren erlassen wurde und auch die Durchführung der Gegenreformation in sämtlichen Gutsgebieten ermöglichte, begannen neue Auswanderungen von Adeligen und Unadeligen. Der Ruin des Landes, welcher durch die Räubereien und Erpressungen der Offiziere und Soldaten, die übermäßigen Kontributionen und Einquartierungen und durch die über die Aufständischen verhängten Vermögensstrafen herbeigeführt worden war, wurde durch die Gegenreformation vollendet. Auf wenigstens 30000 schätzt Slawata die Zahl der ausgewanderten Familien, darunter 185 vom Herren- und Ritterstande, und es waren vielfach die tüchtigsten, kenntnisreichsten und unternehmendsten Männer, welche sich im Auslande eine neue Heimat suchten. Die Bergwerke in Kuttenberg und im Erzgebirge gerieten infolge der Auswanderung der kundigen Arbeiter in Verfall. In Kuttenberg waren im Jahre 1628 von 594 Häusern, welche die Stadt früher gehabt, 202 von ihren Bewohnern verlassen oder lagen in Trümmern. Auch an anderen Orten war es nicht besser. Saaz hatte 1618 460 angesessene und wohlhabende Bürger gezählt, im Jahre 1626 waren noch 205 übrig, von denen nur 94 imstande waren, eine Steuer zu zahlen. In sämtlichen königlichen Städten hatte man vor dem Aufstande über 14000 Häuser gezählt, von denen 3974 in Prag waren. Im Jahre 1628 waren nach einem Berichte der Hofkammer in der Prager Neustadt allein 500 Häuser unbewohnt, und in sämtlichen übrigen königlichen Städten gab es nur noch 2618 Häuser, von welchen eine Steuer gezahlt wurde. Die Zahl der bäuerlichen Ansässigkeiten war auf gleiche Weise zusammengeschmolzen. Im Jahre 1605 hatte man 150932 gezählt; 1628 wurde die Zahl derselben auf 64133 angegeben, wobei freilich die ge-

heimen Räte behaupteten, daß manche Herrschaftsbesitzer einen Teil derselben verschwiegen hätten, um weniger Steuern zahlen zu müssen [1]).

In Mähren war die Lage der Bürger und Bauern vielleicht noch trauriger, weil dieses Land länger von den Truppen besetzt und zu noch größeren Leistungen gezwungen worden war.

Auch die Macht des tschechischen Adels war durch die massenhaften Hinrichtungen, Auswanderungen und Güterkonfiskationen gebrochen. Seine Herrschaften waren durch Kauf oder Schenkung teilweise in die Hände fremder, deutscher, italienischer und spanischer Familien gekommen, welche die Regierung, die allein ihren Besitzstand garantieren konnte, bereitwillig unterstützten.

Die Autonomie der königlichen Städte wurde jetzt vollständig vernichtet. Hatte Ferdinand I. nach der im Jahre 1547 versuchten Erhebung überall einen königlichen Richter eingesetzt, welcher die Justizpflege, teilweise auch die Verwaltung überwachen sollte, so wurde 1621 für jede Stadt ein Hauptmann ernannt, welcher alle anderen Gewalten, den Königsrichter wie den Bürgermeister und Rat in den Hintergrund drängte. Er hatte für die Ausführung der Verordnungen der böhmischen Hofkanzlei und Kammer und für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er beaufsichtigte die Vermögensgebarung der Stadt, ernannte die Gemeindebeamten und Lehrer und erteilte Witwen und Waisen die Heiratsbewilligung. 1628 wurde den Städten auch die Aufnahme von Darlehen ohne Genehmigung des Kaisers oder der Kammer untersagt und der Auftrag gegeben, dieser jährlich die Rechnungen über die städtischen Einnahmen und Ausgaben vorzulegen [2]).

Schon durch alle diese Maßregeln hätten die Stände ihre frühere Macht und Bedeutung verlieren müssen, auch wenn die Verfassung selbst nicht abgeändert worden wäre. Aber daß dies geschehen müsse, betrachteten der Kaiser und die

1) Gindely, S. 425. Vgl. S. 236 und Bílek in „Mitth. d. Ver. f. Gesch. der Deutschen in Böhmen“ XXVII, 51.

2) Gindely, S. 268ff. 279.

meisten seiner Räte schon gleich nach der Niederwerfung des Aufstandes als selbstverständliche Folge desselben. Daß die Stände durch die Rebellion ihre früheren Rechte verwirkt hätten, wurde kaum von jemandem bestritten. Böhmen wurde als erobertes Land behandelt, und vom Kaiser und dem Fürsten Liechtenstein als Statthalter wurden Steuern in beliebiger Höhe ausgeschrieben. Als im Oktober 1624 die obersten Landesbeamten, Landrechtsbeisitzer und Räte gegen die Einhebung einer neuen Wein- und Ochsensteuer Vorstellungen erhoben, weil es eine Neuerung und Verletzung der hergebrachten Bräuche sei, erteilte ihnen der Kaiser einen strengen Verweis dafür, daß sie nicht so sehr seine Autorität und seinen Nutzen als das auf „vermeintliche Privilegien" gebaute Interesse der Einwohner in acht nehmen wollten. „Seit unserem vor Prag mittels göttlichen Segens erhaltenen glorwürdigen Siege haben sich die Gebräuche, ja der ganze Zustand selbigen Königreiches einigermaßen verändert", bemerkte der Kaiser in der Instruktion, welche er den wegen dieser Steuern an den Statthalter und die Landesbeamten Böhmens gesendeten Grafen Trauttmansdorf und Slawata mitgab [1]).

Schon am Ende des Jahres 1620 sprachen sich mehrere Räte des Kaisers in einem auf dessen Aufforderung erstatteten Gutachten dafür aus, daß alle Privilegien Böhmens einer Revision unterzogen und jene, welche der Hoheit des Kaisers zuwider wären oder Anlaß zum Aufstande gegeben hätten, kassiert, die andern neu verliehen werden sollten [2]). Als besonders anstößig betrachteten die Wiener Räte die übergroße Macht der Stände und Landesbeamten, welche der König eigenmächtig weder ernennen noch entlassen konnte, und die Form der Huldigung. Es müsse klar werden, daß diese nicht infolge einer Übereinkunft mit den Ständen, sondern infolge eines Befehles vor sich gehe.

1) „Schriften der hist.-statist. Sektion" XVII, 187 ff. Vgl. Gindely, S. 369 f. 385 f. 391. 395 ff.

2) Über die Gutachten und Beratungen betreffend die Revision der böhmischen Landesordnung s. Gindely, S. 449 ff.

Von den böhmischen Landesbeamten waren namentlich Martinitz und Sternberg für die Beibehaltung der wesentlichen Punkte der bisherigen Verfassung. Nur sollten die Prälaten wieder als erster Stand Sitz und Stimme im Landtag erhalten. Auch der Oberstkanzler Lobkowitz stand auf demselben Standpunkte. Nur Slawata, der sich des besonderen Vertrauens des Kaisers erfreute und neben dem Amt eines obersten Landrichters bald auch das eines Präsidenten der böhmischen Kammer erhielt, sprach sich in einem geheimen Gutachten für einschneidende Änderungen zugunsten der königlichen Gewalt aus. Die Ansicht, „daß eines böhmischen Königs Gebot und Verbot, welches ohne Vorwissen und Willen der Stände und Landräte gemacht worden, für kraftlos und ungültig gehalten werde, und der König ohne der Stände Landtagsbeschluß nichts ändern oder neuern könne“, sollte beseitigt werden, die Landesbeamten nur dem Könige und nicht auch den Ständen den Eid leisten, Berufungen von den Urteilen des Landrechtes an den König gestattet werden.

Im Frühjahr 1623 setzte der Kaiser zur Beratung der böhmischen Verfassungsfrage eine Kommission ein, welche aus dem obersten Kanzler Lobkowitz, Slawata, Martinitz, Kolowrat, Talmberg, Michna und Nostitz und aus dem Reichshofrats-Vizepräsidenten Stralendorf bestand. Ihr Gutachten ist leider nicht bekannt geworden.

Im März 1625 ernannte der Kaiser eine neue Kommission, welche aus dem Statthalter Fürsten Liechtenstein, dem General Wallenstein, dem deutschen Vizekanzler für Böhmen, Freiherrn von Nostitz, einem Lausitzer, dem Freiherrn von Stralendorf, dem österreichischen Vizekanzler Freiherrn Werda von Werdenberg, einem Italiener seiner Herkunft nach, den Reichshofräten Melander und Hillebrand und dem böhmischen Appellationsrate Hassold, also zum größeren Teile aus Nichtböhmen bestand. Von den obersten Landesbeamten wurde keiner zugezogen, der als Vertreter der ständischen Rechte bekannt war. Die Anträge der Kommission wurden, soweit sie staatsrechtliche Fragen betrafen, in den letzten Tagen des März von den

geheimen Räten Eggenberg, Harrach, Slawata, Werda und Nostitz in wiederholten Sitzungen, an denen auch der Kaiser selbst und sein Sohn König Ferdinand teilnahmen, einer eingehenden Beratung unterzogen.

Das Ergebnis aller dieser Arbeiten war die „verneuerte Landesordnung" [1]), welche mit einem vom Kaiser am 10. Mai 1627 unterzeichneten Kundmachungspatent als Gesetz publiziert wurde, ohne daß man darüber die Stände oder auch nur die Landesbeamten gefragt hätte. Die ein Jahr später für das „Erb-Marggrafthum Mähren" erlassene „verneuerte Landesordnung" stimmt in den Hauptpunkten meist wörtlich überein [2]).

Durch die neuen Landesordnungen wurde die Verfassung dieser Länder wesentlich umgestaltet.

Schon die Zusammensetzung des Landtags wurde anders. Dem Erzbischofe von Prag und den infulierten Prälaten, welche in die Landtafel eingetragene Güter besaßen, wurden jetzt wieder Sitz und Stimme eingeräumt, und zwar bildeten sie den ersten Stand.

Die Stellung des Königs zu den Ständen wurde ganz anders als früher.

Dem Könige wurde das Recht zuerkannt, die Ritterwürde und das Inkolat zu erteilen und auf diese Weise Ausländern, welche sich in Böhmen ankauften, Zutritt zum Landtage zu verschaffen.

Das Erbrecht der regierenden Dynastie wurde jetzt so deutlich als möglich ausgesprochen. Den Ständen wurde auf Grund der „richtig verstandenen" goldenen Bulle von 1348 und des Majestätsbriefes von 1510 nur dann ein Wahlrecht zuerkannt, wenn vom königlichen Geschlecht weder „Manns- noch Weibs-Person" vorhanden wäre, und es wurde verfügt, daß alle, welche das Erbrecht anfechten würden, „ipso facto in das Laster und die Strafe der beleidigten Majestät und

1) Deutsch und böhmisch im Codex iuris Bohemici ed. Hermenegild Jireček V. 2. Die das öffentliche Recht betreffenden Bestimmungen finden sich im Titel A.

2) Cod. iur. Bohem. ed. Jireček V. 3.

öffentlichen Rebellion gefallen und Leib und Gut verloren haben sollten". Die Huldigung mußte fortan dem „Erbherrn" geleistet werden. Ferdinand II. berief dann den Landtag auf den November 1627 nicht mehr zur Wahl oder „Annahme", sondern nur zur Krönung seines älteren Sohnes. Dem Eide, welchen der König leistete, wurde eine solche Fassung gegeben, daß er die Stände nur bei den von ihm bestätigten und wohlhergebrachten Privilegien zu schützen verpflichtet war. Doch wurde ihm die Aufrechthaltung der katholischen Religion, welche allein geduldet war, die Handhabung der Justiz und die Erhaltung der Integrität des Reiches zur Pflicht gemacht. Die schon 1547 erlassene Bestimmung, daß niemand ohne königliche Bewilligung den Landtag berufen dürfe, wurde unter Androhung des Verlustes von Leben, Ehre und Gut erneuert und auch auf die Kreisversammlungen ausgedehnt. Das Recht, dem Landtage Propositionen zu machen, wurde jetzt ausdrücklich dem König allein vorbehalten, und es wurde für einen Eingriff in das Amt desselben und für ein Verbrechen erklärt, wenn jemand mündlich oder schriftlich einen Antrag stellen würde. Nur beim Könige durfte jemand eine Sache anregen. Auch wurde den Ständen verboten, an Steuerforderungen unbillige Bedingungen zu knüpfen. Erst 1640 wurde den Ständen von Ferdinand III. ein beschränktes Recht der Initiative eingeräumt, indem er ihnen erlaubte, über solche Angelegenheiten, welche nicht seine Person, seine Hoheitsrechte oder die Regalien beträfen, also auf dem Gebiete des Privat- und Strafrechtes, der Polizeigesetzgebung u. dgl. sich zu unterreden und Beschlüsse zu fassen, deren Veröffentlichung aber von seiner Bestätigung abhängen sollte [1]).

Dem Könige wurde auch das Recht der Kriegführung zuerkannt und alle Einwohner verpflichtet, ihm gegen ausländische und inländische Feinde Hilfe zu leisten. Nur mit seiner Erlaubnis durften Werbungen veranstaltet und Festungen und Schlösser erbaut werden.

1) Toman, Das böhmische Staatsrecht, S. 45 f.

Zugleich wurden die Beamten in größere Abhängigkeit vom Könige gebracht. Er behielt sich das Recht vor, die Ämter beliebig zu besetzen, wenn er auch versprach, in Böhmen ansässige Personen zu ernennen. Auch sollten die Landesbeamten und Landrechtsbeisitzer ihre Stellen nicht mehr lebenslänglich behalten, sondern nach fünf Jahren in die Hände des Königs zurücklegen, von dessen Belieben ihre weitere Verwendung abhing. Ihren Eid leisteten sie nur noch dem Könige, nicht auch dem Lande. Daher sollten die höchsten Beamten nach einem Hofdekrete vom 3. September 1628 nicht mehr „oberste Landesoffiziere des Königreiches Böhmen", sondern „königliche oberste Landesoffiziere im Königreiche Böhmen" heißen [1]), während früher nur der Präsident, die Räte und der Prokurator der Kammer königliche Beamte gewesen waren.

Um dem König einen größeren Einfluß auf die Rechtspflege zu sichern, wurde bestimmt, daß alle Urteile des Landrechts oder obersten Gerichtshofes für die höheren Stände, welche Leib und Leben oder die Ehre beträfen, vor der Veröffentlichung ihm zur Genehmigung vorgelegt werden und es auch gestattet sein sollte, gewisse Angelegenheiten von vornherein bei der böhmischen Hofkanzlei anhängig zu machen, wo unter Beiziehung von Justiz- und obersten Landesbeamten das Urteil gefällt werden sollte. Zugleich wurde die Herrschaft der böhmischen Sprache gebrochen, welche bisher in der Verwaltung und bei Gerichten die alleinberechtigte gewesen war. Jetzt wurde auf Antrag des Fürsten Eggenberg mit Rücksicht auf die vielen Ausländer, besonders Deutschen, die in Böhmen Güter erworben hatten, bei Prozessen wie bei Eintragungen in die Landtafel das Deutsche für gleichberechtigt erklärt und verfügt, daß die Verhandlungen in der Sprache des Angeklagten geführt, und, so lange nicht alle Landrechtsbeisitzer beider Sprachen mächtig wären, getrennte deutsche und böhmische Senate eingerichtet werden sollten. Ferdinand III. verordnete dann 1644, daß alle Räte des Appellationsgerichtes in Prag

1) Toman, S. 51 f.

der deutschen Sprache mächtig sein und in dieser die Referate erstattet werden sollten [1]). Es waren dies wichtige Maßregeln für die Anbahnung eines näheren Anschlusses Böhmens an die deutschen Erbländer. Wie sehr man in den maßgebenden Kreisen schon jetzt dem Deutschen eine größere Bedeutung beilegte als dem Tschechischen, zeigt der Umstand, daß der Druck des böhmischen Textes der Landesordnung nach dem 17. Bogen eingestellt, diese nur in deutscher Sprache publiziert und der deutsche Text als der authentische erklärt wurde [2]).

Wurde durch alle diese Bestimmungen die frühere Bedeutung der böhmischen Stände vernichtet, so wurde förmlich der Absolutismus proklamiert, indem sich der König in der Landesordnung und im Kundmachungspatente vom 10. Mai 1627 das Recht vorbehielt, in Böhmen „Gesetze und Rechte zu machen und alles dasjenige, was das Recht der Gesetzgebung, so uns als dem König allein zusteht, mit sich bringt", und auch die Landesordnung selbst „zu mehren und zu bessern" und die in ihr nicht begriffenen Fälle durch königliche Erlässe zu entscheiden [3]).

Nur das Steuerbewilligungsrecht der Stände wurde vom Kaiser nicht angetastet und in der Landesordnung ausdrücklich erklärt, daß er Kontributionen nur auf den Landtagen „und anders nicht" begehren lassen würde. In dem am 29. Mai 1629 gegebenen Majestätsbriefe, worin der Kaiser für sich und seine Erben versprach, alle vier Stände und das ganze Reich bei ihren Rechten zu lassen, wurde diese Zusicherung erneuert. Aber ein großer Teil der Steuern, die Erträgnisse der Domänen und Regalien und das Biergeld, welches den an der Rebellion beteiligten Städten in der Höhe von einem Gulden für jedes Faß auferlegt wurde, war von vornherein jeder Einflußnahme der Stände entzogen, und dann hat Ferdinand II. noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1627 und

1) Bidermann, Gesch. der österr. Gesamt-Staatsidee I, 162, N. 118.

2) Gindely, S. 506.

3) Daß sich dies nicht bloß auf das Privat-, sondern auch auf das öffentliche Recht bezog, hat Gindely, S. 471 ff. überzeugend dargethan.

wiederholt im Jahre 1634 bloß auf Grund der Zustimmung der obersten Landesbeamten, Landrechtsbeisitzer, Hoflehensgerichts- und Kammerräte und Kreishauptleute eine Grundsteuer einheben lassen. Unter seinen Nachfolgern ist dies besonders in Kriegszeiten der rascheren Erledigung wegen noch öfter geschehen [1]).

Größere Schwierigkeiten und zwar rechtlicher Natur fand der Kaiser bei der Durchführung der Gegenreformation in Schlesien, weil er selbst den diesem Lande vom Kurfürsten von Sachsen im Jahre 1621 gewährten Accord, in welchem alle früheren Privilegien, auch der Majestätsbrief, bestätigt worden waren, genehmigt hatte. Man begnügte sich daher in der Regel mit der Ernennung katholischer Edelleute für die Verwaltung der unmittelbaren Fürstentümer, der Einsetzung katholischer Hauptleute in den Städten und der Wegnahme verschiedener Kirchen, auf welche die Katholiken irgendwelche Ansprüche machen konnten. Nur in der Grafschaft Glatz, die eigentlich einen Bestandteil Böhmens bildete, wurden 1623 die protestantischen Geistlichen vertrieben und in Neisse und andern Gebieten, welche dem Bischofe von Breslau gehörten, 1626 den Protestanten die Wahl gelassen, katholisch zu werden oder auszuwandern.

Als aber 1626 Mansfeld auf seinem Zuge durch Schlesien in einzelnen Teilen Oberschlesiens einige halb erzwungene halb freiwillige Unterstützung fand, wurden nicht bloß zahlreiche Adelige und Unadelige in Anklagezustand versetzt und teilweise ihrer Güter beraubt, sondern man riet auch dem Kaiser, daß er den Dresdener Accord und den Majestätsbrief für verwirkt erklären solle. Zu einer prinzipiellen Entscheidung kam es nun nicht. Aber man ging in der That daran, die Städte in den unmittelbar unter dem Kaiser stehenden Fürstentümern und im Wallensteinschen Herzogtum Sagan mit Gewalt zum Katholicismus zurückzuführen. Auch hier nahmen besonders Laien die Bekehrung in die Hand wie der mehr absolutistische

1) Gindely, S. 511 f. Toman, S. 71 ff.

als religionseifrige Kammerpräsident Hannibal von Dohna und der fanatische Hauptmann von Glogau Georg von Oppersdorf. Beim ersten Widerstande ließen diese Liechtensteinsche Dragoner aus Böhmen kommen, die nun als „Seligmacher" von Stadt zu Stadt zogen und den Bürgern in die Häuser gelegt wurden, bis diese sich einen Beichtzettel verschafften. Auch hier flohen die Leute zu Hunderten ins Ausland. Aus Guhrau sollen fast 4000 Einwohner nach Polen ausgewandert sein. In Löwenberg, einer damals durch Tuchmacherei blühenden Stadt, welche vor dem Kriege 1700 Bürger gehabt hatte, fanden die Liechtensteiner bei ihrer Ankunft nur 22 Bürger und 4 Ratsherren anwesend.

Doch blieben in Schlesien die Vasallenfürstentümer Liegnitz-Brieg-Wohlau und Münsterberg-Oels wie die Stadt und das Fürstentum Breslau, wo die Hauptmannschaft dem dortigen Rate verpfändet war, von diesen Maßregeln unberührt, so daß der Protestantismus in einem großen Teile Schlesiens fortbestand, und auch von den zwangsweise Bekehrten blieb ein großer Teil demselben zugethan [1].

Das Land ob der Enns war im Jahre 1620 bis zum Ersatz der Kriegskosten dem Herzoge von Baiern verpfändet worden. Doch hatte sich der Kaiser dabei die Landeshoheit vorbehalten, und von ihm hing daher auch die Bestrafung derjenigen ab, welche an der Erhebung beteiligt gewesen waren. Aber die Stände wollten noch lange nicht an eine ernste Gefahr glauben. Sie baten weder den Kaiser um Verzeihung, noch wollten sie die von diesem gewünschten Steuern zahlen, welche zur Rücklösung des Landes notwendig gewesen wären. Erst als der Kaiser mehrere Adelige verhaften ließ und 1624 zur Untersuchung und Aburteilung aller Kompromittierten eine Strafkommission einsetzte, zeigten sie sich nachgiebiger und baten den Fürsten Eggenberg und den Abt Anton Wolfrat von Kremsmünster, der die Stelle eines Hofkammerpräsidenten be-

1) K. A. Menzel, Neuere Gesch. der Deutschen (2. Aufl.) III, 496 ff. Grünhagen II, 193 ff. Vgl. S. 311. Hurter X, 190 ff. ist hier ganz ungenügend.

kleidete, um ihre Vermittelung. Sie boten auch dem Kaiser eine jährliche Geldsumme zur Verzinsung der Schuld an den Kurfürsten von Baiern an, verlangten aber dafür die Bestätigung ihrer Religionsfreiheit. Dazu wollte sich Ferdinand II. am wenigsten herbeilassen, und auch die Versuche der Stände, ihr Vorgehen zu rechtfertigen oder wenigstens zu entschuldigen, erfüllten ihn mit Unwillen. Er trug daher der Strafkommission am 1. Oktober 1624 auf, die Stände aufzufordern, sich binnen sechs Wochen bei ihr in Linz einzufinden, und ihnen zu verkünden, daß sie als Majestätsverbrecher Leben und Gut verwirkt hätten. Auch jetzt zögerten die Stände noch, und erst als ihnen ein Termin von 24 Stunden gestellt wurde, unterwarfen sie sich unbedingt den Verfügungen des Kaisers.

Am 27. Februar 1625 gewährte dieser endlich den Ständen, mit Ausnahme der Flüchtigen und Verhafteten, Verzeihung, aber nur unter der Bedingung, daß sie durch eine Deputation kniefällig Abbitte leisteten, binnen drei Jahren ein Strafgeld von 1 000 000 Gulden zahlten, was nachträglich auf 600 000 Gulden ermäßigt wurde, ihm ihre Privilegien zur beliebigen Bestätigung vorlegten und ihm die alleinige Entscheidung in Religionsangelegenheiten überließen. Auch die ständische Kasse mit den dazu gehörigen Gülten und Gütern und die Lehen und geistlichen Vogteien der Begnadigten behielt sich der Kaiser vor [1]).

Auf die letzte Bestimmung legte dieser besonderen Wert, weil ihm das Recht der Besetzung der Pfarreien auf den Herrschaften die Durchführung der Gegenreformation erleichterte, die er schon längst ins Werk zu setzen beschlossen hatte. Schon gleich nach der Unterwerfung hatte er den Wunsch ge-

1) Pritz II, 366 ff. Gindely, Die Gegenreformation und der Aufstand in Oberösterreich im Jahre 1626. (Sitzungsber. d. kais. Akademie CXVIII B.) Für das Folgende genügt es in Beziehung auf das Thatsächliche auf Stieve, Der oberösterr. Bauernaufstand im Jahre 1626 (2 Bde. 1891) zu verweisen, welches Werk auf strenger Kritik der reichen, vielfach ungedruckten Quellen beruht. Die früheren Bearbeitungen und die Speziallitteratur sind das. II, 278 ff. verzeichnet.

äußert, daß der Herzog Max die protestantischen Prediger aus dem Lande treiben und die Ketzerei unterdrücken möge, und diese Mahnung war in den nächsten Jahren mehrmals wiederholt worden. Doch hatte der baierische Herzog die Ausführung abgelehnt, weil es ihm gefährlich schien, die Einwohner zu reizen, so lange die auswärtigen Feinde nicht vollständig besiegt wären.

Endlich griff der Kaiser selbst ein. Am 4. Oktober 1624 erließ er ein Patent, wonach alle protestantischen Geistlichen mit den Schulmeistern binnen acht Tagen das Land räumen sollten, weil sie mit ihren lästerlichen Lärmpredigten und Aufwiegelung des gemeinen Mannes nicht die geringste Ursache der früheren Rebellion gewesen seien und auch jetzt noch gegen die katholische Religion immerdar lästern, schreien und predigen. Zur Durchführung der Gegenreformation wurde eine Kommission eingesetzt, welche aus dem baierischen Statthalter Grafen Adam von Herbersdorf, einem gebornen Steierer, der als Jüngling seines protestantischen Glaubens wegen sein Vaterland verlassen hatte, aber dann katholisch geworden war, dem Dr. Falbe, Abte von Göttweih, und zwei Beamten bestand. Dieselben zogen nun von Stadt zu Stadt, setzten katholische Bürgermeister und Stadtrichter und so weit als möglich auch katholische Räte ein und suchten auch die Bürger für den Katholicismus zu gewinnen, indem der Abt auf der Kanzel predigte, der Statthalter auf dem Rathaus eine Rede hielt. Auch die Kirchen in den Städten und Märkten wie auf dem Lande wurden katholischen Geistlichen übergeben, die aber nicht in genügender Zahl aufgebracht werden konnten und sich vielfach durch ihren unsittlichen Lebenswandel um alle Achtung brachten.

Da die erhoffte Wirkung dieser Maßregeln ausblieb und die Bürger und Bauern, um ihre religiösen Bedürfnisse zu befriedigen, trotz aller Verbote weite Reisen in die Nachbarländer unternahmen oder in ihren Häusern Andachten veranstalteten, während die katholischen Kirchen leer blieben, so beschloß der Kaiser durch Zwang die Bekehrung der Laien herbeizuführen.

Seinen Weisungen entsprechend erließen die Reformationskommissäre am 10. Oktober 1625 ein Patent, welches die früheren Verordnungen betreffend die Ausweisung der Prädikanten und Schullehrer, das Verbot der Abhaltung von religiösen Konventikeln und des „Auslaufens" zu fremden Geistlichen, dann den Befehl, an Sonn- und Festtagen dem katholischen Gottesdienste beizuwohnen, erneuerte, die Ablieferung aller ketzerischen Bücher anordnete und endlich befahl, daß bis zu den nächsten Ostern (12. April 1626) alle Einwohner den katholischen Glauben annehmen sollten. Wer dies nicht wollte, sollte bis dorthin auswandern, was den Leuten aber nur gestattet wurde, wenn sie den zehnten Pfennig an die Regierung als „Nachsteuer" und die Bauern noch die gleiche Summe an die Grundherrschaft als „Freigeld" gezahlt hätten. Nur jenen Adeligen, deren Vorfahren schon vor fünfzig Jahren der Landschaft angehört hätten, wurde, jedoch ohne Verbindlichkeit für die Zukunft, der weitere Aufenthalt im Land erlaubt, wenn sie auch in ihren Häusern keine gottesdienstliche Handlung mehr vornehmen ließen, ihre Kinder nicht zur Ausbildung in das unkatholische Ausland schickten und ihre protestantischen Beamten entfernten. Auch die unkatholischen Landesbeamten sollten binnen sechs Monaten abgeschafft werden. Wiederholte Versuche, welche die oberösterreichischen Stände unter Führung des Freiherrn Gundakar von Polheim, eines durch seine Loyalität auch bei Hofe sehr angesehenen Mannes, unternahmen, um den Kaiser zur Zurücknahme dieser Verordnungen zu bewegen, blieben erfolglos.

Bei der Ausführung des Patentes ging man aber noch vielfach über den Wortlaut hinaus. Man warf die Widerspänstigen in den Kerker oder drückte sie durch Einquartierungen von Soldaten und nahm den Auswandernden unter verschiedenen Titeln so hohe Summen ab, daß sie an manchen Orten fast ihr halbes Vermögen zurücklassen mußten.

Die Härte, mit welcher Beamte und Geistliche gegen die Bewohner verfuhren, war aber um so gefährlicher, als die meist mit Waffen versehenen oberösterreichischen Bauern ein

viel größeres Selbstgefühl hatten als die seit Jahrhunderten geknechteten Hörigen der slavischen Länder, dieselben seit langem gewohnt waren, sich um die Befehle der Regierung wenig zu kümmern, und infolge des seit der baierischen Occupation auf ihnen lastenden Druckes in einer verzweifelten Stimmung waren [1]). Denn das Land unterlag fast unter der Last der Abgaben und Leistungen. Zu den Giebigkeiten der Bauern an ihre Grundherren waren hohe Steuern zur Verzinsung der Landesschulden gekommen, welche durch die Rüstungen für die Unterstützung des böhmischen Aufstandes noch bedeutend vermehrt worden waren und bei einer Bevölkerung von nicht viel mehr als 300 000 Einwohnern eine Höhe von fast vierzehn Millionen Gulden erreicht hatten. Dann mußte das Land für die Besoldung der baierischen Besatzungen „Garnisonsgeld" zahlen, welches vom 4. März 1621 bis zum Januar 1626 beinahe anderthalb Millionen Gulden betrug, und wurde trotzdem durch die einquartierten oder durchmarschierenden Soldaten ausgesogen und ausgeplündert.

Als nun noch die protestantischen Geistlichen durch katholische ersetzt wurden, stieg die Erbitterung der Bauern noch mehr. Schon 1625 kam es im Hausruckviertel zu Zusammenrottungen und Gewaltthaten. Im Januar 1626 wurden ein Reformationskommissär und der Dechant von Linz, welche in Natternberg einen katholischen Pfarrer einsetzen wollten, von den versammelten Bauern mit Steinwürfen vertrieben. Im Mai rotteten sich bei einem gleichen Versuche in Frankenburg die Bürger und Bauern bewaffnet zusammen, bedrohten den Pfleger und Pfarrer, boten die Bauern der Umgebung auf und belagerten, auf 5000 Mann angewachsen, einige Tage das Schloß.

Jetzt glaubte der Statthalter, ein verständiger, aber harter und leidenschaftlicher Mann, die Bauern durch Strenge von weiterem Widerstande abschrecken zu sollen. Er sicherte den

1) Das letzt erwähnte Motiv hat Stieve a. a. O. vielleicht ebenso sehr unterschätzt, wie viele seiner Vorgänger überschätzt.

Belagerern unter der Bedingung, daß sie nachhause zögen und ihm die Rädelsführer ausgeliefert würden, volle Straflosigkeit zu. Hierauf aber ließ er 600 Mann Fußtruppen, 50 Reiter und den Henker mit seinen Knechten kommen und forderte die ganze männliche Bevölkerung der Märkte Frankenburg und Vöcklamarkt und dreier umliegenden Pfarreien auf, sich am 15. Mai unbewaffnet auf dem Haushammerfelde bei Vöcklamarkt einzufinden, wobei er zugleich den freiwillig Erscheinenden seine Gnade zusicherte. Die Versammelten, etwa 6000 Personen, ließ er durch seine Truppen umzingeln, und erzwang dann die Auslieferung der Richter und Gemeindeausschüsse, sechsunddreißig an der Zahl. Die Hälfte derselben wurde zum Tode bestimmt. Je zwei und zwei mußten um ihr Leben würfeln. Nachdem Herbersdorf noch zwei auf Bitten des Pflegers begnadigt hatte, ließ er sechzehn teils am nächsten Baume, teils an verschiedenen Kirchtürmen aufknüpfen.

Dieses grausame Blutgericht, welches viele Unschuldige traf, da sich die Rädelsführer früher geflüchtet hatten, steigerte nur noch die Wut der Bauern gegen Herberstein und die von ihm vertretene baierische Herrschaft. Und dann kamen noch die Edikte, welche die zwangsweise Einführung des Katholicismus anordneten und deren Durchführung für den Sommer 1626 auch auf dem Land in Aussicht genommen wurde, nachdem man vorher die Einwohner entwaffnet hatte.

Da bildete sich unter den Bauern des nordwestlichen Winkels des Hausruckviertels und ihren Nachbarn jenseits der Donau eine Verschwörung, als deren Urheber Stephan Fadinger und dessen Schwager Christoph Zeller, Wirt in St. Agatha, bezeichnet werden. Sie wollten die baierische Regierung, deren Statthalter sich zum rücksichtslosesten Vertreter der Gegenreformation hergegeben hatte, deren Soldaten das Mark des Landes aussogen, durch Überwältigung der Truppen vernichten und das Land dem Kaiser zurückgeben, von dem sie die Herstellung der früheren Verfassung und (so wenig waren sie über die Gesinnung Ferdinands II. unterrichtet!) die

Schonung ihrer religiösen Überzeugungen erwarteten. Ihre Stimmung drückt sich in den Inschriften aus, welche sich auf manchen ihrer Fahnen fanden:

„Von Baierns Joch und Tyrannei
Und seiner großen Schinderei
Mach uns o lieber Herr Gott frei.
Weil's gilt die Seel' und auch das Gut,
So soll's auch gelten Leib und Blut.
O Herr verleih uns Heldenmut!
Es muß sein."

Die Erhebung war für den Pfingstsonntag, den 31. Mai 1626, geplant. Aber am 17. Mai kam es im Markte Lembach im westlichen Mühlviertel zwischen den mit verschiedenen Bittprozessionen herbeigekommenen Bauern und baierischen Soldaten zufällig wegen eines Pferdes zu einer Schlägerei, in der sechs Soldaten getötet, die übrigen verjagt wurden. Auf die Nachricht hiervon erhoben sich unverzüglich die Bauern der Umgebung nördlich und südlich von der Donau, überfielen mehrere größere Ortschaften, bemächtigten sich aller irgendwie erreichbaren Waffen, plünderten die Pfarrhöfe, erschlugen einige Geistliche, forderten von jedem Gute die Stellung eines Bewaffneten und zwangen die Lauen oder Widerstrebenden durch Drohungen und Gewalt sich ihnen anzuschließen. Der Statthalter, welcher mit 1100 Mann und drei Geschützen, begleitet vom Scharfrichter, gegen die Bauern auszog, wurde am 21. Mai von Zeller bei Peuerbach geschlagen, der größte Teil seiner Mannschaft getötet. Nach diesem Erfolge verbreitete sich die Empörung rasch über das ganze Land, wo Fadinger im Süden, Zeller im Norden der Donau den Oberbefehl führten. Da auch die mit Gewalt bekehrten Bürger im Innern meist mit den Bauern sympathisierten und ihnen keinen Widerstand entgegensetzten, so war bis zum Ende des Mai das Land ob der Enns, mit Ausnahme von Linz, Enns und Freistadt in den Händen der Aufständischen, welche wohl einzelne Ausschreitungen verübten, aber im ganzen gute Mannszucht hielten. Den größten Einfluß auf das Verhalten der Bauern in allen nicht-

militärischen Fragen erlangten zwei nicht ihrem Stand angehörende Männer, nämlich Wolf Madlseder, Bürger und Stadtrichter in Steier, und der dortige Advokat Holzmüller.

Die Bauern, welche auf wenigstens 40000 Mann angewachsen, aber nur ungenügend mit Waffen und Kriegsmaterial versehen waren, verstanden es aber nicht, ihr Übergewicht auszubeuten und den Aufstand etwa nach dem durch die Gegenreformation ebenfalls aufgeregten Böhmen zu verbreiten. Sie glaubten jetzt ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen zu können und ließen sich auf Unterhandlungen ein, welche Herberstein gleich nach seiner Niederlage bei Peuerbach durch Vermittelung der Adeligen mit ihnen anzuknüpfen gesucht hatte. Es zeugt freilich von einer vollständigen Verkennung des Charakters Ferdinands II., wenn sie glaubten, auch die Freigebung der protestantischen Religionsübung erlangen zu können. Dazu hätte sich dieser nie herbeigelassen, und nur deswegen schickte er Kommissäre zu Verhandlungen nach Oberösterreich, um Zeit zur Heranziehung von Truppen zu gewinnen. Auch Herberstein, der übrigens wirklich die Gewährung einiger Konzessionen an die Bauern für notwendig hielt, benutzte die vereinbarte Waffenruhe, um Linz stark zu befestigen und gegen einen etwaigen Angriff zu sichern.

Erst als die nach Wien geschickten Ausschüsse der Bauern zur Überzeugung kamen, daß ihre Hoffnung eitel sei, begannen diese am 24. Juni wieder die Feindseligkeiten mit der Einschließung von Enns und Linz. Vor den Mauern dieser Stadt wurde Fadinger am 28. Juni tötlich verwundet, und es wurde nun an seiner Stelle Achaz Wiellinger, ein Mann ritterlichen Standes, zum Anführer gewählt, der aber seine Thätigkeit auf das Hausruckviertel beschränkte. Am 1. Juli eroberten die Bauern Freistadt. Aber ein Sturm, den sie in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli mit großem Ungestüm auf Linz unternahmen, wurde mit schweren Verlusten zurückgeschlagen, so daß sie sich auf die enge Einschließung der Hauptstadt beschränkten.

Wenige Tage darauf rückte der kaiserliche Oberst Löbl mit

2200 Mann unvermutet von Niederösterreich her in das Land, entsetzte Enns, sprengte das Lager der Bauern bei Ebelsberg auseinander und streifte bis gegen Linz und Steier. Von Böhmen her drang der Oberst Breuner in das Gebiet nördlich von der Donau ein, das er im Laufe des August großenteils eroberte. Nach der Mitte dieses Monats nahm auch Löbl die Operationen wieder auf, brachte den Bauern mehrere Niederlagen bei und eroberte Steier. Hätten nicht die Soldaten ärger als die Türken gehaust und nicht bloß alles ausgeplündert, sondern auch die Häuser und Mühlen zu Hunderten angezündet, die Einwohner niedergehauen, gebraten, geschunden oder ihnen wenigstens Nase und Ohren abgeschnitten, so würde sich wohl der größte Teil der Bauern unterworfen haben. In ihrer Verzweiflung unternahmen sie auch jetzt noch einige Angriffe. Als aber diese ebenfalls unglücklich abliefen, Linz durch einen erfolgreichen Ausfall Herbersdorfs befreit wurde und zugleich die Nachricht einlief, daß der König von Dänemark, auf den sie einige Hoffnungen gesetzt, am 27. August von Tilly bei Lutter geschlagen worden sei, da sank den meisten der Mut. Nachdem mit den kaiserlichen Kommissären, mit welchen die Unterhandlungen nie ganz abgebrochen worden waren, für die Zeit vom 10. bis zum 18. September ein Waffenstillstand vereinbart worden war, versprachen die Ausschüsse der Bauern, daß diese sich nachhause begeben, Waffen und Munition den Grundherrschaften abliefern sollten. Zugleich überreichten sie, da die Kommissäre die Auslieferung der Rädelsführer verlangt hatten, ein Verzeichnis ihrer Offiziere und Kriegsräte. Am 23. September leisteten die Vertreter der Bauern aus allen vier Vierteln kniefällig Abbitte und gelobten dem Kaiser und dem baierischen Kurfürsten als Pfandinhaber Gehorsam. Am nämlichen Tage unterzeichnete der Kaiser das „Begnadigungspatent“, wonach er die Bauern mit Ausnahme der Rädelsführer zu Gnaden aufnahm und ihnen Abhilfe ihrer Klagen bezüglich der Hinderung der Auswanderung, der Erhöhung des Abzugsgeldes und der Ausschreitungen der Soldaten versprach, bezüglich der Religion dagegen sich

volle Freiheit vorbehielt, aber ihnen „seine Sanftmut und Milde" in Aussicht stellte. Obwohl noch in einigen Teilen des Hausruckviertels die Bauern in Gährung waren, schien der Aufstand zu Ende zu sein.

Aber am 18. September waren auf Befehl des Kurfürsten von Baiern der ihm zur Verfügung gestellte Herzog Adolf von Holstein-Gottorp aus Wallensteins Armee und der Oberst Lindlo, der erstere von Passau her auf der Donau, der andere von Ried her, jeder mit mehr als 4000 Mann in Oberösterreich eingefallen. Die Bauern, welchen durch die kaiserlichen Kommissäre der Abschluß einer Vereinbarung mit ihren Vertretern mitgeteilt worden war, fühlten sich hintergangen und gerieten in förmliche Wut, als die Truppen des Herzogs von Holstein, der vom Wesenufer südwärts nach Neukirchen vordrang, in gewohnter Weise sengten, mordeten und schändeten. Noch in der Nacht erhoben sich die benachbarten Teile des Hausruckviertels, überfielen die Soldaten des Herzogs im Schlaf und schlugen fast den dritten Teil derselben tot. Am 20. September erlitt auch Lindlo unweit Haag eine vollständige Niederlage. Sein Geschütz und Tausende von Gewehren fielen in die Hände der Bauern, welche großenteils nur mit Beilen und Morgensternen bewaffnet gewesen waren.

Aber die Bauern der meisten übrigen Landesteile ließen sich auch durch diese Siege ihrer Brüder nicht mehr zum Aufstande bewegen. Nur die Bauern des Mühlviertels erhoben sich neuerdings und verbrannten das Kloster Schlägl, wie denn überhaupt die erbitterten Bauern jetzt auch den Krieg mit größerer Grausamkeit führten. Aber das Mühlviertel wurde durch die Kaiserlichen bald wieder unterworfen, und auch die Aufständischen des Hausruckviertels richteten gegen Löbl nicht viel aus. Als dann noch Anfangs November der baierische Generalwachtmeister Freiherr von Pappenheim mit 4700 Mann durch das Mühlviertel nach Linz vordrang und sich mit Löbl vereinigte, war die Sache der Bauern verloren. Zwar kämpften sie gegen Löbl und Pappenheim in den Schlachten bei Efferding (9. November) und Gmunden (15. November), ob-

wohl schlecht bewaffnet und nicht viel stärker als ihre Gegner, mit einer so verzweifelten Tapferkeit, daß der Ausgang wiederholt zweifelhaft schien, ja bei Gmunden die Kaiserlichen, welche den rechten Flügel bildeten, in wilde Flucht getrieben wurden. Aber die großen Verluste, welche sie erlitten, brach doch endlich ihren Mut. Nachdem sie auch noch am 18. bei Vöcklabruck und am 19. bei Wolfsegg eine Niederlage erlitten hatten, gaben sie den Kampf auf. „Die Arbeit der Soldaten war gethan; es blieb nur noch der Richter und Henker übrig.“

Zahlreiche „Rädelsführer“ waren bereits im Kampfe gefallen oder hatten sich durch die Flucht ins Ausland gerettet. Sechzehn, darunter Wiellinger und Madlseder [1]), wurden im Frühjahr 1627, zwei weitere im August hingerichtet. Fadinger und Zeller wurden vom Henker ausgegraben und in einem Sumpfe verscharrt. Viele waren zu Zwangsarbeiten in den Stadtgräben von Wien oder zu Geldstrafen verurteilt oder verbannt worden. Manche geistliche und weltliche Grundherren legten ihren Bauern auch eigenmächtig Geldbußen auf.

Hatte sich der Kaiser früher in seinem Gewissen zur Ausrottung der Ketzerei in seinen Ländern verpflichtet gefühlt, so mußten ihn jetzt auch politische Gründe zur Durchführung der Gegenreformation antreiben, weil er überzeugt sein konnte, daß die erbitterten Protestanten unmöglich mehr treue Unterthanen sein könnten. Man befahl den Bürgern binnen einem, den Adeligen binnen drei Monaten katholisch zu werden, oder auszuwandern. Zum Verkauf ihrer Güter wurde diesen eine Frist von einem Jahre gewährt. Zugunsten der altangesessenen Familien wurde keine Ausnahme mehr gemacht, dagegen der Termin für den Güterverkauf später verlängert. Nur gegen die noch immer aufgeregten Bauern beobachtete man vorläufig eine gewisse Schonung, indem man sich mit dem Besuche des katholischen Gottesdienstes begnügte.

Der Bauernaufstand und dessen Niederwerfung wie die

1) Holzmüller war noch vor der Vollziehung des Todesurteils gestorben.

Durchführung der Gegenreformation schlugen dem Land ob der Enns so schwere Wunden, daß es sich nur sehr langsam zu erholen vermochte. Viele Hunderte von Häusern waren niedergebrannt oder ihrer Bewohner beraubt, Tausende von Menschen getötet oder ausgewandert, das Land durch die brutalen Soldaten verwüstet, die Leute ausgeplündert und gebrandschatzt, Vieh und Getreide als Beute weggeführt. Wo früher zehn Bürger gewesen, versichern die sieben landesfürstlichen Städte in einer Eingabe vom 5. September 1627, seien nur mehr zwei, drei oder höchstens vier zu finden. Noch im Jahre 1629 waren in Linz von 286 Häusern, die es früher gezählt, nur noch 166 übrig. Den Schaden, welchen die Stadt durch Brand und Einquartierungen erlitten, berechnete der Rat auf 231000 Gulden. In Steier waren 1636 von 600 Bürgerhäusern 228 verfallen oder verlassen. In Vöcklabruck waren Ende 1626 nur noch 16 Häuser von Bürgern bewohnt [1]). Auf dem Lande sah es natürlich nicht besser aus. Auch viele Grundherren hatten durch die Bauern und Soldaten großen Schaden erlitten, und die Verminderung der Bauern und ihrer Leistungsfähigkeit wirkte natürlich auch auf ihre Einkünfte zurück.

Eine gute Folge hatte der Aufstand der oberösterreichischen Bauern für den Kaiser, indem Maximilian von Baiern geneigter wurde, auf den Besitz des Landes zu verzichten. Am 24. April 1628 brachte Graf Maximilian von Trauttmansdorf einen Vertrag mit dem Kurfürsten zustande, wonach sich dieser für seine Forderungen, die sich auf 13000000 Gulden beliefen, mit der Oberpfalz und dem rechts vom Rheine gelegenen Teile der Unterpfalz begnügte und auf Oberösterreich verzichtete. Die ständische Verfassung wurde nun wieder hergestellt und Herbersdorf zum Landeshauptmann ernannt.

Im Lande unter der Enns war Ferdinand II. trotz der Beteiligung der Majorität der Stände an der Rebellion verhältnismäßig schonend vorgegangen. Nur einer wurde mit

1) Czerny, Bilder aus der Zeit der Bauernunruhen, S. 159ff. Stieve I, 336ff.

dem Leben bestraft, da diejenigen Adeligen, welche hartnäckig die Huldigung verweigert hatten und dafür geächtet worden waren, rechtzeitig das Land verlassen hatten. Den Adeligen, welche 1620 freiwillig gehuldigt hatten, war vom Kaiser die Religionsfreiheit, wie sie unter Matthias bestanden hatte, zugesichert worden. Man suchte daher, nur die noch protestantischen Bürger zum Katholicismus zurückzuführen, befahl ihnen den Besuch der katholischen Kirchen und die Beobachtung der katholischen Gebräuche und verbot in den Städten den protestantischen Gottesdienst und die Aufnahme protestantischer Bürger, ja wies diese auch an manchen Orten, namentlich in Wien, aus der Stadt. Zugleich wurde im November 1622 die Universität Wien teilweise den Jesuiten übergeben, welche die meisten und wichtigsten Lehrkanzeln an der philosophischen und theologischen Fakultät erhielten und sowohl in der Bestellung der Professoren, wie in der Lehrmethode vollkommen unbeschränkt waren. Die Angehörigen anderer Orden vermochten die Konkurrenz mit den mächtigen und durch die Gnade der Monarchen gestützten Jesuiten nicht zu bestehen, und da der mittlere Unterricht meist auch in den Lehranstalten derselben erteilt wurde, so geriet für mehr als ein Jahrhundert das ganze österreichische Unterrichtswesen in die Hände dieses Ordens. Elf Doktoren, meist Mitglieder der medizinischen Fakultät, welche nicht katholisch werden wollten, wurden 1627 ihrer akademischen Rechte und Privilegien beraubt und zur Auswanderung gezwungen [1]).

Nach der Niederwerfung des Bauernaufstandes in Oberösterreich dachte man auch an die Anwendung von Zwangsmaßregeln gegen die protestantischen Adeligen im Land unter der Enns. Der Kaiser legte die Frage, ob er verpflichtet sei, die denselben gegebene eidliche Zusicherung der freien Religionsübung zu halten, einer Kommission vor, bei der sich neben mehreren geheimen Räten und Räten der niederösterreichischen

1) Kink, I, 1, 353ff. Zur Hebung der Universität und zum Bau von Kirchen und Schulen wurden den Jesuiten „auf Wohlgefallen hin" jährlich 12000 Gulden bewilligt. Hurter IX, 257.

Regierung auch sein Beichtvater und zwei andere Jesuiten befanden. Die Meinungen derselben waren geteilt. Die einen waren für die Ausweisung aller Prädikanten, weil diese sich nicht an die augsburgische Konfession hielten, welcher die Kaiser Maximilian II. und Matthias Duldung versprochen hatten, sondern den Calvinismus eingeführt hätten. Die anderen waren für die Haltung des Eides und auch aus Rücksicht auf die politischen Verhältnisse und die militärische Lage für die Hinausschiebung durchgreifender Maßregeln [1]. Auch Klesel hatte sich in letzterem Sinne ausgesprochen, weil der Kaiser durch die Vertreibung der Protestanten die Liebe seiner Unterthanen, das Land viel Geld und Einwohner verlieren und jene mit ihren Nachkommen für alle Zeiten im Irrtum verbleiben würden. Der Kaiser schlug einen Mittelweg ein. Er ließ die Adeligen persönlich bei ihrem Glauben. Aber es wies am 14. September 1627 alle protestantischen Geistlichen und Schullehrer aus dem Lande, was durch die Hinneigung derselben zum Calvinismus und durch ihre aufreizenden Predigten und Reden gerechtfertigt wurde. Dadurch wurde auch den Adeligen die Ausübung des Privatgottesdienstes und die Vornahme von Trauungen und Taufen unmöglich gemacht und sie den größten Gewissensbedrängnissen ausgesetzt [2]. Man konnte wohl mit Sicherheit darauf rechnen, daß die jüngere Generation bald vorherrschend für den Katholicismus gewonnen sein würde. Doch fand man noch im Jahre 1647 42 protestantische Geschlechter des Grafen- und Herrenstandes und 30 des Ritterstandes, erstere mit 154, letztere mit 78 männlichen Gliedern, in Österreich [3]. Auch auf dem Lande hielt sich an manchen Orten der Protestantismus noch ziemlich lange, weil man gegen denselben nicht so gewaltsam verfuhr wie in Böhmen. In Vesendorf unweit Wien gab es noch 1644 187 Lutheraner. In Inzersdorf waren von 800 Einwohnern 700 protestantisch.

1) Khevenhiller, Ann. Ferdinandei XI, 304 ff.
2) Hurter IX, 198 ff.; X, 119 ff.
3) Meiern, Acta pacis Westphal. IV, 174 ff.

Auch in andern Orten in der Umgebung der Hauptstadt fanden sich noch zahlreiche Protestanten [1]).

Selbst auf Innerösterreich wirkte die protestantenfeindliche Strömung dieser Zeit zurück. Am 1. August 1628 erging auch an die unkatholischen Adeligen dieser Provinzen der Befehl, binnen Jahr und Tag das Land zu verlassen, wobei aber die Unmündigen zurückbehalten und ihnen katholische Vormünder gegeben werden sollten. Ein Verzeichnis von 1652 zählt über 800 adelige Personen aus 51 Herren- und 83 Rittergeschlechtern auf, welche ihrer Religion wegen Innerösterreich verlassen und sich nach Deutschland begeben hatten, und zwar finden sich darunter Angehörige der ältesten und vornehmsten Geschlechter, sechs Dietrichstein, drei Herberstein, drei Khevenhüller, ein Lamberg, zwei Stubenberg, ein Thurn, ein Trauttmansdorf, sechs Windischgrätz [2]). Eine Menge von Vermögen, Kraft und Intelligenz war dadurch für Österreich verloren gegangen. Und man kann nicht behaupten, daß dieser letzte Schritt notwendig gewesen wäre. Denn auch ohne gewaltsame Maßregeln würde der größte Teil der protestantischen Adelsfamilien in den nächsten Generationen zum Katholicismus zurückgekehrt sein, weil die Austreibung der protestantischen Geistlichen, die Zurücksetzung der Unkatholischen bei der Besetzung der Ämter und der Verkehr mit den katholischen Standesgenossen unmöglich auf die Dauer ohne durchgreifende Wirkungen hätten bleiben können.

Wenn so auch besonders in Niederösterreich einzelne protestantische Familien zurückblieben, so war doch der Protestantismus in den deutschen und böhmischen Ländern so gut wie vernichtet.

Mit dem Protestantismus war aber auch die alte Macht der Stände gebrochen. Seit mehreren Menschenaltern hatte die ganze Opposition so sehr einen religiösen Charakter an-

1) Wiedemann III, 581 ff. 591. Andere Beispiele II, 286 f. 314 f. 318. 330. 555 f. 649 f.; III, 112. 194. 416.

2) Czerwenka, Die Khevenhüller, S. 629 ff. und etwas abweichend bei Zahn, Steierm. Geschichtsblätter II, 75 ff.

genommen, waren Protestantismus und regierungsfeindliche Stellung in der Regel so eng verbunden gewesen, daß mit der Vernichtung des einen auch die andere fallen mußte. Mehrere Länder waren mit Waffengewalt unterworfen, die mächtigsten und oppositionellsten Adeligen entweder hingerichtet, oder flüchtig oder verbannt oder wenigstens ihrer Güter beraubt worden. Andere Familien, oft ohne Boden im Land und in hohem Grad an der Aufrechthaltung des gegenwärtigen Zustandes interessiert, waren an deren Stelle getreten und zwar katholische, welche, seit langem den Protestanten gegenüber in der Minorität und nur durch die Gunst des Landesfürsten gehalten, durch ihre ganze Tradition regierungsfreundlich waren. Wenn daher auch mit Ausnahme von Böhmen die Macht der Stände nicht direkt verkürzt wurde, wenn diese namentlich das Steuerbewilligungsrecht und einen großen Teil der Verwaltung behielten, so konnte doch von einer systematischen oder auch nur ernstlichen Opposition keine Rede mehr sein. Der vorherrschende Charakter der Regierung in den deutschen und und böhmischen Provinzen war fortan der Absolutismus, wenn auch in der Form des Ständewesens und des Föderalismus.

Nur in Ungarn blieben die Verfassung und der Protestantismus auch fortan aufrecht. Hier war die Durchführung der Gegenreformation eine Unmöglichkeit, wenn auch die Wahl Bethlens zum Herrn von Ungarn Anlaß geboten hätte, die Rechte der Stände und der Protestanten für verwirkt zu erklären. Bethlen war zu mächtig und die Türken zu nahe, als daß man hätte wagen können, sich die Protestanten und einen großen Teil des Adels neuerdings zu Feinden zu machen.

Aber bessere Erfolge, als durch Gewalt möglich gewesen wären, erzielte hier durch die Macht des Geistes ein einzelner Mann, Peter Pázmány, Erzbischof von Gran, welcher im Jahre 1629 vom Papst auch zum Kardinal erhoben wurde.

Sobald infolge des Friedens von Nikolsburg in Ungarn einigermaßen ruhige Zustände eintraten, begann er nach den verschiedensten Richtungen eine unermüdliche Thätigkeit zu ent-

falten, wobei er vom Kaiser, seinem besonderen Gönner, in jeder Weise unterstützt wurde [1]). Vor allem suchte er den Klerus zu heben, welcher infolge der Türkeneinfälle, der häufigen Kriege und der Einziehung der meisten Kirchengüter materiell und geistig tief gesunken und auch zur Erfüllung seiner Seelsorgpflichten viel zu wenig zahlreich war. Er gründete mehrere Priesterseminare und Konvikte, welche er meist den Jesuiten übergab, in denen er seine tüchtigsten Gehilfen erkannte. Bei dem von ihm vielfach begünstigten Jesuitenkollegium in Tyrnau, dem damaligen Sitze der Graner Erzbischöfe, wurden zwei Konvikte gegründet, eines für mittellose, eines für reiche Adelige, wohin auch viele Protestanten ihre Kinder schickten. Um den ungarischen Theologen die Erwerbung einer höheren Bildung zu ermöglichen, gründete er zuerst 1619 an der theologischen Fakultät in Wien das noch bestehende Kollegium Pazmanianum, dann im Jahre 1635 die Universität in Tyrnau, welche mit dem dortigen Jesuitenkollegium in enger Verbindung stehen und von diesem ihre Lehrer erhalten sollte. Nicht weniger als 60000 Gulden widmete Pázmány für die Errichtung dieser Universität, welche zunächst allerdings nur eine philosophische und theologische Fakultät erhielt, während die juridische durch seine nächsten Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle, die medizinische erst durch Maria Theresia nach der Verlegung der Universität in die Hauptstadt Ofen hinzugefügt wurde.

Durch wiederholte Diöcesan- und Provinzialsynoden wirkte er auch auf den niedern Klerus und die andern Bischöfe ein, von welchen viele in gleichem Sinne thätig waren und sich namentlich auch die Errichtung von Erziehungsanstalten für die Geistlichen angelegen sein ließen. Um die Mittel hierzu zu erlangen, setzte es Pázmány durch, daß der Kaiser im Jahre 1625 dem Klerus das ihm seit einiger Zeit zugunsten der Kammer entzogene Recht zurückgab, über das nachgelassene Ver-

1) Über seine Wirksamkeit auf kirchlichem Gebiete s. Frankl, Pázmány I, 466 ff.; II, 40 ff. 139 ff. 211 ff. 307 ff. 364 ff.; III, 111 ff. 192 ff., kürzer Fraknói, Pázmány, S. 180 ff. 273 ff.

mögen testamentarische Verfügungen zu treffen, mit der Bestimmung, daß ein Teil desselben zur Errichtung von Priesterseminaren und zur Aufbesserung der armen Pfarreien verwendet werden sollte.

Auch die Einwirkungen auf die vornehmen Adeligen setzte Pázmány mit großem Erfolge fort. Die Angabe, daß er bei dreißig vornehme protestantische Familien für den Katholicismus gewonnen habe, mag übertrieben sein. Aber Thatsache ist, daß vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zu Pázmánys Tode Angehörige von mehr als dreißig hervorragenden Geschlechtern zum Katholizismus zurückgekehrt sind [1]), von denen manche gleich auf ihren Herrschaften die protestantischen Pfarrer durch katholische ersetzten. Als Pázmány am 19. März 1637 aus dem Leben schied, hatten die Katholiken unter dem hohen Adel ein entschiedenes Übergewicht, während früher die Protestanten in der Überzahl gewesen waren und sich noch 1622 beide fast das Gleichgewicht gehalten hatten [2]). Auch in Ungarn durfte die Regierung jetzt wenigstens auf eine starke Partei im Oberhause rechnen.

1) Aufgezählt bei Fraknói, S. 72, N. 1. Es erscheinen darunter die Familien Appony, Bánffy, Csáky, Esterházy, Forgách, Hédervárg, Homonnay, Illésházy, Károly, Kollonics, Nádasdy, Rákóczy, Thurzó, Wesselény, Zriny.

2) Ein Verzeichnis aus diesem Jahre zählt 44 katholische Magnaten gegen 40 protestantische, 15 katholische gegen 13 protestantische Witwen dieses Standes. Fraknói, Pázmány, S. 181, N. 1.

# Elftes Buch.

## Die Kriege in Deutschland und deren Rückwirkung auf Österreich.

(1621—1648).

---

# Erstes Kapitel.

## Der Krieg gegen die Vorkämpfer Friedrichs von der Pfalz und der neue Angriff Bethlens (1621—1624).

Im Jahre 1621 schien der Krieg, welcher durch die Erhebung der Böhmen veranlaßt worden war, seinem Ende entgegenzugehen. Die Revolution in Österreich war unterdrückt, Bethlen, der den Kampf gegen den Kaiser noch fortsetzte, isoliert, die Rheinpfalz größtenteils von den spanisch-niederländischen Truppen erobert, die Union löste sich auf, ohne an deren weitere Verteidigung zu denken. Aber teils die eigentümlichen Verhältnisse Deutschlands, teils das Streben des pfälzischen Kurfürsten, ohne jeden Verlust und ohne Demütigung oder gar noch mit Gewinn aus dem Kampfe hervorzugehen, teils Mangel an Mäßigung auffeite des Kaisers und der katholischen Partei, endlich das Interesse fremder Mächte bewirkten, daß der Krieg, so oft er zu erlöschen schien, immer wieder aufloderte, bis endlich das Ausland die Gelegenheit benutzte, sich die schönsten Stücke des zerrissenen und geschwächten Deutschlands anzueignen [1]).

Der Kaiser wollte auf Kosten des Pfälzers den Herzog von Baiern und Spanien entschädigen und dem ersteren die

1) Ich verweise für den Krieg, soweit er Österreich nur indirekt berührt, auf die allgemeinen Darstellungen von Du Jarry de la Roche, Hurter IX. B., Gindely, Opel, O. Klopp, Winter u. s. w.

Oberpfalz gegen die Herausgabe Oberösterreichs und die 1619 versprochene Kurwürde, dem letzteren oder zunächst dem Erzherzog Albrecht die Rheinpfalz überlassen. Erst als im Sommer 1621 der Krieg gegen Bethlen eine bedenkliche Wendung nahm, Mansfeld und der Markgraf von Jägerndorf den Kampf nicht ohne Erfolg fortsetzten und Jakob von England sich für seinen Schwiegersohn verwendete, zeigte man sich in Wien zu günstigeren Bedingungen für den Pfalzgrafen bereit, wenn dieser sich zur Abbitte oder doch zur Anerkennung seines Unrechtes und zu einer Entschädigung, sei es durch Abtretung eines Gebietes oder durch Zahlung einer Geldsumme, herbeigelassen hätte. Ob nicht eine so weit gehende Nachgiebigkeit an den Forderungen des Herzogs von Baiern gescheitert wäre, welcher die Erfüllung der ihm vom Kaiser gemachten Versprechungen im vollen Umfange verlangte, ist zweifelhaft. Jedenfalls trägt aber die Haltung des Pfälzers, der sich aus Schlesien durch Norddeutschland nach Holland begeben hatte, ebenso viel Schuld daran, daß ein Ausgleich nicht zustande kam. Denn auch nach seiner Ächtung lehnte dieser die Leistung der verlangten Abbitte, zu welcher auch der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Württemberg rieten, unbedingt ab und verlangte für die Böhmen Religionsfreiheit und vollständige Amnestie, für sich Wiedereinsetzung in seine Länder und Würden, ja sogar für sich und seinen Sohn für die Verzichtleistung auf Böhmen eine von Spanien zu zahlende jährliche Pension. Zugleich gab er seine Verbindungen mit den Feinden des Kaisers und seine Bemühungen, diesem neue Gegner zu erwecken, noch immer nicht auf und erwartete von einer Fortsetzung des Krieges ein besseres Los [1]).

Die Verhältnisse Deutschlands bewirkten auch, daß es nicht an Männern fehlte, die für ihn und seine Sache eintraten.

Das deutsche Reich existierte seit langem eigentlich nur noch in der Theorie. Das Gefühl der Unterordnung unter das Ganze und der Treue und des Gehorsams gegen den

1) Näheres bei Gindely IV, 133 f. 150 ff. 156—201.

Kaiser war bei den meisten maßgebenden Personen verschwunden. Auch die sozialen und militärischen Zustände Deutschlands erleichterten die Fortsetzung des Krieges. Seit mehreren Menschenaltern hatten die Deutschen, denen die eigene Heimat keine Gelegenheit zur Befriedigung ihres Thatendranges bot, den Dienst ausländischer Mächte gesucht; Spanien und die Niederlande, die katholische wie die protestantische Partei Frankreichs hatten ihre Kriege großenteils mit deutschen Kräften geführt. Immer zahlreicher wurden daher in Deutschland die Männer, welche aus dem Solddienste ein Gewerbe machten und begierig warteten, bis die Werbetrommel gerührt wurde, die ihnen Sold und Beute in Aussicht stellte. Wer ihnen diese gewähren konnte, fand sie zu Tausenden bereit, in seine Dienste zu treten, mochte er was immer für eine Sache vertreten. Da es noch nirgends in Deutschland stehende Heere gab, so konnte der Führer solcher Banden überall den Herrn spielen. Wenn er zusah, wie sich seine Krieger auf Kosten der Einwohner bezahlt machten, so nahmen diese es mit der Soldzahlung nicht genau, und es waren zur Erhaltung des Heeres keine bedeutenden Mittel erforderlich. Nur zur Anwerbung desselben war eine größere Summe notwendig, weil man den Söldnern ein ziemlich hohes Handgeld geben mußte. Dieses lieferten teils der Kurfürst von der Pfalz, der von seinem Schwiegervater wenigstens hie und da eine Geldunterstützung erhielt, teils die Holländer, da im Frühjahre 1621 der neunjährige Waffenstillstand mit Spanien ablief und sie daher ein großes Interesse hatten, den Kaiser an einer Unterstützung Spaniens zu hindern, was am besten dadurch geschah, daß man ihm in Deutschland Feinde erweckte [1]). Den Vorwand zur Fortsetzung des Krieges bot die Verteidigung des Pfälzers, obwohl nicht allen, welche für ihn die Waffen führten, an seiner Sache viel gelegen war.

1) Über die Thätigkeit der Generalstaaten für die Fortsetzung des Krieges in Deutschland s. Opel I, 150ff. 159. 167. 292. 338. Gindely IV, 117. 128. 131f. 136. 312. O. Klopp, Der dreißigjähr. Krieg II, 45. 51ff. 89ff. 154ff. 253ff.

Der erste, welcher auf eigene Rechnung wenn auch dem Namen nach als Verteidiger des pfälzischen Kurfürsten auftrat, war Ernst von Mansfeld, ein Bastard [1]), der nichts hatte als seinen Degen, welchen er schon den verschiedensten Herren, dem Kaiser in Ungarn, den Spaniern in den Niederlanden, dem Erzherzoge Leopold im Jülichschen, der Union [2]), dem Herzoge von Savoyen und endlich den Böhmen geweiht hatte, der als Katholik geboren wurde und als Katholik starb, aber sich jetzt den Anschein gab, daß er dem Protestantismus anhänge. Durch die Versprechungen des Herzogs von Baiern und Buquoys geködert, hatte er dem entscheidenden Kampf in Böhmen gleichgültig zugesehen und dem Könige Friedrich förmlich seine Dienste aufgekündet. Da man aber nach dem gänzlichen Umschwung der Dinge von kaiserlicher Seite die von ihm gestellten Forderungen nicht erfüllte und den Versuch machte, hinter seinem Rücken durch Verhandlungen mit seinen Söldnern die Übergabe Pilsens zu erwirken, so begann er Ende des Jahres 1620 neuerdings die Feindseligkeiten, bemächtigte sich mehrerer Städte im westlichen Böhmen, suchte sich der Pässe nach Deutschland zu versichern und knüpfte Verbindungen mit den Holländern, der Union, Bethlen und Friedrich von der Pfalz an. Von diesem zum Generalfeldmarschall für Böhmen und die inkorporierten Länder ernannt, warb er in der Oberpfalz, dessen Behörden ihn nach Kräften förderten, ein neues Heer, was um so leichter war, als die Trümmer der böhmischen Armee Unterhalt suchten und auch die Union ihre Truppen entließ. Auch die Herzoge Wilhelm und Friedrich von Weimar warben für ihn. Schon Anfangs Juni war seine Armee auf 14000 Mann angewachsen.

Unterdessen war freilich Pilsen verloren gegangen, dessen

1) Die Beweise für seine uneheliche Geburt bei C. de Villermont, E. de Mansfeldt I, 8sqq., welches Werk trotz seiner Einseitigkeit für die Geschichte Mansfelds von großem Werte ist.

2) Zur Beurteilung seines Übertrittes vom Erzherzoge zur Union vgl. Stieve, Ernst von Mansfeld. „Sitzungsber. d. k. bayer. Akad." 1890 II, 510ff.

Besatzung gegen 150000 Gulden und freien Abzug die Festung an Tilly übergab. Aber Mansfeld selbst behauptete sich hinter den bei Waidhaus am Ausgange des Böhmerwaldes errichteten Verschanzungen gegen die Angriffe Tillys, der von Böhmen her gegen ihn zog. Erst als im September der Herzog Maximilian selbst bedeutende Verstärkungen heranführte und sich mit Tilly vereinigte, knüpfte er neuerdings Unterhandlungen an und schloß am 10. Oktober einen Vertrag, wonach er gegen Zahlung von 200000 Thalern für sich und 650000 Gulden für seine Soldaten alle festen Plätze in der Oberpfalz wie in Böhmen [1]) übergeben und seine Soldaten binnen vierzehn Tagen entlassen, die Offiziere aber in den Dienst des Kaisers treten oder wenigstens nicht mehr gegen diesen kämpfen sollten.

Ob Mansfeld von vornherein den Bruch dieses Abkommens geplant oder ob er durch den in seinem Lager erschienenen englischen Gesandten Digby oder durch seine Obersten umgestimmt worden ist, läßt sich nicht entscheiden. Sicher ist, daß er keine Miene machte, den Vertrag auszuführen. Kaum war er aus der Nähe des ligistischen Heeres entkommen, so zog er, von Tilly zu spät verfolgt, mit ungefähr 10000 Mann durch Franken nach der Rheinpfalz, vereinigte sich mit den Resten der Truppen des Kurfürsten, 7—8000 Mann, unter Vere, nötigte dadurch Cordova, den Nachfolger Spinolas im Kommando, zur Aufhebung der Belagerung Frankenthals, bemächtigte sich der Stadt Hagenau, die er zum Mittelpunkt eines neuen Fürstentums machen wollte, und brandschatzte das Bistum Speier und das Elsaß, wodurch er sich die Mittel zu neuen Werbungen verschaffte [2]). Im Frühjahr 1622 mochte sein Heer wohl 20000 Mann zählen.

Einen zweiten Vorkämpfer fand der pfälzische Kurfürst in Christian von Braunschweig-Wolfenbüttel, des regierenden Her-

1) Hier hielten sich damals noch Tabor, Wittingau und Klingenberg.

2) Hurter IX, 51 ff. 76 ff. Villermont I, 272 sqq. Gindely IV, 18 ff. 202 ff. 289 ff. Über den Vertrag mit Baiern vgl. auch den Bericht des venetianischen Gesandten in Wien bei Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik Venedigs I, 263, N. 210.

zogs jüngerem Bruder, der 1616 von dem meist lutherischen Domkapitel von Halberstadt zum Bischofe gewählt worden war, aber sich großenteils in Holland aufhielt, in dessen Heere er Dienste nahm. Ehrgeizig und unruhig, dem Kaiser, der ihn noch nicht im Besitze seines Bistums bestätigt hatte, abgeneigt und von glühender Begeisterung für die Gemahlin des pfälzischen Kurfürsten, mit der er in Holland zusammentraf, erfüllt [1]), warb der jetzt zweiundzwanzigjährige Jüngling im Herbste 1621 im nordwestlichen Deutschland einige Truppen, mit welchen er nach der Pfalz vordringen wollte. Da aber ein Teil seines Fußvolks durch niedersächsische Kreistruppen zerstreut und ihm selbst durch ein ligistisches Corps der Weg nach Süden versperrt wurde, führte er seine Scharen Ende Dezember in die dem Kurfürsten von Köln gehörenden Hochstifter Paderborn und Münster, welche er wie alle von ihm durchzogenen Gegenden, gleichviel, ob sie katholisch oder protestantisch waren, furchtbar aussog und bedrückte. Die Kirchen und Klöster wurden ausgeplündert, die Ortschaften, welche die verlangten Geldsummen nicht zahlten, mit kaltem Blute niedergebrannt, wozu der Bischof seinen Soldaten geschulte Brandmeister mitgab. Durch seine Kontributionen verschaffte er sich auch die Mittel, ein zahlreicheres Truppencorps zu werben, welches nach und nach bis auf 10—15000 Mann anwuchs.

Christian wurde im geheimen vom Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel mit Kriegsmaterial unterstützt, welcher einer der leidenschaftlichsten Gegner der katholischen Fürsten war [2]) und eine Landwehr von 10000 Mann aufgestellt hatte, aber teils wegen seiner natürlichen Unentschlossenheit, teils wegen der Opposition seiner Landstände besonders des Adels noch nicht offen loszuschlagen wagte.

Dagegen erhob sich am Oberrhein der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, der sich schon als Mitglied der Union vor seinen Standesgenossen durch seine Entschlossenheit

1) Vgl. Opel, Elisabeth Stuart in „Hist. Zeitschr.", XXIII, 304 ff.

2) S. sein interessantes Schreiben bei Klopp, Der dreißigjährige Krieg II, 124.

und seinen Eifer für den Krieg hervorgethan hatte und zugleich fürchtete, daß der Reichshofrat einen ungünstigen Urteilsspruch bezüglich der Markgrafschaft Baden-Baden fällen könnte, die er wegen der Unebenbürtigkeit der Söhne des früheren Markgrafen in Besitz hatte. Auch er warb unter den loyalsten Vorwänden ein Heer von 15—18000 Mann. Um aber sicher zu gehen, trat er im April 1622 die Regierung seinem ältesten Sohn ab, so daß er nie etwas verlieren, im günstigen Falle aber einige geistliche Gebiete gewinnen konnte.

Im Frühjahr 1622 wollten alle drei Söldnerführer gegen die katholische Partei losschlagen. Gelang die Vereinigung ihrer Streitkräfte, die sich zusammen auf 50000 Mann belaufen haben dürften und durch das Gerücht noch vergrößert wurden, so konnten sie wohl auf einen günstigen Erfolg zählen. In der That prophezeiten Flugschriften, König Friedrich werde im April 1623 in Prag glorreich einziehen, sein Same Österreich erobern, Christian von Braunschweig die Kurwürde erhalten und die andern Verbündeten des Pfälzers in ähnlicher Weise belohnt werden [1]).

Aber auch auf katholischer Seite hatte man eifrig gerüstet. Die Liga hatte ihre Truppen sehr bedeutend vermehrt, der Kaiser nach dem Frieden mit Bethlen mehrere Regimenter an den Main geschickt, der Erzherzog Leopold, Verweser Tirols und der österreichischen Vorlande und Administrator des Bistums Straßburg, im Elsaß ein Corps aufgestellt [2]). Im ganzen waren die Truppen der katholischen Partei, die freilich auch nicht vereinigt waren, den Gegnern wohl nicht bloß an Tüchtigkeit, sondern auch an Zahl überlegen, und der Sieg wurde ihnen erleichtert durch Ungeschicklichkeit und Mangel an Einverständnis unter den feindlichen Führern.

Anfangs zwar am 27. April brachte Mansfeld, bei dem sich auch der Pfälzer eingefunden hatte, nach Überschreitung des Rheins dem General Tilly bei Mingolsheim südlich von

1) Bei Opel I, 310 f.
2) Gindely IV, 350 ff.

Wiesloch eine empfindliche Schlappe bei. Ohne Hindernis vereinigte sich jetzt der Markgraf von Baden mit ihm. Statt nun aber mit überlegenen Kräften auf Tilly loszugehen, trennten sie sich wieder, weil die Verpflegung schwierig schien und sie sich über den Oberbefehl nicht einigen konnten. Mansfeld wendete sich gegen den Mittelrhein, während der Markgraf, wie es heißt, durch Franken in die Oberpfalz ziehen und nach Böhmen vordringen wollte. Aber am 6. Mai wurde er von Tilly und Cordova bei Wimpfen am Neckar mit einem Verluste von 5000 Toten und 1000 Gefangenen entscheidend geschlagen, fast das ganze Geschütz, die Bagage, die Kasse von den Siegern erbeutet. Mit dem Reste seiner Armee schloß er sich jetzt wieder dem Grafen Mansfeld an, welcher sich nun von Friedrich von der Pfalz als Könige von Böhmen mit der Landgrafschaft Hagenau und dem Bistum Speier belehnen ließ.

Nachdem der neue „Fürst“ seine Hauptstadt gesichert hatte, zog er über Darmstadt, dessen Landgraf, ein eifriger Anhänger des Kaisers, zum Gefangenen gemacht wurde, gegen Norden, um die Vereinigung mit dem Braunschweiger zu bewerkstelligen, welcher, überall Kontributionen erpressend, langsam an der Werra südwärts marschierte. Da bewog Tilly durch einen Scheinangriff auf die wichtige Brücke bei Mannheim Mansfeld zur Umkehr, und während sich dieser nun wieder nach Süden wendete, schwenkte jener nach Nordosten ab, vereinigte sich bei Aschaffenburg mit Cordova und kaiserlichen Truppen, welche von Böhmen her kamen, warf sich mit 26000 Mann auf den Braunschweiger und vernichtete am 20. Juni bei Höchst fast die Hälfte seines Heeres. Nur 8000 Mann brachte derselbe zu Mansfeld, der sich nun nach dem nördlichen Elsaß zurückzog und damit die letzten Plätze der rechtsrheinischen Pfalz, Heidelberg und Mannheim, den Angriffen der Ligisten preisgab.

Die Siege Tillys riefen unter den Gegnern des Kaisers und der Liga eine völlige Entmutigung hervor. Der Markgraf von Baden entließ den Rest seines Heeres. Friedrich von

der Pfalz gab endlich den Ratschlägen seines Schwiegervaters Gehör und verabschiedete am 13. Juli Mansfeld und den Halberstädter, welche ihr Glück anderswo versuchen sollten. Da diese ihr Heer im ausgesogenen und verheerten Elsaß nicht länger erhalten konnten und den Weg nach Osten oder Norden sich durch Tilly versperrt sahen, führten sie Ende Juli ihre Truppen, welche noch ungefähr 20000 Mann zählten, nach Lothringen und von da an die Nordostgrenze Frankreichs. Die Regierung dieses Reiches fürchtete, daß sie sich mit den Hugenotten verbünden würden, welche damals vom Könige bedrängt wurden, und besonders der Braunschweiger wäre auch dazu geneigt gewesen. Doch zeigte sich Mansfeld auch bereit, in die Dienste des Königs selbst zu treten, der ihm bereits am Anfang des Jahres als seinem „Obersten und Feldmarschall" eine Pension bewilligt hatte und auch jetzt günstige Bedingungen in Aussicht stellen ließ. Als sich aber zeigte, daß es der französischen Regierung mit ihren Anerbietungen nicht ernst sei und daß sie die beiden Bandenführer nur hinzuhalten suche, bis sie zum Schutze des Reiches genügende Streitkräfte gesammelt hätte, ließen sich diese auf drei Monate von den Generalstaaten in Sold nehmen, um das von Spinola belagerte Bergen op Zoom zu entsetzen. Ende August zogen sie mit etwa 8000 Fußgängern und 6000 Reitern [1]) nach dem Hennegau und erkämpften sich bei Fleurus, wo ihnen Cordova entgegentrat, den Weg nach den vereinigten Niederlanden, wodurch in der That Spinola zum Abzuge von Bergen bewogen wurde.

Als die Holländer ihren Zweck erreicht hatten, gaben sie den beiden Bandenführern am 15. Oktober den Abschied, wünschten sich aber doch auch für künftige Fälle ihre Hilfe zu sichern. Sie veranlaßten daher Mansfeld, mit seinen Truppen nach der Grafschaft Ostfriesland zu ziehen, welche nun auf

1) Cordova giebt indessen ihre Zahl nur auf 4000 zu Fuß und 5000 zu Pferd an. Klopp a. a. O. II, 211.

das Furchtbarste ausgesogen wurde. Mansfelds „Generallieutenant“ Christian von Braunschweig drang mit einem Teile der Soldaten bis zur Weser vor und suchte sich über die braunschweigischen Gebiete auszubreiten. Da aber der niedersächsische Kreis Rüstungen beschloß und Miene machte, seinen Einbruch mit Gewalt zu hindern, und er gleichzeitig mit Mansfeld, der ihm seine Unterstützung verweigerte, zerfiel, so schloß er am 24. Februar 1623 mit seinem Bruder Friedrich Ulrich, dem regierenden Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel, einen Vertrag, wonach ihn dieser auf drei Monate in seine Dienste nahm, ihm 100000 Thaler zahlte und die Verzeihung des Kaisers zu erwirken versprach, wogegen er sich von Mansfeld lossagen und „das böhmische Kriegswesen Gott und der Zeit befehlen wollte“.

Der Kaiser zeigte sich auch geneigt, demselben für alles Vergangene Amnestie zu gewähren [1]). Aber Christian hatte den Vertrag nur geschlossen, um einer augenblicklichen Verlegenheit zu entgehen und seinen Soldaten auf friedlichem Weg Aufnahme im Herzogtum Braunschweig zu verschaffen. Im Ernste dachte er gar nicht daran, sich dem Kaiser zu unterwerfen und seine Truppen abzudanken. Gleichzeitig veranstaltete der Herzog Wilhelm von Weimar, der wie andere seiner Brüder seit dem Ausbruche des Krieges gegen den Kaiser eine feindselige Haltung eingenommen und teils in Böhmen, teils im Heere des Markgrafen von Baden-Durlach gekämpft hatte, selbständig Werbungen in Thüringen.

Christian wie andere Gegner des Kaisers rechneten mit Sicherheit darauf, daß dieser durch einen neuen Angriff des Fürsten von Siebenbürgen beschäftigt werden würde [2]).

Bethlen hatte den Frieden von Nikolsburg, welcher allen seinen hochfliegenden Plänen ein Ende machte, nur ungern,

1) Hurter IX, 274 ff. Opel I, 451 f.

2) Über die weiteren Projekte der Bewegungspartei, welche vollständig in der Luft schwebten, s. Ritter, Untersuchungen über die pfälzische Politik am Ende des J. 1622 und zu Anfang des J. 1623. „Hist. Zeitschr.“ LXXIV, 407 ff.

gezwungen durch seine vollständige Isolierung und die Sehnsucht der Ungarn nach Ruhe, unterzeichnet. Er führte zwar anfangs die Bestimmungen desselben in loyaler Weise aus. Aber er nannte ihn eine Schmach. Die bei ihm befindlichen Emigranten, der alte Graf Thurn, der Markgraf von Jägerndorf, der Anführer der ständischen Truppen Österreichs, Hofkirchen, haben natürlich auch nichts unterlassen, um diese seine Stimmung zu nähren. Da gab ihm nun der Kaiser selbst Anlaß, denselben zu brechen. Bei der vollständigen Leere des Staatsschatzes war dieser beim besten Willen nicht imstande, dem Fürsten binnen drei Monaten 100 000 Gulden zur Einlösung von Tokaj zu zahlen, und mußte ihn auf die Zukunft vertrösten. Auch der ungarische Reichstag, welchen der Kaiser auf den 1. Mai 1622 nach Ödenburg berief und auf dem er sich selbst mit seiner jungen Gemahlin Eleonore von Mantua einfand, nahm eine den Wünschen Bethlens feindselige Haltung ein. Die Stände zeigten zwar auch dem Kaiser gegenüber geringes Entgegenkommen, obwohl dieser den besten Willen hatte, die Ungarn zu befriedigen. Sie verlangten, daß an der Stelle des verstorbenen Forgách unverzüglich ein Palatin gewählt werde und die Mehrheit (80 von 150 Stimmen) erhielt dann nicht der vom Kaiser begünstigte Nikolaus Eszterházy, sondern Stanislaus Thurzó, welcher einer der Haupturheber des letzten Aufstandes gewesen war, aber fortan freilich durch eifrige Förderung der Interessen des Kaisers seine Vergangenheit in Vergessenheit zu bringen suchte. Sie erhoben die lautesten Klagen gegen die Abhängigkeit der ungarischen Kammer von der Hofkammer in Wien und gegen den Einfluß des Hofkriegsrates auf die militärischen Angelegenheiten in Ungarn und waren mit Mühe von der Forderung abzubringen, daß die deutschen Besatzungen und die deutschen Kommandanten aus den letzten Festungen entfernt werden sollten. Sie verletzten jedoch die Bestimmungen des Nikolsburger Friedens in einem wichtigen Punkte, indem sie zwar die unverzügliche Zurückgabe der von Bethlen verschriebenen oder verpfändeten Güter an die früheren Eigentümer, hauptsächlich Geistliche und Anhänger

des Kaisers anordneten, die Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer aber auf den nächsten Reichstag verschoben [1]).

Dagegen erhoben nicht nur die in Ödenburg anwesenden Vertreter Bethlens sofort Protest, sondern auch dieser fühlte sich schwer gekränkt, weil manche seiner treuesten Anhänger dadurch getroffen wurden. Er stellte nun nicht bloß in den ihm abgetretenen Komitaten die Rückgabe der verpfändeten Besitzungen an die früheren Eigentümer ein [2]), sondern faßte auch den festen Entschluß, den Krieg wieder zu beginnen, wenn er auf die Unterstützung der Türken bauen könnte.

Sofort schickte er einen Gesandten, dem sich auch Graf Thurn anschloß, nach Konstantinopel, wo dieselben am 1. September ankamen. Um die Pforte gegen den Kaiser aufzureizen, wurde ihr vorgestellt, dieser wolle mit den Königen von Spanien und Polen und den katholischen Fürsten Deutschlands die Türken angreifen und aus Europa verjagen. Den Oberbefehl über das verbündete Heer habe man Bethlen angeboten, der dafür zu Siebenbürgen Bosnien als unabhängiges Königreich erhalten sollte. Derselbe habe das natürlich abgelehnt, wolle vielmehr nächstens gegen Böhmen ziehen, hoffe aber dagegen auf Hilfe vonseiten der Türken. Auch dem Pfalzgrafen Friedrich, welcher ihn zum Kriege zu bewegen suchte, meldete er am 19. Oktober 1622, daß er entschlossen sei, den Kampf gegen

1) S. die Artikel 8—11 der bei Katona XXX, 742—808 abgedruckten Gesetze dieses Reichstages. Über die Verhandlungen des Reichstages s. die eingehende Darstellung bei Frankl, Pázmány II, 7sqq. Die Versuche desselben, diesen Beschluß als nicht gegen den Frieden verstoßend zu rechtfertigen, halte ich für mißlungen, da es im Friedensvertrage deutlich genug heißt: Inscriptiones autem et bona impignorata p. d. Principem maneant in suo vigore, donec regnicolae in proxime futura dieta illa eliberabunt illosque, qui pecuniam dederunt, contentabunt. Freilich behauptete der Palatin vor dem Reichstage, daß es den Vertretern Bethlens nach ihrer Versicherung mit diesem Artikel gar nicht ernst gewesen sei, was den Fürsten furchtbar erbitterte.

2) Befehl vom 23. Juli bei Szilágyi, Bethlen G. polit. levelei, p. 372sqq.

den Kaiser neuerdings zu eröffnen, daß er aber dazu die Hilfe des Sultans brauche, und daß er, um diesen zu gewinnen, ihm ein jährliches Geschenk und ein ewiges Bündnis mit Ungarn, Böhmen und Österreich angeboten habe.

Das türkische Reich war zwar damals einer großen Kraftanstrengung nicht fähig, weil der kriegerische Sultan Osman im Mai 1622 von den unzufriedenen Janitscharen ermordet und an dessen Stelle sein blöder Bruder Mustafa auf den Thron erhoben worden war. Aber bei der Schwäche der kaiserlichen Truppen konnte Bethlen schon dann auf Erfolg hoffen, wenn die Paschas der nördlichen Provinzen Auftrag erhielten, ihn mit ihren Streitkräften zu unterstützen. Nach seinem Plane sollten die Türken im folgenden Jahre Graz, er selbst mit dem Pascha von Ofen Wien, Friedrich von der Pfalz und seine Freunde Böhmen angreifen. In der That wurden auch von der Pforte den Paschas der Grenzprovinzen, den Tataren und den Woywoden der Walachei und Moldau die entsprechenden Weisungen gegeben, obwohl der englische Gesandte Roe [1]) den Weisungen seines Königs entsprechend, zugunsten des Friedens thätig war.

Doch wollte Bethlen auch diesmal den Bruch vermeiden, bis er die Rüstungen vollendet hätte. Er schickte daher noch im März 1623 einen Gesandten an den Kaiser und versicherte ihn seiner friedlichen Gesinnungen, wenn seinen Beschwerden abgeholfen würde. Auch bei den folgenden Verhandlungen, welche sich durch den ganzen Sommer hinzogen, trug er eine große Ergebenheit gegen den Kaiser zur Schau. Ja, er brachte jetzt sogar einen Plan auf das Tapet, dessen Ausführung ihn auf das Engste an das Haus Habsburg hätte fesseln müssen, seine Vermählung [2]) mit der Erzherzogin Cäcilie Renata, der jüngeren Tochter Ferdinands II. Er versprach dafür, dahin

1) Seine Berichte, veröffentlicht in The negotiations of Sir Thomas Roe (London 1740) geben über die Vorgänge in Konstantinopel in dieser Zeit wichtige Aufschlüsse.

2) Seine erste Gemahlin Susanna Károly war am 13. Mai 1622 gestorben.

zu wirken, daß des Kaisers gleichnamiger Sohn sobald als möglich zum Könige von Ungarn gewählt und daß nach seinem Tode Siebenbürgen wieder mit Ungarn vereinigt werde. Er erklärte sich bereit, schon jetzt eine deutsche Besatzung in die Festungen Tokaj, Szathmár und Großwardein aufzunehmen und den Kaiser gegen alle Feinde, auch die Gegner in Deutschland oder die Türken, zu unterstützen. Selbst seinen Übertritt zum Katholicismus stellte er in Aussicht, dessen Bekenner er in jeder Weise in der Ausübung ihrer Religion unterstützen wollte.

Der Kaiser und seine Räte nahmen diese Versprechungen, welche mit der ganzen Vergangenheit Bethlens im grellsten Widerspruche standen, mit großem Mißtrauen auf. Um aber diesen nicht zu beleidigen, ließ ihm der Kaiser erklären, er müsse über diese Heiratsangelegenheit vor allem den Rat des verwandten spanischen Hofes einholen.

Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß es Bethlen mit diesen Versprechungen nicht Ernst war. Denn während sein Bevollmächtigter noch über dieses Heiratsprojekt unterhandelte, schrieb er am 28. Juli 1623 dem Pfalzgrafen Friedrich, daß er am 14. August mit 30 000 Mann aus Siebenbürgen gegen Österreich und Mähren aufbrechen und die türkischen Hilfstruppen in Steiermark eindringen würden, wodurch die Rückkehr des Kurfürsten nach Böhmen möglich werden würde [1]). Da er aber dauernde Erfolge nur mit Unterstützung schwerer Truppen erringen konnte, hatte er die Bedingung gestellt, daß Christian von Braunschweig spätestens Anfangs Juli mit einigen tausend Mann in Schlesien und Mähren einfallen sollte, um sich mit ihm zu vereinigen [2]).

1) Eine gute Übersicht über das Verhalten Bethlens seit dem Nikolsburger Frieden bis zum Beginne des Krieges giebt Szilágyi in der Einleitung zu den „Mon. comit. Transsylv." VIII, 3—31. Vgl. Frankl, Pázmány II, 59 sqq. und Fraknói, Pázmány, p. 136 sqq. wie Gindely, Bethlen Gábor, p. 60 sqq.

2) Tadra, Beiträge zur Gesch. des Feldzuges Bethlen Gábors im J. 1623. „Archiv f. österr. Gesch." LV, 405.

Ein solches Zusammenwirken mit Bethlen hatte auch Christian beabsichtigt, als er Anfangs 1623 seine Scharen nach Norddeutschland führte. Durch die Vereinigung mit Wilhelm von Weimar und durch neue Werbungen, zu denen er teils von den Holländern Geld erhielt, teils sich auf Kosten seines Stiftes Halberstadt das Geld verschaffte, brachte er sein Heer auf 16—18000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter mit einer bedeutenden Artillerie. Ende Juni wollte er losschlagen und sich gegen Böhmen oder Schlesien wenden, um den Truppen Bethlens die Hand zu reichen. Da es ihm aber nicht gelang, die Mitglieder des obersächsischen Kreises auf seine Seite zu ziehen, ja der Kurfürst Vorbereitungen traf, einen Durchzug durch sein Gebiet mit Waffengewalt zu hindern, so wendete er sich westwärts gegen die Weser, um sich mit Tilly zu messen, der durch Hessen heranzog. Aber als sich die Heere schon nahe gegenüberstanden, ließ er sich von den Ständen des niedersächsischen Kreises bewegen, ihr Gebiet zu verlassen. Er beabsichtigte nun neuerdings, in den Dienst der holländischen Generalstaaten zu treten. Tilly holte ihn jedoch am 6. August bei Stadtlohn im Münsterschen ein und vernichtete nach kurzem Kampfe fast sein ganzes Fußvolk. 6—7000 Mann waren tot oder verwundet, 4000, darunter Wilhelm von Weimar wurden gefangen, die ganze Artillerie und Munition erbeutet. Nur mit den Trümmern der Armee rettete sich der Braunschweiger über die nahe holländische Grenze.

Mansfeld selbst war in Ostfriesland gegen einen Angriff Tillys dadurch geschützt, daß das vielfach mit Wasser umgebene Land schwer zugänglich war. Da er aber bei niemandem Unterstützung fand, seine Truppen in dem ausgesogenen Lande durch Hunger und ansteckende Krankheiten zu Tausenden dahin gerafft wurden und endlich die Einwohner Miene machten, sich ihrer Bedrücker mit Gewalt zu erwehren, so überlieferte er im Januar 1624 gegen eine Summe Geldes die von ihm besetzten ostfriesischen Plätze den Generalstaaten, dankte seine Soldaten ab und begab sich als Privatmann nach Holland.

Durch die Niederlage und den Rückzug Christians von

Braunschweig war der Krieg in Deutschland bereits entschieden, als sich Bethlen Mitte August an der Spitze seines Heeres von Weissenburg in Siebenbürgen gegen Ungarn in Bewegung setzte. Er wurde dann noch durch seine Erkrankung zu einem längeren Aufenthalt in Großwardein gezwungen und kam erst am 13. September nach Kaschau. Auch jetzt zählte sein Heer außer seiner Leibwache und einer Schar, die plündernd ins Sároser Komitat eingebrochen war, nur 13000 Mann, meist leichte Truppen, teilweise Walachen und Türken [1]). Erst später wuchs dasselbe angeblich auf 40000 Mann an, zu denen dann noch eine Schar von Tataren und um die Mitte des Oktobers der Pascha von Bosnien mit etwa 20000 Mann stieß [2]).

Obwohl in Wien schon längst beunruhigende Nachrichten über die Rüstungen Bethlens eingetroffen waren, hatte die Regierung zu seiner Abwehr keine genügenden Vorbereitungen getroffen. Teils glaubte man noch immer, denselben durch das Versprechen, die Bestimmungen des Nikolsburger Friedens vollständig auszuführen, beruhigen zu können, besonders da er sich noch nach der Mitte des August unter Versicherung seiner Friedensliebe zu Unterhandlungen bereit erklärte und zu diesem Zweck am 11. September Bevollmächtigte nach Neusohl schickte [3]), teils wurden die veranstalteten Rüstungen infolge der schlaffen Verwaltung und des Mangels an Geld nur langsam und ungenügend durchgeführt. Es gelang noch, die Besatzung Neuhäusels und einiger anderer ungarischer Festungen durch deutsche Truppen zu verstärken. Aber man hatte dem Fürsten kein Heer entgegenzustellen, als sich dieser am 18. September von Kaschau gegen das westliche Ungarn in Bewegung setzte.

Ohne Kampf wurden von Bethlens Truppen die Bergstädte eingenommen, dann auch Tyrnau mit reichen Vorräten

1) Gleichzeitige Notiz in Mon. comit. Transsylv. VIII, 165 sq.

2) Diese Zahlen, die freilich nicht sicher sind, nach den Berichten des venetianischen Geschäftsträgers in Wien vom 14. und 21. Oktober bei Ováry, Diplomatarium, p. 291—293.

3) Mon. com. Transsylv. VIII, 161. Vgl. Frankl II, 71. 73 sq. Mon. com. Transsylv. VIII, 33 n. 1.

besetzt und eine Schar von mehreren hundert [1]) Mann, welche diesen Platz decken sollte, aber von den Bürgern nicht in die Stadt eingelassen wurde, in der Nähe derselben von Thurn nach tapferer Gegenwehr zur Ergebung gezwungen. Die kaiserlichen Truppen, die man aus Böhmen heranzog und deren Oberbefehl man bei der Eifersucht der bisherigen Obersten wieder einem Fremden, dem vorher in spanischen Diensten beschäftigten Neapolitaner Carafa, Marchese von Montenegro, anvertraute, zählten kaum mehr als 7000 Mann [2]), so daß man nicht wagte, sich den Feinden, deren Hauptheer in einer Stärke von 40000 Mann an der mährischen Grenze erschien, im offenen Feld entgegenzustellen. Carafa, unter dem Marradas als „General-Obrister über die Reiterei", Wallenstein als „Obristwachtmeister über das Kriegsvolk zu Fuß" kommandierten, hielt es daher für das Beste, am rechten Ufer der March, in Göding, ein festes Lager zu beziehen, um sich hier bis zum Eintreffen von Verstärkungen zu halten.

Da Bethlen nur über wenig reguläre Infanterie und Artillerie verfügte, so machte er keinen Versuch, die Kaiserlichen anzugreifen. Aber er schloß dieselben Anfangs November von allen Seiten ein und schnitt ihnen durch seine zahlreiche leichte Reiterei alle Zufuhr ab, während die Türken und Tataren Mähren bis gegen Olmütz, Brünn und Znaim durchstreiften, Hunderte von Dörfern anzündeten und Tausende von Menschen in die Sklaverei schleppten. Die Not der Kaiserlichen erreichte einen immer höheren Grad, so daß die Soldaten in ganzen

1) Nach dem Berichte des venetianischen Geschäftsträgers bei Ováry, p. 293 1200, nach Tadra im „Archiv f. österr. Gesch." LV, 409 nur 700 Mann.

2) Höchstens 8000 Mann mit Einschluß der bei Tyrnau gefangenen nach der Angabe des venetianischen Geschäftsträgers Padavin vom 21. Oktober bei Ováry, p. 293, dessen Berichte überhaupt auch neben den interessanten Briefen Wallensteins an seinen Schwiegervater Karl von Harrach vom 20. Okt. bis 19. Nov. bei Tadra a. a. O., S. 439 ff. von Wert sind. Vgl. auch Tadras eigene Darstellung S. 405 ff., Gindely, Bethlen Gábor, p. 78 sqq. und die Berichte in „Schriften der hist.-statist. Sektion der mährisch-schles. Ges." XXII, 117 ff.

Scharen zu den Feinden überliefen. Obwohl die Reiterei alle ihre Pferde verzehrte, die ohnehin kein Futter hatten, waren nur noch für ein paar Tage Lebensmittel vorhanden, die Munition fast vollständig aufgebraucht und noch immer keine Hoffnung auf Entsatz, da die herangezogenen Verstärkungen erst in einigen Wochen anlangen konnten. Hätte die Einschließung nur noch wenige Tage fortgedauert, so hätte sich das kaiserliche Heer, welches nur noch 4000 Kampffähige zählte, gefangen geben müssen, und es läßt sich gar nicht absehen, welche Wirkung dies auf die grollenden Protestanten der böhmischen Länder wie Oberösterreichs hervorgebracht hätte.

Da brachte noch im letzten Augenblick ein Waffenstillstand Rettung.

Der Palatin Thurzó, der sich auf seinem Schloß in Schintau aufhielt, hatte sich schon am 10. Oktober an Bethlen gewendet, ihn von der Fortsetzung des Blutvergießens abgemahnt und zur Wiederanknüpfung der Unterhandlungen mit dem Kaiser zu bewegen gesucht. Bethlen ging bereitwillig darauf ein, da er gut einsah, daß seine Lage wohl für den Augenblick günstig sei, aber für die Zukunft doch große Gefahren herbeiführen könnte. Denn er war jetzt ebenso isoliert wie vor dem Abschlusse des Friedens von Nikolsburg. Deutschland hatten die Gegner des Kaisers vollständig geräumt. Venedig zeigte sich gegen seinen Antrag, ein Bündnis mit ihm abzuschließen, bei aller Verbindlichkeit der Formen noch immer ablehnend [1]). Auch auf die Hilfe der Türken durfte er kaum noch lange rechnen. Dieselben pflegten regelmäßig schon um den Tag des heiligen Demetrius (26. Oktober) von ihren Feldzügen nachhause zu marschieren, und nur besondere Geschenke Bethlens und die günstige Gelegenheit zur Ausplünderung Mährens waren die Ursache, daß sie es diesmal noch nicht gethan hatten. Welche Haltung aber die Pforte im nächsten Jahre einnehmen würde, war noch ganz unsicher. Denn gegen

1) Zwiedineck-Südenhorst, Politik Venedigs II, 19f. und die vollständigen Aktenstücke bei Ováry, p. 124 sqq.

das Regiment des blöden Mustafa pflanzte der Pascha Abasa von Erzerum die Fahne der Empörung auf, was die Janitscharen bewog, den Sultan selbst abzusetzen und am 30. August 1623 den vierzehnjährigen Murad IV. auf den Thron zu erheben. Auch die Ungarn, selbst die Adeligen und Städte der an Bethlen abgetretenen Gebiete, waren nicht geneigt, für die Fortsetzung des Krieges, den sie nicht wünschten, große Opfer zu bringen.

Bethlen ging daher bereitwillig auf die Anträge des Palatin ein.

Nachdem auch der Kaiser am 5. November seine Zustimmung gegeben hatte, begab sich der Palatin selbst in das Lager des Fürsten bei Göding, wo er am 18. November anlangte [1]). Schon am 19. wurde ein Waffenstillstand vereinbart und am 20. unterzeichnet, der bis zum 29. September 1624 dauern sollte. Auch hiebei zeigte sich Bethlen ziemlich entgegenkommend. Er versprach, nicht nur Mähren, sondern auch fünf Komitate im westlichen Ungarn (ungefähr bis zur Gran) zu räumen und die bei ihm befindlichen Türken und Tataren unverzüglich zu entlassen. Doch wurden diese, als sie bei Neuhäusel vorüberzogen, vom Kommandanten dieser Festung, Nikolaus Eszterházy, angegriffen, über tausend niedergemacht und der größere Teil der von ihnen weggeschleppten Gefangenen befreit [2]).

Nachdem Bethlen infolge dieses Waffenstillstandes bereits den Rückzug angetreten hatte, weigerte sich der Kaiser, indem er sich den Anschauungen seiner ungarischen Räte, besonders Pázmánys anschloß, denselben in der vereinbarten Form zu ratifizieren. Man stieß sich einmal an der langen Dauer des-

1) Sein Tagebuch (ungarisch) vom 10. Oktober 1623 bis 2. Februar 1624 in „Mon. com. Transsylv." VIII, 166 sqq. Unter den zahlreichen Beilagen auch p. 204 sqq. die Urkunde über den Waffenstillstand (auch bei Gindely, Acta et docum. p. 362) und einige dazu gehörige Aktenstücke wie andere, die sich auf die folgenden Friedensverhandlungen beziehen.

2) Die Quellen bei Katona XXXI, 32 sqq. Vgl. Gindely, Acta, p. 369 sqq.

selben, welche der Fürst, wie man meinte, nur zur Gewinnung neuer Bundesgenossen benutzen würde, und wollte ihn höchstens bis zum 1. März bewilligen. Auch die Bestimmung, daß der Kaiser während desselben keine fremden Truppen nach Ungarn führen sollte, erschien als anstößig. Endlich weigerte sich der Kaiser, die Herzogtümer Oppeln und Ratibor, welche er nach dem Friedensbruche Bethlens eingezogen hatte, zurückzustellen, und verlangte, daß der Fürst auch das Sohler Komitat mit den Bergstädten räumen sollte. Nicht einmal die Dauer der Waffenruhe bis zum 1. Mai setzte Bethlen durch [1]), wenn auch dieselbe später wiederholt verlängert wurde.

Die hervorragendsten ungarischen Räte, besonders der Primas Pázmány und Eszterházy, sprachen sich auch gegen den Abschluß eines Friedens mit Bethlen aus, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß man sich auf alle Versprechungen nicht verlassen könne. Man solle jetzt, wo die vom Kaiser herbeigerufenen Verstärkungen eingetroffen waren, die Gelegenheit benutzen, um den Fürsten für immer unschädlich zu machen. Die beiden genannten Staatsmänner, deren Anschauungen auch vom päpstlichen Nuntius unterstützt wurden, weigerten sich sogar, die Stelle von Bevollmächtigten für die Verhandlungen anzunehmen, weil diese überhaupt ihren Überzeugungen widersprachen.

Dagegen erklärten sich die deutschen Minister, besonders Fürst Eggenberg, und auch der spanische Botschafter mit Rück-

1) In dieser Form wurde die Urkunde von Bethlen am 20. Januar 1624 ausgestellt (von Firnhaber im „Archiv f. österr. Geschq." VIII, 37 veröffentlicht). Vgl. Mon. comit. Transsylv. VIII, 220 sqq. Die scheinbare Ratifikation durch K. Ferdinand II. vom 28. Nov. bei Gindely, Acta et doc., p. 366 und durch Bethlen vom 8. Dez. 1623 in Mon. com. Transsylv. VIII, 209 sqq. sind nur Entwürfe, die während der langen Verhandlungen gemacht worden sind. Über diese vgl. Thurzós Tagebuch ibid. p. 178 sqq. Aus dem interessanten Motivenbericht Thurzós bei Gindely, Acta, p. 382 sqq. erfahren wir, daß wenige Stunden nach der Vereinbarung über den Waffenstillstand die Weisung des Kaisers eintraf, diesen nur für sechs Wochen abzuschließen, worauf aber Bethlen schwerlich eingegangen wäre.

sicht auf die allgemeine politische Lage und den Mangel an Geldmitteln, wie manche behaupteten freilich auch um die Entfernung der auf ihren Herrschaften einquartierten Soldaten zu ermöglichen, gegen den Bruch mit Bethlen, der ja auch einen Krieg mit den Türken zur Folge haben konnte.

Der Kaiser stellte sich endlich auf die Seite der Friedenspartei. Aber die Ausführungen ihrer Gegner, zu denen auch der Kriegsrat gehörte, waren doch nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben und hatten auch ihn mit der Überzeugung erfüllt, daß seine Stellung günstig sei und daß er den Forderungen Bethlens ganz anders entgegentreten könne als früher. Als dessen Gesandte am 6. Februar nach Wien kamen, weigerte er sich, sie zu empfangen, und wies sie an seine Bevollmächtigten. Bethlens Wunsch, die Hand der Erzherzogin Cäcilia Renata zu erlangen, wogegen er ein Bündnis gegen die Türken anbot, wurde kurzweg zurückgewiesen, weil dies nicht die geeigneten Mittel zur Herstellung des Friedens seien. Noch weniger ging man natürlich auf Bethlens Forderung ein, ihm zu den früheren sieben Komitaten noch vier weitere zu überlassen oder ihm gar die Statthalterwürde in ganz Ungarn zu übertragen. Nicht einmal die Bedingungen des Nikolsburger Friedens wollte man ihm zugestehen, nachdem er selbst denselben als nicht bestehend erklärt hatte. Den Ratschlägen des Primas entsprechend erklärte man sich nur dann zu einem neuen Abkommen bereit, wenn Bethlen für sein künftiges Verhalten genügende Garantieen geben, namentlich auf das ganze Gebiet diesseits der Theiß verzichten würde. An dieser Forderung glaubte man um so mehr festhalten zu dürfen, als über die Gesinnungen der Pforte, welche wegen des Aufstandes in Asien und eines Krieges mit Persien in Europa Ruhe haben wollte, günstige Nachrichten einliefen.

Soweit gaben aber die Vertreter Bethlens doch nicht nach; an den Grundlagen des Nikolsburger Friedens hielten sie fest. Nur die Herzogtümer Oppeln und Ratibor gaben sie endlich preis, wenn ihrem Herrn die ihm verpfändete Herrschaft Ecsed erblich und die Bergstädte Nagy-Bánya und Felsö-Bánya im

Szathmárer Komitat lebenslänglich überlassen würden. Da sich auch ein Teil der ungarischen Räte, namentlich der Palatin Thurzó und der Kanzler Sennyey, Bischof von Waitzen, für die Gewährung dieser Forderungen aussprach, so ging auch der Kaiser darauf ein. Anderseits blieb auch Bethlen nichts übrig, als sich diese Bedingungen gefallen zu lassen, weil er von keiner auswärtigen Macht Hilfe erwarten konnte und sich auch die Vertreter der oberungarischen Komitate auf einer Versammlung in Kaschau entschieden gegen die Wiederaufnahme des Krieges aussprachen.

Es wurde daher am 8. Mai 1624 der Friede von Wien abgeschlossen, welcher zwar im allgemeinen auf dem von Nikolsburg fußte, aber doch für Bethlen in manchen Punkten ungünstiger war als dieser. Denn nicht bloß von Oppeln und Ratibor behielt er nur den leeren Titel, sondern auch die Geldsumme, welche für die in den sieben Komitaten gelegenen Festungen vom Kaiser jährlich gezahlt werden sollte, wurde von 50000 auf 30000 Gulden herabgesetzt, und auch von einer Entschädigung der Besitzer der ungarischen Pfandgüter war keine Rede mehr, obwohl diese Frage den ersten Anlaß zum Kriege gegeben hatte [1]).

Noch während der Verhandlungen, am 12. März, war der Markgraf Johann Georg von Brandenburg in Leutschau gestorben. Graf Thurn begab sich nach Holland und trat bald darauf in die Dienste Venedigs [2]). Der dritte der bei Bethlen sich aufhaltenden Emigranten, Hofkirchen, wurde vom Kaiser begnadigt, so daß jetzt auch der unmittelbare Einfluß dieser Feinde desselben auf den Fürsten von Siebenbürgen aufhörte.

1) Die Urkunde vom 8. Mai 1624 vollständig bei Pray-Miller, Principatus Gabr. Bethlen II, 3 sqq. Die vorausgehenden Verhandlungen berichten eingehend Frankl II, 81 sqq. und Gindely, Bethlen Gábor, p. 86 sqq. Vgl. Szilágyi in Mon. com. Transsylv. VIII, 39 sqq. Ein Teil der von diesen benutzten Quellen ist jetzt bei Ováry, p. 305 sqq., Gindely, Acta, p. 175 sqq. und in Mon. com. Transsylv. l. c. p. 223 sqq. gedruckt.

2) Zwiedineck-Südenhorst, Graf H. M. Thurn in Diensten der Republik Venedig. „Archiv f. österr. Gesch." LXVI, 257 ff.

# Zweites Kapitel.

## Die Bildung einer neuen Koalition gegen den Kaiser und die Errichtung eines kaiserlichen Heeres durch Wallenstein.

---

Mit dem Frieden von Wien und der Abdankung der Völker Mansfelds und des Braunschweigers hatte der Krieg in Österreich und Deutschland vollständig ein Ende erreicht. Der Sieg des Kaisers und der Liga war entschieden. Im ganzen Reiche war niemand mehr, der sich ihnen entgegenzustellen wagte. Mit Ausnahme der beiden sächsischen Kreise waren auch alle Gebiete von ihren Truppen besetzt. Von der Art, wie dieser Sieg ausgebeutet werden würde, hingen die Geschicke Mitteleuropas ab.

Im Reiche drängte besonders die pfälzische Frage zu einer endlichen Lösung, an der nicht bloß der Kurfürst und seine deutschen Freunde, sondern auch der König von England interessiert war.

Der Kaiser fühlte sich durch sein dem Herzoge von Baiern gegebenes Versprechen verpflichtet, den Wünschen desselben bezüglich der pfälzischen Kurwürde entgegenzukommen, und wurde auch vom gegenwärtigen Papste Gregor XV. dazu angetrieben. Am 22. September 1621 übertrug er dem Herzoge die Kur. Aber es geschah dies nur schriftlich und wurde noch geheim gehalten, bis man der Zustimmung der Fürsten sicher wäre, auf welche man dabei am meisten Rücksicht nehmen mußte. Die feierliche Belehnung Maximilians zog sich gerade aus diesem Grunde noch lange hinaus. Denn nicht bloß der Kurfürst von Sachsen und andere kaisertreue protestantische Fürsten Deutschlands erklärten sich für die Begnadigung des Pfälzers oder wenigstens seines Sohnes, sondern auch die Kurfürsten von Mainz und Trier. Spanien, wo 1621 auf Philipp III. sein gleichnamiger Sohn als Philipp IV. gefolgt war, sprach sich

ebenfalls gegen die Forderungen des Herzogs von Baiern aus. Der Graf Olivarez, der unter dem neuen Könige die Stellung eines leitenden Ministers einnahm, und die Mehrheit des Staatsrates wollten nicht die Feindschaft des englischen Königs herausfordern, von der sie eine nachteilige Rückwirkung auf den Krieg gegen die Holländer befürchteten. Da nun Jakob I. zwei Dinge besonders am Herzen lagen, die Wiedereinsetzung seines Schwiegersohnes in die Pfalz und die Vermählung seines Sohnes Karl mit der Schwester des spanischen Königs Philipp IV., die Erfüllung des zweiten Wunsches aber sehr schwierig schien, weil die Prinzessin um keinen Preis einem Ketzer die Hand reichen und auch der Papst dazu nicht Dispens erteilen wollte, so suchte Spanien dem englischen Könige wenigstens im ersten Punkt entgegenzukommen. Man ließ daher nicht bloß den Plan, selbst die Rheinpfalz zu erwerben, vollständig fallen, sondern suchte Ferdinand II. für den Gedanken der Wiedereinsetzung des Pfälzers oder doch seines Sohnes zu gewinnen. Olivarez machte Ende 1622 dem Kaiser den Vorschlag, daß er seine ältere Tochter Maria Anna mit dem Prinzen von Wales vermählen, seine zweite mit dem Sohne des pfälzischen Kurfürsten verloben, dieser in Wien erzogen und dann wieder in den Besitz der Länder und Würden seines Vaters eingesetzt werden sollte [1]).

Obwohl der Kurfürst darauf gewiß nicht eingegangen wäre, weil die Erziehung seines Sohnes am Kaiserhof auch den Übertritt desselben zum Katholicismus zur Folge gehabt haben würde, so wies Ferdinand II. auch dieses Projekt zurück, weil er sich dem Herzoge von Baiern gegenüber durch sein Wort gebunden fühlte. Doch hatte die Haltung Spaniens, auf welches der Kaiser besondere Rücksicht nehmen mußte, die Folge, daß dieser die feierliche Belehnung des Herzogs Maximilian mit der Kurwürde nicht eigenmächtig vornehmen wollte, sondern auf einen Kurfürstentag verschob, dessen Zusammentritt sich aus

1) Über die Haltung des Papstes und Spaniens in dieser Frage s. Gindely IV, 380 ff. Vgl. S. 452 ff. und Hurter IX, 155 ff.

verschiedenen Gründen lange verzögerte. Endlich wurde statt desselben ein Reichsdeputationstag berufen, auf welchem nach den bestehenden Bestimmungen außer den Kurfürsten auch vier geistliche und vier weltliche Fürsten (darunter der Herzog von Baiern) erscheinen sollten. Der Kaiser selbst begab sich im November 1622 mit seinen Räten und obersten Beamten und einer zahlreichen Dienerschaft, im ganzen bei 600 Personen, nach Regensburg, wo sich die berufenen katholischen Fürsten außer dem Erzbischofe von Trier und der Landgraf von Hessen-Darmstadt persönlich einfanden, die übrigen mit Ausnahme der Herzoge von Braunschweig und Pommern Bevollmächtigte gesendet hatten.

Auch jetzt traten nicht bloß die Gesandten der protestantischen Fürsten zugunsten des Pfälzers auf, sondern auch der spanische Gesandte Oñate sprach sich für den Frieden und gegen die Verletzung der Wünsche der Protestanten aus, um nicht einen Religionskrieg hervorzurufen. Anderseits wahrte der katholische Pfalzgraf von Neuburg als nächster Agnat des Kurfürsten Friedrich dem Herzoge von Baiern gegenüber seine eigenen Ansprüche, indem er sich auf Familienverträge, den Wortlaut früherer Belehnungsbriefe, und ein Versprechen des Kaisers berief. Obwohl sich der päpstliche Nuntius entschieden für den baierischen Herzog verwendete, blieben die Haltung der Opposition wie die gleichzeitigen Rüstungen Christians von Braunschweig und seiner Freunde in Norddeutschland auf den Kaiser und seine Räte nicht ohne Eindruck. Eggenberg machte daher einen vermittelnden Vorschlag, welcher den Beifall der Mehrheit des Deputationstages fand und dem sich auch Maximilian nicht widersetzte, weil er hoffte, daß er durch Entschiedenheit und Konsequenz mit der Zeit doch das ins Auge gefaßte Ziel vollständig erreichen würde. Der Kaiser übertrug am 25. Februar 1623 dem baierischen Herzoge die Kurwürde auf Lebenszeit, erklärte sich aber bereit, den Pfalzgrafen im übrigen zu begnadigen d. h. ihm seine Besitzungen zurückzugeben, wenn er sich zur schuldigen Abbitte verstehen und von allen feindlichen Umtrieben ablassen würde. Die Ansprüche der

Kinder und Agnaten des Pfälzers auf die Kur wollte er untersuchen und zu diesem Zwecke mit dem Könige von England verhandeln oder, wenn dies erfolglos bliebe, mit dem Rate der Kurfürsten eine Entscheidung fällen [1]). Über den Besitz der pfälzischen Gebiete wurde gar keine Entscheidung getroffen. Doch kam am 28. April zwischen dem Kaiser und Maximilian ein Übereinkommen zustande, welches diese Frage wenigstens teilweise berührte. Ferdinand versprach nämlich dem neuen Kurfürsten, welcher die aufgewendeten Kriegskosten vom 8. Oktober 1619 bis zum 28. Dezember 1622 auf 16 Millionen oder nach Abzug der vom Papste, Spanien und der Liga erhaltenen Gelder auf 12 Millionen Gulden berechnete [2]), diese Summe zur Hälfte auf das Land ob der Enns, zur Hälfte auf die Oberpfalz zu versichern und bis zur Rückzahlung mit fünf Prozent zu verzinsen. Die Rückgabe der Rheinpfalz an den geächteten Kurfürsten oder dessen Söhne wäre also immerhin noch möglich gewesen, und da demselben auch die Kurwürde nicht für immer abgesprochen war, so hätte sich vielleicht noch immer eine geeignete Grundlage für den Reichsfrieden finden lassen.

König Jakob von England setzte denn auch seine Bestrebungen, die Wiederherstellung seines Schwiegersohnes oder wenigstens seiner Enkel auf diplomatischem Wege zustande zu bringen, auch jetzt noch fort, und er hoffte dieses Ziel namentlich mit Unterstützung Spaniens zu erreichen. Um dieses fester an sich zu ketten, sollte endlich der Plan der Vermählung seines Sohnes mit der Infantin realisiert werden [3]). Mit seiner Zustimmung begab sich der Prinz von Wales in Begleitung seines

1) In einem geheimen Reverse gab übrigens der Kaiser gleichzeitig dem Herzoge Maximilian das Versprechen, daß, wenn der Spruch der Kurfürsten zugunsten der Agnaten ausfiele, er sich nicht darum kümmern, sondern nach Recht und Billigkeit handeln würde!

2) Die detaillierte Rechnung bei Gindely IV, 596f. Über den Deputationstag s. dessen ausführliche Darstellung S. 421—461.

3) Eingehender handelt hierüber Gindely, Eine Heirat mit Hindernissen. „Zeitschr. f. Allg. Gesch., Kulturgesch." u. s. w. I, 481ff. 607ff.

Günstlings Buckingham Ende Februar 1623 selbst als Brautwerber nach Madrid. Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten, namentlich auch des Entgegenwirkens des kaiserlichen Gesandten Khevenhüller, schien in der That die Heirat endlich gesichert zu sein. Auch der Papst Gregor XV. erteilte hierfür Dispens, als eine mildere Behandlung der englischen Katholiken versprochen wurde. Am 15. Juli wurde das bevorstehende freudige Ereignis in Spanien offiziell bekannt gemacht.

Aber nun verlangte auch Jakob I. die Erfüllung seiner Wünsche in Beziehung auf die Pfalz. Wenn nicht sein Schwiegersohn, so sollte doch dessen Sohn, dessen Vermählung mit der zweiten Tochter des Kaisers neuerdings vorgeschlagen wurde, in seine Würden und Länder wieder eingesetzt, Maximilian von Baiern durch die Errichtung einer achten Kurwürde oder durch einen Wechsel beider Häuser im Amte befriedigt, der Kaiser, wenn er sich diesem Projekte widersetzte, durch die vereinten Kräfte Englands und Spaniens dazu gezwungen werden.

So weit wollte nun aber die spanische Regierung doch nicht gehen. Sie war auch jetzt bereit, diplomatisch auf den Kaiser einzuwirken, aber sie wollte nicht England zuliebe es zu einem Bruche mit der deutschen Linie des Hauses Habsburg kommen lassen. In Wien wäre man zwar nicht abgeneigt gewesen, auf die englischen Vorschläge einzugehen. Aber der baierische Kurfürst, welchem der Kaiser seine bisherigen Erfolge verdankte, lehnte dieselben unbedingt ab, wie er denn überhaupt in dieser Zeit eine sehr selbständige Haltung einnahm und sich auch um die Wünsche und Weisungen des Reichsoberhauptes wenig kümmerte [1]).

Ein förmlicher Bruch zwischen England und Spanien erfolgte allerdings auch jetzt noch nicht, und bei der ausgesprochenen Abneigung Jakobs I. gegen einen Krieg kann man bezweifeln, ob er sich zu einem feindseligen Auftreten gegen das Haus Habsburg entschlossen hätte. Aber bei den Verhandlungen in Madrid hatte sich Buckingham mit Olivarez voll-

1) Opel II, 27 ff.

ständig überworfen, und er stellte sich jetzt an die Spitze der Partei, welche schon längst dafür gewesen war, daß England eine den religiösen Anschauungen der Mehrheit seiner Bewohner entsprechende Politik verfolge und für die protestantischen Interessen in Deutschland eintrete. Er setzte sich heimlich mit der Königinmutter von Frankreich in Verbindung, um die Vermählung des Prinzen von Wales mit Ludwigs XIII. Schwester Henriette zustande zu bringen, und veranlaßte die Berufung eines Parlaments, welches sich für den Abbruch aller Verhandlungen mit Spanien aussprach und Steuern im Betrage von 300 000 Pfund bewilligte. Auch Jakob I. selbst wurde, wenn auch halb widerstrebend, in die antihabsburgische Strömung hineingezogen [1]).

Dies war aber um so wichtiger, als nicht bloß Holland im Interesse seiner Selbsterhaltung seine Bemühungen, dem Kaiser durch die Fortdauer des Krieges in Deutschland die Unterstützung Spaniens unmöglich zu machen, nicht aufgab, sondern auch in Frankreich ein vollständiger Wechsel der Politik eintrat.

Hatte dieses unter der Einwirkung der konfessionellen Anschauungen beim Beginne des Krieges dem Kaiser gegenüber eine wohlwollende Haltung eingenommen, so änderte sich dies, als die Macht des Kaisers in unerwarteter Weise erstarkte, als sich Spanien zugleich der festen Plätze in der Rheinpfalz bemächtigte und einen Aufstand der katholischen Veltliner gegen das drückende Joch der protestantischen Graubündner (1620) benutzen wollte, um das Veltlin, welches die Verbindung des mailändischen Gebietes mit den österreichischen Ländern unterbrach, von sich abhängig zu machen oder sich wenigstens das Durchzugsrecht für seine Truppen zu sichern. Denn daß sich Spanien auch im Osten Frankreichs festsetze und es von allen Seiten einschließe, wollte dieses um jeden Preis verhindern. Der Abschluß eines Friedens mit den Hugenotten im Oktober

1) Hurter IX, 309 ff. Opel I, 517 ff.; II, 36 ff. Vgl. Ranke, Englische Gesch. II, 142 ff. (Werke XV).

1622 verschaffte der Regierung nach außen freie Hand. Schon am 7. Februar 1623 schloß Frankreich mit Venedig und dem Herzoge von Savoyen, Spaniens alten Rivalen in Italien, zunächst auf zwei Jahre, ein Bündnis, worin sie sich verpflichteten, die Herrschaft der Graubündner im Veltlin wieder herzustellen und zu diesem Zwecke ein Heer von ungefähr 40000 Mann zu unterhalten. Zugleich wollte man durch gemeinsame Beiträge eine Diversion Mansfelds nach der spanischen Franche Comté unterstützen, welcher damals mit der Infantin Isabella, Witwe des Erzherzogs Albrecht, und mit Frankreich gleichzeitig wegen des Eintrittes in ihre Dienste unterhandelte. Im März verpflichtete sich derselbe, gegen einen Sold von monatlich 60000 Kronen eine Armee von 24—25000 Mann aufzustellen und, durch ein kleineres französisches Corps verstärkt, nach der Freigrafschaft vorzudringen. Aber es scheint, daß der damalige Minister des Auswärtigen in Frankreich, Puisieux, die Spanier mehr einschüchtern als ernstlich bekämpfen wollte. Als Spanien die von ihm besetzten Plätze im Veltlin bis zur Austragung der Streitfrage päpstlichen Truppen in Verwahrung gab, stimmte auch Frankreich bei. Von diesem zurückgehalten, unternahm Mansfeld im Jahre 1623 gegen Spanien ebenso wenig als gegen Deutschland, sah dem Angriffe der Ligisten auf den Braunschweiger ruhig zu und ward endlich genötigt, die Trümmer seines Heeres abzudanken und sich nach Holland zurückzuziehen [1]).

Im April 1624 wurde aber Puisieux entlassen und wenige Monate darauf die Leitung der Staatsangelegenheiten dem Kardinal Richelieu übertragen, der Frankreichs traditionelle Politik gegen das Haus Habsburg wieder aufnahm.

Doch verliefen die Dinge auch jetzt noch nicht so rasch, als man erwarten sollte. Wohl waren England und Holland wie Frankreich, Venedig und Savoyen darüber einig, daß man der Entwickelung der Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Jahren

1) Opel I, 478 ff. Gindely IV, 475 ff. Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik Venedigs I, 113 ff.; II, 1 ff.

in Mitteleuropa gebildet hatten, entgegentreten solle. Aber im einzelnen liefen die Interessen dieser Mächte einander vielfach entgegen. Venedig und Savoyen wollten den Einfluß Spaniens in Italien einschränken und das Veltlin von demselben befreien, während ihnen die Vorgänge in Deutschland an sich gleichgültig waren. Jakob I. von England wollte, wenn irgendmöglich, einen Krieg mit Spanien auch jetzt noch vermeiden und sich auf die Wiedereinsetzung seines Schwiegersohnes oder Enkels beschränken. Nur mit dieser Aufgabe wurde Mansfeld betraut, der im April 1624 selbst nach England kam und vom Könige Jakob, den er ganz für sich einnahm, den Auftrag erhielt, auf seine Kosten zur Wiedereroberung der Pfalz ein Heer von 13000 Mann ins Feld zu führen [1]). Frankreich dagegen wollte vor allem Spanien schwächen und gewährte daher auch den Holländern ein bedeutendes Darlehen. Aber es hatte kein Interesse, den katholischen Baiernherzog, den es in sein Interesse ziehen zu können hoffte [2]), zugunsten eines Calvinisten der Pfalz zu berauben. Richelieu unterstützte wohl auch den Grafen von Mansfeld mit Geld und erlaubte, daß zur Verstärkung des Heeres, welches König Jakob für denselben in England ausheben ließ, in Frankreich ein Reitercorps unter Christian von Braunschweig geworben werde. Aber er weigerte sich, jenem den Durchzug durch französisches Gebiet zu gestatten, und setzte es durch, daß sich derselbe Anfangs Februar 1625 mit seinen Scharen zunächst nach Holland wendete, um die von den Spaniern belagerte Festung Breda zu entsetzen [3]), die freilich trotzdem am 11. Juni in Spinolas Hände fiel.

Richelieu suchte überhaupt seine Zwecke zu erreichen, ohne Frankreich selbst in einen Krieg hineinziehen zu lassen. Er gab dem Marquis de Coeuvre, den er als außerordentlichen

1) Villermont, Mansfeldt II, 209 sqq. 230 sqq. Opel II, 46 f.

2) Über die 1622 bis Anfangs 1625 durch verschiedene Geistliche, besonders Kapuziner, geführten Unterhandlungen zwischen Baiern und Frankreich s. G. Fagniez, Le père Joseph et Richelieu I, 249 sqq.

3) Opel II, 81 ff.

Gesandten in die Schweiz schickte, Auftrag, mit französischem und venetianischem Gelde ein Truppencorps unter Anführung verbannter Graubündner errichten zu lassen und stellte demselben auch französische Truppen zur Verfügung, mit denen der Marquis im Spätherbste 1624 in Graubünden eindrang. Ohne große Mühe wurden die Österreicher aus den von ihnen besetzten Teilen Graubündens, die päpstlichen Truppen aus dem Veltlin verdrängt und dieses Gebiet unter den Schutz Frankreichs gestellt. Ohne daß es mit Spanien zum offenen Bruche gekommen wäre, war der Einfluß desselben im Veltlin gebrochen und durch den Frankreichs ersetzt worden [1]).

Auch dem Kaiser suchte Richelieu in einer solchen Weise Feinde zu erwecken, daß der Kriegsschauplatz von der Grenze Frankreichs entfernt und dieses dem Kampfe selbst fern bliebe. Ende November 1624 schickte er den Staatsrat des Hayes an den König Christian IV. von Dänemark, um diesen zu bewegen, vereint mit dem Könige von Schweden „für die Rettung der deutschen Freiheit“ aufzutreten, und ihm zu diesem Zwecke die Unterstützung Frankreichs wie anderer Fürsten in Aussicht zu stellen.

Der dänische König hatte schon seit Jahren danach gestrebt, sich der Gebiete an der unteren Elbe zu bemächtigen und namentlich einige norddeutsche Hochstifter für sein Haus zu erwerben [2]). Er war daher einer Einmischung in die Verhältnisse des Reiches und einer Unterstützung des Pfälzers schon Anfangs 1621 nicht abgeneigt gewesen. Aber die Auflösung der Union und die passive Haltung seines Schwagers Jakob von England hatten ihn damals überzeugt, daß er durch ein feindseliges Auftreten gegen den Kaiser seinen Interessen nur schaden würde, und er hatte seither Ferdinand II. gegenüber eine durchaus freundliche Haltung eingenommen. Auch nach der Schwenkung, welche 1624 in der Politik Englands eintrat,

1) Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik Venedigs II, 29 ff. Vgl. R. Seehaussen, Schweizer Politik während des dreißigjährigen Krieges (Hallische Abhandlungen XVI), S. 35 ff.

2) Opel I, 54 ff. 100 ff.

setzte er auf den Ernst und die Ausdauer seines Schwagers, der ihn ebenfalls zur Aufgebung seiner Neutralität zu bewegen suchte, ebenso geringes Vertrauen wie auf den Mut und die Thatkraft der protestantischen Fürsten Deutschlands. Als er sich jedoch auch auf die Hilfe Frankreichs und seiner Freunde Rechnung machen durfte, glaubte er immerhin bei einer Beteiligung am Kampfe gegen den Kaiser nichts auf das Spiel zu setzen, sondern Gelegenheit zu finden, seine Besitzungen und seinen Einfluß in Norddeutschland auszubreiten. Bereitwillig versprach er bis zum 1. Mai 1625 5000 Mann bereitzuhalten, ja bei entsprechender Unterstützung ein Heer von 30000 Mann ins Feld zu stellen [1]).

Auch Gustav Adolf von Schweden, den auf Anregung des Pfälzers im August 1624 sowohl der König von England als auch der Bruder seiner Gemahlin, der Kurfürst von Brandenburg, zur Beteiligung am Koalitionskrieg aufforderte, zeigte sich sehr bereit, seine Kräfte im Kampfe gegen Österreich und dessen Verbündete in die Wagschale zu werfen. Er schlug eine Allianz der hervorragendsten protestantischen Mächte, Schwedens, Hollands und Englands vor, welche sich mit den katholischen Gegnern des Hauses Habsburg, Frankreich, Venedig und Savoyen verbinden sollten. Doch wollte er zunächst mit Unterstützung seiner Freunde auf den König von Polen, der immer mit den Habsburgern in den engsten Beziehungen gestanden, und gegen den nun auch der Großfürst von Rußland aufgereizt werden sollte, einen Angriff unternehmen und erst nach der Besiegung desselben gegen Schlesien und die andern Länder des Kaisers vordringen. Auf die Gegenvorstellungen des brandenburgischen Gesandten erklärte er sich zwar auch bereit, den Kriegsschauplatz nach Westdeutschland zu verlegen und auf eigene Kosten 12 Regimenter (zu 1184 Mann) zu Fuß und 2000 Reiter aufzustellen. Aber er verlangte nicht bloß die Verstärkung durch 24 weitere Regimenter Infanterie und 6000 Reiter, welche seine Verbündeten unterhalten sollten,

1) Opel II, 59 f. 65. 105 ff.

sondern auch die Einräumung einer deutschen Hafenstadt an der Ostsee (Wismar) und einer an der Nordsee (Bremen) als Landungsplätze für seine Truppen und Stationen für seine Flotte wie als Stützpunkte für den Fall eines Rückzugs und die unbeschränkte Leitung der ganzen Kriegführung.

Die Westmächte erklärten sich im allgemeinen zur Annahme dieser Bedingungen bereit. Am 30. April 1625 sollten die Verbündeten im Haag zusammentreten, um die näheren Vereinbarungen zu treffen. Aber nun traf im Februar in London die Nachricht ein, daß sich Christian von Dänemark zum Kriege gegen den Kaiser entschlossen, dafür aber von England 7000 Mann Hilfstruppen gefordert habe. Diesen König, der sich infolge seiner bisherigen klugen Haltung eines großen Ansehens erfreute, konnte man nun doch nicht unter den Oberbefehl des zwanzigjährigen Schwedenkönigs stellen, mit dem er zudem wegen der Verschiedenheit der Handelsinteressen Schwedens und Dänemark bisher auf sehr gespanntem, teilweise sogar feindseligem Fuße gestanden hatte.

Nur eine Operation mit zwei getrennten Armeen, wenn auch nach einem gemeinsamen Plane, war jetzt noch möglich. Dieser Meinung war auch Frankreich, welches übrigens den offenen Eintritt in eine Koalition der protestantischen Mächte ablehnte und nur im geheimen im Laufe von zwei Jahren 1 000 000 Livres Subsidien zu zahlen versprach. Ludwig XIII. stellte zugleich die für die Pläne Richelieus charakteristische Forderung, daß der Friede in Deutschland durch eine gerechte Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen beeinträchtigten Fürsten hergestellt, hierbei die Könige von Frankreich und England als Schiedsrichter anerkannt werden, und daß, wenn nur einer von diesen im Laufe des Krieges Friedensunterhandlungen für zweckmäßig hielte, alle Beteiligten verpflichtet sein sollten, die Waffen ruhen zu lassen.

Christian IV. schloß sich dem Plan einer Operation mit zwei verschiedenen Armeeen, von denen die eine durch Westdeutschland nach der Pfalz, die andere nach Schlesien vordringen sollte, ebenfalls an, und auch Gustav Adolf ließ sich denselben

endlich gefallen. Aber dieser verlangte auch jetzt, daß sein Heer durch Truppen der Verbündeten verstärkt und vor allem Danzig erobert und ihm als Operationsbasis überlassen werde. Auch weigerte er sich, noch lange darüber zu unterhandeln und zu diesem Zwecke den Kongreß im Haag zu beschicken. Er forderte vielmehr, daß die Verbündeten unverzüglich Bevollmächtigte zu ihm nach Stockholm senden und mit ihm den Vertrag abschließen sollten. Da nun weder England noch Frankreich die Opfer bringen wollte, welche zur Unterhaltung zweier größerer Heere notwendig gewesen wären, so verzichtete man auf die Mitwirkung des Schwedenkönigs, und dieser nahm im Juli 1625 den Krieg gegen Polen wieder auf, der nur durch einen längeren Waffenstillstand unterbrochen worden war [1]).

Unterdessen hatte Christian von Dänemark bereits einen wichtigen diplomatischen Erfolg errungen. Da er als Herzog von Holstein Mitglied des niedersächsischen Kreises war, berief er mehrere Fürsten desselben zu einer Versammlung nach Lauenburg und setzte hier Anfangs April 1625 den Beschluß durch, daß das Neunfache der für den Römerzug zu stellenden Truppenkontingente, d. h. ungefähr 13000 Mann, aufgebracht und die Verwendung derselben dem Kreisobersten überlassen werden sollte, welche Würde man ihm übertrug. Einige Tage später wählte ihn, allerdings nur mit Stimmenmehrheit, auch der Kreistag in Lüneburg zum Obersten. An einen Krieg gegen den Kaiser dachten übrigens die meisten der hier Versammelten noch nicht, ja man erklärte ausdrücklich, in der Devotion gegen denselben allerunterthänigst beharren zu wollen. Erst am 21. Mai wurde auf einem neuen Kreistage in Braunschweig mit sehr zweifelhafter Majorität der Beschluß gefaßt, zur Beschützung des Kreises und zur Abwehr aller Einlagerungen wie zur Handhabung des Religionsfriedens und zur Aufrechthaltung der augsburgischen Konfession das früher erwähnte Kontingent schleunigst aufzubringen, wodurch der dä-

1) G. Droysen, Gustav Adolf I, 187 ff. Opel II, 70 ff. 112 ff. 225 ff.

nische König Gelegenheit erhielt, ohne offene Verletzung der Reichsgesetze in Norddeutschland ein Heer zu sammeln [1]).

Der Kaiser scheint von der Gefahr, welche ihm von Seite Englands und Frankreichs drohte, lange keine Ahnung gehabt oder wenigstens dieselbe unterschätzt zu haben. Noch im Oktober 1624 hatte er die Absicht, einen Teil seiner ohnehin geringen Truppen zu entlassen [2]). Erst die Vorstellungen, welche der Kurfürst von Baiern dagegen erhob, und dessen Wunsch, daß der Kaiser seine Streitkräfte im Reiche verstärke [3]), mögen in diesem den Gedanken, ein eigenes Heer aufzustellen, zur Reife gebracht haben. Als Führer desselben wurde Waldstein, oder wie man ihn schon damals und seither gewöhnlich genannt hat, Wallenstein [4]) in Aussicht genommen, der nun durch mehrere Jahre eine entscheidende Rolle spielen sollte.

Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein, geboren im Jahre 1583, war der Sprößling einer der ältesten Herrenfamilien Böhmens. Schon mit zehn Jahren verlor er seine Mutter, welche dem reichen Geschlechte der Smiřicky entstammt

1) O. Klopp, Tilly I, 248 ff. Dreißigjähr. Krieg II, 450 ff. Opel II, 122 ff.

2) Hallwich, Wallensteins erste Berufung zum Generalat. „Zeitschr. f. Allg. Gesch.“ u. s. w. I (1884), 116 f.

3) Vier Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser in diesem Sinne vom 2. 10. 24. und 28. Dez. 1624 erwähnt M. Ritter, Untersuchungen zur Gesch. Wallensteins. „Deutsche Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft IV, 1, 15. Es stimmt dazu, daß am Ende des Jahres fast gleichzeitig fünf Oberste ernannt wurden. Hallwich a. a. O., S. 117.

4) Die oft recht unerquickliche Polemik zwischen Hallwich und Gindely über die Beurteilung Wallensteins hat sich auch auf die Schreibung des Namens ausgedehnt. Man wird die Form Waldstein nicht als unberechtigt bezeichnen können, da die ursprüngliche Form des Geschlechtsnamens, Waldenstein, schon im 14. Jahrhundert meist in Waldstein zusammengezogen erscheint, dies dann wenigstens in tschechischen Aktenstücken herrschend blieb, Albrecht selbst sie in seinen jüngeren Jahren gebraucht und die Familie auch jetzt sich so nennt. Anderseits kommt im 16. und 17. Jahrhundert doch auch die Form Walstein oder auch Wallenstein vor, und da der Feldherr unter diesem Namen in der Geschichte bekannt ist, sehe ich keinen genügenden Grund, ihn fallen zu lassen.

war; zwei Jahre später sank auch sein Vater, Besitzer der Herrschaft Heřmanitz an der obern Elbe, ins Grab, den von sieben Kindern außer Albrecht nur zwei Töchter überlebten. Sein Vater hatte der protestantischen Religion angehört, sein mütterlicher Oheim Heinrich Slawata von Chlum, der zunächst die Erziehung des verwaisten Knaben übernahm, ließ ihn in den Lehren der böhmischen Brüder unterrichten. Aber nach wenigen Jahren brachte ihn ein anderer Oheim Kawka von Řičan in das Jesuitenkonvikt in Olmütz, wo er für den Katholicismus gewonnen ward, ohne übrigens je ein Fanatiker zu werden, wie schon der Umstand zeigt, daß er nach dem Austritt aus dem Jesuitenkonvikt die protestantische Akademie Altdorf bei Nürnberg besuchte. In Gesellschaft eines reichen böhmischen Edelmannes machte er eine längere Reise nach Deutschland, den Niederlanden, England, Frankreich und Italien und studierte an den Universitäten Padua und Bologna und zwar besonders Mathematik, Astrologie und Kriegswissenschaft [1]).

Nach seiner Heimkehr trat er in das kaiserliche Heer und kommandierte unter Basta in einem Regimente des Grafen Thurn als Hauptmann ein Fähnlein Fußvolk, wobei er 1604 verwundet wurde [2]). Nach dem Abschlusse des Friedens suchte der ziemlich unbemittelte Edelmann eine Stelle am Hofe des Königs Matthias, dem er durch seinen Schwager Zierotin empfohlen wurde. Doch schon 1609 verschaffte ihm sein Gönner, der Jesuit P. Pachta, die Hand einer reichen Dame Lucretia Nekesch, die eben Witwe geworden war, wofür er sich dadurch dankbar erwies, daß er auf ihren Herrschaften die Gegenreformation durchführte. Diese Heirat [3]) verschaffte ihm die

1) Über Wallensteins Jugendjahre handelt Dworsky 1885 in einem Aufsatz in der böhmischen Musealzeitschrift in tschechischer und daher mir unverständlicher Sprache. Einen Auszug giebt Gindely, Waldstein während seines ersten Generalats I, 16ff. Vgl. K. Patsch, Albrecht v. Waldsteins Studentenjahre (Prag 1889).

2) Hallwich, Wallensteins erste Berufung zum Generalat. „Zeitschr. f. allg. Gesch." 1884, S. 110f.

3) Patsch, Albrecht v. Waldsteins erste Heirath. Prag 1889.

Mittel zu seinem späteren Auftreten, da seine Gemahlin, die schon 1614 aus dem Leben schied, ihn zum Erben ihrer ausgedehnten Güter in Mähren einsetzte. Als der Erzherzog Ferdinand von Steiermark 1617 mit den Venetianern in einen Krieg verwickelt wurde, zog ihm Wallenstein mit einer von ihm geworbenen Söldnerschar zu Fuß und zu Pferd zuhilfe und zeichnete sich namentlich beim Entsatze von Gradisca aus, wofür er zum Obersten ernannt wurde.

Als der böhmische Aufstand ausgebrochen war und 1619 die mährischen Stände sich ebenfalls demselben anschlossen, gab Wallenstein ein Beispiel von Entschlossenheit und Treue, das vorteilhaft von der allgemeinen Kopflosigkeit abstach. Er führte einen Teil seines in Olmütz liegenden Regimentes mit der ständischen Kasse über Ungarn nach Wien, wogegen die Rebellen seine Güter konfiszierten[1]). Auch in den folgenden Kämpfen gegen Mansfeld, Thurn und Bethlen zeichnete er sich an der Spitze seines wallonischen Kürassierregiments wiederholt aus. Dafür wurde er vom Kaiser am 18. Januar 1622 zum „Obristen zu Prag", d. h. zum Kommandierenden in Böhmen ernannt[2]).

Die nun folgenden Konfiskationen der böhmischen Rebellengüter benutzte Wallenstein zur Erwerbung zahlreicher Herrschaften. In den Jahren 1622 bis 1624 kaufte er vom Fiskus um nicht weniger als um 2 891 794 Gulden und außerdem von Privaten um 1 712 889 Gulden Güter. Doch veräußerte er, manchmal mit großem Profit, den größern Teil um 2 740 745 Gulden wieder an andere, so daß er 1 863 938 Gulden zu entrichten hatte. Von seiner Schuld an den Staatsschatz brachte er aber 554 900 Gulden, die er für seine Regimenter ausgegeben, 154 059 Gulden, welche er dem Kaiser während der Zeit des Aufstandes geliehen[3]), und 182 297 Gulden, welche ihm derselbe zum Ersatze des von den Auf-

1) Gindely, Gesch. d. dreißigjähr. Krieges II, 42 ff.

2) Hallwich a. a. O., S. 112 f.

3) Einige Aktenstücke hierüber aus den Jahren 1619 und 1620 hat Oberleitner im „Archiv" XIX, 24 ff. mitgeteilt. Vgl. das. S. 21.

ständischen auf seinen Gütern angerichteten Schadens geschenkt hatte, in Abrechnung. Den Rest zahlte er zum größeren Teile bar aus [1]). Trotzdem war er auch später in der Lage, teilweise allerdings in Verbindung mit anderen, dem Kaiser bedeutende Summen vorzustrecken. Auch den größten Teil der ausgedehnten Smiřickyschen Güter brachte er an sich, indem er von den Besitzungen seiner Base Margareta, welche, beim Aufstand kompromittiert, ins Ausland geflohen und ihrer Güter verlustig erklärt worden war, möglichst viele für deren blödsinnigen Bruder, zu dessen Vormund er bestellt wurde, zu retten suchte und diesen mit Geld abfand, während er die übrigen Verwandten, vielleicht gegen eine Entschädigung, zur Verzichtleistung auf ihre Erbrechte bewog [2]).

Die Herrschaft Friedland mit der Stadt Reichenberg, welche Wallenstein 1622 um 150 000 Gulden erwarb, nahm er vom Kaiser zu Lehen, erhielt aber dafür die Erlaubnis, aus den dazu gehörigen und andern Gütern, welche er ihr künftig einverleiben würde, ein Fideikommiß zu machen und sich Herrn

1) So faßt das Ergebnis Bilek, Beiträge zur Geschichte Waldsteins, S. 129 f. zusammen. In den vorausgehenden Detailuntersuchungen über „Waldsteins Güterbesitz", S. 39 ff. hat er leider dessen Erwerbungen nur nach geographischen und nicht nach chronologischen Gesichtspunkten zusammengestellt und auch die späteren bis zu seiner Ermordung mit den ursprünglichen zusammengeworfen, so daß es schwer ist, ein rechtes Bild zu gewinnen, und man gut thut, die tabellarische Übersicht bei Förster, Wallensteins Prozeß, Urk.-Buch, S. 106 ff. zu vergleichen. So viel ist übrigens sicher, daß der Wallenstein von Gindely früher gemachte Vorwurf, er habe einen Teil des Kaufschillings gar nicht bezahlt, nach Bilek, S. 125 ff. unhaltbar ist. Daß die Bezahlung thatsächlich (aber bei weitem nicht in allen Fällen) in schlechtem Geld erfolgte, hatte die Regierung, die dasselbe ausprägen ließ, sich selbst zuzuschreiben. Übrigens hat sich Wallenstein zu einer Nachzahlung von 200 000 Gulden herbeigelassen. Über die Zahlungen Wallensteins und die dem Kaiser gemachten Darlehen vgl. außer Gindely, Waldstein I, 33 ff. auch Hallwich, Wallenstein und Waldstein, S. 57 f.

2) Auch die heftigen Vorwürfe, welche Gindely a. a. O. I, 20 f. und 403 ff. Wallenstein wegen seines Verhaltens in dieser Angelegenheit macht, vermag ich bei unbefangener Würdigung der einschlägigen Fragen nicht zu teilen. Vgl. auch Bilek, S. 3 ff.

von Waldstein und Friedland zu nennen [1]). Weiter verlieh der Kaiser ihm als „Regierer" dieses Hauses wie allen seinen Nachkommen im Majorat am 15. September 1622 die Würde eines kaiserlichen „Pfalzgrafen" mit den damit verbundenen Befugnissen und mit dem Recht, auf seinen Herrschaften neue Bergwerke zu eröffnen, Wochen- und Jahrmärkte zu verleihen und die Lehenshoheit über königliche Lehengüter an sich zu bringen, obwohl sonst der Grundsatz galt, daß niemand verpflichtet sei, einen neuen Lehensherrn anzuerkennen, der geringeren Standes war als der frühere.

Zu seinem weiteren Emporkommen trug auch seine am 9. Juni 1623 eingegangene Ehe mit Isabella, Tochter des geheimen Rates von Harrach, bei, weil er dadurch mit einflußreichen Hofkreisen, namentlich auch mit dem Fürsten Eggenberg, dem Günstlinge Ferdinands II., in verwandtschaftliche Beziehungen trat [2]). Drei Monate nach der Hochzeit, am 7. September 1623, erhob der Kaiser den „Regierer des Hauses Wallstein und Friedland" in den Reichsfürstenstand und am 12. März 1624 die Herrschaft Friedland selbst mit den dieser einverleibten 58 Herrschaften zu einem Fürstentum [3]). Wenn dieses auch ein Lehen der Krone Böhmen blieb und der Kaiser sich die Regalien, namentlich die allgemeinen Landessteuern und die hergebrachten Abgaben vom Bier ausdrücklich vorbehielt, so besaß doch Wallenstein in diesem Gebiete, welches den größten Teil des nordöstlichen Böhmens von Friedland bis über Gitschin und von Böhmisch-Leipa und Weißwasser bis Arnau an der obern Elbe umfaßte, sehr ausgedehnte herrschaftliche Befugnisse, die er auch von Anfang an seinen Unterthanen gegenüber in rücksichtsloser Weise zur Geltung brachte. Gleich nach dem Kaufe von Friedland nahm er für sich das ausschließliche Recht des Bierbrauens in dieser

1) Die betreffenden Urkunden wie die weiteren Privilegien für ihn bei Förster, Wallensteins Prozeß, Urk.-Buch, S. 3 ff.

2) Eine Tochter Eggenbergs war mit Karl Leonhard von Harrach, Isabellas Bruder, vermählt.

3) Förster a. a. O., S. 24 ff.

Herrschaft in Anspruch, was ihm schon im Jahre 1623 einen Ertrag von 16000 Gulden abwarf [1]).

Auch die Gegenreformation suchte Wallenstein in seinem Fürstentum durchzuführen, ohne übrigens die Unkatholischen zu verfolgen. Die protestantischen Geistlichen wurden durch katholische ersetzt, mehrere Klöster gegründet, in Gitschin ein Jesuitenkollegium mit einer Erziehungsanstalt errichtet.

Doch war Wallenstein auch bemüht, das materielle Wohl seiner Unterthanen durch eine umsichtige und kräftige Verwaltung zu fördern. Denn er war nicht bloß ein militärisches, sondern vielleicht ein noch größeres administratives Talent. Selbst den geringfügigsten Dingen wendete er seine Aufmerksamkeit zu, weil sie in ihrer Gesamtheit ebenso wichtig sein können, wie eine in die Augen fallende That. Auch wenn er im Felde lag, gab er seinem Landeshauptmann in Friedland Gerhard von Taxis Weisungen über alle möglichen Angelegenheiten, über die Ernährung der jungen Schweine, Kälber und Fohlen und die Heilung kranker Hühner oder über die Einbringung von Heu und Grummet und über die Straßenreinigung ebenso wie über den Bau seiner Residenz und die Anlegung eines Gartens in Gitschin oder die Erziehung und den Unterricht der adeligen Knaben daselbst oder über die Einführung neuer Industriezweige in seinen Gebieten. Durch die Förderung des Bergbaues, besonders aber der Tuch- und Seidenweberei suchte er sein Fürstentum auf eine höhere Stufe des Wohlstandes zu erheben [2]).

Als im Frühjahr 1624 der Krieg in Deutschland und Ungarn zu erlöschen schien, dagegen wegen der Veltliner Frage ein Kampf mit Venedig auszubrechen drohte, machte Wallenstein durch seinen Schwiegervater dem Kaiser den Antrag, auf

1) Hallwich, Reichenberg und Umgebung, S. 158 ff.

2) Belege hierfür bei Schottky, Wallensteins Privatleben, S. 61 ff. Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesfürst, S. 332 ff. Wallensteins Prozeß, S. 52 ff. Hunziker, Wallenstein als Landesherr insbes. als Herzog von Mecklenburg, S. 42 ff.

eigene Kosten ein Heer zur Eroberung Friauls aufzustellen [1]). In diesem Lande, welches er ja schon in den Kämpfen des Jahres 1617 kennen gelernt hatte, konnte er sich neue Lorbeeren erwerben, neue Reichtümer sammeln. Aber das Mißtrauen, welches die Regierung mit Recht gegen Bethlen hegte, und die Warnungen des Kurfürsten von Baiern ließen es nicht rätlich erscheinen, ohne zwingende Not einen Krieg mit Venedig heraufzubeschwören. Wohl dachte man an die Aufstellung eines eigenen größeren Heeres, welches den Kaiser von seinen Bundesgenossen unabhängiger machte und ihm die Wahrung seiner eigenen Interessen ermöglichte. Aber man wollte dies entweder in Ungarn oder in Deutschland verwenden.

Am 7. April 1625 ließ der Kaiser dem „Obristen-Feldwachtmeister und Obristen zu Prag, Albrecht Wenzel Eusebius, Fürsten zu Friedland und Regierer des Hauses Wallenstein" die Meldung senden, daß er ihn zum „Capo" über alles sein Volk, das in dieser Zeit im heiligen römischen Reich und in den Niederlanden vorhanden wäre, oder noch dahin geschickt würde, ernannt habe, und forderte ihn auf, sich bereit zu halten, um sich beim Eintreffen weiterer Befehle dorthin begeben zu können [2]). Um dieselbe Zeit erschien Wallenstein selbst in Wien, und sein Drängen zur Vornahme umfassender Rüstungen fand die beste Unterstützung durch die von verschiedenen Seiten eintreffenden Nachrichten über die feindselige Haltung Frankreichs und den drohenden Angriff der Könige von Dänemark und Schweden wie Bethlens und der Türken. Obwohl es der Regierung an allen Mitteln fehlte, wurde Anfangs Mai beschlossen, die schon bestehenden sechs

1) Depesche des venetianischen Geschäftsträgers aus Wien vom 23. November 1624 bei Zwiedineck-Südenhorst, Politik Venedigs II, 222 f.

2) Vollständig bei Hallwich a. a. O., S. 119. Vgl. mit den dort weiter folgenden Angaben über die Rüstungen u. s. w. auch Ritter, Untersuchungen, S. 16 ff., der sich namentlich gegen Hallwichs Ansicht ausspricht, die Ernennung Wallensteins sei eine Zeit lang vor Baiern geheim gehalten worden.

Infanterieregimenter auf die volle Stärke, je 3000 Mann, zu bringen, die 24 Reitercompagnieen zu ergänzen und außerdem unter Wallenstein ein eigenes Heer von 15000 Mann zu Fuß und 6000 Reitern aufzustellen [1]).

In den ersten Tagen des Juni wurden zahlreiche Obersten mit den Werbungen betraut. Wallenstein, der am 13. Juni zum Herzoge von Friedland ernannt wurde [2]), übernahm es, die Armee „auf den Fuß zu bringen", wobei die Obersten selbst einen Teil der Kosten tragen, nämlich das Lauf- und Antrittgeld, welches für die Zeit von der Anwerbung bis zur Musterung der verschiedenen Truppenkörper zu zahlen war, und den ersten Monatssold aufbringen mußten, wogegen später den Sold, die Verpflegung und die Munition der Kaiser zu liefern hatte [3]). Doch hoffte die Regierung diese wenigstens teilweise auf fremde Schultern abwälzen zu können. In der Instruktion, welche der Kaiser am 27. Juni seinem Feldherrn erteilte [4]), wurde diesem zwar aufgetragen, unter dem Kriegsvolk strenge Disziplin zu halten, unrechtmäßige, über den täglichen Bedarf hinausgehende Forderungen wie auch das unchristliche Brennen, Sengen, Brandschatzen, Rauben und Schänden durch scharfe exemplarische Bestrafung abzustellen, die Freunde und Neutralen mit Durchzügen und anderen Kriegslasten möglichst zu verschonen und ohne Erlaubnis des Kaisers keine Städte und Landschaften zu brandschatzen oder von ihnen mit Gewalt Geld zu erpressen. Aber es wurde ihm doch erlaubt, „in den eroberten Örtern und Landschaften zur

1) Schreiben Kaiser Ferdinands II. an die Erzherzogin Isabella und an den Kurfürsten von Baiern vom 12. Mai 1625 in Mon. Hung. Dipl. IV, 283 und bei Gindely, Waldstein I, 53.

2) Erwähnt im Diplom vom 4. Jan. 1627 bei Förster, Wallensteins Prozeß, Urk.-Buch, S. 42 ff.

3) Es ergiebt sich dies aus verschiedenen Schreiben Wallensteins, besonders aus dem vom 16. März 1626 und Harrachs Bemerkungen dazu bei Tadra, S. 336 und 337 N. und einem Briefe Aldringens vom 31. August 1625 bei Hallwich, Aldringen, S. 68, N. 94.

4) Vollständig bei Hallwich, Wallensteins Berufung, S. 122 ff. und bei Gindely, Waldstein II, 387 ff.

Erhaltung der Soldateska leidliche Kontributionen zu erheben", welche verrechnet und den Leuten an ihrem Sold abgezogen werden sollten, damit die Kriegskosten leichter zu ertragen wären [1]). In welchem Umfange Wallenstein von dieser Erlaubnis Gebrauch machte und machen mußte, da man ihm für sein Heer außer den ihm anfangs überlassenen 100 000 Schock böhmischer Steuergelder weder Geld noch Lebensmittel schickte, sollte sich nur zu bald zeigen.

In wenigen Wochen hatte Wallenstein, der am 25. Juli zum General ernannt ward, ein Heer in der zuletzt festgesetzten Stärke von 24 000 Mann aufgestellt und mit allem Notwendigen ausgerüstet, wobei ihn der Oberst Aldringen, welcher ihm als „Oberst-, Muster-, Zahl- und Quartierungs-Kommissarius" an die Seite gegeben worden war, mit Eifer und Erfolg unterstützt hatte [2]). Am 3. September brach Wallenstein von Eger auf, nachdem sich sein Heer, das teils hier, teils in Franken gesammelt worden war, schon früher durch das westliche Thüringen nach Niedersachsen in Bewegung gesetzt hatte. Anfangs Oktober stand er bei Göttingen.

1) Zur Beleuchtung dieser Worte dienen die Bemerkungen, welche einer der einflußreichsten geheimen Räte, Karl von Harrach, Wallensteins Schwiegervater, während der Verhandlungen zu einem Schreiben desselben vom 10. Juni machte: „8. Wenn Ihr Mtt. stark armirt, so werden sie conditiones machen, ihr Volk alles im Reich zu contentiren zwingen können und dardurch den Frieden befürdern . . . 14. Geld muß alsbalden von den Reichsstädten genommen werden." Tadra, Briefe Albrechts v. Waldstein an K. v. Harrach. „F. R. Austr. Dipl." XLI, 298.

2) Hallwich, Aldringen, S. 55ff., der auch über die Stärke der „Friedländischen Armada" wie der kaiserlichen Truppen überhaupt die umfassendsten, freilich noch immer nicht ganz ausreichenden, Mitteilungen giebt. Vgl. hierüber wie über den Marsch und das Verhalten dieser Armee auch Opel II, 298ff.

(Note: Ligisten, in line 1, may be translated "members of the League").

# Drittes Kapitel.

## Der Krieg gegen Christian IV. von Dänemark und Bethlen (1625—1629).

Unterdessen hatten die Feindseligkeiten zwischen den Ligisten und den Dänen bereits begonnen, da Tilly mit Zustimmung des Kurfürsten von Baiern am 28. Juli 1625 bei Höxter die Weser überschritt, um ein weiteres Vordringen der Feinde in Niedersachsen zu hindern. Doch kam es zu keiner größeren Waffenthat. Der König von Dänemark, welcher bei der offenen Abneigung vieler Reichsstände, besonders der Städte, gegen den Krieg mit dem Kaiser und bei der Lauheit der übrigen sein Heer nur langsam zu verstärken vermochte, wagte Tilly nicht anzugreifen. Ja, als er am 30. Juli bei der Besichtigung der Festungswerke von Hameln in den tiefen Stadtgraben stürzte und man eine Zeit lang für sein Leben fürchtete, traten seine Offiziere den Rückzug nach Verden an. Tilly aber beschränkte sich, als die Belagerung der Festung Nienburg mißlang, auf die Besetzung der südwestlichen Gebiete des niedersächsischen Kreises, wo ihm nur geringer Widerstand geleistet wurde und nur wenige Städte sich hielten. Auch Wallenstein, der sich von Göttingen ostwärts wendete, brachte das Hochstift Halberstadt und einen Teil des Erzstiftes Magdeburg ohne Mühe in seine Gewalt. Einige Zeit wurden auch die Feindseligkeiten durch einen Waffenstillstand unterbrochen und in Braunschweig über einen Frieden verhandelt, ohne daß sich freilich die Parteien zu einigen vermocht hätten [1]).

Während des Winters schien sich die Lage des Dänenkönigs günstiger zu gestalten. Auf sein Drängen schickten die

1) Sehr eingehend sind diese Vorgänge bei Opel II, 234—330 und 351—398, Klopp, Tilly I, 258 ff. und „Gesch. des dreißigjähr. Krieges" II, 493 ff. dargestellt.

Westmächte im November 1625 Mansfeld, dessen sich die Holländer noch vor dem Falle Bredas durch die Entsendung an den Niederrhein entledigt hatten, an die untere Weser, wo er sich mit den Dänen vereinigte. Allerdings war sein Heer durch Hunger, Krankheiten und Desertionen sehr zusammengeschmolzen und zählte höchstens 4000 Mann. Aber es war eine Verstärkung desselben durch geworbene Schotten und Engländer in Aussicht genommen [1]). Am 19. Dezember wurde zwischen England, den Generalstaaten und dem Könige von Dänemark im Haag ein Bündnis [2]) abgeschlossen, welches diesem bedeutende Subsidien und damit die Mittel zur Vermehrung seines Heeres in Aussicht stellte. Christian IV. verpflichtete sich, mit Einschluß der Truppen Mansfelds ein Heer von 28 bis 30000 Mann zu Fuß und 7 bis 8000 Reitern zu unterhalten. Dagegen versprach Holland ihm monatlich 50000 Gulden, Karl I. von England, der seinem Vater Jakob I. am 27. März 1625 auf dem Throne gefolgt war, monatlich 300000 Gulden zu zahlen. England sollte außerdem gegen Spanien eine Flotte ausrüsten und diese von Holland unterstützt werden. Frankreich, welches sich auch jetzt geweigert hatte, offen an den Verhandlungen teilzunehmen, Savoyen, Venedig und Schweden wie einige deutsche Fürsten sollten eingeladen werden, dem Bunde beizutreten. Auch auf die Mitwirkung Bethlens glaubte man rechnen zu dürfen.

Bethlen hatte nach dem Abschlusse des Wiener Friedens die Verhandlungen über seine Vermählung mit der zweiten Tochter des Kaisers neuerdings angeknüpft [3]). Aber obwohl sich auch Spanien dafür aussprach, wenn der Fürst zum Katholicismus überträte und diesen in seinem Lande begünstigte, so fanden seine Wünsche in Wien auch jetzt keine freundliche Aufnahme. Teils herrschte am Hofe noch immer die alte Abneigung gegen ihn, teils war der Altersunterschied ein gar zu

1) Opel II, 290 ff. 362 ff.

2) Abgedruckt unter andern bei Dumont V. 1, 482 sqq.

3) Eingehend handeln darüber Frankl, Pázmány II, 104 sqq. und Gindely, Bethlen, S. 102 ff.

großer, indem Bethlen 44, von den beiden Töchtern des Kaisers die eine 14, die andere gar erst 13 Jahre zählte. Als die Gesandten desselben erklärten, daß sie dann Auftrag hätten, nach Berlin zu reisen und sich um die Schwester des Kurfürsten von Brandenburg zu bewerben, suchte man freilich die Vermählung mit einer protestantischen Prinzessin, besonders aus einem zum Kaiser in Opposition stehenden Hause, zu verhindern, und mehrere Minister, namentlich Fürst Eggenberg und der ungarische Kanzler Sennyey rieten dringend, daß der Kaiser demselben eine Gemahlin aus einer der mit ihm verwandten Familien verschaffen sollte. Da es von den Prinzessinnen von Toskana, des Kaisers Nichten, hieß, daß die älteste etwas höckerig, die andere zu jung sei, dachte man an eine Herzogin von Modena oder von Nevers aus dem Geschlechte der Gonzaga oder auch an eine Prinzessin aus dem katholisch gewordenen Zweige der Markgrafen von Baden. Aber Bethlen bestand auf der Hand einer Erzherzogin, und als er diese nicht erhielt, schickte er im Herbste 1625 Gesandte zum Kurfürsten von Brandenburg, mit dessen Schwester Katharina er im folgenden März seine Hochzeit feierte.

Es ist immerhin möglich, daß es dem Fürsten mit seinem Heiratsplan und mit den Versprechungen, welche er dem Kaiser machte, eine Zeit lang Ernst gewesen ist. Mit seinen bisherigen Verbündeten hatte er in den letzten Jahren so unangenehme Erfahrungen gemacht, daß ein so beweglicher Geist wie er wohl auf den Gedanken kommen konnte, es einmal mit der entgegengesetzten Politik zu versuchen. Auch mußte es seinem Ehrgeize schmeicheln, eine Prinzessin aus dem vornehmsten Herrscherhause Europas zur Frau zu haben. Aber eben deswegen wollte er sich mit keiner von jenen begnügen, auf die man in Wien hinwies, und wie er es überhaupt liebte, immer zwei Bogen gespannt zu halten, so hinderten ihn auch die Verhandlungen mit dem Kaiser nicht, gleichzeitig sich eine Thüre zum Anschluß an dessen Feinde offen zu halten.

Gleich nach der Unterzeichnung des Wiener Friedens ließ er der Pforte melden, daß er denselben nur mit Vorbehalt

der Genehmigung des Sultans geschlossen habe und ihn auf dessen Wink jederzeit brechen könne, und daß er alle Versuche des Kaisers, ihn zu gewinnen, zurückgewiesen habe, obwohl dieser ihm die Hand seiner Tochter, Schlesien als Mitgift, die Königswürde und seine Unterstützung zur Eroberung der Walachei und Moldau in Aussicht gestellt habe [1]). Ein Teil der türkischen Regierungsmänner sah den Frieden auch nicht gerne. Sie konnten zwar weniger als je an einen förmlichen Bruch mit Österreich denken, weil die Aufstände in Asien noch immer nicht unterdrückt waren und diese auch noch einen Krieg mit Persien und den Verlust Bagdads zur Folge hatten. Aber gerade wegen der eigenen Schwäche wollte die Pforte jede Kräftigung der Macht des Kaisers verhindern und dessen vollständige Aussöhnung mit Bethlen hintertreiben, weil dann immer gegen diesen ein Teil der kaiserlichen Truppen bereit gehalten werden mußte. Auch die Gesandten Frankreichs, Hollands und jetzt auch Englands wirkten in diesem Sinn auf die Pforte ein. Diese stellte es denn auch, freilich in sehr unbestimmten Ausdrücken, im September 1625 dem Fürsten frei, sich mit Frankreich, England, Venedig und Holland zu verbünden [2]), und gewährte ihm Nachsicht bei der Zahlung des rückständigen Tributes, der von 15000 auf 10000 Dukaten jährlich herabgesetzt wurde. Zugleich zog sie die Verhandlungen wegen der Erneuerung des 1626 ablaufenden Zsitva-Toroker Friedens unter verschiedenen Vorwänden hinaus, und als dann der Pascha von Ofen und die andern

1) Berichte des venetianischen Bailo in Pera vom 3. August und 28. Oktober 1624 bei Ováry, p. 536. 538. Die Berichte desselben wie die des englischen Gesandten Roe in dessen „Negotiations" sind die wichtigsten Quellen über die folgenden Vorgänge in Konstantinopel. Vgl. auch die Darstellung bei Gindely, Bethlen, S. 116ff. 126ff.

2) habbiate voi ad esser in affetione et amicitia con li predetti principi et nell' occorenze avvisarli et esser d'accordo et unito con loro, heißt es im Schreiben des Sultans an Bethlen bei Ováry, p. 593, das, wie der venetianische Bailo berichtet, im September 1625 abgefaßt, aber auf den 1. März zurückdatiert ward, wo der Friede mit dem Kaiser noch nicht erneuert worden war.

Bevollmächtigten doch im Mai 1625 mit den Vertretern des Kaisers in Gyarmat Frieden schlossen, wurde demselben auf Wunsch Bethlens, der schon gegen das Zustandekommen desselben intriguiert hatte, die Bestätigung vorenthalten, wenn auch nicht förmlich verweigert [1]).

Aber wenn auch Bethlen mit seinen Neigungen wieder entschieden aufseiten der Feinde des Hauses Habsburg stand, so war er doch entschlossen, vorsichtiger zu sein als im Jahre 1623 und nur bei sicherer Aussicht auf Erfolg loszuschlagen. Er erklärte zwar den verbündeten Mächten, welche ihn auf ihre Seite zu ziehen suchten, im Februar 1625 seine Bereitwilligkeit, sich neuerdings an einem Kriege zu beteiligen. Aber er verlangte von Friedrich von der Pfalz die Überlassung Mährens für die Dauer seines Lebens und von den verbündeten Mächten die Zusendung eines Heeres von 12000 Fußgängern und 4000 Reitern und für die Zeit des Krieges jährlich 500000 Thaler Subsidien.

Für diesen Fall machte er nun freilich nach seiner Gewohnheit glänzende Versprechungen, an deren Erfüllung er wohl selbst nicht glaubte. Als er im März 1625 seinen Leibarzt Sculteti wegen der Heiratsangelegenheit an den Kurfürsten von Brandenburg schickte, ließ er diesem sagen, daß er „zur Wiederaufrichtung des notleidenden gemeinen Wesens“ fünf Heere ins Feld stellen wolle, eines gegen die polnische Grenze, um sich gegen einen Einfall von dieser Seite zu decken, ein zweites um die Insel Schütt zu besetzen und dadurch den Festungen Komorn und Raab die Verbindung mit Presburg abzuschneiden, ein drittes von wenigstens 8000 Mann gegen die Wiener Brücke, um die Donau auch dort abzusperren, ein viertes, um Mähren und Schlesien zu erobern, und endlich ein fünftes, das stärkste, unter seiner eigenen Anführung gegen Böhmen und Prag, wo er selbst bleiben und sein Heil versuchen würde, während außerdem die Tataren in Polen und die Türken in Steiermark einbrechen würden. Doch

1) Frankl II, 119sqq. Gindely, Bethlen, S. 135ff.

dürfe man sich nicht mit der Wiedereroberung der Pfalz begnügen, sondern das Haus Österreich müsse ganz ruiniert oder doch sehr gedemütigt werden [1]).

Aber auf ein so weit gehendes Ziel wollte sich der Kurfürst nicht einlassen, weil die fremden Könige schwerlich darauf eingehen würden, und er meinte, das Hauptziel müsse die Sicherung der evangelischen Religion sein, wozu die Gewinnung der Pfalz, Jülichs und Jägerndorfs genügend sein würden. Auch sonst waren die Antworten, die Bethlen erhielt, nicht sehr ermutigend. Friedrich von der Pfalz versprach ihm, sich nach der Eroberung Böhmens bei den dortigen Ständen für die Überlassung Mährens verwenden zu wollen. Aber bezüglich der übrigen Forderungen Bethlens konnte er nur seine Vermittlung in Aussicht stellen. Der König von Frankreich ließ dem Fürsten erklären, daß er anderweitig zu sehr in Anspruch genommen sei und daher kein Geld zahlen könne. Der König von Dänemark sprach sogar den Wunsch aus, daß Bethlen ihm 6000 Reiter zuhilfe schicke [2]).

Durch bloße Versprechungen wollte sich aber Bethlen diesmal nicht abspeisen lassen. Er war entschlossen zu warten, bis die Wirkungen der Koalition gegen den Kaiser sichtbar würden. Er mußte um so behutsamer auftreten, als sogar in Siebenbürgen besonders bei den Sachsen die Unzufriedenheit mit seiner kriegerischen Politik sich offen äußerte [3]) und in Ungarn ein entschiedener Umschwung der Stimmung zugunsten des Kaisers zutage trat, wie sich besonders auf dem Reichstage zeigte, welchen dieser im Herbste 1625 nach Ödenburg berief und bei dem er sich selbst mit seinem ganzen Hofe einfand [4]).

1) Bericht über die zwei Audienzen beim Kurfürsten bei Marczali, Regesten aus ausländischen Archiven „Történelmi tár" 1879, S. 788 ff.

2) Ováry, S. 571 f. 171 ff. 559 ff. Gindely, Acta, p. 407 sqq. und Gindely, Bethlen, S. 120 ff.

3) S. den Bericht des Johann von Alsó-Lindva in „Mon. comit. Transsylv." VIII, 258 sqq.

4) Über die Verhandlungen desselben s. Frankl, Pázmány II, 156 sqq. und Gindely, Bethlen, S. 142 ff.

Die Stände drangen zwar auch diesmal darauf, daß vor allen weiteren Verhandlungen die durch den Tod Thurzós erledigte Würde eines Palatins, welche der Kaiser gerne hätte eingehen lassen, wieder besetzt werden sollte. Aber von den vier Kandidaten, zwei Katholiken und zwei Protestanten, welche der König dem Herkommen entsprechend vorschlug, wählten sie mit sehr großer Majorität [1]) den Landesrichter Nikolaus Eszterházy, der als ebenso treuer Anhänger des Hauses Österreich wie eifriger Katholik bekannt war und auch fortan die Interessen des Kaisers mit Erfolg vertrat. Auch brachten sie diesmal die gewöhnlichen Beschwerden besonders gegen die den Gesetzen widersprechende Anwesenheit deutscher Truppen in Ungarn in viel maßvollerer Form vor und stellten sich mit den sehr entgegenkommenden aber ziemlich allgemein gehaltenen Antworten des Königs zufrieden. Die Opposition, welche aus den Vertretern der sieben an Bethlen überlassenen Komitate und einem Teile der Protestanten aus anderen Gegenden Ungarns bestand, war besonders nach der Ankunft der Kroaten in entschiedener Minorität.

Bei dieser günstigen Stimmung der Mehrheit der Stände wagte sich die Regierung auch mit dem Plane hervor, dem ältesten Sohne des Kaisers, dem siebzehnjährigen Prinzen Ferdinand, die Nachfolge zu sichern, obwohl man bei der Einberufung wie bei der Eröffnung des Reichstages diese Fragen gar nicht erwähnt hatte. Der Primas, der Palatin und der Kanzler, welche die Stände hierfür zu bestimmen suchten, fanden die Mehrheit hierzu bereit, und bei manchen thaten auch die Geldspenden ihre Wirkung. Doch gingen die Ansichten am Hofe selbst längere Zeit darüber auseinander, ob man nur die Wahl oder auch die Krönung vornehmen lassen sollte. Die meisten deutschen und ungarischen Räte des Kaisers waren für letzteres, weil nur der gekrönte König in alle Rechte

1) Nach dem Berichte des venetianischen Gesandten erhielt er 144, nach dem des päpstlichen Nuntius 150, Nádasdy, ein Protestant 60, nach Khevenhiller X, 699 jener 125, dieser 25 Stimmen. **Frankl II, 157, N. 2.**

des Monarchen eintrat. Pázmány und Eggenberg dagegen sprachen sich gegen die Krönung aus, weil der König vor derselben die Aufrechterhaltung aller Rechte und Freiheiten des Reiches, auch der freien Religionsübung, welche den eifrigen Katholiken ein Dorn im Auge war, geloben mußte. Sie hofften, daß der Tod Bethlens oder weitere Siege dem Kaiser später eine günstigere Stellung verschaffen und Gelegenheit geben würden, aus dem zu leistenden Eid einige Bestimmungen auszumerzen, welche den Interessen des Katholicismus nachteilig schienen. Da sich auch des Kaisers Beichtvater, der Jesuit Lamormaini, und der päpstliche Nuntius Caraffa in diesem Sinn aussprachen, entschied sich auch Ferdinand II. für die Verschiebung der Krönung [1]).

Da trat noch eine unerwartete Wendung ein. Auf den Antrag des Palatins beschloß nicht bloß das Oberhaus einstimmig, sondern auch das Unterhaus mit Ausnahme von 10 bis 12 Abgeordneten [2]) den Kaiser um die Erlaubnis zu bitten, seinen Erstgeborenen zum Könige zu wählen. Aber sie fügten die Bedingung hinzu, daß dieser sich urkundlich zur Aufrechthaltung der Freiheiten, Rechte und Gesetze des Reiches verpflichte. Jetzt fiel eigentlich jeder Grund für die Hinausschiebung der Krönung fort, wenn man auch die Wahl nur unter denselben Bedingungen durchsetzen konnte. Die ungari-

1) Bericht des päpstlichen Nuntius vom 26. Nov. 1625 bei **Frankl** II, 166, n. 1: S. M. secondo la pietà solita rispose, che cio era cosa di coscienza, che se ne dimandasse il parere al P. suo Confessario, qual disse, che non se poteva fare (la coronatione), se il Arciduca dovea giurare e promettere le istesse cose, che haveva promesse l'Imp., non vi essendo adesso quei pericoli, che vi son stati per il passato . . . S. M. si dichiarò, non voler in nissuna maniera far fare detta coronatione, essendosi concorsi in questa opinione il S. Pr. Eckemberg, l'Arcivescovo et io; essendo tutti gli altri Ministri et Consiglieri contrarii etc.

2) Es waren fast nur die Vertreter der sieben an Bethlen überlassenen Komitate, welche sich weder durch Drohungen noch durch Versprechungen hatten umstimmen lassen, weil sie für ihr Leben fürchteten, wenn sie gegen die bestimmten Weisungen des Fürsten der Wahl beiträten.

schen Räte, besonders der Palatin und der Kanzler, rieten denn auch dringend, den Wünschen der Stände nicht entgegenzutreten, weil dies nur die Pläne Bethlens begünstigen würde. Den Ausschlag gab aber die Bemerkung Eszterházys, daß dieses Versprechen des Thronfolgers diesem nicht schaden würde, wenn es wie in letzter Zeit auch fortan gelingen würde, die Ungarn günstig zu stimmen und Proselyten für den Katholicismus zu gewinnen, da ja mit Zustimmung der Mehrheit der Stände jedes Gesetz vom König abgeändert werden könne. Der Kaiser gab seine Zustimmung, daß sein Sohn die verlangte Versicherung ausstelle, und ohne weitere Schwierigkeiten wurde dieser am 27. November 1625 zum Könige gewählt und am 8. Dezember gekrönt.

Dieses Ereignis, durch welches die Herrschaft des Hauses Habsburg in Ungarn auch für den Fall des Todes Ferdinands II. gesichert ward, konnte auf Bethlen nicht ohne Eindruck bleiben und mußte ihn trotz seiner Sympathieen für die Feinde des Kaisers in seinem Entschlusse bestärken, nicht ohne sichere Aussicht auf fremde Unterstützung mit diesem offen zu brechen. Noch am 8. Januar 1626 schrieb er an den Kaiser einen Brief, worin er die besten Wünsche für Ferdinand III. aussprach, und die Versicherung gab, daß er diesem ebenso anhänglich sein würde wie seinem Vater und die bestehenden Verträge heilig halten würde [1]).

Wie wenig ernst dies gemeint sei, zeigte sich freilich bald, als er die Hoffnung hegen zu dürfen glaubte, mit Hilfe der Mächte West- und Nordeuropas die Macht des Kaisers zu brechen. Im Januar 1626 schickte der französische Gesandte an der Pforte seinen Dolmetsch Fornetti unter dem Vorwand eines Handelsgeschäftes an Bethlen und ließ ihm melden, daß sein König bereit sei, auf die Vorschläge einzugehen, welche im Jahre vorher dessen Gesandter Bornemisza ihm und den Gesandten Englands, Hollands und Venedigs gemacht hätte. Wenn Bethlen, wie er in Aussicht gestellt hätte, mit 30000

1) Gindely, Bethlen, S. 154.

bis 40000 Mann die Länder des Hauses Österreich angriffe, wolle sein König das auf ihn entfallende Viertel der zuletzt verlangten 40000 Thaler monatlich auf sich nehmen oder, wenn von den anderen Mächten noch keine Zustimmung eingetroffen wäre, dem Fürsten gleich nach dem Beginne der Feindseligkeiten 100000 Gulden auf einmal zahlen [1]). Auch England, Holland und Dänemark hatten ihn zwar in den Bund, den sie am 19. Dezember im Haag geschlossen hatten, nicht förmlich aufgenommen, aber ihn zum Eintritt aufgefordert und ihm durch seinen Agenten Sculteti für den Fall einer Diversion monatlich 40000 Thaler in Aussicht gestellt. Christian von Dänemark versprach zugleich, den Grafen von Mansfeld mit 10—12000 Mann nach Schlesien zu schicken, um sich mit ihm zu vereinigen [2]).

Jetzt glaubte Bethlen um so eher sich zum Anschluß an die Verbündeten entschließen zu können, als er überzeugt war, daß auch Gustav Adolf am Kampfe gegen den Kaiser teilnehmen werde. Er schickte nach Konstantinopel einen neuen Gesandten Toldalaghy, um von der Pforte bestimmtere Versprechungen zu erwirken, besonders die Aufstellung eines Heeres bei Pest durchzusetzen, welches ohne förmlich am Kampfe teilzunehmen, doch den Kaiser beunruhigen und einen Teil der Streitkräfte desselben binden sollte. Er gab am 18. April dem Kapitän seiner deutschen Truppen Quadt von Wichrodt Vollmacht, mit den Mitgliedern des Haager Konzertes einen bestimmten Vertrag abzuschließen.

Aber die Dinge nahmen doch einen ganz andern Verlauf, als Bethlen erwartet hatte. Der Sultan gab ihm zwar im August die Erlaubnis, „mit den christlichen Fürsten, welche Freunde der Pforte sind, einträchtig zu sein", und befahl dem Pascha von Ofen, die unter ihm stehenden Beglerbegs und

1) Die Instruktion in „Történelmi tár" 1886, S. 644.

2) Schreiben des Königs vom 30. Jan. 1626 im „Történ. tár" 1881, S. 112. — Für das Folgende verweise ich im allgemeinen auf **Gindely**, **Bethlen**, S. 157 ff. und **A. Szilágyi**, Gabriel Bethlen und die schwedische Diplomatie. „Ungar. Revue" 1882, S. 463 ff.

Begs von Bosnien, Temesvár, Kanisa und Erlau und deren Truppen bei Ofen zu sammeln, Bethlen und seine Länder gegen jeden Angriff zu schützen und mit diesem im Einverständnis zu bleiben [1]). Aber die Unterstützungen der christlichen Mächte, auf welche er gerechnet hatte, waren sehr gering oder blieben ganz aus. Der Vertreter Venedigs hetzte in Konstantinopel und trieb Bethlen zum Handeln an, aber die Regierung selbst hielt trotz aller Bemühungen des Fürsten ihre Taschen fest zugeknöpft. Frankreich schloß unter der Einwirkung der katholischen Partei am 5. März 1626 mit Spanien den Vertrag mit Monzon, der die Veltliner Frage vorläufig beseitigte, und beobachtete nun auch Bethlen gegenüber eine reservierte Haltung. Gustav Adolf unternahm im Sommer dieses Jahres die Eroberung Westpreußens, ohne sich um die Vorgänge in Deutschland zu kümmern, und verlangte sogar von Bethlen, der durch die Vermählung mit der brandenburgischen Prinzessin sein Schwager geworden war, daß er ihn gegen Polen unterstütze. Dem Könige Karl I. von England, welcher bei seiner Thronbesteigung viel kriegslustiger war als sein Vater, fehlte nicht der Wille aber die Mittel zur Unterstützung Bethlens. Die Gelder, welche das Parlament zum Kriege bewilligt hatte, waren für die Werbungen zugunsten Mansfelds und für eine erfolglose Expedition gegen die spanischen Küsten aufgebraucht worden, und zu neuen Steuern wollte sich das Unterhaus, das um jeden Preis den Sturz Buckinghams durchzusetzen suchte, nicht herbeilassen. Selbst seinen Verpflichtungen gegen Dänemark konnte England nur zum geringsten Teile nachkommen. Nur die Sendung eines Truppencorps nach Schlesien zur Vereinigung mit Bethlen wurde von Christian IV. ernstlich beabsichtigt, weil ein Angriff desselben auf die Länder des Kaisers das einzige Mittel zu sein schien, diesen zur Abberufung des Heeres Wallensteins aus Norddeutschland zu bewegen und die Isolierung Tillys herbeizuführen.

1) Die betreffenden Schreiben an den Pascha und Bethlen bei Ováry, S. 658 ff.

Mansfeld hatte schon am Ende des Jahres 1625 mit seinen Truppen die Elbe überschritten und sich im Braunschweigschen einquartiert. Mitte Februar setzte er sich auf den Wunsch des Königs gegen die Mark Brandenburg in Bewegung, ohne daß der Kurfürst, welcher mit seinen Sympathieen auf der Seite der Verbündeten stand, wenn er sie auch nicht offen zu unterstützen wagte, etwas zu seiner Abwehr that. Auf dem linken Elbeufer drang gleichzeitig der dänische Oberst Fuchs durch die Altmark in das Magdeburgsche vor. Nach dem Plane Mansfelds sollte Fuchs entweder vereint mit ihm nach Schlesien ziehen, oder Wallenstein am linken Elbeufer festhalten. Um die Verbindung mit den Dänen herzustellen und zu verhindern, daß Wallenstein, der die Elbebrücke bei Dessau besetzen und zum Schutze derselben durch Aldringen Verschanzungen bei Roslau hatte anlegen lassen, ihm bei seinem etwaigen weiteren Vormarsch in den Rücken komme [1]), griff er mit seinem ganzen Corps, etwa 10000 Mann, wiederholt die Stellung der Kaiserlichen an. Da aber Wallenstein nach der Zurücktreibung der Dänen unter Fuchs selbst zahlreiche Verstärkungen heranführte, wurde er am 25. April mit dem Verluste der

1) Über die Operationen und die wechselnden Pläne Mansfelds s. Opel II, 428ff. J. Großmann, Des Grafen E. von Mansfelds letzte Pläne und Thaten, S. 10ff. S. 23ff. schreibt diesem den „grandiosen Plan" zu, Schlesien zur Basis weiterer Unternehmungen zu machen, ohne daß er die Absicht gehabt hätte, sich mit Bethlen zu verbinden, durch die Wegnahme der Brücke bei Roslau die Verbindung Wallensteins mit Böhmen, der von dorther auf der Elbe Lebensmittel und Munition bezog, zu unterbrechen, seinerseits die Vereinigung mit Wilhelm von Weimar herzustellen, der an Widerstand gegen die Besetzung seines Landes durch die Kaiserlichen dachte, und durch alles dieses dem kaiserlichen Heere die Möglichkeit zu benehmen, sich in Norddeutschland noch länger zu halten, so daß „Wallenstein hätte froh sein müssen, mit dem größten Teile seines Heeres sich nach Böhmen durchschlagen zu können." Aber Großmann war es noch unbekannt, wie weit die Verhandlungen mit Bethlen schon gediehen waren, und er überschätzt zugleich die Bedeutung der Rüstungen Wilhelms von Weimar, wie die Neigung des sächsischen Kurfürsten, gegen den Kaiser aufzutreten.

Hälfte seines Heeres geschlagen und namentlich sein Fußvolk fast vollständig getötet oder gefangen [1]).

Wallenstein unterließ eine weitere Benutzung des Sieges, weil er glaubte, daß Mansfeld den Plan, nach Schlesien zu ziehen, jetzt aufgegeben habe, und weil er es für gefährlich hielt, sich aus dem Gebiete links der Elbe zu entfernen, so lange dort von den Feinden die größte Gefahr zu drohen schien. Denn noch stand Fuchs mit seinem Corps in Tangermünde an der Elbe. Der König von Dänemark war mit dem Hauptheere bis Wolfenbüttel vorgerückt. Südlich von diesem um Göttingen hatte Christian von Braunschweig sein Standlager. Alle diese konnten sich ebenso gut ostwärts gegen ihn wie westwärts gegen Tilly wenden, der an der Weser stand. Auch glaubte er mit weiteren Operationen warten zu müssen, bis für die Pferde Fourage vorhanden wäre [2]).

In noch bedenklicherer Lage war Tilly. Seine Truppen waren sehr zusammengeschwunden, und er wurde nicht bloß in der Front, sondern auch im Rücken bedroht, da in Hessen gegen die Soldaten ein Bauernaufstand ausgebrochen und der Landgraf Moritz selbst dem Anschluß an die Koalition geneigt war. Um diesem Mut zu machen, drang Christian von

1) Nach einem Schreiben Mansfelds an den dänischen König vom 28. April bei Opel II, 453, N. 1 hätte er außer der Reiterei (17 Kornets) nur 4000 Mann zu Fuß vor die Schanze gebracht, und auch Opel selbst schätzt die Zahl seiner Truppen nur auf 6—7000 Mann. Aber diese Zahl dürfte doch zu gering sein, wenn neun Regimenter im Kampfe waren. Die Angabe Wallensteins (Förster, Wallenstein als Feldherr, S. 423), daß der Feind 6—7000 Tote und 2000 Gefangene verloren habe, mag übertrieben sein. Aber wenn, wie Mansfeld selbst dem Könige schreibt, zwei Regimenter, das ihm überlassene holländische und das des Administrators von Magdeburg, allein 1500 Mann einbüßten (Opel II, 456), so zeigt dies doch, wie groß die Verluste gewesen sind. Vgl. über die Angriffe Mansfelds wie die Stärke seiner Truppen auch Hallwich, Aldringen S. 131 ff. und die im Anhange daselbst abgedruckten Berichte dieses Obersten an Collalto.

2) Alles nach seinen Schreiben an Harrach aus Aschersleben vom 29. April und 7. Mai bei Tadra in F. R. Austr. XLI, 347 und 354.

Braunschweig mit seiner Reiterei zweimal nach Hessen vor, wie er denn überhaupt eine außerordentliche Thätigkeit an den Tag legte, bis ihn am 16. Juni ein früher Tod hinwegraffte.

Leider war ein einträchtiges Zusammenwirken der beiden katholischen Feldherren unmöglich. Weder wollte sich der eine dem Oberbefehle des andern unterordnen, noch konnten sie sich über eine gemeinsame Operation einigen. Tilly hatte schon in den ersten Monaten des Jahres 1626 wiederholt Hilfe von Wallenstein verlangt, und diese Forderung war auch von Maximilian von Baiern unterstützt worden. Wallenstein dagegen hatte dies stets abgeschlagen und blieb auch nach der Niederlage Mansfelds bei seiner Weigerung [1]). Anfangs Juni machte er den Vorschlag, daß Tilly mit seinem Heere zu ihm an die Elbe ziehen, und dann, durch einige tausend Mann von seiner Armee verstärkt, am linken, er am rechten Ufer dieses Flusses hinabziehen und den König nach Dänemark jagen sollten. Er schickte den Obersten Colloredo an Tilly, um ihn für diesen Plan zu gewinnen. Aber dieser begann, dem Wunsche des bairischen Kurfürsten entsprechend, vor allem die Belagerung der Festung Münden, des Schlüssels zu Hessen-Kassel, nach dessen Erstürmung von den erbitterten Soldaten nicht bloß die ganze Besatzung, sondern auch ein großer Teil der Bewohner niedergehauen wurde.

Unterdessen blieb Wallenstein vollständig unthätig, was er damit rechtfertigte, daß ihm der Kaiser weder Munition noch

1) Opel II, 482 ff. Vgl. die Berichte bei Gindely, Waldstein I, 82 ff., die aber vielfach auf Klatsch und Behauptungen der Feinde Wallensteins beruhen, wie denn z. B. Padavin am 25. März von Unordnungen und Unzufriedenheit des ganzen Heeres berichtet und 29. April meldet, daß man den Abfall der Armee fürchte (S. 79. 89), während Tilly (S. 84) klagt, daß die Leute der Liga Wallenstein zulaufen. Gindelys Behauptung (S. 93), „daß Ferdinand überzeugt war, Tilly sei mit seinen Forderungen im Recht“, wird durch den folgenden Bericht Leukers nicht bewiesen.

Geld schicke und daß er sich auf seine unbezahlten Soldaten [1]) nicht lange verlassen könne [2]).

Diese Unthätigkeit Wallensteins machte es möglich, daß Mansfeld, welcher sich nach dem Nordwesten der Mark Brandenburg zurückgezogen und seine Truppen auf 6000 Mann verstärkt hatte, seinen früheren Plan wieder aufnehmen konnte. Die Nachrichten, welche er aus Schlesien erhielt, daß der Kaiser dort ein Heer von 6000 Mann habe aufstellen wollen, aber infolge der Lauheit der Bevölkerung höchstens 1400 Mann zusammengebracht habe, bestärkten ihn in seiner Überzeugung, daß er in jenem Lande auf geringen Widerstand stoßen und großenteils gute Freunde finden würde. Auch aus Böhmen erwartete er Zuzug von einigen tausend Mann. Wenn sein Corps noch durch den König von Dänemark verstärkt wurde, glaubte er sicher auf Erfolg rechnen zu dürfen [3]). Christian zögerte zwar einige Zeit, auf seine Wünsche einzugehen. Als aber Tilly und Wallenstein ihre Heere immer mehr verstärkten und Bethlens Gesandter Quadt zum Abschluß eines Bündnisses und zur Absendung eines Hilfscorps drängte, ließ er sich herbei, Mansfeld nicht bloß 3000 neu geworbene Schotten, sondern auch 7000 Mann seiner eigenen Truppen unter dem Herzoge Johann Ernst von Weimar zu überlassen [4]). Freilich blieb dann die wirkliche Zahl hinter den Versprechungen weit

1) Er rühmt sich übrigens am 22. Mai, daß er 400000, am 26. Juni, daß er 500000 Reichsthaler für den Kaiser erhalten d. h. erpreßt habe. Tadra, S. 362. 374.

2) Über das Verhalten und die Pläne Wallensteins in dieser Zeit geben die besten Aufschlüsse seine Briefe an Harrach bei Tadra, S. 357 ff., besonders S. 364 f. 368—373. 378—381. 383. 387.

3) Mansfelds Schreiben an Friederich von der Pfalz vom 9./19. Mai und an den König von Dänemark vom 3./13. Juni (wo auch die Zahl seiner eigenen Truppen angegeben ist) bei Tadra, S. 359 und 366 N. Daß die Schlesier gegenüber den Befehlen des Kaisers, für die Verteidigung des Landes zu sorgen, keine so große Lauheit an den Tag gelegt haben, wie Großmann S. 47 ff. behauptet, zeigt Krebs, Schlesien in den Jahren 1626 und 1627 in „Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens" XX, 22 ff.

4) Großmann, S. 74 ff. Opel II, 518 ff.

zurück, so daß das Heer, mit welchem Mansfeld und der Herzog von Weimar am 10. Juli von Havelberg aufbrachen, kaum viel mehr als 10 000 Mann betragen zu haben scheint [1]).

In Eilmärschen quer durch Brandenburg ziehend, kamen ihre ersten Scharen schon am 14. Juli vor Frankfurt an, wo in den nächsten Tagen die Oder vom ganzen Corps überschritten wurde, und drangen dann in Schlesien ein.

Da die wenigen Truppen, welche man im Frühjahr dort geworben hatte, nach der Schlacht bei Roslau mit Zustimmung des Kaisers selbst wieder entlassen worden waren, so fanden die Mansfelder bei ihrem Zuge durch Schlesien nirgends Widerstand. Ja, zahlreiche wehrfähige Bewohner traten freiwillig oder gezwungen in ihre Reihen. Nur die befestigten Städte verschlossen ihnen die Thore, und an einen Angriff konnten sie ebenso wenig denken wie an eine Überschreitung der Oder, da Wallenstein auf die Nachricht vom Aufbruche Mansfelds den Obersten Pechmann mit einigen tausend Mann, meist Reitern [2]), zur Verstärkung der kaiserlichen Truppen nach

1) Nach Großmann, S. 81, N. 2, auf den wie auch Opel II, 582 ff. und Krebs, Schlesien in den Jahren 1626 und 1627. „Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens" XXI, 116 ff. XXV, 124 ff. ich für die Einzelnheiten des Zuges verweise, berichten die niederschlesischen Chroniken übereinstimmend, daß das Heer beim Einrücken in Schlesien 20 000 Mann mit 15—18 Geschützen stark gewesen sei. Nach einem Berichte an den Kurfürsten von Sachsen vom 7. August aus Sorau (bei Gindely, Acta, p. 416) soll es 5000 Mann zu Roß und 10 000 zu Fuß gezählt haben. Wallenstein schreibt am 17. Juli auf Grund eines Berichtes Dohnas aus Berlin, Mansfeld und Weimar seien mit 14 000 Mann, am 14. Juli aber, sie seien mit 8000 Mann abmarschiert (Tadra, S. 394. 396). Auch der dänische Armeekommissär Mitzlaff schreibt am 10. Juli (bei Gindely, p. 414), Mansfeld habe nicht 3000 zu Fuß und kaum 2000 Reiter, das dänische Corps unter Weimar statt 6000 Mann zu Pferd und 1000 zu Pferd nicht viel mehr als die Hälfte. Ob er das noch erbetene Regiment zu Fuß erhalten hat, ist mir unbekannt. Die 3000 Schotten werden nirgends erwähnt.

2) Nach mehreren Schreiben vom 14. bis 19. Juli bei Tadra, S. 394 ff. 42 Cornet Reiter und 600 Dragoner oder (S. 395) 5000 Mann.

Schlesien schickte und derselbe fast parallel mit den Feinden am linken Ufer vordrang. Erst bei Oderberg, wo der Herzog von Weimar am 12. August eintraf, ging dieser über den Fluß und nahm Troppau und Jägerndorf, während Mansfeld gleichzeitig Teschen zur Ergebung zwang und sich des nach Ungarn führenden Jablunka-Passes bemächtigte [1]), der trotz aller Mahnungen Wallensteins nicht besetzt worden war. Der Vereinigung des Fürsten von Siebenbürgen mit ihm stand also kein Hindernis mehr entgegen.

Aber als sich Mansfeld schon an der Grenze Ungarns lagerte, weilte Bethlen noch in Siebenbürgen. Er hatte noch am 5. Juli den Kurfürsten von Brandenburg, seinen Schwager, zum Ausharren bei der gemeinsamen Sache ermuntert und versprochen, im August mit ganzer Macht ins Feld zu rücken. Aber er war doch auch entschlossen, sich „ohne kräftiges Fundament", d. h. ohne bestimmte Zusicherungen vonseiten der Könige von Frankreich, England, Schweden und Dänemark nicht zu rühren [2]). Von Gustav Adolf kam jedoch eine förmliche Absage und die Erklärung, daß er den preußischen Feldzug nicht aufgeben könne, und von den übrigen Mächten scheint er ebenfalls noch keinen Kreuzer Geld erhalten zu haben. Auch die gewünschte Zusage vonseiten der Pforte war noch nicht eingetroffen. Daher begann er wohl um die Mitte des August ernstliche Rüstungen und schickte gleichzeitig an den Kaiser ein Schreiben, worin er eine Reihe von Klagen wegen des Ver-

1) **Biermann**, Gesch. der Herzogthümer Troppau und Jägerndorf, S. 524 ff.; Gesch. des Herzogth. Teschen, S. 228.

2) Schreiben an Peter Alvinczi, Pfarrer in Kaschau, vom 27. Juli in „Történ. tár" 1886, p. 660, wo p. 658 auch der Brief an seinen Schwager, den Kurfürsten. Die großartigen Pläne, welche Bethlen im Juli durch den Kapitän Straßburg dem Grafen Thurn und durch diesen der venetianischen Regierung entwickeln ließ und welche (in emolumentum Reipublicae!) eine förmliche Überschwemmung der österreichischen und polnischen Länder durch Türken, Tataren, Russen, Ungarn und Schweden in nahe Aussicht stellten (**Ováry**, p. 192 sqq.) waren daher nur bestimmt, Venedig zum Anschluß an diese Koalition und zur Zahlung ausgiebiger Subsidien zu bewegen.

haltens gegen ihn anführt [1]). Aber auch dies floß noch über von Versicherungen seiner Friedensliebe, so daß es durchaus nicht als Kriegserklärung betrachtet werden konnte. Erst Anfang September brach er von Klausenburg nach Ungarn auf und verweilte dann noch einige Zeit in Großwardein.

Der Aussicht auf die erwartete Unterstützung vonseiten Siebenbürgens beraubt, befanden sich Mansfeld und der Herzog von Weimar in einer um so gefährlicheren Lage, als unterdessen auch Wallenstein mit einem Heere herankam.

Obwohl dieser seine Stellung in Norddeutschland ungern aufgab, erkannte er doch bald die Notwendigkeit, den Ländern des Kaisers zuhilfe zu ziehen, da die wenigen Truppen, welche dort standen, nicht stark genug waren, um einem Angriffe von Osten und von Norden zu widerstehen und zugleich den Aufstand der oberösterreichischen Bauern niederzuwerfen, welche sich Ende Mai erhoben hatten. Er wollte nun das Heer Tillys, welches er damals auf nicht mehr als 9000 Mann schätzte, durch 8000 Mann verstärken, ein Corps mit einem Sollstande von 12 000 Mann unter Aldringen zur Besetzung der Hochstifter Halberstadt und Magdeburg zurücklassen und mit dem übrigen Teile seiner Armee den Feinden nach Schlesien folgen [2]). Wenn dort die vom Palatin aufgebotenen Ungarn zu ihm stießen und der Kaiser, wie er auf das Dringendste verlangte, zur Verstärkung seiner Reiterei 8—10 000 Polen werben ließ, so hoffte er Mansfeld dasselbe Schicksal wie bei der Dessauer Brücke zu bereiten. Doch zögerte er mit dem Abmarsche, weil er wünschte, daß sich Tilly der Elbe nähere und

1) „Történ. tár“, p. 662.

2) Schreiben an Harrach vom 19. Juli bei Tadra, S. 398. Für das Folgende s. besonders die Schreiben vom 23., 25., 26., 29. und 30. Juli und 4. und 9. August wie einen Bericht an den Kurfürsten von Sachsen ebendas. S. 409 Anm. Vgl. auch die Darstellung bei Zwiedineck-Südenhorst, Wallensteins Feldzug gegen Mansfeld im Herbst 1626 in „Mitth. d. Instituts“ VI, 287 ff. Daselbst auch S. 300 ff. die Aufzählung der Truppenteile und deren Zahl, die freilich in Wirklichkeit bei weitem nicht erreicht ward.

die Verteidigung der bisher von ihm innegehabten Stellung übernehme, dieser aber nach der Eroberung Mündens (9. Juni) nach Hessen gezogen war, um sich dieses Landes zu versichern, und dann wieder die Belagerung einer Festung, nämlich Göttingens, unternahm.

Erst am 8. August brach Wallenstein mit 14 000 Mann [1]) von Zerbst nach Schlesien auf. Sein Heer marschierte mit solcher Eile [2]), daß er schon am 17. August in Sagan, am 22. in Jauer, am 30. in Neustadt, an der Grenze des Fürstentums Jägerndorf, und am 2. September in Olmütz in der Nähe Mansfelds und des Herzogs von Weimar stand, die wenige Tage früher in Leipnik, östlich von Olmütz, nach längerer Trennung wieder zusammengekommen waren.

Ohne Aussicht, in nächster Zeit auf die Unterstützung Bethlens rechnen zu können, im Rücken und in der Flanke durch Wallenstein und die in Schlesien stehenden Kaiserlichen bedroht, hatte Mansfeld damals den Vorschlag gemacht, quer durch Böhmen, Baiern und Schwaben nach dem Elsaß zu ziehen, wohin ihn vielleicht wieder die Hoffnung auf ein eigenes Fürstentum lockte.

Man darf wohl zweifeln, ob dieser Plan einen Erfolg gehabt hätte, ob die ohnehin nicht zahlreichen Truppen Mansfelds auf diesem weiten Marsche nicht vollständig aufgerieben worden wären, da die durchzogenen Gebiete doch nicht ganz wehrlos waren und die Kaiserlichen ihm sicher gefolgt wären [3]).

1) Nach seinem Schreiben vom 9. August bei Tadra, S. 418 80 Cornet Reiter und 70 Fähnlein Knechte. „Aber auf mein Gewissen, sie seind nicht in allem, Reiter und Knecht, 14 000 effektive stark." Auch am 29. und 30. Juli hatte er geschrieben, sie seien mit den unter Pechmann vorausgeschickten nicht 20 000 Mann stark. Tadra, S. 405. 408.

2) Der ihm von Gindely, Waldstein während des ersten Generalates I, 111 und II, 338 gemachte Vorwurf, daß er „nur äußerst langsam nachrückte" und sich vierzehn Tage lang in Neisse aufhielt, erweist sich durch das von ihm selbst I, 115 und von Tadra, S. 246 mitgeteilte Itinerar als unbegründet.

3) Ich glaube dies trotz der Bemerkungen Großmanns S. 119 f. sagen zu dürfen. Dieser geht von der irrigen Ansicht aus, daß Mans-

Er kam übrigens schon deswegen nicht zur Ausführung, weil sich Johann Ernst von Weimar und der Kriegsrat mit Rücksicht auf die Instruktion des dänischen Königs dagegen aussprachen. Der Herzog zog schon in den nächsten Tagen über die kleinen Karpathen nach Ungarn, wo er am 5. September anlangte. Mansfeld marschierte mit seiner Heeresabteilung südwestwärts, um bei Kremsier die March zu überschreiten, stieß aber hier auf die Truppen Wallensteins, der schon am 3. September daselbst eintraf. Da im Osten an der Waag der Palatin mit dem ungarischen Aufgebote stand, so blieb auch ihm kein anderer Ausweg als ein Zug nach dem nördlichen Ungarn, wobei ihm Kaspar Illésházy, ein Anhänger Bethlens, durch Wegräumung der Verhaue behilflich war [1]).

Um diese Zeit setzte sich endlich auch Bethlen in Bewegung. Bereits hatten sich die Türken der nördlichen Provinzen um Pest gesammelt, und gerade in diesem wichtigen Momente war der friedliebende Pascha Mehemed von Ofen gestorben und von der Pforte der kriegerische Murteza, Pascha von Bosnien, zu seinem Nachfolger ernannt worden, bei dem er jedenfalls im Falle der Gefahr auf Unterstützung rechnen konnte. Er brach daher am 13. September von Debreczin auf, stand zehn Tage darauf bereits in Rima Szombath auf kaiserlichem Ge-

felds Heer damals 25000 Mann gezählt habe. Vgl. jetzt auch Krebs a. a. O. XXV, 157 f.

1) Gegen die Annahme Großmanns, S. 122 f., daß Mansfeld zunächst nordwärts nach Teschen und erst am 14. September, als ihn Wallensteins Reiter hier einzuschließen drohten, von dort durch den Jablunka-Paß nach Ungarn gezogen sei, hat sich Krebs a. a. O. XXV, 159 Anm. 1 mit Recht erklärt. Der baierische und der venetianische Geschäftsträger (bei Gindely, Waldstein I, 113 und Ováry, p. 418) berichten schon am 9. Sept. aus Wien, daß Mansfeld mit Unterstützung Illésházys nach Trentschin gekommen sei und zwar, wie Padavin schreibt, über den Weißen Berg, also von Mähren her, wie Leuker meldet, von Meseritsch aus zwischen der Jablunka und Ungarisch-Brod. Wallenstein meldet sogar schon am 6. Sept. Mansfelds Überschreitung der Waag und am 9. dessen Ankunft in Neusohl. Tadra, S. 435 f. Natürlich ist auch die Angabe Khevenhillers X, 1236, daß Mansfeld am 8. Sept. nach Trentschin gekommen sei, nach neuem Stile zu verstehen.

biete, am 25. September in Fülek, welches damals eine wichtige Grenzfeste war, und zog dann das Thal der Eipel abwärts bis Palank bei Drégely im Honter Komitat, während der Pascha von Ofen auf eigene Faust die Belagerung der Festung Neográd begonnen hatte [1]). Mansfeld und der Herzog von Weimar, denen er 3000 Mann unter Stephan Horvath entgegengeschickt hatte, wurden in dringenden Schreiben aufgefordert, mit allen ihren Truppen zu ihm zu stoßen.

Denn bereits war Wallenstein gegen ihn im Anmarsche. Auf Befehl des Kaisers war dieser über Ungarisch-Brod und Neustadtl [2]) am 9. September nach Freistadtl an der Waag gekommen, wo er sich mit dem Palatin Eszterházy vereinigte, dessen Truppen freilich nur 2000 Mann zählten, und auf die sich Wallenstein wenig verlassen zu dürfen glaubte [3]). Auch sein eigenes Heer war infolge der anstrengenden Märsche sehr zusammengeschwunden. Er versichert, daß er nur noch 8000 Mann zu Fuß bei sich habe. Auch diese waren unzufrieden, weil die Regierung nur mit Mühe die Summen aufbrachte, welche zur Bezahlung eines Monatssoldes notwendig waren, und seit der Überschreitung der ungarischen Grenze auch die Verpflegung mangelhaft war. Wallenstein verlangte daher die Sendung von Geld und Proviant wie die Heranziehung von Truppen aus Süddeutschland, Oberösterreich und Polen

1) Die Marschrichtung Bethlens ergiebt sich aus seinen Schreiben an Mansfeld und den Herzog von Weimar bei Katona XXXI, 226—229. 237 und 243, in „Történ. tár" 1886, S. 667 f. und bei Szilágyi, Bethlen G. pol. levelei, S. 419.

2) Dies (statt Neusohl!) ist wohl der Ausstellort seines Schreibens vom 8. Sept. bei Tadra, S. 436.

3) Im Schreiben an Harrach vom 12. Sept. bei Tadra, S. 437, aber auch in verschiedenen vorausgehenden Briefen seit dem 10. August, weswegen er dringend die Werbung von Polen verlangt, ja eigenmächtig Werbepatente ausgegeben hatte. Auch Padavin schreibt am 14. Oktober, daß der Palatin nur seine 500 Hajduken, 500 des Erzbischofs von Gran und 1000 Reiter des Forgách habe, weil die Magnaten, die ihn nicht für ebenbürtig hielten, nicht unter ihm dienen, eigentlich aber nicht gegen Bethlen kämpfen wollten. Ováry, S. 424.

und drohte mit seinem Rücktritte, wenn seine Forderungen unerfüllt blieben. Zehn Tage blieb er in Freistadtl stehen, um die Ankunft der verlangten Verstärkungen abzuwarten. Ja, er riet sogar dem Kaiser, mit Bethlen Frieden und ein Bündnis gegen die Türken zu schließen [1]), was entweder nicht ernstlich gemeint war oder von einer vollständigen Verkennung der tieferen Pläne des Fürsten zeugt.

Sein Zögern rief am Hofe die größte Unzufriedenheit hervor. Seine Feinde, an denen es ihm bei seinem schroffen Wesen nicht fehlte, warfen ihm Trägheit und Unentschlossenheit oder gar Feigheit vor [2]). Ja, der ungarische Hofkanzler schrieb dem Palatin, er fürchtete sich vor den Thaten dieses Menschen ebenso oder noch zehnmal mehr als vor Mansfeld [3]). Der Kaiser schickte daher den geheimen Rat Grafen Trauttmansdorf und den Herrn von Questenberg an Wallenstein, um ihn zum Angriff auf die Feinde zu bewegen.

Dieser brach auch endlich um den 19. September von Freistadtl auf und marschierte über Neutra nach Neuhäusel. Auf die Nachricht, daß die Türken Neográd belagerten, zog er in größter Eile über Levenz in das Thal der Eipel. Um schneller vorwärts zu kommen, hatte er das schwere Geschütz und die Bagage in Neuhäusel zurückgelassen und die Fußgänger teilweise hinter die Reiter auf die Pferde gesetzt. Am 30. September stieß er unweit Drégely auf den Feind.

Bethlen hatte auf die Kunde von der Annäherung Wallensteins den Pascha von Ofen bewogen, die Belagerung Neográds aufzuheben und sich mit ihm zu vereinigen. Aber die 18000 Mann, welche ihm derselbe zuführte, bestanden großenteils aus Reiterei, welche sich in dem engen Thale nicht ent-

1) Seine Briefe vom 8. bis 18. Sept. bei Tadra, S. 436 ff. und bei Gindely, Waldstein I, 118 f. geben über seine Lage und Wünsche die besten Aufschlüsse. Vgl. auch die erwähnte Depesche Leukers vom 9. Sept. bei Gindely I, 114.

2) Die Anschauungen derselben geben Padavin und der päpstliche Nuntius in ihren Depeschen bei Gindely I, 119 ff. wieder.

3) Gindely I, 119.

wickeln konnte, und auch ihm fehlte es an genügendem Fußvolk. Mansfeld aber und der Herzog von Weimar, auf deren Unterstützung er gerechnet hatte, standen noch an diesem Tage in Nemet Prona im nördlichsten Teile des Neutraer Komitats. Wallenstein rechnete mit Sicherheit auf einen Sieg, und auch Bethlen war überzeugt, daß er demselben nicht gewachsen sei.

Zum Glücke für diesen ging der Tag schon zu Ende, und die Nacht benutzte er dann, um mit seinen Truppen einen eiligen Rückzug nach Balassa Gyarmáth und dann nach Szécsény anzutreten. Wallenstein und seine Obersten, die er am Morgen zu einem Kriegsrate berief, hielten es nicht für zweckmäßig, den Feind zu verfolgen, weil die Soldaten ermüdet, für die Verproviantierung nicht Vorsorge getroffen [1]) und der Hauptzweck des Zuges, der Entsatz von Neográd, ohnehin erreicht war. Er trat daher noch am nämlichen Tage den Rückzug nach Neuhäusel an [2]). Er beabsichtigte nun, sich gegen Mansfeld zu wenden [3]). Aber dieser war unterdessen mit dem Herzoge von Weimar über Neusohl und Divény nach Losonz in das Thal der Eipel gezogen, wo sie Bethlen die Hand reichten [4]). Wallenstein führte daher bei dem zunehmenden Mangel an Lebensmitteln und dem Um-sich-greifen von Krankheiten sein Heer von Neuhäusel bis an die Waag zurück. Bethlen schickte

1) Darüber hat Wallenstein schon am 24. Sept. in einem Schreiben an den Kaiser von Neutra aus geklagt. „Archiv" XIX, 32, Nr. XV.

2) Die Angaben Wallensteins in den Briefen an Harrach und besonders in seinem Berichte an den Kaiser vom 1. Okt. bei Tadra, S. 443 Anm. werden durch die Schreiben Bethlens an den Herzog von Weimar vom 28. und 29. Sept. und 1. Okt. bei Katona XXXI, 237 sqq. 243 u. 255 sqq. bestätigt und ergänzt. Die bekannte Erzählung, daß sich Wallenstein am 30. Sept. durch die Friedensanträge Bethlens habe täuschen und vom Angriffe abhalten lassen, erhält durch Wallensteins Bericht das notwendige Licht, und Bethlen legt seinen Anträgen so geringe Bedeutung bei, daß er sie gar nicht erwähnt. Er schreibt vielmehr: quum dies eum (hostem) defecisset neque prius copias ad pugnam producere quam sub occasum solis potuisset etc.

3) So schreibt er wenigstens am 2. Okt. bei Tadra, S. 445.

4) Großmann, S. 125. 128.

ihm seine leichten Scharen nach, welche den Truppen Wallensteins beim Fouragieren manche Verluste beibrachten, ja am 27. Oktober seinen Feldzeugmeister, den Obersten Grafen Schlick, überfielen und gefangen nahmen, und rückte auch selbst bis Bars an der Gran vor. Aber zu einer größeren Waffenthat kam es nicht mehr. Denn bald wurden ernstliche Friedensverhandlungen angeknüpft.

Schon beim Einmarsch in das Gebiet des Kaisers hatte Bethlen denselben seiner friedlichen Gesinnung versichert und sich dadurch den Weg zur Herbeiführung eines Abkommens zu sichern gesucht. Der Verlauf der Ereignisse konnte ihn in seiner Abneigung gegen den Krieg nur bestärken. Das Volk, welches Mansfeld und Herzog Johann Ernst nach Ungarn brachten, zählte nicht einmal 10000 Mann und erlaubte sich solche Ausschweifungen [1]), daß die Einwohner zur Verzweiflung gebracht wurden und man wünschen mußte, sie bald wieder los zu werden. Auch schwand ihre Zahl infolge von Mangel und Krankheiten nicht weniger zusammen als die der Kaiserlichen. Auf die Unterstützung der Türken konnte er bei der vorgerückten Jahreszeit unmöglich noch lange rechnen. Für das nächste Jahr war diese wegen des unglücklichen Verlaufes des Krieges mit Persien ebenso zweifelhaft wie eine ausgiebige Hilfe vonseiten der Gegner des Kaisers, da der König von Dänemark durch Tilly geschlagen worden war und die anderen Mächte ihn bisher mit leeren Versprechungen hingehalten hatten.

Auch der Kaiser wies in seiner Antwort, die er auf ein weiteres Schreiben Bethlens am 2. Oktober erteilte, einen Frieden nicht zurück. Nur verlangte er, derselbe solle vor allem die eingenommenen Städte räumen, Mansfeld nicht weiter unterstützen und die Erklärung abgeben, daß dieser nicht mit seiner Zustimmung gekommen sei [2]). Von diesen Forderungen

1) Vgl. die Schilderung des Adels der Thuroczer Gespanschaft bei Gindely, Acta, p. 444.

2) „Történ. tár“ 1886, p. 669. Das Schreiben Bethlens selbst ist unbekannt. Der Antwort lag ein Gutachten Pázmánys zugrunde.

ging der Kaiser auch dann nicht ab, als Bethlen zwei Wochen später seine Friedensanträge erneuerte. Erst als sich zeigte, daß man auf einen Erfolg Wallensteins nicht rechnen könne, und als sich auch der Palatin, der Primas und die übrigen ungarischen Räte mit Rücksicht auf die traurige Lage des verwüsteten Landes und das Zusammenschwinden des kaiserlichen Heeres für die Anknüpfung von Verhandlungen ohne weitere Vorbedingungen aussprachen, ließ sich der Kaiser ebenfalls dazu herbei und ernannte Eszterházy, Pázmány, den Kanzler Sennyey und Moses Cziráky zu seinen Bevollmächtigten. Um die Mitte des November wurden in Presburg, wohin Bethlens Gesandte Franz Mikó und Sigmund Lónyay gekommen waren, die Unterhandlungen begonnen.

Als Grundlage wurde von beiden Parteien der Friede von 1624 angenommen. Nur verlangte Bethlen dessen Erneuerung in allen Punkten und den Einschluß der Türken in denselben, wie Amnestie für alle seine Anhänger, während sich der Kaiser gegen ein neues Abkommen mit der Pforte aussprach, weil er sich mit dieser schon in Gyarmáth geeinigt habe, nur eine beschränkte Amnestie bewilligen wollte und auch weitere Zahlungen an den Fürsten von Siebenbürgen verweigerte. In den meisten Streitfragen gab der Fürst nach. Nicht bloß verzichtete er auf die ihm 1624 zugesagten Subsidien und versprach, daß er sich fortan gegen den Kaiser und seine Gebiete keine Feindseligkeiten mehr erlauben, dessen Gegner nicht unterstützen und die Türken und Tataren gegen ihn nicht aufreizen werde, sondern er machte auch das für ihn kränkende Zugeständnis, daß der siebenbürgische Landtag, die sieben ihm überlassenen ungarischen Komitate und die dortigen Städte die schriftliche Erklärung abgeben sollten, gegen den Kaiser und Ungarn nie mehr die Waffen zu ergreifen, wer immer es ihnen befehlen möge. Nachdem sich die Bevollmächtigten um den 20. Dezember 1626 über die Bedingungen geeinigt hatten,

Frankl, Pázmány II, 191 sqq., auf den ich auch bezüglich der folgenden Verhandlungen verweise. Vgl. auch Gindely, Bethlen, p 190 sqq.

wurden die Urkunden am 28. vom Kaiser in Wien, von Bethlen in Leutschau ratifiziert [1]).

In diesem Frieden versprach Bethlen auch den Grafen von Mansfeld nicht weiter zu unterstützen, während der Kaiser dessen Scharen sicheres Geleit durch sein Gebiet bewilligen wollte, wenn sie darum ersuchten. Doch sollten sie nur in Abteilungen von ungefähr 100 Mann marschieren und sich nicht mit seinen Feinden in Schlesien verbinden dürfen.

Mansfeld selbst war übrigens damals nicht mehr unter den Lebenden. Im Einvernehmen mit Bethlen hatte er sich schon am Anfang des Novembers mit elf höheren Offizieren aus dem Lager entfernt, um über Dalmatien nach Italien und dann nach Frankreich zu reisen und einerseits dort seine zerrüttete Gesundheit herzustellen, anderseits durch seine persönliche Einwirkung die venetianische Regierung und den König von Frankreich zur Zahlung jener Subsidien zu bewegen, welche zur weiteren Erhaltung und zur Ergänzung seines Korps notwendig waren. Die Verschlimmerung seines Zustandes nötigte ihn aber, in Rakowa unweit Serajewo Halt zu machen, wo er am 30. November an der Schwindsucht starb [2]).

Auch Johann Ernst von Weimar wurde am 14. Dezember von einem frühen Tode hinweggerafft. Die Trümmer ihres Heeres führte der dänische Kommissär Mitzlaff im Januar über den Jablunka-Paß nach Schlesien zurück. Sie zählten nur noch einige tausend Mann [3]). Die übrigen hatten meist

1) Abgedruckt bei Katona XXXI, 276 sqq. Mon. comit. Transsylv. VIII, 359 sqq. Hier S. 418 ff. auch der am 19. Mai 1627 in Tokaj geschlossene Vertrag über die Ausführung einiger Punkte des Friedens und der Bericht der kaiserlichen Bevollmächtigten.

2) Vgl. mit E. Fischer, Des Mansfelders Tod (1878) jetzt auch die Aktenstücke aus dem venetianischen Archive bei Ováry, S. 215 ff. Hier ist S. 226 ff. auch sein Testament vom 29. November wieder abgedruckt, das schon Villermont, Mansfeldt II, 347 ff. publiziert hatte. Statt des Ausstellungsortes Ratona ist Racova zu lesen.

3) Nach einer Ordre Bethlens für seinen Kommissär Kun vom 21. November (Gindely, Acta, p. 447 sqq.) haben bei der Verlegung dieser Truppen in die Winterquartiere die Mansfelder noch 1600 Reiter und

infolge der Not und der dadurch hervorgerufenen Krankheiten in Ungarn ihren Tod gefunden.

Nicht weniger hatten übrigens die kaiserlichen Truppen gelitten, welche im Dezember, nachdem mit Bethlen ein Waffenstillstand geschlossen worden war und auch der Friede gesichert schien, größtenteils nach Mähren und Mittel- und Niederschlesien in die Winterquartiere gelegt wurden. Wie Wallenstein selbst klagt, war seine Kavallerie ruiniert und sein Heer in einem solchen Zustande, daß es vor dem Juni oder Juli nicht kampffähig schien. „Weder mich noch einen von dieser Armee bringt man mehr in dies Schelmenland", schreibt er seinem Schwiegervater [1]).

Bethlen war diesmal ebenso wenig entschlossen, den Frieden aufrichtig zu halten, wie früher, und wenn sich die Lage für den Kaiser ungünstiger gestaltet hätte, so hätte er wahrscheinlich im nächsten Jahre wieder losgeschlagen. Deswegen schob er die Ausführung einiger Bestimmungen des Vertrages hinaus, ja verletzte diese offen, indem er die Scharen Mansfelds und Weimars vereint nach Schlesien ziehen ließ, ja ihnen sogar eine Truppenabteilung zur Bedeckung mitgab.

Auch den Abschluß des Friedens zwischen Österreich und der Türkei suchte er zu verhindern, was ihm um so leichter zu gelingen schien, als die Pforte selbst die Verhandlungen hinauszuschieben suchte, bis der Krieg mit Persien eine günstige Wendung genommen hätte. Das entschiedene Auftreten des kaiserlichen Gesandten an der Pforte, Lustrier, der von dieser

ungefähr 2000 Fußgänger gezählt. Da nun die Soldaten des Herzogs von Weimar täglich 4000 Pfund Brot und 1000 Pfund Fleisch, jene Mansfelds aber 7000 Pfund Brot und 2000 Pfund Fleisch erhalten sollten, so müssen jene etwas mehr als die Hälfte dieser betragen, also beide zusammen ungefähr 5500 Mann stark gewesen sein. Bis zum Januar aber haben sie sich gewiß noch bedeutend vermindert. Nach Großmann, S. 141 hätten sie nur noch 1300, nach Padavins Depesche vom 20. Januar 1627 bei Ováry, S. 439 noch 2000 Mann gezählt.

1) Briefe vom 30. November und 13. und 26. Dezember bei Tadra, S. 464 ff.

eine bestimmte Antwort verlangte, ob sie Krieg oder Frieden wolle, hatte dann aber doch die Folge, daß der Pascha von Ofen im März 1627 die Weisung erhielt, ernstliche Unterhandlungen zu beginnen. Die kaiserlichen Bevollmächtigten, der Hofkanzler Sennyey, der Hofkriegsrat Questenberg, der königliche Rat Daniel Eszterházy und der General Peter Kohány, erhielten nach dem Rate des Palatins den Auftrag, auf der Erneuerung des Friedens von Zsitva Torok zu bestehen und daher auch die Zurückgabe der 1619 von den Türken weggenommenen Stadt Waitzen und anderer Ortschaften zu verlangen. Bei den Verhandlungen, welche in Szöny gegenüber von Komorn geführt wurden, zeigte sich nun freilich, daß diese Forderung nicht durchzusetzen sei. Die Entscheidung über Waitzen mußte vertagt werden. Doch brachte der Friede, welcher Anfangs September auf fünfundzwanzig Jahre vereinbart wurde, dem Kaiser wenigstens keine Verschlechterung der bisherigen Lage [1]). Anderseits hatte die Pforte freilich trotz der Gegenbemühungen des Kaisers Bethlens Gemahlin Katharina für den Fall seines Todes als dessen Nachfolgerin anerkannt [2]).

An einen dauernden Frieden dachte Bethlen freilich auch jetzt nicht. In den nächsten Jahren war er bemüht, im Vereine mit Gustav Adolf eine große Koalition gegen den König von Polen, den Freund des Kaisers, zustande zu bringen und denselben zu stürzen. In diesem Falle, oder wenn der König mit Tod abginge, machte er sich einige Hoffnung, selbst die polnische Krone an sich zu bringen [3]). Aber allen hochfliegenden Plänen dieses rastlosen Geistes wurde durch seine immer mehr sich verschlimmernde Wassersucht und dann durch seinen am

1) Die Ratifikation des Friedensvertrages d. d. 10. Sept. 1627 bei Katona XXXI, 294 sqq. Ein anderes Exemplar hat nach Gindely, Bethlen, p. 208, n. 1 das Datum 13. Sept. Über die vorausgehenden Unterhandlungen und die Haltung Bethlens seit dem Frieden s. ebendas. p. 195 sqq.

2) Mon. comit. Transsylv. VIII, 74 sqq.

3) A. Szilágyi, Bethlen Gábor und die schwedische Diplomatie. „Ungar. Revue“ 1882, S. 468 ff. Gindely, Bethlen G., p. 214 sqq.

15. November 1629 eintretenden Tod ein Ende gemacht und dadurch der Kaiser von einem gefährlichen Nachbar befreit.

Die Unzufriedenheit, welche am kaiserlichen Hofe gegen Wallenstein vor der Eröffnung des Feldzuges in Ungarn geherrscht hatte, war infolge des Verlaufes desselben nicht geringer geworden. Die erhofften Vorteile hatte man nicht erreicht. Zwar hatte der Vormarsch Wallensteins in den letzten Tagen des Septembers die Aufhebung der Belagerung Neográds bewirkt. Aber weder die Türken noch Bethlen waren für ihren Friedensbruch gezüchtigt, die sieben oberungarischen Komitate diesem nicht entrissen worden, im Gegenteile hatten die Feinde nach dem Rückzuge des kaiserlichen Feldherrn einen großen Teil des nordwestlichen Ungarn überschwemmt.

War Wallenstein schon wegen der Vernachlässigung seines Heeres in gereizter Stimmung, so wurde sein Ärger noch größer, als er von den ihm gemachten Vorwürfen Kenntnis erhielt. Um den Beginn des Novembers schickte er den Oberstlieutenant Saint-Julien nach Wien und bot seine Entlassung an, womit er schon im Frühjahr öfter gedroht hatte. Die Ratschläge seines Schwiegervaters Karl von Harrach vermochten ihn nicht auf andere Gedanken zu bringen [1]). Obwohl aber früher manche am Hofe von der Notwendigkeit seiner Entlassung gesprochen hatten [2]), überwog doch jetzt die Furcht, daß das unbezahlte Heer, welches nur von Wallenstein seine Befriedigung erwartete, bei seiner Abdankung meutern und die Rückzahlung der Soldrückstände verlangen könnte, wofür alle Mittel fehlten [3]). Es mußte sich daher zuerst Harrach zu Wallenstein begeben, und als jener nichts ausrichtete, hielt Fürst

1) Seine Antwort vom 5. November bei Tadra, S. 456. Vgl. S. 457.

2) S. den Bericht Caraffas vom 23. September und Leukers vom 25. November bei Gindely I, 121 und 159.

3) So meldet am 2. Dezember der venetianische Geschäftsträger Padavin, der sich über die Anschauungen der Regierungskreise im ganzen ziemlich gut unterrichtet zeigt, bei Ováry, S. 433 f. und in Übersetzung bei Gindely, Waldstein I, 166.

Eggenberg mit dem General am 25. November eine Zusammenkunft in Bruck an der Leitha. Hier gelang es Wallenstein, sein bisheriges Vorgehen in den Augen des Fürsten und dann auch des Kaisers zu rechtfertigen und die Forderungen durchzusetzen, welche er als Bedingungen für die Beibehaltung des Oberkommandos stellte. Die Verhandlungen sind leider geheim gehalten worden, und nur Gerüchte oder Erfindungen kamen hierüber in Umlauf [1]). Doch darf man als sicher annehmen, daß es Wallenstein gestattet wurde, den größten Teil seines Heeres sofort aus dem ihm verhaßten Ungarn nach Böhmen, Mähren und Schlesien in die Winterquartiere zu verlegen und es bis zum nächsten Frühjahr durch neue Werbungen zu ergänzen. Es hieß, daß er sich erboten habe, dasselbe bis auf 70000 Mann zu bringen, und daß der Kaiser dazu seine Zustimmung gegeben habe [2]). Doch wollte er sich zur Ausrüstung und Erhaltung dieser Armee auch die notwendigen Mittel sichern und sich nicht mehr auf bloße Versprechungen der Regierung verlassen. Er verlangte, daß die in Böhmen erhobene Personalsteuer für die Dauer des Krieges ihm überlassen und unmittelbar an ihn abgeliefert werde. Trotz der

1) Daß der früher immer, auch von Ranke, Wallenstein, S. 51 f., als Quelle benutzte Bericht bei Aretin, Wallenstein, Urkunden, S. 1 ff., wertlos sei, hat Ritter, Zur Gesch. Wallensteins in „Deutsche Zeitschr. f. Geschichtswiss." 1890 IV, 1, 24 ff. dargethan, der zugleich das wirkliche Ergebnis der Verhandlungen klar zu legen versucht und wahrscheinlich gemacht hat, daß jener Bericht von einem der damals in diplomatischen Geschäften mit Vorliebe verwendeten Kapuziner, Valeriano Magni, verfaßt und an den Kurfürsten von Baiern gesendet worden sei. Eine Widerlegung desselben vonseiten eines Anhängers, vielleicht eines höheren Offiziers Wallensteins bei Tadra, S. 459, N. 1 und vollständiger bei Schebek, Lösung der Wallensteinfrage, S. 544 ff. Interessant ist, daß dieselbe bemerkt, zur Erklärung der Unterlassung des Angriffs auf Bethlen bei Dregely müßte man wissen, „was damalen in des Herrn Generalen, Betlehem Gabors und des Bassa von Bosnien Nativität für die (!) directiones, Quatrangel und Oppositiones gewesen".

2) Obige Zahl giebt nicht nur der erwähnte Bericht bei Aretin, sondern nach Gindely I, 167 auch Padavin in Depeschen vom 16. und 23. Dezember an.

Schwierigkeiten, welche die böhmische Kammer mit ihrem Präsidenten Slawata und andere Landesbeamte dagegen erhoben, mußte man endlich dieser Forderung nachgeben [1]).

Wenn aber auch Wallenstein von der Regierung die verlangten Summen für sein Heer nicht rechtzeitig erhielt, so wußten sich die Soldaten, besonders aber die Offiziere für die in Ungarn erlittenen Entbehrungen mehr als hinreichend zu entschädigen, als sie in die Winterquartiere kamen.

In Mähren wurden besonders die Güter des Kardinals Dietrichstein, mit dem Wallenstein persönlich verfeindet war, hart mitgenommen [2]). Noch mehr litt Schlesien, wo der größere Teil der Wallensteiner um Neujahr 1627 anlangte. Die dortigen Fürstentümer mußten nicht bloß Lebensmittel und Futter liefern, sondern auch wöchentlich eine mit den Obersten vereinbarte oder von diesen willkürlich festgesetzte Geldsumme für die Besoldung der Soldaten und einen Beitrag zur Ergänzung der Ausrüstung zahlen. Diese Summen waren für die damaligen Verhältnisse außerordentlich hoch, so daß man bald das bare Geld nicht mehr aufbrachte und goldene und silberne Gefäße, Tuch, Leinwand, Kleider oder Vieh geben oder Schuldverschreibungen ausstellen mußte. Das Fürstentum Breslau mußte monatlich 44850, Brieg 36000, die Herzogtümer Schweidnitz und Jauer 80000 Gulden entrichten. Die höheren Offiziere bereicherten sich dabei um so mehr, als die Truppenabteilungen immer für voll, eine Compagnie Fußvolk zu 300, die der Reiter zu 100 Mann gerechnet wurde, obwohl die wirkliche Stärke weit hinter diesen Zahlen zurückblieb, und sie sich außerdem noch besondere „Ergötzlichkeiten" verschafften. Was

1) Das Drängen Wallensteins wegen der böhmischen Kontribution, von der die Kammer wenigstens monatlich 14—15000 Gulden für andere Ausgaben reservieren wollte, zieht sich in dessen Briefen an Harrach vom 6. Dezember 1626 bis zum 9. März 1627 hin. Tadra, S. 465ff. Vgl. seine Schreiben an den Hofkriegsratspräsidenten Collalto bei P. v. Chlumecky, Die Regesten der Archive Mährens I, 1, Nr. 68. 72. 74. 80 und Gindely I, 168.

2) Gindely I, 287ff.

den Bürgern und Bauern übrig blieb, nahmen die Soldaten oft noch mit Gewalt weg. Auf nicht weniger als fünf Millionen Goldgulden schätzt der damalige Landeshauptmann den Schaden, den Schlesien durch diese Einquartierung erlitten hat [1]). Alle Klagen und Vorstellungen, die man in Wien machte, halfen nichts. Der Kaiser und die einflußreichsten Persönlichkeiten hörten die Deputierten freundlich an, aber man ließ den Dingen ihren Lauf. Wallenstein selbst zeigte sich verwundert, als sich die Bewohner von Oppeln über den Obersten Colloredo wegen Erpressung einer Geldsumme beklagten. Er finde keinen vernünftigen Grund, schreibt er seinem Schwiegervater, wegen 500 Reichsthaler, die ein Oberst in Ihrer Majestät Diensten verzehrt, gegen ihn vorzugehen. Man solle nicht allen „vor den Kopf stoßen; denn die gute Affektion der Offiziere ist es es einzig und allein, was den Kaiser erhält!“ [2])

Und dabei fand das unglückliche Land nicht einmal Schutz gegen die Feinde, da Wallenstein seine Truppen nicht ins Feld ziehen ließ. In den ersten Monaten des Jahres 1627 nahmen die Dänen unter Mitzlaff Pleß, Beuthen, Kosel und andere Städte in Oberschlesien weg und drangen in Mähren bis Sternberg vor.

Erst Anfangs Juni setzte sich Wallenstein von Prag, wo er den Winter zugebracht hatte, gegen Schlesien in Bewegung und begann am 19. Juni von Neisse aus die Operationen. Mit seiner weit überlegenen Macht hatte er bis Ende Juli den Feinden die Plätze, deren sich dieselben bemächtigt hatten, entrissen und dieselben teils zur Ergebung, teils zu einem eiligen Rückzuge nach Norddeutschland gezwungen, wo sie durch den Obersten Pechmann eingeholt und großenteils aufgerieben wurden [3]). Anfangs August brach er selbst mit dem größeren

1) Krebs, Die ersten Winterquartiere der Waldsteiner in Schlesien. „Zeitschr. f. Geschichte Schlesiens“ XX, 297—318. Vgl. Opel III, 215 ff.

2) Tadra, S. 475.

3) Opel III, 202 ff. 252 ff.

Teile seines Heeres, etwa 20000 Mann [1]), nach Niedersachsen auf.

Dort war bereits vor einem Jahre eine entscheidende Wendung erfolgt.

Als Wallenstein mit dem größten Teile seiner Armee den Zug nach Schlesien angetreten hatte, ergriff endlich Christian IV. von Dänemark die Offensive. Er zwang Tilly, welcher nach der Eroberung Göttingens Northeim belagern wollte, zum Abzuge und hatte nun die Absicht, sich durch das Eichsfeld auf die katholischen Stifter in Franken zu werfen oder gar nach Böhmen vorzudringen. Aber auf die Nachricht, daß sich ein Teil der von Wallenstein zurückgelassenen Truppen unter dem Obersten de Fours mit Tilly vereinigt habe, trat er den Rückzug gegen Wolfenbüttel an. Auf dem Wege dahin wurde er jedoch von Tilly eingeholt und am 27. August bei Lutter am Barenberge vollständig geschlagen, wobei die Kaiserlichen wesentlich zur Entscheidung beitrugen. Seine ganze Artillerie fiel in die Hände der Feinde, 2—3000 Mann wurden gefangen. Mit den Resten seines Heeres zog sich der König eiligst über die Elbe zurück, auf deren linken Seite er nur einige Festungen besetzt hielt. Auch die deutschen Fürsten, welche bisher auf seiner Seite gestanden, mit Ausnahme des Administrators von Magdeburg, Christian Wilhelms von Brandenburg, und der Herzoge von Mecklenburg, fielen von ihm ab und suchten die Gnade des Kaisers zu erlangen, der auch jede Bestrafung derselben unterließ.

Während des Winters erhielt zwar der Dänenkönig von England, Holland und Frankreich nicht bloß einiges Geld, sondern auch Truppen, so daß er ein bedeutendes Heer ins Feld

1) Nach einem Verzeichnis der Truppen bei Gindely I, 297 ließ Wallenstein 22500 Mann (gegen einen etwaigen Angriff Bethlens) in Mähren und Schlesien zurück, 30800 nahm er mit sich. Da der effektive Stand jener nach Wallensteins Schreiben bei Tadra, S. 491 nur 15000 Mann betrug, dürften auch diese nicht viel mehr als 20000 Mann betragen haben. Der wirkliche Stand blieb hinter dem Sollstand immer weit zurück.

führen konnte. Auch der alte Thurn und der Markgraf von Baden-Durlach hatten sich in seinem Lager eingefunden. Trotzdem machte Tilly Fortschritte, nahm Northeim und überschritt Anfangs August die Elbe. Als nun auch Wallenstein aus Schlesien herankam und am 1. September in Lauenburg mit Tilly zusammentraf, waren die Feinde auch an Zahl bedeutend schwächer. Da Tilly bei der Belagerung Pinnebergs verwundet wurde, fiel die Leitung der Operationen bald Wallenstein allein zu. In wenigen Wochen waren die entscheidendsten Erfolge errungen. Wallensteins Feldmarschall Graf Schlick, der auf dem äußersten rechten Flügel kommandierte, schloß ein dänisches Corps unter dem Markgrafen von Baden-Durlach im östlichsten Teile Holsteins zwischen Oldenburg und Heiligenhafen ein und zwang am 24. September den größeren Teil desselben zur Ergebung. Die meisten traten zu den Fahnen des Kaisers über. Die Dänen rasch verfolgend, drang Schlick durch Schleswig nach Jütland vor, schloß durch geschickte Bewegungen 28 Compagnieen Reiter und zwei Fähnlein Fußtruppen unweit Aalborg ein und zwang sie am 20. Oktober, die Waffen zu strecken. Wallenstein selbst brachte gleichzeitig die Festung Rendsburg zur Übergabe [1]). Am Ende des Jahres 1627 gab es auf dem Festlande wohl noch in einigen festen Plätzen dänische Besatzungen, aber kein dänisches Heer mehr.

Wallenstein hegte die Hoffnung, während des Winters, wenn das Meer zufror, auch die Inseln Fünen und Alsen in seine Gewalt zu bringen, und traf hiezu die notwendigen Anordnungen [2]).

Aber man trug sich mit noch viel weiter gehenden Plänen, der Gründung einer kaiserlichen Flotte in den nordischen Meeren, wozu Spanien seinen Beistand in Aussicht stellte [3]).

1) Diese Ereignisse, wie der dänische Krieg von 1627—1629, sind bei Opel III. B. weitläufig dargestellt worden.

2) Chlumecky, Regesten, Nr. 112. 114.

3) Eingehend haben darüber K. Reichard, Die maritime Politik der Habsburger im 17. Jahrhundert (Berlin 1867), Mareš, Die maritime Politik der Habsburger in den Jahren 1625—1628 in „Mitth. d.

Dieses hatte sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wiederholt mit dem Gedanken getragen, an der Nord- oder Ostsee eine zweite Operationsbasis gegen die Holländer zu schaffen und den gewinnbringenden Handel derselben nach diesen Gegenden zu hindern. Als Ende 1624 der Graf Georg Ludwig von Schwarzenberg in Begleitung eines Sohnes des Kaisers nach Spanien kam, eröffnete ihm der leitende Minister Olivarez den Plan, mit Hilfe der Hansestädte eine spanisch-deutsche Handelscompagnie zu gründen, welche, mit großen Privilegien ausgestattet, den Handel zwischen beiden Ländern betreiben und zum Schutze der Schiffahrt eine Anzahl von Schiffen ausrüsten sollte. Der Ausbruch des Krieges mit Dänemark drängte diesen Plan, den auf Rat Eggenbergs auch der Kaiser billigte, einige Zeit in den Hintergrund, aber nach dem Siege der kaiserlichen und ligistischen Waffen wurde er ernstlich wieder aufgenommen. Im September 1627 wurde Graf Schwarzenberg nach Lübeck geschickt, um die Hansestädte hierfür zu gewinnen. Der Kaiser sicherte ihnen seinen Schutz und seine Förderung zu, behielt sich aber eine bestimmte Steuer und das Recht vor, bei Streitigkeiten der Mitglieder die Entscheidung zu treffen. Schwarzenberg sollte im Einvernehmen mit Wallenstein vorgehen und dieser sich vor allem eines bequemen Hafens, womöglich Wismars, bemächtigen. Auch dem Könige von Polen stellte Spanien seine Unterstützung gegen Schweden in Aussicht, indem es in der Ostsee eine Flotte ausrüsten lassen wollte, welche aber dem Scheine nach unter dem Kaiser stehen und von ihm den Admiral und die Kapitäne erhalten sollte.

Wallenstein zeigte sich ganz enthusiasmiert von dem Gedanken der Flottengründung. Er zwang Wismar zur Ergebung und zum Versprechen, Schiffe zu stellen, besetzte und befestigte die Küstenstädte Mecklenburgs und Pommerns mit der Insel

Instituts" I, 541 ff. und II, 49 ff. und Gindely, Die maritimen Pläne der Habsburger und die Antheilnahme K. Ferdinand II. am polnisch-schwedischen Kriege. „Denkschriften d. kais. Akad." XXXIX. B. behandelt. Vgl. Opel III, 483 ff. 642 ff.

Rügen und betrieb die Ausrüstung von Kriegs- und Transportschiffen, während er durch den Obersten Arnim die dänische und schwedische Flotte in Brand stecken lassen wollte [1]).

Aber die Hansestädte, ohne deren Mithilfe der Plan doch nicht ausgeführt werden konnte, weigerten sich trotz der verlockenden materiellen Vorteile, welche ihnen ein Handelsmonopol mit Spanien gewähren konnte, die verlangten Schiffe zu stellen, teils aus Furcht vor Dänemark, welches mit Hilfe Schwedens, Englands und Hollands den Handel derselben vollständig zu vernichten drohte, teils aus Mißtrauen gegen die katholischen Mächte, von denen sie sich in ihrer Religion wie in ihrer Freiheit gefährdet glaubten. Gewalt anzuwenden, wie Schwarzenberg riet, schien aber doch nicht rätlich, weil man dadurch die Hansestädte zur Verzweiflung bringen und in die Arme Dänemarks oder Schwedens treiben konnte. Namentlich war auch Wallenstein dagegen, obwohl er im Februar 1628 zum „General des Ozeanischen und Baltischen Meeres" [2]) ernannt wurde. Er setzte sogar Ende März die Abberufung Schwarzenbergs durch. Damit erscheint auch der Plan der Gründung einer kaiserlichen Flotte mit offensiven Zielen aufgegeben, wenn auch in Wismar einige Schiffe zusammengebracht wurden.

War infolge des Scheiterns dieser Bestrebungen der dänische König von einer großen Gefahr befreit worden, so verschlimmerte sich seine Lage dadurch, daß 1627 zwischen Frankreich und England ein Krieg ausbrach und er infolge dessen von seinen bisherigen Bundesgenossen nur mehr wenig unterstützt wurde. Zwar beunruhigte seine Flotte die deutsche Küste, und im August 1628 unternahm er selbst mit einem Korps von 5—7000 Mann eine Landung in Vorpommern. Aber auch dieses wurde von Wallenstein bei Wolgast geschlagen

1) Zahlreiche Schreiben an Arnim vom 2. November 1627 an bei Förster, Wallensteins Briefe I, 124f. 140f. 143f. 150. 154. 157. 159f. u. s. w. Vgl. Gindely a. a. O., S. 21.

2) Diesen Titel führt er in Schreiben an Arnim vom 20., aber noch nicht in einem Patent vom 9. Februar bei Förster, Wallensteins Briefe I, 300. 304, Nr. 160. Vgl. Gindely, Waldstein I, 371.

und mit Verlust von vielen Toten und 1100 Gefangenen in das Meer zurückgetrieben [1]).

Dessenungeachtet nahm der König auch im Frühjahr 1629 den Kampf mit ungebrochenem Mute wieder auf und eroberte einen Teil Schleswigs. Doch wurde dem Kriege bald durch einen Friedensschluß ein Ende gemacht.

Wallenstein hatte schon im Herbste 1627 den Rat erteilt, der Kaiser solle nach der erwarteten Eroberung der jütischen Halbinsel mit Dänemark einen günstigen Frieden zustande zu bringen suchen, um seine Truppen gegen die Türken führen zu können, welche sich gegen die Verlängerung des Friedens zu sträuben schienen [2]). Er und Tilly hatten auch bereits durch den Herzog von Holstein-Gottorp dem König Anträge machen lassen, welche freilich kaum Aussicht auf Annahme hatten, da der König die von ihm noch besetzten Ortschaften räumen, die Kriegskosten und den aufseiten des Kaisers stehenden Herzogen von Braunschweig-Lüneburg den angerichteten Schaden ersetzen, auf die von seinen Söhnen erworbenen norddeutschen Stifter verzichten und dem Kaiser seinen Anteil am Herzogtum Holstein einräumen sollte [3]). Doch verging noch mehr als ein Jahr, bis die Verhandlungen, mit denen der Kaiser Wallenstein und Tilly beauftragte, am 23. Januar 1629 in Lübeck ernstlich begonnen wurden [4]).

Die Forderungen, welche vonseiten des Kaisers anfangs an Dänemark gestellt wurden, gingen noch weiter als die Bedingungen, unter welchen derselbe im Herbste 1627 zum Frieden bereit gewesen wäre. Der König sollte nicht bloß sich in die Angelegenheiten des Reiches nicht weiter einmischen, den Sund

1) Opel III, 628 ff.

2) Schreiben bei Chlumecky Nr. 98. 101. 103.

3) Gindely I, 298, der übrigens nicht ganz mit Recht diese Forderungen maßlos nennt. Sprach sich ja der Reichsvizekanzler Stralendorf in einem Gutachten an den Kaiser damals für die Eroberung und Annexion ganz Dänemarks aus! Hurter, K. Ferdinand II. IX, 524 f.

4) Über die Verhandlungen in Lübeck s. Hurter, K. Ferdinand II. IX, 608 ff. Gindely II, 90 ff. Opel IV, 698 ff. 718 ff.

den Feinden des Kaisers verschließen und den Freunden öffnen und auf Holstein verzichten, sondern auch Schleswig und Dithmarschen an den Kaiser und Jütland an den Kurfürsten von Sachsen abtreten oder sonst mit diesem eine Vereinbarung treffen, damit er die Lausitz wieder dem Kaiser einräume. Doch war der Kaiser schon vor dem Beginne der Verhandlungen zu einer bedeutenden Ermäßigung bereit und zufrieden, wenn er statt der Gebietsabtretungen Ersatz der Kriegskosten und Übernahme seiner Schuld an Sachsen erlangte.

Aber auch jetzt standen sich die Wünsche des Kaisers und die vom Dänenkönige gestellten Bedingungen schroff gegenüber, da dieser Ersetzung alles ihm zugefügten Schadens und für die Fürsten und Stände Niedersachsens allgemeine Amnestie und Zusicherung der freien Religionsübung und der freien Wahl für die Stifter verlangte. Im Laufe der Verhandlungen ermäßigten dann aber beide Teile ihre Forderungen. Die Überzeugung, daß Dänemark, wenn man es zum Äußersten triebe, den Krieg fortsetzen, und daß sich Gustav Adolf, dessen Vermittlung Wallenstein zurückgewiesen hatte, in denselben einmischen würde, bewogen Wallenstein, der besonders den Frieden wünschte, in einem gemeinschaftlich mit Tilly an den Kaiser gerichteten Schreiben diesem dringend zur Nachgiebigkeit zu raten. In der That erhielt der König alle seine Besitzungen zurück, ohne daß man auf einem Ersatz der Kriegskosten bestand. Dagegen erklärte er, sich in die Reichsangelegenheiten nicht mehr einzumischen, verzichtete für sich und seine Söhne auf die deutschen Hochstifter und ließ zugleich die zugunsten der Stände und Fürsten Niedersachsens gestellten Forderungen fallen, gab also auch die Herzoge von Mecklenburg preis. Auf dieser Grundlage wurde am 22. Mai 1629 Friede geschlossen.

Der Krieg in Deutschland war wiederum beendet.

---

# Viertes Kapitel.

## Wallensteins steigende Bedeutung. — Der Höhepunkt der kaiserlichen Macht. — Das Restitutionsedikt.

Mit den zunehmenden Erfolgen des Kaisers stieg auch der Einfluß und die Bedeutung Wallensteins, welcher durch die Aufstellung eines Heeres und seine Thaten im Felde jene vorzüglich ermöglicht hatte. Wenige Wochen nachdem sich dieser bei der Konferenz in Bruck mit Eggenberg über das weitere Vorgehen geeinigt hatte, am 4. Januar 1627, wurde sein Fürstentum Friedland zu einem Herzogtum erhoben, wobei allerdings die Lehensverbindung mit Böhmen und die Zahlung der allgemeinen Landessteuern wie früher vorbehalten blieb. Im Jahre darauf verlieh ihm der Kaiser noch ausdrücklich das Recht, Münzen mit seinem Bilde zu prägen, in den Adelsstand zu erheben und Ortschaften Stadtrechte zu verleihen [1]). Am 21. April 1628 ernannte ihn derselbe auch zum „General-Obristen-Feldhauptmann" über das ganze in seinem Solde stehende Kriegsvolk sowohl im Reiche wie in den Erblanden und erweiterte seine Befugnisse, indem er ihm namentlich das Recht verlieh, die Obersten und Kapitäne selbst anzustellen und für die Besetzung der Generalstellen Vorschläge zu machen [2]). Auch sein Gehalt, der bisher nur 2000 Gulden monatlich, weniger als der der übrigen Generale, betragen hatte, wurde am 15. Januar 1628 auf das Dreifache erhöht [3]), eine um so bedeutendere Summe, als Wallenstein die Ausgaben für

1) Beide Urkunden bei Förster, Wallensteins Prozeß, Urkk.-Buch, S. 42ff.

2) Gindely, Waldstein I, 372.

3) Gindely I, 57, das Dekret vom 25. Juli 1625, welches den Gehalt auf 2000 Gulden festsetzte, im Auszug bei Hallwich, Aldringen, S. 62. — Buquoy hatte 1618 monatlich 3000 Gulden erhalten. „Mitth. des k. k. Kriegs-Archivs" 1882, S. 448.

seine adeligen Leibgardisten, Lakeien und sonstigen Diener, selbst wenn er sich nicht im Felde, sondern auf seinen böhmischen Gütern aufhielt, dem Kaiser in Rechnung brachte [1]). Die Gnade des Kaisers erscheint um so größer, als er diesem Dekrete später bis zum 25. Juli 1625 rückwirkende Kraft verlieh und ihm für die verflossenen 33 Monate 198 000 Gulden auszuzahlen befahl [2]).

Schon früher schuldete der Kaiser seinem General bedeutende Summen. Denn dieser war nicht bloß Führer der Armee, sondern auch Lieferant, indem er aus seinen böhmischen Herrschaften auf der Elbe Getreide nach Norddeutschland führen ließ, bei seinem Verwalter Kleider und Schuhe für die Soldaten bestellte und, teilweise mit Hilfe des Kredits, den er bei reichen Kaufleuten genoß, Munition und andere Kriegsmaterialien anschaffte [3]). Da die elende Finanzlage und die trotz derselben am Hofe herrschende Verschwendung [4]) die Bezahlung der von Wallenstein vorgestreckten Summen unmöglich machten, so blieb nichts übrig, als diesen wiederum durch Abtretung von Gebieten zu befriedigen.

1) So nach seinen eigenen Schreiben an Arnim bei Förster, Briefe I, 132 und 167 (Nr. 98).

2) Gindely a. a. O. Es ist auffallend, daß sich der Kaiser als Schuldner über die ganze Summe und nicht bloß über den Mehrbetrag in der Höhe von 132 000 Gulden erklärte. Sollte Wallenstein von seinem Gehalt fast drei Jahre lang gar nichts erhalten haben?

3) Schottky, S. 99. Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesfürst, S. 361 f., Wallensteins Briefe I, 173. 256 und Wallensteins Prozeß, S. 23.

4) Der spanische Gesandte sprach 1626 dem Fürsten Eggenberg gegenüber öfter die Ansicht aus, daß der Kaiser zur Befriedigung der Bedürfnisse der friedländischen Armee „nicht sollten Bedenken haben, dero Garderobba, sollten es sogar die Erbkleinodien sein, eher als die Herrschaften zu verpfänden. Er verspür aber dazu gar schlechte Disposition, und welches noch viel ärger daß da schon bar Geld vorhanden, der wenigst Theil zu obgehörtem Intent angewandt, sonder auf allerhand Privatprätensiones derer, so viel bei Ihr K. M. vermögen, oder von den hohen Ministris recommandiert sein, spendiert werden". So schreibt der bairische Gesandte Leuker am 26. April 1626 an seinen Herrn. Gindely I, 150. Vgl. S. 78 den Bericht Padavins vom 25. Februar.

Im Frühjahr 1627 verlangte Wallenstein zur Befriedigung seiner Forderungen die Überlassung weiterer Herrschaften in Böhmen [1]) und begab sich selbst nach Wien, um die Erledigung dieser Angelegenheit zu betreiben. Der Kaiser überließ ihm am 1. September 1627 das schlesische Fürstentum Sagan, dessen Kaufsumme auf 150850 Gulden festgesetzt wurde. Doch zog er es vor, dieses ihm als Eigentum übertragene Land wie sein Fürstentum Friedland vom Kaiser zu Lehen zu nehmen [2]).

Aber ehe diese Angelegenheit noch ganz in Ordnung gebracht war, hatte Wallenstein seine Augen bereits auf ein größeres Herzogtum geworfen, nämlich auf Mecklenburg, dessen Herzoge sich durch die ausdauernde Unterstützung des Königs von Dänemark kompromittiert hatten. „Wegen Sagan", schreibt er am 29. Oktober 1627 seinem Vertrauten, dem Obersten Saint-Julien [3]), „habe ich meine Opinion bereits geändert und begehre nichts mehr in Ihrer Majestät Ländern; denn ich sehe, große Stücke sind schwer zu bekommen und unsicher zu halten." Er machte also den Vorschlag, daß der Kaiser ihm Mecklenburg ganz oder wenigstens zum größeren Teil verkaufen möchte, worüber aber der Oberst nur mit dem Fürsten Eggenberg und Werdenberg [4]) verhandeln sollte. Eggenberg sollte die Sache vorbereiten und die Räte dann bei seiner Ankunft in Wien selbst den Antrag stellen, worauf er sich anfangs ein wenig „spreizen", zuletzt aber annehmen wollte. Um auch die glaubenseifrigen Räte des Kaisers dafür zu gewinnen, stellte er die Errichtung zweier Jesuitenkollegien in Rostock und Wismar in Aussicht, „um dadurch die katholische Religion einzuführen". Schon früher [5]) hatte er dem Obersten Arnim Auf-

1) Bericht des päpstlichen Nuntius bei Gindely I, 226.

2) Förster, Wallenstein als Feldherr und Landesfürst, S. 70ff.

3) Mit andern Briefen Wallensteins an denselben mitgeteilt von O. Lorenz in „Jahrb. f. Meckenb. Gesch." XL, 93.

4) Statt Zerda, wie Lorenz immer schreibt, ist natürlich Werda zu lesen.

5) Am 9. Okt. bei Förster, Briefe I, 114f., Nr. 45.

trag gegeben, „alle Stücklein zu notieren, so der ältere Herzog von Mecklenburg gethan hat".

Als diese Angelegenheit beim Kaiser angeregt wurde, forderte er von seinen Räten ein Gutachten darüber.

Ein Teil derselben erklärte sich gegen die Beraubung der Herzoge von Mecklenburg, weil diese nicht schuldiger seien als andere Fürsten des niedersächsischen Kreises, und weil sich die Kurfürsten und die Könige von Dänemark und Schweden ihrer annehmen, der letztere dadurch in das Reich gezogen, die Mißstimmungen der Reichsstände noch vermehrt werden würden. Sie behaupteten übrigens, daß der Kaiser dem Herzoge von Friedland gar nichts schuldig sei, weil er sich durch die im Reiche erhobenen Kontributionen bezahlt gemacht habe. Im Notfalle könnte man den Herzogen eine Geldbuße auferlegen und bis zur Zahlung derselben Wallenstein einige Örter zum Pfande geben.

Aber die übrigen Räte [1]) sprachen sich in einem gerade entgegengesetzten Sinne aus. Man müsse einmal an einem Reichsfürsten ein Exempel statuieren, um die übrigen von weiteren Empörungen abzuschrecken. Die Übertragung Mecklenburgs an Wallenstein sei nur eine gerechte Belohnung seiner Verdienste, indem er seit langem dem Kaiser treu gedient, eine Armee von 100 000 Mann ohne Bezahlung aus dem Beutel des Kriegsherrn auf die Beine gebracht habe, ja aus den Kontributionen noch für die Bedürfnisse des Kaisers und zur Belohnung einiger Minister [2]) Geld nach Hofe schicke. Er allein besitze die Liebe wie die Furcht der Obersten, Offiziere und Soldaten; wenn er aus Mißmut zurückträte, hätte man niemand, der ihn ersetzen könnte. Auch im Interesse der katho-

1) Zu diesen dürften außer Eggenberg und Werdenberg auch Stralendorf und Nostitz gehört haben. S. Wallensteins Schreiben vom 15. Jan. 1629 in „Jahrb. f. Meklenb. Gesch." XL, 106.

2) Durch diese Äußerung der Räte erhalten die Gerüchte, daß er einflußreiche Räte und Minister, namentlich Questenberg, Werdenberg, ja selbst den Fürsten Eggenberg bestochen habe (Gindely II, 376 ff.), jedenfalls eine gewisse Stütze.

lischen Religion sei der Kaiser zu diesem Schritte verpflichtet, und zeitlicher Sieg wie ewige Glorie würde ihm dafür zuteil werden [1]). Der letzte Gesichtspunkt, die Aussicht auf die Wiederherstellung der katholischen Religion und der eingezogenen Kirchengüter, dürfte auch die Geistlichen, besonders des Kaisers Beichtvater P. Lamormaini, welcher um diese Zeit am Hofe „alles regierte" [2]), bewogen haben, die Wünsche Wallensteins zu unterstützen.

Die Gründe, welche von den Freunden Wallensteins vorgebracht wurden, waren übrigens Nebensache. Es war die Not, welche zur Erfüllung seiner Forderungen drängte. Die Summe, um welche Sagan verkauft worden, war ja nur ein Tropfen auf einen heißen Stein gewesen und hätte nicht einmal hingereicht, die Rückstände des im Jahre darauf auch für die Vergangenheit erhöhten Gehaltes zu decken. Infolge des dänischen Krieges und der steten Vermehrung des Heeres stieg die Schuld des Kaisers an seinen Feldherrn auf Millionen [3]). Der Kaiser verkaufte diesem daher am 26. Januar 1628 ganz Mecklenburg in der Weise, daß die Kaufsumme das Fünfundzwanzigfache der Einkünfte betragen sollte. Von derselben sollten zunächst die auf dem Lande haftenden Schulden gezahlt, dann die nach erfolgter Prüfung als richtig anerkannten Forderungen Wallensteins an den Kaiser unter Hinzurechnung einer Gnadengabe von 700000 Gulden getilgt und der Rest wie die Güter der Rebellen, deren Einziehung in Aussicht genommen wurde, zur Befriedigung der kaiserlichen Armee ver-

1) Beide Gutachten bei Khevenhiller XI, 62ff.

2) So schreibt Kardinal Klesel 1625 an seinen Offizial und späteren Nachfolger in Wiener-Neustadt. Kerschbaumer, S. 349. Diese Äußerung wird, von anderen Nachrichten abgesehen, durch eine Depesche des päpstlichen Nuntius Caraffa vom 25. Nov. 1626 bei Gindely, Gegenreform., S. 179 bestätigt.

3) Was Wallenstein von seinem Gelde den Obersten zur Werbung ihrer Regimenter vorgestreckt, schätzte er in seinem Schreiben an den Hofkammer-Präsidenten vom 7. August 1627 allein auf weit über 600000 Gulden. „Archiv f. österr. Gesch." XIX, 33, Nr. 16.

wendet werden [1]). In welcher Höhe dann die Kaufsumme festgesetzt wurde, ist unbekannt; nach einem Berichte des päpstlichen Nuntius soll sie 4 000 000 Gulden betragen haben [2]). Nach dem Lübecker Frieden, am 16. Juni 1629, wurde dann Wallenstein vom Kaiser mit diesem Herzogtum belehnt [3]). In seinem schrankenlosen Ehrgeize sprach dieser übrigens den Wunsch aus, daß sich auch der Herzog von Pommern zu einer Feindseligkeit gegen den Kaiser hinreißen lassen möchte. Denn in diesem Falle, schreibt er an Arnim, „stände Pommern Mecklenburg gewaltig glatt an“ [4]).

Es war eine gewaltige Stellung, welche Wallenstein jetzt einnahm. Er war deutscher Reichsfürst und stand an der Spitze eines Heeres, welches von ihm ebenso abhängig war wie vom Kaiser als oberstem Kriegsherrn. Denn er teilte die Werbepatente aus, er ernannte die Obersten, an die sich in immer weiteren Kreisen die übrigen Offiziere und Soldaten anschlossen. Einen nationalen oder konfessionellen Charakter hatte diese kaiserliche Armada nicht; sie war so universell wie in der Theorie das Kaisertum selbst. Neben Deutschen dienten Wallonen, Kroaten und Italiener, denen besonders viele Offiziere angehörten; neben Katholiken Protestanten, wie denn auch mehrere Regimentsobersten Glieder der protestantischen Fürstenhäuser von Lüneburg, Lauenburg und Holstein waren, ein eifriger Protestant, der Oberst Hans Georg von Arnim, Wallensteins besonderes Vertrauen genoß. Das einigende Band war nur die gewaltige Persönlichkeit des Feldherrn und das Interesse, da jeder hier für seinen Ehrgeiz wie für seine Habsucht am leichtesten Befriedigung zu finden hoffte.

1) Die Urk. vollständig bei Förster, Wallensteins Prozeß, U.-B., S. 91. In dem an die Stände, Vasallen und Unterthanen Mecklenburgs gerichteten kaiserlichen Patente vom 1. Febr. 1628 bei Förster, Briefe I, 291 ff. ist freilich nur von einer Verpfändung bis zum Ersatz der Kriegskosten an Wallenstein die Rede.

2) Bericht vom 12. April bei Gindely I, 367, N. 1.

3) Förster, Wallensteins Prozeß, U.-B., S. 93 ff.

4) Am 11. August 1628 bei Förster, Briefe I, 391.

In der That war Wallenstein mit seiner Armee Herr von Deutschland, das unter einer Militärdespotie stand wie niemals früher oder später. Fast das ganze Reich, mit Ausnahme Baierns und Sachsens, deren Kurfürsten man nicht vor den Kopf zu stoßen wagte, und des Wallensteinschen Herzogtums Mecklenburg seufzte unter dem Drucke der kaiserlichen oder ligistischen Truppen. Weder Freunde noch Feinde, weder katholische noch protestantische Landesteile wurden dabei geschont. Niemand wagte Widerstand außer einigen Städten, darunter Stralsund, welches sich der Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung mit Gewalt widersetzte und dessen Belagerung durch Arnim und endlich durch Wallenstein selbst von weltgeschichtlichen Folgen wurde. Denn um sich vor den Kaiserlichen zu retten, nahmen die Bürger dänische und bald auch schwedische Truppen in ihre Stadt auf und schlossen am 3. Juli 1628 mit Gustav Adolf auf zwanzig Jahre ein Schutzbündnis, welches den schwedischen König zum Herrn der Stadt machte und sein späteres Eingreifen in die Verhältnisse erleichterte.

Und wie litten die Bewohner der Städte und Ortschaften, in denen Soldaten einquartiert wurden! Sie mußten diesen nicht bloß Wohnung, sondern auch Lebensmittel liefern oder zur Aufbringung des Soldes Kontributionen zahlen. Jedes Gebiet mußte dadurch nach kurzer Zeit vollständig erschöpft werden. Denn die Anforderungen der Soldaten, von denen sehr viele auch ihre Weiber oder Dirnen und ihre Kinder bei sich hatten, gingen über das heutige Maß der Entlöhnung oder Verpflegung weit hinaus. Nach mehreren Ordonnanzen Wallensteins aus den Jahren 1625 bis 1628 erhielt ein Gemeiner bei der Infanterie wöchentlich wenigstens 1¼, bei der Reiterei 2 Gulden, ein Hauptmann oder Rittmeister 75 bis 100, ein Oberst 300 bis 500 Gulden, oder im Falle der Naturalverpflegung ein Gemeiner in der Regel täglich 2 Pfund Fleisch, 2 Pfund Brot und 2 Maß Bier [1]). Bei den Ligisten waren

1) Fünf Ordinanzen Wallensteins hat Gindely I, 129—135 und II, 61—64 mitgeteilt.

wohl die höheren Offiziere geringer besoldet, aber die Gemeinen bekamen eher mehr als bei den Kaiserlichen [1]). Damit begnügten sich aber weder die Soldaten, welche oft auch die Einwohner in brutaler Weise mißhandelten, noch die Offiziere, und besonders letztere suchten sich durch Erpressungen und andere Kunstgriffe zu bereichern [2]), wobei es übrigens die Ligisten oft noch ärger trieben als die Kaiserlichen [3]), obwohl sie viel regelmäßiger besoldet wurden als diese. Wallenstein hielt zwar, ebenso wie Tilly, strenge auf Manneszucht, ließ Soldaten aufknüpfen und bestrafte auch höhere Offiziere, wenn sie es gar zu arg trieben, nahm Obersten ihre Regimenter und ließ einen von diesen, Görzenich, sogar hinrichten [4]). Aber das System als solches, das auch vom Kaiser gebilligt wurde [5]), war unerträglich. Wenn schon im September 1627 das Erzstift Magdeburg die seit weniger als zwei Jahren erhobenen Kontributionen auf 687 233 Thaler, die Stadt Halle allein auf 547 347 Gulden, die kleine Grafschaft Schwarzburg die erlittenen Schäden auf 1 271 999 Gulden, Pommern im Juli

1) S. die Verordnungen Tillys vom Jahre 1622 bei Opel II, 17 f., von 1623 bei Weeskamp, Das Heer der Liga in Westfalen, S. 223, von 1624 bei Gindely I, 134 und die Erörterungen und Mitteilungen Köpls in „Mitth. d. Inst." IX, 114 ff.

2) Gindely II, 319 ff. Einzelne Belege aus dem Jahre 1625 bei Gindely I, 136 ff., von 1626 bei Opel II, 470 ff. Vgl. Tillys Schreiben vom 26. Febr. 1627 bei Gindely I, 183. Klagen des Herzogs von Holstein vom 19. Dez. 1627, ebendas. I, 320. Über die Bedrückungen in Brandenburg s. I, 349 ff.

3) Vgl. A. Weeskamp, Das Heer der Liga in Westfalen, S. 112 f. 219 ff. Hademann in „Forschungen z. deutschen Gesch." I, 399 ff., Hurter, Zur Gesch. Wallensteins, S. 43 ff. und über die Bedrückungen der Altmark durch die Ligisten Gindely II, 131 f. und 259 f. selbst, der daher sehr mit Unrecht Wallenstein allein mit Vorwürfen überhäuft.

4) Zahlreiche Belege bei Förster, Briefe. Auch in dieser Beziehung hat Gindely I, 179 f. und II, 326 ff. Wallenstein Unrecht gethan. S. Hallwich, Gindelys Waldstein, S. 25 ff. und Wallenstein und Waldstein, S. 46 ff. Was jener in seinen Entgegnungen „Zur Beurtheilung A.'s v. Waldstein" I, 16 ff. und II, 14 f. dagegen bemerkt hat, widerlegt diesen im allgemeinen nicht.

5) Gindely I, 147.

1628 die für die kaiserlichen Truppen geleisteten Zahlungen auf 1727311 Thaler berechnete [1]), so darf man sich nicht wundern, daß Not und Elend in einzelnen Teilen eine unerträgliche Höhe erreichten, daß in brandenburgischen Städten wie in Halberstadt viele Hunderte von Häusern leer standen [2]), und daß, wie Wallenstein im Januar 1629 selbst dem Kaiser schrieb, die Länder, wo der Krieg geführt wurde, „im Grunde ruiniert waren, die Soldaten auf der Insel Rügen Hunde und Katzen aßen, und die Bauern aus Not und Desperation sich ins Meer stürzten" [3]).

Zu dem Drucke der Soldaten kam aber noch das beängstigende Gefühl, daß sich in einzelnen vom Kriege berührten Gegenden fast niemand seines Besitzes sicher fühlen konnte. Die kaiserliche Regierung ließ sich von dem Grundsatze leiten, daß auch Adelige, welche im Dienste ihrer Fürsten gegen den Kaiser gekämpft hätten, als Rebellen zu betrachten und ihre Güter der Konfiskation verfallen seien, wodurch man zugleich ein Mittel erhielt, die Geldforderungen höherer Offiziere zu befriedigen oder ihre Dienste zu belohnen [4]). Auch waren die Herzoge von Mecklenburg nicht die einzigen Fürsten, welche mit dem Verluste ihres Landes bedroht waren. Im Jahre 1629 suchte Pappenheim mit größtem Eifer Beweise für die Schuld des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, der ebenfalls auffeiten der Dänen gestanden, aber sich noch vor der Schlacht bei Lutter durch einen Ver-

1) Gindely I, 271ff. II, 80. — Ein Überschlag bei Hurter, Wallenstein, S. 246 schätzt die Kriegslast Pommerns bis August 1628 gar auf 2727311 Gulden.

2) Bericht der brandenburgischen Räte vom 18. März 1627 bei Gindely I, 333. Vgl. Berichte vom Jahre 1628 und 1629 ebendas. II, 131. 196.

3) Bei Chlumecky, Regesten, S. 94.

4) Schreiben des Kaisers an Wallenstein vom 16. Febr. 1628 im „Archiv f. österr. Gesch." XIX, 34. Auch bei der Übertragung Mecklenburgs an Wallenstein behielt sich der Kaiser ausdrücklich „der Particular Rebellen Güter" vor. Vgl. auch Ranke, Wallenstein, S. 72f. und Hurter, Wallenstein, S. 195f.

trag mit Tilly gesichert hatte. Von seinen Fürstentümern sollte Calenberg an diesen, Wolfenbüttel an Pappenheim selbst fallen, ein Projekt, das Wallenstein wenn nicht angeregt, doch wenigstens unterstützt hat. Die alten Fürsten sollten also immer mehr durch hohe Militärs verdrängt werden. Zwar scheiterte der Plan, weil Tilly selbst für den bedrohten Herzog eintrat und der Reichshofrat Bedenken trug, die Zusicherungen zu verletzen, welche dieser Feldherr dem Herzoge gemacht hatte [1]). Aber derselbe konnte nicht ohne Wirkung auf die Gemüter der protestantischen Fürsten bleiben, welche sich irgendwie kompromittiert hatten.

Auch unter den kaisertreuen, selbst den katholischen Fürsten nahm die Mißstimmung infolge des Schaltens Wallensteins immer mehr zu. Denn auch sie sahen ihre landesherrlichen Rechte durch das Militärregiment vielfach verletzt. Auch ihre Gebiete wurden durch Einquartierungen und Kontributionen bedrückt und ausgesogen, wobei die Offiziere einfach vorschrieben, was sie wollten, ohne sich um die Obrigkeiten viel zu kümmern. Während die deutschen Fürsten bisher mit Erfolg die Einführung einer regelmäßigen Reichssteuer verhindert hatten, mußten sie jetzt zusehen, wie ohne Befragung der Reichsstände Abgaben und Leistungen in nie erhörter Höhe eingehoben wurden. Und während Wallenstein auch in ligistische Landesteile seine Soldaten legte, wurden ihren eigenen Truppen nur die ausgesogenen Gebiete des nordwestlichen Deutschland zur Einquartierung überlassen, so daß dieselben die größte Not litten. Auch traten nicht bloß viele untergeordnete [2]), sondern auch einzelne der hervorragendsten Offiziere, z. B. Gallas, aus dem Dienste der Liga in das Heer Wallensteins über, der ihnen einen höheren Sold zahlte.

Da darf man sich nicht wundern, daß gerade die Mitglieder der Liga, welche vom Kaiser für die ihm geleistete

1) O. Klopp, Tilly I, 505 ff.

2) Schon am 26. Febr. 1627 schreibt Tilly an den Kurfürsten von Baiern, daß nicht weniger als 300 Offiziere aus dem Heere der Liga in die friedländische Armee übergetreten seien. Gindely I, 186.

Unterstützung Dank und Förderung erwartet hatten und jetzt wie versteckte Feinde behandelt wurden, am unzufriedensten, daß sie, besonders der Kurfürst von Baiern, von Mißtrauen gegen den kaiserlichen Feldherrn erfüllt wurden und ihre Rechte gegen ihn und seine Offiziere zu schützen suchten.

Schon im Sommer 1626, als Wallenstein bei Durchzügen auch einige mitteldeutsche Stifter mit Einquartierungen nicht verschonte, weil er kursächsisches Gebiet meiden mußte, sprach der baierische Gesandte sogar dem Kaiser gegenüber den Verdacht aus, daß jener die ligistische Armee zugrunde richten wolle [1]. Von da an hören die Klagen der Mitglieder der Liga über die Gewaltthaten und Erpressungen der Truppen Wallensteins nicht mehr auf. Aber wie sollte man denselben abhelfen, wenn man die Soldaten nicht regelmäßig bezahlen konnte? Der Kaiser und seine Minister beschränkten sich auf leere Versprechungen oder wiesen die Beschwerden an Wallenstein, der beim Mangel an Geld wohl den ärgsten Ausschreitungen Einhalt thun, aber sie nicht ganz beseitigen konnte [2].

Ein Ligatag, der im Februar und März 1627 in Würzburg abgehalten wurde, beschloß die Abordnung einer eigenen Gesandtschaft an den Kaiser, um sich über das Verhalten der Völker Wallensteins, über die Verdrängung der ligistischen

1) Gindely I, 153.

2) Beispiele bei Hurter, Zur Geschichte Wallensteins, S. 74 ff. O. Klopp, Dreißigjähr. Krieg II, 594 ff. 700 ff. 747 ff. und Gindely I, 171 ff. Von den eigenen Äußerungen Gindelys muß man freilich absehen. Wenn er z. B. I, 155 und II, 330 ff. behauptet, daß Wallenstein die Kontributionen zu seiner eigenen Bereicherung benutzt habe, so bringt er dafür keinen Beweis, im Gegenteile meldet ein ligistischer Gesandter am 19. Juni 1627 a. a. O., S. 257: „Diese und andere dergleichen dem Herzog von Friedland erfolgte Contributiones werden nach Sag des P. Lamermans von ihm Ihr Kais. Mt. ordentlich verrechnet“, was sich übrigens auch aus wiederholten Äußerungen Wallensteins ergiebt. Vgl. auch Hallwich, Wallenstein und Waldstein, S. 66 ff. Natürlich schließt diese Verrechnung nicht aus, daß von manchen Offizieren Gelder erpreßt wurden, die sie nicht verrechneten, wie sie sich denn auch dadurch bereicherten, daß die Truppenteile immer als voll berechnet wurden, auch wenn dies nur zu einem geringen Teile der Fall war.

Truppen aus ihren Quartieren, über die Erhebung der Kontributionen und die Anweisung von Musterplätzen auch in den Gebieten der Liga zu beklagen. Der Kaiser zeigte den besten Willen, versprach Abhilfe, Sendung der geworbenen Truppen auf den Kriegsschauplatz und Bestrafung der Ausschreitungen. Er gab auch an Wallenstein entsprechende Weisungen. Aber auf die gewünschte Verminderung der Armee ging er nicht ein, wie dies bei der Fortdauer des Krieges mit Dänemark und der Gefahr einer Einmischung Bethlens und Gustav Adolfs natürlich war. Infolge dessen konnten auch die Lasten nicht wesentlich vermindert werden [1]).

Um einen größeren Druck auf den Kaiser auszuüben, beschlossen die Kurfürsten von Mainz und Baiern die Einberufung eines Kurfürstentages, wozu der Kaiser nur ungern seine Zustimmung gab. Derselbe trat im Oktober 1627 in Mühlhausen in Thüringen zusammen, und zwar fanden sich der Erzbischof von Mainz und der Kurfürst von Sachsen persönlich daselbst ein [2]). Wieder wurde eine Gesandtschaft an den Kaiser beschlossen, dieser aber auch eine Beschwerdeschrift mitgegeben, in welcher die Kurfürsten über die bei den Werbungen vorkommenden Mißbräuche, über die infolge dessen notwendigen maßlosen Kontributionen, über die Mißachtung der Reichsstände, selbst der Kurfürsten, und über die Verletzung der Gewohnheiten und Freiheiten des Reiches die schärfsten Klagen erhoben. Sie verlangten, daß noch vor Eintritt des Winters ein Teil der kaiserlichen Armee entlassen und bei dieser „ein solches Directorium verordnet werde, zu welchem die Stände ein gutes Vertrauen haben könnten"; ja, sie drohten dem Kaiser, wenn den Bedrückungen nicht abgeholfen würde, auf solche Mittel bedacht zu sein, wodurch „die Kurfürsten

1) Die auf den Ligatag und die folgenden Verhandlungen mit dem Kaiser bezüglichen Akten bei Gindely I, 235—260. Vgl. Hurter, Zur Gesch. Wallensteins, S. 86 ff. O. Klopp II, 759 ff.

2) Vgl. mit den Akten bei Gindely I, 260—286: Hurter, K. Ferdinand II. IX, 540 ff. und Zur Gesch. Wallensteins, S. 100 ff. O. Klopp II, 794 ff. 802 ff. Opel III, 374 ff.

und Stände bei des Reiches Satzungen und ihrem hergebrachten Stande erhalten und das hochbedrängte Vaterland vor endlichem Ruin salvirt werden möge".

Auf Ferdinand II. und dessen Räte machten diese Vorstellungen um so weniger Eindruck, als der mächtigste der Kurfürsten, Maximilian von Baiern, welcher die Gunst des Kaisers nicht verlieren wollte, um die Umwandlung des lebenslänglichen Besitzes der Kurwürde in einen erblichen durchzusetzen, im geheimen erklären ließ, daß er mit den in Mühlhausen gefaßten Beschlüssen gar nicht einverstanden sei [1]).

Aber gerade Maximilian erhielt in der nächsten Zeit besondere Gründe zur Unzufriedenheit. Die von Tilly verlangte Ausdehnung der Winterquartiere für die ligistischen Truppen wurde von Wallenstein nur teilweise gewährt, indem denselben außer den früher besetzten Gebieten nur die Altmark, nicht aber auch Mecklenburg eingeräumt wurde [2]). Zugleich wurden jetzt kaiserliche Truppen nahe der bairischen Grenze bei Ulm und Memmingen einquartiert und trotz der Vorstellungen des Kurfürsten daselbst gelassen. Gleichzeitig berichtete ihm „eine gewisse Person, die um dergleichen Sachen gute Wissenschaft hat" [3]), Wallenstein, welcher in der That bei seinem leidenschaftlichen Charakter in seinen Äußerungen oft sehr unvorsichtig war, führe weit aussehende Reden, z. B. „er wolle die Kurfürsten mores lehren; sie müßten von dem Kaiser, nicht der Kaiser von ihnen abhängen; es gebühre des Kaisers Sohne die Nachfolge im Reiche ohne weiteres, und es bedürfe der Wahl nicht". Ja, wie Räte des Kaisers selbst bemerkten [4]), hatte er sich einmal offen verlauten lassen, man brauche keine

1) S. die Instruktion für seinen Gesandten am 21. Nov. bei Gindely I, 313 ff.

2) Die Verhandlungen bei Gindely I, 308 ff. 317 ff.

3) Bericht Maximilians an den Kurfürsten von Köln vom 21. März 1628 bei Gindely I, 378. Die „gewisse Person" war wohl sein gleich zu erwähnender Agent, der Kapuziner Alexander von Ales oder dessen Freund P. Valeriano Magni. Vgl. unten S. 343, N. 1.

4) In dem einen der beiden Gutachten über die Übertragung Mecklenburgs an ihn, bei Khevenhiller XI, 62.

Kurfürsten und Fürsten mehr, man müsse ihnen das Gasthütlein abziehen; wie in Frankreich und Spanien, so solle auch in Deutschland nur Ein Herr sein.

Bald trafen in München noch aufregendere Nachrichten ein. Einer der Agenten des bairischen Kurfürsten am kaiserlichen Hofe, der Kapuziner Alexander von Ales, erhielt im April 1628 von einem „Freunde", einer „hervorragenden Persönlichkeit", wahrscheinlich einem anderen Kapuziner P. Valeriano Magni, dem Sprößling eines vornehmen Mailänder Geschlechtes, der in Böhmen eine einflußreiche Stellung einnahm, vertrauliche Mitteilungen [1]), welche ihn im hohen Grade beunruhigten. Wallenstein, der alle Minister des Kaisers, selbst Eggenberg, bestochen und auch den Beichtvater desselben durch eine Spende von 20 000 Thalern und die in Aussicht gestellte Errichtung von Jesuitenkollegien und Konvikten gewonnen habe und den Rat des Kaisers wie diesen selbst unbedingt beherrsche, arbeite vor allem auf den Ruin der Liga hin, um allein an der Spitze einer Militärmacht im Reiche zu stehen und unbeschränkter Herr zu sein. Er sei aber auch ein Gegner des Sohnes des Kaisers, des Königs Ferdinand III., weil dieser weder verschwenderisch noch furchtsam sei und pünktlichen Gehorsam verlange; wenn der Kaiser mit Tod abginge, könnte man in den kaiserlichen Erblanden häßliche Dinge erleben. Wenige Wochen darauf erhielt der Kurfürst einen weiteren Bericht aus derselben Quelle, worin Wallenstein offen beschuldigt wurde, daß er sich nach dem Tode des Kaisers, „der auch beschleunigt werden könnte", zum Herrn, „zum Erbkönig von Deutschland und Kaiser des Westens" machen wolle, was ihm, nachdem er die Kurfürsten ins Elend gebracht, mit Hilfe seines Heeres leicht möglich sei, weil dieses

1) Diese wie die folgende Relation vom 21. Mai in italienischer Sprache bei Aretin, Urkunden, S. 23 ff. und in deutscher Übersetzung bei Hurter, Zur Geschichte Wallensteins, S. 202 ff. 214 ff., Schebek, Lösung der Wallensteinfrage, S. 64 ff. und Gindely II, 5 ff. und 16 ff. Über den Autor s. Ritter, Zur Gesch. Wallensteins a. a. O., S. 38 ff., über Valerian Magni Gindely, Gegenreformation, S. 160 ff. Vgl. Opel III, 587 ff.

nach Ferdinands II. Ableben nur ihm und dem künftigen Kaiser, aber nicht dem jetzigen Könige von Ungarn oder einem andern Fürsten des Hauses Österreich verpflichtet sei.

In der That besaß auch Wallenstein an der Spitze seines Heeres, das gerade um jene Zeit durch neue Werbungen immer mehr anwuchs, eine gewaltige Macht, weil dieses durch die letzten Verfügungen des Kaisers noch enger an ihn gekettet worden war und nur durch den obersten Anführer zusammengehalten wurde. Aber obwohl Wallenstein einen brennenden Ehrgeiz besaß, so fehlt es doch an jedem Beweise, daß die Pläne, welche ihm in diesen Berichten des Kapuziners wie in denen einzelner Diplomaten, wenn auch von diesen nur auf Grund von Gerüchten, zugeschrieben werden [1]), von ihm wirklich gehegt worden seien. Es waren Beschuldigungen, welche seine Feinde ausstreuten und verbreiteten, während andere ihm vielmehr die Absicht zuschrieben, den Kaiser zum absoluten Herrn Deutschlands zu machen und dieses in ein Erbreich zu verwandeln. Und es scheint doch, daß die letzteren ihn richtiger beurteilten, daß er in diesen Jahren für ein mächtiges Kaisertum stritt, unter dessen Schutz und als dessen Heerführer er emporgekommen war und noch weiter steigen konnte, das allein ihn gegen seine Feinde zu schützen vermochte.

Maximilian von Baiern, der „nicht nur des ganzen römischen Reiches und seiner Stände Wohlfahrt und Libertät, sondern vorderist auch der Herrn Kurfürsten Hoheit und Vor-

1) „Die einen hegen den Verdacht, daß man (am kaiserlichen Hofe) das Reich zu unterjochen und wie Böhmen und Mähren erblich zu machen beabsichtigte, und es fehlt nicht an Leuten, die es nicht für unmöglich halten, daß den Herzog von Friedland eine Laune zu seinen eigenen Gunsten erfasse", schreibt der päpstliche Nuntius Palloto am 10. Juni 1628 an den Kardinal Barberini bei Gindely II, 26, und ebenso unbestimmt drückt sich der von Philipp III. nach München geschickte Präsident Bruneau in seiner Depesche vom 26. Sept. 1629 (ebendas. II, 226 = 224 R.) aus, wo sich das „hazer el imperio hereditario" nach dem folgenden Satze nicht auf Wallenstein, sondern nur auf das Kaiserhaus beziehen kann.

rang" in Gefahr sah [1]), regte im März 1628 seinem Bruder, dem Kurfürsten von Köln, wie jenem von Mainz gegenüber den Gedanken an, daß die Kurfürsten zusammenkommen und alle oder wenigstens die von Mainz und Sachsen sich persönlich zum Kaiser begeben und diesen auf andere Wege zu bringen versuchen sollten. Nach dem Eintreffen der Kapuzinerberichte riet er noch dringender dazu und brachte auch schon militärische Maßregeln in Vorschlag [2]). Der Erzbischof von Mainz, Georg Friedrich von Greifenklau, berief nun in der That die katholischen Kurfürsten nach Bingen, wo Vertreter derselben Ende Juni zusammenkamen. Der bairische Bevollmächtigte stellte hier geradezu den Antrag, man solle den Kaiser um die Absetzung Wallensteins ersuchen. Dieser Vorschlag wurde zwar nur für den Fall angenommen, wenn der Kaiser die in einem Schreiben an den Kurfürsten von Mainz gemachten Versprechungen nicht hielte. Aber es wurde schon jetzt der noch weiter gehende Beschluß gefaßt, wenn die Bedrückungen nicht aufhörten, die ligistische Armee zur Abwehr derselben zu verwenden, die beiden protestantischen Kurfürsten zur Mithilfe einzuladen und dies auch dem Kaiser mitzuteilen [3]). Zugleich zeigten sich alle Kurfürsten abgeneigt, zur Vornahme der vom Kaiser gewünschten Wahl seines Sohnes zum römischen Könige zusammenzutreten, so lange die Einquartierungen in ihren Gebieten fortdauerten [4]).

Vor allem die Vereitelung dieses Lieblingswunsches dürfte den Kaiser zum Einlenken bewogen haben. Noch vor dem Konvente in Bingen hatte er den Hofkriegsratspräsidenten Collalto an Wallenstein gesendet, um zunächst die Abdankung eines Teiles der Reiterei zu veranlassen [5]). Obwohl Wallen-

1) Schreiben an den Kurfürsten von Köln vom 21. März 1628 bei Gindely I, 378, die folgende Instruktion für seinen an den Mainzer gesendeten Vizekanzler Richel vom 22. März S. 382 ff.

2) Hurter, S. 199 ff. 212 f.

3) Hurter, S. 225 ff. Vgl. Gindely II, 50 ff.

4) Daß auch der Kurfürst von Sachsen so dachte, zeigt die Äußerung des geheimen Rates Schönberg bei Gindely II, 120.

5) Gindely II, 43. Daß dies nicht, wie Hallwich, Gindelys

stein nur 4000 Mann abdanken und dann statt der entlassenen Reiter ebenso viele Fußgänger anzuwerben wünschte [1]), so machte doch diesmal der Kaiser Ernst. Er ließ seinen Feldherrn durch den Hofkriegsrat Questenberg, welchen er Anfangs September 1628 an ihn sendete, aufmerksam machen, daß die Folge der übermäßigen Heeresstärke der gänzliche Ruin und ein allgemeiner Aufstand der Unterthanen oder eine Meuterei der Soldaten und die Verzehrung seiner Kräfte wie jener der getreuen Reichsstände sein, die Soldrückstände sich häufen, die Mittel zur Erhaltung des Heeres abnehmen würden [2]). Er betonte in einem eigenhändigen Schreiben an Wallenstein [3]), daß seine und seines Hauses Autorität und Hoheit von der raschen Beseitigung der Kriegsbeschwerden und der Abdankung des überflüssigen Kriegsvolkes abhänge und daß er, wie jener selbst wisse, nicht die Absicht habe, „durch Macht und andere Mittel, als die Reichsverfassung und seine Wahlkapitulation mit sich bringt, sein Haus zu stabiliren".

In der That wurden nun durch Collalto von den westlich von der Elbe, also entfernt vom Kriegsschauplatze, lagernden 24156 Reitern 12556 verabschiedet und auch 60 Soldaten wegen ihrer Ausschreitungen hingerichtet, mehrere Offiziere entlassen oder eingekerkert [4]). Doch entsprach dies noch lange nicht den Erwartungen der Reichsfürsten und auch nicht den Versprechungen des Kaisers, welcher, wie er auch an Wallenstein gemeldet, dem Gesandten des Herzogs von Baiern hatte

„Waldstein", S. 28 anzunehmen scheint, von Wallenstein angeregt war, sondern der Initiative des Kaisers entsprang, ergiebt sich aus dem Anhange der Instruktion für Questenberg vom 7. Sept. 1628 bei Aretin, Urkk., S. 46 doch mit ziemlicher Sicherheit.

1) S. seine Schreiben an Collalto vom 17. Juni, 10. Juli, 15. und 17. August bei Chlumecky, S. 75 ff.

2) In der erwähnten Instruktion für Questenberg. Eine Nebeninstruktion bei Hurter, S. 258, Gindely II, 115.

3) Vom 6. Sept. bei Hurter, S. 259.

4) Collaltos Bericht an den Kurfürsten von Sachsen vom 20. Sept. bei Gindely II, 64 ff. mit einem Verzeichnis der vorgefundenen und beibehaltenen Reiterei.

sagen lassen [1]), daß nach seiner Ansicht außer dem zur Besetzung der Küstengebiete und gegen Dänemark notwendigen Kriegsvolke 5000 zu Fuß und 3000 Reiter genügen, und daß die Rheinlande, Schwaben, Franken, Thüringen und die Lausitz, wo Wallenstein jetzt noch Truppen eingelagert hatte, ganz geräumt werden könnten.

Thatsächlich wurden jedoch diese Länder von den Einquartierungen nicht befreit, wodurch der Kurfürst von Sachsen in eine immer üblere Stimmung versetzt wurde. Auch Brandenburg, welches seit 1627 durch die Kaiserlichen wie durch eine Abteilung der Ligisten auf das unerträglichste bedrückt wurde, erwirkte durch alle Vorstellungen und Bitten beim Kaiser und bei Wallenstein keine wesentliche Erleichterung [2]). Und wenn die am Beginne des Jahres 1629 mit Ernst und auch mit Erfolg angeknüpften Friedensverhandlungen mit Dänemark die baldige Möglichkeit der Entlassung des größten Teiles des kaiserlichen Heeres in Aussicht stellten, so wurde dafür aus Anlaß des mantuanischen Erbfolgestreites ein anderer Krieg begonnen, der auch zur Anhäufung von Truppenmassen in Süddeutschland die Veranlassung gab.

Der kinderlose Herzog von Mantua-Montferrat, Vincenz II. aus dem Hause Gonzaga, Bruder der Kaiserin Eleonore, der zweiten Gemahlin Ferdinands II., war 1627 dem Tode nahe. Der nächste männliche Verwandte war sein Vetter Karl, welcher durch seine Mutter Herzog von Nevers und Rethel geworden war. Auch Vincenz erkannte diesen als Erben an und gab zu, daß sich dessen Sohn Karl, der heimlich zu ihm nach Mantua gekommen war, mit seiner Nichte, der Tochter seines verstorbenen Bruders, vermählte. An dem Tage, wo die Hochzeit stattfand, am 25. Dezember 1627, schied Vincenz aus dem Leben, worauf sich Karl im Namen seines Vaters von den Einwohnern huldigen ließ. Da sich die Kaiserin

1) Bei Gindely II, 60.

2) Zahlreiche Berichte und Aktenstücke bei Gindely I, 322—361; II, 75—81 und 108—140.

für ihren Verwandten verwendete, so war Ferdinand II. nicht abgeneigt, demselben die Belehnung zu erteilen.

Aber auch andere Verwandte erhoben auf die Erbschaft Anspruch, und namentlich die Herzoge von Savoyen hatten solche schon längst auf einzelne Teile des Montferrat geltend zu machen gesucht. Sie erhielten eine Stütze an Spanien, welches verhindern wollte, daß ein Vasall Frankreichs, noch dazu ein Mann, der auch persönlich dessen Könige zugethan war, in Oberitalien festen Fuß fasse und dort die französischen Interessen fördere. Spanien begünstigte daher die Ansprüche Karl Emanuels von Savoyen, welcher sich jetzt von Frankreich trennte, und suchte den Kaiser zu bewegen, den Herzog von Guastalla, der einer entfernten Seitenlinie der Gonzaga angehörte, mit Mantua zu belehnen. Ein Teil der geheimen Räte, welche von Spanien regelmäßige Pensionen bezogen [1], brachte es auch wirklich dahin, daß der Kaiser mit Rücksicht auf die von verschiedenen Seiten erhobenen Ansprüche es für notwendig erklärte, zuerst als Oberlehnsherr die Rechtsfrage zu entscheiden, bis dahin aber das Land durch einen Kommissär verwalten zu lassen.

Schon früher hatte übrigens der Herzog von Savoyen einige Ortschaften besetzt und der spanische Gouverneur von Mailand die Belagerung Casales, der stärksten Festung des Montferrat, begonnen. Der Krieg wäre daher wohl auch dann unvermeidlich gewesen, wenn sich Nevers, welcher auf die Unterstützung Frankreichs rechnete, den Forderungen des Kaisers gefügt und dessen Rechtssprruche unterworfen hätte.

Doch wurden die Unterhandlungen noch längere Zeit nicht vollständig abgebrochen. Der Kaiser, welchen besonders die

1) Venier, welcher als Gesandter der Republik Venedig 1630 zu den Friedensverhandlungen nach Regensburg geschickt wurde, bezeichnet den Fürsten Eggenberg und die Grafen Collalto, Fürstenberg und Werdenberg als soli o principali authori des Krieges, während die Kaiserin, Wallenstein, Tilly, die Kardinäle Dietrichstein und Pázmány wie des Kaisers Beichtvater P. Lamormaini dagegen gewesen seien. Fiedler, Relationen der Botschafter Venedigs. F. R. Austr. Dipl. XXVI, 143—147. Vgl. auch Frankl, Pázmány II, 302 ff.

kirchlichen Würdenträger, der päpstliche Nuntius, sein Beichtvater [1]) und der wieder zurückgekehrte Kardinal Klesel von der Herbeiführung eines Krieges zwischen katholischen Mächten abzuhalten suchten, hätte am liebsten den Frieden in Italien aufrecht erhalten, wobei auch die Haltung Wallensteins von Einfluß war, welcher sich lange sträubte, einen Teil seiner Truppen über die Alpen zu senden. Die Spanier wurden durch die erfolgreiche Verteidigung Casales von jeder weiteren Unternehmung abgehalten. Anderseits war Frankreich durch die Belagerung La Rochelles in Anspruch genommen, wo die Hugenotten, von England unterstützt, einen verzweifelten Widerstand leisteten.

Erst als sich diese Festung am 30. Oktober 1628 ergab, hielt Richelieu die Zeit für gekommen, den Spaniern offen entgegenzutreten und den Einfluß Frankreichs in Italien wieder herzustellen. Ihm schloß sich auch diesmal aus Furcht vor der Übermacht Spaniens Venedig an. Anfangs März 1629 erschien Ludwig XIII. mit Richelieu an der Spitze eines Heeres in Italien, nahm Susa, zwang den Herzog von Savoyen zum Abschluß eines Vertrages und nötigte auch den Statthalter von Mailand zur Aufhebung der Belagerung von Casale.

Dagegen hatte sich jetzt auch der Kaiser trotz des Widerstrebens Wallensteins entschlossen, zur Wahrung seines Ansehens und der Rechte des Reiches ein Heer unter Collalto nach Italien zu senden. Ende Mai 1629 bemächtigte sich der Graf Merode mit der Avantgarde des Luciensteiges und drang über Chur und den Septimer Paß nach Chiavenna vor. Im Herbste standen 20000 Mann im Mailändischen, von wo aus sie gegen das Gebiet von Mantua vorrückten. Da Ludwig XIII. nach Frankreich zurückgekehrt war, um die Hugenotten im südlichen Frankreich vollständig zu unterwerfen, der größere Teil der venetianischen Truppen aber kriegsuntüchtig und feige war, fanden die Kaiserlichen nur an der festen Hauptstadt

1) Ein Rechtfertigungsschreiben P. Lamormainis an den König von Spanien bei Dudik, Correspondenz K. Ferdinands II. und seiner Familie mit Martinus Becanus und P. Wilhelm Lamormaini. „Archiv" LIV, 245 ff.

ernstlichen Widerstand. Doch führte die Ansicht, daß man auch im milden Klima Italiens die Truppen in die Winterquartiere verlegen müsse, eine mehrmonatliche Waffenruhe herbei.

Unterdessen hatte Richelieu den innern Krieg mit der vollständigen Unterwerfung der Hugenotten beendet und überschritt Ende Februar 1630 neuerdings mit einem Heere die Alpen. Aber auch diesmal begnügte er sich damit, dem Herzoge von Savoyen, welcher sich wieder auf die Seite des Hauses Habsburg gestellt hatte, die Festung Pignerolo und die umliegenden Schlösser wegzunehmen, ohne sich um den Kampf im Mantuanischen zu kümmern, wo die Kaiserlichen Anfangs April den Feldzug wieder eröffnet hatten. Ihre Lage war nicht sehr günstig, da sie höchstens noch 18000 Mann zählten, während Mantua, welches auf drei Seiten durch den See, auf einer Seite durch feste Werke geschützt war, eine Besatzung von 10000 Mann hatte und ein venetianisches Heer von 13500 Mann in der Nähe stand. Aber dieses wurde von Gallas, welcher statt des erkrankten Collalto das Kommando führte, am 29. und 30. Mai unweit Valeggio geschlagen und zerstreut, am 18. Juni auch Mantua von Aldringen durch nächtlichen Überfall genommen, worauf die reiche Stadt und das herzogliche Schloß von den Soldaten drei Tage lang geplündert wurden [1]).

Der Ausbruch dieses Krieges hatte nicht bloß eine weitere Verminderung des kaiserlichen Heeres unmöglich gemacht, sondern auch Anlaß zu neuen Werbungen und zur Ansammlung größerer Scharen in Süddeutschland Anlaß gegeben. Dagegen wollte der Kaiser der Liga verwehren, einige Regimenter aus dem erschöpften Niedersachsen nach Franken und Schwaben zu verlegen, und verlangte auch von ihr die Reduktion ihrer

1) Über diesen mantuanischen Krieg hat am besten Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik Venedigs II, 73 ff. gehandelt. Über die Plünderung s. dessen „Unglückstage von Mantua" in „Zeitschr. f. Allg. Gesch." II, 712 f. Vgl. auch Hallwich, Gestalten aus Wallensteins Lager. I. Merode, S. 21 ff., Gindely, Waldstein II, 204 ff.

Truppen, während sie dieselben zum Schutze gegen die gefürchteten Anschläge Wallensteins für notwendig hielt. Verschiedene Vorstellungen, welche von den katholischen Kurfürsten dem Kaiser gemacht wurden, hatten noch weniger Erfolg als früher, weil man jetzt eine große Armee gegen Frankreich, Schweden und Holland für notwendig hielt [1]). Infolge dessen berief der neue Erzbischof von Mainz, Anselm Kasimir von Wambold, auf den Wunsch des Kurfürsten von Baiern für den Dezember 1629 eine Bundesversammlung der Liga nach Mergentheim, wo man auch darüber beraten wollte, ob man nicht geradezu eine Absetzung Wallensteins fordern sollte [2]), den man als den Urheber aller Bedrückungen ansah. Ja, Maximilian von Baiern ließ sich sogar in Unterhandlungen mit Frankreich ein, welches die Wahl Ferdinands III. zum römischen Könige zu hintertreiben und einen Separatfrieden der Liga mit Dänemark zustande zu bringen suchte. Wenn er auch die Anträge, welche ihm Richelieu durch den Baron Charnacé machte, nicht annahm, wies er sie auch nicht unbedingt zurück und hielt den wichtigsten Teil vor dem Kaiser geheim [3]).

Und während die Aufregung unter den Mitgliedern der Liga einen immer bedrohlicheren Grad erreichte, unternahm der Kaiser einen Schritt, welcher unter allen protestantischen Ständen den größten Schrecken hervorrief, die Erlassung des Restitutionsediktes [4]).

Die katholische Partei in Deutschland hatte die seit dem Augsburger Religionsfrieden erfolgten Einziehungen von Kirchengütern durch evangelische Reichsstände und die Besetzung von reichsunmittelbaren Stiftern und Bistümern mit Protestanten nie als rechtsgültig anerkannt und sich seit mehreren Jahrzehnten mit dem Gedanken getragen, dieselben bei günstiger

1) Gindely II, 141 ff.

2) Gindely II, 163.

3) Fagniez, Le père Joseph I, 261 ff. Vgl. Gindely II, 147 f. 161 f. und Opel III, 713 ff.

4) Tupetz, Der Streit um die geistlichen Güter und das Restitutionsedict. „Sitzungsber. d. kaiserl. Akad." CII, 315—566.

Gelegenheit wieder zurückzuverlangen. Nach den glänzenden Siegen des Kaisers und der Liga schien die Zeit dazu gekommen zu sein. Schon nach den Niederlagen Mansfelds und seiner Genossen hatte das Kammergericht wie der Reichshofrat in verschiedenen Fällen auf die von katholischer Seite erhobenen Klagen Reichsstädte, Grafen und Herren besonders Süddeutschlands zur Herausgabe eingezogener Kirchengüter verurteilt, und solche Entscheidungen wurden bei dem steigenden Glücke der katholischen Waffen immer zahlreicher. Endlich machte der streitbare Bischof von Augsburg, Heinrich von Knorringen, in Verbindung mit dem von Konstanz gegen den Herzog von Württemberg einen Prozeß wegen der Rückstellung von acht Klöstern auf einmal [1]) anhängig, so daß der Kaiser Bedenken trug, dieser Forderung Geltung zu verschaffen, und im Juli 1627 die gerade in Mühlhausen versammelten Kurfürsten um ihre Meinung befragte. Aber die katholischen Kurfürsten waren nicht einmal mehr damit zufrieden, daß diese wie andere Besitzfragen einzeln auf dem langsamen Prozeßwege erledigt würden, sondern verlangten, vielleicht veranlaßt durch den Reichsvizekanzler Stralendorf [2]), daß der Kaiser als oberster Richter über die viel erörterte Angelegenheit der seit dem Religionsfrieden eingezogenen Kirchengüter eine allgemeine Entscheidung fälle.

Ferdinand II. ging trotz seines katholischen Eifers nicht ohne weiteres auf diese Forderung ein, deren Erfüllung nach den Versprechungen, welche man dem Kurfürsten von Sachsen und anderen loyalen protestantischen Reichsständen 1620 gemacht hatte, auch nicht so leicht möglich war, sondern legte die Frage dem Fürsten Eggenberg, dem Reichsvizekanzler Stralendorf, dem Reichshofrate Nostitz und dem geheimen Rate Maximilian Grafen von Trauttmansdorf zur Begutachtung vor. Es ist nicht bekannt, in welcher Weise sich diese geäußert haben. Aber wir erfahren, daß doch nicht alle Räte des

1) Man schätzte die Einkünfte davon auf jährlich 170000 Thaler!

2) Opel III, 390 f. Daß der Kaiser schon damals einen Entschluß gefaßt hatte, ist aber nach dem Folgenden doch sehr zweifelhaft.

Kaisers in dieser Frage derselben Meinung waren. Einzelne erhoben wegen der Gefahren, welche man dadurch heraufbeschwor, ihre warnende Stimme. Wallenstein hat sich wenigstens später immer mißbilligend über dasselbe geäußert [1]). Die Mehrzahl der Räte war aber entschieden für die Erlassung des gewünschtes Ediktes, teils aus religiösem Eifer und aus Überzeugung von der rechtlichen Zulässigkeit desselben, teils aber auch aus Eigennutz, weil sie glaubten, daß dabei auch für die „treuen Diener des Kaisers“ etwas abfallen würde [2]). Nach langen Beratungen gab der Kaiser am 13. September 1628 einer Deputation geheimer und Reichs-Hofräte den Auftrag, die von den katholischen Kurfürsten erhobenen „Reichsgravamina“ zu erörtern und zu entscheiden. Am 6. März 1629 wurde das Edikt in der Form einer authentischen Auslegung des Augsburger Religionsfriedens bekannt gemacht.

Nachdem in der Einleitung der bisherige Streit um den Besitz der Kirchengüter im Sinne der katholischen Partei geschildert worden war, entschied der Kaiser, 1) daß alle seit dem Passauer Vertrage eingezogenen mittelbaren Stifter, Klöster und sonstigen Kirchengüter von den Katholiken wieder zurückgefordert, 2) alle reichsunmittelbaren Stifter und Bistümer wieder mit katholischen Geistlichen besetzt werden sollten, und 3) daß auch die katholischen Stände das Recht hätten, ihre Unterthanen zu ihrer Religion anzuhalten oder, wenn sich dieselben nicht fügten, sie auszuweisen, weil die entgegenstehende Verordnung Ferdinands I. nicht im Religionsfrieden enthalten und dem Kammergerichte nie bekannt gegeben worden sei. Diesem Gerichte selbst wurde aufgetragen, künftig in allen vorkommenden Fällen nach diesen Grundsätzen Recht zu sprechen. Zugleich erklärte der Kaiser, daß der Religionsfriede nur den Katholiken und den Anhängern der Augsburgischen Konfession von 1630 zu-

1) Schreiben an Collalto vom 11. Oktober 1629 bei Chlumecky, S. 180 (wo aber unter der „unzeitigen und scharfen reformacion“ nicht das Restitutionsedikt, sondern die Verminderung der Armee zu verstehen ist!) und dann noch öfter.

2) S. die von Tupetz, S. 373 angeführten Äußerungen.

gute komme, alle anderen „Sekten“ aber nicht geduldet werden sollten.

Selbst wenn man es für zulässig erkannte, daß der Kaiser ohne Befragung des Reichstages eine so wichtige Entscheidung fällte, und wenn diese dem Religionsfrieden vollkommen entsprochen hätte, so war dies Edikt vom politischen Standpunkt aus eine der verkehrtesten Maßregeln, die sich denken ließen, ganz geeignet, wie Collalto warnend bemerkt hatte, in Deutschland einen Religionskrieg zu erregen [1]). Nicht weniger als zwei Erzbistümer, Bremen und Magdeburg, und zwölf norddeutsche Bistümer waren mit Nichtbeachtung des geistlichen Vorbehaltes in die Hände der Protestanten gekommen und teils förmlich säkularisiert, teils wenigstens immer mit protestantischen Prinzen besetzt gewesen. Die eingezogenen Abteien, Collegiatstifter, Klöster und Kirchen betrugen mehr als 500. Es gab kaum ein protestantisches Fürstenhaus, das nicht hart betroffen und eines großen Teiles seiner bisherigen Einkünfte beraubt, kaum eine Reichsstadt, deren Schulen oder Wohlthätigkeitsanstalten nicht in ihrem Bestande gefährdet worden wären, und es ist natürlich, daß diese über den Kaiser auf das äußerste erbittert wurden.

Was aber das Edikt aus einer Besitzfrage zu einer Gewissensfrage machte, was die Unterthanen beängstigte, das war die ausdrücklich gestattete Anwendung des Reformationsrechtes in diesen Gebieten, die drohende zwangsweise Wiedereinführung des Katholicismus in Ländern, welche schon seit zwei bis drei Menschenaltern ganz protestantisch waren.

Gelang die Durchführung dieses Ediktes, so war die Bedeutung des Protestantismus als einer politischen Macht in Deutschland vernichtet, ja wahrscheinlich ging er hier überhaupt seinem Ende entgegen. Denn nicht bloß um seine Existenz in den ausgedehnten geistlichen Gebieten handelte es sich, auch in den weltlichen Fürstentümern war er sehr bedroht. Der Kurfürst von Baiern hatte in der Oberpfalz und in den östlich

1) Sein Gutachten bei Khevenhiller XI, 183 f.

vom Rheine gelegenen Teilen der Rheinpfalz, welche ihm 1628 für Oberösterreich überlassen wurden, gleich mit der Durchführung der Gegenreformation begonnen. In Norddeutschland war Mecklenburg bereits in katholischen Händen [1]), andere Gebiete von der Konfiskation bedroht. Dann würde die Zugehörigkeit mehrerer Fürsten und besonders zahlreicher Reichsstädte zum Calvinismus, der ja nicht geduldet werden sollte, oder irgendeine Abweichung von der „unveränderten" Augsburgischen Konfession Anlaß zur Unterdrückung des Protestantismus geboten haben, und wenn man die Macht hatte, würde man auch ohne rechtlichen Grund vorgegangen sein, wie es schon jetzt bei manchen Reichsstädten geschah, deren Bürger man mit Berufung auf die geistliche Gerichtsbarkeit der Bischöfe katholisch zu machen begann. Die Aufregung unter den Protestanten war denn auch ungeheuer. „Auch solche", schreibt Pappenheim im folgenden Jahre, „die an Aufstand sonst nie gedacht, seien durch das Edikt in Mißmut geraten" [2]).

Aber jeder Gedanke an Widerstand wurde durch die zahllosen Scharen Wallensteins und Tillys unmöglich gemacht. Die Kommissäre, welche der Kaiser in die verschiedenen Reichskreise schickte, um das Edikt durchzuführen, begegneten Bitten, Vorstellungen und rechtlichen Schwierigkeiten, aber wenigstens bei den schwächeren Reichsständen, an die man sich zunächst wagte, keiner ernstlichen Gegenwehr. Ein Kloster nach dem andern, eine Kirche nach der andern wurde für die Katholiken in Besitz genommen. Man begann im höchsten Norden Deutschlands mit der Errichtung von Kollegien der Jesuiten, welchen viele Besitzungen zugewiesen wurden, die früher anderen Orden gehört hatten. Man faßte den Plan, in Goslar eine katholische Universität zu gründen, um von da aus auch mit Waffen des Geistes auf die benachbarten protestantischen Gebiete zu

1) Wallenstein gründete am 31. Januar 1629 eine katholische Ritterakademie in Güstrow, sendete junge Adelige aus Mecklenburg in das von Jesuiten geleitete Konvikt in Gitschin und riet dem Kaiser die Einrichtung von Jesuitenschulen in Norddeutschland an. Opel III, 745 f.

2) Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly I, 326.

wirken. Und auch die Befriedigung der weltlichen Interessen wurde ins Auge gefaßt. Der Reichshofrat riet dem Kaiser, einen Teil der Einkünfte von den zurückerstatteten Klöstern und Stiftern zur Besoldung seines Heeres oder zur Abzahlung seiner Schulden zu verwenden, die ja nur im Interesse des Katholicismus gemacht worden waren, was freilich bei den Bischöfen der Liga, welche in denselben einen Ersatz für ihre Kriegskosten suchten, den lautesten Widerspruch erregte. Der zweite Sohn des Kaisers, der fünfzehnjährige Erzherzog Leopold Wilhelm, der schon 1625 seinem Oheim Erzherzog Leopold, welcher in den Laienstand zurücktrat und Tirol und die Vorlande erhielt, in den Bistümern Passau und Straßburg gefolgt war, bekam jetzt noch durch Provision des Papstes das Erzbistum Magdeburg, durch Wahl des Kapitels das Bistum Halberstadt wie die reiche Abtei Hersfeld und sollte auch noch mit Bremen und Minden ausgestattet werden, so daß sein Gebiet das jedes andern norddeutschen Fürsten übertroffen hätte.

---

# Fünftes Kapitel.

## Äußere und innere Opposition gegen die kaiserliche Macht. — Die Landung Gustav Adolfs in Deutschland und die Entlassung Wallensteins.

---

Hatte die Macht des Kaisers und der katholischen Partei in dem Jahre nach der Erlassung des Restitutionsedikts ihren Höhepunkt erreicht, so waren damals auch bereits Vorbereitungen getroffen, dieselbe wieder einzudämmen. Der Mann, der dies vorzüglich bewirkt hat, ist der Schwedenkönig Gustav Adolf.

Gustav Adolf hatte verschiedene Gründe, welche ihn bestimmen mußten, der Festsetzung des Kaisers in Norddeutschland besonders an der Ostsee entgegenzutreten. Er verdankte sein Recht auf den Thron ebenso wie Elisabeth von England dem Protestantismus. Der Übertritt des Königs Sigismund von Polen zum Katholicismus war die Ursache gewesen, daß er aus Schweden verdrängt und sein Oheim Karl, Gustav Adolfs Vater, als König anerkannt worden war. Sigismund gab aber seine Ansprüche nicht auf, und auch die Hauptvertreter des Katholicismus, der Kaiser, der König von Spanien und der Papst, erkannten ihn und nicht Gustav Adolf als rechtmäßigen König von Schweden an und waren bereit, ihn bei seinen Kämpfen mit demselben zu unterstützen. Im Frühjahr 1627 bot ihm Philipp IV. von Spanien hierzu die Mitwirkung einer Flotte an und suchte auch den Kaiser hierfür zu gewinnen. Mit dessen Zustimmung schickte Wallenstein dem Könige schon in diesem Jahre und dann wieder im Sommer 1628 einige tausend Mann nach Westpreußen, weil er überzeugt war, daß sich Gustav Adolf nach Überwältigung der Polen gegen den Kaiser wenden würde [1]), wogegen Gustav Adolf 1628 ein Schutzbündnis mit Stralsund schloß und diese Stadt gegen die Angriffe Wallensteins verteidigte.

Hatten so die Feindseligkeiten zwischen dem Kaiser und dem Schwedenkönige thatsächlich bereits begonnen, so hatte dieser noch einen andern Grund, in den deutschen Krieg einzugreifen. Seit seinem Regierungsantritte verfolgte er den Plan, Schweden zum herrschenden Staat an der Ostsee zu machen. Nach vieljährigen Kämpfen hatte er den Russen Ingermannland, den Polen Livland und einen Teil von Westpreußen entrissen; die ganze Ostküste und ein Teil der Südküste war in seinen Händen. Da tauchte das Projekt der Gründung einer deutschen Flotte in der Ostsee auf, das ihn um so mehr erschrecken mußte, als die Herrschaft des Kaisers auf diesem Meere nicht bloß seine eigenen Pläne zerstörte,

1) Gindely, Die maritimen Pläne der Habsburger, S. 8 ff. 31. 34.

sondern bei der Stellung desselben zum polnischen Könige sogar seinen Thron bedrohte. Daß der Krieg mit dem Kaiser auf die Dauer unvermeidlich sei, davon war er überzeugt. Es konnte sich nur darum handeln, ob er diesen offensiv führen oder sich auf die Defensive beschränken sollte. Er wählte das erstere, weil er nur durch einen Angriffskrieg das Haus Habsburg von der Ostsee zurückdrängen, für Schweden auch die deutsche Seeküste oder wenigstens einige der wichtigsten Hafenstädte gewinnen, dessen Herrschaft auf diesem Meere begründen, sich gegen alle Angriffe der katholischen Mächte für immer sicher stellen und zugleich seine durch die katholische Reaktion bedrohten deutschen Glaubensgenossen retten konnte[1]). „Pommern und die Seeküste sind gleich einer Bastion für die Krone Schweden und besteht darin unsere Sicherheit gegen den Kaiser. Sie waren die vornehmste Ursache, welche Seine selige Majestät in die Waffen brachte", sagt 1644 Gustav Adolfs vertrautester Ratgeber, der Reichskanzler Oxenstjerna[2]).

Schon im Herbste 1628 war der König entschlossen, in Deutschland einen Offensivkrieg zu führen, während er sich in Polen auf die Verteidigung beschränken wollte[3]). So groß die Macht des Kaisers in dieser Zeit auch zu sein schien, so war er doch von den besten Hoffnungen erfüllt. Er baute nicht bloß auf sein tüchtiges, durch lange Kriege geschultes

1) Daß bei Gustav Adolf wie bei den meisten seiner Zeitgenossen auch religiöse Motive wirksam waren, darf nicht geleugnet werden. Daß aber in erster Linie nicht die Verteidigung der deutschen Protestanten, sondern die Rücksicht auf das „dominium maris baltici" und damit auch auf die Sicherheit und die Machtstellung Schwedens maßgebend war, hat G. Droysen, Gustav Adolf II, 14ff. 32ff. wie an manchen anderen Stellen überzeugend dargethan und ist auch von schwedischen Historikern wie A. Cronholm, Gustav II. Adolf in Deutschland (aus dem Schwedischen von Helms) I, 87 und Odhner, Die Politik Schwedens im Westphälischen Friedenscongreß, S. 1ff. hervorgehoben worden. Gegen die zu einseitige Betonung der politischen Motive bei Droysen wendet sich Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly I, 500ff. und II, XIVff. Vgl. Winter, S. 341ff.

2) Geijer, Gesch. Schwedens III, 83, N. 1.

3) Droysen II, 3ff. Cronholm I, 74ff.

Heer, sondern er rechnete auch auf Freunde in Deutschland, da alle Reichsstände über den Druck der Soldaten entrüstet und von Mißtrauen gegen den Feldherrn des Kaisers erfüllt, die Protestanten aber durch die drohende katholische Reaktion erregt waren, so daß sie nach der Erlassung des Restitutionsediktes „auf den Schweden wie die Juden auf ihren Messias warteten" [1]). Zugleich hoffte er auf Hilfe vonseiten Englands und Hollands und zweifelte auch nicht, daß ihn Frankreich, welches wegen des Mantuanischen Erbfolgestreites bereits in einen Krieg mit Spanien und dem Kaiser verwickelt war, wenigstens indirekt unterstützen würde.

Nur dadurch wurde zunächst die Ausführung dieses Planes vereitelt, daß Wallenstein im Frühjahre 1629 den Feldmarschall Arnim mit einem bedeutenden Corps den Polen zuhilfe schickte [2]), so daß Gustav Adolf es für notwendig hielt, sich selbst auf den preußischen Kriegsschauplatz zu begeben. Am 27. Juni erlitt der König in einem Reitertreffen bei Stuhm durch Arnim und die Polen eine empfindliche Schlappe. Aber Arnim legte nun wegen militärischer und politischer Differenzen mit dem polnischen Könige das Kommando nieder [3]), und die Kaiserlichen wurden von den Polen weder genügend unterstützt noch verpflegt, so daß sie durch ansteckende Krankheiten bald zu Tausenden hinweggerafft wurden und nicht viel ausrichteten.

Auch erschien im Auftrage Richelieus der Baron Charnacé, nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, den Kurfürsten von

1) Wallenstein an Collalto 8. Sept. 1629 bei Chlumecky, S. 172, Nr. 258. Vgl. Nr. 263. 286.

2) Es bestand aus 4 Regimentern zu Fuß und 5 zu Pferd, deren Stärke ein Bericht an den sächsischen Kurfürsten (bei Irmer, H. G. v. Arnim als kais. Heerführer in Pommern und Polen. „Forsch. z. deutschen Gesch." XIX, 297) auf 14800, der Kaiser auf 15000, Gustav Adolf aber nur auf 10000 Mann angab. Gindely a. a. O., S. 37, N. Droysen II, 17, N. 1.

3) S. über die Gründe Irmer, S. 302 ff. und dessen 1894 erschienenes Werk: „Hans Georg von Arnim", S. 105 ff. Arnims Unzufriedenheit mit dem Restitutionsedikt scheint da doch nicht bestimmend gewesen zu sein.

Baiern und die Liga zu einem Separatfrieden mit dem Könige von Dänemark zu bewegen, diesen dagegen von einem Ausgleiche mit dem Kaiser abzuhalten, im Sommer 1629 in Preußen, um einen Frieden zwischen Schweden und Polen zustande zu bringen. Unter seiner Vermittlung wurde am 26. September in Altmark bei Stuhmsdorf ein sechsjähriger Waffenstillstand abgeschlossen, durch welchen die gesamten Kräfte Gustav Adolfs gegen den Kaiser verfügbar wurden [1]). Es war ein großer Dienst, welchen Frankreich dadurch dem schwedischen Könige leistete, wenn auch die Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses zwischen diesen beiden Mächten noch ohne Ergebnis blieben, weil Richelieu wohl im geheimen Subsidien zahlen, sich aber nicht bei seinen anderweitigen Plänen die Hände binden lassen, Gustav Adolf aber sich nicht zur Neutralität gegenüber der Liga und zur Aufrechthaltung des katholischen Gottesdienstes an allen Orten, wo er jetzt bestände, verpflichten wollte [2]).

Auch der Krieg zwischen dem Kaiser und Frankreich kam Gustav Adolf zustatten. Jener hatte nicht bloß einen bedeutenden Teil seines Heeres nach Italien senden müssen, sondern auch im südwestlichen Deutschland Truppen sammeln lassen. Nachdem sich der Kaiser einmal zum Kampfe gegen Frankreich entschlossen hatte, lag der Gedanke nahe, durch einen Einfall in die Champagne die Franzosen zur Räumung Italiens zu zwingen. Wenn auch Wallenstein, der in Gustav Adolf den gefährlichsten Feind erblickte, immer und immer wieder dringend zum Abschlusse des Friedens mit Frankreich riet [3]), so hielt doch auch er es für notwendig, für alle Fälle ein Heer im Elsaß bereit zu halten und sich Anfangs Juni 1630 selbst nach Memmingen zu begeben, um dem etwaigen französischen wie dem italienischen Kriegsschauplatze nahe zu sein.

1) Gindely a. a. O., S. 44 ff.

2) Droysen II, 42 ff. O. Vigier, L'influence politique du père Joseph. „Revue des quest. hist." L, 438 ff.

3) Briefe an Collalto vom 2. Sept. 1629 bis 19. März 1630 bei Chlumecky, Nr. 257. 261. 263. 265. 267. 269. 271. 276. 280. 283. 286. 290.

So konnte es Gustav Adolf immerhin wagen, den Kampf gegen den Kaiser aufzunehmen. Am 6. Juli 1630 landete er unter dem Schutze seiner Flotte mit 13000 Mann auf der Insel Usedom an der Küste Pommerns. Dies war jedoch nur der geringste Teil seiner Streitkräfte. 6000 Mann lagen bereits in Stralsund und auf der Insel Rügen, deren sich der Befehlshaber jener Stadt bemächtigt hatte, und 20700 Mann kamen in den nächsten Monaten aus Schweden, den Ostseeprovinzen und Preußen nach. Bald standen also dem Könige für den deutschen Krieg fast 40000 Mann zur Verfügung, während fast ebenso viele zum Schutze Schwedens und der neu eroberten Gebiete gegen mißgünstige Nachbarn zurückblieben [1]).

Seine weiteren Unternehmungen wurden durch die gleichzeitigen Vorgänge in Deutschland sehr begünstigt.

Der Kaiser hatte durch das Restitutionsedikt unter den Protestanten die übelste Stimmung erregt, und sich sogar die Abneigung der loyalen evangelischen Reichsstände, besonders des Kurfürsten von Sachsen, zugezogen, aber die Zufriedenheit der Katholiken, besonders der Mitglieder der Liga nicht gewonnen. Denn außer der Haltung Ferdinands II. in der Frage der Kirchengüter mißbilligten sie seine äußere wie innere Politik. Die Bevollmächtigten derselben, welche am Ende des Jahres 1629 in Mergentheim zusammenkamen, lehnten den Wunsch des Kaisers, daß die ligistischen Truppen zur Unterstützung der Spanier gegen die Holländer verwendet werden dürften, rundweg ab. Sie wollten das Reich nicht noch in einen neuen Krieg verwickeln lassen. Zugleich erneuerten sie nicht bloß die früheren Klagen und Forderungen gegenüber dem Kaiser, sondern verweigerten auch die Anerkennung der Absetzung der Herzoge von Mecklenburg und der Übertragung ihres Landes an Wallenstein. Der Antrag des Kurfürsten von Mainz, bei dem Kaiser dahin zu wirken, daß er die

1) Droysen II, 85 f. Cronholm, S. 108. Vgl. über die Aussichten des Königs auch Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly, S. 213 ff.

Kriegsdirektion entweder selbst in den Händen behalten oder einem aus seinem Haus oder einem andern bekannten Reichsfürsten übergeben, also Wallenstein absetzen möge, wurde zwar nicht in Verhandlung genommen, weil es dem Vertreter Baierns dazu an Instruktionen fehlte. Dafür betrieb aber Maximilian die Einberufung des vom Kaiser gewünschten Kurfürstentages, zu welchem dieser selbst sein Erscheinen zugesagt hatte, weil man dabei Gelegenheit erhielt, persönlich auf denselben einzuwirken [1]).

Die vier katholischen Kurfürsten begaben sich denn auch alle nach Regensburg, wo die Versammlung stattfinden sollte, während die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, erbittert durch den Druck der Einquartierungen, nur Gesandte schickten. Am 19. Juni 1630 hielt der Kaiser selbst in Begleitung seiner Gemahlin, seines Sohnes Ferdinand III. und seiner geheimen Räte mit einem glänzenden Gefolge in Regensburg seinen Einzug [2]).

Die Proposition, welche der Kaiser den Kurfürsten am 3. Juli vorlegen ließ, verlangte den Rat derselben, wie man den allgemeinen Frieden herstellen, wenn aber dies nicht gelänge, wie man den Feinden des Reiches, besonders den Holländern, welche sich mehrerer Städte am Niederrhein bemächtigt hatten, und den Königen von Schweden und Frankreich begegnen und wie der Krieg mit besserer Ordnung und geringerer Belastung der Unterthanen geführt werden könnte.

1) Hurter, Zur Gesch. Wallensteins, S. 326 ff. Gindely II, 227 ff. Mehrere Berichte des kaiserlichen Gesandten in Mergentheim, des Abtes von Kremsmünster und Hofkammer-Präsidenten, bei Hopf, Anton Wolfradt, Fürstbischof von Wien und Abt von Kremsmünster. „Progr. der Oberrealschule im VI. Bezirke in Wien". 1892, S. 28 ff. 41 ff.

2) Über die Verhandlungen daselbst s. O. Heyne, Der Kurfürstentag zu Regensburg, S. 64 ff. Hurter, Zur Gesch. Wallensteins, S. 356 ff. und Gesch. K. Ferdinands II. X, 279 ff., wozu O. Lorenz, Österreichs Stellung in Deutschland während der ersten Hälfte des dreißigjährigen Krieges. „Sammlung wissenschaftlicher Vorträge" (Wien 1858), S. 26 ff. aus den Akten einige Nachträge gegeben hat. Vgl. die Aktenstücke bei Gindely, Waldstein II, 258 ff.

Fast in allen diesen Fragen stellten sich nun die katholischen Kurfürsten, neben welchen die sächsischen und brandenburgischen Bevollmächtigten ganz in den Hintergrund traten, in die schroffste Opposition gegenüber dem Kaiser. Für einen Krieg gegen die Holländer, von dem die Ligisten nie etwas hatten wissen wollen, wurde auch jetzt nichts bewilligt, weil hierzu nur der Reichstag kompetent sei. Daß der Kaiser sich, ohne die Kurfürsten zu fragen, in den Kampf um Mantua eingemischt, wurde ihm offen zum Vorwurfe gemacht und die Anknüpfung von Friedensverhandlungen angeraten. Dagegen wurden die lautesten Klagen über die Bedrückungen des kaiserlichen Heeres erhoben und die Forderung gestellt, daß diesem ein solches Haupt vorgesetzt werde, welches im Reiche ansässig und ein angesehenes Mitglied desselben sei, zu dem die Kurfürsten und Stände Vertrauen haben könnten, und welches nach den Reichskonstitutionen und dem Rate der Kurfürsten handle. Als der Kaiser eine ausweichende Antwort gab und nur im Falle spezieller Klagen Abhilfe zusagte, begaben sich am 1. August die vier Kurfürsten persönlich zum Kaiser, um ihrem Verlangen Nachdruck zu verschaffen.

Die Haltung Ferdinands II. dieser Forderung gegenüber mußte für die ganze Zukunft entscheidend werden. Gab er nach, entließ er Wallenstein, so war dies zugleich eine Verzichtleistung auf die Früchte des Sieges, welche ihm zugefallen waren, auf die Erhöhung der kaiserlichen Macht. Gab er nicht nach, so mußte er die Ablehnung der Wahl seines Sohnes zum römischen Könige, wahrscheinlich auch ein feindliches Auftreten der Liga und ihre Verbindung mit Frankreich erwarten, welches schon seit mehreren Jahren alles anwendete, um die katholischen Fürsten Deutschlands, namentlich ihr Haupt, den Kurfürsten von Baiern, dem Kaiser zu entfremden und zu einem Bündnisse zu bewegen, wofür es schon einen Vertragsentwurf aufgestellt hatte. Wenn auch Maximilian von Baiern der französischen Regierung, welche ihm die Anerkennung der kurfürstlichen Würde und die Verwendung für seine Erhebung auf den deutschen Thron in Aussicht stellte, mit großem Miß-

trauen begegnete und nicht geneigt war, sich in eine Verbindung einzulassen, die ihn in Konflikt mit den Pflichten eines Reichsfürsten hätte bringen können, so hielt er es doch für gut, die Verhandlungen, bei welchen längere Zeit der päpstliche Nuntius in Paris, Kardinal Bagni, den Vermittler machte, im geheimen fortzuführen, bis sich gezeigt hätte, welches das Ergebnis des Kurfürstentages in Regensburg sein würde[1]). Ferdinand II., der ohnehin kein Freund gewaltsamer Maßregeln war, konnte unmöglich wagen, mit dem ganzen deutschen Fürstentum einen Kampf auf Leben und Tod zu einer Zeit heraufzubeschwören, wo der Schwedenkönig bereits auf deutschem Boden stand und der Krieg mit Frankreich und Venedig noch nicht beendet war.

Auch die damals in Regensburg anwesenden geheimen Räte, der Fürst von Eggenberg, die Grafen von Trauttmansdorf, Fürstenberg, Slawata und Mansfeld, der Abt von Kremsmünster und die Herren von Stralendorf, Reck und Nostitz, rieten in einem von ihnen verlangten Gutachten zur Nachgiebigkeit, obwohl sie betonten, daß sich der Kaiser eigentlich seines Generals annehmen sollte, weil er mit ihm immer zufrieden gewesen und der ihm gemachte Vorwurf, daß er vielfach gegen den Willen des Kaisers gehandelt habe, unbegründet sei. Da aber der spanische Gesandte im Auftrag seines Königs entschieden für Wallenstein eintrat[2]), so zögerte der Kaiser auch jetzt noch, und es scheint schließlich besonders sein Beichtvater P. Lamormaini gewesen zu sein, der ihn bewog, den Obergeneral seinen Feinden zu opfern[3]).

Am 13. August teilte Ferdinand II. diesen Entschluß den

1) S. **Fagniez**, Le père Joseph et Richelieu I, 535 ff. und das in „Revue hist." XXVIII, 60 ff. abgedruckte Gutachten des geheimen Rates des Kurfürsten.

2) Bericht der brandenburgischen Gesandten bei **Gindely** II, 304. Vgl. 262. 265.

3) **Philipp IV.** von Spanien, welcher über die Vorgänge am Kaiserhofe gewiß gut unterrichtet war, hat 1633 seinem Gesandten geschrieben, daß Lamormaini „die Absetzung des Herzogs von Mecklenburg angeraten und durchgesetzt habe und die Schuld von allem sei". **Gindely** II, 292.

katholischen Kurfürsten mit, fügte aber die Bedingung bei, daß die Abdankung Wallensteins „mit Glimpf und nicht mit Verletzung seiner Ehre“ geschehen solle. Zwei seiner wärmsten Anhänger, der Kanzler Werdenberg und der Hofkriegsrat Questenberg, wurden nach Memmingen geschickt, um den General von der kaiserlichen Entschließung in Kenntnis zu setzen. Einzelne hatten gefürchtet, daß Wallenstein an der Spitze seines Heeres Widerstand leisten würde. Aber er fügte sich ruhig und begab sich auf seine Güter in Böhmen. Doch soll er den Kaiser gebeten haben, seine treuen und ersprießlichen Dienste zu belohnen und für die Befriedigung der Soldaten zu sorgen [1].

Außer der Absetzung Wallensteins wurde in Regensburg auch die Reduktion der kaiserlichen Armee auf 39000 Mann beschlossen, neben welchen die Liga auch fortan ein Heer von 21000 Mann unterhalten wollte. Die katholischen Kurfürsten, welche diesen Beschluß durchsetzten, ließen sich dabei mehr von der Furcht vor der Macht des Kaisers als von der Sorge für die Sicherheit des Reiches leiten. Doch mochten sie immerhin hoffen, daß man mit 60000 Mann dem Schwedenkönige zu widerstehen vermöchte, wenn dieser, wie es den Anschein hatte, auf eine Unterstützung Frankreichs nicht rechnen könnte.

Richelieu hatte nämlich den Gesandten in der Schweiz, Karl Brulart, Prior von Léon, als Bevollmächtigten nach Regensburg geschickt und ihm den Kapuziner Le Clerc du Tremblay, bekannter unter seinem Klosternamen Pater Joseph,

1) So schreibt der meist gut unterrichtete sächsische Kammerdiener Lebzelter an seinen Kurfürsten. Gindely II, 294, wonach Werdenberg und Questenberg „gestern“ nach Memmingen abgefertigt worden. Leider giebt Gindely das Datum des Berichtes nicht an. Aber wenn Werdenberg nicht öfter abgesendet worden ist, muß diese Reise nach den Depeschen des venetianischen Gesandten ebendas. II, 303 f. vor den 26. August und nicht erst in den September fallen, wie Hurter, S. 395 gemeint hat. Was in den meisten neueren Darstellungen über den Empfang Werdenbergs und Questenbergs durch Wallenstein und die von diesem gehaltene Rede erzählt wird, stützt sich nur auf die wenig verläßliche Erzählung Khevenhillers XI, 1133 f. Vgl. Heyne, S. 90, N. 2.

welcher in den Fragen der auswärtigen Politik sein einflußreichster Ratgeber und seine rechte Hand war, an die Seite gegeben. Beide sollten die Wahl Ferdinands III. zum römischen König und die Unterstützung des Kaisers durch die Kurfürsten bei seinem Krieg in Italien hintertreiben wie für die Absetzung Wallensteins agitieren und den Kurfürsten für den Fall einer Gefährdung durch den Kaiser auch den Beistand einer französischen Armee in Aussicht stellen. Der Kapuziner hatte noch die weitere Aufgabe, im geheimen für den Abschluß des Bündnisses der Liga oder wenigstens des Kurfürsten von Baiern mit Frankreich wirken. Um die Friedensliebe dieser Macht in einem glänzenderen Licht erscheinen zu lassen, sollten sie sich auch zu einem Abkommen bezüglich der mantuanischen Frage bereit erklären [1]).

Als die beiden Gesandten Ende Juli nach Regensburg gekommen waren, begannen auch bald Verhandlungen über den Frieden, zu welchem sich auf das Drängen der katholischen Kurfürsten auch der Kaiser bereit erklärte. Nur verlangte er, daß sich der Vertrag mit Frankreich nicht bloß auf Italien beschränken, sondern allgemein verbindend sein solle, wozu die französischen Gesandten nicht bevollmächtigt waren. Da sie übrigens erklärten, neue Instruktionen einholen zu wollen, so wurden durch die Vertreter des Kaisers, den Abt von Kremsmünster, Nostitz und Questenberg, die Verhandlungen weiter geführt und in Italien ein Waffenstillstand bis zum 15. Oktober abgeschlossen. Trotz der Zähigkeit beider Teile einigte man sich über alle Punkte, welche die Verhältnisse in Italien betrafen. Der Kaiser versprach den Herzog von Nevers nach erfolgter Abbitte mit Mantua und Montferrat zu belehnen, wogegen die übrigen Prätendenten durch Geld entschädigt werden sollten. Nur die Ausdehnung des Friedens auf Deutschland machte noch Schwierigkeiten. Da aber die militärische

1) Der Inhalt der ihnen erteilten Instruktionen und eingehende Berichte über ihre Verhandlungen in Regensburg besonders in der mantuanischen Frage bei **Fagniez, Le père Joseph et Richelieu I, 447** ff. Vgl. „**Revue hist.**“ **XXVII, 38—67. 241—299; XXXVIII, 33—57.**

Lage der Franzosen in Italien sehr ungünstig, besonders die wichtige Festung Casale dem Falle nahe war, so setzten sich die französischen Gesandten, welche von Richelieu über einen Monat ohne alle Weisungen gelassen wurden, endlich über den Mangel genügender Vollmachten hinaus und unterzeichneten am 13. Oktober den Friedensvertrag, worin sich der König von Frankreich verpflichten mußte, weder selbst den Kaiser und die Reichsstände anzufeinden, noch den Rebellen oder Feinden derselben in irgendeiner Weise Beistand zu leisten.

Aber gerade wegen dieser Verpflichtung, welche jede Unterstützung des schwedischen Königs oder anderer Gegner des Kaisers unmöglich gemacht hätte, verweigerte Richelieu die Ratifikation dieses Friedens, welchen er jetzt nicht mehr für notwendig hielt, weil er unterdessen Zeit gehabt hatte, zur Rettung Casales neue Truppen nach Italien zu schicken. Der Krieg brach daher neuerdings aus. Erst am 6. April 1631 wurde zwischen Gallas, der nach Collaltos Tode den Oberbefehl über die Kaiserlichen führte, und dem französischen Marschall Thoiras in Chierasco ein neuer Friedensvertrag geschlossen, welcher im wesentlichen mit den in Regensburg getroffenen Vereinbarungen übereinstimmte, aber den von Richelieu beanstandeten Artikel wegließ. Diesem Abkommen versagte nun aber wieder der Kaiser seine Genehmigung, und erst am 19. Juni kam ein definitiver Friedensschluß zustande. Während infolge dessen der Kaiser auch die Pässe Graubündens räumen mußte, behielt Frankreich einen Schlüssel zu Italien in seiner Hand. Denn der Herzog Victor Amadeus von Savoyen hatte am 31. März einen geheimen Vertrag schließen müssen, welcher die Festung Pignerolo und den Zugang zu Oberitalien an Frankreich überließ.

Hatte Wallenstein noch Anfangs August 1630 mit Rücksicht auf den Angriff Schwedens dringend zum Abschluß eines Friedens in Italien geraten [1]), so war Fürst Eggenberg, der

1) Zwei Schreiben an Collalto bei Chlumecky, S. 241f. Anders dann freilich am 23. August, als er von den in Regensburg gefaßten Beschlüssen Nachricht erhalten hatte. A. a. O., S. 242.

sonst ihm nahe stand, für eine entgegengesetzte Politik eingetreten. Er hatte die Widerrufung des Restitutionsediktes angeraten, um dadurch den Kurfürsten von Sachsen und die übrigen Protestanten zu beruhigen, ohne deren Unterstützung auch Gustav Adolf nicht gefährlich schien [1]). Obwohl aber auch der spanische Gesandte für den Abschluß eines Friedens mit Schweden statt mit Frankreich gewirkt hatte, so stand doch Eggenberg mit dieser Ansicht unter den Räten des Kaisers wahrscheinlich allein. Auch dieser selbst war, wie Graf Fürstenberg, der Präsident des Reichshofrats, den sächsischen Gesandten erklärte, ein für allemal entschlossen, das Edikt ohne einiges Standes Verschonung ausführen zu lassen, sollte gleich ihm und dem Erzhause der größte Schade daraus entspringen. Auch nicht eine Hand breit werde der Kaiser davon weichen und sollte er im Hemde davon gehen [2]).

In dieser Frage waren aber die katholischen Kurfürsten mit Ferdinand II. vollkommen eines Sinnes. Bei den Verhandlungen, welche über eine Modifikation des Restitutionsedikts in Regensburg stattfanden, lehnten sie anfangs jedes Entgegenkommen ab. Besonders Maximilian von Baiern hatte dies durchgesetzt, wie der anwesende päpstliche Nuntius berichtete [3]). Erst später, als der Kurfürst von Sachsen mit der Einberufung eines Konvents der evangelischen Reichsstände drohte, erklärten sie sich bereit, weiter über diese Frage zu verhandeln und den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg unter gewissen Bedingungen für längere Zeit den Besitz der eingezogenen Stifter zuzusichern. Aber die meisten Protestanten erwarteten von diesen Verhandlungen keinen Erfolg, und ihre Aufregung blieb daher nach dem Regensburger Konvente ebenso groß wie vorher.

1) Nach Berichten des P. Joseph, besonders einer Depesche vom 10. Oktober, bei **Fagniez** in „Revue hist.“ XXVII, 282, n. 1.

2) Heyne, S. 161, der über die Verhandlungen auch dieser Frage eingehender gehandelt hat. Vgl. auch Tupetz in „Sitzungsber. d. kais. Akad.“ CII, 468 ff.

3) Ranke, Französ. Gesch. II (WW. IX), 278.

Daß die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg unter solchen Verhältnissen nicht geneigt waren, zur Wahl eines römischen Königs ihre Zustimmung zu geben, ist selbstverständlich. Aber auch die katholischen Kurfürsten, welche vom Pater Joseph ununterbrochen bearbeitet wurden [1]), dachten nicht anders. Der Kaiser mußte auf die Erfüllung seines Lieblingswunsches verzichten.

Monate vergingen, bis man sich darüber einigte, wem an Wallensteins Stelle der Oberbefehl über das kaiserliche Heer übertragen werden sollte [2]). Die geistlichen Kurfürsten schlugen Maximilian von Baiern vor, und die geheimen Räte, welche dem Kaiser hierüber ein Gutachten erstatteten, glaubten, daß die Verweigerung dieses Wunsches einen förmlichen Bruch mit den katholischen Ständen zur Folge haben könnte. Jedoch verhehlten sie sich nicht, daß Maximilian, wenn er an der Spitze der ganzen kaiserlichen wie der ligistischen Streitkräfte stände, zum mächtigsten Mann im Reiche und der Kaiser ganz von ihm abhängig würde. Daher rieten sie, wenigstens die Gewalt desselben zu beschränken und die oberste Leitung des Krieges, die Ernennung und Entlassung der Obersten und hohen Befehlshaber, die Austeilung der Werbepatente und die Anweisung der Quartiere und Musterplätze dem Kaiser vorzubehalten. Auch sollte die ligistische Armee mit der kaiserlichen vereinigt, das vereinigte Heer für den Kaiser in Pflicht genommen, auch zum Schutze der Erblande verwendet und aus Reichsmitteln besoldet, die Liga also, welche bisher neben dem Kaiser eine selbständige Stellung eingenommen hatte, aufgelöst, oder wenigstens wehrlos gemacht werden.

Aber gegen beide Forderungen sträubten sich die katholischen Kurfürsten. Sie, welche sich so bitter über die den Reichskonstitutionen widersprechende übergroße Gewalt Wallensteins beklagt hatten, nahmen jetzt für den neuen Obergeneral, weil

1) Fagniez l. c., S. 291 ff.

2) Über die Verhandlungen hierüber s. Hurter, Wallenstein, S. 383 ff. und K. Ferdinand II. X, 239 ff. Heyne, S. 85 ff. O. Lorenz, Österreichs Stellung in Deutschland, S. 30 ff.

er ihrem Kreis entnommen wurde, ganz dieselben Befugnisse in Anspruch. Sie erklärten es für eine Beleidigung des bairischen Kurfürsten, wenn er, ein hoher Stand des Reiches und Blutsverwandter des Kaisers, weniger Rechte haben sollte als Wallenstein. Von einer Unterordnung des ligistischen Heeres unter einen kaiserlichen Oberbefehlshaber, auch wenn dieser der Kurfürst von Baiern wäre, wollten sie ebenso wenig wissen. Auf eine selbständige Politik wollten sie nicht verzichten.

Lange wurde zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers und der Liga über diese Fragen verhandelt, ohne daß man sich zu einigen vermochte. Es tauchte auf kaiserlicher Seite sogar wieder der Gedanke auf, Wallenstein zurückzuberufen, für welchen der spanische Gesandte immer eintrat [1]). Erst nach mehreren Wochen wurde bestimmt, daß Tilly, welchen der Kaiser von Anfang an als Oberbefehlshaber an Stelle Wallensteins in Vorschlag gebracht hatte, das Kommando über die kaiserliche und die ligistische Armee erhalten, aber diese als eine eigene fortexistieren sollte. Die Mittel zur Erhaltung beider Heere sollten durch die Kreistage aufgebracht werden. Der Kaiser gab das Versprechen, bei der Ernennung der Obersten die Anträge des Obergenerals zu berücksichtigen und ohne Rat der Kurfürsten keinen neuen Krieg anzufangen, so daß er wieder in ein Abhängigkeitsverhältnis von diesen trat, nachdem er in den letzten Jahren ganz selbständig geschaltet hatte.

Erst nach der Mitte des November konnte Tilly, der selbst nach Regensburg gekommen war, auf den Kriegsschauplatz abreisen, nachdem er noch eine Erhöhung der ligistischen Truppen um 9600 Mann durchgesetzt hatte, so daß er über ein Heer von fast 70000 Mann verfügte.

1) Bericht des P. Joseph vom 13. Okt. bei **Fagniez** in „Revue hist.“ XXVII, 294. Vgl. Heyne, S. 86. Gindely II, 304f.

---

# Sechstes Kapitel.

## Die Erfolge Gustav Adolfs bis zum Ende des Jahres 1631.

---

Niemand hatte von der langen Verzögerung einer Entscheidung in Regensburg größeren Vorteil als Gustav Adolf. Wäre ihm gleich anfangs ein fähiger General auch nur mit der Hälfte der kaiserlichen Armee entgegengetreten, so wäre er in die Ostsee geworfen oder wenigstens in Stralsund eingeschlossen worden. Aber ein großer Teil der Kaiserlichen war nach Italien oder dem südwestlichen Deutschland geschickt worden. Den ligistischen Truppen, welche das nordwestliche Deutschland besetzt hielten, war bis zur Klärung des Verhältnisses der katholischen Kurfürsten zum Kaiser jede Unterstützung der Armee desselben untersagt [1]). Die in Nordostdeutschland lagernden kaiserlichen Regimenter waren wohl einige 40000 Mann stark [2]), also den Schweden anfangs an Zahl weit überlegen. Aber sie waren nicht vereinigt, sondern in die zahlreichen festen Städte verteilt, welche man nicht ohne Besatzung lassen konnte, weil die Bewohner, wie Wallenstein selbst sagte [3]), die verhaßten Kaiserlichen sonst nicht mehr eingelassen hätten. Auch waren die von ihnen besetzten Gebiete in Pommern durch übermäßige Einquartierungen und Kontributionen gänzlich ausgesogen, und dies rächte sich nun auch an den Soldaten. Sie litten am Notwendigsten Mangel, hatten nicht einmal schlechtes Brot genug, waren infolge der Entbehrungen zu keiner Anstrengung fähig, demoralisiert und entmutigt und verminderten

1) Wie sich aus dem Schreiben des Kaisers an die Kurfürsten vom 10. Sept. 1630 bei O. Lorenz S. 31 ergiebt.

2) Schreiben Wallensteins vom 10. Febr. 1630 bei Chlumecky, S. 209. Vgl. Wittich, S. 223, N. 2.

3) In dem erwähnten Schreiben. Über die Lage der Kaiserlichen in den letzten Monaten des Jahres 1630 s. Wittich, S. 224ff. Droysen II, 204ff.

sich reißend durch Desertion, Pest und andere Krankheiten. Die anfangs hier kommandierenden Generale, zwei vornehme Römer, in Hinterpommern der auf Wallensteins Vorschlag zum Feldmarschall ernannte Torquato Conti, in Mecklenburg und Vorpommern der Herzog von Savelli, welcher seine Stellung nur der vornehmen Abstammung und der Protektion verdankte, waren einem so ausgezeichneten Feldherrn wie Gustav Adolf nicht gewachsen. Sie hatten trotz des erwarteten feindlichen Angriffs auch in den wichtigsten Plätzen fast nichts für die Verstärkung der Festungswerke gethan und entwickelten auch jetzt nur eine geringe Thätigkeit und Energie.

So gelang es dem Schwedenkönige, glücklich in Pommern festen Fuß zu fassen, den Kaiserlichen eine Reihe befestigter Ortschaften zu entreißen und sich namentlich des wichtigen Stettin zu bemächtigen, indem der Herzog von Pommern gezwungen wurde, mit ihm ein Bündnis zu schließen und ihm seine Hauptstadt einzuräumen. Bis zum Ende des Jahres 1630 hatte Gustav Adolf ganz Pommern bis auf die Festungen Kolberg und Greifswalde den Kaiserlichen entrissen. Die Hauptmacht derselben, kaum noch 10000 Mann, hatte Conti in ein befestigtes Lager bei Gartz, südlich von Stettin, zusammengezogen und auch das gegenüberliegende Greifenhagen mit 1500 Mann besetzt. Aber diese ungenügend befestigte Stadt wurde von Gustav Adolf am Weihnachtstag [1]) angegriffen und erstürmt, worauf der Feldzeugmeister Schaumburg, der Nachfolger des erkrankten Conti im Kommando, auch Gartz räumte, und, von den Feinden hart verfolgt, sich an die Warthe zurückzog [2]).

Diese Fortschritte des Schwedenkönigs waren für den Kaiser um so gefährlicher, als auch in Siebenbürgen Ereignisse eingetreten waren, welche eine Störung des Friedens herbeizuführen drohten [3]).

1) nach altem Stile; nach neuem am 4. Jan. 1631.

2) Droysen II, 204ff. Vgl. Cronholm, S. 189ff. Wittich, S. 312ff.

3) S. hierüber die verschiedenen Werke und Abhandlungen A. Szi-

Den früher getroffenen Vereinbarungen entsprechend, war nach dem am 15. November 1629 erfolgten Tode Bethlen Gábors seine Witwe Katharina von Brandenburg von den siebenbürgischen Ständen ohne jede Schwierigkeit als Fürstin anerkannt worden. Doch hatte wegen ihrer Hinneigung zum Katholicismus Bethlen selbst noch verfügt, daß ihr sein Bruder Stephan als Gubernator an der Seite stehen sollte. Um sich in ihrer Stellung zu befestigen, suchten beide nicht bloß die Anerkennung des Sultans, sondern auch die Gunst des Kaisers zu erlangen und erklärten sich bereit, jene sieben ungarischen Komitate, welche an Bethlen im Nikolsburger Frieden nur für die Dauer seines Lebens abgetreten worden waren, an Ungarn zurückzugeben.

Gestalteten sich die Beziehungen Siebenbürgens zur Pforte und zum Kaiser durchaus günstig, so traten zwischen der Fürstin und dem Regenten bald die heftigsten Zerwürfnisse ein. Katharina wollte sich eine selbständigere Stellung verschaffen, Stephan Bethlen ihre Gewalt noch weiter einschränken, und er wurde bei diesem Streben auch von den Ständen unterstützt, welche ihren religiösen Gesinnungen mißtrauten und die Begünstigung einzelner ihr nahestehenden Adeligen mißbilligten. Es war noch nicht ein Jahr verflossen, so war der Bruch zwischen beiden unheilbar. Bethlen war entschlossen, die Fürstin zu stürzen. Weil er aber glaubte, daß die Mehrheit der Stände auch ihm nicht geneigt sei, so ließ er durch seinen Sohn und Schwiegersohn die fürstliche Gewalt dem reichen Georg Rákóczy, Obergespan des Borsoder Komitates, anbieten, welcher sich als Sohn des ehemaligen Fürsten Sigmund Rákóczy und eifriger Calviner großer Sympathieen erfreute.

Während Rákóczy mit bewaffneter Macht gegen Siebenbürgen zog, hatte Katharina die Stände und das Landes-

lágyis (namentlich Rákóczyak kora Erdélyben I. B.), welcher die wichtigsten Ergebnisse derselben in der Einleitung zu den „Mon. com. Transsylv." IX, 3sqq. und 159sqq. zusammengefaßt und ergänzt hat, und Frankl, Pázmány II, 331sqq.; III, 383sqq. (Fraknói, Pázmány, S. 211 ff.)

aufgebot nach Klausenburg berufen, wo sie selbst sich einfand. Aber die meisten wollten von ihrer Herrschaft nichts mehr wissen. Am 28. September 1630 wurde sie zur Abdankung gezwungen und dann Stephan Bethlen gegen seine eigene Erwartung einstimmig zum Fürsten gewählt. Er suchte nun die Herrschaft auch gegen Rákóczy zu behaupten. Aber sein eigener Sohn und Schwiegersohn, welche den Vater wegen seiner Schwäche zur Regierung nicht für geeignet hielten, bewogen Rákóczy, an seinen Ansprüchen festzuhalten und gewannen auch den Pascha von Ofen für ihn. Nach längeren Verhandlungen trafen die beiden Rivalen bei einer persönlichen Zusammenkunft in Topa die Übereinkunft, die Entscheidung den siebenbürgischen Ständen zu übertragen und durch diese eine neue Wahl vornehmen zu lassen. Da sich auch Katharina von Brandenburg aus Haß gegen Bethlen für Rákóczy verwendete, so wurde dieser am 1. Dezember mit großer Mehrheit zum Fürsten gewählt.

Die Räte des Kaisers stimmten in ihren Ansichten über die Haltung, welche man der siebenbürgischen Frage gegenüber einschlagen sollte, nicht überein. Der Palatin Nikolaus Eszterházy hätte schon nach dem Tode Bethlen Gábors gerne Truppen nach Siebenbürgen geschickt, um dem Wunsch einiger Katholiken dieses Landes entsprechend, einen Bekenner ihres Glaubens, Prépostváry, auf den dortigen Thron zu setzen. Auch jetzt war er für eine Intervention zugunsten Stephan Bethlens, weil, wie auch die anderen Räte anerkannten, von diesem schwachen Manne für Ungarn weniger zu besorgen sein würde als vom ehrgeizigen Rákóczy, mit welchem er auch persönlich verfeindet war. Im Januar 1631 begab er sich selbst nach Kaschau, berief die Stände der oberungarischen Komitate zusammen und erließ ein Aufgebot mit der Absicht, Siebenbürgen anzugreifen. Es hieß, daß er selbst nach der Herrschaft über dieses Land strebe. Aber der Kardinal Pázmány, Eszterházys persönlicher und politischer Gegner, sprach sich entschieden gegen eine Intervention aus, welche Rákóczy genötigt haben würde, sich mit den Feinden Österreichs, den Türken

und Protestanten, zu verbünden, und verwendete sich für die Anerkennung desselben, wenn er Garantieen für die Einhaltung des Friedens gäbe. Mit Rücksicht auf diese Gründe hielt auch der Kaiser den Palatin von einem Angriff auf Rákóczy zurück, obwohl er in seinem Innern mit ihm übereinstimmte.

Pázmány, dessen Vermittelung Rákóczy angerufen hatte, war auch fortan für den Frieden thätig, und auch Eszterházy mußte sich herbeilassen, mit diesem einen Waffenstillstand zu schließen und Unterhandlungen anzuknüpfen. Am 3. April wurde in Kaschau ein Vertrag vereinbart. Der Kaiser erkannte Rákóczy als Fürsten an und nahm ihn in seinen Schutz. Dagegen versprach dieser, sich gegen den Kaiser, das Haus Österreich und dessen Gebiete nie irgendwelche Feindseligkeiten zu erlauben, mit dessen Gegnern keine Verbindungen zu unterhalten und die Hajduken nicht in seine Dienste zu nehmen.

Es war für den Kaiser von größter Wichtigkeit, daß er sich Rákóczy nicht zum Feinde gemacht hatte. Denn wäre eine Einigung nicht erfolgt, so würde Gustav Adolf, welcher ja schon Bethlen Gábor zum Abschluß eines Bündnisses zu bewegen gesucht hatte, sicher bemüht gewesen sein, auch den neuen Fürsten von Siebenbürgen zum Kampfe gegen den Kaiser zu bewegen, und dieser würde von zwei Seiten angegriffen worden sein. Jetzt konnte er wenigstens seine Kräfte gegen den gefährlichen Feind konzentrieren, der ihn von Norden her bedrohte.

Dagegen fand Gustav Adolf einen anderen Bundesgenossen. Nach der glücklichen Beendigung des Feldzuges in Pommern fand sich beim schwedischen König in Bärwalde wiederum der französische Gesandte Charnacé ein, um die Verhandlungen über ein Bündnis zu Ende zu führen. Am 13./23. Januar 1631 wurde dasselbe auf sechs Jahre abgeschlossen, wobei der Beginn vom März des verflossenen Jahres an gerechnet wurde. Gustav Adolf verpflichtete sich nach demselben ein Heer von 30 000 Mann zu Fuß und 6000 zu Pferd zu unterhalten, wogegen ihm Frankreich für das abgelaufene Jahr 120 000, fortan aber jährlich 400 000 Reichsthaler oder 1 000 000

Livres Subsidien zu zahlen versprach[1]). Als Zweck dieses Bündnisses wurden die Sicherung der Ostsee und des Ozeans, die Freiheit des Handels, die Verteidigung der gemeinsamen Freunde und die Restitution der unterdrückten Reichsstände angegeben, so daß alles in den Stand gesetzt werden sollte, in welchem es vor dem Ausbruche des deutschen Krieges gewesen war. In den katholischen Orten, welche Gustav Adolf eroberte, sollte er in Beziehung auf die Religion keine Veränderung vornehmen. Dem Kurfürsten von Baiern und der Liga wurde Neutralität zugesichert, wenn sie auch neutral blieben, was freilich nicht wahrscheinlich war, da die Liga auf das Restitutionsedikt und Maximilian auf die Pfalz und die Kurwürde verzichten mußten, wenn die „unterdrückten" Reichsstände restituiert und alle Verhältnisse auf den Zustand von 1618 zurückgeführt wurden.

Für Gustav Adolf war die wichtigste Folge dieses Bündnisses, daß er die notwendigen Geldmittel erhielt, welche ihm das arme, durch lange Kriege erschöpfte Schweden allein nicht hätte liefern können[2]), und daß es ihm möglich ward, nicht bloß die nach und nach aus seinem eigenen Reiche herangezogenen Truppen zu unterhalten, sondern auch durch Werbungen in Deutschland zu verstärken. Dies war um so leichter, als die vom Kaiser abgedankten Soldaten nun in Masse unter seine Fahnen traten.

Dessenungeachtet war die Lage des schwedischen Königs nicht glänzend. So sehr ihm auch das Volk im protestantischen Norddeutschland großenteils zugethan war, so hatte sich ihm doch bis jetzt außer dem Herzoge von Pommern, der dazu gezwungen worden war, kein einziger regierender deutscher

1) Nach einem am 11. Juli 1630 zu Saint-Jean de Maurienne zwischen Frankreich und Venedig geschlossenen Vertrage hatte dieses ein Drittel der für 1630 zu zahlenden Subsidien zu entrichten. Zu weiteren Zahlungen war aber dann die Republik nicht mehr zu bewegen, da in Italien Friede geschlossen wurde. Bühring, Venedig, Gustav Adolf und Rohan (Hallesche Abh. XX), S. 54 ff. 172 ff.

2) S. die Schilderungen und Voranschläge bei Cronholm, S. 173 ff.

Fürst angeschlossen. Teils war der Grund nationale Gesinnung, welche die Verbindung mit einem fremden Fürsten gegen das Reichsoberhaupt für verwerflich hielt, teils die Furcht vor der Rache des Kaisers, wenn dieser schließlich den Sieg errang, teils die weite Entfernung Gustav Adolfs, der noch im äußersten Nordosten Deutschlands stand.

Nur die Stadt Magdeburg hatte sich offen für ihn erklärt. Schon wenige Wochen nach seiner Landung an der Küste Pommerns hatte sich im Einverständnis mit ihm [1]) der vom Kaiser vertriebene protestantische Administrator dieses Erzbistums, Christian Wilhelm von Brandenburg, in Begleitung eines vom Könige mit dem Titel eines „Ambassadeurs" ausgestatteten Abenteurers Namens Stalman verkleidet in Magdeburg eingeschlichen, wo dieser durch lügenhafte Vorspiegelungen zuerst die unteren Volksklassen gewonnen hatte, worauf durch den von diesen ausgeübten Druck auch der Rat zu einem Bündnisse mit Schweden bewogen wurde. Um diese wichtige Stadt, welche die Elbe beherrschte und den Ausgangspunkt für eine allgemeine Erhebung gegen den Kaiser bilden sollte, zu sichern und, bis er selbst dahin vordringen könnte, zu halten, schickte Gustav Adolf seinen Hofmarschall, den Obersten Dietrich von Falkenberg [2]), mit einigen Geldmitteln dorthin, der nun statt des unfähigen Administrators die Verteidigung Magdeburgs in die Hand nahm. Bereits hatten 5—6000 Kaiserliche unter Viremond diese Stadt in weitem Bogen einzuschließen begonnen und erwarteten weitere Verstärkungen.

Die Rettung Magdeburgs war für den schwedischen König nicht bloß vom militärischen Gesichtspunkte aus von größter Wichtigkeit, sondern auch eine moralische Pflicht, da nicht ohne seine Schuld die Bürger zum voreiligen Losschlagen bewogen worden waren. Gustav Adolf behielt auch den Entsatz Mag-

1) Dies hat Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly I, 504 ff. bewiesen.

2) S. über ihn Wittich, Dietrich von Falkenberg (Magdeburg 1892), wo der Verf. für die Geschichte der Belagerung und Einnahme Magdeburgs manche wichtige Nachträge zu seinem früheren Werke geliefert hat.

deburgs immer im Auge. Aber er wagte nicht, den Marsch an die Elbe anzutreten, so lange ein kaiserliches Korps noch eine feste Stellung an der Oder in nächster Nähe Stettins inne hatte. Nachdem aber dieses zur Räumung von Gartz gezwungen worden war, trat ihm endlich Tilly entgegen [1]).

Als dieser im November 1630 das Oberkommando über das kaiserliche und ligistische Heer übernommen hatte, stand ihm zu Operationen im Felde nur eine geringe Truppenmacht zur Verfügung. Einen großen Teil seiner Soldaten absorbierten die Besatzungen in den zahlreichen befestigten Städten, welche er um so weniger räumen durfte, als bei der Stimmung der Protestanten ein Übertritt zu den Feinden zu fürchten gewesen wäre. Auch mußte Tilly nicht bloß auf die Deckung des nordöstlichen Deutschlands gegen die Schweden bedacht sein, sondern auch den Nordwesten des Reiches besetzt halten, weil die Holländer, welche sich mehrerer Städte am Niederrhein und in Westfalen bemächtigt hatten, die benachbarten Gebiete bedrohten und der Schotte Hamilton mit Zustimmung seines Königs für Gustav Adolf in England und Schottland ein starkes Korps warb, dessen Landung an der deutschen Küste im Frühjahr 1631 zu erwarten war. Und dabei sollte Tilly an zwei verschiedenen Orten ein größeres Heer aufstellen. Er sollte Magdeburg bezwingen, damit dieses nicht, wie Gustav Adolf hoffte, die Rakete würde, um dem Universalaufstand durch Deutschland hindurch Feuer zu geben [2]), und er sollte an der Oder die Schweden zurückdrängen, durch welche man schon die kaiserlichen Erblande bedroht sah.

Tilly verstärkte daher vor allem das vor Magdeburg stehende kaiserliche Korps, dessen Kommando nun Graf Wolf von Mansfeld, der Gouverneur der Stifter Magdeburg und Halberstadt,

1) Für die folgenden kriegerischen Operationen bis zur Schlacht bei Breitenfeld verweise ich hauptsächlich auf Wittich, I, 280ff., dessen Darstellung ebenso weitläufig als gründlich ist und namentlich das von G. Droysen gefällte ungünstige Urteil über Tilly widerlegt.

2) Schreiben an Oxenstjerna vom 17./27. August 1630. Wittich, Falkenberg, S. 49f.

erhielt, durch 3000 Mann unter dem Feldmarschall Pappenheim, so daß eine engere Einschließung der Stadt möglich wurde. Er selbst marschierte, trotz der strengen Winterkälte, mit 7500 Kaiserlichen an die Oder, wo er am 24. Januar 1631 anlangte und sich mit dem auf 8—9000 Mann zusammengeschmolzenen Korps unter Schaumburg [1]) vereinigte.

Er kam gerade recht, um die Festungen Frankfurt und Landsberg gegen den Schwedenkönig zu schützen, der es versäumt hatte, die flüchtigen Kaiserlichen mit seinem ganzen Heere rasch zu verfolgen und sich der beiden vernachlässigten Festungen zu bemächtigen. Durch diese und die Flüsse Warthe und Oder gedeckt, nahm er eine so gesicherte Stellung ein, daß Gustav Adolf trotz der Überlegenheit seiner Truppen weder nach Süden noch nach Westen vorzudringen versuchte und sich nach Stettin zurückzog. Doch unternahm er schon in der ersten Hälfte des Februars einen Angriff auf Mecklenburg, während Tilly in der Meinung, der König ziehe gegen Magdeburg, nach der Verstärkung der Besatzungen in Frankfurt und Landsberg nach Alt-Brandenburg zurückmarschiert war. Als dieser die Wahrheit erfuhr und sich Anfang März gegen Mecklenburg wendete, hatte Gustav Adolf schon mehrere Plätze im Osten des Landes ohne Gegenwehr in seine Hände gebracht. Selbst das stark befestigte Demmin, wo der feige Savelli mit einer Besatzung von 2000 Mann lag, hatte nach zweitägiger Belagerung kapituliert. Einer Schlacht mit seinem Gegner wich Gustav Adolf trotz der Überlegenheit seiner Truppen aus. Als Tilly herankam, zog er sich hinter seine Festungen in Pommern zurück.

Überzeugt, daß der König nur die Absicht habe, seine Truppen durch anstrengende Märsche zu ermüden und aufzureiben, faßte Tilly Anfang April zur Freude Pappenheims den Entschluß, denselben einstweilen nicht weiter zu beachten und vor allem dem Widerstande Magdeburgs ein Ende zu machen. Er führte nicht bloß sein ganzes Fußvolk vor diese Stadt, sondern zog auch zahlreiche Truppen aus dem westlichen

1) Vgl. dessen Bericht vom 13. Jan. bei O. Klopp, Tilly II, 142.

Deutschland heran, welche infolge eines Vertrages mit den Holländern dort entbehrlich geworden waren. Bald waren 30 000 Mann vor Magdeburg konzentriert, dessen Belagerung nun mit größter Energie betrieben wurde.

Aber dies ermöglichte dem schwedischen Könige die Ausführung seines Planes, die Oder- und Warthelinie wegzunehmen, zu deren Verstärkung trotz der drohenden Gefahr und der ewigen Warnungen und Vorstellungen Tillys die schlaffe kaiserliche Regierung gar nichts gethan hatte. Am 12. April erschien Gustav Adolf mit 14 000 Mann vor Frankfurt an der Oder, dessen Besatzung zahlreich, aber, weil man ihr nie einen Sold zahlte, ganz demoralisiert war. Ohne daß eine Bresche geschossen worden wäre, wurde die Festung schon am Tage darauf von den Schweden im ersten Anlauf erstürmt, fast 2000 Mann getötet, 1000 gefangen. Als Tilly auf ein Schreiben Schaumburgs mit Verstärkungen heranziehen wollte, war die Stadt bereits verloren. Schon zwölf Tage darauf kapitulierte auch die Besatzung von Landsberg gegen freien Abzug. Nur spärliche Trümmer der kaiserlichen Oderarmee, zunächst nicht mehr als 2400 Mann, teilweise ohne Waffen [1]), sammelten sich unter dem Feldmarschall Tieffenbach in Glogau. Schlesien und die übrigen österreichischen Erblande standen dem Schwedenkönig offen.

Aber der in Wien befürchtete Einfall erfolgte nicht, weil Gustav Adolf Tilly nicht im Rücken lassen wollte und weil er, wie dieser richtig erwartete, vor allem den Entsatz von Magdeburg beabsichtigte. Jedoch wurde ihm ein rasches Vordringen an die Elbe auch jetzt noch durch die Haltung der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg erschwert.

Johann Georg von Sachsen hatte auch nach der Verkündigung des Restitutionsediktes seine kaisertreue Gesinnung nicht aufgegeben, obwohl dies seinem Sohn August die Aussicht auf die Erlangung des Erzbistums Magdeburg entzog und ihn

1) Nach Tieffenbachs Schreiben an Questenberg bei Dudik, Waldstein, S. 67.

auch im Besitze mehrerer Stifter bedrohte. Er hatte noch immer die Hoffnung gehegt, durch zahme Vorstellungen beim Kaiser einige Konzessionen erhalten zu können. Erst als ihm die Haltung, welche die katholischen Kurfürsten anfangs in Regensburg eingenommen, über die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen keinen Zweifel ließ, entschloß er sich bei einer Zusammenkunft mit Georg Wilhelm von Brandenburg Anfangs September 1630 einen Konvent der evangelischen Stände einzuberufen, wozu ihn diese schon längst gedrängt hatten. Obwohl sich die katholischen Kurfürsten, dadurch erschreckt, jetzt bereit erklärten, mit den Protestanten über die Ausführung des Ediktes Verhandlungen anzuknüpfen, welche am 3. Februar 1631 in Frankfurt beginnen sollten, so hielt der sächsische Kurfürst nach einigem Schwanken doch seinen Plan fest. Auf den 6./16. Februar 1631 berief er den Konvent nach Leipzig, der von den meisten protestantischen Reichsständen beschickt wurde.

Hätten sich diese hier nach dem Beispiele der Liga rasch organisiert und ein bedeutendes Heer aufgestellt, so wäre dies für den Frieden in Deutschland vielleicht ein Glück gewesen. Sie hätte möglicherweise bloß durch das moralische Gewicht ihrer Macht die katholische Partei wenn nicht zu einer Aufhebung, doch zu einer Modifikation des Restitutionsediktes nötigen können, und dann wäre es ein leichtes gewesen, die Schweden aus Deutschland hinauszuwerfen. Aber Johann Georg von Sachsen, der noch immer als das natürliche Haupt der deutschen Protestanten galt, war zur Führung einer Partei viel zu unentschieden und schwankend. Er wollte unter keinen Umständen etwas thun, was sich nicht durch die Reichsverfassung rechtfertigen ließ. Nicht bloß von einer engeren Verbindung mit Frankreich [1]) oder Schweden wollte er nichts wissen. Er brachte auch den Antrag Brandenburgs und mehrerer kleinerer Fürsten zu Falle, daß „zur Verteidigung gegen

1) Dieses hatte den Herrn de l'Isle nach Leipzig gesendet, um den Protestanten, besonders den beiden Kurfürsten, für den Fall eines Angriffs des Kaisers Unterstützung anzubieten. Die Instruktion in „Revue hist." XXVIII, 72 ff.

jene, welche gegen die Reichsgesetze mit Kriegspressuren drückten", drei Heere in der Gesamthöhe von 50000 Mann aufgestellt werden sollten. Es wurde der Beschluß gefaßt, willkürliche Durchzüge, Einquartierungen und Kontributionen nicht mehr zu dulden und zu ihrer Verteidigung auch zu rüsten. Aber dies sollte nur auf Grund der Kreisverfassung geschehen, ohne daß sich Mitglieder verschiedener Kreise verbänden.

Bei diesem Mangel an Organisation und daher auch an Macht erreichten die Protestanten, deren Konvent am 2./12. April geschlossen wurde [1]), so gut wie gar nichts. Der Kaiser verbot ihnen strengstens alle Werbungen. Die isolierten süddeutschen Reichsstände, welche Rüstungen begannen und die Kontributionen verweigerten, wurden von den im Sommer aus Italien zurückkehrenden kaiserlichen Truppen entwaffnet und zu Geldzahlungen gezwungen. Auch bezüglich der Kirchengüter fanden die protestantischen Stände nicht das geringste Entgegenkommen. Nicht über das Edikt selbst könne man verhandeln, erklärten die Ligisten auf einer im Mai in Dinkelsbühl gehaltenen Versammlung, sondern nur sofern dem einen oder andern zu viel geschehen wäre. Selbst im September, wo endlich die Verhandlungen in Frankfurt stattfanden, zeigten sich die Ligisten nicht nachgiebiger, und eine fast noch schroffere Haltung nahm der Kaiser ein [2]).

Obwohl der Beschluß des Leipziger Konventes, alle Kontributionen und Durchmärsche zu versagen, für Tilly eine große Verlegenheit und insofern für Gustav Adolf günstig war, konnte sich dieser doch damit nicht begnügen. Um den Entsatz Magdeburgs, welchen er immer als seine wichtigste Aufgabe ansah, mit Aussicht auf Erfolg versuchen zu können, mußte er sich auf die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg bestimmt verlassen können. Von letzterem verlangte er zur

1) Über die Verhandlungen desselben s. Helbig, Gustav Adolf und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, S. 33 ff. Wittich, I, 603 ff. Tupetz, Der Streit um die geistlichen Güter. „Sitzungsber." CII, 430 ff.

2) Hurter, K. Ferdinand II. X, 352. Tupetz a. a. O., S. 508 ff.

Sicherung seiner Verbindungen die Einräumung der beiden Festungen Küstrin und Spandau. Als der Kurfürst, welcher die Rücksichtslosigkeit und Gewaltthätigkeit seines Schwagers schon während des Krieges in Preußen kennen gelernt hatte, nicht unbedingt darauf einging, erschien er am 13. Mai mit einem Heere vor Berlin, wo nun der Kurfürst gezwungen wurde, ihm Küstrin und bis zum Entsatze Magdeburgs auch Spandau zu übergeben.

Aber auch jetzt noch fühlte sich der König zum Angriffe auf Tilly zu schwach. Denn seine Armee war durch die letzten Kämpfe und die Besetzung zahlreicher Festungen geschwächt, die Soldaten, welche schlecht verpflegt waren und seit langem keinen Sold erhalten hatten, liefen zu Hunderten davon oder plünderten die Einwohner aus, so daß jetzt auch die Kriegszucht des schwedischen Heeres in Verfall geriet [1]). Mit den 15 700 Mann, mit welchen er gegen Berlin gezogen war, glaubte er nicht wagen zu dürfen, in der Nähe des Feindes die Elbe zu überschreiten und einen Angriff auf Tilly zu unternehmen. Er suchte nun auch den Kurfürsten von Sachsen zu bewegen, ihm den Durchzug durch die Festung Wittenberg zu gestatten und ihn, wenn nicht mit allen seinen Truppen, doch mit einigen tausend Mann zu unterstützen. Aber Johann Georg, welcher auch jetzt noch eine neutrale Stellung zwischen den beiden kämpfenden Parteien zu behaupten suchte, zog die Unterhandlungen hinaus, und unterdessen fiel Magdeburg in die Hände der kaiserlich-ligistischen Truppen.

Seitdem Tilly alle irgendwie verfügbaren Truppen, angeblich 40 000 Mann [2]), vor dieser Festung konzentriert hatte, machte die Belagerung besonders infolge des Eifers Pappenheims ununterbrochene Fortschritte. Eine Reihe von Außenwerken, die Falkenberg nicht genügend besetzen konnte, wurden erobert, die beiden Vorstädte von Falkenberg selbst niedergebrannt. Aber trotzdem wies die Stadt infolge der Ermun-

1) **Cronholm**, S. 290 ff. 340 f.
2) **Wittich**, S. 93, N. 7 und S. 469. 471.

terungen und Versprechungen des tapferen Kommandanten und der leidenschaftlichen Predigten einiger Geistlichen alle Aufforderungen zur Übergabe zurück, und ein Sturm schien sehr gewagt, weil die Festungswerke der Stadt selbst noch wesentlich unbeschädigt waren. Anderseits glaubte Tilly vor Magdeburg nicht mehr lange aushalten zu können, da Gustav Adolf mit seinem Heere schon in der Nähe von Potsdam stand und die energischeren Mitglieder des Leipziger Konvents seinen Rücken bedrohten. Schon machte er sich mit dem Gedanken vertraut, die Belagerung aufzuheben. Auf das Drängen des eifrigen Pappenheim beschloß zwar der Kriegsrat am Abend des 19. Mai, beim Anbruch des folgenden Tages noch einen allgemeinen Sturm zu wagen. Doch stiegen in Tilly noch im letzten Augenblick Bedenken auf, und es verzögerte sich infolge dessen der Angriff ein paar Stunden. Aber gerade dies trug zum Gelingen bei, weil die Verteidiger einen Sturm nicht bei hellem Tag erwartet und sich teilweise nachhause begeben hatten, um auszuruhen. Pappenheim war einer der ersten, welche die Festungswerke erstiegen. In einem wütenden Kampf, in welchem Falkenberg fiel, der Administrator Christian Wilhelm verwundet und gefangen wurde [1]), und die unglücklichen Bewohner, welche sich übrigens meist selbst am Widerstande beteiligten, die ganze Wut einer rohen und erbitterten Soldateska empfinden mußten, wurde Magdeburg erobert. Aber dem General Tilly wurden durch den Brand und die Zerstörung des größten Teiles der Stadt alle Früchte des Sieges entrissen. Nach den Berichten der katholischen Generale und Armeekommissäre wie nach übereinstimmenden Nachrichten von protestantischer Seite, welche sich teilweise auf die Aussagen flüchtiger Magdeburger berufen [2]), hatte Falkenberg, als er sah,

1) Er trat dann 1632 in Österreich zum Katholicismus über.

2) Die Auffindung und Verwertung dieser letzteren, durch welche die von katholischer Seite ausgehenden Berichte über die Brandstiftung durch die Magdeburger selbst erst ihre Bestätigung erhalten, ist das Verdienst Wittichs, der einen großen Teil seines mehrfach citierten Werkes I, 1—204 und 642—654 der Prüfung der Quellen gewidmet hat. Seit

daß alles verloren sei, das Zeughaus und einige Häuser anzünden lassen und haben auch fanatische Bewohner dieser Stadt, besonders solche, welche, wie die Schiffsknechte, nicht viel zu verlieren hatten, um ihre Heimat nicht in die Gewalt der Katholiken kommen zu lassen, an verschiedenen Orten Feuer gelegt, was nicht bloß manchen plündernden Soldaten, sondern auch zahlreichen Magdeburgern, welche sich in den Kellern versteckt hatten, im ganzen wenigstens 20 000 Menschen den Untergang gebracht hat.

Für Tilly war die Zerstörung dieser Stadt, von welcher nur ein kleiner Teil mit dem Dom übrig blieb, ein furchtbarer Schlag. Während er gehofft hatte, an Magdeburg ein festes Bollwerk und eine Operationsbasis gegen die Schweden und andere Feinde wie Unterhalt für seine erschöpften und Not leidenden Soldaten zu finden, erhielt er ein leeres, verpestetes Nest, in dem er sich nur so lange aufhielt, als notwendig war, um die Festungswerke notdürftig herzustellen. Es war dies für ihn um so gefährlicher, als ihm die Mitglieder des Leipziger Konventes, besonders der Kurfürst von Sachsen, die thüringischen Fürsten und der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel alle Kontributionen verweigerten, ja selbst die Zufuhr aus dem katholischen Süddeutschland verhinderten, und

jener Zeit sind weitere Berichte dazu gekommen und hat Wittich in seiner Biographie Dietrichs von Falkenberg, S. 173 ff. und 332 ff. die Frage über die Urheber der Zerstörung Magdeburgs neuerdings erörtert. Gegen die Annahme G. Droysens, Studien über die Belagerung und Zerstörung Magdeburgs. „Forsch. z. deutschen Gesch." III, 435—606, daß Pappenheim, der beim Sturm, um den Widerstand der Verteidiger zu brechen, ein paar Häuser am Wall anzünden ließ, den ganzen Brand veranlaßt habe, spricht der Umstand, daß nach verschiedenen verläßlichen Berichten das Feuer mitten in der Stadt und an mehreren Orten zugleich ausgebrochen ist, und der Verfasser hat auch in seinem „Gustav Adolf" II, 335 diese Ansicht selbst fallen lassen. Daß Tilly die Stadt aus Fanatismus dem Untergange preisgegeben habe, braucht jetzt ebenso wenig einer Widerlegung mehr, wie die Behauptung O. Klopps, Tilly II, 253 ff. und 278 ff., daß Gustav Adolph Magdeburg absichtlich der Vernichtung preisgegeben habe, um dadurch den Haß gegen die Katholiken zu steigern und in Deutschland einen Religionskrieg zu entflammen.

als der Haß der protestantischen Bevölkerung durch den Brand Magdeburgs, die man ihm zur Last legte, nur noch gesteigert worden war. Er zog daher Anfangs Juni südwärts, brachte Thüringen wieder zum Gehorsam und wollte, nachdem er sich damit nur zu lange aufgehalten hatte, auf Hessen-Kassel losgehen, dessen Landgraf mit Unterstützung des Herzogs Bernhard von Weimar energisch rüstete, als ihn die Fortschritte Gustav Adolfs wieder nach Norden riefen.

Dieser zwang durch einen neuerlichen Marsch vor Berlin den schwankenden Kurfürsten von Brandenburg am 21. Juni zu einem Vertrage, nach welchem ihm derselbe für die ganze Dauer des Krieges die Festung Spandau einräumen, durch Küstrin jederzeit freien Durchzug gestatten und zur Verpflegung der schwedischen Truppen monatlich 30000 Thaler zahlen mußte. Dann wollte er Greifswalde angreifen, welches der tüchtige Oberst Perusi bisher mit Erfolg verteidigt hatte, erfuhr aber auf dem Wege dorthin, daß die Festung nach dem Falle des Kommandanten kapituliert habe. Nun schickte er das frei gewordene Belagerungscorps gegen Mecklenburg, um in Verbindung mit den verjagten Herzogen die dort von den Kaiserlichen noch besetzten Städte zu erobern. Er selbst aber bezog mit seiner Hauptmacht in der zweiten Hälfte des Juli bei Werben, gegenüber dem Einflusse der Havel in die Elbe ein festes Lager, dessen Verschanzungen ihm gegen den wieder heranmarschierenden Tilly genügenden Schutz boten. Hier schloß der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, der erste regierende Fürst, der dies freiwillig that, am 22. August ein Bündnis mit dem schwedischen Könige, welcher ihm dafür ausdrücklich seinen Beistand versprach, wenn er ein Mitglied der Liga bekriegen und sich seines Landes bemächtigen wollte.

Da der vollständige Mangel an Lebensmitteln das längere Verweilen des katholischen Heeres an der unteren Elbe fast unmöglich machte und die Haltung des Kurfürsten von Sachsen immer bedenklicher wurde, so zog Tilly Ende August wiederum nach Thüringen, um sich mit dem Grafen von Fürstenberg zu vereinigen, welcher mit 13000 Kaiserlichen aus Süd-

deutschland herangekommen war. Auch das kaiserliche Korps unter Aldringen sollte sich an ihn anschließen. Doch erhielt dieser vom Kurfürsten von Baiern den sehr unzeitgemäßen Befehl, sich gegen Hessen zu wenden, so daß er dem entscheidenden Kampfe fern bleiben mußte [1]). Tilly beschloß nun, vor allem der Neutralität Sachsens ein Ende zu machen, welche alle seine Operationen hemmte und seine Verproviantierung erschwerte.

Der Kurfürst hatte den Leipziger Beschlüssen entsprechend umfassende Rüstungen begonnen und Wallensteins ehemaligen Feldmarschall Arnim, welcher im Sommer 1629 den kaiserlichen Dienst verlassen hatte, an die Spitze seiner Truppen gestellt [2]). Arnim suchte seinen Herrn zum Anschluß an Gustav Adolf zu bewegen und brachte es in der That dahin, daß sich der Kurfürst gegen denselben immer freundlicher zeigte. Ja er erbot sich sogar dem Könige gegenüber, die Vereinigung Fürstenbergs mit Tilly zu hindern, wenn dieser von den Schweden zurückgehalten würde. Die Aufforderung, welche Tilly Ende August an ihn richtete, seine Werbungen einzustellen und seine Truppen dem Kaiser zu überlassen, lehnte er ab. Da sich nun zugleich Gustav Adolf der sächsischen Grenze näherte, so rückte Tilly Anfangs September in Sachsen ein, wozu ihm der Kaiser auf sein wiederholtes Ansuchen am 23. Juli Vollmacht gegeben hatte, falls die Verhandlungen mit demselben scheiterten.

Dies beschleunigte den schon vorbereiteten Anschluß des Kurfürsten an Schweden. Nachdem derselbe am 11. September mit dem König ein Bündnis geschlossen und sich dem Oberbefehle desselben untergeordnet hatte, erfolgte am 15. die Vereinigung beider Armeen, von welchen die schwedische ungefähr 23 500, die sächsische 16—20 000 Mann stark war.

Auf das Drängen der Kurfürsten entschloß sich Gustav Adolf zum Angriff auf Tilly, der am 15. September Leipzig

1) Hallwich, Gestalten. I. Merode, S. 48 ff.
2) Vgl. hierüber Irmer, Hans Georg von Arnim, S. 115 ff.

zur Ergebung gezwungen und sich mit seinem Heere, welches etwa 35—36000 Mann zählte, nördlich von dieser Stadt bei Breitenfeld aufgestellt hatte. Am 17. September kam es zur Schlacht. Anfangs schien sich der Sieg auf Tillys Seite zu neigen. Die ungeübten Sachsen, welche den linken Flügel der feindlichen Armee bildeten, wurden von der gegenüberstehenden kaiserlichen Kavallerie unter Fürstenberg nach kurzer Zeit über den Haufen gerannt und in wilde Flucht gejagt, ihre Geschütze genommen. Dadurch wurde das schwedische Heer in seiner linken Flanke bedroht, während Pappenheim mit der Reiterei des linken Flügels die rechte Seite desselben zu umfassen suchte. Aber durch eine Änderung der Aufstellung wendeten die Schweden diese Gefahr ab, und bald machten sich die Wirkungen der von Gustav Adolf im Heerwesen eingeführten Reformen geltend. Seine Kanonen waren leichter, beweglicher und zahlreicher, seine Infanterie besser bewaffnet, indem die Musketen teilweise statt des Luntenschlosses schon Feuerschlösser und auch ein geringeres Gewicht hatten, so daß man mit ihnen ohne Gabel schießen konnte, in seinen neu eingeführten Brigaden waren Musketiere und Reiter so vereinigt, daß sie sich gegenseitig besser unterstützen und sich leichter bewegen konnten als die schwerfälligen Infanteriemassen nach der bisher als mustergültig anerkannten spanisch-niederländischen Aufstellung. Trotz der auch von den Feinden anerkannten Tapferkeit der kaiserlich-ligistischen Truppen wurden diese doch nach mehr als vierstündigem hartnäckigen Kampfe vollständig geschlagen und zersprengt, ein großer Teil derselben teils in der Schlacht, teils auf der Flucht getötet, mehrere Tausend gefangen, die ganze Artillerie verloren. Nur mit einer Anzahl von Reitern rettete sich Tilly, der selbst verwundet war, nach Halle [1]).

Dem Könige standen nun die kaiserlichen Erblande wie das übrige Deutschland offen. Der Kurfürst von Sachsen riet demselben, die österreichischen Länder anzugreifen, und der Gedanke, vor allem die Macht des Kaisers zu vernichten und

1) W. Opitz, Die Schlacht bei Breitenfeld (1892).

ihn dann zum Frieden zu zwingen, war in der That verlockend.

Aber Gustav Adolf war ein viel zu vorsichtiger Feldherr, als daß er sich so weit vom Norden entfernt hätte, so lange Tilly überhaupt noch im Felde stand. Auch erkannte er mit Recht als den eigentlichen Kern der Widerstandspartei die Liga, besonders den Kurfürsten von Baiern, dessen Geldbeiträge während des letzten Jahres fast allein die Erhaltung des Heeres Tillys ermöglicht hatten und nach dessen Niederwerfung der Kaiser fast wehrlos schien. Er bestand daher darauf, daß sich der Kurfürst von Sachsen gegen die österreichischen Erblande, zunächst gegen Schlesien wende, obwohl dieser noch immer große Gewissensskrupel hatte, ob er denn auch ohne Verletzung seiner Pflichten gegen den Kaiser einen Angriffskrieg gegen denselben führen dürfe. Thurn erhielt vom Könige Vollmacht, einige Regimenter zu werben, um Böhmen zu revolutionieren.

Arnim drängte zunächst den kaiserlichen Feldmarschall Tieffenbach zurück, der von Schlesien her in die Lausitz eingedrungen war, wendete sich aber dann mit seinem Heere, etwa 10000 Mann [1]), plötzlich gegen Böhmen, welches nur von wenigen Truppen besetzt war, nahm die Plätze an der unteren Elbe und erschien am 15. November vor Prag, das fünf Tage früher der Landeskommandierende von Böhmen, Marradas, mit der schwachen Besatzung verlassen hatte, und welches sich daher ohne Widerstand ergab. Auch die Plätze zu beiden Seiten der Eger fielen in die Gewalt der Sachsen, während das östliche Böhmen durch Tieffenbach, welcher von Schlesien heranzog, behauptet wurde. Mit den Sachsen, deren Offiziere das Land furchtbar aussogen, kehrten auch zahlreiche Emigranten, Männer wie Thurn und Ruppa, nach Böhmen zurück,

1) Auf 9700 Mann giebt Arnim am 3./13. Dez. die Stärke derselben an. Gädeke, Die Eroberung Nordböhmens durch die Sachsen 1631. „N. Archiv f. sächsische Gesch." IX, 268. Vgl. mit diesem Aufsatze S. 232 ff. über den Einfall der Sachsen auch Hallwich, Wallenstein und die Sachsen in Böhmen. „Forsch. z. deutschen Gesch." XXI, 117 ff. Irmer, Arnim, S. 145 ff.

gebärdeten sich als „die drei evangelischen Stände“ des Reiches, erwählten einen kirchlichen „Administrator“, der nun mit sechsundsechzig protestantischen Predigern die Teynkirche in Besitz nahm, und bemächtigten sich in dem von den Sachsen besetzten Teilen des Landes, von diesen nicht unterstützt aber auch nicht verhindert, der ihnen früher entrissenen Güter.

Gustav Adolf selbst, dem sich nach und nach fast alle protestantischen Reichsstände anschlossen, wendete sich mit seinem Hauptheere gegen Südwesten und eroberte Erfurt und das Hochstift Würzburg, welches er als Herzogtum Ostfranken für sich in Besitz nahm. Tilly, der sich von Halle nach Westfalen gezogen, hatte zwar mit den Resten seines Heeres das Korps Aldringens, ein neu geworbenes ligistisches Korps unter dem Grafen Fugger und 12000 Mann, welche der Herzog von Lothringen gesammelt hatte, wie andere kleinere Truppenteile vereinigt und so wieder ein nicht unbedeutendes Heer zusammengebracht. Aber infolge des traurigen Zustandes seiner hungernden und schlecht bekleideten Soldaten, welche „wie der Schnee“ zergingen“ [1]), wagte er sich mit dem König in keinen ernstlichen Kampf einzulassen und zog sich Ende Oktober nach Süddeutschland zurück. Gustav Adolf kümmerte sich daher auch nicht weiter um ihn, sondern marschierte mit der „Royalarmee“ an den Rhein, wo er bis zum Ende des Jahres die Festung Mainz und die umliegenden Gebiete des Erzbischofs und einen Teil der Pfalz eroberte, welche er aber nicht dem vertriebenen Kurfürsten überließ, sondern für sich selbst in Besitz nahm. Die Liga, des Kaisers festeste Stütze, war zersprengt, die einzelnen Glieder derselben suchten Rettung in den Armen Frankreichs.

1) Schreiben Tillys an den Kurfürsten Max vom 10. Okt. bei Droysen, Gustav Adolf II, 455, N. 4. Vgl. S. 450, N. 2 und Hurter, K. Ferdinand II. X, 439f.

# Siebentes Kapitel.

## Wallensteins zweites Generalat bis zum Tode Gustav Adolfs.

Nur ein Mann schien noch helfen zu können, Wallenstein. Dieser hatte sich nach seiner Absetzung im Herbste 1630 nach Böhmen zurückgezogen, wo er teils in Gitschin, teils in Prag Hof hielt und, wenngleich für seine Person einfach lebend, eine fürstliche Pracht entwickelte [1]. Der Kaiser, der ihn nur ungern hatte fallen lassen und noch immer eine hohe Meinung von ihm hatte, holte auch jetzt noch über militärische Angelegenheiten mehrfach sein Gutachten ein. Wallenstein, welcher sich zur Erteilung von solchen schon früher bereit erklärt hatte, behielt ihm auch seinen Rat nicht vor [2]. Aber in seinem Innern kochte er Rache nicht bloß gegen den Kurfürsten von Baiern, der seine Absetzung besonders betrieben, sondern auch gegen den Kaiser, der ihn nicht gehalten hatte. Er wollte es diesen und sein ganzes Haus schmerzlich empfinden lassen, „daß er einen Kavalier affrontiert habe“ [3]. Da er im Dienste des Kaisers nichts mehr erreichen konnte, ja für alle Zukunft

1) Bericht des sächsischen Agenten Lebzelter vom 16. August 1631 bei Hallwich, Wallenstein und Arnim, S. 6f. (Aus den „Mitth. d. Ver. f. Gesch. der Deutschen in Böhmen“ XVII.) Andere Berichte sind übertrieben.

2) Dudik, Waldstein von seiner Enthebung bis zur abermaligen Übernahme des Armee-Ober-Commando, S. 20ff. Vgl. Hurter, Wallensteins vier letzte Lebensjahre, S. 19ff.

3) Äußerung Wallensteins Arnim gegenüber nach dessen Mitteilung an den schwedischen Agenten Nicolai. S. dessen Bericht vom 30. Dez. 1631 (a. St.) bei G. Irmer, Die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser von 1631—1634 I, 87f. (Publicationen aus den Preuß. Staatsarchiven XXXV) und bei Hildebrand, Wallenstein und seine Verbindungen mit den Schweden, S. 5f.

zur Unthätigkeit verurteilt schien, so wollte er durch Verbindung mit den Feinden desselben wieder zu einer Stellung gelangen, wie er sie früher innegehabt hatte.

Daß er in den ersten Monaten des Jahres 1631 alles in Mecklenburg vorhandene Getreide nach Lübeck und Hamburg führen ließ und den ohnehin Not leidenden kaiserlichen Garnisonen entzog [1]), zeigt jedenfalls, daß ihm die Rücksicht auf ein gutes Geschäft höher ging als das Interesse seines Herrn, ja kann wohl als Beweis für seine Absicht, den Operationen Tillys Schwierigkeiten zu bereiten, angesehen werden. Personen, welche ihm nahe standen, trauten ihm um diese Zeit noch viel weiter gehende Pläne zu. Graf Adam Trczka, Wallensteins Schwager, machte im Februar 1631 einem böhmischen Exulanten Jaroslaw Sezyma Raschin die Mitteilung, daß der Herzog von Friedland wohl von den Gegnern zu gewinnen sein dürfte, wenn diese mit ihm Verhandlungen anknüpften. Im Mai forderte Trczka, und zwar im Auftrage Wallensteins, wie er sagte, Raschin auf, sich wegen dieser Angelegenheit zum Grafen Thurn zu begeben. Ende Juni erklärte dem genannten Unterhändler, wie derselbe behauptet, Wallenstein selbst, daß er vom Kaiser disgustiert sei und für den König alles thun werde. Nur könnte er, weil er viel zu verlieren hätte, nicht plump hineintappen, sondern müßte eine gute Gelegenheit abwarten. Der König solle sich, riet er im Juli, mit Sachsen verbinden, dann gegen Tilly und weiter ins Reich ziehen und ihm 10—12000 Mann mit Artillerie unter Thurn nach Böhmen schicken [2]).

1) Dudik, S. 36 ff. Hurter a. a. O., S. 123 ff.

2) Wir haben über diese Verhandlungen freilich nur Rašins „Gründtlichen und wahrhaftigen Bericht", den er 1635 als Preis für seine Begnadigung abfaßte, und den ich nach dem Abdrucke bei Gädeke, Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen 1631 bis 1634, S. 309 ff. citiere. Aber er wird bestätigt durch die von Gädeke, S. 107 mitgeteilte Vollmacht Gustav Adolfs für Thurn zu Verhandlungen „mit dem bewußten Cavallier" vom 1./11. Juli (Juni), durch Thurns Brief an den König vom 17./27. Juni bei Hildebrand, S. 1, wonach Raschin „dies hochwichtig Negotium in Böhmen tractirt",

Gustav Adolf war natürlich sehr erfreut, daß ihn eine so hervorragende Persönlichkeit unterstützen wollte. Hatte er ja schon bald nach der Absetzung Wallensteins, im November 1630, mit diesem Verbindungen anzuknüpfen gesucht [1]). Er erklärte sich bereit, ihm zu gelegener Zeit Truppen zu senden und ihn zum Vizekönig von Böhmen zu machen, als dessen rechtmäßigen König er wohl Friedrich von der Pfalz ansah. Als dann Tilly bei Breitenfeld vollständig geschlagen war, ließ Wallenstein durch Raschin den Schwedenkönig an dieses Versprechen erinnern und ersuchte ihn, ihm 12- oder 14000 Mann zu schicken. Dann werde er die schlesische Armee, fast die einzige, welche der Kaiser in seinen Erblanden noch hatte, persönlich angreifen, sich Schlesiens, Böhmens und Mährens bemächtigen, nach der Sicherung dieser Länder noch bis zur Wiener Brücke vordringen und dann die Winterquartiere aufschlagen. Beim ersten starken Frost aber werde er die Donau überschreiten, Steiermark, Kärnten und Krain erobern [2]) und den Kaiser nach Italien jagen. Er solle ja mit diesem keinen Frieden schließen, da dieser, wenn er nirgends aus könne, viel verheiße, aber nichts halte. Es sei Zeit, daß das Haus Österreich und der König von Spanien von Grund aus verderbt würden; auch auf den Baiern habe er guten Appetit. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich zahlreiche Offiziere der kaiserlichen Armee ihm anschließen würden, da er vielen Gutes gethan habe und ihnen die Besitzungen der Jesuiten und der

und durch dessen in der nächsten Anm. citiertes Schreiben. Auch Ranke, Wallenstein, S. 335 sagt, daß diese Erzählung „das Gepräge der Wahrhaftigkeit trägt". Vgl. auch Gäbeke, S. 13ff. Lenz, Zur Kritik Sezyma Rašins in „Hist. Zeitschr." LIX, 1ff., Wittich, Zur Gesch. Wallensteins ebd. LXVIII, 234ff. und Irmer, Die Verhandlungen Schwedens I, XXIff.

1) Irmer a. a. O. I, XXIII.

2) Nach Thurns Schreiben an den König zuerst mitgeteilt von Fiedler im „Jahrbuch f. vaterl. Gesch." (Wien 1860) und jetzt bei Gäbeke, S. 108. Da dies genau mit dem Bericht Raschins stimmt, so verdient sicher auch Glauben, was dieser über weitere Äußerungen Wallensteins mitteilt.

Grafen Martinitz und Slawata geben werde. Die Belohnung für diese Dienste stelle er dem König anheim.

Aber Gustav Adolf konnte ein so großes Korps damals nicht entbehren und scheint auch Wallensteins Versprechungen nicht recht getraut zu haben [1]). Er erklärte sich nur zur Sendung von etwa 1500 Mann bereit und riet dem Grafen Thurn, sich an den Kurfürsten von Sachsen und Arnim um Unterstützung zu wenden. Diese aber hatten keinen Grund, die Privatinteressen Thurns und der andern in seinem Gefolge befindlichen Emigranten zu fördern, welche in Sachsen Werbungen veranstalten und dann eine Erhebung in Böhmen bewirken wollten. Vielleicht gerade um ihren Plänen zuvorzukommen, rückte Arnim im November selbst in Böhmen ein [2]).

Die Vereitelung der Hoffnungen, welche Wallenstein auf den schwedischen König gesetzt hatte, mußten ihn bestimmen, sich den Anträgen zuzuwenden, welche ihm von der entgegengesetzten Seite gemacht wurden.

Am kaiserlichen Hofe, wo man von Wallensteins hochverräterischen Verbindungen nichts ahnte, hatten seine Anhänger schon längst mit einer gewissen Befriedigung darauf hingewiesen, daß seine Absetzung die einzige Ursache der zunehmenden Unglücksfälle gewesen und daß Tilly teils wegen seiner Abhängigkeit vom Kurfürsten von Baiern, teils wegen seines Alters für die Stelle eines kaiserlichen Obergenerals nicht geeignet sei [3]).

1) Nach Thurns zweitem Schreiben an den König bei Fiedler, S. 16 und Gädeke, S. 108.

2) Die Behauptungen Raschins, daß Wallenstein die Sachsen aufgefordert habe, nicht nach Schlesien, sondern nach Böhmen zu ziehen und bis Prag vorzudringen, auf dessen Unfähigkeit zum Widerstande er sie aufmerksam gemacht, sind mehr als zweifelhaft, da es an Beweisen hierfür mangelt, manches geradezu dagegen spricht, und er im einzelnen überhaupt nachweislich manches entstellt hat. Vgl. Lenz, S. 38 ff. Wittich, S. 244 ff. H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Geschichte und Geschichten. Neue Ergebnisse der Wallenstein-Forschung, S. 72 f. hält dagegen ein Einverständnis Wallensteins mit Arnim für sicher. Vgl. auch Irmer, Arnim, S. 147 ff.

3) Nach Briefen Questenbergs an Wallenstein vom 12. März 1631

Nach dem Verluste Frankfurts an der Oder fand diese Überzeugung auch bei seinen früheren Gegnern Eingang. Der Botschafter Spaniens, welches schon der Absetzung Wallensteins entgegen gewesen war, stellte jetzt eine Million Subsidien in Aussicht, wenn derselbe wieder an die Spitze des Heeres gestellt würde [1]). Auch der Kaiser äußerte den Wunsch, daß Wallenstein nach Wien oder wenigstens in die Nähe kommen möchte, um mit ihm verhandeln zu können. Aber des Friedländers vertrautester Freund, der Hofkriegsrat Questenberg, lehnte eine Sendung an ihn ab. Die Entscheidung zog sich auch deswegen hinaus, weil Fürst Eggenberg damals als Generalstatthalter von Innerösterreich in Graz lebte und, wie es heißt, deswegen nicht nach Wien kommen wollte, weil man früher auf seinen Rat nicht gehört hatte [2]). Ein Handschreiben, welches der Kaiser am 5. Mai an Wallenstein richtete und worin er ihn selbst bat, sich unverzüglich nach Wien oder dessen Nähe zu begeben, damit er um so leichter seinen Rat einholen könnte [3]), brachte bei demselben nicht die geringste Wirkung hervor.

Diese Haltung Wallensteins und die Erklärung, welche die Ligisten auf einer Versammlung in Dinkelsbühl auf eine Anfrage des Kaisers abgaben, daß sie diesem zwar bezüglich seiner Erbreiche nichts vorschreiben wollten, aber als General im Reiche nur einen solchen wünschten, der von rechtem deutschem Geblüte geboren und im Reiche begütert wäre, brachten vorläufig den Plan der Wiederanstellung des Herzogs von Friedland zu Falle. Dagegen strebte nun Ferdinand III. trotz

angefangen, bei Dubik, Waldstein, S. 58 ff. Vgl. Hurter, Wallensteins letzte Lebensjahre, S. 23 ff.

1) Depesche des päpstlichen Nuntius Rocci vom 22. Mai bei Ranke, S. 155, N. 1.

2) Briefe Questenbergs an Wallenstein vom 23., 27. und 30. April und Saint Juliens vom 23. April bei Hurter, S. 29 ff. Dudik, S. 71. 73. 81. 84. Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Eggenberg, S. 97. 101 ff.

3) Bei Förster, Wallensteins Briefe II, 156.

seiner Jugend das Oberkommando über die kaiserlichen Truppen zu erlangen, indem er versprach, „sich auf das äußerste zu befleißen", und die Hoffnung äußerte, „daß er genug Offiziere haben werde, die ihm mit getreuem Rat und That beistehen würden". Da auch der geheime Rat am 4. Juni die Erfüllung dieses Wunsches befürwortete, so ernannte der Kaiser wirklich um die Mitte des August seinen Sohn zum Oberbefehlshaber, was auch die Billigung seines Schwagers, Philipps III. von Spanien, fand [1]). Doch zögerte man noch mit der Veröffentlichung, und unterdessen erfolgte die furchtbare Niederlage Tillys bei Breitenfeld, die es nicht mehr rätlich erscheinen ließ, einen vierundzwanzigjährigen und in militärischen Dingen unerfahrenen Jüngling dem siegreichen Schwedenkönig entgegenzustellen. Man suchte nun Wallenstein zu bewegen, daß er neben dem Könige Ferdinand den Oberbefehl übernehme, und der Kaiser schickte in dieser Angelegenheit Ende Oktober den Hofkriegsrat Questenberg an denselben [2]). Aber Wallenstein lehnte den Antrag ab, indem er sein Podagra vorschützte. Er würde es nicht thun, erklärte er, selbst wenn ihm Gott im Himmel solches auftrüge [3]).

Der Kaiser legte nun die Frage seinen geheimen Räten vor, in deren Sitzung am 12. November sich die Meinungen schroff gegenüberstellten. Die Anhänger des Königs Ferdinand III., zu welchen auch die spanischen Gesandten gehörten, machten gegen Wallenstein die Abneigung der Kurfürsten und die Gefahr geltend, daß sich der zornige, hochtrabende Mann für seine Absetzung auch am Kaiser rächen könnte. Daß es

1) Gindely, Gesch. des dreißigjährigen Krieges (Wissen der Gegenwart) II, 251 f., offenbar nach Aktenstücken in Simancas. In seiner 1889 in den „Abhandl. der königl. böhm. Ges. d. Wiss.", VII. Folge, III. B. erschienenen Abhandlung „Waldsteins Vertrag mit dem Kaiser bei der Übernahme des zweiten Generalats" S. 3 ff. sagt er von der Ernennung Ferdinands III. und von dessen Versprechungen nichts.

2) Gindely, Waldsteins Vertrag, S. 6 ff.

3) So sagte er selbst dem vom Könige von Dänemark an ihn geschickten Obristlieutenant Oynhausen nach dessen Bericht vom 4./14. Nov. bei Droysen II, 419, N. 1.

dem Könige, den sie auch jetzt noch aus politischen Gründen für den geeignetsten Oberanführer hielten, an Kriegserfahrung mangle, leugneten sie nicht. Sie schlugen daher vor, ihm den Grafen Schlick an die Seite zu geben, der sich im Herbste 1627 im Heere Wallensteins durch den Sieg über die Dänen bei Heiligenhafen und die rasche Eroberung der jütischen Halbinsel einen Namen gemacht hatte [1]). Der Kaiser hörte aber doch mehr auf die Ratschläge der Freunde Wallensteins und richtete noch einmal das Ansuchen an denselben, sich in die Nähe Österreichs zu begeben, damit er einen seiner Räte zu Verhandlungen an ihn schicken könne. „Ich will mir", schreibt er dem Herzoge, „die verläßliche Hoffnung machen, daß Ew. Liebden, so in der gegenwärtigen Not mich begriffen sehen, mir nicht aus Handen gehen, viel weniger mich lassen werden" [2]).

Unterdessen waren aber Wallensteins Unterhandlungen mit dem Schwedenkönige durch die Indiskretion der Mutter Trczkas, welche in dieselben eingeweiht worden war, und durch einen aufgefangenen Brief Thurns bekannt geworden [3]), und er mußte sich daher rasch für oder gegen den Kaiser entscheiden. Da er nun infolge des abschlägigen Bescheides Gustav Adolfs zur Überzeugung gelangt war, daß er von diesem keine wesentliche Unterstützung zu erwarten habe, so entschloß er sich, sein Geschick noch einmal an das des Kaisers zu ketten. Er erklärte sich daher am 17. November bereit, sich aus

1) Nach Dudik, S. 153, N. 2 stimmen die „Puncta ministrorum Caesaris proposita, 12. Nov. 1631" mit den Mitteilungen bei Khevenhiller XI, 1951 ff. und Förster, Briefe II, 180 ff. im wesentlichen überein.

2) Vom 12. Nov. bei Förster II, 187. Vgl. Questenbergs Schreiben vom gleichen Tage, S. 186.

3) Nach zwei Schreiben des schwedischen Agenten Nicolai aus Dresden, 26. und 30. Dez. 1631 (a. St.), der sich auf Mitteilungen Arnims, wie dieser auf Mitteilungen Wallensteins beruft, bei Hildebrand a. a. O., S. 5 f. und Irmer I, 82 und 87 f. — Arnim muß diese Mitteilungen bei ihrer Zusammenkunft in Kaunitz am 29. (30?) Nov. erhalten haben.

Böhmen nach Znaim zu begeben, und traf um den 8. Dezember dort ein [1]).

Schon wenige Tage darauf fand sich des Kaisers erster Minister Fürst Eggenberg, einer der eifrigsten Gönner Wallensteins, mit dessen Schwager, dem Grafen Leonhard von Harrach, bei diesem ein. Aber die Aufträge, welche der Kaiser demselben erteilt hatte [2]), konnten einen Mann von dem Ehrgeiz und dem Selbstbewußtsein des Herzogs von Friedland unmöglich befriedigen. Auch jetzt sollte dieser die Stelle eines General-Obristen-Feldhauptmanns nicht selbständig übernehmen, sondern als solcher nur dem Könige Ferdinand III. „assistieren und an die Hand gehen". Die Versicherung, daß dieser dessen Ratschläge und Handlungen jederzeit „in Obacht nehmen und ästimieren" und daß, was für die Verhältnisse unter der Regierung Ferdinands II. charakteristisch ist, des Kaisers Beichtvater und andere Geistliche durch ihre Vorstellungen den General fortan in seinen Handlungen nicht mehr hindern würden, konnten ihn mit der ihm zugedachten untergeordneten Stellung unmöglich versöhnen. Er ließ sich daher nur bewegen, sich eine Zeit lang, bis Ende Februar, endlich auf drei Monate, ohne Titel und Besoldung „der kaiserlichen Armee anzunehmen" und in dieser Zeit ein Heer von 40000 Mann aufzustellen. Seine Bemerkung, daß er in weiteren drei Monaten dasselbe auf 100000 Mann zu bringen hoffe, machte es wenigstens wahrscheinlich, daß er nicht abgeneigt sei, die Stelle eines Obergenerals zum zweitenmal zu übernehmen. Auch wurden schon jetzt alle kaiserlichen Truppen unter Wallensteins Oberbefehl gestellt. Ein in Znaim anwesender Gesandter der Erzherzogin Isabella, der Gerichtspräsident Bruneau [3]), stellte ihm Subsidien vonseiten Spaniens in Aussicht.

1) Am 6. reiste er von Pardubitz ab, am 9. schickte der Kardinal Dietrichstein von Nikolsdorf aus ein Bewillkommungsschreiben. Dubik, S. 171.

2) Bei Dubik, S. 172 ff. und „Archiv f. österr. Geschq." XIX, 40.

3) Ein auf seinem Schreiben vom 19. Dez. beruhender Bericht des spanischen Staatsrates an den König bei Gindely, Waldsteins Vertrag,

Um für die Rüstungen, welche die Regierung übrigens schon im Mai begonnen hatte [1]), die notwendigen Mittel zu erhalten, wurden nicht bloß die Stände der österreichischen Länder gedrängt, Geld oder Lebensmittel zu bewilligen, und Darlehen aufgenommen [2]), sondern auch alle katholischen Staaten um Subsidien angegangen. Freilich hatte man an den wenigsten Orten Erfolg. Daß Frankreich und Venedig jede Unterstützung verweigerten, ist selbstverständlich, und es ist nur ein Beweis für die Naivität der damaligen österreichischen Staatslenker, daß man sich darauf überhaupt Hoffnung gemacht hatte. Auch die meisten übrigen italienischen Fürsten und Republiken mit Ausnahme des Großherzogs von Toscana entschuldigten sich mit ihrer Armut und gaben wenig oder gar nichts [3]).

Selbst der Papst Urban VIII., an welchen der Kardinal Pázmány abgesendet wurde, um ihn zu bewegen, daß er Frankreich von der Verbindung mit Gustav Adolf abziehe, ein Bündnis aller katholischen Mächte zustande zu bringen suche und den Kaiser mit einer größeren Geldsumme unterstütze, zeigte sich kühler, als man vom Oberhaupte der katholischen Kirche unter den damaligen Verhältnissen hätte erwarten sollen. Er war ein Gegner Spaniens wegen der Übermacht, welche dieses in Italien ausübte, und wollte daher auch nichts thun, was zur Kräftigung des deutschen Zweiges des Hauses Habsburg beitragen konnte. Die Behauptung Pázmánys und des Herzogs von Savelli, des ständigen Vertreters des Kaisers, daß der Krieg in religiösen Motiven, besonders im Restitutionsedikt wurzele, wollte er nicht als richtig anerkennen. Er griff

S. 9, N. 2 ist unsere einzige Quelle für die Verhandlungen und Abmachungen in Znaim, die sich sonst nur aus den Folgen erschließen lassen.

1) Dudik, S. 86ff.

2) Hurter X, 486 ff. Wie sich übrigens aus S. 487, N. 49 zeigt, wurden die 200000 Gulden, welche der niederösterreichische Landtag Ende 1631 bewilligte, von der Regierung zum größern Teile nicht für militärische Zwecke verwendet.

3) Hurter, K. Ferdinand II. X, 494 ff.

sogar zu dem kleinlichen Auskunftsmittel, daß er Pázmány nicht als Gesandten des Kaisers anerkennen wollte, weil die Kardinäle, welche gleichen Rang mit den Fürsten hätten, nicht eine Vertretung derselben übernehmen könnten. Die Fortzahlung von monatlich 10000 Scudi, zur Hälfte für den Kaiser, zur Hälfte für die Liga, einer lächerlich kleinen Summe, war alles, was Pázmány nach langen Unterhandlungen erreichte. Erst nach Pázmánys Abreise, Anfangs Juni, schickte der Papst 60000 Thaler nach Wien. Auch dem Könige von Spanien verweigerte der Papst die Besteuerung der reichen Kirchengüter in der verlangten Höhe, so daß der spanische Botschafter Kardinal Borgia im Konsistorium der Kardinäle vor dem Papste feierlich Protest erhob und diesen für allen Schaden, welchen die katholische Religion erleiden würde, verantwortlich machte [1]).

Es war dies auch für den Kaiser von großer Bedeutung, weil dieser mit Spanien am 14. Februar auf sechs Jahre ein Bündnis geschlossen hatte, nach welchem der König für ihn ein Heer von 25000 Mann aufzustellen versprach, und dieser ihn auch mit Geld unterstützte [2]).

Auch der Kurfürst von Baiern und andere Mitglieder der Liga schlossen sich wieder dem Kaiser an, da sie bei Frankreich den erhofften Schutz doch nicht gefunden hatten.

Maximilian hatte den ewigen Lockungen Richelieus endlich insofern nachgegeben, als er das ihm von Frankreich schon längst angetragene Schutzbündnis, über welches im letzten Herbst in Regensburg mit dem Pater Joseph lange verhandelt worden war, und nach welchem der König ihm und seinen Erben nicht bloß seine Gebiete, sondern auch die Kurwürde garantierte und ihm zu diesem Zweck im Notfall eine Unterstützung mit Truppen oder einer entsprechenden Geldsumme versprach, am 8. April 1631 unterzeichnete. Wenn ihn auch

1) Gregorovius, Urban VIII. im Widerspruch zu Spanien und den Kaiser, S. 38ff. Frankl, Pázmány III, 3ff. = Fraknói, Pázmány, S. 237ff.

2) Hurter X, 493.

dieses Bündnis, dessen Dauer auf acht Jahre festgesetzt wurde, nicht an der weiteren Unterstützung des Kaisers hinderte, so trat er dadurch doch in einen gewissen Gegensatz zur spanischen Linie des Hauses Habsburg, die ihm noch immer nicht den erblichen Besitz der Kurwürde zuerkannt hatte, und brachte er Frankreich seinem Ziele, das Protektorat über die deutschen Reichsstände zu erlangen, einen bedeutenden Schritt näher.

Richelieu verweigerte freilich dem Kurfürsten nach der Niederlage der katholischen Waffen bei Breitenfeld trotzdem jede Unterstützung, weil die Ligisten der angreifende Teil gewesen seien. Er suchte vielmehr die Not der katholischen Reichsstände zu benutzen, um sie vollständig in seine Netze zu ziehen. Im November 1631 schickte er den Baron Charnacé nach München, um die Ausdehnung des Schutzbündnisses mit Frankreich auf alle Mitglieder der Liga zu erwirken und diese zunächst zur Neutralität und dann zu einer Vereinigung mit den protestantischen Reichsständen zu bewegen. Lange sträubte sich Maximilian gegen die Neutralität, welche den Kaiser der Übermacht preisgab. Aber die zunehmende Gefahr, die Erklärung Tillys und Aldringens, daß sie, wenigstens gegenwärtig, dem Feinde nicht gewachsen seien, und die Versicherung des französischen Gesandten, Gustav Adolf werde sich, sobald die Liga die Neutralität angenommen hätte, in Unterhandlungen wegen eines allgemeinen Friedens einlassen, bewogen ihn endlich, am 24. Dezember einen Vertragsentwurf vorzulegen, wonach die Ligisten neutral bleiben, aber der schwedische König ihnen ihre Gebiete wieder einräumen sollte. Auch die geistlichen Mitglieder der Liga beschlossen Frankreich um seine Vermittlung anzugehen.

Aber Gustav Adolf wies die verlangte Herausgabe aller ligistischen Gebiete unbedingt zurück. Nur den Erzbischöfen von Trier und Köln wollte er die ihnen entrissenen Städte, und dem „Herzoge“ von Baiern die Plätze, die ihm früher in der Rheinpfalz gehört hätten, zurückgeben. Dagegen sollten die Ligisten alle protestantischen Länder räumen und ihre Truppen bis auf 12000 Mann, welche auch nicht beisammen

bleiben dürften, entlassen. Ebenso wenig ging er auf das Verlangen Frankreichs ein, sich von den linksrheinischen Gebieten fern zu halten, welche Richelieu ohne Krieg in seine Hände zu bringen suchte, indem er die dortigen Fürsten bewegen wollte, die wichtigsten Plätze seinem „Schutz“ anzuvertrauen [1]).

Die Forderungen Gustav Adolfs hatten übrigens die Folge, daß der Kurfürst von Baiern jetzt die Rettung nur noch im engsten Anschluß an den Kaiser sah und sowohl selbst energische Rüstungen begann, als auch die katholischen Reichsstände des schwäbischen Kreises dazu antrieb.

Die Unterstützung Spaniens und die Wiederaufnahme des Kampfes durch das Haupt der Liga erhielt aber erst dadurch seine rechte Bedeutung, daß der Kaiser selbst eine Streitmacht auf die Beine brachte, welche sich dem siegreichen Schwedenkönig und seinen Verbündeten entgegenstellen konnte.

In der That hatte Wallenstein nach seiner provisorischen Ernennung zum Obergeneral diese Aufgabe mit gewohnter Umsicht und Energie in Angriff genommen. In den nächsten Monaten wurden die zusammengeschmolzenen Regimenter ergänzt, neue aufgestellt, der Burggraf Hannibal von Dohna mit der Anwerbung leichter polnischer Reiter, der erprobte Isolano mit der Vermehrung der kroatischen Kavallerieregimenter beauftragt. Es wurde für die Bewaffnung und Verpflegung der Soldaten Sorge getragen, wobei dem Feldherrn wieder die Mittel seines Herzogtums Friedland zugute kamen, und strenge Verordnungen zur Herstellung der gelockerten Disziplin erlassen [2]). Im Frühjahre 1632 war ein starkes und gut

1) Über diese Neutralitätsverhandlungen und die Haltung Frankreichs s. Droysen, Gustav Adolf II, 472 ff. O. Vigier, L'influence politique du Père Joseph. „Revue des quest. hist.“ L, 458 ff. Fagniez, Le père Joseph I, 575 ff. Vgl. auch Gindely, Gesch. des dreißigjähr. Krieges II, 226 ff. („Das Wissen der Gegenwart“ III.), der sich hier teilweise auf ungedrucktes Material stützt.

2) Hallwich, Wallenstein und die Sachsen. „Forschungen“ XXI, 159 ff. Hurter, Gesch. K. Ferdinands II. X, 476 ff. und Wallensteins letzte Lebensjahre, S. 42 ff. Streffleurs „Österr. militärische Zeitschrift„

ausgerüstetes Heer in Böhmen und Mähren zum Kampfe bereit, während die in Deutschland stehenden kaiserlichen Truppen unter das Kommando des Feldzeugmeisters Aldringen gestellt wurden.

Dort waren noch im Februar von beiden Parteien die Operationen mit neuem Eifer begonnen worden [1]). Nachdem der baierische Kurfürst seine Neutralitätspläne aufgegeben hatte, zog Tilly mit Aldringen von Nördlingen, wo ihre Truppen in den Winterquartieren gelegen hatten, nach der Oberpfalz, entriß dem General Horn am 9. März die Stadt Bamberg, welche derselbe kurz vorher besetzt hatte, und brachte dessen Truppen empfindliche Verluste bei. Auf die Nachricht hiervon brach Gustav Adolf am 15. März mit seiner Hauptmacht, etwa 20000 Mann, von Frankfurt nach Osten auf, vereinigte sich in Schweinfurt mit den Truppen Horns und beabsichtigte Tilly eine Schlacht zu liefern. Dieser hatte nach der Einnahme Bambergs einen Angriff auf Eger beabsichtigt und zu diesem Zweck an Wallenstein die Bitte gerichtet, derselbe möge den bei Pilsen stehenden Gallas soweit verstärken, daß er ihn von Böhmen her dabei unterstützen könne. Wallenstein erteilte auch dazu seine Zustimmung und gab am 12. März an Gallas den Befehl, zunächst mit 2000 und später mit noch weiteren 3000 Reitern die bei Tilly befindlichen kaiserlichen Truppen zu verstärken. Aber aus „hochwichtigen Ursachen", wie Gallas an Wallenstein schreibt, hatte ein Teil der zur Unterstützung Tillys bestimmten Truppen erst am 27. März den Marsch angetreten, wo sich das ligistische Heer wieder soweit von der böhmischen Grenze entfernt hatte, daß eine sofortige Vereinigung nicht mehr möglich war [2]).

1862 I, 43 ff. (Wallenstein als Bildner eines Heeres). Vgl. Dudik, Waldstein, S. 185 ff. 275 ff. 311 ff. 436 ff.

1) Ich verweise hierfür auf O. Klopp, Tilly II, 408 ff. Droysen II, 521 ff.

2) Die betreffenden Schreiben Tillys, des baierischen Kurfürsten, Wallensteins und Gallas bei Dudik, Waldstein, S. 383—395. Vgl. die Nachträge im „Archiv f. öst. Gesch." XXXII, 362 ff. Daß Wallen-

Tilly hatte nämlich auf die Nachricht vom Anmarsche Gustav Adolfs sofort den Rückzug nach der Oberpfalz und von da nach Ingolstadt an der Donau angetreten, um dem Könige den Übergang über diesen Fluß streitig zu machen. Aber Gustav Adolf wendete sich nach der Besitznahme Nürnbergs, dessen Bürger sich ihm mit Freude anschlossen, weiter nach Westen, nahm am 7. April Donauwörth, setzte dort über die Donau und stand wenige Tage darauf am untern Lech. Tilly, der mit Aldringen in einer verschanzten Stellung bei Rain ihn wenigstens an der Überschreitung dieses Flusses zu hindern suchte, wurde am 15. April nach einem hitzigen Kampfe, in welchem er und Aldringen verwundet wurden, zum Rückzuge nach Ingolstadt gezwungen, und hier starb der greise Feldherr am 30. April. Mit Ausnahme dieser Festung und der Stadt Regensburg, wohin sich der Kurfürst zurückzog, wurde ganz Baiern vom Schwedenkönig erobert, ausgeplündert und zur Zahlung hoher Kontributionen gezwungen. Schon hegte Gustav Adolf die Hoffnung, in die österreichischen Länder, vielleicht

stein Tilly absichtlich im Stiche gelassen und belogen habe („das Ungeheuere, das Entsetzliche!"), daß „sein Versprechen ein Hohn war", wie Klopp, Tilly II, 410ff. 421ff. nach dem Vorgange Hurters behauptet, ergiebt sich daraus in keiner Weise. Auch ist anfangs die Vereinigung der zur Unterstützung der Operationen Tillys bestimmten Truppen mit diesem selbst gar nicht in Aussicht genommen, und es ist nicht wahr, daß Tilly „seine Dispositionen danach eingerichtet, daß er in der Oberpfalz stehend, diese Verstärkungen an sich ziehen könne" (Klopp II, 422). Tilly erbat dies erst am 30. März, wo er weit von der böhmischen Grenze in Neumarkt stand. Wenn Marradas am 3. April aus Tabor an Wallenstein schreibt, er habe die aus Mähren kommenden Reiter sofort nach der Oberpfalz geschickt, Wallenstein habe ihm aber nicht von 5000 Pferden, sondern von 30 Kompagnieen geschrieben (Dudik, S. 413), so ergiebt sich daraus nicht, daß Wallenstein demselben einen Befehl zur Absendung von Verstärkungen gar nicht erteilt habe. Denn 30 Kompagnieen zählten nach den umfassenden Werbungen gewiß 2000, bei voller Stärke 3000 Mann, und 2000 hatten sich nach Schreiben des Kurfürsten aus München vom 1. April auch bereits „genähert". Dudik, S. 399. Vgl. Hallwich, Wallenstein und die Sachsen. „Forschungen" XXI, 165f. Übrigens wären wohl auch 5000 Mann zu schwach gewesen, um im Verein mit Tilly die Schweden abzuwehren.

gar nach Wien vorzudringen [1]). Aber auf die Nachricht, daß kaiserliche Truppen in Schwaben mehrere Erfolge errungen hätten, kehrte er von München an den Lech zurück. Ja, die Bedrängung der Sachsen durch Wallenstein und die Gefahr eines Abfalls des Kurfürsten Johann Georg bewogen ihn, sich mit dem Hauptheer, etwa 18000 Mann, wieder nach Norden zu wenden, während er in Baiern und Schwaben kleinere Truppenabteilungen unter Banér und Bernhard von Weimar zurückließ.

Wallenstein hatte bis zum Frühling 1632 ein zahlreiches und tüchtiges Heer ins Feld gestellt [2]). Es war selbstverständlich, daß diese Armee, welche sein Name und sein Talent zusammengebracht, auch nur durch ihn geführt werden könne. Aber er gab sich den Anschein, daß er nach dem Ablaufe der vereinbarten dreimonatlichen Frist seine Stelle niederlegen wolle, weil er den Preis für die Übernahme des Kommandos beliebig steigern konnte. Der Kaiser bestimmte wieder den Fürsten Eggenberg zu den Verhandlungen hierüber. Weil sich aber dieser neuerdings in Graz aufhielt und wegen seines Gichtleidens die beschwerliche Reise nicht unternehmen konnte, so bat er den Herzog „um Gottes willen", seine Stelle wenigstens so lange zu behalten, bis er sich mit ihm unterreden könnte. Der Kaiser selbst schickte am 25. März an den General den Abt Anton von Kremsmünster, Klesels Nachfolger auf dem bischöflichen Stuhle von Wien, auch einen der Gönner desselben [3]), der aber nur so viel erreicht zu haben scheint daß sich Wallenstein herbeiließ, die Rückkunft Eggenbergs abzuwarten.

Am 12. April reiste endlich Eggenberg mit Questenberg

1) Nach seinem Schreiben an den Grafen Solms vom 29. April (a. St.) bei Irmer I, 165 ff.

2) Auf wenigstens 60000 Mann schätzt es der beste Kenner dieser Verhältnisse, Hallwich in „Forschungen z. deutschen Gesch." XXI, 151. Doch erreichte es diese Höhe jedenfalls nur mit Einrechnung der außerhalb Böhmens liegenden Korps. Vgl. die Angaben bei Dudik, S. 450, N. 1 und 451, N. 1.

3) Die Schreiben Eggenbergs, des Kaisers und Ferdinands III. bei Förster II, 196 ff.

von Wien zu Wallenstein ab, der ihm bis Göllersdorf entgegenkam. Am 23. April fanden hier die entscheidenden Verhandlungen statt [1]), und noch am nämlichen Tage kam eine Einigung zustande.

Die Bedingungen, unter denen sich Wallenstein zur dauernden Übernahme des Generalates herbeiließ, scheinen nur mündlich festgestellt, nicht aber schriftlich aufgezeichnet worden zu sein [2]). Doch lassen sich mehrere Punkte mit Sicherheit feststellen.

Wallenstein erhielt den unbeschränkten Oberbefehl über das Heer und zwar nicht bloß in den österreichischen Ländern, sondern auch im ganzen römischen Reiche, so daß kein anderer General unabhängig von ihm sollte kommandieren dürfen. Auch das Recht der Ernennung aller Obersten und Offiziere wurde ihm wieder zugestanden. Etwaige Befehle des Kaisers an die Untergenerale sollten nicht unmittelbar, sondern nur durch ihn an dieselben gerichtet werden. Zur Erhaltung des Heeres sollten ihm gewisse Steuern in den Erblanden, die im Reiche und in Böhmen zu konfiszierenden Güter der Rebellen und die heimfallenden Lehen angewiesen werden. Auch erhielt er, wenigstens für die nächste Zeit, Vollmacht zu Friedensverhandlungen. Weiter schenkte ihm der Kaiser 400000 Gulden, welche er für die von ihm erkauften konfiszierten Güter noch schuldig war, und überließ ihm als Pfand das Herzog-

1) Dudik, S. 464 ff.

2) Die angeblichen Bedingungen, die Khevenhiller in den „Annales Ferdinandei“ mitgeteilt und die man eben deswegen für authentisch gehalten hat, sind dies nicht, wie Ranke, S. 325 ff. und Schebek, Die Lösung der Wallensteinfrage, S. 127 ff. gezeigt haben, obwohl sie schon 1632 in Flugschriften (denen sie wohl auch der venetianische Gesandte als Beilage zu einem Berichte vom 4. Dez. 1632 [im „Archiv f. öst. Gesch.“ XXVIII, 361] entnommen hat) publiziert wurden. Vgl. auch Schebek, Die Capitulation Wallensteins. „Österreich-Ungar. Revue“ XI (1891), S. 291 ff., der auch gegen die Ansicht Gindelys, Waldsteins Vertrag mit dem Kaiser, S. 17, daß diese Artikel die Notizen enthalten, welche sich Eggenberg über die Forderungen Wallensteins gemacht habe, gewichtige Einwendungen erhoben hat.

tum Groß-Glogau, bis er wieder in den Besitz Mecklenburgs gesetzt oder in anderer Weise durch ein Land gleichen Ranges und mit gleichen Einkünften befriedigt würde [1]). Nach einem gleichzeitigen Berichte des päpstlichen Nuntius, wie den Mitteilungen eines Vertreters Spaniens, des Dr. Navarro, aus dem folgenden Jahre [2]) hätte ihm der Kaiser das erste Kurfürstentum, das er erobern würde (man dachte an Sachsen oder Brandenburg), in Aussicht gestellt.

Nach der definitiven Übernahme des Oberkommandos, am 23. April, brach Wallenstein mit seinem Heere nach Böhmen auf, um vor allem dieses Land wieder in seine Hände zu bringen. Es konnte dies keine schwere Aufgabe sein, da der Kurfürst von Sachsen gar nichts für seine dort stehenden Truppen gethan hatte und diese sich im Laufe des Winters durch Krankheiten und Desertation reißend vermindert hatten. Schon im Februar nnd März hatten Gallas, Carretto de Grana, Isolano und andere Befehlshaber der Kaiserlichen den Sachsen eine Reihe von Plätzen im Egerthal entrissen und dieselben immer mehr eingeengt. Ein energischer Angriff mit der ganzen Macht des Kaisers würde sie zur augenblicklichen Räumung Böhmens gezwungen haben, wenn sie nicht die isolierten Besatzungen der Gefangenschaft preisgeben wollten.

1) Die Urk. des Kaisers hierüber vom 16. April bei Förster, Wallensteins Proceß U.-B., S. 100. „Archiv f. österr. Geschq." XIX, 41. Der Kaiser hatte dem Fürsten Eggenberg am 12. April Vollmacht gegeben, wenn Wallenstein es verlangte, ihm das Fürstentum Großglogau oder die Lausitz oder auch beides „interimbweis vnd hypothecae loco" zu konzedieren. Zwiedineck-Südenhorst, Eggenberg, S. 198 ff.

2) Abgedruckt bei Gindely a. a. O., S. 31, N. 1 und 2. Vgl. unten 421 f. Schebek a. a. O., S. 320 ff. mit dessen Polemik gegen die Annahme Gindelys ich sonst ganz einverstanden bin, dürfte doch zu weit gehen, wenn er die vom Beichtvater der Gemahlin Ferdinands III., P. Quiroga, an den spanischen Staatsrat gesendeten Abschriften der Briefe Navarros für Fälschungen erklärt, „an welcher sich die spanische Botschaft mitschuldig gemacht hat", und die den „Intriguen" oder dem „kranken Gehirn" Slawatas entsprungen seien, und wenn er glaubt, daß auch Bruneau, der Vertreter der Infantin Isabella, fähig gewesen sei, „sich wissentlich oder im guten Glauben zur Niederschrift von Lügen herzugeben".

Aber Wallenstein, der schon wiederholt mit Arnim unterhandelt hatte, suchte mit Zustimmung des Kaisers vor allem den Kurfürsten von Sachsen zu einem Separatfrieden zu bewegen, wogegen er allen Reichsständen, welche demselben beitreten würden, den ungestörten Besitz der vor und nach dem Passauer Vertrage eingezogenen Kirchengüter und die Freiheit der Religion zusicherte [1]).

Ein Gelingen dieser Bestrebungen schien auch nicht ganz ausgeschlossen. Denn Johann Georg hatte sich ja nur sehr ungern mit Schweden verbündet, und das jetzige Schalten Gustav Adolfs und die Forderungen, welche dieser als Bedingung für die Niederlegung der Waffen stellte, konnten es einem deutschgesinnten Fürsten kaum als wünschenswert erscheinen lassen, die Macht desselben noch zu steigern. Oder war es im Interesse Deutschlands, wenn der König von Schweden die Abtretung von ganz Pommern, die Vereinigung aller Evangelischen im Reiche zu einer bewaffneten Körperschaft (Corpus) und das „absolute Direktorium" über dieselbe verlangte [2]), wodurch das Reich für immer in zwei konfessionell getrennte und daher sich schroff gegenüberstehende Teile gespalten worden wäre? Und würde dieses „Capo" der Evangelischen von den Reichsständen nicht auch eine größere Gewalt für sich in Anspruch genommen haben, als sie der Kaiser nach der bestehenden Verfassung hatte? Aber die Zaghaftigkeit, welche den sächsischen Kurfürsten überhaupt charakterisiert, trat auch hier zutage. Er konnte sich doch nicht entschließen, den König von Schweden, nachdem er sich einmal

1) Über die bis in den Juni sich hinziehenden Verhandlungen mit Sachsen s. Hallwich, Wallenstein und Arnim im Frühjahre 1632, S. 8 ff. (Aus den „Mitth. des Ver. f. Gesch. der Deutschen in Böhmen" XVII.). Vgl. Wittich in „Hist. Zeitschr." LXVIII, 257 ff. Irmer, Arnim, S. 150 ff.

2) Instruktion des Königs für den Pfalzgrafen August von Sulzbach vom 1./11. Juni und Tagebuch über dessen Verhandlungen in Dresden bei Irmer, S. 199. Vgl. Droysen II, 578 ff., der gewaltig entrüstet ist, daß sich der sächsische Kurfürst und Arnim für solche Pläne nicht begeisterten und letzterer die Fortsetzung des Krieges bedauerte.

mit ihm verbündet hatte, im Stiche zu lassen, besonders da auch der Kurfürst von Brandenburg nichts davon wissen wollte.

Wallenstein machte daher endlich Ernst, nahm am 25. Mai Prag nach kurzem Widerstand und trieb die Sachsen auch aus den nördlicher gelegenen Städten hinaus. Während er nun die früher nach Böhmen berufene schlesische Armee gegen die Lausitz schickte, ließ er durch Holk Elbogen und Eger einnehmen [1]).

Als Böhmen vollkommen gesichert war, brach er mit seinem Heer in Eilmärschen über Eger nach Franken auf, um sich mit den baierisch-ligistischen Truppen zu vereinigen, mit welchen der Kurfürst von Regensburg über Amberg heranzog. Am 24. Juni berührten sich die Avantgarden beider Armeen in Weiden. Gustav Adolf, der erst am Tage darauf in Vilseck eintraf, vermochte die Vereinigung seiner Gegner nicht mehr zu hindern und sah sich nun zum erstenmale wieder in die Defensive gedrängt.

Er schwankte nun, ob er durch einen Marsch an die Donau und die Bedrohung Österreichs Wallenstein von dem erwarteten Angriff auf Sachsen abhalten oder ob er selbst nach Norden ziehen sollte. Endlich entschloß er sich, die Bewegungen der Feinde abzuwarten, mit seiner Armee, etwa 20000 Mann, bei Nürnberg Stellung zu nehmen, wo er sein Lager durch starke Verschanzungen deckte, und so viele Truppen an sich zu ziehen, daß er zur Wiederaufnahme der Offensive stark genug wäre. Zugleich richtete er an Georg Rákóczy, Fürsten von Siebenbürgen und „Teilkönig von Ungarn", mit welchem er schon seit dem Februar über ein Bündnis gegen den Kaiser unterhandelte, ein Schreiben, worin er ihn dringend aufforderte, den Angriff auf Österreich zu beschleunigen, und wozu dieser auch bereit gewesen wäre, wenn er die Erlaubnis der Pforte erhalten hätte [2]).

1) Über die kriegerischen Vorgänge in Böhmen seit dem Februar s. Hallwich in „Forschungen" XXI, S. 166ff.

2) Szilágyi in „Mon. comit. Transsylv." IX, 172sqq. Vgl. Hallwich a. a. O., S. 210.

Wallenstein, dessen Oberbefehl der baierische Kurfürst willig anerkannte, hielt es trotz der größern Zahl seiner Truppen nicht für klug, den König hinter seinen Verschanzungen anzugreifen, sondern beschloß, ihm mit seiner überlegenen Reiterei die Zufuhr abzuschneiden und seine Truppen durch Hunger aufzureiben. Er bezog daher am 16. Juli westlich von Nürnberg bei der „alten Veste“ und Zirndorf in geringer Entfernung vom König ebenfalls ein Lager, das er auch verschanzte.

Sieben Wochen standen sich die beiden Heere gegenüber. Als sich endlich Gustav Adolf durch schwedische, hessische, weimarische und sächsische Truppen auf 48000 Mann verstärkt hatte, so daß er den Feinden überlegen war, bot er diesen eine Schlacht an. Aber Wallenstein blieb unbeweglich hinter seinen Linien. Da entschloß sich der König, am 3. September die feste Stellung seines Gegners selbst anzugreifen. Aber alle Stürme der Schweden wurden abgeschlagen. Der furchtbare Kampf, in dem sich besonders Aldringen mit seinem Korps hervorthat, mußte beim Anbruche der Nacht abgebrochen werden. Ein neuer Angriff am Morgen des folgenden Tages blieb ebenso erfolglos. Mochte auch Gustav Adolf nur 3000 Mann verloren haben und vom Feinde nicht weiter verfolgt werden, so hatte er doch eine moralische Niederlage erlitten. „Er war besiegt, weil er nicht gesiegt hatte“ [1])

Der König ließ jetzt dem Herzoge von Friedland durch den in seine Gefangenschaft geratenen Obersten Sparr sogar Friedensverträge machen, welche zeigten, daß infolge der letzten Ereignisse seine Hoffnungen bedeutend gesunken waren. Wohl forderte er auch jetzt noch Sicherstellung der evangelischen

1) Droysen II, 623. Drei Berichte aus dem schwedischen Lager vom 31. August, 5. und 8. September bei Bühring, Venedig, Gustav Adolf, S. 368, die aber das Heer des Königs mit 40000 Mann, besonders aber die Verluste in der Schlacht mit 800 Mann gewiß zu gering angeben. Nach einer beiliegenden Liste hätte das Heer Wallensteins vor Nürnberg (wann?) 19570 Infanteristen und Dragoner, 10840 Reiter und 4100 Kroaten, also 34510 Mann gezählt.

Reichsstände wie Kassierung des Restitutionsediktes, Wiedereinsetzung des Kurfürsten von der Pfalz und für sich als Reichsstand das Herzogtum Pommern, wogegen das dadurch beeinträchtigte Brandenburg durch die Hochstifter Magdeburg und Halberstadt entschädigt werden sollte. Aber es war keine Rede mehr von seinem absoluten Direktorium über einen Sonderbund der Evangelischen. Wallenstein suchte er dadurch zu ködern, daß er ihm für Mecklenburg das Bistum Würzburg als Herzogtum Franken anbot [1]). Auch durch die böhmischen Emigranten, Thurn und Bubna, wollte er mit Wallenstein wieder Verbindungen anzuknüpfen. Doch lehnte es dieser überhaupt ab, auf Verhandlungen einzugehen, ehe er hierzu Vollmacht vom Kaiser erhalten hätte. Er hoffte im Felde noch weitere Erfolge zu erringen. Gustav Adolf begann nun näher an den Feinden bei Fürth ein neues befestigtes Lager zu errichten, indem er noch immer die Hoffnung hegte, seinen Gegner zum Abzuge bewegen zu können. Da sich aber dieser nicht rührte, dagegen in seinem eigenen Heere, welches schon früher durch Krankheiten hart mitgenommen worden war, der Mangel an Lebensmitteln eine immer größere Höhe erreichte, so sah er sich genötigt, am 18. September seine Stellung aufzugeben und nach Zurücklassung einer starken Besatzung in Nürnberg in westlicher Richtung nach Windsheim abzuziehen.

Wieder schwankte er in seinen Entschlüssen [2]). Anfangs wollte er mit dem größern Teile seiner Streitkräfte durch Baiern nach Oberösterreich vordringen und den dortigen Bauern die Hand reichen, welche, erbittert über die strengere Durchführung der Verordnungen gegen die Protestanten und ermuntert durch seine Versprechungen, sich am 13. August im Hausruckviertel wieder erhoben und einige Märkte und Schlösser in ihre Gewalt gebracht hatten [3]). Dann entschloß er sich zu

1) Vgl. mit den Aufzeichnungen bei Irmer I, 265f. Odhner, Die Politik Schwedens, S. 16 und Wittich, S. 266ff.

2) S. für die folgenden Ereignisse namentlich Droysen II, 628ff.

3) Czerny, Bilder aus der Zeit der Bauernunruhen in Oberösterreich, S. 165ff.

einem Zuge nach dem südwestlichen Deutschland, um die dortigen Gebiete vollständig zu erobern. Schon stand er am untern Lech und wollte an den Bodensee marschieren, als ihn die Nachrichten über die Unternehmungen Wallensteins Mitte Oktober zu rascher Umkehr bewogen.

Wallenstein hatte vier Tage nach dem Abzuge Gustav Adolfs von Nürnberg ebenfalls sein Lager abgebrochen und sich mit dem Kurfürsten von Baiern nach Norden gewendet. Schon früher, Mitte August, wo Arnim in Schlesien einfiel, sich in Verbindung mit einem schwedischen Korps unter Duwald und einer Abteilung Brandenburger des größern Teiles dieses Landes bemächtigte und Marradas bis Kosel zurückdrängte, hatte er den General Holk mit 6000 Mann gegen Sachsen geschickt, um durch Verwüstung des Landes den Kurfürsten zur Zurückziehung seiner Truppen aus Schlesien zu zwingen. Unter ungeheueren Verwüstungen überschwemmte Holk das Osterland, ja streifte bis gegen Dresden. Am 22. September hatte er diesem noch den General Gallas mit 10 000 Mann nachgesendet [1]). Jetzt wollte er selbst das schwach besetzte Sachsen bis zur Elbe in raschem Anlaufe mit überlegenen Kräften erobern und dann dort die Winterquartiere beziehen [2]). In Koburg trennte sich von ihm der Kurfürst von Baiern auf die Nachricht, daß sein eigenes Land wiederum vom Könige bedroht sei, und auch das Korps Aldringens wurde diesem überlassen. Dagegen sollte sich mit Wallenstein Pappenheim vereinigen, der im letzten Winter zur Werbung eines neuen Heeres nach dem nordwestlichen Deutschland geschickt worden war und sich seither in Niedersachsen und Westfalen, fast immer glücklich, mit verschiedenen schwedischen Generalen herumgeschlagen hatte. In Altenburg vereinigte sich Wallenstein mit Holk, während Gallas durch Böhmen nach Schlesien geschickt worden war. Am 1. November zwangen

1) Hallwich in den Artikeln „Gallas“ und „Holk“ in der „Allg. deutschen Biographie“ VIII. und XII. Bd.

2) So sagt er in Schreiben an Gallas vom 13. Okt. 1632. Förster, Briefe II, 267.

die Kaiserlichen die Stadt Leipzig, am Tage darauf auch die dortige Pleißenburg zur Kapitulation. Am 6. November traf auch Pappenheim mit seinen Truppen daselbst ein.

Schon stand aber auch Gustav Adolf in der Nähe, welcher, möglichst viele Truppen an sich ziehend, aus Süddeutschland herbeigeeilt war. Wallenstein zog ihm bis Weißenfels an der Saale entgegen. Aber der König wollte erst einige sächsische Truppen und das Korps des Herzogs Georg von Lüneburg, welche in der Gegend von Torgau und Wittenberg standen, zu seiner Verstärkung heranziehen, ehe er sich in eine Schlacht einließe, und verschanzte sich bei Naumburg.

Dies erweckte im kaiserlichen Heere die Vermutung, daß Gustav Adolf wie im Sommer bei Nürnberg so auch jetzt wieder eine feste Stellung zu beziehen beabsichtigte. Da man sich zu einem Angriffe auf diese nicht stark genug fühlte und die vorgerückte Jahreszeit ein langes Ausharren im Felde unmöglich erscheinen ließ, so beschloß Wallenstein nach dem Rate seiner Generale und Obersten, Pappenheim mit einem Teile seiner Truppen zunächst die Moritzburg in Halle wegnehmen zu lassen und dann zur Rettung des bedrängten Köln an den Rhein zu senden, den Rest seiner Armee dagegen in die Gegend zwischen Leipzig und Dresden in die Winterquartiere zu verlegen [1]). Aber die Nachricht von der Teilung des feindlichen Heeres bewog den König, seinen Gegner anzugreifen, ohne länger auf die durch den Kurfürsten zurückgehaltenen Sachsen zu warten.

Am 16. November stießen die feindlichen Heere bei Lützen aufeinander. Das schwedische zählte wahrscheinlich etwas mehr als 20000 Mann, das kaiserliche war anfangs bedeutend schwächer [2]). Es war ein furchtbares Ringen; beide Gegner waren einander ebenbürtig. Endlich hatten die Schweden auf dem rechten Flügel, wo der König selbst kommandierte, die

1) Diodati's Bericht über die Schlacht bei Lützen mitgeteilt von Fiedler in „Forschungen zur deutschen Gesch." IV, 557 ff.

2) Nach Diodati's Bericht sogar nur 12000 Mann stark, was doch wohl zu wenig sein dürfte.

Kaiserlichen zurückgedrängt, als Pappenheim, den Wallenstein eiligst zurückgerufen hatte, mit seiner Kavallerie herankam. Seine tötliche Verwundung brachte seine Reiter in Unordnung. Doch führte Piccolomini neue Verstärkungen heran, und nun begann das Ringen mit neuer Wut. Piccolominis Obristwachtmeister und zwei Rittmeister seines Regimentes wurden getötet, sein Obristlieutenant und die anderen Offiziere verwundet, er selbst von sechs Musketenkugeln getroffen, fünf Pferde unter ihm erschossen. Trotzdem harrte er im wütenden Kampf aus und warf die Schweden, deren gelbes und blaues Regiment fast vernichtet wurden, zurück. Da führte der König ein neues Regiment gegen die Kaiserlichen. Aber im hitzigen Kampfe, der sich nun entspann, fand Gustav Adolf selbst den Tod. Doch hatte sein Fall nicht die schlimmen Folgen, welche man hätte erwarten sollen. Bernhard von Weimar und der General Kniphausen, welche nun die Führung der Schweden übernahmen, behaupteten im Kampfe, der sich bis zur Nacht hinzog, das Schlachtfeld, während sich Wallenstein, weil seinen Truppen der Proviant fehlte, nach Leipzig zurückzog [1]). Wenige Tage darauf räumte er sogar einen Teil Sachsens und führte sein Heer in die Winterquartiere nach Böhmen.

1) Eine weitläufige Prüfung der Quellen über diese Schlacht von G. Droysen, Die Schlacht bei Lützen. „Forsch. zur deutschen Gesch." V, 71—235 und (vielfach abweichend) von Diemar, Untersuchungen über die Schlacht bei Lützen (Diss. 1890).

---

# Achtes Kapitel.

## Das Heilbronner Bündnis und der Krieg im Jahre 1633. — Wallensteins zweideutige Haltung.

Hatte Gustav Adolf den Plan verfolgt, sich in Deutschland für die Dauer eine dominierende Stellung zu verschaffen, und noch im Sommer 1632 zu diesem Zwecke die Vereinigung aller Protestanten im Reiche und das „absolute Direktorium" über dieselben verlangt, so ließ sich dies im vollen Umfange nach dem Tode des Königs [1]) wohl nicht mehr aufrechthalten, da dieser nur eine sechsjährige Tochter Christine hinterlassen hatte. Aber an der weiteren Absicht desselben, für seinen Staat einen Teil der deutschen Küstengebiete zu gewinnen, hielt auch sein fähigster Minister, der Reichskanzler Oxenstjerna, fest, welchem der schwedische Reichsrat am 13/23. Januar 1633 die Leitung der deutschen Angelegenheiten mit unumschränkter Gewalt übertrug. Nur unter der Bedingung erklärte er sich zur Räumung Deutschlands bereit, wenn Schweden eine Entschädigung erhielte, „wie Könige und Fürsten, aber nicht wie Kaufleute sie einander zu geben pflegten". Da er indessen überzeugt war, daß dies durch Verhandlungen noch nicht zu erreichen wäre, so sollte der Krieg fortgeführt und von den protestantischen Reichsständen während desselben sein „Direktorium" anerkannt werden. Dabei begegnete er auch den Wünschen einiger kleinerer deutscher Fürsten, namentlich des Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, des Herzogs Bernhard von Weimar und des Herzogs Georg von Lüneburg, welche durch einen

1) Über die politischen und militärischen Verhältnisse bis zum Frühsommer 1633 s. die neueren Darstellungen von Hurter, Ferdinand II. XI, 1 ff. Ranke, Gesch. Wallensteins (3. Aufl.), S. 187 ff. G. Droysen, Bernhard von Weimar I, 67 ff. Vgl. Irmer, Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten II, I ff. (Publicationen aus den Preuß. Staatsarchiven IXL) und dessen „Arnim", S. 201 ff.

glücklichen Krieg eine Vergrößerung ihrer Territorien zu erlangen hofften.

Aber gerade das Haupt der protestantischen Reichsstände, der Kurfürst von Sachsen, arbeitete diesen Plänen entgegen. Erfüllt von Mißtrauen gegen Schweden, dem er sich ja nur ungern angeschlossen hatte, hätte er am liebsten mit dem Kaiser Frieden geschlossen, wenn ein solcher für alle Beteiligten unter billigen Bedingungen zu erlangen gewesen wäre. Denn der schlechteste Friede, erklärte in seinem Sinn Arnim in einem Gutachten, sei doch höher als der beste und glücklichste Krieg zu achten. Die Vermittlung des dänischen Königs, der Schweden nicht zu mächtig werden lassen wollte, wies er ebenso wenig zurück wie der Kaiser. Am allerwenigsten aber wollte sich der Kurfürst den Befehlen eines schwedischen Edelmannes unterordnen. Wenn schon der Krieg fortgesetzt werden sollte, dann verlangte er das Direktorium über die Armee der vereinigten evangelischen Reichsstände. Dies widersprach aber ganz den Ideen Oxenstjernas, welcher am 25. Dezember selbst nach Dresden kam und mit den Räten des Kurfürsten lange Beratungen pflog. Das Äußerste, wozu jener sich herbeilassen wollte, war die Bildung eines eigenen sächsischen Direktoriums, welchem aber nur der Kurfürst allein angehören sollte, während sämtliche alliierte protestantische Reichsstände unter dem schwedischen bleiben sollten. Zu einem Bruche kam es übrigens nicht, da der Kurfürst eine bestimmte Erklärung bis zu einer Beratung mit Georg Wilhelm von Brandenburg verschob. Oxenstjerna begab sich auch selbst von Dresden nach Berlin, wo er eine günstigere Stimmung fand, wohl auch deswegen, weil sich der Kurfürst mit dem Plane einer Vermählung seines ältesten Sohnes mit der schwedischen Thronerbin trug. Gegen eine Trennung von Schweden sprach sich Georg Wilhelm entschieden aus, eine Erklärung, die übrigens auch der sächsische Kurfürst abgab. Aber die Frage der Anerkennung des schwedischen Direktoriums blieb ungelöst.

Oxenstjerna reiste daher zunächst zu einer Versammlung der protestantischen Stände der vier obern Reichskreise, die

noch durch Gustav Adolf nach Ulm berufen worden war, aber jetzt der größern Sicherheit wegen in Heilbronn abgehalten wurde. Von dieser erwartete er größere Nachgiebigkeit, weil die ohnmächtigen Herren und Städte Südwestdeutschlands nur an Schweden eine Stütze finden konnten.

Bei seinen Bestrebungen, diese enge an das Interesse Schwedens zu ketten, wurde Oxenstjerna auch von Frankreich unterstützt. Die beiden Leiter der Politik dieses Staates, der Kardinal Richelieu und der Kapuziner Pater Joseph, fürchteten infolge des Todes Gustav Adolfs ein Erlahmen der antikaiserlichen Partei und vielleicht gar den Abschluß eines Friedens, welcher den Rheingelüsten Frankreichs ein Ende gemacht haben würde. Sie entwickelten daher eine ungeheuere Thätigkeit, um das Kriegsfeuer nicht erlöschen zu lassen. Einer der gewandtesten Diplomaten, der Marquis von Feuquières [1]), ein Vetter des Pater Joseph, wurde an Oxenstjerna und die hervorragendsten deutschen Fürsten, andere Agenten an andere deutsche Höfe und Reichsstädte geschickt, um ihren Mut zu entflammen, ihren Eifer anzuspornen, vor allem jede Aussöhnung mit dem Kaiser zu hintertreiben. Freilich wollte Frankreich die Macht Schwedens nicht zu groß werden lassen und, um das Gleichgewicht zu erhalten, den Kurfürsten von Sachsen an die Spitze der protestantischen Reichsstände stellen, welche neben Schweden eine gewisse Selbständigkeit behaupten sollten. Da aber Feuquières einsah, daß dies infolge des Widerstrebens Oxenstjernas nicht durchzusetzen sein würde, so verwendete er sich in Heilbronn für die Forderungen des schwedischen Kanzlers. Durch Energie und Gewandtheit brachte es dieser nach mehrwöchentlichen Verhandlungen dahin, daß die protestantischen Stände Schwabens, Frankens und der beiden rheinischen Kreise am

1) Seine Instruktion vom 3. Febr. 1633 in **Lettres et négotiations du M. de Feuquières I, 7 sqq.**, die überhaupt eine wichtige Quelle für die Geschichte seiner Mission sind. Vgl. über die Haltung Frankreichs gegenüber den deutschen Angelegenheiten in der nächsten Zeit Hurter, K. Ferdinand II. XI, 9 ff. **Fagniez, Le père Joseph II, 104 ff. 137 ff.**

13/23. April 1633 mit der Krone Schweden ein Bündnis schlossen, diesem eine Entschädigung zusicherten, für die Aufbringung reichlicher Geldmittel zur Erhaltung eines Heeres Bestimmungen trafen und die Leitung des Krieges dem schwedischen Reichskanzler übertrugen. Es wurde diesem zwar ein Kriegsrat von sieben Abgeordneten der Stände und drei Vertretern Schwedens an die Seite gegeben, aber die letzte Entscheidung in Kriegssachen ausdrücklich ihm zugestanden. Auch die Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich, und zwar ohne daß die Reichsstände als Glieder desselben anerkannt wurden, setzte Oxenstjerna durch, so daß ihm auch fortan die französischen Subsidien gesichert blieben. Doch wurde die Pfalz endlich den Kindern des am 29. November verstorbenen Kurfürsten Friedrich V. zurückgegeben. So konnte Schweden auch fortan über die Kräfte der meisten protestantischen Reichsstände wie über die Mittel der eroberten katholischen Gebiete verfügen.

Während dieser Verhandlungen hatten die Waffen nicht geruht. In den letzten Wochen des Jahres 1632 entriß Bernhard von Weimar den Kaiserlichen die festen Plätze, welche sie im Norden des Erzgebirges noch besetzt gehalten hatten. Dann teilte Oxenstjerna das schwedische Heer. Den größeren Teil unter Georg von Lüneburg und dem General Kniphausen schickte er nach dem nordwestlichen Deutschland, um das dort stehende kaiserlich-ligistische Corps unter Gronsfeld zu bekämpfen, den kleinern unter Bernhard von Weimar nach Franken, um zunächst im Bistum Bamberg die Winterquartiere zu beziehen. Schon Anfangs März begann Bernhard seine Operationen und wollte in die Oberpfalz einbrechen, um sich durch dieselbe den Weg nach dem schwach besetzten Regensburg zu bahnen [1]), wendete sich aber dann nach Südwesten, um sich mit dem Feldmarschall Horn zu vereinigen, der in den letzten Monaten des Jahres 1632 fast ganz Elsaß erobert hatte und hierauf nach Oberschwaben gezogen war, um dem

1) G. Droysen, Bernhard von Weimar I, 114 ff.

durch Albringen bedrängten Baner Hilfe zu bringen. Nachdem Horn gegen Aldringen im südöstlichen Schwaben mit wechselndem Glücke operiert hatte, traf er am 8. April zwischen Augsburg und Donauwörth mit Bernhard zusammen. Sofort brachen sie in Baiern ein, wo Aldringen bis München zurückwich [1]). Ganz Franken, ein Teil der Rheinlande und Schwabens und das nordwestliche Baiern waren im Frühjahr 1633 in den Händen der Schweden.

Im Gegensatz zu den Feinden, welche auch im Winter ihre Operationen fortsetzten, beschränkte sich Wallenstein sorgfältig auf die Defensive. Er wollte vor allem sein Heer, welches durch Krankheiten und Kämpfe, besonders durch die Schlacht bei Lützen sehr gelitten und hier seine ganze Artillerie verloren hatte, ergänzen und reorganisieren und brachte dies mit der ihm eigenen Umsicht und Energie auch zustande. Um die Disziplin unter seinen Truppen wieder herzustellen, wurden infolge der Urteile des Kriegsgerichtes ein Oberst, zwei Oberstlieutenants und acht andere Offiziere, die bei Lützen ihre Pflicht nicht erfüllt hatten, durch Henkershand enthauptet, einer aufgehängt, die Namen anderer, welche sich nicht gestellt, an den Galgen geschlagen, dagegen mehrere, welche sich ausgezeichnet hatten, vor allem Piccolomini und Holk, glänzend belohnt [2]). Es wurden weiter die Reiter- und Infanterie-Regimenter ergänzt und mit allen Bedürfnissen versehen, für die schwere Kavallerie Küraſſe angeschafft, die leichte Reiterei, die gefürchteten Kroaten und Ungarn, bedeutend vermehrt, jedes Armeecorps mit einem eigenen Artilleriepark, selbst jedes Regiment mit zwei „kurzen" Stücken, Sechspfündern, ausgerüstet, für Belagerungen Geschütze mit einem Kaliber bis zu 300 Pfund gegossen, für Munition, Monturen und Proviant gesorgt [3]).

Da die Subsidien, welche die spanische Regierung zahlte, und die von den Ständen bewilligten Gelder nur langsam ein-

1) Brohm, Johann von Aldringen, S. 23 ff.
2) Förster, Briefe II, 310 ff. Hurter, Wallenstein, S. 69 ff.
3) Nähere Nachweise bei Hallwich, Wallensteins Ende II, XXVII ff.

flossen, so dauerte es lange, bis das Heer Wallensteins im schlagfertigen Zustande war. Aber im Mai 1633 stand in Böhmen und Schlesien, von 5500 Mann Besatzungstruppen abgesehen, eine wohlausgerüstete Armee von fast 60000 Mann. 13400 Mann unter Holk wurden zur Deckung der West- und Nordgrenze Böhmens aufgestellt. Das von Gallas kommandierte schlesische Heer, welches sich hinter Glatz und Neisse hielt, war sehr bedeutend, angeblich auf 30000 Mann verstärkt worden. 14800 Mann standen bei Königgrätz zum Einmarsch in Schlesien bereit, sobald Wallenstein selbst ins Feld rückte [1]). Außerdem hatte dieser im Januar fünf, im April zwölf weitere Regimenter zur Verstärkung Aldringens nach Süddeutschland geschickt.

Am 3. Mai rückte Wallenstein von Prag nach Gitschin ab, das er am 17. verließ, um sich über Nachod nach Glatz zu begeben. Am 31. Mai vereinigte er sich mit Gallas, dessen Truppen die Plätze bis über Neisse und Münsterberg besetzt hielten. Es war ein stattliches Heer von 35—40000 Mann, mit dem Wallenstein den Feldzug eröffnete.

Die ihm gegenüberstehenden Sachsen, Brandenburger und Schweden unter Arnim und dem alten Grafen Thurn zählten nach Arnims eigenen Angaben nicht mehr als 24000 Mann [2]),

1) Mit den allgemeinen Angaben bei Hallwich II, LIX, N. 66 sind die detaillierten Ausweise I, 324, N. 1 und 368 ff. zu vergleichen. Doch sind vielleicht die Infanterie-Compagnieen zu hoch angesetzt, wie denn auch das Corps, das Wallenstein nach Schlesien führte, in dem von Höfler im „Archiv f. österr. Gesch." XI, 29 veröffentlichten Berichte nur auf 8000 Mann angegeben wird. Auch Hurter, Wallensteins letzte Lebensjahre, S. 187 hat etwas geringere Zahlen. Aber auch nach diesen betrug das vereinigte Heer Wallensteins und Gallas' 35000, nach einem Bericht des Kurfürsten von Brandenburg vom 27. Juni bei Irmer II, 222: 40000 Mann.

2) Schreiben vom 1. Juni bei Hallwich I, 389. Wenn in einem damaligen Flugblatt die Stärke der Schweden auf 111, die der Sachsen und Brandenburger auf 167 Compagnieen angegeben ist, so waren 278 Compagnieen gewiß nicht 39200 Mann stark (ebendas. II, LVI, N. 60), da fast keine Compagnie in jener Zeit 100 Mann zählte. Daß sie viel

waren also viel schwächer und litten Mangel an Proviant und Munition. Auch waren ihre Führer und Thurn seit längerer Zeit miteinander so verfeindet, daß ein einträchtiges Zusammenwirken schwer zu erzielen war. Ein Feldherr wie Wallenstein hätte also wohl Aussicht auf große Erfolge gehabt, und man mußte in der That rasche und entscheidende Schläge erwarten, da er selbst seine auf isolierten Kriegsschauplätzen kämpfenden Untergenerale, wenn sie ihn um Unterstützung baten, im Laufe des April und Mai immer darauf vertröstet hatte, er hoffe noch vor Ende des Mai oder wenigstens vor Mitte des Juni mit den Feinden in Schlesien fertig zu sein und werde sich dann sofort ins Reich begeben, wodurch allen Sachen geholfen werden würde [1]). Am wenigsten konnte man den Abschluß eines Waffenstillstandes erwarten, gegen den sich Wallenstein noch am 10. April in einem Schreiben an den Kurfürsten von Baiern ausgesprochen hatte, weil derselbe nur dem Feinde zugute käme, der „in Ihrer May. und der Catholischen Chur- und Fürsten Landen sich befindet" [2]). Jedenfalls ließ sich eine Waffenruhe nur dann rechtfertigen, wenn sie für ganz Deutschland abgeschlossen, aber nicht wenn dadurch das stärkste kaiserliche Heer lahm gelegt, die übrigen Corps aber der Übermacht der Feinde preisgegeben wurden.

Aber es waren nicht mehr militärische Gesichtspunkte allein, von denen sich Wallenstein leiten ließ. Wie er selbst dem mit ihm auf gutem Fuße stehenden spanischen Agenten Dr. Navarro mitteilte, hatte er den Fürsten Eggenberg an das ihm bei der Übernahme des Oberkommandos gegebene Versprechen erinnern lassen, ihm das erste Kurfürstentum zu überlassen, welches er erobern würde. Nicht zufrieden mit der allgemeinen Zusiche-

schwächer waren als das Heer Wallensteins, wird von den verschiedensten Quellen berichtet.

1) Schreiben an Aldringen vom 19., an Montecucculi vom 27., an den Herzog von Lothringen vom 28. April, an Holk vom 2. und 26. Mai bei Hallwich I, 270. 287f. 297f. 363.

2) Bei Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse I, Urk. Nr. 72, S. 324.

rung des Kaisers, welcher sich durch jeden jesuitischen Wind zur Änderung seiner Meinung bestimmen lasse und nach seiner Nativität nur noch anderthalb Jahre leben werde, verlangte er, daß ihn dieser im geheimen mit Brandenburg belehne [1]). Wenn ihm dann noch die Wiedereroberung Mecklenburgs und die Gewinnung Pommerns gelang, dessen Erbe nach dem Tode des kinderlosen Herzogs der Kurfürst von Brandenburg war, wenn ihm Spanien, wozu es sich wiederholt bereit erklärt hatte, Friesland abtrat, so war Wallenstein, dessen Fürstentümer Sagan und Friedland sich tief in die kaiserlichen Erblande hinein erstreckten, Herr eines ausgedehnten Staates, und er hätte vielleicht die Entwickelung der politischen Verhältnisse Deutschlands in ganz neue Bahnen gelenkt.

Obwohl sich der leitende spanische Minister Olivarez schon Anfangs Januar dafür ausgesprochen hatte, daß man dem Herzoge von Friedland eines der Kurfürstentümer Sachsen, Brandenburg oder Pfalz übertrage und für ihn und auf Kosten der Rebellen einen mächtigen Staat gründe, wenn dieser mit dem Hause Österreich und mit Spanien durch ein ewiges Offensiv- und Defensivbündnis verbunden würde [2]), ging der Kaiser auf den Wunsch Wallensteins nicht ein. Durch die Absetzung des Kurfürsten von Brandenburg wäre nur ein neues Friedenshindernis geschaffen worden, während der Kaiser nach dem Tode Gustav Adolfs die Hoffnung hegte, durch die Vermittelung Dänemarks oder des Landgrafen von Hessen-Darmstadt einen allgemeinen Frieden oder wenigstens einen Ausgleich mit den hervorragendsten deutschen Fürsten zu erwirken [3]). Auch

1) Nach den in einem Gutachten des spanischen Staatsrates für den König Philipp IV. vom 27. März 1633 enthaltenen Mitteilungen, abgedruckt bei Gindely, Waldsteins Vertrag mit dem Kaiser, S. 32 N. Vgl. den Bericht Bruneaus, S. 31 N. und oben S. 407.

2) a. a. O., S. 34, N. 1.

3) Auf die Verhandlungen hierüber, die zuerst in Wien, dann im März 1633 zwischen dem Landgrafen und dem Bischofe von Wien in Leitmeritz geführt und für welche dann ein Friedenskongreß in Breslau in Aussicht genommen wurde, gehe ich nicht näher ein, weil sie doch ohne Ergebnis geblieben sind. S. übrigens Ranke, Wallenstein, S. 190 ff.

der Übertragung der Rheinpfalz an Wallenstein für Mecklenburg stellten sich große Schwierigkeiten entgegen, weil sich England und Frankreich für die Rückgabe jenes Landes an den Sohn des verstorbenen Kurfürsten verwendeten und dann auch für Baiern eine Entschädigung ausgemittelt werden mußte. Man soll nun daran gedacht haben, die an Sachsen verpfändete Lausitz zurückzulösen und, vielleicht durch einige benachbarte Landstriche vergrößert, an Wallenstein zu überlassen. Besonders ein spanischer Agent Villani, der für den Abschluß eines Friedens in Deutschland wirkte, um die Kräfte des Kaisers gegen Frankreich und Holland frei zu machen, soll für dieses Projekt gewirkt haben [1]). Aber konnte Wallenstein die arme Lausitz, deren Erwerbung noch dazu unsicher war, als genügenden Ersatz für Mecklenburg ansehen? Und war es nicht auch eine starke Zumutung, auf die ihm in Aussicht gestellte Kurwürde Verzicht zu leisten?

Wurde durch das Schwinden der Aussicht auf ein Kurfürstentum oder wenigstens eine reichliche Entschädigung für Mecklenburg der Ehrgeiz Wallensteins tief verletzt, so wurde gleichzeitig durch die Wünsche Spaniens auch sein militärisches Machtgefühl gekränkt.

Der spanische König hatte den Plan, seinen Bruder, den Kardinalinfanten Don Fernando, nach den Niederlanden zu schicken, der dort die Regentschaft übernehmen und dem von den Holländern bedrängten Lande Hilfe bringen solle. Da die Reise zur See wegen der feindlichen Seemacht nicht unternommen werden konnte, sollte er sich durch Italien und Deutschland dorthin begeben, und der Vizekönig von Mailand, der Herzog von Feria, ihn mit einem Truppenkorps begleiten. Wallenstein erklärte sich bereit, zu dessen Schutz ihm ebenfalls 6000 Mann an die Seite zu geben. Im Frühjahr 1633 tauchte aber ein anderer Plan auf. Das Heer Ferias sollte

1) Wir erfahren davon freilich nur aus den Depeschen des venetianischen Botschafters in Wien, Antelmi, vom 19. März und 9., 16. und 30. April im „Archiv f. österr. Gesch.“ XXVIII, 373—377. Doch zeigt sich dieser in vielen Dingen gut unterrichtet.

durch die von Wallenstein versprochenen 6000 Mann und durch Werbung von weiteren 8000 auf 24 000 Mann erhöht werden und dann im Elsaß Stellung nehmen, um einerseits die österreichischen Vorlande, anderseits die spanische Franche Comté zu schützen, und zugleich dem durch Frankreich bedrängten Herzoge von Lothringen Hilfe zu leisten. Die Eroberung aller mittelrheinischen Gebiete durch die Feinde des Kaisers wollte Spanien um jeden Preis verhindern, weil seine einzige Verbindung mit den Niederlanden dadurch abgeschnitten worden wäre. Obwohl sich auch der Kaiser die Bedenken gegen die dauernde Festsetzung eines spanischen Heeres auf deutschem Boden nicht verhehlte, zeigte er sich doch bereit, den Wünschen Spaniens möglichst nachzukommen. Doch traf er keine Entscheidung, sondern ließ zunächst durch Questenberg die Ansicht des Obergenerals hierüber einholen.

Wallenstein aber, der die Mitteilung Questenbergs gerade nach seinem Einmarsch in Schlesien erhielt, sprach sich auf das Entschiedenste dagegen aus. Umgehend ließ er, da er selbst wegen eines heftigen Gichtanfalls nicht schreiben konnte, am 1. Juni Questenberg antworten, daß er keinen Mann entbehren könne, daß die anzuwerbenden Truppen zur Verstärkung Aldringens verwendet werden sollten, und daß der Einmarsch der Spanier ins Reich auch die Einmischung Frankreichs und anderer fremder Mächte und eine noch größere Aufregung der Reichsstände zur Folge haben würde. Daß man nur daran dachte, die ihm bei der Wiederanstellung eingeräumte absolute Militärgewalt einzuschränken, und ihm zumutete, neben sich einen von ihm unabhängigen General in Deutschland zu dulden, soll ihn in die höchste Aufregung versetzt haben [1]). War er schon früher entschlossen, in erster Linie seine eigenen In=

1) Wittich, Wallenstein und die Spanier. „Preußische Jahrbücher" XXIII, 25 ff. und „Zur Gesch. Wallensteins" in „Histor. Zeitschrift" LXIX, 2 ff. Vgl. Irmer II, XVI ff. XXXVIII ff. und Weinitz, Der Zug des Herzogs von Feria nach Deutschland, S. 1 ff. Die wichtigsten Aktenstücke hat Hallwich I, 255. 325. 331. 372—378. 389. 406 mitgeteilt.

teressen zur Richtschnur seines Handelns zu nehmen, so war er durch die Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die ihn verletzenden Wünsche Spaniens in dieser Gesinnung nur noch bestärkt worden. Er dachte nicht mehr an die Vernichtung der Feinde, sondern an ein Abkommen, das seine Stellung im Reiche sicherte und im Notfalle dem Kaiser aufgezwungen werden sollte. Dazu war aber notwendig, daß er sich mit den Feinden verständigte und Herr einer mächtigen Armee wurde.

Schon in der zweiten Hälfte des Aprils hatte Wallenstein dem Generallieutenant Arnim den Wunsch nach einer persönlichen Unterredung ausdrücken lassen [1]). Anderseits nahm die böhmische Exulantenpartei ihre Versuche wieder auf, Wallenstein in ihr Interesse zu ziehen und durch die Anerbietung der böhmischen Krone zum Bruche mit dem Kaiser zu verlocken, für welchen Plan sie auch die Zustimmung Schwedens zu erwirken suchten [2]). Auf einen ihm von Thurn gemachten Antrag sprach Wallenstein selbst den Wunsch aus, daß derselbe den Generalwachtmeister Bubna, ebenfalls einen böhmischen Exulanten, zu ihm sende. Am 15. Mai um 10 Uhr abends kam dieser mit dem bekannten Sezyma Raschin nach Gitschin, wo sie der Herzog im Beisein seines Schwagers Trczka augenblicklich empfing.

Bubna trug ihm offen die böhmische Krone an, da die

1) Arnim an den Kurfürsten 14./24. April 1633 bei Hallwich II, 259. Daher glaube ich auch, daß die Äußerungen Wallensteins über Arnim und den Kurfürsten von Sachsen, die er später Bubna gegenüber in Gitschin gethan haben soll, nur Folge einer vorübergehenden üblen Stimmung oder nicht so ernst gemeint gewesen sind, wie dieser und neuere Historiker angenommen haben.

2) Berichte des schwedischen Residenten in Dresden vom 4./14. und 7./17. Mai bei Irmer II, 136 ff. 145 ff., letzterer auch (schwedisch und in deutscher Übersetzung) bei Hildebrand, S. 15 ff. Der böhmische Exulant, der mit Nicolai darüber verhandelte, war nach den Ausführungen Wittichs, Zur Gesch. Wallensteins. „Hist. Zeitschrift" LXVIII, 400, N. 2 Anton von Schlieff, während Irmer II, XXI ff. an Sezyma Raschin gedacht hatte.

Emigranten wie die Schweden vom Kaiser nichts wissen wollten. Denn wenn auch dieser seine Versprechungen halten wollte, so wäre er doch von seinen Pfaffen so eingenommen, daß er thun müßte, was sie wollten, wie die Verletzung des böhmischen Majestätsbriefes zeige. Wallenstein wies diesen hochverräterischen Antrag und die Anschuldigungen seines Herrn nicht bloß nicht zurück, sondern ging ganz auf den Ton ein, den Bubna angeschlagen hatte. „Was die Krone (betrifft)", sagte er, „das wäre ein großes Schelmstück" [1]). Zwar sei der Kaiser ein frommer Herr, lasse sich aber „von jedem Pfaffen und Bärenhäuter anführen und verleiten". Wir, fuhr er fort, müßten sie aber nicht dazu kommen lassen. Wir selbst, die wir die Armee in unsern Händen haben, können uns einen guten Frieden machen, der sowohl den Evangelischen als den Katholischen zum besten wäre mit einerlei Recht und Gerechtigkeiten. Auch der Kaiser soll damit nichts zu schaffen haben, sondern wir selbst sollen alles richten. „Die Religion müßte an beiden Teilen frei, auch die alten Freiheiten und Rechte restituiert werden." Um aber dies durchführen zu können, verlangte Wallenstein die Vereinigung der beiden Armeen, der seinigen und der schwedischen in Schlesien, deren Führer Thurn er die Stelle eines Generallieutenants in Aussicht stellte. Zugleich gab er durch Trczka seine Zustimmung, daß Bubna dem schwedischen Reichskanzler davon Mitteilung mache [2]).

Noch war aber das Gelingen solcher Pläne ganz unsicher, und Wallenstein konnte nicht daran denken, mit dem Kaiser zu brechen. Er schob daher auch den Beginn der Operationen nicht länger hinaus und rückte nach der Vereinigung mit Gallas über Münsterberg und Nimptsch, welches von Ilow genommen

1) Wittich a. a. O., S. 403 f. schließt aus dem Zusammenhange, daß Wallenstein nicht die Annahme der Krone, sondern das Verfahren des Kaisers als „Schelmstück" bezeichnet habe.

2) Bubnas Bericht an Oxenstjerna bei Hildebrand, S. 23 ff. Vgl. Nicolais Tagebuch über seine Unterredung mit Kinsky bei Irmer II, 168 ff. und 172 ff. Über den Tag der Konferenz in Gitschin s. Lenz in „Hist. Zeitschrift" LIX, 14 f.

wurde, nach Heidersdorf vor. Am 6. Juni stand er den Feinden östlich von Schweidnitz unmittelbar gegenüber.

Aber schon vier Tage früher waren zwischen den Führern der beiden Armeen Verhandlungen angeknüpft worden. Auf Wunsch Arnims [1]) hielt Wallensteins Vertrauter Trczka mit demselben eine geheime Unterredung, bei der wohl das Folgende verabredet wurde. Am 6. Juni, als die Uneingeweihten eine Schlacht erwarteten, bat Trczka um eine Unterredung mit Arnim und ersuchte diesen im Namen Wallensteins, zum Zweck einer Besprechung zu ihm zu kommen. Arnim begab sich nun mit den Obersten von Burgsdorf, dem Führer der Brandenburger, und von Fels, dem Kommandanten des schwedischen Korps (Thurn lag in Liegnitz an der Gicht krank), zu Wallenstein, der gleich seinen Wunsch nach Abschluß eines allgemeinen Friedens aussprach. Die Vorschläge Wallensteins für denselben hat Arnim, um der Sache sicher zu sein, am folgenden Tage selbst zu Papier gebracht, und auf sein Ansuchen hat der Herzog den Inhalt durch Gallas und Trczka ausdrücklich als richtig anerkannt [2]).

Danach stellte Wallenstein den Antrag, daß die Feindseligkeiten zwischen den beiden Armeen aufhören und sie mit vereinten Kräften die Waffen gegen alle ohne Unterschied der Person wenden sollten, die sich unterfangen würden, das Reich weiter zu stören und die Freiheit der Religion zu hemmen [3]), was Arnim dahin deutete, daß alles im römischen Reiche wieder auf den Zustand gebracht werden sollte, wie es 1618 vor dem

1) Dies ergiebt sich aus einem Schreiben Trczkas aus Frankenstein vom 2. Juni bei Irmer, Arnim, S. 221 f. Die Gründe, mit denen Arnim den Abschluß einer Waffenruhe rechtfertigte, bei Irmer, Verhandlungen II, 230.

2) Arnim an den Kurfürsten 1./11. Juni mit der den Inhalt angebenden Beilage bei Helbig, Wallenstein und Arnim, S. 17 f. und Gädeke, S. 159 ff. Vgl. Hallwich I, 396—398. Irmer II, 201 f.

3) Man hat dabei an den Kaiser, die Spanier, die Franzosen, die Ligisten, die Schweden gedacht. Wallenstein hat sich wohl absichtlich unbestimmt ausgedrückt.

unglückseligen Kriege gewesen wäre. Nach einer nichtoffiziellen Aufzeichnung von protestantischer Seite [1]) hätte Wallenstein auch ausdrücklich erklärt, daß alle, welche vom Ihrigen vertrieben worden, restituiert und die Krone Schweden „mit ansehnlichen Örtern“ befriedigt werden sollte, und daß er den Kaiser, wenn er nicht Friede machen wollte, dazu zwingen würde [2]).

Auf Vorschlag Arnims, der die Ansicht seines Herrn und des Kurfürsten von Brandenburg über diese Anträge einholen wollte, wurde dann auch ein zweiwöchentlicher Waffenstillstand geschlossen, der später noch um einige Tage verlängert wurde [3]).

Wallensteins Streben, ohne mit dem Kaiser offen zu brechen, dessen Feinde zu gewinnen, sich so eine imponierende Stellung zu verschaffen und den Frieden diktieren zu können, fand bei keiner Partei Anklang. Unterhandlungen am Beginn eines Feldzugs werden immer ohne Ergebnis bleiben, weil jeder Teil auf einen solchen Ausgang des Kampfes hofft, der seine Lage verbessert. Die alte Regel, daß man zuerst schlagen und dann unterhandeln soll, zeigte sich auch damals als richtig.

In Wien, wo der Oberst Sankt Julian über Wallensteins Anträge an Arnim Bericht erstattete, fand man seine Zu-

1) Dies ergiebt sich wohl daraus, daß Arnim immer „Herr General-Lieutenant“, Wallenstein oft nur „General“ heißt.

2) Ranke, S. 330 und Hallwich II, 274ff. Wittich, „Hist. Zeitschr.“ LXVIII, 415f. hält diesen Bericht nicht für glaubwürdig, weil von einer Entschädigung Schwedens sonst nicht die Rede ist. Aber daß bei diesen Verhandlungen ein Gegensatz zwischen Wallenstein und dem Kaiser zutage getreten ist, und daß jener auf den Gedanken kommen konnte, „daß er sich zu weit herausgelassen“, ergiebt sich aus Arnims Gutachten für den Kurfürsten bei Gädeke, S. 163f. Dagegen sind die daselbst S. 334f. und bei Irmer II, 238f. mitgeteilten angeblichen Vorschläge Wallensteins sicher nicht authentisch und wohl nur auf Grund von Gerüchten zusammengestellt.

3) Vgl. mit Arnims Schreiben bei Gädeke, S. 159f. über dessen Mitteilungen auch den Bericht des Kurfürsten von Brandenburg an Oxenstjerna bei Irmer II, 220 und den Bericht Wallensteins an den Kaiser vom 6. Juli bei Hallwich I, 426.

geständnisse viel zu weit gehend. Die Zurückführung aller Zustände auf die des Jahres 1618 konnte man unmöglich zugestehen, wenn sich dieses auch auf die Erblande erstrecken sollte, weil man dann auch in Böhmen die Gegenreformation und alle Güterkonfiskationen hätte rückgängig machen müssen. Eine solche Zumutung hätte man dem Kaiser nur nach seinem vollständigen Unterliegen machen dürfen. Die Friedenspartei, an deren Spitze Fürst Eggenberg und der Bischof von Wien standen, hätte sich das Jahr 1622 als Normaljahr für das Reich wie die Rückgabe Mecklenburgs und der (Unter-)Pfalz und die Entschädigung Schwedens mit einigen Küstenplätzen gefallen lassen. Der päpstliche Nuntius Rocci, mit dem die Kriegspartei Hand in Hand ging, sprach sich auch dagegen aus, weil damit auch das Restitutionsedikt preisgegeben worden wäre [1]). Die Unzufriedenheit in Wien äußerte sich so scharf, daß Wallenstein es für notwendig fand, seinen Abgesandten zu desavouieren und zu erklären, er habe 1618 als Normaljahr nicht bloß nicht zugestanden, sondern, als es von der Gegenpartei vorgeschlagen worden, es kategorisch zurückgewiesen [2]).

Aber auch Schweden und die protestantischen Kurfürsten gingen auf Wallensteins Anträge nicht ein. Oxenstjerna erklärte dem Generalwachtmeister Bubna, der am 1. Juni bei ihm in Frankfurt erschien und ihm die Anträge mitteilte, welche ihm der Herzog in Gitschin gemacht hatte, er könne daraus nicht abnehmen, ob dieser einen allgemeinen Frieden oder einen Partikularfrieden als Generalissimus, der die kaiserliche Armee in seinen Händen habe, mit Schweden abschließen und dem Kaiser und der Liga die Bedingungen vorschreiben wolle. Einen allgemeinen Frieden halte er bei der Menge der interessierten Häupter für unmöglich. Es müßten noch viele Stände und Länder des Reichs zugrunde gerichtet werden, ehe solche Verhandlungen angefangen, geschweige denn beendet werden könnten. Wenn aber sich Wallenstein für sich mit Schweden vergleichen

1) Ranke, S. 196ff. auf Grund der Mitteilungen an die Kurie.
2) Wallenstein an St. Julian bei Hallwich I, 401.

wolle, dann solle er sich ohne Verzug Böhmens und der diesem einverleibten Länder bemächtigen und die Stände ihm die Krone aufsetzen. In diesem Falle sei er bereit, Wallenstein gegen seine Feinde beizustehen, wenn sich dieser in gleicher Weise gegen die Königin Christine verpflichtete [1]).

Wie der schwedische Reichskanzler den Erklärungen Wallensteins nicht traute, so war dies auch beim Kurfürsten von Sachsen und seinen Räten der Fall, mit denen sich Arnim im Schlosse Kmelen bei Ortrand persönlich besprach. Die sächsischen Räte beriefen sich auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen, die unter Vermittelung Dänemarks in Breslau stattfinden sollten, und glaubten, man solle Wallenstein ersuchen, auch für diesen Zweck zu wirken, was nicht hindern würde, daß man ihn über die von ihm ins Auge gefaßten Mittel zur Herbeiführung des Friedens aushole. Etwas größeres Interesse legte der Kurfürst von Brandenburg an den Tag, zu dem Arnim nach Peitz reiste. Er war für die Fortführung der Verhandlungen mit Wallenstein. Aber den Gedanken einer etwaigen Trennung von Schweden wies er unbedingt zurück, und auch zur Weiterführung der Verhandlungen mit Wallenstein gab er nur in allgemeinen Ausdrücken die Zustimmung [2]).

Als der Waffenstillstand zu Ende ging und Arnim von seiner Reise zu den beiden Kurfürsten zurückkehrte, war Wallenstein seinem Ziel um nichts näher gekommen. Von einer Vereinigung der feindlichen Heere in Schlesien mit dem seinigen war keine Rede. Offen mit dem Kaiser zu brechen, wie Oxenstjerna und die böhmischen Exulanten wünschten, wagte er auch noch nicht, vielleicht weil er seines Heeres doch nicht so mächtig war, als er selbst sich brüstete und auch andere glaubten. Er gab daher Thurn und Bubna, welche teils mit ihm selbst, teils mit Trczka wiederholte Besprechungen hielten, die schönsten Worte, ging aber doch nicht über allgemeine Zu-

1) Oxenstjerna an Bubna am 28. Mai/7. Juni bei Hildebrand, S. 27 ff.

2) Über die Verhandlungen Arnims mit den beiden Kurfürsten s. Irmer, Arnim, S. 229 ff.

sicherungen hinaus [1]). Ebenso bedeutungslos blieben die Verhandlungen, welche Trczkas Schwager, Graf Wilhelm Kinsky, mit dem französischen Gesandten Feuquières führte [2]), welcher am 19. Mai an den sächsischen Hof gekommen war. Kinsky, der ein Gesinnungsgenosse der böhmischen Emigranten war, 1628 seines Glaubens wegen Böhmen hatte verlassen müssen, 1631 die Absicht gehegt, im Vereine mit Bubna Böhmen zu insurgieren, aber von den Sachsen als Gefangener fortgeführt worden und in Dresden interniert war, sagte dem Gesandten, daß Wallenstein wegen des geringen Dankes, den er für seine großen Dienste vom Kaiser empfangen, mit dem Hause Habsburg unzufrieden und zum Anschluß an die Gegner desselben geneigt sei, wenn man ihm zur Erlangung der Krone Böhmens Beistand leistete. Feuquières suchte den Generalissimus durch eine von Kinsky ihm übersendete Denkschrift in dieser Gesinnung zu bestärken, und auch die französische Regierung versprach, ihn für den Fall eines Bruches mit dem Kaiser durch Geld und andere Mittel zu unterstützen und ihm zur Erwerbung Böhmens behilflich zu sein. Aber Wallenstein trat aus seinem geheimnisvollen Dunkel nicht heraus und verbot endlich Kinsky die weiteren Verhandlungen [3]).

Wenn Wallenstein nur seine Interessen berücksichtigen wollte, mußte er auch jetzt eine Entscheidung hinauszuschieben suchen, bis sich die Lage geklärt hätte. Bei der Unterredung, welche er nach der Rückkehr Arnims am 1. Juli mit diesem hielt, erneuerte er seine Versicherung, daß er nichts suche als Frieden und Ruhe im Reiche, wobei er freilich andeutete, daß er selbst als Ersatz für Mecklenburg die Unterpfalz verlange. Auch er-

1) Wittich in „Hist. Zeitschrift" LXVIII, 418 ff.

2) Es genügt, hierfür auf die übersichtliche Darstellung bei Förster, Wallensteins Briefe III, 407 ff., Hurter, Wallensteins letzte Lebensjahre, S. 239 ff. und Fagniez, Le père Joseph II, 159 sqq. wie auf die Bemerkungen Rankes, S. 209 ff. und Hallwichs in der „Allg. Deutschen Biographie" XV, 779 ff. zu verweisen.

3) Dies schreibt Oberst Steinacker an Oxenstjerna 4. Okt., bei Hildebrand, S. 59 f.

klärte er sich zur Verlängerung der Waffenruhe bereit, wenn man ihm zur leichteren Verpflegung seiner Armee den links von der Oder gelegenen Teil Schlesiens oder wenigstens die Herzogtümer Schweidnitz und Jauer überlasse. Als Arnim diese Forderung abschlug, kündete er freilich am 2. Juli den Waffenstillstand und begann am folgenden Tage die Feindseligkeiten [1]). Aber nach einem vergeblichen Versuche, Schweidnitz durch einen raschen Angriff wegzunehmen, verschanzte er sich im Angesichte der Feinde und blieb sieben Wochen unthätig hinter seinen Linien. Nur die Kroaten unternahmen Streifzüge in das feindliche Gebiet.

Es machte keinen Eindruck, daß der Kaiser in einem Schreiben vom 9. Juli die Hoffnung aussprach, Wallenstein werde seinen „erkannten Valor und Eifer" anwenden, damit die folgenden Verhandlungen für ihn erleichtert werden und die Feinde nicht durch Gewinnung von Zeit in seinen Ländern sich festsetzen möchten [2]).

Und doch wäre es sehr notwendig gewesen, daß Wallenstein in Schlesien endlich mit den Feinden „fertig" geworden und ins Reich gezogen wäre. Denn unterdessen errangen die Schweden und ihre Verbündeten überall entscheidende Vorteile. Georg von Lüneburg, Kniphausen und der hessische General Holzapfel (Melander) besiegten die kaiserlich-ligistischen Truppen, 13—14000 Mann, unter Gronsfeld und Merode, welche das lange belagerte Hameln entsetzen wollten, am 8. Juli bei Hessisch-Oldendorf, wo der tapfere Merode tötlich verwundet, 3000 Mann getötet, 2000 gefangen wurden [3]), und zwangen dann diese wichtige Festung und andere von den Kaiserlichen noch besetzte Plätze zur Ergebung.

In Schlesien schlossen die Herzoge von Liegnitz, Brieg und Öls, die Stadt und das Fürstentum Breslau auf Betreiben

1) Questenberg an den Kaiser 4. und 5. Juli bei Hallwich II, 286 ff. Arnim und W. Vitzthum an den Kurfürsten 9. und 8. Juli, bei Helbig, S. 22 ff. und Gädeke, S. 173 und 178.

2) Hallwich I, 432.

3) Hallwich, Gestalten. 1. Merode, S. 88 ff.

Arnims am 9. August mit dem Kurfürsten von Sachsen und dessen Verbündeten eine Allianz zum Schutze der ihnen 1621 zugesicherten Glaubensfreiheit.

In Süddeutschland waren die Fortschritte Bernhards von Weimar und Horns einige Zeit durch eine Meuterei ihrer Offiziere aufgehalten worden, welche wegen der langen Soldrückstände mit der Verweigerung des Gehorsams drohten. Zuerst mußte sich Horn dann Bernhard zu Oxenstjerna begeben, um die Befriedigung der Armee durchzusetzen. Der Reichskanzler half sich dadurch aus der Verlegenheit, daß er den Obersten für ihre Geldforderungen Städte und Herrschaften in Deutschland versprach. Bernhard selbst, der sich durch seine Feldherrngaben unentbehrlich gemacht hatte, erhielt am 20. Juni gegen Zahlung von 600000 Reichsthalern das „Herzogtum Franken", welches aus den Bistümern Würzburg und Bamberg bestand, als schwedisches Lehen.

Doch hatte Aldringen die Mißstimmung des feindlichen Heeres nicht benutzen können, weil ihm durch die Weisungen Wallensteins die Hände gebunden waren. Es entsprach zwar nicht der Wahrheit, wenn der Kurfürst von Baiern, welcher durch den Einbruch der Feinde in sein Land in die größte Aufregung gebracht worden war, den Verdacht hatte, daß Aldringen durch den Generalissimus den Auftrag erhalten habe, gegen den Feind gar nichts zu unternehmen [1]). Aber sicher ist, daß Wallenstein jenem wiederholt die Weisung erteilt hatte, „nichts zu hazardieren", „nichts zu riskieren, sondern sich an einem sichern Posto in der Defensive zu halten" [2]), so daß er doch nur dann eine Schlacht wagen konnte, wenn er des Sieges fast sicher war. Ebenso wenig erfüllte Wallenstein die Bitte des Kurfürsten, Holk auch mit dem Schutze der Oberpfalz zu

1) Hallwich I, 324. 328. 338 (Nr. 410. Vgl. 411 und 412).

2) Aldringen an Wallenstein 7. und 28. Mai und an den Kaiser 22. Mai und 22. Juni, Wallenstein an Aldringen 13., 16., 18. Mai bei Hallwich I, 315. 332. 343. 344 (Nr. 421). 381 ff. (Vgl. 391). II, 266. 277 ff. 283.

beauftragen [1]), obwohl dadurch auch Böhmen gegen einen Angriff von Westen her geschützt worden wäre. Holk erhielt den strikten Befehl, „sich keinerlei Weise mit der Armada aus Böhmen zu begeben" [2]), und wagte daher auch nicht, dem General Aldringen zum Entsatze von Neumarkt in der Oberpfalz die Hand zu reichen, das Horn Ende Juni belagerte. Bis die Zustimmung Wallensteins aus Schlesien eingeholt werden konnte, war die Festung längst gefallen und der Feind wieder nach Donauwörth zurückgekehrt. Nicht einmal die Bitte Aldringens, mit dem entbehrlichen Teile seiner Truppen bis Amberg vorzurücken und ihm bei dem Versuche, Neumarkt wieder zu nehmen, den Rücken zu decken, wagte Holk zu erfüllen. Daß er 10000 Mann an der Grenze bereit hielt, um sie für den Fall der Genehmigung Wallensteins bis Amberg zu führen, trug ihm einen scharfen Verweis ein [3]).

Auch am Oberrhein machten die Feinde Fortschritte, so daß von wichtigeren Plätzen nur noch Breisach behauptet wurde, welches, auf einem steilen Felsen am rechten Rheinufer gelegen und mit starken Werken umgeben, die bedeutendste Festung im südwestlichen Deutschland war. Seit dem Anfang des Juli wurde aber auch dieses vom Rheingrafen Otto Ludwig und dem Markgrafen von Baden-Durlach auf allen Seiten eingeschlossen, und man fürchtete, daß es sich aus Mangel an Lebensmitteln in wenigen Wochen würde ergeben müssen [4]).

Die immer gefährlicher werdende Lage der Dinge auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in Deutschland und die Unthätigkeit Wallensteins bewogen endlich den Kaiser nach langen Beratungen mit seinen Räten [5]) den Hofkriegsratspräsidenten Grafen Schlick, einen Gegner des Generalissimus, in das

1) Hallwich I, 300. 330. Vgl. noch vom 13. Juni, S. 400.

2) Hallwich I, 314. 363.

3) Hallwich I, 413—417. 421. 426—429. 438. 440. 444 f. 453 (Nr. 545). 466. 477 f. Vgl. Brohm, S. 41 ff.

4) Der Kaiser an Wallenstein 22. Juli mit Beilagen bei Hallwich I, 457.

5) Antelmi, 20. August. „Archiv f. österr. Gesch." XXVIII, 389.

schlesische Feldlager abzusenden. Er sollte mit dem Obergeneral die Mittel erwägen, welche es ermöglichten, die Waffen ins Reich zu wenden und dort ein möglichst starkes Korps zu bilden, um die verlorenen Gebiete wieder zu gewinnen, die Autorität des Kaisers herzustellen und die Erblande von dem auf ihnen lastenden Drucke zu befreien. Weiter sollte Wallenstein bewogen werden, den Zug des Kardinal-Infanten nach den Niederlanden möglichst zu unterstützen und die Unterordnung des Feldmarschalls Aldringen unter die Befehle des Kurfürsten von Baiern zu gestatten. Endlich sollte Wallenstein schon jetzt Vorsorge treffen, daß die Erblande von der drückenden Einlagerung der Truppen während des Winters verschont blieben [1]).

Als Schlick im Lager Wallensteins eintraf, hatten die Feindseligkeiten allerdings wieder begonnen. Da Holk am 31. Juli dem Generalissimus schrieb, daß Böhmen durch die fortdauernden Einquartierungen zugrunde gerichtet werde und er für seine Truppen Fleisch und Brot nicht mehr aufbringen könne, gab ihm Wallenstein unverzüglich die Weisung, einen Einfall in das Voigtland und Meißen zu machen. Am 14. August überschritt Holk mit drei Heeresabteilungen, die 9300 Mann zählten, das Erzgebirge, nahm in acht Tagen die

1) Die Instruktion nach dem Original vom 10. August in „Mittheilungen des k. k. Kriegs-Archivs" 1882, S. 197 ff. Was angeblich der Bischof von Wien dem bairischen Vizekanzler Richel als Inhalt dieser Instruktion mitgeteilt hat (Aretin, Wallenstein, S. 97 ff.), weicht davon freilich weit ab. Nach Richel sollte Schlick auch „in höchster Geheim und unvermerkter Dinge den Grafen Gallaß, Piccolomini und andere hohe und vornehme Offiziere dahin disponieren, daß Se. kais. Mj. auf den Fall, wenn mit dem Herzog von Friedland seiner Krankheit halber oder sonst eine Veränderung erfolgen sollte, deren standhafter Treue und Devotion versichert seien." Daß Schlick einen geheimen Auftrag hierzu erhalten habe, ist nicht unmöglich, da auch Antelmi am 3. Sept. berichtet: „che, sebbene non habbi il Slich voluto parlar a parte con alcuno degl' altri capi dell' armata, per non insospettir il generale, ha nondimeno nei publici discorsi riportato da loro testimonianze abondanti e uniformi d'ardore e di fede nel servitio della Mtà Sua." „Archiv f. öst. Gesch." XXVIII, 392.

Städte bis zur Elster und bis in die Nähe von Dresden und Torgau ein, raubte alles aus, sengte und brennte und zwang selbst Leipzig mit Ausnahme der Burg nach heftiger Beschießung zur Ergebung und zur Zahlung einer Brandschatzung von 70000 Thalern [1]). Aber Wallenstein wartete die Wirkung, welche dieser Zug auf Sachsen hervorbringen mußte, gar nicht ab, sondern knüpfte neuerdings mit Arnim Unterhandlungen an, obwohl die Feinde, welche nur noch 12000 Mann zählten und infolge ihrer Vernachlässigung durch die beiden Kurfürsten an Lebensmitteln und allen andern Bedürfnissen Mangel litten [2]), bei einem ernstlichen Angriffe verloren gewesen wären.

Wallenstein scheint in dieser Zeit in besonders übler Stimmung gewesen zu sein. Der Kaiser hatte ihm am 27. Juli schreiben lassen, daß er sich genötigt gesehen habe, dem Kardinal-Infanten und dem Herzoge von Feria den Durchzug durch das Reich zu gestatten [3]). Wallenstein, der in Feria einen Rivalen erblickte, wurde dadurch um so mehr aufgeregt, als sich Gerüchte verbreiteten, daß man ihm diesen oder einen andern General an die Seite geben oder ihn gar absetzen wolle. Die Sendung Schlicks, von der er durch seine Freunde frühzeitig Nachricht erhielt, schien diese Gerüchte zu bestätigen. Er sah darin einen Affront, den er sich nicht anthun lassen wollte [4]). Dringend verlangte er jetzt eine Zusammenkunft mit Arnim.

Auf seinen Wunsch fand am 16. August eine Unterredung zwischen Arnim und Trczka, am 18., nachdem unterdessen die Einstellung aller Feindseligkeiten befohlen worden war, eine

1) Hallwich I, 484. 497. 502. 504. 506. 522—526. 533 ff. Berichte Nicolais bei Irmer II, 291. 295. Vgl. G. Droysen, Holks Einfall in Sachsen im J. 1633. „N. Archiv f. sächs. Gesch." I, 42 ff. 129 ff.

2) Thurn an Oxenstjerna, 27. August, bei Hildebrand, S. 46. Vgl. das Schreiben Nicolais vom 9. Sept. bei Irmer II, 307.

3) Hallwich I, 474. Vgl. Weinitz, S. 21 ff.

4) Wittich in „Hist. Zeitschr." LXIX, 9 f.

Besprechung Arnims mit Wallenstein selbst statt. Am 21. August wurde auf vier Wochen ein Waffenstillstand geschlossen, der zunächst für die kaiserlichen Lande und Sachsen und Brandenburg gelten sollte, aber auch die Absendung von Truppen zur Verstärkung der Armeen an der Donau untersagte [1]). Die Räumung Sachsens durch Holk wurde von Wallenstein ebenfalls zugestanden. „Gott hat die Sache also geschickt, sonst wären wir verloren gewesen", schrieb Thurn an Oxenstjerna [2]). Schlick, der am 18. August im Lager eintraf, vermochte den Abschluß der Waffenruhe nicht mehr zu hindern.

Gegen die andern Wünsche des Kaisers aber zeigte sich Wallenstein auffallend entgegenkommend, wozu auch das taktvolle Auftreten Schlicks beitragen mochte. Bei allen Fragen, welche dieser zur Sprache bringen mußte, der Sorge für den Schutz des Reiches, der Unterstützung des Zuges des Kardinal-Infanten, der Unterordnung Aldringens unter die Befehle des bairischen Kurfürsten, der Verschonung der Erblande mit den Winterquartieren gab Wallenstein befriedigende Zusicherungen [3]).

Ganz anders lauteten freilich die Äußerungen, die er Arnim gegenüber in ihren vertraulichen Besprechungen gemacht hat [4]).

1) Förster, Wallensteins Briefe III, 50. Über die äußerlichen Vorgänge bei diesen Verhandlungen s. Lenz und Wittich in „Hist. Zeitschr." LIX, 412 ff. und LXIX, 10 ff. wie Irmer, Verhandlungen II, LV ff. und Arnim, S. 234 ff.

2) Hildebrand, S. 50 f.

3) Nach Schreiben des Kaisers an ihn vom 27. und der Intimation an Richel vom 29. August bei Hallwich I, 539. Bezüglich der Stellung Aldringens hat übrigens Wallenstein an diesen selbst keine Mitteilung gemacht, ja am 19. Sept. die Unterordnung unter den Kurfürsten geradezu abgeleugnet. Hallwich I, 575.

4) Nach den mündlichen Mitteilungen Arnims an Oxenstjerna von diesem am 2./12. Sept. an Bernhard von Weimar berichtet. Schebek, Lösung der Wallensteinfrage, S. 285 ff. und Irmer II, 310 f. Wittich a. a. O., S. 11 ff. nimmt an, die betreffende Unterredung habe vor jener mit Schlick stattgefunden, Irmer, Arnim, S. 236 glaubt, Wallenstein habe diese vertraulichen Eröffnungen nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes und nach der Abreise Schlicks gemacht. Daß die Waffenruhe damals schon abgeschlossen war, scheint sich aus Oxenstjernas Schreiben bei Irmer II, 311, Z. 1—3 bestimmt zu ergeben.

Anfangs machte er diesem nur die Mitteilung, daß der Kaiser geneigt wäre, mit Sachsen und Brandenburg und auch den andern Reichsständen, „die sich die Zeit her nicht gar zu widerlich angestellt“, Frieden zu schließen, dagegen von einem solchen mit Schweden, Frankreich und einigen Fürsten und Ständen nichts wissen wolle. Aber es war doch auch die Rede davon, daß man die Jesuiten aus dem Reiche verbannen und daß Böhmen wieder die freie Wahl erhalten solle. Und bald nahm das Gespräch eine Wendung, welche direkt gegen den Kaiser gerichtet war. Er habe, sagte Wallenstein, den Affront, der ihm vor drei Jahren angethan worden, nicht vergessen, und es verdrieße ihn auch heftig, daß man den Herzog von Feria herausgefordert habe, zu keinem andern Ende, als ihm die Stange zu halten. Er wäre daher entschlossen, sich zu rächen, wenn er für diesen Fall von den Evangelischen unterstützt würde. Des Holk und Gallas und mehrerer Offiziere glaube er mächtig zu sein; einige verdächtige habe er abgeschafft und thue dies noch täglich. Dabei legte er schon einen detaillierten Plan für die Ausführung vor. Er selbst würde sechs Regimenter, denen er am wenigsten traute, unter die Befehle Arnims stellen. Bernhard von Weimar sollte so nahe heranmarschieren, daß er auf Verlangen Holks diesem helfen könnte, die Widerspänstigen zum Gehorsam zu bringen, und dann mit demselben gegen den Herzog von Baiern marschieren. Horn sollte sich dem Herzoge von Feria entgegenstellen. Er selbst würde sich mit seiner Armee nach Böhmen und von da nach Österreich und Steiermark wenden. Auch sollte man den König von Frankreich zu bewegen suchen, den Krieg gegen Spanien und Italien wieder zu beginnen. Eine umfassende Koalition war also geplant, um die Macht des Hauses Habsburg in Deutschand vollständig zu vernichten, den Kaiser, wie sich der sanguinische Thurn ausdrückte, „nach Spanien zu jagen“ [1]). Um die Zustimmung des schwedischen Reichskanzlers zu erwirken, sollte sich Arnim zu ihm nach

1) Über die Briefe Thurns s. Lenz, S. 413 ff.

Frankfurt begeben, und weil diese Reise damals viele Zeit erforderte, wurde ein längerer Waffenstillstand geschlossen.

Am 10. September teilte Arnim die Anträge Wallensteins dem Reichskanzler mit, der ihm bis Gelnhausen entgegengekommen war. Oxenstjerna meinte zwar, daß dies für einen Scherz zu grob wäre, konnte aber sein Mißtrauen gegen Wallenstein auch jetzt noch nicht loswerden. Er begnügte sich mit der Weisung an Arnim, den Herzog von Friedland vorwärts zu treiben und ihn ihres Beistandes zu versichern, wenn er seine Desseins fortsetzte. Auch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, mit denen sich Arnim auf der Rückreise besprach, gaben diesem nur die allgemeine Vollmacht, zur Herstellung eines allgemeinen Friedens im Reiche sich mit Wallenstein zu unterreden und zu diesem Zwecke ihre Truppen zusammenwirken zu lassen [1]). Von einer Unterordnung ihrer Truppen unter die Befehle Wallensteins war auch jetzt keine Rede; alles sollte von weiteren Verhandlungen abhängig gemacht werden.

Lange konnte aber diese unsichere Lage nicht mehr fortdauern. Es mußte sich entscheiden, ob, wie sich ein schwedischer Agent ausdrückt, „Friedland zum Schelmen werden wird gegen seinen Herrn oder gegen uns und insonderheit gegen den sächsischen Kurfürsten" [2]).

Wallenstein hatte in der That seinen Plan, den offenen Abfall vom Kaiser zu vollziehen, aufgegeben. Was diese Änderung herbeigeführt hat, läßt sich bei einer so leidenschaftlichen, von den verschiedensten Stimmungen getriebenen Persönlichkeit schwer sagen. Wahrscheinlich haben ihn doch gerechte Zweifel beschlichen, ob ihm viele seiner Offiziere auf der Bahn des Verrats folgen würden [3]). Er scheint wieder auf den Plan zurückgekommen zu sein, Sachsen und Branden-

1) Hallwich II, 318. Gädeke, S. 192.

2) Nicolai 23. und 27. Sept. bei Irmer II, 339. 346.

3) Vgl. Lenz a. a. O., S. 428 f., der die Wendung kurz vor den 14. Sept. setzt, und Wittich, S. 32 ff.

burg für sich zu gewinnen und dann im Reich einen annehmbaren Frieden herzustellen.

Ob dies gelingen würde, darüber war er freilich im Ungewissen. Am 14. September schrieb er an Trczka: „Aus dem Frieden wird nichts." Am 21. berichtete er dem Grafen Trauttmansdorff, daß in kurzer Zeit ein guter Schluß der Friedensverhandlungen zu erhoffen sei, und daß er dann mit der ganzen Armee ins Reich ziehen wolle [1]). Schon am 28. oder 29. glaubte er dahin aufbrechen zu können, und er gab bereits Aufträge zur Sammlung von Proviant auf der von ihm beabsichtigten Marschroute [2]). Da Arnim noch nicht zurückgekehrt war, wurde die Waffenruhe um acht Tage, bis zum 1. Oktober, verlängert.

Am 25. September, gleich nach seiner Rückkunft, machte Arnim dem Herzoge von Friedland seinen Besuch. Ohne seine früheren Anträge zu berühren, erklärte es dieser jetzt für das Notwendigste, daß beide Armeen, die kaiserliche und die sächsische, nach dem Reiche gingen. Arnim, dem dies verdächtig vorkam, bemerkte dagegen, daß er den Zweck nicht einsähe, wenn Wallenstein gesonnen sei, es mit den Evangelischen zu halten, da die Schweden den Feinden daselbst hinlänglich gewachsen seien. Es würden dadurch nur die Franzosen und Holländer auch auf den deutschen Boden geführt werden. Am andern Morgen schickte Arnim, der mit Wallenstein selbst gar nicht mehr verhandeln wollte, seinen Feldmarschall, den Herzog Franz Albrecht von Lauenburg, zu demselben und ließ neue Gründe dagegen vorbringen. Die von Wallenstein gewünschte Vereinigung beider Armeen könnte erst stattfinden, wenn man sonst über den Frieden einig wäre. Wallenstein aber erklärte, ein beständiger

1) Hallwich I, 569 (Nr. 678). 586.

2) Ebendas. S. 569 f. 581 (Nr. 697 f.). 583. Vgl. auch den interessanten Brief Piccolominis an den spanischen Kardinal-Infanten vom 23. Sept. im „Archiv f. österr. Gesch." XXVIII, 445. Darin wird ebenfalls der Abschluß des Friedens mit Sachsen und Brandenburg auf Grund der Gestattung freier Religionsübung im Reiche mit Ausschluß der Erbländer, die Vereinigung der Armeen und der Marsch ins Reich als sicher dargestellt.

Friede könne nicht gemacht werden, ehe die Völker aller ausländischen Mächte vom Reichsboden geschafft wären, und verlangte ausdrücklich, daß sich die Sachsen mit ihm verbinden und die Spanier, Franzosen, vor allem aber die am nächsten stehenden Schweden „hinausschmeißen“ sollten. Dann könnten sie einen Frieden machen nach ihrem Belieben. Da Arnim erklärte, daß er ein feindseliges Auftreten gegen die Schweden, deren König sein Leben für die Evangelischen eingesetzt, nur dann vor Gott und den Menschen verantworten könnte, wenn sie mit einer billigen Entschädigung nicht zufrieden wären, antwortete Wallenstein voll Zorn, er werde nach Ablauf des Waffenstillstandes wissen, was er zu thun habe. Doch wollte er auch jetzt noch nicht alle Brücken nach dieser Richtung hin abbrechen. Denn als ihn Arnim an seine früheren Vorschläge erinnerte, sagte er, er sei noch dieser Meinung, wolle sich dies aber auf zuletzt sparen. Er wollte, wie er sich Arnim gegenüber ausdrückte, „eine Zwickmühle“ behalten [1]).

In der That suchte Wallenstein den abgerissenen Faden der Verhandlungen bald wieder anzuknüpfen. Schon am 6. Oktober lud er den Herzog Franz Albrecht ein, zu einer Besprechung ins kaiserliche Lager zu kommen. Wieder bot er den beiden Kurfürsten die Herstellung des Profan- und Religionsfriedens, wie er zur Zeit der Kaiser Rudolf und Matthias gewesen, an, wenn sie ihre Waffen mit den Kaiserlichen vereinigten und unter sein Kommando stellten, worauf das Reich und dessen Glieder von der allgemeinen Verwüstung und der Beraubung durch fremde Völker errettet werden sollten. Er täuschte sich freilich vollständig, da die Protestanten, die seinen

1) Hauptquelle für diese Verhandlungen sind Arnims Berichte an die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen und an Oxenstjerna und Thurn vom 16./26. und 17./27. September bei Förster, Wallensteins Briefe III, 72, Gädeke, S. 340 f. und Hildebrand, S. 58 f. wie Franz Albrechts von Lauenburg im April 1634 in der Gefangenschaft aufgezeichnete Aussage bei Irmer III, 423 ff. Wallenstein hat in seinen Schreiben an Gallas und den Kaiser vom 26. und 29. September (Hallwich I, 588. 594) aus diesen Verhandlungen nur einen nebensächlichen Punkt erwähnt. Vgl. auch Wittich a. a. O., S. 25 ff.

Abfall vom Kaiser in letzter Zeit mit Sicherheit erwartet hatten, jetzt in seinem ganzen Vorgehen seit Beginn des Sommers nur Betrug erblickten und ihm nach dem letzten „Schelmstück" überhaupt nicht mehr trauten, so daß seine Anträge am 10. November in höflicher Form abgelehnt wurden [1]).

Aber diesmal unterstützte er seine Anträge durch eine energische Offensive, wie man sie bei ihm noch nie erlebt hatte. Sein Heer zählte nach der Schätzung Arnims noch immer an 30000 Mann [2]) und war auch jetzt den Feinden weit überlegen, obwohl es durch die in Schlesien wütende Pest große Verluste erlitten, anderseits der Kurfürst von Sachsen auf Drängen Arnims fast alle seine Truppen nach Schlesien geschickt hatte. Fügten sich die beiden Kurfürsten nicht willig, so sollten sie durch Gewalt zur Annahme seiner Vorschläge gezwungen werden.

Schon am Tage des Abbruchs der Verhandlungen, am 26. September, gab er dem Grafen Gallas, den er mit dem Kommando über das Korps des an der Pest verstorbenen Holk betraut und zum Generallieutenant befördert hatte, die Weisung, in das Gebiet des Kurfürsten von Sachsen einzufallen. Da aber in Meißen ebenfalls die Pest grassierte und er die Nachricht erhielt, daß für Arnim aus Sachsen bedeutende Verstärkungen eingetroffen seien, änderte er schon nach drei Tagen seinen Befehl und erteilte Gallas den Auftrag, zum Schutze des nordwestlichen Böhmen nur das notwendigste Volk zurückzulassen, mit den besten Truppen aber, 8—10000 Mann, zu seiner Unterstützung nach Schlesien zu marschieren. Aber Arnim verließ dieses Land mit den Sachsen schon in den nächsten Tagen, um das Gebiet seines Herrn gegen einen erwarteten Angriff der Feinde zu schützen und ließ in Schlesien außer 5000 Mann Besatzungstruppen nur noch ungefähr

1) Über diese Verhandlungen s. Lenz, S. 430ff.

2) Briefe Arnims bei Förster III, 74. 75. Gädeke, S. 341. Irmer II, 348. Wallenstein selbst, der immer gerne den Mund voll nahm, giebt den Schlesiern gegenüber sein Heer auf 40000 Mann an. Hallwich I, 624. II, 11, N. 3.

6000 Schweden unter Thurn und dem Obersten Duwald zurück, was Wallenstein zum Befehl an Gallas veranlaßte, sich mit seinem Korps bei Leitmeritz aufzustellen, um Böhmen gegen einen etwaigen Einbruch durch das Elbethal zu decken [1]).

Er selbst wollte anfangs den Sachsen folgen und in Schlesien ein kleineres Korps unter dem Freiherrn von Schaffgotsch [2]) zurücklassen. Aber bald faßte er einen andern Plan. Er schickte den Sachsen nur seine leichte Reiterei, sieben Regimenter Ungarn und Kroaten, unter Isolano nach, welche der Nachhut der Feinde großen Schaden zufügten, wendete sich selbst aber unvermutet gegen die sorglosen Schweden, die sich hinter den Schanzen von Steinau aufgestellt hatten. Plötzlich durch Wallenstein von vorne, durch Schaffgotsch vom rechten Ufer der Oder her angegriffen, ergab sich das Korps nach geringem Widerstand am 10. Oktober kriegsgefangen. Wallenstein steckte die Gemeinen und Unteroffiziere in sein Heer, den Offizieren aber, die nicht dienen wollten, gewährte er freien Abzug, Thurn und Duwald aber nur unter der Bedingung, daß sie die Übergabe der noch von ihren Truppen besetzten schlesischen Festungen anordneten. Liegnitz, Glogau und Sagan ergaben sich in der That auf diesen Befehl hin den Kaiserlichen, Ohlau wurde von Schaffgotsch erobert. Nur Brieg, Oppeln und die Besatzung der Dominsel in Breslau leisteten mit Erfolg Widerstand [3]).

Wallenstein zog nun längs der Oder abwärts bis Krossen und schickte ein Korps unter dem Feldzeugmeister Grafen Phi-

1) Hallwich I, 588. 595. 604. 614—617. 620.

2) Am 6. Okt. ersuchte er den Kaiser, diesen und Piccolomini zu Generalen der Kavallerie, Ilow zum Feldmarschall, den Grafen Trczka zum Feldmarschallieutenant zu ernennen, was dann auch geschah. Hallwich I, 617 f. 628 f.

3) Die Berichte Wallensteins, Thurns, Arnims und des Herzogs Franz Albert, dann eines Ungenannten bei Förster III, 81. Hallwich, Wallenstein I, 633 und II, 353 (vgl. 345). „N. Archiv f. sächsische Gesch." III, 353 ff. Irmer (Publicationen aus den Preuß. Staatsarchiven XLVI.) III, 12. 25—30. Gädeke 201—204. 209. Vgl. Täglichsbeck, Die Gefechte bei Steinau (Berlin 1889).

lipp Mansfeld gegen Frankfurt, welches der Kommandant, ohne einen Schuß zu thun, übergab. Wenige Tage darauf kapitulierte auch Landsberg an der Warthe. Die Kroaten streiften bis Pommern und Berlin. Wallenstein selbst wendete sich von Krossen nach Süden, überschwemmte die Lausitz, nahm Görlitz und Bautzen und stand Anfangs November drohend in der Nähe von Dresden. Arnim hatte hinter der Elbe Schutz gesucht. Ein Versuch desselben, Wallenstein durch einen Einfall in Böhmen zum Rückzuge zu bewegen, scheiterte an den Vorkehrungen, die Gallas getroffen hatte [1]).

Es hatte sich in glänzender Weise gezeigt, was Wallenstein vermochte, aber auch wie viel er durch sein Zaudern während des ganzen Sommers versäumt hatte. Jetzt wurden alle Erfolge illusorisch gemacht durch die Fortschritte der Feinde in Süddeutschland.

Horn, der sich wieder nach einer unabhängigen Stellung sehnte, hatte sich Ende August mit seinem Korps von dem des Herzogs Bernhard getrennt, war von Donauwörth an das westliche Ende des Bodensees gezogen, hatte mit Zustimmung der protestantischen Schweizerkantone bei Stein den Rhein überschritten und die Belagerung von Konstanz begonnen.

Um dieselbe Zeit zog aber auch das Korps Ferias, freilich nur in einer Stärke von etwa 9000 Mann, denen es an genügender Artillerie und Munition fehlte, durch das Veltlin in das obere Etsch- und Innthal, wo sich ihm der kaiserliche Kriegskommissär Ossa mit einigen Truppen anschloß, und durch die Ehrenberger Klause bei Reutte nach Schwaben. Auch Aldringen erhielt vom Kaiser den Befehl, Feria beim Entsatze Breisachs zu unterstützen, wozu dann auch Wallenstein seine Zustimmung gab, wenn dies mit Wissen und Genehmigung des Kurfürsten von Baiern geschähe, damit derselbe nicht Ursache hätte, sich zu beschweren.

In der That gab der Kurfürst die Erlaubnis, daß Aldringen

1) Die Belege für die Unternehmungen Wallensteins seit Steinau bei Hallwich II, LXXIII ff., wo aber einzelne Verstöße sind.

nicht bloß die kaiserlichen, sondern auch einen Teil der baierischen Truppen, besonders Reiterei und Artillerie, an den Rhein führe. Nachdem er zunächst am 11. September den Feinden Neuburg an der Donau entrissen hatte, zog er am Lech aufwärts, überschritt diesen unterhalb Landsbergs und vereinigte sich am 29. September bei Ravensburg mit dem Korps des Herzogs von Feria, welches dadurch auf ungefähr 20000 Mann verstärkt wurde. Anderseits marschierte jetzt freilich auch Bernhard von Weimar längs der Donau nach Westen und bewerkstelligte bei Stockach die Vereinigung mit Horn, der beim Herannahen Ferias und Aldringens die Belagerung von Konstanz aufgehoben hatte, und mit dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld, welcher vom Rheine herkam. Aber da diese, durch eine Bewegung ihrer Gegner auf den Gedanken gebracht, daß dieselben einen Angriff auf Württemberg beabsichtigten, zum Schutze dieses Landes über die Donau zurückgingen, gaben sie die Straße durch das Rheinthal frei und ermöglichten jenen die Erreichung ihres eigentlichen Zieles. Über Waldshut, Laufenburg, Seckingen und Rheinfelden, die teils erobert, teils von den Feinden freiwillig geräumt wurden, drangen Feria und Aldringen in Eilmärschen nach Breisach vor, das sie am 20. Oktober erreichten, vertrieben die Belagerer und nahmen dann einen Teil der Städte des Ober-Elsasses ein [1]).

Aber diese Erfolge wurden durch einen genialen Streich Bernhards von Weimar mehr als wett gemacht.

Oxenstjerna hatte diesem, als Wallenstein den Waffenstillstand mit Sachsen und Brandenburg kündete, den Wunsch ausgesprochen, durch einen Einbruch in Böhmen oder Baiern jenen zu zwingen, seine Streitkräfte in die Länder des Kaisers zurückzuziehen. Bernhard ging um so lieber darauf ein, als dies den Plänen entsprach, mit welchen er sich schon längst

1) Weinitz, Der Zug des Herzogs von Feria durch Deutschland, S. 37ff. Brohm, Aldringen, S. 60ff. Droysen, Bernhard von Weimar I, 253ff. — Das Itinerar, das Weinitz, S. 38f. und S. 68 für den Zug Ferias durch Tirol aufgestellt hat, ist sicher falsch.

getragen hatte. Sofort gab er seinen Truppen Marschbefehl nach Osten und erteilte dem Kommandanten in Ulm Auftrag, über den Zustand von Regensburg Erkundigungen einzuziehen, sich um einen Korrespondenten in Passau umzusehen und mit den Bauern im Lande ob der Enns in Verbindung zu treten. Nichts Geringeres als einen Vorstoß nach Österreich nahm er also in Aussicht.

Rasch marschierte er längs der Donau abwärts, zog einige Truppen, die teils in Franken gestanden, teils aus Niedersachsen heraufgezogen waren, an sich, so daß sein Korps 10 bis 12000 Mann zählte, bemächtigte sich am 29. Oktober Neuburgs, das die Baiern nur mit 25 Mann besetzt hatten, und damit eines wichtigen Übergangspunktes über die Donau und erschien am 4. Oktober unerwartet vor Regensburg. Nirgends hatte er Hindernisse gefunden, da sich der Führer der wenigen in Baiern zurückgebliebenen Truppen, Johann von Werth, ein kühner Reitergeneral, aber kein Stratege, zum Schutze Münchens und Freisings an die Isar zurückgezogen hatte. Obwohl Regensburg von 1500—2000 Baiern besetzt war, fehlte es der Verteidigung an nachhaltiger Kraft. Als eine breite Bresche geschossen war, übergab der schwer verwundete Kommandant Troibreze am 14. November die Festung gegen freien Abzug der Besatzung. In den nächsten Tagen fielen auch Straubing, Deggendorf und Cham in die Gewalt des Herzogs Bernhard. Nicht bloß die Schlüssel zu Baiern waren in seinen Händen, sondern auch zu Oberösterreich, dessen Bauern, vor wenigen Jahren durch Ströme von Blut zur Annahme des Katholicismus gezwungen, zum Aufstande bereit waren [1]).

1) Droysen, Bernhard von Weimar I, 272ff. Die Annahme Hallwichs II, CXXXIXf., daß Wallenstein vielleicht noch Anfang November die Absicht gehabt habe, auf Eger loszugehen, und daß ihm ein aufgefangenes Schreiben des Kurfürsten von Baiern die Schwäche Regensburgs verraten habe, ist angesichts der Thatsachen unhaltbar. Der Weg nach Eger hätte ihn nicht über Neuburg, sondern durch Franken geführt. Das erwähnte Schreiben des Kurfürsten fiel ihm erst am

Der Kurfürst von Baiern hatte schon gleich nach dem Abmarsch Aldringens an den Kaiser das Ansuchen gestellt, daß zum Entsatze dafür vom Korps des Grafen Gallas eine ergiebige Anzahl Volks zu Roß und Fuß an die Donau geschickt werden möchte, und der Kaiser hatte dies auch in Aussicht gestellt. Da aber zunächst keine Gefahr für Baiern vorhanden war, hatte Gallas nur 1000 Reiter abgesendet. Wallenstein, welcher diesem gerade um diese Zeit Marschbefehl an die Elbe erteilte, trug ihm noch ausdrücklich auf, sich durch keine Zumutungen des Kurfürsten irre machen zu lassen, dem jederzeit mehr an der Beförderung seines Eigennutzes als des öffentlichen Wohles gelegen sei. Als Bernhard von Weimar an die Grenze Baierns zog und Maximilian den Kaiser um die Zusendung einer ausgiebigen Unterstützung von etwa 5000 Mann ersuchte, war dies für den Augenblick in der That schwer möglich, wenn man nicht das westliche Böhmen von Verteidigern entblößen und einem Einfalle preisgeben wollte. Erst am 5. November entschloß sich Gallas, 30 oder 31 Compagnieen Reiter und Dragoner unter dem Generalmajor Strozzi abzusenden. Aber Wallenstein gab diesem strengen Befehl, sich ja nicht zu weit von der böhmischen Grenze zu entfernen [1]. Der Generalissimus, der von seinem Hauptquartier aus die militärischen Operationen in den entferntesten Teilen des Reiches leiten wollte und „bei der Eigenartigkeit seines Wesens das glaubte, was er eben glauben wollte“ [2], ließ sich von seiner Überzeugung nicht abbringen, daß der Herzog von Weimar durch seine Hin- und Hermärsche ihn nur von Sachsen und Brandenburg abziehen wolle, und daß er es nicht auf Baiern, sondern auf Böhmen ab-

3./13. November in die Hände. Röse, Bernhard von Weimar I, 250.

1) Hallwich I, 620 (Nr. 748); II, 14 f. 40—45. 50. 52—58. 63—68. 81—84. 89—99. 335 f. 339. 348. 354—357. 360—365. 369—376. Vgl. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse, S. 327.

2) Wittich, Wallensteins Katastrophe. „Hist. Zeitschr.“ LXXII, 407.

gesehen habe. Noch in Schreiben vom 10. und 12. November setzte er seinen Kopf und seine Ehre dafür zu Pfande [1]). Zwei Tage darauf kapitulierte Regensburg!

Doch trat Wallenstein wegen des erwarteten Einfalls Bernhards von Weimar mit dem größeren Teile seines Heeres den Marsch von Bautzen nach Böhmen an und stand am 18. November in der Nähe von Leitmeritz, als er den Fall Regensburgs erfuhr. „Tag und Nacht will ich eilen, dem von Weimar wiederum den Weg zurück zu weisen", schrieb er nun dem Kaiser [2]).

In der That brauchte Wallenstein mit seinen Truppen, freilich zum größeren Teile Reiterei und leichter Infanterie mit nur wenigen Geschützen [3]), von Leitmeritz über Rakonitz und Pilsen nach Furth jenseits des Böhmer Waldes nicht mehr als zehn Tage. „Morgen", schreibt er am 30. November von Furth aus dem Führer der Baiern, Johann von Werth, „werden sich 4000 Krobaten an den Feind henken, ich aber folge ihnen auf dem Fuße nach" [4]). Ein in Pilsen abgehaltener Kriegsrat, dem die Generale und Obersten beiwohnten, hatte einstimmig den ihnen vom Herzoge dargelegten Kriegsplan gebilligt, daß Ilow wegen der von Arnim drohenden Gefahr zur Unterstützung des Grafen Gallas, der bei Leitmeritz nur 5000 Mann unter sich hatte, mit dem größeren Teile der Infanterie, den meisten Geschützen und 25 Kompagnieen Reitern im Pilsner Kreise zurückbleiben, Wallenstein selbst aber mit 100 Kompagnieen der besten Reiterei, allen Dragonern und Kroaten, 1600 auserlesenen Mann zu Fuß und 8 Feldstücken gegen Straubing vordringen und zugleich

1) Hallwich II, 68. 85. 86f.

2) Hallwich II, 103f.

3) Nach Berichten Wallensteins an den Kaiser und Gallas' an Questenberg nahm er, abgesehen von den 31 Kompagnieen, die schon unter Strozzi nach Passau abgegangen waren, 125 (126?) Kompagnieen Reiter, 6000 Mann zu Fuß, alle Kroaten und Dragoner und 30 (oder 50) kleine Geschütze mit sich. Hallwich II, 99 N. und 381.

4) Hallwich II, 133.

Strozzi mit seinen Truppen zur Verstärkung der Baiern über die Donau senden sollte [1]). Freilich durfte er vor einem Kampfe mit Bernhard von Weimar nicht zurückscheuen, welcher trotz der geringen Zahl seiner Truppen, von denen noch ein Teil zur Besetzung der eroberten Plätze notwendig war, entschlossen war, sich ihm entgegenzustellen.

Da machte er auf einmal Halt, führte am 3. Dezember sein Heer über die Grenze zurück und legte es nach Böhmen in die Winterquartiere. Nur zwei Regimenter zu Fuß und fünf Compagnieen Reiter schickte er nach Oberösterreich, um die dortigen Truppen unter dem Obersten Suys zu verstärken. Zur Verteidigung Baierns sollte Aldringen vom Rhein an die Donau marschieren, obwohl dadurch Feria der Übermacht preisgegeben ward oder Horn und Andere freie Hand erhielten, ebenfalls zur Verstärkung Bernhards von Weimar nach Osten zu ziehen. Er selbst nahm seinen Wohnsitz in Pilsen.

Schon am 30. November, wo er Johann von Werth noch die Absicht des Vormarsches gemeldet hatte, erhob er in einem Schreiben an den Kaiser allerhand Bedenken. Arnim habe sich gegen Mansfeld gewendet und, „wie er vernehme", Frankfurt an der Oder eingenommen. Er selbst werde Bernhard von Weimar wenig anhaben können, da dieser sich gleich auf die andere Seite der Donau begeben werde und er nicht so viel Volk habe, um auf beiden Ufern getrennt zu operieren. „Ich will sehen, wie ich mich aufs eilfertigste werde zurückbegeben können", schreibt er gleichzeitig an Gallas [2]). Von einem Angriffe auf Cham, das ihm den Weg an die Donau versperrte, wollte er nichts wissen, obwohl es nur von Dragonern und Reitern besetzt war und der Kriegsrat sich dafür

1) Bericht Trauttmansdorfs aus Pilsen, 27. Nov. bei Förster III, 92 ff. Nach einem Schreiben des beim Heere Wallensteins anwesenden Lorenzo del Maestro aus Furt vom 2. Dez. hätte Wallenstein 4000 Reiter, 1500 Fußgänger, 8 Sechspfünder, „wenige" Dragoner und 1500 (!) Kroaten, also kaum 8000 Mann bei sich gehabt. Aretin, Wallenstein, Urkk., S. 70.

2) Hallwich II, 131. Förster III, 107.

aussprach [1]). Daß Arnim wohl vor Frankfurt erschienen, dieses aber nicht gefallen sei, erfuhr Wallenstein noch am 3. Dezember durch einen Brief Ilows. Aber er meldete dem Kaiser auch jetzt das Gegenteil und berichtete ihm die beunruhigendsten Nachrichten, die sich alle als irrig herausstellten.

## Neuntes Kapitel.

### Wallensteins Ende.

Es wird sich nie mit Sicherheit feststellen lassen, ob für Wallensteins unerwarteten Rückzug nur militärische Gründe, namentlich die Rücksicht auf den Schutz Böhmens und die Unmöglichkeit, die Reiterei in der kalten Jahreszeit im Felde zu erhalten [2]), maßgebend gewesen sind, oder ob nicht doch sein alter Haß gegen den Kurfürsten von Baiern oder sonstige politische Erwägungen [3]) auf seinen Entschluß eingewirkt haben. Jedenfalls war man in Wien sehr unangenehm überrascht, als man durch einen Bericht des Grafen Trauttmansdorf vom 27. November aus Pilsen erfuhr, daß Wallenstein jeden Versuch, die verlorenen Plätze zurück zu erobern für unmöglich erklärt und die Absicht ausgesprochen habe, auch in diesem

1) Berichte der dem Kriegsrate beiwohnenden Grafen Wahl und del Maestro vom 2. Dez. bei Aretin, S. 69 ff.

2) Diese Gründe gab Wallenstein im Schreiben vom 3. Dez. dem Kaiser und dem Kurfürsten von Baiern gegenüber an. Aber den zweiten Grund hatte er schon beim Vormarsche nach der Oberpfalz wissen müssen.

3) In der That schreibt der ihm nahestehende Piccolomini schon am 2. Dez. an Gallas, Wallenstein wolle auf jede Weise Frieden schließen, weil er beim Hofe so verdächtig geworden sei und besorge, daß sie irgendeinen Entschluß fassen. Höfler, Beiträge zur Katastrophe des Herzogs von Friedland. „Österr. Revue" 1867 I, 83.

Jahre in den Erblanden die Winterquartiere zu beziehen. Denn die Einquartierungen der Soldaten und des zahllosen Trosses waren damals mit solchen Kosten und Lasten für die Einwohner verbunden, daß diese fast zur Verzweiflung gebracht wurden [1]).

Der Kaiser schickte daher am 3. Dezember den Hofkriegsrat Questenberg, Wallensteins besonderen Günstling, an den Generalissimus, um ihn zu bewegen, die Winterquartiere nicht in den erschöpften Erblanden zu nehmen, und ließ ihm in dieser Beziehung bestimmte Vorschläge machen. Danach sollte das in der Mark Brandenburg liegende Korps in der Gegend von Frankfurt an der Oder konzentriert, die Truppen in Schlesien, besonders wenn den Feinden die letzten Plätze entrissen wären, in die Nieder- und Oberlausitz und allenfalls teilweise in die böhmischen Städte zwischen Leitmeritz und Eger verlegt, die Armee Wallensteins aber nach dem Voigtlande, nach dem westlichen Meißen und nach Thüringen geführt werden. Wenn aber Wallenstein „wider alles Verhoffen" auf seinem Vorhaben beharrte, so sollte er wenigstens keine Ordonanzen ausgeben, ohne seine Wünsche früher dem Kaiser mitzuteilen, damit dieser die Sachen beraten und mit den Ständen darüber verhandeln könne und es nicht den Anschein gewinne, daß dieser „gleichsam einen Mitkönig an der Hand" und in seinen eigenen Landen gar nichts mehr zu verfügen habe [2]).

Am 9. Dezember beauftragte der Kaiser auch den Grafen Trauttmansdorf, der sich auf seinen Gütern in der Nähe von Pilsen aufhielt, mit der Überbringung eines Briefes an Wallenstein, worin er in bestimmter Form verlangte, daß dieser seine Armee aus Böhmen nach Passau oder direkt gegen Bernhard von Weimar führe und diesen, ehe er noch weitere Verstärkungen an sich ziehen könne, aus den eroberten Plätzen vertreibe, „weil die von der Donau herabdringende Gefahr ihm und dem Erzhause vor allen andern die nächste sei". Wollte

1) Vgl. Hallwich II, 152. 157. 170. 197. 206. 264. Förster III, 109 ff.

2) Förster III, 114—117. Hallwich II, 389.

Wallenstein selbst mit der Armee nicht umkehren, so sollte Trauttmansdorf ihn bewegen, sie „einem genugsam qualifizierten und tauglichen Capo, welches dem Werk gewachsen", anzuvertrauen [1]).

Diesen Brief des Kaisers wie dessen Instruktion ließ Wallenstein durch den Feldmarschall Ilow den in Pilsen anwesenden Generalen und Obersten und andern Regimentskommandanten vorlegen und von ihnen ein Gutachten darüber abfordern, um sie mit seiner Handlungsweise solidarisch zu machen. Dieselben erklärten in scharfen Worten sowohl die Verlegung der Winterquartiere in die feindlichen Gebiete als auch einen Feldzug gegen den Herzog von Weimar ohne Ruin der Armee geradezu für unmöglich. Wallenstein selbst bemerkte dem Hofkriegsrate Questenberg, im Frühling werde man sehen, was der Feind mit diesem Hin- und-herziehen im Winter gewinnen und wie er seine Armee zugrunde gerichtet haben werde. Der Kaiser möge ihm trauen; das Werk werde den Meister loben und, wenn der Frühling komme, zu erkennen geben, was für dessen Dienst nützlicher gewesen sei, die Soldaten den Winter über sich plagen oder sie ruhen und sich erholen zu lassen. Er bitte den Kaiser, er möge ihm trauen und alles in seine Hände legen [2]).

Aber das von Wallenstein geforderte unbedingte Vertrauen hatte man in Wien nach dem Verlaufe des letzten Feldzugs verloren. Sein ganzes Verhalten während des Sommers war von seinen Gegnern auf das Schärfste kritisiert worden. Man hatte ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er sich die besten Gelegenheiten, den Gegnern einen Schlag beizubringen, habe entgehen lassen, daß er die günstigste Jahreszeit unthätig verbracht, daß er die Feinde nicht wenigstens aus den Erblanden vertrieben habe. Man riet, ihn wegen seiner „überhandnehmenden Leibesungelegenheiten" zur Niederlegung des Kommandos zu

1) Hallwich II, 155. 393. Vgl. 388.

2) Das Gutachten vom 17. Dez. mit einem Briefe Wallensteins an den Kaiser bei Förster III, 121 ff., der Bericht Questenbergs wie der Trauttmansdorfs bei Hallwich II, 403 und 406.

bewegen und dieses dem Könige Ferdinand III. zu übertragen, welchem Graf Schlick als Feldobristerlieutenant und einige höhere Kriegsräte an die Seite gegeben werden sollten [1]). Doch war eine einflußreiche Partei, namentlich auch der Kaiser selbst, mit seinen Bemühungen, Sachsen und Brandenburg zu einem Frieden zu bewegen, vollkommen einverstanden gewesen und hatte darüber manches übersehen. Als aber dann Ende September die Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen wurden, war die Mißstimmung über Wallenstein allgemein. „Diejenigen", schreibt der gutunterrichtete venetianische Gesandte in Wien am 15. Oktober, „welche ihm am wenigsten feindselig sind, beschuldigen ihn zu großer Leichtgläubigkeit. Seine Feinde werfen ihm Mangel an Treue vor. Bei der Menge der Uninteressierten hat er an der früheren Achtung verloren" [2]).

Auch sein Sieg bei Steinau und die darauf folgenden Eroberungen brachten seine Gegner nicht zum Schweigen, indem man daran allerhand zu mäkeln fand und auch die Freilassung Thurns tadelte. Das Gute, klagte er Ende November dem Grafen Trauttmansdorf, eigne man dem lautern Glücke zu, die widrigen Vorfälle seiner Nachlässigkeit [3]).

In der That sprachen sich mehrere im Oktober abgefaßte Gutachten, darunter eines vom Hofkriegsratspräsidenten Grafen Schlick, dafür aus, daß man neben Wallenstein den König Ferdinand an die Spitze eines Heeres stellen und ins Reich schicken solle [4]), während eine nach dem Falle Regensburgs ab-

1) Weitläufiger ausgeführt im sogen. „Wohlgemeinten Bedenken", das Schebek, Zur Lösung der Wallensteinfrage, S. 568 ff. abgedruckt und ohne Beweis wie alle Denkschriften gegen Wallenstein dem Grafen Slawata zugeschrieben hat. Eine eingehende Kritik der Kriegführung in einer von Höfler im „Archiv für österr. Gesch." XI, 28 ff. (in einem unglaublich korrumpierten Zustande) herausgegebenen und bei Schebeck, S. 162 ff. ins Deutsche übersetzten italienischen Denkschrift, die offenbar von einem Offiziere herrührt, der während des Sommers längere Zeit im Heere Wallensteins in Schlesien gedient hat.

2) „Archiv f. österr. Gesch." XXVIII, 297.

3) Förster III, 93.

4) „Mittheilungen des k. k. Kriegs-Archivs" 1882, S. 203 ff.

gefaßte Denkschrift offen die Abberufung Wallensteins befürwortete [1]). Auch in Gegenwart des Kaisers hatten wiederholt Verhandlungen des geheimen Rates darüber stattgefunden und die Mehrheit desselben sich für die Übertragung des Oberkommandos an den König Ferdinand erklärt. Doch hatten bisher Andere und zwar „die zwei vornehmsten Minister“ (Fürst Eggenberg und der Bischof von Wien) eine Entschließung des Kaisers verhindert [2]).

Der Rückzug Wallensteins von Furt nach Böhmen, nachdem er noch kurz vorher versprochen hatte, dem Herzoge Bernhard „den Weg zurückzuweisen“, und die Verlegung der Truppen in die kaiserlichen Erblande wirkte auf alle wie ein Donnerschlag. Daß er dann die Befehle des Kaisers zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die höheren Offiziere kritisieren ließ, erschien geradezu wie eine Aufreizung der Armee. Auch jene Minister, die ihm bisher noch die Stange gehalten, wagten obige Schritte nicht zu verteidigen, berichtet der baierische Gesandte [3]).

Eine weitere Eigenmächtigkeit Wallensteins trug nicht wenig dazu bei, den Hof gegen ihn zu verstimmen. Der Kaiser hatte nämlich dem Obersten Suys, Kommandanten der im Lande ob der Enns stehenden Truppen, am 9. Dezember den Auftrag gegeben, bis auf weitere Weisungen des Generalissimus mit seinen Regimentern näher gegen den Feind an den Inn zu marschieren, da sie sonst nur das Land beschweren, den Vorrat aufzehren und die Bauern zu neuer Rebellion aufbringen würden. Wallenstein dagegen, dem der Kaiser davon Mit-

1) „An expediat d. generalissimum ducem Fridlandiae ab officio revocare“ etc. bei Schebek, S. 574 ff.

2) Nach dem Berichte des Vizekanzlers Richel an den Kurfürsten von Baiern vom 31. Dez., der sich auf Mitteilungen des Grafen Schlick und des Marchese de Grana beruft, „welche beede es mit dem gemeinen Wesen aufrecht und threulich meinen“. Aretin, Urkk., S. 86 f. Vgl. über die entgegengesetzten Strömungen am Kaiserhofe auch die Berichte Antelmis vom 10. und 17. Dez. „Archiv f. österr. Gesch.“ XXVIII, 407 f.

3) Aretin, Urkk., S. 87. Vgl. die Äußerungen Eggenbergs zu Richel nach dessen Bericht vom 14. Dez. bei Irmer III, 67 f.

teilung machte, untersagte dies dem Obersten auf das Bestimmteste, da sonst das Volk ruiniert werden würde. Auf wiederholte Marschbefehle, die vom Kaiser wie vom Kurfürsten von Baiern an Suys ergingen, antwortete Wallenstein mit ebenso vielen Verboten, weil ein Winterfeldzug die Infanterie ruinieren würde. Ja, er erließ sogar an die unter Suys stehenden Regimentskommandanten den Befehl, wenn dieser seinen Weisungen nicht nachkäme, ohne Rücksicht auf dessen Anordnungen nach Oberösterreich zurückzumarschieren. Mochte auch Wallenstein das Oberkommando mit unbeschränkter Gewalt übertragen worden sein, so ist es doch begreiflich, daß der Kaiser durch eine so schroffe Verletzung seiner Autorität im höchsten Grade verletzt war [1]).

Eine gewichtige Stütze hatten Wallensteins Feinde an dem Marquis von Castañeda, Gesandten des spanischen Königs, auf den der Kaiser wegen der nahen Verwandtschaft und des engen Bundesverhältnisses besondere Rücksicht zu nehmen hatte. Seit sich Wallenstein gegen den Marsch des Herzogs von Feria nach Deutschland ausgesprochen hatte, suchte Castañeda den Kaiser direkt und noch mehr auf Umwegen gegen den Generalissimus aufzuhetzen [2]). Anfangs November kam allerdings der frühere Gesandte am Kaiserhofe, Graf Oñate, nach Wien, der Castañeda bald in den Hintergrund drängte und nach seinen Instruktionen im entgegengesetzten Sinne wirken sollte. Olivarez, der Wallenstein zwar für einen maßlos ehrgeizigen Mann und in astrologische Träumereien vertieften „Narren“, aber auch für den allein befähigten Obergeneral und für die Säule hielt, auf welcher der Sieg der katholischen Sache und die Erhaltung der habsburgischen Herrschaft in Österreich beruhten, setzte den Auftrag an Oñate durch, den Kaiser vor feindseligen Schritten gegen Wallenstein zu warnen, zugunsten dessen Spa-

1) Die betreffenden Aktenstücke vom 9. bis 29. Dezember bei Hallwich II, 158 ff. und 394 ff. Aretin, Urkk., S. 73. 79. Vgl. Förster III, 135.

2) Wittich, Wallenstein und die Spanier. „Preuß. Jahrbücher“ XXIII, 33 ff. Vgl. Ranke, S. 246 ff.

nien auch auf die Rheinpfalz verzichten wollte, wenn der Kaiser den Wunsch hätte, sie ihm einzuräumen [1]). Aber in Wien angelangt, verlor Oñate zuerst das Vertrauen auf die Fähigkeiten Wallensteins und traute ihm bald auch noch schlimmere Absichten zu. Doch vermied es Oñate, die Autorität seines Königs gegen denselben einzusetzen, so lange dessen Bleiben an der Spitze der Armee möglich schien. Noch um Neujahr wurde der bei Wallenstein wohl gelittene Kapuziner Diego Quiroga, Beichtvater der Gemahlin Ferdinands III., nach Pilsen geschickt, um Wallenstein zur Unterstützung der Reise des Kardinalinfanten nach den Niederlanden zu bewegen, welche jetzt nicht mehr lange verschoben werden konnte, weil die Regentin Isabella am 30. November gestorben war [2]).

Entschiedener trat der Kurfürst von Baiern gegen Wallenstein auf, der jetzt nicht mehr zweifelte, daß dieser ihn und sein Land absichtlich zugrunde richten wolle. Am 18. Dezember gab er seinem Vizekanzler Richel, den er zur Erlangung einer Unterstützung mit Geld und Mannschaft nach Wien geschickt hatte, den Auftrag, an den Kaiser die Bitte zu richten, daß er „das Hauptwerk, besonders die Kriegsdirektion in einen solchen Stand richte, damit der Kaiser selbst, seine getreuen assistierenden Stände und die gemeine Wohlfahrt nicht länger von einem solchen Humor und dessen Einbildungen und Passionen abhängen und also sämtlich zugrunde gehen müssen“ [3]).

Vom Grafen Schlick und dem Marchese de Grana ermuntert, erbat sich Richel Ende Dezember vom Kaiser eine geheime Audienz und brachte ihm die Bitte des Kurfürsten

1) Gindely, Gesch. des dreißigjährigen Krieges III, 22 f. (im „Wissen der Gegenwart“ V) offenbar nach den Akten in Simancas.

2) Wittich a. a. O., S. 40 ff.

3) Die Instruktion bei Irmer III, 69 ff. Schon am 6. Dez. hatte der Kurfürst Richel beauftragen wollen, mit dem spanischen Gesandten im geheimen zu konferieren, wie Wallenstein vom Generalate entfernt oder wenigstens sein Kommando auf die österreichischen Länder beschränkt werden könnte. Doch wurde dies im Entwurfe der Instruktion gestrichen. Irmer III, 59 f.

vor. Der Kaiser erklärte, er habe selbst schon in Acht genommen, eine Änderung der Kriegsdirektion eintreten zu lassen und Beratungen darüber angestellt und werde zu rechter Zeit abhelfen. Auch Fürst Eggenberg, bisher Wallensteins einflußreichster Verteidiger, sagte ihm, der Kaiser und seine Minister hätten darüber beraten und eine Beseitigung dieses Unwesens für notwendig gehalten. Der Kaiser habe den Grafen Trauttmansdorf eilends berufen, um ihn, ehe er einen definitiven Beschluß fasse, über einige Einzelnheiten zu vernehmen; dann aber werde er eine eigene Beratung darüber anstellen und sich endgültig entschließen, ob er durch gänzliche Änderung der Kriegsdirektion oder auf andere Weise Abhilfe treffen wolle; denn in diesem Zustande könne man die Dinge nicht länger lassen [1]).

Drei Tage später meldete Richel dem Kurfürsten, daß der Kaiser sich bereits heimlich mit einigen wenigen Vertrauten, welche der friedländischen Faktion nicht zugethan, entschlossen habe, dem Herzoge von Friedland die Kriegsdirektion und das Generalat zu nehmen, und daß man im Werke habe, die vornehmsten Generale, namentlich Gallas und Aldringen, zu gewinnen, damit sie dem Herzoge, wenn er seiner Absetzung wegen etwas anfangen wollte, kein Gehör gäben, sondern dem Kaiser treu blieben. Man wisse nur nicht, was man mit Wallensteins Person anfangen solle. Denn es sei bedenklich, ihn ganz frei zu lassen, und es habe Schwierigkeiten, mit Arrest oder dauernder Gefangenschaft, wofür auch ein Rat des Kaisers sich ausgesprochen, gegen ihn zu verfahren.

Aber die Freunde Wallensteins gaben seine Sache noch immer nicht verloren. Das Gerücht, daß sich der Kurfürst von Köln in einem Vertrage mit Frankreich verpflichtet habe, seinen Bruder Maximilian von Baiern vom Kaiser und dem Hause Österreich zu trennen und zum Anschluß an den französischen König zu bewegen, wurde von ihnen zugunsten des Herzogs von Friedland geschickt ausgebeutet. Denn er, der

1) Bericht Richels vom 28. Dez. bei Aretin, Urkk., S. 86 ff.

nach niemand frage, rücksichtslos vorgehe und dem Kurfürsten von Baiern nicht zugethan sei, sei am besten geeignet, in diesem Falle den Kurfürsten zu bekämpfen und die kaiserlichen Erblande zu schützen.

In der That scheinen diese Vorstellungen auf den Kaiser nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. Bald klagte Richel seinem Herrn, „daß diese Sache mit wirklicher Kassierung des Herzogs von Friedland schlecht und kühl hergehe" und die Gönner desselben dahin arbeiteten, daß er nicht des Generalates entsetzt, sondern nur seine Vollmacht beschränkt und er zur Befolgung der Befehle des Kaisers verpflichtet werden solle. Der Kaiser zog zu den Beratungen über diese Frage, welche ganz geheim gehalten wurden, nur den Fürsten Eggenberg, den Bischof von Wien und den Grafen Trauttmansdorf, also keinen der abgesagten Feinde Wallensteins zu. Dem baierischen Vizekanzler ließ er am Abend des 10. Januars mitteilen, daß ihm die Behandlung des Kurfürsten durch Wallenstein leid thue, daß er der Sache in einer jenen befriedigenden Weise abhelfen werde, daß aber Vorsicht notwendig sei. Ob aber diese Abhilfe durch die Entfernung Wallensteins oder in anderer Weise erfolgen würde, vermochte Richel nicht zu erfahren [1]). Allem Anscheine nach war noch um die Mitte des Januar 1634 keine Entscheidung getroffen.

Da machten die Nachrichten, welche von verschiedenen Seiten, besonders aus Wallensteins Hauptquartier eintrafen, rasche Entschlüsse notwendig.

Bei der großen Zahl einflußreicher Verehrer und Freunde, die Wallenstein am Hofe hatte, konnte es ihm nicht unbekannt bleiben, daß die Unzufriedenheit mit ihm einen hohen Grad erreicht habe, und daß man damit umgehe, ihn vom Generalate zu entfernen oder wenigstens seine Macht zu beschränken oder den König Ferdinand an die Spitze einer selbständigen Armee zu stellen. Aber eine zweite Absetzung, ohne daß er einen

1) Richels Berichte vom 31. Dez. 1633, 4., 9., 11. und 18. Januar 1634 bei Irmer III, 95 ff. 109 ff. 116 ff. 121 ff. 137 ff.

entsprechenden Ersatz für Mecklenburg erhielt, oder auch nur eine Verminderung seiner bisherigen Gewalt wollte er sich nicht gefallen lassen. Ebenso wenig dachte er wohl im Ernst an die freiwillige Niederlegung des Kommandos, obwohl er sich wiederholt dazu bereit erklärte, wenn man die Geldforderungen seiner Obersten und Offiziere befriedige [1]).

Er beschloß daher, die Verhandlungen mit den Feinden des Kaisers wieder aufzunehmen und die Armee fester an sich zu ketten.

Schon vor Weihnachten 1633 schrieb Trczka an seine Schwester, die Gemahlin des Grafen Wilhelm Kinsky, sie solle auf Wunsch des Herzogs von Friedland ihren Herrn vermögen, rasch nach Teplitz oder einem andern seiner Güter in Böhmen zu kommen. Am 26. Dezember richtete Trczka selbst an seinen Schwager die gleiche Aufforderung. Wallenstein, schreibt er, sei jetzt entschlossen, sich nicht bloß mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zu veraccordieren sondern auch mit Schweden und Frankreich. Französisches Volk würden sie wohl nicht nötig haben, wohl aber französisches Geld. Sie hätten im Werk, innerhalb vierzehn Tagen ihr Volk zusammenzuführen, und seien nun entschlossen, die Maske ganz abzulegen und mit Gottes Hilfe das Werk ernstlich anzufangen. Kinsky solle daher unverzüglich nach Pilsen kommen und Arnim oder wenigstens den Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg mitbringen, für den Wallenstein selbst einen Paß ausstellte. Auch an Kinsky richtete dieser einen Brief, dessen Inhalt leider nicht bekannt geworden ist [2]).

1) Schon Ende November hatte er Trauttmansdorf gegenüber mit der Niederlegung seines Amtes gedroht. Spätere Äußerungen aus dem Januar teilen Richel und Antelmi mit. Irmer III, 139 und „Archiv f. österr. Gesch." XXVIII, 413.

2) Der Brief Trczkas, wonach er seiner Schwester „neulich" (etwa am 20. Dez. nach Lenz a. a. O., S. 447 N.) geschrieben, bei Helbig, Der Kaiser Ferdinand und der Herzog von Friedland, S. 7 und bei Gädeke, S. 214. Der Brief Wallensteins an Kinsky ist in einem Schreiben des sächsischen Feldzeugmeisters Schwalbach an den Kurfürsten bei Helbig, S. 6 und Gädeke, S. 213 erwähnt. Der Paß für den

Voll Freude machte Kinsky dem Grafen Thurn am 27. Dezember Mitteilung, daß „die bewußte Person" jetzt geneigt sei, auf alles, was sie vorhin gewünscht, einzugehen [1]). Auch dem französischen Gesandten meldete er, daß „jene Prinzipal-Person" entschlossen sei, die von jenem dem Schreiber vorgeschlagenen Artikel anzunehmen. Es brauche nichts als die Genehmigung eines entsprechenden Vertrages, zu welchem Zweck er einen Edelmann an den Gesandten abgeschickt habe [2]).

Ob Wallenstein selbst den Grafen Kinsky ausdrücklich bevollmächtigt hatte, auf die von diesem dem Gesandten im Sommer gemachten Anträge, welche die Besitznahme Böhmens durch denselben in Aussicht nahmen, zurückzukommen, ist sehr zweifelhaft. Vielleicht entsprang dies auch jetzt zunächst den eigenen Wünschen Kinskys. Die französische Regierung, an welche Feuquières Bericht erstattete, ging jedenfalls bereitwillig darauf ein. In den Instruktionen, welche sie für ihren Gesandten am 1. Februar ausstellte, versprach der König dem Herzoge von Friedland jährliche Subsidien von einer Million Livres und die Unterstützung seiner Verbündeten in Deutschland, wenn er mit dem Kaiser offen breche, die Feindseligkeiten durch die Besitznahme Böhmens oder eines andern Erblandes beginne, ein Heer von 14—15000 Mann unterhalte und ohne Zustimmung des Königs weder Frieden noch einen Waffenstillstand mit dem Kaiser schließe. Sollte sich aber Wallenstein nicht offen gegen den Kaiser erklären wollen, aber sonst im Interesse Frankreichs thätig sein, besonders dahin wirken, daß bei etwaigen Friedensverhandlungen auf einem deutschen Reichstage der König durch seinen Botschafter als Vermittler mit dem ihm gebührenden Vorrange teilnehme, und sich ver-

Herzog von Lauenburg bei Hallwich II, 174. Ranke hat merkwürdigerweise die wichtige Publikation Helbigs nicht gekannt oder ignoriert.

1) Hildebrand, S. 67 ff.

2) Röse, Bernhard von Weimar. Urkb. I, 454 und daraus Förster III, 448, auf den ich auch bezüglich der Anträge Frankreichs verweise. Über das Datum des Briefes Kinskys s. Wittich in „Hist. Zeitschr." LXXII, 428, N. 1.

pflichten, die Länder, welche der König besitze oder beschütze, nicht anzugreifen und die Spanier nicht zu unterstützen, so wollte ihm der König gleich 100000 Thaler vorschießen und ihm beim Friedensschlusse ebenso viele Länder garantieren, als er früher besessen hat. Da aber Feuquières nach dem Eintreffen dieser Instruktionen erst Unterhandlungen mit Oxenstjerna über die weiteren Schritte anknüpfte, so war die Katastrophe bereits eingetreten, als ein Bote Feuquières an ihn abging.

Wallenstein selbst strebte auch in dieser Zeit vor allem eine Einigung mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg an. Die Verhandlungen mit diesen konnten auch, ohne Verdacht zu erregen, geführt werden, weil der Kaiser, als ihm der Herzog Franz Julius von Sachsen-Lauenburg, Bruder Franz Albrechts, bei seiner Anwesenheit in Wien den Wunsch der beiden Kurfürsten nach einer Herstellung des Friedens bekannt gab, bereitwillig darauf einging und es ihnen freistellte, ob sie mit ihm unmittelbar in Wien oder mit Wallenstein unterhandeln wollten, der dazu genügende Vollmacht habe [1]).

Die Pläne, mit denen sich dieser auch jetzt trug, wären freilich nicht nach dem Sinne des Kaisers gewesen. Als Kinsky am 8. Januar mit einem in Pirna lebenden böhmischen Emigranten Namens Schlieff nach Pilsen kam, wo er fortan dauernd verweilte, äußerte Wallenstein seine Entrüstung, daß man ihm vom Hofe wegen der Preisgebung Regensburgs einen Verweis gegeben habe, und daß man damit umgehe, ihm die Armee aus den Händen zu winden. Er versicherte in einem Gespräche mit Schlieff, den er wegen seines schweren Gichtleidens im Bett empfing, seine Liebe zum Frieden und setzte ihm seine Gedanken über die Grundlagen eines solchen auseinander. Die Aufrichtung des spanischen Dominates, erklärte er, werde er nie zugeben. Auch den König von Frankreich, der ein mächtiger Herr sei, dürfe man nicht über den Rhein

1) Franz Julius an den Kurfürsten von Sachsen, 2./12. Januar 1634, bei Irmer III, 123 ff. Vgl. S. 79 f. 87. 109. 127 f. 148 ff.

kommen lassen [1]), weil er sonst den drei geistlichen Kurfürsten auf dem Halse stände. Doch könnte Frankreich wohl sonst befriedigt werden, und er selbst wollte die Spanier aus Italien, Artois und Hennegau treiben helfen. Mit Schweden, meinte er, würde es auch keine großen Schwierigkeiten geben. Sie suchten die Seehäfen Wismar, Rostock, Stralsund und Kolberg zu behalten; weil aber hierbei Brandenburg interessiert wäre, an dessen Kurfürsten Pommern nach dem Tode des kinderlosen Herzogs fallen sollte, würden wohl sonst Mittel zu ihrer Befriedigung gefunden werden. Vor allen Dingen müßte Pfalz restituiert werden. Auch die geistlichen Kurfürsten und die anderen Bischöfe (von Würzburg und Bamberg) müßten ihre Stifter wieder haben; dem Herzoge Bernhard müßte dafür im Elsaß oder in Baiern, dessen Kurfürsten, wie Schlieff glaubte, er vernichten wollte, etwas gegeben werden. Dem Kurfürsten von Sachsen sollten die Hochstifter Magdeburg und Halberstadt wie die Lausitz erblich bleiben. Tirol und was damit vereinigt wäre, sollte allezeit beim Kaisertum verbleiben [2]), also unmittelbares Reichsland werden [3]). Wie dies zu einer Beraubung des Hauses Österreich führen konnte, so war auch von einer Wahrung der Interessen des Kaisers in diesen Auseinandersetzungen nicht die Rede. Dem Herzoge Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, der am 20. Januar in Pilsen eintraf, bemerkte Wallenstein auch ausdrücklich, daß er den Frieden herbeiführen werde, der Kaiser möge wollen oder nicht [4]).

Auch über seine eigenen Wünsche sagte Wallenstein zu

1) Freilich wäre jenseits des Rheines genug für Frankreich übrig geblieben!

2) Bericht Schlieffs an den Kurfürsten von Sachsen bei Helbig, S. 11 ff. und Gädeke, S. 221 ff. Vgl. Schlieffs Mitteilungen an H. Franz Albrecht von Sachsen und seine protokollarische Aussage vom 3. April 1634 bei Irmer, S. 129 und 452 ff. S. auch Lenz, S. 449 ff.

3) Irmer, Arnim, S. 265 faßt den letzten Satz anders und meint, dem Kaiser d. h. dem deutschen Hause Habsburg solle nur Tirol als Erbbesitz gelassen werden.

4) Gädeke, S. 232.

Schlieff, den er am 11. Januar an den Kurfürsten von Sachsen absandte, gar nichts. Vielleicht dachte er doch an Böhmen. Vielleicht wollte er die Frage seiner Entschädigung für Mecklenburg bei den künftigen Verhandlungen aufwerfen, deren Eröffnung sich noch mehrere Wochen verzögerte, weil Arnim hierfür genaue Instruktionen verlangte und der Kurfürst von Sachsen, der auch nicht geneigt war, etwaige feindselige Absichten Wallensteins gegen den Kaiser zu unterstützen, sich über den Abschluß eines Friedens und die Bedingungen vor allem mit Brandenburg einigen wollte. Darüber verging eine so lange Zeit, daß Arnim noch in Dresden war, als Wallenstein seinen Untergang fand. Nur der Herzog Franz Albrecht von Lauenburg und dann neuerdings Schlieff wurden früher abgesendet, um das Ausbleiben Arnims zu entschuldigen.

Zu derselben Zeit, wo Wallenstein die Verhandlungen mit Frankreich und Sachsen wieder anknüpfte, that er auch Schritte, um sich die Unterstützung seiner Truppen zu sichern, weil er nur an der Spitze einer Armee seinen Wünschen und Forderungen nach allen Seiten Nachdruck zu verschaffen vermochte.

Am nämlichen Tage, an dem Trczka an Kinsky schrieb, daß sie im Werke hätten, ihr Volk zusammenzuführen, am 26. Dezember, erhielten elf Regimenter, welche erst wenige Tage vorher nach Mähren in die Winterquartiere geschickt worden waren, den Befehl, mit Zurücklassung ihres Gepäckes wieder nach Böhmen zurückzumarschieren, angeblich, um dieses Land gegen feindliche Unternehmungen besser schützen zu können [1]). Anderseits sollten nach Mähren Truppen aus Schlesien verlegt werden, welches dadurch von Verteidigern entblößt worden wäre [2]).

Auf den 9. Januar beschied er die meisten Generale, Obersten und Regimentskommandanten zu sich nach Pilsen [3]). Nicht weniger als 49 fanden sich ein.

1) Hurter, S. 350 (fehlt bei Hallwich).

2) Hallwich II, 421.

3) Mehrere solche Befehle vom 28. Dez. bei Hallwich II, 177 f.

Am 11. Januar machte der Feldmarschall Ilow, einer der nächsten Vertrauten Wallensteins, in einer Versammlung derselben wie früher schon einzelnen von ihnen die Mitteilung, daß der General durch ein Schreiben des Kaisers und dessen Instruktion für Questenberg, welche beide vorgelesen wurden, aufgefordert worden sei, gegen den Feind und gegen Regensburg zu ziehen; auch sollte er von seiner Armee 6000 Mann abordnen, um den Bruder des spanischen Königs von Italien nach den Niederlanden zu begleiten. Wie jenes schon früher, so erklärten die Offiziere auch jetzt bei der winterlichen Zeit beides für unthunlich, wenn man nicht das Heer zugrunde richten wolle. Bei einer neuen Versammlung, die am Nachmittag in Ilows Wohnung stattfand, wurde gesagt, daß Wallenstein die Absicht habe, wegen der ihm zugefügten vielfachen Verdrießlichkeiten und Injurien wie wegen der Verweigerung der notwendigen Mittel zur Erhaltung der Armee das Kommando niederzulegen.

Da die Obersten ihre Regimenter großenteils auf eigene Kosten angeworben und ausgerüstet hatten und nur von Wallenstein Ersatz dieser Auslagen wie weitere Belohnungen erwarteten, so rief diese Nachricht unter ihnen großen Schrecken hervor. Es wurden nun Ilow und vier Obersten zu Wallenstein geschickt, um ihn zur Beibehaltung seiner Stelle zu bewegen. Erst auf wiederholte Bitten ließ ihnen der Herzog durch Ilow melden, er wolle ihnen zuliebe noch eine Zeit lang bleiben und sich ohne ihr Wissen und Willen nicht von der Armee zu begeben; dafür müßten aber auch sie zu ihm halten, damit ihm nicht einiger Schimpf widerfahren möchte. Da dies ganz unbedenklich klang und Ilow noch beifügte, so lange er in des Kaisers Diensten verbleibe und dieser ihn gebrauchen wolle, so sagten sie zu und zeigten sich auf Ilows Anfrage auch bereit, eine schriftliche Erklärung in diesem Sinne abzugeben.

Am 12. Januar wurde im Hause Ilows ein Bankett ver-

Vgl. das Schreiben Mohr von Waldts aus Prag im „Archiv f. österr. Gesch." XXV, 324.

anstaltet. Am Nachmittag, als die Köpfe schon durch den Wein erhitzt waren, wurde ein vom Rittmeister Neumann [1]) abgefaßter Revers zur Unterschrift vorgelegt, worin sich die Kommandanten an Eidesstatt verpflichten sollten, ehrlich und treu zum Herzoge von Friedland zu halten, sich von ihm auf keinerlei Weise zu trennen oder trennen zu lassen, alles, was zu seiner und der Armee Erhaltung gereicht, zu befördern, dafür den letzten Blutstropfen zu opfern und jeden von ihnen, der dem zuwider handeln und sich absondern wollte, als treulos und eidvergessen zu verfolgen und sich an Hab und Gut, Leib und Leben desselben zu rächen [2]).

Es fiel auf, daß die Klausel, „so lange Seine fürstlich Gnaden in Seiner kaiserlichen Majestät Dienst verbleiben oder diese Sie gebrauchen werden", im schriftlich aufgesetzten Reverse nicht enthalten war, was Ilow damit entschuldigte, daß darauf schon früher hingedeutet sei. Auch sonst suchte dieser die Gemüter für Wallenstein und gegen den Hof einzunehmen. Man verachte in Wien, sagte er, die Armee und sei nicht willens, sie zu zahlen. Man wolle dem General die Gewalt und die Konfiskationen wegnehmen und sie wieder den Herren von der Feder zu ihrer und der Pfaffen Teilung untergeben. Vor niemanden trage man Respekt; den General habe man vergiften wollen. Von Wien habe man geschrieben, es sei besser, daß die Armee als die Länder zugrunde gehen. Auch Trczka, schreibt ein Gesinnungsgenosse desselben, „hat sich meisterlich gehalten" [3]). Es kam, wie es scheint, auch wegen des Fehlens der erwähnten Klausel zwischen einigen unbedingten Anhängern Wallensteins und solchen, welche in erster Linie ihre Verpflichtung dem Kaiser gegenüber fühlten, zu aufgeregten

1) Die Formen Neumann und Nymann oder Niemann wechseln.

2) Der Pilsner „Schluß" nach einem Orig. bei Hallwich II, 186 ff. Faksimile des Endes mit den 49 Unterschriften bei J. Krebs, H. U. Freiherr v. Schaffgotsch (vorn). Dieser Revers giebt auch authentischen Aufschluß über die Mitteilungen Ilows.

3) „Mittheilungen des k. k. Kriegs-Archivs" 1882, S. 206.

Auseinandersetzungen und zu wilden Scenen, was um so erklärlicher ist, als eine so „volle Mette" war, daß der Ofen, Fenster, Stühle und Bänke zerschlagen wurden. Trczka soll den Degen gezückt und gesagt haben, wenn einer, der dem Generalissimus Feind, da vorhanden wäre, wollte er ihn in Stücke zerhauen lassen, worauf dem Munde Piccolominis das Wort: „O traditore!" entfahren sei. Auch die Obersten Losy und Isolano hatten Händel miteinander, als jener die übrigen „Hundsnasen" nannte. Endlich wurde der Revers, der in fünf Exemplaren ausgefertigt wurde, von den 49 anwesenden Generalen, Obersten und Oberstlieutenants, von denen die meisten „stark überweint" waren, unterschrieben. Auch Ottavio Piccolomini, Suys, Isolano, Butler, Diodati und Gordon hatten unterzeichnet. Da übrigens das Fehlen der erwähnten Klausel bei manchen, als sie nüchtern geworden, Bedenken erregte, ließ sie Wallenstein am 13. Januar noch einmal zu sich rufen und beruhigte sie durch die Erklärung, daß nichts gegen den Kaiser oder das römische Reich beabsichtigt sei [1]).

Indem Wallenstein „es unternahm, sich des Gehorsams der Armee auch für den Fall zu versichern, daß der Kaiser

1) Über die Vorgänge in Pilsen vom 11. bis 13. Januar haben wir außer dem Revers und dem S. 465, N. 3 erwähnten Berichte wichtige Mitteilungen in den Aussagen der nach Wallensteins Ermordung vor dem Kriegsgerichte angeklagten Generale und Obersten Hamerl, Schaffgotsch, Scherffenberg und Stracka, des Verwalters Trczkas, bei Irmer III, 364 ff. 426 ff. 443 ff. und 503, des Herzogs Julius Heinrich von Sachsen bei Förster III, Anhang S. 44 ff. und des Obersten Mohr von Waldt mitgeteilt von Dudik im „Archiv f. österr. Gesch." XXV, 359 f., dann ein Schreiben eines Ungenannten aus Prag an den Kurfürsten von Baiern vom 13. Jan. bei Aretin, Urkk., S. 109 f. Scherffenberg (Irmer III, 443 ff.) sagt ausdrücklich, daß die ersten Beratungen am 11., das Bankett und die Unterschreibung des Reverses am 12. stattgefunden haben. Hamerl und Schaffgotsch lassen auch das Bankett noch am 11. stattfinden, ersterer sagt aber, die Unterschriften seien wegen der vollen Mette nicht mehr an diesem, sondern erst am folgenden Tage gegeben worden. Ich halte mich an Scherffenberg, dessen Angabe durch den Brief bei Aretin bestätigt wird. Vgl. auch namentlich über die Weglassung der Klausel Irmer III, XXIV ff.

ihn des Generalates enthebe" [1]), machte er sich einer Handlung schuldig, welche man nur als Verrat bezeichnen kann. Denn wenn er auch deutscher Reichsfürst war, durfte er doch nie an der Spitze eines Heeres, welches er im Namen des Kaisers geworben hatte, diesem feindlich gegenübertreten [2]).

Bei der großen Zahl und der Verschiedenheit der Gesinnungen der in Pilsen versammelten Kommandanten konnten diese Vorgänge unmöglich geheim bleiben. Auch nach Wien kamen darüber Nachrichten [3]). Oñate, der infolge der Weigerung Wallensteins, die Reise des Kardinalinfanten zu unterstützen, über diesen entrüstet und schon früher durch einige der vornehmsten Offiziere auf die Zwecke, welchen die Versammlung in Pilsen dienen sollte, aufmerksam gemacht worden war, erhielt sowohl durch seinen Agenten Navarro als auch durch Aldringen und vielleicht auch durch andere eingehende Berichte [4]).

Jetzt stellte er sich offen an die Spitze der Feinde des Generalissimus. Er suchte dem Kaiser darzuthun, daß dieser

1) Ranke, S. 259.

2) Auch Gegner des Kaisers urteilten damals in gleicher Weise. Wallenstein „hette vor diesem von seinen herren, dem er mit pflicht verwandt, wollen abfallen. . . Do nun Friedtland sein ehre und guten namen so schlecht achtet" u. s. w. sagte der brandenburgische Kanzler Götze bei einer Beratung am 7. Feb. 1634. Irmer III, 222. Vgl. auch S. 224 die Äußerung des brandenburgischen geh. Rats Knesebeck: „Seine vorige vorschläge waren also gewesen, daß sich ein ehrlicher mann pillig davor zu scheuen, daß man seinen eigenen herren verrathen wollte."

3) Daß dies nicht zuerst durch den Marchese Guicciardini, der im Gefolge der Prinzen von Toscana in Pilsen gewesen war, geschehen sein kann, wie Antelmi meint („Archiv f. österr. Gesch." XXVIII, 417), ergiebt sich daraus, daß dieser erst am 1. oder 2. Februar nach Wien kam. Wann der von Antelmi („Archiv" XXVIII, 417 f. 424) erwähnte Bericht Piccolominis an den Kaiser eingetroffen, ist unbekannt.

4) Über den Bericht Navarros s. Wittich in „Preuß. Jahrbücher" XXIII, 50 ff. Aldringen schreibt um den 4. Febr. selbst, daß er dem spanischen Botschafter vor mehr als 14 Tagen darüber Mitteilung gemacht. Irmer III, 205.

schon bei seinen Verhandlungen im verflossenen Sommer unaufrichtig gegen ihn vorgegangen sei und dabei nur seine eigenen Interessen und den Schaden des Kaisers im Auge gehabt habe, daß er mit Frankreich unterhandle und auch schon die Personen bestimmt habe, die nach Rom und zu den anderen Fürsten Italiens gehen sollten, um eine allgemeine Bewegung gegen das Haus Österreich zu bewirken, daß er Arnim und den Herzog Franz Albrecht berufen habe, um mit Sachsen und Brandenburg Frieden zu schließen und sie zur Überlassung ihrer Truppen zu bewegen, daß er mit Hilfe derselben wie seiner eigenen sich zum Könige von Böhmen wählen lassen, den Kaiser aus Deutschland vertreiben und überhaupt sein Glück und seine Größe auf den Ruin der kaiserlichen Majestät und die Erniedrigung des Hauses Österreich gründen wolle [1]).

Mochten auch diese Mitteilungen Oñates zum größeren Teil auf unbegründeten Gerüchten beruhen und vom Kaiser und seinen vertrautesten Räten wohl auch nicht alle für wahr gehalten werden, so hatte man doch genug des Bedenklichen erfahren, um die Notwendigkeit energischer Gegenmaßregeln einzusehen. Doch klagt Oñate noch in einer Depesche vom 22. Januar, daß man über das Heilmittel „mit weniger Wärme und Entschlossenheit verhandle, als der Fall erfordert“ [2]).

Am 24. Januar wurde aber vom Kaiser nach einer Beratung mit Eggenberg, Trauttmansdorf und dem Bischofe von Wien die Erlassung eines Patentes beschlossen, durch welches er wegen der Notwendigkeit, mit dem General-Obristen-Feldhauptmann eine Änderung vorzunehmen, die Offiziere und Soldaten ihrer Pflichten gegen denselben enthob und sie anwies, bis zur Wiederbesetzung des Generalates dem Generallieutenant Gallas zu gehorchen. Zugleich versprach der Kaiser allen Kriegsobersten und Offizieren, die am 11. Januar bei der Versammlung in Pilsen „etwas weit gegangen und mehr, als von Rechts wegen gebührt, sich eingelassen“, volle Amnestie,

1) Oñates Depesche vom 21. Febr. bei Ranke, S. 368 ff.
2) Wittich in „Preuß. Jahrbücher“ XXIII, 53.

nur Wallenstein und zwei andere Personen (Ilow und Trczka) ausgenommen, die sich zu diesem Werk als Rädelsführer vor andern gebrauchen lassen" [1]).

Doch wurde über dieses Patent das strengste Geheimnis bewahrt, und selbst seinem Beichtvater meldet der Kaiser am nämlichen Tage aus dem Hause des Fürsten Eggenberg in wenigen Zeilen nur, daß der Bischof von Wien ihm eine höchst wichtige Angelegenheit unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses mitteilen werde [2]). Auch der König Ferdinand und Oñate wurden bald eingeweiht und zu den weiteren Beratungen zugezogen [3]).

Von den Generalen wurden von der Absetzung Wallensteins zunächst nur wenige verständigt, deren Treue man versichert war, nämlich Gallas, Aldringen, welcher sich mit seinem Korps im Dezember nach dem östlichen Baiern und dann über den Inn zurückgezogen hatte, und Piccolomini, der das Kommando in Oberösterreich führte [4]). Ende Januar ging der Generalkriegskommissar Walmerode mit den nötigen Weisungen an sie ab. Doch kam er nur zu Piccolomini und Aldringen, von denen sich ersterer in Linz, letzterer in Passau aufhielt, wagte aber nicht, sich zu Gallas zu begeben, der, einem Rufe Wallensteins folgend, aus Schlesien nach Pilsen gereist und am 24. Januar dort eingetroffen war.

Der Wortlaut des Befehles, welchen Walmerode den genannten Generalen überbringen sollte, ist leider nicht bekannt

1) Förster III, 177 ff. genauer Helbig, S. 21 ff. Die noch von Ranke S. 285 und 286, N. 1 vertretene und von Schebek, Lösung der Wallensteinfrage, S. 353 ff. eingehender begründete Ansicht, daß das Patent erst später ausgestellt und zurückdatiert worden sei, wird wohl durch das Schreiben des Kaisers an Lamormaini vom 24. Jan. widerlegt.

2) „Archiv f. österr. Gesch." LIV, 276.

3) Richels Bericht vom 8. Febr. bei Irmer III, 242. 243. Oñate wurde danach vom Kaiser „erst neulich auch dazu gezogen".

4) Über die Beziehungen derselben bis zum Eintritte der Katastrophe s. meine „Studien über die Correspondenz der Generale Gallas, Aldringen, und Piccolomini im Februar 1634" im „Archiv f. österr. Gesch." LXXXII, 563 ff.

geworden. Doch meldet später der gut unterrichtete spanische Botschafter [1]), daß die getreuen Häupter die geheime Weisung erhalten hätten, Wallenstein und seine intimsten Vertrauten gefangen zu nehmen, um ihn verhören und ihm wegen der gegen ihn erhobenen Anklagen den Prozeß machen zu können. Wann und wie aber die Ausführung erfolgen sollte, das wurde den Generalen überlassen, welchen zugleich aufgetragen wurde, vorsichtig zu Werke zu gehen, damit sie nicht sich selbst, den Kaiser und das gemeine Wesen in Gefahr brächten.

Die Generale selbst hatten bisher an verräterische Absichten Wallensteins nicht geglaubt und, wenn sie auch seine Unthätigkeit und seine Verhandlungen mit Sachsen mißbilligten und die schlimmsten Folgen davon befürchteten, bisher die Hoffnung nicht aufgegeben, ihn durch den Grafen Gallas auf andere Wege zu bringen. Als aber Walmerode mit den Weisungen des Kaisers bei ihnen erschien und zugleich die Nachricht eintraf, daß der Herzog Franz Albrecht bereits in Pilsen angekommen sei und auch Arnim erwartet werde, da änderten sie auf einmal ihre Anschauungen. Aldringen und Piccolomini erklärten sich bereit, selbst nach Pilsen zu gehen und, wenn Wallenstein sich nicht in geziemenden Schranken halte, ihn und alle Schlechtgesinnten beim Kopfe zu nehmen. Der Herzog Franz Albrecht und Arnim sollten ebenfalls gefangen genommen oder gar in Stücke gehauen werden. Aldringen rechnete sicher auf das Gelingen, weil er sich auf das Regiment Diodatis und auf 500 Reiter, die vier Stunden von Pilsen einquartiert waren, verlassen zu können glaubte. Aber sie hielten es für notwendig, daß Gallas ihnen die Zeit und die Art der Ausführung des Unternehmens bekannt gebe, und daß ihnen der Hof Geld zur Befriedigung der Armee sende und nähere Weisungen erteile. Um diese Wünsche geltend zu machen, schickte Aldringen eine verläßliche Persönlichkeit nach Wien, welche vor dem Stadtthore heimlich mit dem spanischen Botschafter zu-

1) Depesche vom 21. Febr. bei Ranke, S. 369. Die Belege für das Weitere in meinen citierten „Studien".

sammenkam und durch diesen das Ansuchen desselben an den Kaiser gelangen ließ.

Oñate hatte schon früher die Ansicht vertreten, „daß es ebenso leicht und weniger Gefahr dabei sei, den Friedland gleich gar umzubringen, als zu fangen und erst an andere Orte zu führen und zu bewahren“ [1]). Jetzt suchte er den Kaiser zu bestimmen, auch vor dem äußersten Schritte nicht zurückzuschrecken. Ferdinand II., welcher in dieser Zeit von furchtbarer Angst gequält wurde, so daß er vor Aufregung fast nicht schlafen konnte, ließ wirklich durch den Botschafter den Auftrag geben, „sich Wallensteins durch Gefangennehmung oder Ermordung zu bemächtigen“ [2]). Dagegen mißbilligte der Kaiser die Absicht, den Herzog Franz Albrecht und Arnim in Stücke zu hauen.

Auch jetzt schwankten Aldringen und Piccolomini noch, ob sie rasch handeln oder die Sendung von Geld aus Wien und nähere Nachrichten und Verhaltungsmaßregeln von Gallas abwarten sollten. Endlich aber entschlossen sie sich doch zur Ausführung der Befehle des Kaisers, weil sie fürchteten, daß Wallenstein von dem ihm drohenden Schlage Nachricht erhalten und dadurch der ganze Plan vereitelt werden könnte.

Da Wallenstein anfangs Februar seine höheren Offiziere neuerdings zu einer Versammlung nach Pilsen berufen hatte, so sollte diese Gelegenheit zur Gefangennahme des Generalissimus und seiner Anhänger benutzt werden. Am Morgen des 8. Februar reiste Piccolomini von Linz nach Pilsen ab, wo er am 12. Februar eingetroffen zu sein scheint. Doch mußte man diesen Plan wieder fallen lassen, weil Wallenstein

1) So sagte er offen zu Richel nach dessen Bericht vom 8. Febr. bei Irmer III, 243. Richel hatte übrigens Eggenberg gegenüber schon früher dieselbe Ansicht geäußert. Aretin, S. 113.

2) **È tornata la persona da Vienna e porta dal Conte d'Ognate la risolutione del Imperatore d'assecurarsi del [Wallenstein] per prigionar o per morte,** meldet Aldringen in einem datumlosen Schreiben an Piccolomini. Irmer III, 216.

unterdessen die Garnison von Pilsen gewechselt und in die Stadt und deren Umgebung Truppen gelegt hatte, auf die er sich verlassen konnte [1]). Es blieb daher auch dem Kaiser nichts übrig, als den dienstlichen Verkehr mit dem Generalissimus fortzusetzen, wenn er verhüten wollte, daß dieser die vorbereiteten Minen springen lasse und den offenen Abfall beschleunige. Noch am 14. Februar ging ein Schreiben an ihn ab [2]).

Endlich glaubten aber die in das Geheimnis eingeweihten Generale nicht länger zögern zu dürfen.

Am 13. Februar waren dem Befehle des Generalissimus folgend die meisten der höheren Offiziere wieder in Pilsen eingetroffen. „Der Herzog von Friedland", schreibt an diesem Tage der Oberst Schlieff, „will sich ihrer noch mehr versichern und einen festen unauflöslichen Bund mit ihnen machen, der weder vom Kaiser noch Spanien wird können getrennt werden" [3]). Nur Arnim, mit dem sich Wallenstein vor allem einigen wollte, ward noch schmerzlich vermißt. Ebenso wartete der Generalissimus noch einige Tage auf Aldringen, welcher von ihm ebenfalls berufen worden und gleichzeitig mit Piccolomini von Passau abgereist war, aber unter verschiedenen Vorwänden sich bald da bald dort aufhielt.

Dies benutzte Gallas, der bis zur Ankunft Arnims in Pilsen bleiben sollte und in letzter Zeit fast wie ein Gefangener gehalten worden war, um von dort fortzukommen, indem er Wallenstein versprach, seinen Schwager Aldringen zu gewinnen und nach Pilsen zu bringen. Mit Erlaubnis Wallensteins reiste er am Morgen des 13. Februar von hier ab und kam am folgenden Tag im Schlosse Frauenberg nördlich von

1) Oñates Depesche bei Ranke, S. 369.

2) Hurter, S. 377. Über den Vorwurf der Falschheit, der dem Kaiser deswegen gemacht worden ist, s. Wittich in „Hist. Zeitschrift" LXXIII, 228 f., welcher auch mit Recht betont, daß Wallenstein nicht aufrichtiger war.

3) Helbig, S. 25 f. Gädeke, S. 270 f. Vgl. bei beiden auch das Schreiben des Herzogs Franz Albrecht an den Kurfürsten von Sachsen.

Budweis mit Aldringen und wahrscheinlich auch mit Marradas zusammen, der vom Kaiser nach Böhmen gesandt worden war. Die drei Generale glaubten nun, rasch handeln zu sollen. Denn am 16. abends sollte, wie Aldringen dem Kurfürsten von Baiern schrieb, „dieses Gift in der Stadt Pilsen sich ergießen und seine Wirkung erzeugen" [1]).

Schon am 13. Februar, unmittelbar vor seiner Abreise von Pilsen, hatte Gallas den Befehl gefertigt, daß man kraft des kaiserlichen Patentes (vom 24. Januar) bei Vermeidung der allerhöchsten Ungnade und des Verlustes der Ehre fortan vom Herzoge von Friedland, Ilow und Trczka keine Ordonanzen mehr annehmen, sondern nur dem nachkommen solle, was er, Aldringen oder Piccolomini anordnen würden. Diese Weisung, welche zunächst in den Händen Piccolominis zurückblieb, wurde noch am nämlichen Tage in vertraulicher Weise an den Oberstlieutenant eines in Prag liegenden Regimentes und wohl auch an andere verläßliche Offiziere gesendet. Zwei Tage darauf erließ Gallas aus Gratzen an der österreichischen Grenze, wohin er sich mit Aldringen begeben hatte, einen gleichen Armeebefehl an alle Generale, Obersten, Offiziere und Soldaten. Doch wurden in diesem auch Marradas und Baron Suys als Generale bezeichnet, denen sie gehorchen dürften. Am 16. sollte derselbe publiziert werden [2]).

Gleichzeitig erhielt der Feldmarschall Graf Rudolf Colloredo, welcher in Schlesien stand, die Weisung, die dortigen Truppen zusammenzuführen und sich derselben zu versichern. Marradas, mit dem Gallas und Aldringen über die Versicherung Böhmens die notwendigen Verabredungen trafen, übernahm die Aufsicht über Budweis und andere Plätze. Gallas wollte zu den Truppen in Oberösterreich, Aldringen zu denen

1) Schreiben Aldringens vom 14. Febr. aus Schweinitz, vom 15. aus Weitra bei Aretin, S. 113 ff. Bis Frauenberg war Aldringen gekommen, wie sein von hier aus am 13. gesendeter Befehl an den Oberstlieutenant Mohra bei Förster III, 194 zeigt.

2) Alle drei Aktenstücke bei Förster III, 192 ff. Vgl. Aretin, S. 116.

in Niederösterreich gehen und zugleich in Wien persönlich über den Stand der Dinge Bericht erstatten [1]).

Noch am Tage seiner Ankunft [2]), am 18. Februar, wurde ein neues kaiserliches Patent an die Armee erlassen, worin dem „gewesten Feldhauptmann, dem von Friedland“ vorgeworfen wird, daß er am 12. Januar eine ganz gefährliche, weitaussehende Konspiration und Verbindung gegen den Kaiser und dessen Haus angesponnen, durch allerhand Erdichtungen und Verkleinerung der kaiserlichen Person die Obristen zur Unterschreibung dieser Verbindung verführt und nach weiter eingelaufenen gewissen Nachrichten den Kaiser und dessen Haus von seinen Erbkönigreichen, Land und Leuten zu vertreiben und dessen Krone und Scepter sich selbst zuzueignen beabsichtigt habe. Es wurde daher neuerdings der Befehl gegeben, nur den Generalen Gallas, Aldringen, Marradas, Piccolomini, Colloredo und anderen treuen Generalen zu gehorchen, und zugleich versprochen, alle nicht bloß zu erhalten, sondern auch zu belohnen und mit kaiserlichen Gnaden zu versehen [3]). Dieses Patent wurde überallhin versendet und sollte durch Piccolomini auch den in Pilsen versammelten Obersten bekannt gemacht werden [4]).

Um sich den Gehorsam der Regimenter Ilows und Trczkas zu sichern, wurden noch am nämlichen Tage die Oberstlieutenants zu Obersten und Regimentscommandanten ernannt und auch die anderen Offiziere derselben entsprechend befördert [5]). Zum Schutze der Hauptstadt Prag wurden mehrere Regimenter dorthin beordert [6]). Dem Feldmarschall Colloredo wurde neben der Sorge für die Deckung Schlesiens die Besitznahme der

1) Aldringens erwähntes Schreiben vom 15. Februar. Vgl. das Schreiben des Kaisers an Marradas bei Hallwich II, 464.

2) Diesen giebt Antelmi im „Archiv f. österr. Gesch.“ XXVIII, 421.

3) Förster III, 200 besser bei Helbig, S. 32ff.

4) Förster III, 204f.

5) Hallwich II, 467f. Vgl. den Bericht Richels bei Irmer III, 275.

6) Hallwich II, 463. 466ff.

Wallensteinschen Herzogtümer Sagan und Glogau, dem Obersten Grafen Puchheim die Beschlagnahme der Güter Wallensteins und Treczkas in Böhmen aufgetragen [1]). Gallas und Maradas übernahmen die Oberleitung der Maßregeln, welche zur Unterdrückung Wallensteins und seiner Anhänger getroffen wurden.

Mit der nächsten Ausführung wurde Piccolomini betraut. Dieser hatte seine Anwesenheit in Pilsen wenigstens dazu benutzen wollen, um die auf Grund des Patentes vom 24. Januar erlassenen Befehle des Generallieutenants Gallas den Obersten mitzuteilen, hatte es aber im Interesse seiner Sicherheit dann doch nicht für rätlich befunden und sie direkt an die Regimenter versendet. Da er in Pilsen nichts ausrichten konnte, ergriff er mit Freuden die Gelegenheit, sich wieder zu entfernen. Wallenstein hegte auf Grund der Aussprüche seiner Astrologen über die Ähnlichkeit ihrer Nativität gerade zu Piccolomini unbedingtes Vertrauen [2]) und schickte ihn am Abend des 15. Februar nach Linz zurück, um sich der Plätze in Oberösterreich zu versichern. Nachdem er am 17. kurz vor Mitternacht daselbst eingetroffen war, gab ihm Gallas den Auftrag, mit 2000 Reitern und 1000 Dragonern gegen Pilsen zu ziehen, um entweder unter dem Scheine der Freundschaft einen Streich zu führen oder die Stadt einzuschließen, das Eindringen von Verstärkungen wie das Entkommen der Thäter zu hindern, zu sehen, ob mit Feuer oder anderen Mitteln etwas auszurichten sei, und zugleich die Flanke der nach Prag marschierenden Regimenter zu decken. Weitere Truppen wurden in Budweis konzentriert. Am 22. wollte Gallas selbst von Linz gegen Pilsen aufbrechen, in der Hoffnung, „mit den Meineidigen bald fertig zu werden“ [3]).

1) Hallwich II, 469. Förster III, 205 ff.

2) Antelmi im „Archiv f. österr. Gesch.“ XXVIII, 424 f. und Aldringens Bruder Paul, Bischof von Tripolis i. p. bei Irmer III, XLVIII, N. 2 stimmen hierüber überein.

3) Schreiben des Grafen Gallas an Aldringen vom 17., 18. und 20. Febr. bei Irmer III, 257 (vgl. Anm. 1). 262. 266, an den Kur-

Während sich das Gewitter von allen Seiten gegen Wallenstein zusammenzog, gestalteten sich auch seine Aussichten auf die Unterstützung von außen und die Gewinnung der ganzen Armee immer ungünstiger. Arnim, von dessen Ankunft er ein Abkommen mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und die Verstärkung seiner Truppen erwartete, blieb noch immer aus. Von den nach Pilsen berufenen Generalen war Aldringen gar nicht gekommen, Gallas hatte sich unter falschem Vorwand entfernt, Piccolomini war von ihm selbst wieder fortgeschickt worden. Oberst Diodati war mit seinem Regiment ohne Auftrag aus seinen Quartieren in der Richtung gegen Österreich abmarschiert und hatte auch Artillerie und Bagagepferde wegführen lassen [1]). Auch den versammelten Obersten „kam der Handel suspekt vor", wie ein baierischer Agent aus Pilsen schreibt [2]).

Wallenstein berief daher am 19. Februar die höheren Offiziere zu sich und erklärte ihnen, er habe sie deswegen versammelt, weil er ihnen versprochen hatte, ihnen für die aus ihrem Säckel vorgeschossenen Rekrutengelder gut zu stehen, er aber jetzt vernehmen müsse, daß man in Wien die dafür vorhandenen Gelder für andere Zwecke verwenden wolle. Sie möchten sich daher zu Ilow begeben und dort ihre Meinung eröffnen, wie man zu den ausgelegten Geldern kommen und er seines Wortes entledigt werden könnte. Er bemerkte zugleich, daß er weder, wie Diodati und andere aussprengen, seine Religion ändern noch etwas gegen den Kaiser traktieren wolle; wohl aber gedenke er, wie er bisher gethan, mit Händen und Füßen zum Frieden helfen, den etliche am kaiserlichen

fürsten von Baiern vom 20. bei Aretin, S. 129, an den Kaiser vom 22. bei Hallwich II, 474, Bericht des Marradas vom 22. aus Frauenberg ebendas. S. 475, Bericht des Marchese de Grana an den baierischen Kurfürsten vom 21. bei Aretin, S. 130.

1) Bericht des Herzogs Franz Albrecht vom 8./18. Febr. bei Helbig, S. 36f. Gädeke, S. 280ff. Vgl. die Aussagen Mohrs v. Waldt im „Archiv f. österr. Gesch." XXV, 373. 401.

2) Kriegskommissar Rogge am 18. Febr. bei Aretin, S. 120ff.

Hofe nicht gerne sähen, und sie sollten selbst jemanden zu den Verhandlungen darüber beiordnen. Weil er aber befürchten müsse, daß ihm ein Schimpf angethan werde, so habe er die Regimenter nach Prag zusammenberufen und begehre zu wissen, wessen er sich bei dieser Gefahr von den Obersten zu versehen hätte, zumal sie früher in seine Abdankung nicht hätten willigen wollen [1]).

Bei der Versammlung, die nun bei Ilow stattfand, erklärten die 32 Anwesenden protokollarisch, bei Wallenstein bleiben zu wollen, Ilow mit dem Beisatze, mit Leib, Gut und Blut demselben beizustehen, weil er nie etwas Unehrenhaftes unternommen, eine Versicherung, welche auch Graf Trczka, die Generale Sparr und Lamboy wie einige Oberste abgaben. Andere motivierten ihren Beitritt zu dieser Erklärung damit, daß Wallenstein nie etwas angestrebt, was gegen das gemeine Wesen und den Kaiser oder gegen den Kaiser und die Religion wäre.

Am folgenden Tage unterzeichneten Wallenstein und 30 höhere Offiziere eine Erklärung, worin sie gegen die Verdächtigung, daß sie gegen den Kaiser oder die katholische Religion etwas gedacht oder gar unternommen hätten, protestieren und Wallenstein sie auch ausdrücklich ihrer Verpflichtungen gegen ihn entbindet, wenn er das Geringste gegen den Kaiser und dessen Hoheit und gegen die Religion unternehmen würde [2]). Hierauf wurden die Obersten mit Ausnahme Becks und des Marchese von Gonzaga, die angeblich den Verhandlungen mit den Feinden beiwohnen sollten [3]), wieder zu ihren Regimentern entlassen.

Um den Kaiser in Sicherheit zu wiegen, schickte Wallenstein am 18. Februar seinen Vetter Max [4]) und am 21. den

1) „Vngefehrlicher inhalt deriehnigen proposition, welche der herzog von Mechelburg vnd Fridlandt denen zu Pilsen anwesenden obristen vnd mir endtsbenandten in der Persohn vf dem beth ligendt . . den 19. Februari angemeldet hat“ nach der Aufzeichnung Mohrs v. Waldt im „Archiv f. österr. Gesch.“ XXV, 337 und bei Aretin, S. 125 f.

2) Das Protokoll wie dieser „zweite Pilsner Schluß“ nach Originalen bei Hallwich II, 229 ff.

3) Förster III, 244.

4) Hallwich II, 225, Nr. 1061.

Obersten Mohr von Waldt nach Wien, letzteren mit dem Auftrage, zu melden, daß er gegen den Kaiser nie etwas gedacht oder noch weniger unternommen habe, und um seine Bereitwilligkeit zur Niederlegung seiner Stelle auszudrücken, wenn es mit Manier und nicht mit Gewalt und dem Anschein einer Verschuldung geschehe. Doch traf Max Wallenstein erst am 23. Februar in Wien ein, Mohr wurde auf der Reise von Gallas verhaftet [1]).

Wie wenig es übrigens Wallenstein mit diesen Anerbietungen Ernst war, zeigen die Weisungen, welche gleichzeitig er selbst wie Ilow und Terzka ausgehen ließen. Den Regimentskommandanten, auch den zum Schutze des Landes an der Grenze lagernden, wurde der Auftrag erteilt, mit ihren Truppen nach Prag zu marschieren, unter dem Vorwande, daß sich der Feind gegen Böhmen wende, und daß es daher notwendig sei, gegen denselben alle Kräfte zu konzentrieren. Spätestens am 23. sollten sie sich bei Prag befinden, wo „der General-Randevous" stattfinden sollte. Zugleich sendete Terzka Befehle aus, daß man bei Leibesstrafe keinem andern als Wallenstein, Ilow und ihm gehorchen sollte [2]). Die in den Marken Brandenburg und Lausitz liegende Reiterei erhielt die Weisung, sich nach Schlesien zurückzuziehen. Graf Colloredo, der das Kommando über die Truppen in Schlesien führte, wurde, weil Wallenstein ihm nicht traute, nach Pilsen berufen. An dessen Stelle sollte Graf Schaffgotsch treten, der sehen sollte, wer es in der Mark und Schlesien mit ihm halten würde; „den andern sollte er die Hälse brechen" [3]).

Auch die unmittelbare Unterstützung der Feinde suchte sich

1) Mohrs Schreiben an den Deutschmeister vom 22. und an den Kaiser vom 27. Febr. im „Archiv f. österr. Gesch." XXV, 345ff. 352. Die Vollmachten Wallensteins für denselben an den Kaiser und Eggenberg bei Hallwich II, 236, die für Max Wallenstein, S. 225, Nr. 1061. Den Tag der Ankunft des letzteren in Wien meldet Antelmi. „Archiv f. österr. Gesch." XXVIII, 425.

2) Hallwich II, 472. Vgl. 475. 477.

3) Hallwich II, 226ff., Nr. 1063, 1066—1068. Vgl. das unten erwähnte Schreiben des H. Franz Albrecht an Arnim vom 8./18. Febr.

Wallenstein jetzt zu sichern. Auf seinen Wunsch schrieb der Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg am 18. Februar an Arnim, er solle doch nicht länger ausbleiben und an der böhmischen Grenze einige tausend Pferde sammeln lassen, damit sie ihm im Notfall zuhilfe kommen könnten. Auch möchte man, wenn es nötig wäre, dem Schaffgotsch beistehen; „denn es muß jetzt biegen oder brechen". Franz Albrecht selbst begab sich am Morgen des 19. zum Herzoge Bernhard nach Regensburg, damit Wallenstein vor ihm sicher wäre, wenn er mit andern zu thun hätte. Er sollte demselben zu verstehen geben, „daß die Pfaffen, Spanier und dergleichen Männer nicht zugeben wollten, daß er einen Frieden mache mit Reputation der Kurfürsten und Fürsten." Auch Bernhard sollte einige tausend Pferde an der Grenze bereit halten. „Es ist ein gemachtes Fressen für uns", sagt der Herzog Franz Albrecht [1]).

Am 22. Februar wollte Wallenstein selbst von Pilsen nach Prag aufbrechen, um sich diesen wichtigen Punkt zu sichern und sich an die Spitze der Armee zu stellen.

Aber noch am Nachmittag des 21. erfuhr Treczka, den er vorausgesendet hatte, in Rokitzan durch den Obersten Sparr, daß Prag verloren und den dort liegenden Soldaten der Befehl erteilt worden sei, Wallenstein, Ilow und Treczka nicht mehr zu gehorchen [2]).

Da beschloß Wallenstein, sich mit den ihm noch gebliebenen Truppen nach Eger zu begeben, wo ein Treczkasches Regiment unter dem Oberstlieutenant Gordon, einem protestantischen Schotten, lag und er den Sachsen nahe war. Treczka gab diesem heimlich Nachricht, und Wallenstein selbst verlieh ihm ein erledigtes Regiment, um ihn fest an sich zu ketten. Auch einzelnen Regimentern gab Wallenstein Befehl, nach Eger zu

1) Dessen Schreiben an Arnim vom 18., an den Kurfürsten vom 19. Febr. bei Helbig, S. 36 ff., vollständiger bei Gädeke, S. 280 ff.

2) Schreiben Wallensteins und Ilows vom 21. Febr. bei Hallwich II, 238 und Irmer III, 269 wie des damals in Pilsen anwesenden Obersten Beck und eines Edelmanns bei Förster III, 226 ff. und 239 und Rogges bei Aretin, S. 131.

marschieren, indem er ihnen zugleich versprach, sie an einen Ort zu führen, wo sie für ihre langwierigen treu und aufrichtig geleisteten Dienste gebührende Satisfaktion erlangen würden. Gleichzeitig schrieb Ilow an den Herzog Franz Albrecht, und Graf Kinsky an Arnim, um die Abreise desselben und das Vorrücken der feindlichen Truppen nach Eger zu beschleunigen [1]).

Am Vormittag des 22. Februar verließ Wallenstein mit Ilow, Trczka und Kinsky Pilsen, nur von 10 Reiterkompagnieen, 5 von einem Regimente Trczkas, 5 vom Regimente des Herzogs Julius Heinrich von Sachsen, und von 150—200 Mann zu Fuß begleitet. Die Artillerie und Munition, zu deren Fortbringung es an Pferden fehlte, sollten nachfolgen. Die 5 Kompagnieen vom Regimente Sachsen, ungefähr 500 Mann, verließen ihn übrigens in Kuttenplan und zogen nach Prag, sei es auf eigenen Antrieb, sei es auf Befehl ihres Obersten, der unterdessen von Wallensteins Absetzung gehört hatte [2]).

Dagegen stieß auf dem Wege der Oberst Butler mit seinem Dragonerregimente zu ihm. Walter Butler, ein katholischer Irländer aus einem vornehmen Geschlechte, war in Kladrau gelegen und mit der Bewachung der Pässe gegen die Oberpfalz betraut gewesen, hatte aber dann auch von Wallenstein den Auftrag erhalten, mit seinem Regiment auf den Weißen Berg bei Prag zu marschieren. Dieser Befehl, durch welchen den nahen Feinden der Zugang nach Böhmen geöffnet wurde, bestärkte Butler in dem Verdachte, den er schon früher gegen die Treue des Generalissimus geschöpft hatte. Doch hatte er

1) Hallwich II, 238f. Irmer III, 269ff. Gädeke, S. 288f. Vgl. die „Apologia" bei Aretin, S. 136.

2) Bezüglich der von Wallenstein mitgeführten Truppen stimmen die Berichte des Generals Mortzin, Piccolominis, des Feldmarschalls Suys und eines damals in Pilsen weilenden Edelmanns bei Förster III, 230. 232. 235. 239 überein. Vgl. daselbst Anhang, S. 53. Ein späterer Bericht Suys' S. 257 erwähnt außerdem eine Kompagnie Ilows und die des Rittmeisters Neumann, die auch Rogge bei Aretin, S. 132 anführt. Vgl. auch Förster III, 302.

nicht gewagt, demselben den Gehorsam zu verweigern. Er folgte ihm auch jetzt, als er vor Mies zufällig mit ihm zusammentraf, obwohl der Befehl des Grafen Gallas, von Wallenstein, Ilow und Trczka keine Befehle mehr anzunehmen, unterdessen auch ihm zugekommen war [1]). Am Abend des 23. Februar, wo sie in Plan übernachteten, schickte er seinen Feldkaplan Pater Patricius Taaffe heimlich zu Gallas oder Piccolomini, welchen von beiden er treffen würde, um zu melden, daß er notgedrungen mitziehe, um nicht seine Soldaten und Fahnen verlassen oder verlieren zu müssen, daß sie aber von ihm nichts anderes denken mögen, als was sich dem treuesten und aufrichtigsten Krieger Seiner Majestät zieme. Vielleicht, setzte er hinzu, werde er aus besonderer Schickung Gottes zu diesem Wege gezwungen, um irgendeine besondere heroische That zu verrichten.

Piccolomini, den Taaffe einige Tage darauf in Pilsen traf, forderte diesen auf, Butler so schnell und so geheim als möglich zu mahnen, er solle, wenn er vom Kaiser besonders befördert werden wolle, zurückkommen und Wallenstein lebend oder tot mitbringen [2]). Dieser Befehl war überflüssig, da Butler bereits gehandelt hatte.

Am 24. Februar um 4 Uhr nachmittags kam Wallenstein nach Eger. Nach einem Berichte des spanischen Botschafters [3]) habe er, um in Eger aufgenommen zu werden, dem Oberst-

1) Dies schreibt er selbst an Gallas am 25. Februar bei Förster III, 317.

2) Taaffes Bericht bei Mailáth III, 368ff., freilich erst vom Jahre 1653, aber offenbar doch verläßlich. Nur die Angabe, daß Butlers Regiment aus 1000 vortrefflichen Soldaten bestanden habe, scheint nicht richtig zu sein, da Diodati mit Berufung auf ein Schreiben Butlers am 25. und 26. Febr. an Gallas und Piccolomini meldet, daß jener nur 200 Dragoner bei sich habe. Förster III, 273ff. Wenn Taaffe mit Piccolomini in Pilsen zusammentraf, kann dies nicht vor dem 26. Febr. geschehen sein, da dieser am 25. noch in Horazdiowitz war und Diodati noch am 26. von Pilsen aus an ihn schrieb. Förster III, 275. 277. 279.

3) Undatiert bei Ranke, S. 370f.

lieutenant Gordon und dessen Oberstwachtmeister Leslie, ebenfalls einem protestantischen Schotten, mitgeteilt, es habe der König von Ungarn gegen den Willen seines Vaters ins Feld ziehen wollen und infolge dessen sich das Heer in zwei Parteien geschieden. Er unterstütze die Sache des Kaisers, weswegen sie treu bei ihm ausharren möchten. Später sei er aufrichtiger geworden, habe von der üblen Behandlung gesprochen, welche er durch den Kaiser erfahren, und die Absicht an den Tag gelegt, ein unabhängiges Heer zu bilden. Um sie zum Anschluß an ihn zu ermutigen, habe er ihnen einen Brief des Herzogs Franz Albrecht gezeigt, worin dieser meldete, daß Bernhard von Weimar Truppen sammle, um ihm zuhilfe zu ziehen.

Den Obersten Butler hatte Wallenstein schon auf dem Wege von Plan nach Eger gegen den Kaiser einzunehmen gesucht, indem er diesem die Schuld gab, daß dessen Verdienste bisher nicht entsprechend belohnt worden seien, weil er wohl viel versprochen, aber nichts gehalten habe. Dies zwinge auch ihn, im Interesse seiner Offiziere einen anderen Weg einzuschlagen, um den Kaiser zur Erfüllung seiner Versprechungen zu nötigen. Ihn nahm er auch mit sich in die Stadt, während seine Dragoner außerhalb der Mauern bleiben mußten [1]).

Was Butler, Gordon und Leslie in Eger sahen und hörten, konnte den in ihnen rege gewordenen Verdacht nur bestärken. Denn unmittelbar nach seiner Ankunft in Eger schickte Wallenstein seinen Kanzler von Elz zum Markgrafen Christian von Brandenburg-Kulmbach und Boten an Arnim und andere feindliche Befehlshaber, um ihre Ankunft oder die Absendung von Truppen zu beschleunigen. Auch haben, wie berichtet wird, die Anhänger Friedlands „gar giftig und hitzig" gegen den Kaiser und die ihm treuen Generale und Offiziere geredet [2]).

1) Taaffe nach Butlers Mitteilungen. Mailáth III, 372 f.

2) „Apologia. Kurze doch gründliche Außführung, wie und auß was Vrsachen von etlichen redlich und getrewen Kays. Kriegs-Obristen . . . Albrecht von Friedland . . . mit seinen Rebellischen adhärenten . . . auß dem Mittel geräumet" u. s. w. bei Aretin, Urk., S. 135 ff. mit dem

Da in jener Zeit die Ermordung eines Verräters für eine lobenswerte Handlung angesehen wurde, so haben sich Butler einerseits, Gordon und Leslie anderseits das Hauptverdienst der blutigen That zugeschrieben, und weil wir unmittelbar nach dieser abgefaßte schriftliche Berichte der Teilnehmer nicht besitzen, so lassen sich die Einzelheiten nicht mit Sicherheit feststellen.

Nach Butlers Mitteilungen an Taaffe hat er die Beiden schon in der ersten Nacht zu sich ins Quartier geladen, sie ausgeholt und zur Wahrung ihrer Ehre und Treue ermuntert. Als nun Gordon zur Flucht geraten, habe er es für schmählich gehalten, die ihnen anvertrauten Soldaten und Fahnen im Stich zu lassen. Als endlich Leslie ausgerufen: „töten wir die Verräter!" habe Butler sie dazu ermuntert und endlich auch den zaudernden Gordon dafür gewonnen [1]).

Nach einer wahrscheinlich auf Mitteilungen Gordons beruhenden Darstellung [2]) haben Gordon und Leslie anfangs beschlossen, einen Kavalier zu den kaiserlichen Generalen zu senden, um von ihnen Hilfe zur Gefangennehmung der Rebellen zu erhalten. Am Morgen des 25. Februar habe dann Ilow den Obersten Butler wie Gordon und Leslie in sein Quartier berufen und sie aufgefordert, dem Herzoge zu schwören, daß sie nur von ihm abhängen und vom Kaiser und den Seinigen keine Befehle mehr annehmen würden. Gordon aber habe dies verweigert, ehe er vom Kaiser seines Eides entlassen wäre, und trotz aller Zureden Ilows und Trczkas sei man endlich ohne bestimmte Erklärung auseinander gegangen, nachdem die beiden Freunde Wallensteins sich noch vorher selbst für den

Datum „Eger, den 6. Martii 1634", während Schebek, S. 379 ff. eine spätere Abfassung wahrscheinlich zu machen sucht und sie natürlich von Slawata inspiriert sein läßt. Sie hebt besonders die Verdienste Gordons hervor, der sie wohl veranlaßt hat.

1) Mailáth III, 373.

2) der S. 482, N. 2 zitierten „Apologia". Sie enthält einige auffallende Unrichtigkeiten und verdient wohl nicht so unbedingten Glauben, wie Ranke, S. 347 f. gemeint hat.

Abend bei Gordon auf dem Schlosse zu Gast geladen, vielleicht in der Hoffnung, beim Weine bessere Erfolge zu erzielen. Gordon und Leslie hätten nun unter Beiziehung Butlers, dem sie anfangs nicht recht getraut, darüber beraten, ob sie Wallenstein und seine Anhänger gefangen nehmen oder töten sollten. Da ersteres bei der Nähe der Feinde, wenn auch nur ein Teil der Truppen Wallenstein treu blieb, leicht mißlingen konnte, so beschlossen sie seine Ermordung [1]).

Diese Ausführung sollte bei dem am Abend bei Gordon stattfindenden Bankett erfolgen, bei welchem neben Butler und Leslie auch Ilow, Trczka, Kinsky und der Rittmeister Neumann, Wallensteins Sekretär, erschienen. Die Ausführung übernahmen mehrere Offiziere von Butlers Regiment, welche mit ungefähr 100 Dragonern, Irländern wie ihr Oberst, heimlich in die Stadt, und später in das Schloß, eingelassen wurden. Als das Konfekt aufgetragen wurde, drang bei der einen Thür der Oberstwachtmeister Geraldin, bei der andern der Hauptmann Devereux mit Soldaten in den Saal und machten die vier Gäste nieder. Von hier zog Leslie zur Hauptwache in der Stadt, um die dort stehenden Soldaten in Ruhe zu erhalten, Butler zu dem Hause [2]), wo Wallenstein selbst wohnte. Auch dieser fiel durchbohrt durch die Partisane des Hauptmanns Devereux [3]).

Dies war das Ende eines Mannes, der die Geschicke Deutschlands und des Kaiserhauses in seinen Händen zu haben geglaubt und in der That eine Zeit lang eine welthistorische Stellung eingenommen hatte. Nachdem er vom Kaiser mit

1) Spanischer Bericht bei Ranke, S. 371.

2) Es gehörte der Witwe eines Bürgers, Alexander Pachhelbel, der als Protestant ausgewiesen und kurz vorher gestorben war. A. Wolf, Geschichtl. Bilder I, 391 f.

3) In den Einzelnheiten weichen auch bezüglich der Ausführung die Mitteilungen Taaffes a. a. O., die „Apologia“ und der bei Irmer III, 286 ff. aus einer Abschrift im bairischen Staatsarchiv abgedruckte „Relationsbericht“ vielfach voneinander ab, so daß sich nur der wesentliche Verlauf feststellen läßt.

beispiellosen Vollmachten ausgestattet worden war, starb er als Verräter an demselben, dem er im Einvernehmen mit den Feinden desselben einen Frieden, wie er ihn für gut hielt, aufzunötigen, dessen verläßlichste Bundesgenossen er zu schwächen oder gar zu vernichten beabsichtigte. Er hatte aber für das Gelingen zu sehr auf die schlechten Eigenschaften in den Menschen, auf den Eigennutz der höheren Offiziere gerechnet. Aber die moralischen Faktoren erwiesen sich doch als stärker, als er geglaubt hatte. Denn nicht die Jesuiten und Spanier haben zuletzt seinen Tod herbeigeführt, sondern seine eigenen, protestantischen wie katholischen Offiziere, welche die Treue, die sie dem Kaiser geschworen, nicht brechen wollten. Und weil Verschlagenheit und diplomatische Kniffe seine Lieblingswaffen waren, trauten ihm nicht einmal jene, mit denen er sich gegen den Kaiser verbinden wollte, und kamen daher zu seiner Rettung zu spät.

Die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg waren nur zögernd auf Unterhandlungen eingegangen. Arnim reiste erst am 27. Februar von Dresden ab, als ein Diener Kinskys und ein Trompeter Wallensteins eingetroffen waren und den Abmarsch desselben nach Eger gemeldet hatten [1]). Bernhard von Weimar aber hatte sich weder durch Versicherungen des Herzogs Franz Albrecht noch durch spätere drängende Schreiben Ilows bewegen lassen, Wallenstein zuhilfe zu ziehen. Da er seit dem Abbruche der Friedensverhandlungen im Herbst des abgelaufenen Jahres in allem, was Wallenstein sprach und that, nur Betrug sah, glaubte er auch jetzt den Versicherungen seiner Freunde nicht und zog seine Truppen zusammen, um einen gefürchteten Angriff desselben auf Franken abzuwehren, nicht aber um ihm Beistand zu leisten. „Keinen Hund wollte er satteln lassen oder ihm anvertrauen", erklärte er dem Herzoge Franz Albrecht [2]). Erst auf die Nachricht vom Blutbad

1) Irmer III, 305 f.

2) Nach dessen Aussage im Verhör bei Irmer III, 413, Nr. 41. S. im allgemeinen G. Droysen I, 358. Wittich, S. 273 ff.

in Eger brach Bernhard mit seiner Armee dorthin auf, um sich „der unter dem Feinde entstandenen Konfusion zu des gemeinen Wesens Vorteil zu bedienen". Doch gingen seine Hoffnungen nicht in Erfüllung, weil die in Eger liegenden Truppen dem Kaiser treu blieben und von Gallas bald durch unbedingt verläßliche Regimenter ersetzt wurden. Der Herzog Franz Albrecht, der sich ahnungslos Eger näherte, wurde in Tirschenreut durch streifende Dragoner gefangen und nach Wien geführt, wo er längere Zeit in Haft blieb.

Eine Bewegung gegen den Kaiser drohte nur an einem einzigen Punkt, in Troppau, auszubrechen, wo der Oberstlieutenant eines Schaffgotschschen Infanterieregiments, Albrecht Freiberg, am 1. März den Landeshauptmann und mehrere Adelige verhaftete, die Besatzung durch ein Dragonerregiment verstärkte und die Bürgerschaft „dem Herzoge von Friedland und dessen Konföderierten" (den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg) schwören ließ. Aber am 19. März kapitulierte auch er gegen Zusicherung des Pardons für die Offiziere. Schaffgotsch selbst, der als eifriger Anhänger Wallensteins galt und sich in der That kompromittiert hatte, war schon am 24. Februar verhaftet worden und wurde dann wie mehrere andere höhere Offiziere, darunter Mohr von Waldt, vor ein Kriegsgericht in Regensburg gestellt, das ihn foltern ließ und dann zum Tode verurteilte. Am 23. Juli wurde er enthauptet [1]), während die übrigen Angeklagten nach längerer oder kürzerer Haft begnadigt wurden.

Dagegen erhielten alle, welche an der Ermordung Wallensteins und seiner Genossen beteiligt gewesen waren oder zur Unterdrückung der ganzen Bewegung vorzüglich mitgewirkt hatten, reichliche Belohnungen, wozu die konfiszierten Güter und Barschaften der Ermordeten und des Generals Schaff-

1) Krebs, Schaffgotsch, S. 77ff. Besonders kompromittierend ist sein Schreiben an Terzka vom 23. Febr. (bei Hallwich II, 481), welches wohl auch für ein modernes Gericht ein genügender Grund zur Verurteilung sein dürfte. Krebs, S. 127ff. dürfte dasselbe doch zu milde gedeutet haben.

gotsch, die auf mehr als 15 Millionen Gulden bewertet wurden [1]), die Mittel boten. Den bei der Exekution unmittelbar beteiligten zwölf Soldaten ließ Gallas sofort je 500, dem Obristwachtmeister (Geraldin), „der sie geführt", 2000, den zwei Hauptleuten (Devereux und Macdonald), „die demselben assistiert", 1000 Reichsthaler, den übrigen Soldaten, welche dort anwesend gewesen, auf Grund der von Butler ihnen gemachten Versprechungen einen Monatssold auszahlen [2]). Devereux erhielt im folgenden Jahre noch weitere 40000 Gulden und konfiszierte Güter, wie solche auch dem Hauptmann Macdonald verliehen wurden. Dem Grafen Gallas wurden „zu einer wohlverdienten Gnadensergötzlichkeit" die Herrschaften Friedland und Reichenberg, dem Grafen Aldringen die Kinskysche Herrschaft Teplitz und ein Haus in Prag, dem Grafen Piccolomini die Treczkasche Herrschaft Nachod, den Obersten Butler und Gordon je 120000 Gulden, dem General Diodati 100000 Gulden, anderen hohen Befehlshabern ähnliche oder noch größere Summen oder Güter geschenkt, untergeordnetere Offiziere durch Verleihung von Regimentern oder in anderer Weise belohnt. Auch für rückständige Forderungen konnten jetzt die Generale und Obersten befriedigt werden [3]).

1) Nach **Bílek**, Dějiny konfiskaci I, CXLVI 15007703 fl. 50 kr. Rhein.; und zwar belief sich das Vermögen Wallensteins auf 9285589 fl. 20 kr., das Adam Treczkas auf 872464 fl., das seines Vaters Johann Rudolf Treczka, dem ebenfalls der Prozeß gemacht wurde und der 26 Herrschaften besaß, auf 3707509 fl. 10 kr. (darunter 81666 fl. 40 kr. an Kapitalien), das Kinskys auf 601400 fl. 20 kr. (41400 fl. 20 kr. an Kapitalien), das Ilows auf 132541 fl., das Schaffgotschs auf 406000 fl., das Neumanns auf 2200 fl.

2) Nach seinem Bericht an den Kaiser vom 28. Febr. Förster III, 351.

3) Zahlreiche Notizen hierüber aus dem Archiv des Reichs-Finanzministeriums mitgeteilt von d'Elvert in „Schriften der hist.-statist. Section der mährisch-schles. Ges." XXIII, 69 ff.

# Zehntes Kapitel.

## Die Schlacht bei Nördlingen und der Friede von Prag.

Nach der Ermordung Wallensteins galt die Sorge des Kaisers zunächst der Aufstellung einer tüchtigen Armee. Es wurden zahlreiche Rekruten geworben und für die Ausrüstung gesorgt, wozu Bewilligungen der Landstände, Subsidien Spaniens und des Papstes Urban VIII. und die verhängten Güterkonfiskationen die Mittel boten [1]). Man beschloß vor allem die Wiedereroberung Regensburgs und die Vertreibung der Feinde aus Süddeutschland, während man sich auf den anderen Kriegsschauplätzen in der Defensive halten wollte. Den Oberbefehl über das nach dem Reiche bestimmte Hauptheer übertrug der Kaiser seinem Sohne Ferdinand III., welchem Gallas als Generallieutenant und militärischer Ratgeber an die Seite gegeben wurde.

In der zweiten Hälfte des Mai setzte sich das kaiserliche Heer, 15000 Mann zu Fuß und wenigstens 10000 Reiter mit zahlreichen Geschützen [2]), von Pilsen aus in Bewegung.

1) Hurter, Ferdinand II. XI, 145ff. Für die folgende Darstellung des Krieges verweise ich im allgemeinen auf Chemnitz, Schwed. Krieg, II. Teil, der bis zum Juli 1636, und das 1855 in Stockholm herausgegebene Bruchstück des III. Teiles, das vom Juli bis November 1636 reicht und worin auch schwedische Archivalien benutzt sind, wie auf die neueren Werke von Barthold, I. Bd., Gejer, III. Bd., Hurter, XI. Bd., der aus archivalischen Quellen einzelne brauchbare Notizen beigebracht hat, Heilmann, Kriegsgeschichte von Bayern von 1506 bis 1651 II, 1, 461ff. und II, 2, 526ff. wie für die spätere Zeit auf dessen älteres Werk: „Die Feldzüge der Bayern in den Jahren 1643—1645" (1851).

2) Droysen, Bernhard von Weimar I, 389, dessen Werk für die Geschichte der nächsten Kriegsjahre wichtig, neben dem aber auch das ältere von Röse noch zu beachten ist.

Da Cham und andere Plätze in der Oberpfalz schon früher eingenommen worden waren und Bernhard von Weimar seine Truppen noch im April aus den bisher besetzten ausgehungerten Gegenden nach dem westlichen Franken und Niederschwaben in die Winterquartiere geführt hatte, so drang der König ohne Widerstand bis an die Donau vor, wo Aldringen mit ungefähr 8000 Mann von Straubing her bereits eingetroffen war. Bernhard war mit seinem Korps gerade noch rechtzeitig nach Regensburg gelangt, wagte aber nicht, sich mit den überlegenen Feinden in einen ernstlichen Kampf einzulassen, und zog sich, nachdem er die Besatzung auf 3800 Mann verstärkt hatte, in die Gegend von Nürnberg zurück.

Am 3. Juni begannen die Kaiserlichen die Beschießung der Stadt, welche Bernhard stark befestigt hatte, und des am linken Donauufer angelegten Brückenkopfes. Der König selbst feuerte seine Truppen zu energischer Thätigkeit an. Anderseits leitete der Kommandant Lars Kagge, den die meist protestantische Bürgerschaft eifrig unterstützte, die Verteidigung mit größter Umsicht und Tapferkeit. Erst nachdem am 6. Juli der Brückenkopf und die steinerne Brücke durch Sturm weggenommen worden, als der Pulvervorrat aufgezehrt, die Mauer an vielen Stellen erschüttert war, kapitulierte Kagge am 26. Juli gegen freien Abzug der Besatzung und Zusicherung freier Religionsübung für die Bürger.

Herzog Bernhard kam zur Rettung der Stadt zu spät. Er hatte nach dem Rückzuge von Regensburg den Feldmarschall Horn, welcher im Januar nach Oberschwaben gezogen war und seit dem März den Kaiserlichen mehrere feste Plätze zwischen der oberen Donau und dem oberen Lech entrissen hatte, zu sich berufen. Aber längere Zeit konnten sich die beiden Heerführer, welche sich nie gut vertrugen, über die zu unternehmenden Operationen nicht einigen, weil Bernhard sich für einen Marsch unmittelbar nach Regensburg aussprach, Horn die Rettung dieser Festung durch einen Zug gegen München plante. Erst am 12. Juli fand in Augsburg die Vereinigung der beiden Korps statt, die eine Stärke von 22—30000 Mann

hatten. Statt nun rasch nach Regensburg vorzudringen, zogen sie quer durch Baiern nach Freising, das geplündert wurde, setzten dann über die Isar und erstürmten am 22. Landshut, wo Aldringen, welcher vom Könige Ferdinand dieser Stadt zuhilfe geschickt worden war, durch einen Schuß getötet wurde. Als die beiden Führer nach achttägigem Aufenthalte daselbst endlich gegen Regensburg marschierten, erfuhren sie, daß die Festung in den Händen der Kaiserlichen sei. Da sie hiermit jeden Stützpunkt in Baiern verloren hatten, traten sie einen eiligen Rückzug nach Augsburg an.

Unterdessen waren freilich die Länder des Kaisers selbst von den Feinden heimgesucht worden. Schon anfangs Mai hatte Arnim mit dem sächsischen Korps, das jetzt mehr als 15000 Mann zählte, die Oberlausitz wieder erobert und am 13. dieses Monats dem Feldmarschall Colloredo bei Liegnitz eine schwere Niederlage beigebracht, welche diesen mehrere tausend Mann und die ganze Artillerie kostete. Als dann auch Banér, der am 2. Juni Frankfurt an der Oder nach tapferem Widerstande der Besatzung eingenommen hatte, mit einem schwedisch-brandenburgischen Korps von 15000 Mann in Schlesien erschien, war die Übermacht der Feinde so überwältigend, daß die Kaiserlichen sich nur noch hinter den Mauern einiger Festungen zu halten vermochten. Glücklicherweise brachen zwischen Arnim, der Schlesien für Sachsen, und Banér, der es für Schweden gewinnen wollte, so heftige Streitigkeiten aus, daß an eine gemeinsame Unternehmung nicht zu denken war [1]). Nach der Mitte des Juli drang endlich Banér auf Befehl Oxenstjernas in Böhmen ein, um durch dieses Land nach Franken zu ziehen und den Herzog Bernhard zu verstärken. Er nahm Leitmeritz und setzte unweit Melnik über die Elbe. Aber der Zug nach Franken schien doch unausführbar, so lange die zahlreichen Städte des west-

1) Charakteristisch sind hiefür die Äußerungen Banérs in dessen Briefen an Oxenstjerna (Rikskansleren A. Oxenstjernas skrifter och brefvexling, II. Teil, VI. B.), S. 121 ff.

lichen Böhmens von den Kaiserlichen besetzt waren. Um ihn zu verstärken, rückte auch Arnim mit seinen Truppen, denen sich der Kurfürst selbst anschloß, in Böhmen ein, und vereint drangen sie bis gegen Prag vor, wo sie am 26. Juli auf dem Weißen Berge ein verschanztes Lager aufschlugen. Aber unterdessen war auch Colloredo nach Prag gezogen und die Besatzung dieser Stadt so verstärkt worden, daß ein Angriff auf dieselbe unmöglich schien. Schon nach drei Tagen zogen sich die Feinde nach dem nördlichen Böhmen zurück, wo die Sachsen ganz unthätig blieben, während Banér sich auf verheerende Raubzüge beschränkte und Ende September den Rückzug nach Thüringen antrat [1]).

Da eine unmittelbare Gefahr für die böhmische Hauptstadt und den größeren Teil des Landes nicht bestand, so begnügte sich König Ferdinand, nach dem Falle Regensburgs einige Verstärkungen dorthin abzusenden, ließ sich aber in der Verfolgung seines Hauptplanes nicht irre machen. Längs der Donau aufwärts ziehend eroberte er am 16. August das wichtige Donauwörth und wendete sich hierauf nach Nördlingen, dessen Belagerung er zunächst unternahm. Am 2. September vereinigte sich mit dem kaiserlich-ligistischen Heere auch der spanische Kardinalinfant Don Ferdinand, welcher mit 9000 Mann aus Italien herangezogen war und die Trümmer der Armee Ferias, der selbst am 11. Januar einer Seuche erlegen war, an sich gezogen hatte.

Um Nördlingen, dessen Besatzung und Bürgerschaft sich auf das Tapferste verteidigten, nicht in die Hände der Kaiserlichen fallen zu lassen, waren auch Bernhard von Weimar und Horn mit ihren Truppen herangekommen, welche freilich auf dem Rückzug infolge der Strapazen und Krankheiten sehr zusammengeschwunden waren. Als auch der aus Franken herbeigerufene General Kratz mit seinem Korps eingetroffen war, entschlossen sich die beiden Heerführer, zur Rettung der bereits auf das Äußerste gebrachten Stadt eine Schlacht zu wagen.

1) Irmer, Arnim, S. 277 ff. Vgl. „Baners bref“, S. 136 ff.

Zwar sollen sie nur 18000 Mann gezählt haben und waren jedenfalls schwächer als ihre Gegner. Aber die Stärke derselben wurde von ihnen unterschätzt, und sie mochten auch darauf rechnen, daß diese einen Teil ihrer Streitkräfte zur Einschließung Nördlingens verwenden müßten.

Der Angriff, welchen sie am Abend des 5. September von Süden her auf die überraschten Kaiserlichen unternahmen, war glücklich. Bernhard warf mehrere Reiterregimenter zurück, Horn erstürmte noch in der Nacht die Höhen des Heselbergs. Aber den durch drei Schanzen geschützten Allbuch, welcher diesen überragte, vermochte er trotz der verzweifelten Anstrengungen, die er am 6. September machte, nicht zu nehmen. Eine der Schanzen, deren sich seine Truppen beim ersten Sturme bemächtigten, wurde ihnen durch die feindliche Kavallerie wieder entrissen. Vierzehn weitere Stürme mißlangen, da Gallas, welcher den Oberbefehl führte, immer neue Regimenter ins Treffen schickte. Auch als Bernhard, dessen Korps den linken Flügel bildete, dem Feldmarschall zwei Regimenter unter dem jungen Thurn zuhilfe sendete, vermochte man keine günstigere Wendung herbeizuführen. Horn mußte sich nach fünfstündigem Kampfe zum Rückzuge entschließen, der anfangs in guter Ordnung angetreten wurde. Als aber jetzt auf dem linken Flügel die Truppen Bernhards durch einen heftigen Ansturm Johanns von Werth und Louis Gonzagas ins Wanken gebracht und endlich durch einen allgemeinen Angriff der kaiserlichen und ligistischen Regimenter in die Flucht getrieben wurden, warf sich die fliehende Reiterei in vollem Galopp auf die Avantgarde Horns und brachte auch dessen Truppen in völlige Unordnung. Ein Teil der Reiterei vermochte sich zu retten. Aber die Infanterie und Artillerie wurden niedergehauen, gefangen oder zersprengt. 6000 Mann, der dritte Teil des ganzen Heeres, sollen tot auf dem Schlachtfelde geblieben sein, mehrere tausend Mann, darunter Horn selbst, der Feldmarschall Kratz und mehrere Generale und Obersten wurden gefangen. Auch das ganze Geschütz und die Bagage fielen in die Hände der Sieger, die nur 1200 Mann verloren haben sollen. Der

König Ferdinand und der Infant, welche im Zentrum den Gang der Schlacht beobachteten, hatten sich durch Mut und Kaltblütigkeit ausgezeichnet; ein Oberst war an ihrer Seite erschossen worden. Herzog Bernhard, der selbst verwundet und mit Mühe der Gefangenschaft entronnen war, floh mit den Trümmern der völlig demoralisierten Armee nach Cannstadt und von da nach Frankfurt [1]).

Obwohl das kaiserlich-bairische Heer durch den Abzug des spanischen Kardinalinfanten nach den Niederlanden geschwächt wurde und König Ferdinand und Gallas auch den Sieg nicht mit der notwendigen Energie verfolgten, waren die Folgen desselben doch sehr bedeutend. Der größte Teil von Schwaben und Franken fiel in die Hände der katholischen Generale, unter denen Piccolomini, Johann von Werth und Herzog Karl von Lothringen, welcher in die Dienste Baierns getreten war, vor allen hervorragten. Oxenstjerna und die protestantischen Bundesräte fühlten sich in Frankfurt nicht mehr sicher, so daß sie sich über den Rhein nach Mainz flüchteten.

Auch auf den Kurfürsten von Sachsen machte dieser Ausgang der Schlacht großen Eindruck.

Die Unterhandlungen, welche am Anfang des Jahres 1634 zwischen diesem und dem Kaiser geplant gewesen [2]), waren zunächst durch die Ermordung Wallensteins vereitelt worden. Aber bei der Neigung beider Teile zu einem Frieden wurde von ihnen dem Herzoge Franz Julius von Sachsen-Lauenburg, welcher auch jetzt als Vermittler auftrat, schon im März die Bereitwilligkeit zur Fortführung derselben ausgesprochen. Doch verging noch eine lange Zeit, bis sie am 15. Juni in Leitmeritz wirklich begonnen wurden [3]).

1) Die beste Darstellung dieser Schlacht auf Grund sorgfältiger Quellenkritik giebt Struck, Die Schlacht bei Nördlingen (Stralsund 1893).

2) Vgl. S. 461.

3) Über die folgenden Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Sachsen s. K. G. Helbig, Der Prager Friede. „Hist. Taschenbuch" 1858, S. 573 ff., der aber nur die Akten des Staatsarchivs in Dresden benutzt hat. Einige Nachträge giebt Irmer, Arnim, S. 304 ff. Die Akten des

Als Bevollmächtigte des Kaisers erschienen der Graf Trauttmansdorf und die Reichshofräte Questenberg und Dr. Gebhardt. Der Kurfürst hatte seine Räte Gebhard von Miltitz und Dr. Oppel abgesandt. Die Forderungen, welche Johann Georg von Sachsen nicht bloß für sich, sondern auch im Interesse der Herstellung eines allgemeinen Friedens stellte, waren so umfassend und weitgehend, daß er wohl selbst auf die Erfüllung derselben im vollen Umfange nicht gerechnet hat. Er verlangte zum Ersatz der Kriegskosten für die gegen die aufständischen Böhmen geleistete Hilfe, welche infolge der Zinsen auf 6399219 Reichsthaler, fast das Doppelte der ursprünglichen Summe, gestiegen waren, die erbliche Abtretung der Lausitz und zugleich die Überlassung des Erzstiftes Magdeburg und des Hochstiftes Halberstadt oder statt derselben die Einräumung des Egerer Kreises oder eines anderen Gebietes im nördlichen Böhmen. Die Augsburgische Konfession sollte auch in den Ländern katholischer Obrigkeiten, also auch in denen des Kaisers, frei ausgeübt werden dürfen und den wegen derselben Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet werden. Die protestantischen Stände im Reiche sollten im Besitze aller mittelbaren und unmittelbaren geistlichen Güter bleiben, die sie am 1. Januar 1612 in den Händen gehabt hätten. Das Reichskammergericht und der Reichshofrat sollten zu gleichen Teilen aus Katholiken und Protestanten zusammengesetzt, die Kinder des verstorbenen Kurfürsten von der Pfalz restituiert, die Herzoge von Mecklenburg im Besitze ihres Landes anerkannt, Schweden durch die Katholiken entschädigt werden.

Daß der Kaiser auf diese Bedingungen, die nur der Sieger einem Besiegten hätte auferlegen können, nicht einging, ist natürlich. Anfangs lehnte er sie sogar fast alle ab. Die Abtretung der Lausitz erklärte er als unvereinbar mit der von ihm und seinem Sohne bei ihrer Krönung in Böhmen eingegangenen eidlichen Verpflichtung, von den Ländern dieser

H.-H.- und Staatsarchivs in Wien hat Hurter, Gesch. Ferdinands II. XI, 262 ff. und „Friedensbestrebungen K. Ferdinands II.“, S. 57 ff. in ganz ungenügender Weise verwertet.

Krone nichts zu veräußern. Über Magdeburg und Halberstadt, auf deren Besitz übrigens sein Sohn Leopold Wilhelm Anspruch habe, könne er nicht verfügen. Die Duldung der Protestanten in seinen Ländern widerspreche dem auch von den protestantischen Fürsten vertretenen Grundsatze, daß der Landesherr die Religion seiner Unterthanen bestimmen dürfe. Auch von der vollständigen Restitution der Kinder des geächteten Pfälzers wollte er nichts wissen; nur zur Rückstellung der Unterpfalz ohne die Kurwürde erklärte er sich endlich bereit.

Der Einfall des schwedischen Generals Banér, der sich auch der Stadt Leitmeritz bemächtigte, machte den Verhandlungen plötzlich ein Ende. Doch erreichte Oxenstjerna den damit beabsichtigten Zweck, dieselben dauernd zum Scheitern zu bringen, in keiner Weise. Einer Einladung der Vertreter Sachsens folgend begaben sich die kaiserlichen Bevollmächtigten nach Pirna, wo die Verhandlungen, freilich lange ohne Erfolg, fortgesetzt wurden. Der Sieg der Kaiserlichen bei Nördlingen machte endlich den Kurfürsten nachgiebiger. Da auch der Kaiser, welcher den Frieden ernstlich wünschte, trotz seiner Erfolge im Felde zur Gewährung wesentlicher Zugeständnisse bereit war, so kamen unter eifriger Mitwirkung des Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt am 14./24. November 1634 die Friedenspräliminarien in Pirna zustande.

Nach den Bestimmungen derselben sollte der Kurfürst von Sachsen die Ober- und Niederlausitz als böhmisches Mannslehen und außerdem vier Ämter vom Erzstifte Magdeburg, sein Sohn August lebenslänglich die Administration dieses Erzstiftes erhalten. Das Restitutionsedikt wurde zwar nicht aufgehoben, aber doch thatsächlich wirkungslos gemacht, indem bestimmt wurde, daß Sachsen die Stifter und geistlichen Güter, die es im Jahre 1620 innegehabt, noch 50 Jahre, die übrigen Reichsstände jene, in deren Besitz sie beim Schlusse des Kurfürstenkonventes von Mühlhausen am 12. November 1627 gewesen, noch 40 Jahre sollten behalten dürfen. Auch für die konfessionellen Verhältnisse in den Reichsstädten sollte dieser Zeitpunkt maßgebend sein.

Der Kaiser teilte diesen Entwurf zunächst den katholischen Kurfürsten mit Ausnahme des französisch gesinnten Erzbischofs von Trier mit und fragte sie über ihre Meinung. Mit dem Abschlusse eines Friedens waren alle einverstanden, aber die Bedingungen schienen ihnen nicht günstig genug. Maximilian von Baiern war mit der Kurwürde und der Oberpfalz nicht zufrieden. Er verlangte, wenn ihm die Rheinpfalz entginge, für seine Dienste eine andere Entschädigung, und wenn keine sich fände, Abtretung einiger Gebiete des Kaisers. Sein Bruder Ferdinand von Köln mißbilligte die Überlassung zahlreicher Kirchengüter an die Protestanten und tadelte es überhaupt, daß zu den Verhandlungen über einen Frieden, welcher kirchliche Interessen berühre, der Papst und die geistlichen Fürsten nicht zugezogen worden waren. Nur der Erzbischof von Mainz, dessen Gebiete meist in den Besitz der Feinde gekommen waren, erhob nur geringe Einwendungen und sprach sich für den Frieden aus.

Dann beschloß der Kaiser noch eine Anzahl von Theologen zu befragen, ob er ohne Verletzung seines Gewissens unter den angegebenen Bedingungen mit Sachsen Frieden schließen und auf die Ausführung des Restitutionsediktes verzichten dürfe. Man darf sich darüber nicht wundern, da in dieser Zeit noch vorherrschend religiöse Motive die Gemüter beherrschten, wie denn auch protestantische Fürsten in ähnlichen Fällen ein Gutachten ihrer Hoftheologen einholten. Die Auswahl der Geistlichen überließ Ferdinand II. dem Kardinal Dietrichstein, welcher überhaupt seit dem Tode des Fürsten Eggenberg (18. Oktober 1634) zu seinen einflußreichsten Räten gehörte. Nicht weniger als zwanzig Theologen, nämlich sechs Jesuiten und vierzehn andere Ordenspriester, Kapuziner, Franziskaner, Karmeliter, Dominikaner, Barnabiten und Augustiner, wurden um ihre Meinung befragt. Diese vierzehn und zwei Jesuiten sprachen sich dahin aus, daß der Kaiser ohne Gewissensskrupel den Frieden auf der erwähnten Grundlage schließen dürfe. Die übrigen vier Jesuiten gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der Kaiser die Zustimmung des Papstes einholen solle, wobei zwei

zugleich betonten, daß jener diese Bedingungen ohne Verletzung seines Gewissens überhaupt nicht bewilligen dürfe. Auch der Beichtvater des Kaisers, Pater Lamormaini, arbeitete dem Frieden entgegen, wie der spanische Gesandte Castañeda vermutete, weil er von seinem Ordensgeneral auf Wunsch des Papstes geheime Weisungen erhalten hatte. In der That suchte der Nuntius im Auftrage des Papstes den Kaiser zu bewegen, sich die Gunst Frankreichs durch die Abtretung des Elsasses zu erkaufen, um den Protestanten keine Opfer bringen zu müssen und stark genug zu sein, dem Kurfürsten von Sachsen die Lausitz wieder zu entreißen. Zwischen dem Nuntius einer- und dem Grafen Oñate und dem Kapuziner Pater Quiroga anderseits ist es deswegen zu den heftigsten Auseinandersetzungen gekommen.

Nachdem die Gutachten der Theologen eingelaufen waren, fand am 27. Februar 1635 eine Beratung der hervorragendsten geheimen Räte statt, nämlich der Kardinäle Dietrichstein und Pázmány, des Bischofs von Wien, der Grafen Trauttmansdorf, Werdenberg und Schlick und des Reichshofratspräsidenten Stralendorf. Auch Lamormaini wurde beigezogen. Der Kaiser ließ ihnen durch Dietrichstein sagen, „daß er in einer so überaus wichtigen Sache, die das Seelenheil betreffe, keinen selbständigen Beschluß fassen wolle. Um sein eigenes Gewissen zu entlasten, belaste er dasjenige seiner Räte und trage ihnen auf, ihm einen solchen Rat zu erteilen, den sie vor dem Richterstuhle Gottes verantworten könnten“. Auch diese Versammlung riet dem Kaiser zum Abschlusse des Friedens mit Sachsen und sprach sich nur dafür aus, daß man durch weitere Verhandlungen womöglich die Abänderung einiger Artikel durchzusetzen suchen solle [1]).

1) Über die Verhandlungen mit den katholischen Kurfürsten und die Beratungen in Wien hat Gindely, Gesch. des dreißigjährigen Krieges III, 55 ff. („Wissen der Gegenwart“ V und „Österr. Gesch. f. das Volk“ VIII) ungedruckte Akten benutzt. Vgl. Hopf, Anton Wolfradt, Fürstbischof von Wien. „Progr. der Oberrealschule im VI. Bezirk in Wien“

Am 1. April 1635 kamen die Bevollmächtigten des Kaisers [1]) und des Kurfürsten wie die Gesandten des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, welche auch jetzt als Vermittler auftraten, in Prag wieder zusammen. Da die Vertreter des Kaisers erklärten, daß dieser die Pirnaer Präliminarien nicht ohne weiteres ratifizieren könne, weil dies gegen seine Hoheit und Gewissen wäre, so wurde über verschiedene Punkte weiter verhandelt. Infolge neuer Fortschritte, welche unterdessen die kaiserlichen Truppen im südlichen und mittleren Deutschland gemacht hatten, sah sich der Kurfürst genötigt, den meisten Forderungen des Kaisers nachzugeben.

Am 20./30. Mai wurde der Friede von Prag unterzeichnet. Die territorialen Zugeständnisse, die schon früher an Sachsen gemacht worden waren, die Abtretung der Lausitz als eines böhmischen Lehens und mehrerer Ämter des Erzstiftes Magdeburg, die Restitution der Herzoge von Mecklenburg wie die Überlassung der vor dem 12. November 1627 eingezogenen geistlichen Güter an die protestantischen Stände wenigstens für die nächsten vierzig Jahre blieben aufrecht. Alle Sonderbünde im Reiche sollten aufgehoben sein. Allen Reichsständen, welche diesem Frieden beiträten, versprach der Kaiser Amnestie, jedoch mit Ausschluß der beim böhmischen Aufstande Beteiligten, der Unterthanen, die gegen ihn in Waffen gestanden [2]), und mehrerer süd- und mitteldeutscher Fürsten und Grafen, darunter des Herzogs von Württemberg und des Markgrafen von Baden-Durlach, gegen welche sich der Kaiser die weitere Entscheidung nach dem Rate der Kurfürsten vorbehielt. Auch die Verfügungen, welche der Kaiser in der pfälzischen Angelegenheit getroffen, hielt er aufrecht, versprach aber den Kindern des verstorbenen Kurfürsten, wenn sie sich vor ihm gebührlich de-

1893, S. 30 und Ranke, Päpste II [6], 372, N. 1. Hurter ist auch hierfür ganz ungenügend.

1) Für Questenberg war der Freiherr Kurz von Senftenau ernannt worden.

2) Nur jene, die bei Sachsen und den diesem näher stehenden Ständen gedient hatten, wurden amnestiert.

mütigten, aus Gnade einen fürstlichen Unterhalt anzuweisen. Alle übrigen katholischen und protestantischen Stände sollten ihre Besitzungen wieder zurückerhalten.

Mit besonderer Wärme hatte sich der Kurfürst der Schlesier angenommen, ohne aber die Aufnahme günstiger Bedingungen in die Friedensurkunde durchsetzen zu können. Doch versprach der Kaiser in einem Nebenrezesse den Herzogen von Liegnitz, Brieg, Wohlau und Öls und der Stadt Breslau für sich und ihre Unterthanen und Mitbürger Amnestie, Aufrechthaltung ihrer Privilegien und die Ausübung ihrer Augsburgischen Konfession [1]). Dagegen behielt sich der Kaiser ausdrücklich das Recht vor, in den ihm unmittelbar oder andern katholischen Ständen gehörenden Fürstentümern und Herrschaften gegen jene, die sich vergangen, einzuschreiten und auch eine Änderung der Religion vorzunehmen, wobei er denen, welche nicht katholisch werden wollten, das Recht der Auswanderung und eine dreijährige Frist zum Verkauf ihrer Güter zusicherte. Nicht auf einmal, aber doch Schritt für Schritt hat man dann auch besonders in den Städten dem Katholizismus die Herrschaft zu verschaffen gesucht.

Wenn die auswärtigen Mächte diesen Frieden nicht annehmen wollten, so verpflichteten sich Sachsen wie die übrigen demselben beitretenden Reichsstände, dem Kaiser zur Herbeiführung des Friedens Beistand zu leisten, zu welchem Zwecke die Aufstellung eines Reichsheeres in Aussicht genommen wurde: Das Kommando über einen Teil desselben sollte dem Kurfürsten von Sachsen zustehen.

Diesem Frieden schlossen sich im Laufe der nächsten Monate Hessen-Darmstadt, Kurbrandenburg, welchem dafür seine Anwartschaft auf Pommern garantiert wurde, die verschiedenen Linien des Hauses Braunschweig, die Herzoge von Mecklenburg, selbst Herzog Wilhelm von Weimar, Bernhards ältester Bruder, kurz alle norddeutschen Stände von einiger Bedeutung

1) Doch mußte die Stadt Breslau die ihr verpfändete Hauptmannschaft über das gleichnamige Fürstentum ohne Entschädigung zurückgeben.

außer dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel an. Süddeutschland stand schon früher auf der Seite des Kaisers oder war nach der Schlacht bei Nördlingen unterworfen worden. Mit Ausnahme weniger Stände hatte das Reich mit dem Kaiser Frieden gemacht.

## Elftes Kapitel.

### Das Eingreifen Frankreichs und der Tod des Kaisers Ferdinand II.

Mit dem Frieden von Prag erhielt der Krieg wieder einen ganz anderen Charakter. Hatten die unglückseligen Restaurationstendenzen der katholischen Partei 1630 in Deutschland zu einem Glaubenskriege geführt, in welchem Gustav Adolf als Vorkämpfer des Protestantismus auftrat, so änderte sich dies, seitdem das Restitutionsedikt für mehr als ein Menschenalter, also voraussichtlich für immer, außer Kraft gesetzt worden war. Jetzt handelte es sich nicht mehr um die Religion, sondern um die Entscheidung der Frage, ob die Integrität des Reiches gewahrt werden oder ob fremde Mächte, Schweden und Frankreich, auf Kosten Deutschlands und Österreichs sich vergrößern sollten. Daß nicht mehr die Erhaltung des Protestantismus ein vorherrschender Gesichtspunkt war, zeigt sich schon darin, daß fortan das von einem Kardinal gelenkte katholische Frankreich an die Spitze der Feinde des Kaisers tritt.

Richelieu, auf welchen übrigens noch immer der Pater Joseph den größten Einfluß übte, hatte Deutschland gegenüber bisher eine ebenso perfide als erfolgreiche Politik verfolgt. Ohne unmittelbar in den Krieg einzugreifen, hatte er alles gethan, um ihn nicht zu Ende gehen zu lassen, und jede Gelegenheit

zur Vergrößerung des Besitzes und Einflusses Frankreichs auf das Geschickteste benutzt. Er hatte den Schweden einige Mittel zur Fortsetzung des Kampfes gewährt, aber sorgfältig zu verhüten gesucht, daß sie zu mächtig würden und seiner Unterstützung nicht mehr bedürften. Er hatte durch Geld und Versprechungen einzelne protestantische Fürsten Deutschlands oder deren Räte gewonnen, war aber zugleich als Beschützer des Katholizismus und seiner Vertreter aufgetreten. Der Kurfürst Philipp Christoph von Trier, welcher schon seit 1627 von Frankreich ein Jahrgeld bezog, dagegen mit seinem Kapitel und seinen Ständen in Streit und durch die Fortschritte des Schwedenkönigs bedroht war, nahm im Sommer 1632 in seine Hauptstadt und seine Festungen Koblenz und Hermannstein (Ehrenbreitstein) französische Besatzungen auf und hätte diesen auch die in seinem Bistum Speier gelegene starke Festung Philippsburg überlassen, wenn nicht der Kommandant Bamberger dieselbe im Namen des Kaisers verteidigt hätte. Der Erzbischof von Köln, Ernst von Baiern, knüpfte im Sommer 1633 ebenfalls Unterhandlungen mit Frankreich an, um durch dessen Vermittelung die Neutralität zu erlangen, und war bereit, dem Könige dafür zwei Plätze am Niederrhein und zwei in Westfalen einzuräumen. Auch die Häupter des Domkapitels waren damit einverstanden. Vorzüglich die entschieden reichstreue Haltung der Bürgerschaft bewog den Erzbischof, Ende September die Unterhandlungen abzubrechen [1]). Zugleich wurden in den folgenden Jahren französische Truppen an der Ostgrenze Lothringens aufgestellt, um sich, soweit dies ohne offene Verletzung des Friedens möglich war, der Plätze am linken Rheinufer zu bemächtigen. Und da Protestanten wie Katholiken die Festungen, welche sie nicht mehr zu behaupten vermochten, lieber den Franzosen als ihren unmittelbaren Feinden überließen, so brachten dieselben eine Reihe von befestigten Ortschaften, darunter Hagenau und Zabern in ihre Hände.

1) Ennen, Gesch. der Stadt Köln V, 646 ff. Fagniez II, 152 ff.

Die Schwäche Deutschlands wurde auch zur Occupation Lothringens und endlich 1633 zur völligen Vertreibung des Herzogs Karl benutzt, welcher sich durch die Unterstützung des Herzogs von Orléans, des Bruders Ludwigs XIII. und Gegners Richelieus, und durch die Vermählung seiner Schwester mit demselben den Haß der französischen Machthaber zugezogen hatte. Es half nichts, daß Karl zugunsten seines Bruders, des Kardinals Nikolaus Franz, welcher in den Laienstand zurücktrat, auf die Regierung verzichtete. Auch ihm verweigerte der König die Anerkennung. Die Lehenshoheit des Kaisers über Lothringen wurde für eine Usurpation erklärt und zugleich der Reichsadler in den Städten Metz, Toul und Verdun durch die französischen Lilien ersetzt. Immer näher kam Frankreich seinem eigentlichen Ziele, der Gewinnung der Rheingrenze.

Als dann die Niederlage der Schweden und ihrer Verbündeten bei Nördlingen und die Überflutung des südwestlichen Deutschlands durch die Kaiserlichen erfolgten, warfen sich Oxenstjerna und die Mitglieder des Heilbronner Bundes unbedingt in die Arme Frankreichs, von dem sie allein noch Rettung hofften [1]). Jede Rücksicht auf das Interesse Deutschlands wurde von den Heilbronnern beiseite gesetzt. Nicht bloß Philippsburg, welches Bamberger, vom Hunger bezwungen, ihnen im Januar übergeben hatte, wurde den Franzosen überliefert, sondern auch Colmar, Schlettstadt und andere Plätze in Oberelsaß wollte man ihnen überlassen, wenn sie sich nur entschlossen, offen mit dem Kaiser zu brechen und ihnen ein Heer zuhilfe zu schicken. Am 1. November 1634 wurde von ihren Gesandten in Paris ein Vertrag unterzeichnet, welcher für Frankreich so günstig als möglich war. Frankreich, Schweden und die Heilbronner schlossen einen Bund zur Herbeiführung eines guten Friedens in Deutschland, für den man auch andere Reichsstände, namentlich die Kurfürsten von Sachsen

1) Für die Beziehungen Frankreichs zu Schweden und seinen Verbündeten seit 1634 hat **Fagniez** II, 166 ff., der auch die deutschen Werke kennt, aus französischen Archivalien viel Neues gebracht.

und Brandenburg, zu gewinnen suchen sollte. Allen, welche vom Feinde übertreten und von Frankreich in seinen Schutz genommen werden würden, sollte man unter billigen Bedingungen Amnestie bewilligen. Der französische König sollte 500 000 Livres zahlen, um die Armee der Verbündeten kampffähig zu machen, und auf dem linken Rheinufer ein starkes Heer bereit halten, um dasselbe allenfalls gegen den Feind verwenden zu können. Ob der König dem Kaiser den Krieg erklären oder sich wie bisher im Hintergrunde halten wolle, ward ganz in sein Belieben gestellt. Im ersteren Falle wollte er sich verpflichten, für die Dauer des Krieges rechts vom Rhein ein Heer von 12 000 Mann, Deutschen oder anderen Fremden, unter der Führung eines deutschen Fürsten, zu unterhalten. Dafür sollten ihm die Verbündeten das ganze Elsaß, wo schon jetzt der bedrängte Rheingraf Otto Ludwig den Franzosen zahlreiche Plätze überliefert hatte, weiter Breisach und alle Orte den Rhein aufwärts bis Konstanz überlassen. Es war natürlich leere Phrase, wenn Frankreich das Versprechen gab, diese Plätze beim Abschlusse des Friedens wieder zurückzugeben. Trotz großer Bedenken genehmigten endlich auch die deutschen Mitglieder des Heilbronner Bundes diesen Vertrag. Nur Oxenstjerna verweigerte die Unterschrift, weil nach demselben die Subsidien Frankreichs an Schweden eingestellt wurden.

Der französische König gab sich auch jetzt noch den Anschein, daß er den Frieden mit dem Kaiser und der Liga aufrecht halten wolle. Aber thatsächlich hatten die Feindseligkeiten bereits begonnen. Denn um das Schloß von Heidelberg zu retten, welches Johann von Werth nach der Einnahme der Stadt belagerte, überschritt vor Weihnachten 1634 ein französisches Heer bei Mannheim, das ihm von der pfälzischen Regierung eingeräumt worden war, den Rhein und zwang die in Heidelberg lagernden Baiern, welche vollständig überrascht wurden, zur Übergabe der Stadt. Dagegen entriß der Oberst Bamberger den Franzosen am frühen Morgen des 24. Januar 1635 durch Überfall die Festung Philippsburg, wo große

Vorräte an Lebensmitteln und Kriegsmaterial aufgehäuft waren.

Auch jetzt noch leugnete Frankreich jede feindselige Absicht gegen den Kaiser. Aber lange ließ sich dieser Scheinfriede in keinem Falle mehr aufrecht halten. Am 19. Mai 1635 erklärte der König an Spanien den Krieg, weil der Statthalter von Luxemburg am 26. März mit 1200 Mann den Kurfürsten von Trier in seiner Hauptstadt überfallen und gefangen hinweggeführt hatte. Am 13. April ratifizierte Ludwig XIII. ein von seinen Bevollmächtigten am 8. Februar geschlossenes Bündnis mit Holland, worin beide sich verpflichteten, mit 30000 Mann die spanischen Niederlande anzugreifen, welche dann zwischen ihnen geteilt werden sollten. Ein gewaltiges Heer von 132000 Mann beabsichtigte Richelieu aufzustellen. Die Hauptmacht sollte gegen Spanien gerichtet werden, gegen das er in den Niederlanden wie in Italien offensiv vorgehen wollte. Mit den Herzogen von Savoyen, Parma und Mantua wurden zu diesem Zwecke Bündnisse abgeschlossen. Dagegen wollte man sich dem Kaiser gegenüber auf die Verteidigung beschränken und nur die im Elsaß und in der Pfalz besetzten Plätze wie Lothringen zu schützen suchen. Auch wollte Frankreich dem Herzoge Bernhard von Weimar, welcher von den Heilbronnern zum Anführer ihrer Bundesarmee ernannt worden war, die in Aussicht gestellten 12000 Mann schicken.

Von größter Wichtigkeit für die Bestrebungen Frankreichs war es, ob Schweden nach dem Abfalle seiner meisten Bundesgenossen den Krieg gegen den Kaiser fortsetzte oder nicht.

Dieses war durch Mißwachs und übermäßige Anstrengung seiner Kräfte so erschöpft, daß der Reichsrat gern in Deutschland einen Frieden zustande gebracht hätte, besonders weil der Waffenstillstand mit Polen sich seinem Ende nahte und der König Wladislaw IV. zur Erneuerung des Krieges entschlossen schien. Der Reichsrat zeigte sich bereit, gegen eine Geldentschädigung mit dem Kaiser Frieden zu schließen und auf jede Gebietsabtretung zu verzichten. Auch der Reichskanzler war einem Frieden nicht abgeneigt, als er auch den Kurfürsten

von Brandenburg nicht mehr an der Seite Schwedens festzuhalten vermochte. Nur wollte er den Krieg doch nicht ganz ohne Gewinn an Land beenden. Er verlangte Ersatz für die Kriegskosten, die Abtretung Pommerns oder eines anderen Reichslandes und Amnestie für alle deutschen Reichsstände. Längere Zeit wurde mit dem Kurfürsten von Sachsen darüber verhandelt, welchen der Kaiser hierzu bevollmächtigt hatte. Im September erklärte sich Oxenstjerna endlich zum Frieden bereit, wenn die Kriegskosten in der Höhe von 8 Millionen Gulden vergütet, die Soldforderungen des schwedischen Kriegsvolkes durch Deutschland gezahlt würden und bis zur Erfüllung dieser Bedingungen den Schweden die Stadt Magdeburg eingeräumt werde. Da der Kurfürst schließlich 2½ Millionen Gulden und als Unterpfand für die Zahlung derselben die Stadt Stralsund anbot, so schien eine Vereinbarung nicht unmöglich zu sein. Jedenfalls hätte man damals gegen geringe Abtretungen mit Schweden einen Frieden zustande bringen können, und dann wäre Frankreich isoliert und in keiner Weise mehr gefährlich gewesen. Aber der Kaiser und der Kurfürst wollten ohne zwingende Notwendigkeit überhaupt kein deutsches Gebiet preisgeben und hofften durch den Krieg günstigere Bedingungen erzielen zu können. Auf das Drängen des kaiserlichen Gesandten Kurz brach daher der Kurfürst die Verhandlungen ab. Um die Mitte des Oktobers 1635 begann er die Feindseligkeiten gegen die schwedischen Truppen, ohne daß übrigens die Bemühungen, einen Frieden zustande zu bringen, ganz eingestellt wurden [1]).

Schweden verfügte damals nur über einige Regimenter in Niedersachsen, welche bisher unter dem Oberbefehle des Herzogs Georg von Braunschweig-Lüneburg gestanden hatten, und über ein größeres, etwa 20 000 Mann starkes Korps, welches unter

1) Chemnitz II, 732 ff. 815 ff. 836 ff. Hurter, Ferdinand II. XI, 354 ff. und „Friedensbestrebungen K. Ferdinands“, S. 154 ff. Vgl. über die letzten Unterhandlungen zwischen Oxenstjerna und Sachsen auch Meinardus in der Einleitung zu den „Publicationen aus den Preuß. Staatsarchiven“ XLI, XIII f.

Banér in den Hochstiftern Magdeburg und Halberstadt lag. Dieses wie jene bestanden zum größten Teile aus Deutschen, welche nach dem Abschlusse des Friedens der norddeutschen Fürsten mit dem Kaiser lange schwankten, ob sie noch weiter unter den Fahnen Schwedens ausharren sollten, und durch Aufwendung einer bedeutenden Summe leicht für den Dienst des Kaisers oder Sachsens zu gewinnen gewesen wären. Bei der Unzuverlässigkeit dieser Truppen beschloß Banér nur Magdeburg besetzt zu halten, mit den übrigen Streitkräften zog er sich am linken Ufer der Elbe ins Lüneburgische zurück, räumte dann auch dieses und suchte wenigstens Mecklenburg und Pommern zu behaupten.

Ihm folgten auf dem Fuße die Sachsen, welche sich der Südgrenze Mecklenburgs näherten, während ein kaiserliches Korps unter Morzin nach Pommern vordrang und Stargard besetzte. Aber da Arnim aus Mißmut über den Abschluß des Prager Friedens seine Stelle niedergelegt hatte und der an seiner Stelle zum Generallieutenant ernannte Baudissin vom Kriegswesen ebenso wenig verstanden zu haben scheint wie der Kurfürst selbst [1]), so wurde den Fortschritten des sächsischen Heeres trotz seiner bedeutenden Stärke bald Einhalt gethan. Schon am 1. November brachte demselben Banér in einem Treffen bei Dömitz eine empfindliche Schlappe bei. Bald fühlte sich der schwedische General den Gegnern vollständig gewachsen, indem bedeutende Verstärkungen bei ihm eintrafen.

Am 12. September hatte Graf d'Avaux, einer der gewandtesten französischen Diplomaten, welchen Richelieu mit der Vermittelung eines Friedens zwischen Schweden und Polen

1) Ein Herr Vitzthum von Eckstädt, der als sächsischer Oberst den Feldzug mitmachte, erhebt in einem in „Märkische Forschungen" XVI, 303 ff. abgedruckten Tagebuche gegen Baudissin die schwersten Anklagen und faßt S. 363 die „Summa des Krieges" in folgende Verse zusammen:

„Der Herr ist des krieges ein kindt,
Sein Generallieutenant Blaudert in Wind,
Der Commissarius ist ein unverständig Rind,
Vorsichtiger und verständiger Leute rath keine statt find."

beauftragt hatte, nach mehrmonatlichen schwierigen Verhandlungen zwischen diesen beiden Mächten eine sechsundzwanzigjährige Waffenruhe zustande gebracht, wonach Schweden Westpreußen räumte, Schweden vorläufig Livland preisgab. Dadurch wurde das schwedische Korps frei, welches bisher an der unteren Weichsel gestanden, und konnte, geführt vom General Torstensson sofort den Marsch nach Pommern antreten, wo es schon um die Mitte des Oktober eintraf und weiteren Fortschritten der Kaiserlichen Einhalt that.

Mit geringem Erfolge hatte Frankreich trotz der großen Zahl der aufgestellten Truppen im Jahre 1635 den Krieg geführt. Seine Generale und Offiziere waren des Krieges entwöhnt, seine Soldaten verweichlicht und undiszipliniert. Weder in Italien noch in den Niederlanden hatten sie etwas ausgerichtet. Hier hatten ihre Marschälle über die schwächeren Spanier bei Avein im Luxemburgischen einen Sieg erfochten und ihre Verbindung mit den Holländern hergestellt. Als aber ein kaiserliches Korps unter Piccolomini den Spaniern zuhilfe kam, gingen alle Vorteile wieder verloren.

Am Rheine lag die Last des Krieges wesentlich auf Bernhard von Weimar, der von den Franzosen anfangs fast gar nicht unterstützt wurde. Er mußte zusehen, wie von den rechtsrheinischen Plätzen, die sich bisher noch gehalten hatten, einer nach dem andern in die Gewalt der Kaiserlichen fiel. Als diese dann durch den Abschluß des Prager Friedens den Rücken gedeckt sahen, überschritten sie im Juni 1635 auf der ganzen Linie den Rhein, Gallas zwischen Philippsburg und Speier, der Herzog von Lothringen und Johann von Werth bei Breisach, Philipp von Mansfeld bei Eltville. Bernhard sah sich genötigt, mit seinen zusammengeschmolzenen und entmutigten Truppen sich bis zur Saar zurückzuziehen. Ein großer Teil der Pfalz mit der Festung Kaiserslautern wurde von den Kaiserlichen erobert. Das Schloß von Heidelberg kapitulierte, Frankfurt schloß mit dem Kaiser Frieden und vertrieb den Bundesrat der Heilbronner aus seinen Mauern. Ende Juli wurde Bernhard endlich durch ein französisches Korps unter

dem Kardinal de la Valette auf einige zwanzigtausend Mann verstärkt, worauf Gallas sich wieder über den Rhein zurückzog und das hartbedrängte Mainz entsetzt wurde. Da man aber von den deutschen Fürsten, auf welche man gerechnet hatte, keine Unterstützung erhielt, Georg von Lüneburg mit dem Kaiser Frieden schloß, Wilhelm von Hessen sich vorsichtig zurückhielt, Frankreich kein Geld schickte und die Soldaten und Offiziere immer unzufriedener wurden, so traten Bernhard und La Valette Mitte September den Rückzug an, auf dem sie, hart verfolgt von den leichten Truppen Gallas', durch Kämpfe und Krankheiten viele Soldaten, die meisten Pferde und zahlreiche Geschütze verloren. Erst in Metz, wo sie Ende des Monats eintrafen, machten sie Halt.

Unterdessen waren der Herzog von Lothringen und Werth durch das Elsaß kühn bis an die obere Mosel vorgedrungen, wo sich die Einwohner für ihren angestammten Herrn erhoben, und hatten einen Teil Lothringens erobert, obwohl ihnen ein bedeutendes französisches Heer gegenüberstand. Am 16. Oktober vereinigten sie sich östlich von Nancy mit Gallas, der über Saargemünd herangezogen war. Ihnen gegenüber standen Bernhard und die Franzosen, welche ihre Kräfte bei Nancy vereinigt hatten. Durch zwei Seen und Verschanzungen gedeckt, behauptete sich Gallas, welcher möglichst nahe der französischen Grenze die Winterquartiere beziehen wollte, gegen die Feinde. Aber da er sich nur den Freuden der Tafel hingab und sich um seine Soldaten gar nicht kümmerte, so trat in seinem Heer ein furchtbarer Mangel an Lebensmitteln ein. Der Hunger und die zunehmende Kälte riefen eine pestartige Krankheit hervor, welche Tausende seiner Soldaten hinwegraffte. Dies zwang ihn endlich in der zweiten Hälfte des Novembers den Rückzug nach dem nördlichen Elsaß anzutreten, wobei er zwar von den Feinden nicht verfolgt wurde, aber zahllose Soldaten durch Hunger und tödliche Ermattung verlor. So waren die Hoffnungen, welche man eine Zeit lang hatte hegen können, nicht in Erfüllung gegangen. Aber da unterdessen auch Mannheim und Mainz kapituliert hatten,

waren doch die rechtsrheinischen Gebiete, die Rheinpfalz und ein Teil des Elsasses wie des Erzstiftes Trier in diesem Jahre vom Kaiser gewonnen worden.

Frankreich und Bernhard von Weimar waren infolge der Ereignisse dieses Jahres beide zur Überzeugung gekommen, daß sie einander nicht entbehren könnten. Ersteres ging daher endlich auf die Forderungen ein, welche Bernhard für die Aufbringung eines Heeres gestellt hatte. Am 27. Oktober 1635 wurde ein Vertrag abgeschlossen, welcher natürlich „die Wiederherstellung der Freiheit Deutschlands" als Aushängeschild gebrauchte. Der König versprach dem Herzoge jährlich vier Millionen Livres zu zahlen, wogegen dieser die Verpflichtung übernahm, ein Heer von 6000 Mann Kavallerie und 12000 Mann Infanterie mit der entsprechenden Artillerie zu halten, dasselbe unter der Autorität des Königs zu kommandieren und dort, wo dieser es wünschte, zu verwenden. Persönlich wurde ihm für die Dauer des Krieges eine Gage von 200000 Livres und in einem geheimen Artikel die Landgrafschaft Elsaß und die Landvogtei Hagenau mit allen Rechten, welche Österreich dort habe, zugesichert.

Auch mit Oxenstjerna schloß der französische Gesandte Saint-Chamont am 30. März 1636 in Wismar einen Vertrag über die gemeinsame Fortsetzung des Krieges gegen den Kaiser, dessen Ratifikation aber vom schwedischen Reichsrat hinausgeschoben wurde. Den Holländern, unter denen es eine zahlreiche Friedenspartei gab, wurden zur Führung des Krieges gegen Spanien jährlich zwei Millionen Livres zugesichert.

Frankreich selbst, welches energisch gerüstet hatte, wollte sich im Jahre 1636 an der belgischen Grenze auf die Verteidigung beschränken, seine Hauptkräfte aber zur Vertreibung der Spanier aus Italien, zur Wiedereinnahme des Restes von Lothringen, zur Deckung des Elsasses und zur Eroberung der Franche Comté verwenden, um so sein Gebiet bis zum Jura wie bis zum Oberrhein vorzuschieben.

Doch gingen auch in diesem Jahre die Hoffnungen der Franzosen nicht in Erfüllung.

In Italien drang zwar der Herzog von Savoyen, welcher durch ein französisches Korps verstärkt war, in das Mailändische ein, mußte sich aber bald wieder über den Tessin zurückziehen.

Der Herzog von Condé, welcher Ende Mai die Franche Comté angriff, vermochte nicht einmal die schwach besetzte Grenzfestung Dôle zu erobern und mußte am 15. August die Belagerung aufheben [1]), als vom Rheine her ein kaiserliches Korps unter Lamboy, von Norden her der Herzog von Lothringen zum Entsatze heranrückten und zugleich Frankreich selbst bedroht wurde.

Von verschiedenen Seiten waren die Feinde Anfangs Juli in dieses Reich eingebrochen. Der spanische Kardinalinfant, Piccolomini und Johann von Werth griffen Anfangs Juli die Picardie an und brachten mehrere Festungen in ihre Gewalt. Ja, der gefürchtete Werth drang mit seinen Reitern bis in die Nähe von Paris vor und setzte die Bewohner so in Schrecken, daß die nach Süden führenden Straßen mit Flüchtigen zu Fuß und zu Pferde und mit Wagen voll von geflüchteter Habe bedeckt waren. Gleichzeitig hatte der Herzog von Lothringen von Luxemburg her die Grenze seines Landes überschritten, dasselbe von Norden nach Süden durchzogen und nach der Franche Comté vordringend zur Rettung Dôles mitgewirkt. Nur Gallas wurde durch Bernhard von Weimar und de la Valette in seinem Lager bei Drusenheim östlich von Hagenau festgehalten. Als aber diese zum Schutze Lothringens über die Vogesen zurückgingen, zog Anfangs September auch Gallas mit dem größten Teile seines Heeres in die Franche Comté, um vereint mit Lamboy und dem Herzoge von Lothringen das Herzogtum Burgund anzugreifen. Obwohl jetzt auch Bernhard von Weimar und de la Valette dem Herzoge von Condé zuhilfe kamen, waren doch die Kaiserlichen, zu denen noch ein in Schlesien geworbenes Korps unter Butler stieß, den Fran-

1) Vgl. Duc d'Aumale, Hist. des princes de Condé III, 271 sqq

zosen überlegen. Aber Gallas, der für seine wichtigste Aufgabe immer die Schonung seines Heeres ansah und zu einer kräftigen Kriegführung gar nicht geeignet war, scheute eine offene Schlacht und blieb so lange unthätig, bis ihn das schlechte Wetter, der Mangel an Lebensmitteln und die steigende Unzufriedenheit seiner Soldaten im November zu einem verlustreichen Rückzug über die Saone und endlich über den Rhein nötigten. Auch aus der Picardie wurden die Spanier durch die Franzosen, welche hier ein großes Heer aufgestellt hatten, wieder hinausgedrängt.

In Norddeutschland wechselten die Geschicke des Krieges. Der baierische Feldmarschall Götz vertrieb im August 1636 den Landgrafen von Hessen-Kassel, der sich wieder offen den Feinden angeschlossen hatte, aus seinem Land und entriß ihm auch den größten Teil der Städte, deren er sich während der letzten Jahre in Westfalen bemächtigt hatte.

Dagegen führten die Schweden den Krieg mit entschiedenem Glücke. Kaum war Torstensson mit einem Teile der aus Preußen herangezogenen Truppen in Pommern angelangt, so ergriff Banér trotz des Eintrittes des Winters mit der Energie und Raschheit, die ihn auszeichneten, die Offensive [1]. Er drängte die Sachsen, die in Mecklenburg eingedrungen waren, im Dezember in mehreren glücklichen Treffen in die Mark Brandenburg zurück, eroberte Havelberg und stand schon Anfangs Januar 1636 drohend in der Nähe von Berlin, welches der Kurfürst flüchtig verlassen hatte. Am 22. überschritt er bei Werben die Elbe und drang über Magdeburg am linken Ufer der Saale bis Naumburg in Thüringen vor.

Der Anmarsch des Grafen Hatzfeld, der auf Befehl Gallas' fünfundzwanzig Regimenter von Köln an die Elbe führte, zwang Banér, sich um die Mitte des April nach Magdeburg, ja später nach Werben zurückzuziehen. Am 11. Juli ergab sich Magdeburg nach längerer Belagerung den vereinigten Sachsen

1) Vgl. hierüber „J. Baners bref“, S. 254 ff., die sehr interessante Details enthalten.

und Kaiserlichen, welche nun wieder bis in den Norden der Mark Brandenburg vordrangen. Aber am 4. Oktober wurden der Kurfürst Johann Georg und Hatzfeld von Banér, der durch verschiedene Truppenteile verstärkt worden war, bei Wittstock angegriffen und, nachdem sie anfangs im Vorteile gewesen, durch eine Umgehung in der rechten Flanke gefaßt und nach schweren Verlusten an Toten und Gefangenen zu einem nächtlichen Rückzuge gezwungen, wobei das ganze Geschütz zurückgelassen wurde [1]). Schon Mitte November stand Banér wieder in Thüringen, von wo er sich zuerst nach Hessen und dann nach der Eroberung Erfurts am Beginn des Jahres 1637 gegen Sachsen wendete, welches also wiederum von den Feinden heimgesucht und verheert wurde. Auch ein Teil Brandenburgs mit Berlin ward von schwedischen Truppen besetzt.

So entbrannte der Krieg in Deutschland mit größerer Wut als je. Verhandlungen zur Herbeiführung eines Friedens, wie sie damals von verschiedenen Seiten veranlaßt wurden, versprachen daher von vornherein wenig Erfolg. Einen Friedenskongreß, welcher auf Wunsch des Papstes Urban VIII. im Herbste 1636 in Köln zusammentreten sollte, beschickte Schweden gar nicht, weil es die päpstliche Vermittelung grundsätzlich nicht annehmen wollte. Auch die Franzosen machten Schwierigkeiten, weil der Kaiser und der König von Spanien die mit Frankreich verbündeten deutschen Reichsstände und die Holländer nicht als selbständige kriegführende Parteien zulassen wollten. Den Versuchen der Holländer, des Markgrafen Sigismund von Brandenburg, des Großoheims des Kurfürsten, und der Herzoge von Sachsen-Lauenburg, ernstliche Unterhandlungen zwischen Schweden und dem Kaiser in Gang zu bringen, setzte jenes ebenfalls verschiedene Schwierigkeiten entgegen [2]).

1) Banérs Bericht an die Königin in „Baners bref“, S. 856 ff. Vgl. R. Schmidt, Die Schlacht bei Wittstock (1876).

2) Odhner, Die Politik Schwedens im Westphälischen Friedenscongreß, S. 48 ff. Hurter XI, 480 ff. Koch, Gesch. des deutschen Reiches unter der Regierung K. Ferdinands III. I, 29 ff. Vgl. Ranke, Päpste II⁶, 372 f.

Ebenso wenig war es Frankreich mit der Friedensliebe ernst, die es äußerlich an den Tag legte. Der Krieg, der einen immer brutaleren Charakter annahm, sollte noch über ein Jahrzehnt fortdauern.

Dagegen errang der Kaiser einen großen diplomatischen Erfolg, indem er ohne Schwierigkeit die Wahl seines Sohnes Ferdinand zum römischen Könige durchsetzte, welche ihm 1630 von allen Kurfürsten verweigert worden war.

Schon bald nach dem Abschlusse des Prager Friedens hatte der Erzbischof von Mainz die Sache angeregt und dem Kaiser geraten, sich zunächst mit dem Kurfürsten von Sachsen darüber zu verständigen. Da die Stimmungen der Kurfürsten dem Plane günstig waren, so berief der Erzbischof von Mainz als Reichserzkanzler dieselben auf den 8. September 1636 nach Regensburg, wo sich der Kaiser mit seiner Gemahlin und einem glänzenden Hofstaate einfand. Auch die Kurfürsten von Mainz, Köln und Baiern erschienen persönlich, während Sachsen und Brandenburg durch Gesandte vertreten waren. Am 22. Dezember erfolgte die Wahl Ferdinands III., von der aber die Kurfürsten selbst den gefangenen Erzbischof von Trier wegen seiner reichsverräterischen Verbindungen mit Frankreich ausgeschlossen hatten. In der Wahlkapitulation hatte man übrigens der Gewalt des Kaisers manche neue Schranken gesetzt, namentlich die Bestimmung in dieselbe aufgenommen, daß ohne Zustimmung der Kurfürsten über niemand, auch nicht wegen Reichsfriedensbruches, die Reichsacht solle verhängt werden dürfen [1]).

Wenn man ein Zwischenreich und die besonders bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands doppelt gefährlichen Folgen eines solchen verhüten wollte, war in der That keine Zeit zu verlieren gewesen. Denn die Gesundheit Ferdinands II. war schon längere Zeit erschüttert. Die Wassersucht, an welcher er litt, griff immer mehr um sich. In Regensburg hatte er einen so schweren Anfall gehabt, daß er zwei Stunden lang das

1) Hurter XI, 489 ff.

Bewußtsein verlor und man glaubte, er werde die Nacht nicht überleben. Ernstlich krank kam er am 8. Februar 1637 nach Wien zurück, wo er am 15., noch nicht einmal 59 Jahre zählend, aus dem Leben schied.

Von den sieben Kindern, welche ihm seine erste Gemahlin Maria Anna von Baiern geboren hatte, überlebten ihn zwei Söhne, Ferdinand und Leopold Wilhelm, und zwei Töchter, Maria Anna und Cäcilia Renata, von welchen die erstere im Jahre 1635 den zweiundsechzigjährigen Kurfürsten Maximilian von Baiern geheiratet und diesem bereits einen Thronerben geschenkt hatte, die letztere bald nach dem Tod ihres Vaters dem Könige Wladislaw von Polen die Hand reichte.

Um eine weitere Zersplitterung der habsburgischen Besitzungen zu verhüten, hatte Ferdinand II. schon am 10. Mai 1621 ein Testament verfaßt [1]), worin er vermöge seiner kaiserlichen, königlichen und landesfürstlichen Gewalt befiehlt, daß fortan seine Erbkönigreiche und Länder nie mehr geteilt werden, sondern alle auf den ältesten Descendenten nach dem Rechte der Erstgeburt übergehen, im Falle des Aussterbens des Mannsstammes aber an seinen ältesten Bruder und dessen eheliche männliche Linie kommen sollten. Der Thronerbe sollte aber verpflichtet sein, jedem der jüngeren Brüder zu seiner Unterhaltung jährlich 45 000 Gulden zu zahlen und eine Herrschaft als Residenz einzuräumen.

Er vermochte dann freilich seinen eigenen Brüdern gegenüber den Grundsatz der Unteilbarkeit der österreichischen Länder nicht durchzusetzen. Sein Bruder Leopold, Bischof von Passau und Straßburg und Gubernator Tirols und der Vorlande, welcher in den Laienstand zurückzutreten und sich zu verehelichen wünschte, verlangte, zugleich im Namen seines jüngsten Bruders Karl, Bischofs von Breslau und Brixen, am Anfang des Jahres 1623 unter Berufung auf die von Ferdinand I. getroffenen Verfügungen nicht bloß eine Teilung der ober- und vorder-

1) Vollständig mit dem Codizille von 1635 bei Schrötter, Abhandlungen aus dem österr. Staatsrechte V, 504 ff.

österreichischen Länder, sondern auch Anteil an den Erträgnissen des Erzherzogtums Österreich und der Königreiche Böhmen und Ungarn. Der Kaiser zeigte sich in der That sehr entgegenkommend. Schon am 29. Oktober 1623 versprach er, seinem Bruder Karl gegen die Verzichtleistung auf alle weiteren Ansprüche auf Lebensdauer die Grafschaft Glatz, die Fürstentümer Oppeln und Ratibor, die böhmische Herrschaft Nachod und die Markgrafschaft Burgau zu überlassen. Am 15. November schloß er auch mit Leopold ein „Konkordat", nach welchem dieser zwei Drittel Tirols und der Vorlande als Eigentum mit dem Rechte der Vererbung auch auf seine männlichen Nachkommen erhalten, das letzte Drittel aber im Namen des Kaisers verwalten sollte. Auch dieses Drittel (die Landgrafschaft Elsaß mit dem Sundgau, die Ortenau und den Breisgau) trat er ihm am 24. Oktober 1630, nachdem Erzherzog Karl bereits 1624 gestorben war, als Eigentum ab [1]). Dagegen erkannte Erzherzog Leopold die Einführung der Primogenitur in Österreich an und bestimmte auch in seinen Gebieten zu seinem Nachfolger seinen älteren Sohn Ferdinand Karl, für den nach seinem Tode (13. September 1632) seine Witwe Claudia von Medicis die vormundschaftliche Regierung führte.

Die Verzichtleistung des Erzherzogs Leopold auf die von ihm bisher innegehabten Bistümer gab dem Kaiser Gelegenheit, seinen jüngeren Sohn Leopold Wilhelm mit kirchlichen Einkünften auszustatten. 1625 wurde der noch nicht zwölfjährige Prinz Bischof von Passau und Straßburg, 1627 von Halberstadt, dann, ohne inneren Beruf für den geistlichen Stand und ohne je die Weihen zu empfangen, 1637 auch noch Bischof von Olmütz, 1655 von Breslau und 1642 zugleich Hoch- und Deutschmeister. So bezog er größere Einkünfte, als wenn er mit einem österreichischen Lande ausgestattet worden wäre.

1) V. v. Renner, Die Erbtheilung K. Ferdinands II. mit seinen Brüdern. „Zeitschr. des Ferdinandeum", III. Folge XVIII, 197 ff.

33*

# Zwölftes Kapitel.

## Die steigende Übermacht Schwedens und Frankreichs. — Der Krieg mit Georg I. Rákóczy, Fürsten von Siebenbürgen.

Als Ferdinand III. 1637 die Zügel der Regierung in die Hand nahm, stand er im neunundzwanzigsten Lebensjahre. Er war in seiner Jugend von schwächlichem Körperbau und versprach kein langes Leben. Doch kräftigte sich seine Gesundheit in späteren Jahren infolge körperlicher Übungen, besonders der Jagd, welcher er übrigens nicht mit solcher Leidenschaft huldigte wie sein Vater. Diesem glich er in Beziehung auf die strenge Erfüllung der Vorschriften der katholischen Kirche, die makellose Sittenreinheit, das musterhafte Familienleben, die Abneigung gegen die an den meisten deutschen Höfen herrschende Schlemmerei, die mit Würde verbundene Leutseligkeit gegen Hohe und Niedrige, die Vorliebe und das feine Verständnis für Musik, in der er selbst als Komponist ein beachtenswertes Talent an den Tag legte [1]). Auch für die Malerei und die Wissenschaften zeigte er viel Sinn. In kirchlichen Fragen legte er trotz seiner persönlichen Religiosität eine freiere Denkungsart an den Tag als sein Vater. Die Jesuiten erlangten unter ihm in politischen Angelegenheiten nie großen Einfluß; und auch manche Einkünfte, mit denen sie sein Vater ausgestattet, hat er ihnen entzogen. Überhaupt war ihm die gedankenlose Freigebigkeit seines Vaters fremd. Nie hat er an seine Minister und Günstlinge und an Geistliche und Klöster Geld und Güter so mit vollen Händen ausgeteilt wie

1) Drei kirchliche Kompositionen desselben sind herausgegeben von Adler, Musikalische Werke der Kaiser Ferdinand III., Leopold I. und Joseph I. „Denkmäler der Tonkunst in Österreich" I.

dieser. Der Verschwendung in der Hofhaltung hat er gleich nach seiner Thronbesteigung einigermaßen Einhalt gethan [1]).

Es war dies freilich um so notwendiger, als der Krieg mit erhöhter Heftigkeit fortdauerte [2]).

**Banér**, welcher in der ersten Hälfte des Januar 1637 verheerend in Sachsen eingefallen war, hatte sich der Festung Torgau bemächtigt und die Belagerung Leipzigs unternommen, welches aber von der Besatzung und den Bürgern mit Erfolg verteidigt wurde. Als die kaiserlichen Generale Hatzfeld und Götz vom Niederrhein Truppen heranführten und sich mit den Sachsen und Brandenburgern vereinigten, mußte sich Banér in der ersten Hälfte des März nach Torgau zurückziehen, wo er sich, durch weite Schanzen gedeckt, über drei Monate gegen die zahlreicheren Feinde behauptete. Erst als auch noch Gallas mit Verstärkungen an der Elbe erschien, trat Banér am 29. Juni einen meisterhaften Rückzug nach Pommern an [3]), welches die Schweden nach dem im März erfolgten Tode des Herzogs Bogislaw für sich in Besitz genommen hatten. Begünstigt durch die Beschaffenheit des Landes, dessen Festungen, Flüsse, Seen und Sümpfe die Verteidigung erleichterten, rettete sich Banér vor den nachdringenden Feinden, vermochte aber in Vorpommern doch nur die festesten Städte zu behaupten.

1) Die Charakteristiken, welche die venetianischen Botschafter 1630, 1638, 1641 und 1654 von ihm geben, stimmen, wenn man auf die Verschiedenheiten, welche Folge des zunehmenden Alters waren, Rücksicht nimmt, vollkommen miteinander überein. Fiedler, Relationen der Botschafter Venedigs, I. B. (F. R. Austriac. Dipl. et Acta XXVI), S. 152. 184. 188 ff. 277 f. 387 ff. — Die Auslagen für den Hofstaat, die 1625 450 000 fl. betragen hatten, dann noch gestiegen zu sein scheinen, wurden 1638 auf 394 855 fl. reduziert. 1644 betrugen sie allerdings wieder 486 100 fl. Oberleitner, Beiträge. „Archiv f. österr. Geschq." XIX, 48.

2) Auch für die weitere Kriegsgeschichte verweise ich auf die allgemeinen Werke von Barthold und Geijer. Bis zu Banérs Tode sind dessen mehrfach erwähnten Briefe, vom Juli 1641 an bis zum Juli 1646 der IV. Teil von Chemnitz wichtige Quellen.

3) Sein Bericht hierüber d. d. Freienwalde 3./13. Juli in „Baners bref", S. 866 ff.

Wolgast, Demmin und andere Plätze, auch die Insel Usedom wurden von den Kaiserlichen besetzt. Außerhalb Pommerns verloren die Schweden alle wichtigeren Plätze bis auf Erfurt, Minden und Wismar.

Auch der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, der mit französischer Unterstützung den Krieg fortführte, hatte neuerdings aus seinem Lande weichen müssen und dann am 1. Oktober in Ostfriesland, welches er ohne Grund angegriffen hatte, durch eine Krankheit ein frühes Ende gefunden. Seine Witwe Amalie Elisabeth, die Vormünderin seines unmündigen Sohnes Wilhelm, sah sich genötigt, mit Götz, der in ihr Land eingebrochen war, einen Waffenstillstand zu schließen und Unterhandlungen mit dem Kaiser anzuknüpfen, welcher ihr auch Amnestie und freie Ausübung der reformierten Religion für ihr Land zusicherte, während sie dieses Zugeständnis für alle Reichsstände forderte. Zwei Jahre zogen sich die Verhandlungen darüber hin, bis die Landgräfin die Zeit zur Wiedererneuerung des Krieges günstig fand.

Die Vereinigung der meisten Streitkräfte des Kaisers gegen die Schweden hatte auf die Kriegführung am Rheine nicht ohne großen Einfluß bleiben können.

Anfangs hielten die Kaiserlichen und Baiern den Feinden auch hier wenigstens das Gleichgewicht. Infolge der Sparsamkeit der Franzosen, welche auf das Drängen Bernhards von Weimar immer viel versprachen aber wenig leisteten, brachte auch der Herzog die von ihm zu stellende Truppenzahl nie vollständig auf und konnte im Jahre 1637 erst um die Mitte des Juni seine Operationen beginnen. Johann von Werth, welcher vom Kurfürsten von Baiern den Auftrag erhalten hatte, aus den Niederlanden wieder an den Rhein zu ziehen, hatte daher Zeit gehabt, Hermannstein, die letzte Festung, die im Trierschen noch in den Händen der Franzosen war, ernstlich zu belagern, jeden Entsatzversuch zu hindern und der tapferen Besatzung die Zufuhr der Lebensmittel abzuschneiden, so daß diese, von Hunger bezwungen, am 26. Juni gegen freien Abzug sich ergab.

Unterdessen war Bernhard von Weimar in die Franche Comté eingedrungen und hatte den Herzog von Lothringen nach einem Treffen bei Gray (24. Juni) zum Rückzuge hinter die Mauern von Besançon gezwungen. Doch hielt er sich nicht mit der Eroberung dieses Landes auf, sondern zog durch die Grafschaft Mömpelgard und das südliche Elsaß an den Rhein, um in Süddeutschland einzubrechen und hier den Krieg neuerdings zu entflammen. Von den Straßburgern, die scheinbar neutral waren, aber doch mit ihm liebäugelten, mit dem notwendigen Material versehen, übersetzte er Anfangs August bei Rheinau, wo zahlreiche Inseln die Unternehmung erleichterten, auf einer Schiffbrücke den Rhein und schützte sich durch Anlegung eines starken Brückenkopfes und anderer Verschanzungen bei Wittenweier. Johann von Werth, der unterdessen mit seinem Korps an den Oberrhein geschickt worden war, kam zu spät, um die Landung der Feinde zu hindern. Die von Bernhard immer mehr verstärkten Verschanzungen vermochte er nicht mehr zu nehmen.

Aber auch Bernhard war nicht imstande, weitere Fortschritte zu machen. Während die Gegner durch neue Reiterei unter dem Herzoge von Savelli [1]) und Forgách und durch Artillerie unter Caretto de Grana verstärkt wurden, schwand sein Heer durch Entbehrungen und Krankheiten immer mehr zusammen. Die französischen Truppen, deren Unterstützung er erbat, blieben aus. An eine Zurückdrängung der Feinde war gar nicht zu denken. Dagegen zog der Herzog von Lothringen aus der Franche Comté nach dem südlichen Elsaß und drohte ihm auch die Verbindung mit Frankreich abzuschneiden. Andere Abteilungen der Kaiserlichen gingen bei Philippsburg über den Rhein. Unter solchen Verhältnissen beschloß Bernhard nach der Mitte des September sein Heer über den Fluß zurückzuführen und nur die Verschanzungen besetzt zu halten. Auch im Elsaß konnte er sich nicht halten. Ende Oktober zog er

1) Dieser war längere Zeit kaiserlicher Botschafter in Rom gewesen, aber jetzt wieder mit einem militärischen Kommando betraut worden.

mit den Trümmern seines Heeres, die nur noch 3500 Mann gezählt haben sollen, ohne Rücksicht auf die Neutralität der Schweiz in das Gebiet des Bischofs von Basel, wo er, durch das Gebirge gedeckt, in Delsburg sein Hauptquartier aufschlug.

Nach Bernhards Abzuge gingen auch die von den Franzosen besetzten Rheinschanzen verloren. Von Johann von Werth und kaiserlichen Truppen, die bei Breisach den Fluß überschritten, am linken, vom kaiserlichen General Enckevoert am rechten Ufer angegriffen, fiel in den ersten Tagen des Novembers eine Schanze nach der andern, ohne daß die französische Besatzung eine ernstliche Verteidigung auch nur versucht hatte. Was nicht gefallen oder im Rheine ertrunken war, mußte sich kriegsgefangen ergeben.

Es war ein Zeichen des geschwundenen Vertrauens auf Frankreich, daß der Herzog Eberhard von Württemberg, welcher sich mit anderen Heilbronnern unbedingt dieser Macht angeschlossen hatte und deswegen nicht in den Prager Frieden aufgenommen worden war, im Jahre 1637 die Gnade des Kaisers zu erlangen suchte. Ferdinand III. versprach auch am 24. November seine Wiedereinsetzung unter der Bedingung, daß ihm die Festung Hohentwiel abgetreten würde. Doch hatte der Kommandant Wiederhold gerade vorher mit Bernhard von Weimar einen geheimen Vertrag geschlossen, wonach er in dessen Dienste trat und diesem die Festung zu überliefern versprach, was auch die Einsetzung des Herzogs Eberhard bis zum Oktober des folgenden Jahres verzögerte.

Aber nur zu bald trat ein vollständiger Umschwung ein [1]). Herzog Bernhard, der von Frankreich durch einen neuen Subsidienvertrag zufrieden gestellt worden war, brach mit seinen Truppen mitten im Winter aus seinen Winterquartieren auf,

1) Für die folgenden Kämpfe ist mit G. Droysen, Bernhard von Weimar II, 335 ff., der nur einseitiges Quellenmaterial benutzt hat, L. H. Wetzer, Der Feldzug am Ober-Rhein 1638 und die Belagerung von Breisach. „Mitth. des k. k. Kriegs-Archivs“, N. F. I, 223—344; II, 257—378 und III, 1—154 zu vergleichen.

um Deutschland von Süden her anzugreifen. Ohne sich um die Neutralität der Schweiz zu kümmern, deren protestantische Kantone mit ihm sympathisierten, zog er durch das Gebiet von Basel in das Frickthal, schickte am 30. Januar 1638 unerwartet bei Seckingen auf Kähnen einige Truppen über den Rhein, bemächtigte sich dieser Stadt wie des östlich davon gelegenen Laufenburg, wo eine Brücke über den Fluß führte, und begann nun am 2. Februar auf beiden Ufern die Belagerung der Festung Rheinfelden, deren Kommandant Obristwachtmeister Rödel, von den Bürgern unterstützt, dieselbe kräftig verteidigte. Schon waren einige Außenwerke durch Minen zum Falle gebracht, als endlich Entsatz nahte.

Die kaiserlichen und baierischen Truppen waren meist in ziemlicher Entfernung vom Rheine bis nach Württemberg, ja bis nach Franken und an den Mittelrhein in die Winterquartiere verlegt worden und konnten nur langsam herankommen. Unter den hier kommandierenden Generalen fehlte es an dem notwendigen Einvernehmen. Ferdinand III. hatte jetzt den Oberbefehl über die Armee im südwestlichen Deutschland dem aufgeblasenen Herzoge von Savelli anvertraut, der bei den Deutschen weder beliebt noch geachtet war und namentlich mit Werth, dem Führer der Baiern, auf schlechtem Fuße stand. Trotz des Sträubens Werths, welcher die Vereinigung einer größeren Truppenmacht anriet, zog derselbe von Villingen mit ungenügenden Streitkräften an den Rhein. Da jedoch auch Bernhard seine Truppen, die im ganzen nur 6—8000 Mann zählten, noch nicht beisammen hatte, wurde er am 28. Februar von Savelli und Werth am rechten Rheinufer oberhalb Rheinfelden geschlagen und gezwungen, die Belagerung dieser Festung aufzuheben und sich nach Laufenburg zurückzuziehen. Weil aber Savelli, der hier keine größeren Feldherrengaben als einst gegen Gustav Adolf an den Tag legte und seinen Gegner unterschätzte, alle militärischen Vorsichtsmaßregeln unterließ, so kehrte Bernhard schon nach zwei Tagen wieder um und erneuerte am 3. März mit verstärkten Kräften den Angriff. Die Feinde, welche vollständig überrascht

wurden und ihre Truppen nicht vereinigen konnten, leisteten nur kurzen Widerstand und erlitten eine gänzliche Niederlage. Alle Generale, Savelli, Werth, Enckevoert und Sperreuter, wie fast alle anderen höheren Offiziere, die nicht gefallen waren, und ein großer Teil der Gemeinen gerieten in die Gefangenschaft. Werth und Enckevoert wie die erbeuteten Fahnen und Standarten wurden von Bernhard an den König von Frankreich geschickt, „unter dessen Autorität" er ja seine Truppen kommandierte. Drei Wochen später übergab der Kommandant von Rheinfelden, dessen Pulvervorrat erschöpft war, die tapfer verteidigte Festung gegen freien Abzug der Besatzung, welche Herzog Bernhard zum Eintritt in seine Dienste zu zwingen suchte.

Am 2. April erschien Bernhard vor Freiburg im Breisgau, welches nur ungenügend besetzt war. Als es sich am 11. ergab, wurde der Besatzung und den Bewohnern freier Abzug mit militärischen Ehren und die Mitnahme ihrer Habe gestattet. Aber auch hier wurden die Bedingungen von den Belagerern nicht vollständig gehalten, die Abziehenden von den Weimaranern überfallen, viele ausgeplündert oder mißhandelt, mehrere erschlagen, ein Teil unter die Soldaten gesteckt.

Das nächste Ziel der Operationen des Herzogs Bernhard war die Eroberung Breisachs, welches die oberrheinische Ebene beherrschte und durch eine feste Brücke mit dem Elsaß verbunden war. Es war die stärkste Festung des südwestlichen Deutschland, aber für eine lange Belagerung nicht ausreichend verproviantiert, weil trotz des Drängens und der Warnungen des Kommandanten Feldzeugmeisters Reinach die Regierung in Innsbruck und deren Organe in den Vorlanden die Zufuhr von Getreide mit großer Schwerfälligkeit betrieben hatten.

Ehe übrigens der Herzog an die Belagerung gehen konnte, nahte Entsatz.

Auf die Nachricht von dem Ausgange der zweiten Schlacht bei Rheinfelden hatte der in Westfalen stehende baierische Feldmarschall Götz vom Kaiser den Befehl erhalten, sich an die Spitze einer „Reichsarmee" zu stellen, die bei Nördlingen und

Schwäbisch Gmünd zusammengezogen werden sollte. Bernhard marschierte nach dem Falle Freiburgs und dem Eintreffen eines kleinen französischen Korps (etwas über 3000 Mann) unter dem Marschall Guébriant dem Baiern bis Rottweil entgegen, um ihm eine Schlacht zu liefern. Aber Götz wich ihm aus und gelangte durch das Kinzig-Thal an den Rhein. Hier standen sich die beiden Heere mehrere Wochen gegenüber. Götz, dessen Armee man auf 13 500 Mann schätzte, scheute einen offenen Kampf mit seinem Gegner, der ihm an Truppenzahl ungefähr gleich und dessen Feldherrntalente ihm gut genug bekannt waren, hielt sich sorgfältig in der Defensive und beschränkte sich darauf, einiges Getreide, von dem er übrigens selbst keinen Vorrat hatte, nach Breisach zu schaffen. Auch Bernhard wollte die Ankunft von französischen Verstärkungen abwarten, welche, freilich nur ungefähr 2000 Mann zählend, unter Turenne von Burgund her auf dem Marsche waren und erst Ende Juli in Colmar eintrafen.

Gleichzeitig erschien bei Götz der Herzog von Savelli, welcher aus der Gefangenschaft in Laufenburg entkommen und trotz seiner Niederlage bei Rheinfelden vom Kaiser wieder mit einem Kommando betraut worden war, weil er sich der Gunst des Grafen Trauttmansdorf erfreute, der Obersthofmeister des Kaisers und Präsident des Geheimen Rates war und auf Ferdinand III. fast denselben Einfluß übte wie Eggenberg auf Ferdinand II. Savelli brachte übrigens nur 2400 Mann mit sich, trat aber, stolz auf seine vornehme Abkunft, mit großer Anmaßung auf und setzte es durch, daß Götz im Oberkommando Tag für Tag mit ihm abwechselte.

Obwohl die vereinigte Armee kaum 12 000 Mann stark war und die Truppen Bernhards den ihrigen an Zahl überlegen gewesen zu sein scheinen, faßten Savelli und Götz den Entschluß, durch einen kühnen Marsch an den Feinden vorbei längs des Rheines mit 1000 Proviantwagen von Offenburg bis Breisach vorzudringen. Savelli, dem Götz einen Teil seiner Regimenter überließ, führte die größere Hälfte als Avantgarde, Götz die Nachhut. Sorglos, ohne Aussendung

von Patrouillen und ohne Sicherungsmaßregeln, zog Savelli am 9. August zwischen dem Rhein und einem Walde dahin. Völlig unerwartet stieß er am Ausgange desselben südlich von Wittenweier auf den in Schlachtordnung aufgestellten Feind. Schon waren seine schlecht geführten Truppen teilweise zum Weichen gebracht, als Götz herankam, sich mit großem Ungestüm auf den Feind warf und sogar einen Teil der Artillerie desselben eroberte. Aber nach fünfstündigem Kampfe wurde auch er zum Rückzuge gezwungen. Nur 2000 Mann kamen nach Offenburg zurück. Die übrigen waren tot, gefangen oder zersprengt. Die Proviantwagen wie die Bagage fielen in die Hände der Sieger, welche freilich auch große Verluste erlitten hatten.

Nach diesem neuen Siege konnte Bernhard seine Hauptaufmerksamkeit der Festung Breisach zuwenden. Doch wollte er sie nicht durch eine regelrechte Belagerung zum Falle bringen, sondern durch Hunger bezwingen, zu welchem Zwecke er sie durch einen weiten Bogen von Gräben, Wällen und Schanzen vollständig einschloß. Da schon jetzt die Lebensmittel knapp waren, konnte die Festung nur durch Hilfe von außen gerettet werden.

In der That war der Kaiser bemüht, neuerdings ein Heer aufzustellen, welches den Entsatz versuchen sollte. Aus den Niederlanden unter Lamboy, aus Böhmen wurden Truppen nach Württemberg beordert. Von der Franche Comté her sollte der Herzog von Lothringen an den Rhein ziehen.

Wäre der Angriff zu beiden Seiten des Rheins gleichzeitig erfolgt, so wäre Bernhard, dessen Armee auch sehr geschwächt war, in eine üble Lage gekommen. Aber Götz, ein tapferer aber unentschlossener General, zögerte mit dem Vormarsch aus dem Schwarzwalde, bis Lamboy mit seinen Truppen angekommen war. So konnte Bernhard sich zuerst gegen den Herzog von Lothringen wenden, den er am 15. Oktober in einem Treffen bei Thann nordwestlich von Mühlhausen zurücktrieb, und stand schon wieder in seinem Lager bei Breisach, als Götz mit ungefähr 10000 Mann vor dieser Festung er=

schien. Auch jetzt entwickelte Götz nicht die Thatkraft, welche zur Rettung Breisachs notwendig gewesen wäre. Er ließ nach längerem Bedenken auf das Drängen des Feldzeugmeisters von der Goltz am 24. Oktober durch einen Teil seiner Armee die feindlichen Schanzen angreifen, welche die Schiffbrücke Bernhards deckten. Diese wurden im Sturm genommen, die Feinde über die Brücke getrieben. Aber während diesen von den Rheininseln her die Franzosen unter Turenne zuhilfe kamen, blieb Götz mit dem größeren Teile seiner Streitkräfte unthätig stehen. Die Stürmenden wurden daher unter großen Verlusten wieder aus den Schanzen vertrieben, worauf Götz seine Armee nach Württemberg zurückführte.

Der Kaiser gab neuerdings Befehl, Breisach, „dies edle Kleinod, dem römischen Reich zu erhalten“ oder einen andern Platz zwischen diesem und Basel zu erobern, um eine Verbindung mit den linksrheinischen Gebieten herzustellen. Götz hatte den Plan, über die Waldstädte nach Hüningen und Neuenburg vorzudringen, und gelangte am 19. November nach Klein-Laufenburg. Aber nun zögerte er wieder mehrere Tage mit dem Weitermarsch. Es war auch in der That sehr schwer, mit den zusammengeschmolzenen, ausgehungerten, demoralisierten Truppen im Winter noch einen Angriff auf die Feinde zu übernehmen. Auch als Götz durch den vom Kaiser ins Lager geschickten Feldmarschall Grafen Philipp Mansfeld zum Zwecke der Einleitung einer kriegsgerichtlichen Untersuchung verhaftet und das Kommando dem Feldzeugmeister von der Goltz übertragen wurde, ließ man die Hoffnung auf einen Erfolg fallen und trat den Rückzug an.

Damit war Breisach vollständig preisgegeben. Die Not hatte in dieser Festung schon seit mehreren Wochen eine furchtbare Höhe erreicht. Aber trotzdem harrte der wackere Kommandant Reinach, den man früher an den Höfen des Kaisers und der Erzherzogin Claudia in Innsbruck in der niederträchtigsten Weise verdächtigt hatte, mutig aus. Man hatte Brot aus Kleien und Eichenrinden gebacken, alle Hunde und Katzen, später auch Ratten, deren eine einen Gulden kostete,

als Leckerbissen verzehrt, Tierhäute gekocht, endlich sogar mehrere Kinder getötet und Leichen verzehrt. Durch Hunger und Krankheiten war die Besatzung von 1632 auf 450 Mann zusammengeschwunden. Jetzt bot endlich Reinach die Kapitulation an, die am 17. Dezember unter den ehrenvollsten Bedingungen abgeschlossen wurde. Mit Ober- und Untergewehr, Sack und Pack und fliegenden Fahnen durften die tapferen Verteidiger abziehen.

Bernhard von Weimar wollte Breisach zum Mittelpunkt eines selbständigen Fürstentums machen, welches sich über das Elsaß wie über den Breisgau und andere vorösterreichische Gebiete ausdehnen sollte. Dies brachte ihn aber in Konflikt mit Frankreich, welches diese Eroberungen für sich in Anspruch nahm und ihm auch das Elsaß im Vertrage von 1635 wohl versprochen, aber bis jetzt die festen Plätze daselbst nicht eingeräumt hatte. Nur dann wollte man Breisach in seinen Händen lassen, wenn er die schriftliche Erklärung abgäbe, dasselbe „unter der Autorität des Königs", d. h. als französischer Vasall zu besitzen. Ehe noch diese Differenzen mit Frankreich gelöst waren, erlag Bernhard, der schon länger kränklich gewesen war, am 18. Juli 1639 in Neuenburg einem typhösen Fieber.

Das Gerücht, daß der Herzog auf Veranstaltung Richelieus vergiftet worden sei, ist vollständig unbegründet. Aber sein Tod gereichte in der That den Franzosen zum Vorteil. Er hatte in seinem Testamente bestimmt, daß seine eroberten Gebiete beim deutschen Reiche bleiben sollten, und hatte sie daher einem seiner Brüder, „welcher sie anzunehmen begehren würde", vermacht. Doch hatte er es für billig erklärt, daß, wenn sie keiner wollte, der König von Frankreich den Vorrang haben, dieser sie aber bei einem allgemeinen Frieden dem Reiche zurückstellen sollte. Zeugt die letzte Bestimmung von großer politischer Naivität, so nahmen die Ereignisse überhaupt einen Gang, der Frankreich vollkommen freie Hand ließ.

Während die Herzoge von Weimar, welche Bedenken trugen, sich neuerdings mit dem Kaiser zu verfeinden, lange zu keinem bestimmten Entschlusse kommen konnten, suchte Frankreich die

Eroberungen wie die Armee Bernhards rasch in seine Hände zu bringen. Der Graf Guébriant eilte mit Truppen vor Breisach, um die Obersten für seinen König zu gewinnen. Er wurde dabei von Bernhards Generalmajor Johann Ludwig von Erlach, einem Berner, der zugleich Festungskommandant in Breisach war, in jeder Weise unterstützt. Da Frankreich Geld nicht sparte, wurde nach langen Unterhandlungen mit den Obersten am 9. Oktober ein Vertrag geschlossen, wonach die Truppen, denen man mehrere Monatslöhnungen nachzahlte, auch fortan ein gesondertes Korps bilden, aber dem Könige von Frankreich gegen jedermann dienen, unter einem französischen Oberbefehlshaber, zunächst dem Herzoge von Longueville, stehen und die festen Plätze an Frankreich übergeben sollten. Nur Breisach und Freiburg sollten gemischte Besatzungen erhalten. Ein großer Teil der Gebiete am Oberrhein ging dadurch dem deutschen Reiche verloren.

Die Siege Bernhards von Weimar hatten auch den Schweden wieder Luft gemacht. Die kaiserliche Armee, welche unter Gallas in Mecklenburg und einem Teile von Pommern lag, hatte während des Winters von 1637 auf 1638 durch Mangel, Krankheiten und Desertion bedeutende Verluste erlitten. Im Frühjahr mußten dann mehrere Regimenter nach Westfalen geschickt werden, weil der Pfalzgraf Karl Ludwig, der älteste Sohn des Winterkönigs, mit englischer Unterstützung einen Angriff auf das nordwestliche Deutschland vorbereitete. Dagegen erhielt Banér aus Schweden eine Verstärkung von 8000 Mann und infolge des Abschlusses eines neuen Bündnisses zwischen Frankreich und Schweden (am 6. März 1638) die Mittel zur Anwerbung und Ausrüstung weiterer Soldaten. Ende Juli begann er dann die Offensive. Gallas konnte sich in dem ausgesogenen und verwüsteten Mecklenburg nicht mehr halten und sah sich gezwungen, ohne Widerstand an die Elbe zurückzuweichen. Nirgends einen Halt und genügende Verproviantierung findend, führte er seine Truppen am Ende des Jahres bis nach Böhmen und Schlesien zurück, wo er sie in die Winterquartiere legte.

Im Februar 1639 überschritt Banér mit dem schwedischen Hauptheere die untere Elbe und zog durch die Altmark und das Magdeburgische nach Thüringen und Sachsen. Nachdem er am 14. April einem sächsisch-kaiserlichen Korps bei Chemnitz eine vollständige Niederlage beigebracht hatte, drang er durch das Elbethal in Böhmen ein, wo das Schloß von Tetschen, Leitmeritz und Melnik in die Hände der Schweden fielen. Am 30. Mai erschien er vor den Mauern von Prag. Diese Stadt, in der Gallas und der Hofkriegsratspräsident Schlick die kaiserlichen Truppen konzentriert hatten, wagte er nicht anzugreifen, besonders weil sich auch der Graf Melchior v. Hatzfeld, der vom Kaiser aus Westfalen herbeigerufen worden war, dieser Stadt näherte. Auch seine Hoffnung, daß die „von den Papisten mit dem Religions- und Gewissenszwange bedrückten Leute" seinem Aufrufe folgen und sich ihm anschließen würden, ging nicht in Erfüllung. Der protestantische Adel war verdrängt, die Bauern aber, mochten auch viele noch im Herzen protestantisch sein, waren eingeschüchtert [1]) und wollten wohl auch von Befreiern nichts wissen, welche trotz aller Befehle Banérs hier ebenso wenig Disziplin hielten als in anderen Ländern. Dafür rächte sich dann Banér an den unglücklichen Bewohnern, indem er im östlichen Böhmen, wohin er sich nun wendete, Hunderte von Ortschaften niederbrennen ließ, andere brandschatzte. Auch die angrenzenden Teile Schlesiens wurden von schwedischen Scharen heimgesucht, ja in der zweiten Hälfte des Jahres durch ein schwedisches Korps unter Stålhandske, welches von Pommern her längs der Oder vordrang, der größte Teil des schwach besetzten Niederschlesien erobert.

Nach der Mitte des Oktobers rückte Banér noch einmal vor Prag, wo eben des Kaisers Bruder, Erzherzog Leopold Wilhelm, eingetroffen war, der statt des energielosen Gallas das Oberkommando übernehmen sollte. Doch auch diesmal

1) Über die Haltung der Böhmen und Schlesier s. Banérs Klagen in seinem Schreiben aus Altbunzlau 15./25. Juli in „Baners bref", S. 634, die auch für den Feldzug in Böhmen zu vergleichen sind.

wagte er keinen Angriff, sondern beschränkte sich auf eine mehrtägige Beschießung der Stadt. Nach einigen Tagen zog er sich nach Leitmeritz zurück, weil sich für die Kaiserlichen Verstärkungen nahten, und beschränkte sich nun auf die Verheerung Böhmens, um seinen Gegnern den Unterhalt zu entziehen [1]).

Ferdinand III. hatte bei der seinen Erblanden drohenden Gefahr dem Feldmarschall Piccolomini, welcher am 7. Juni 1639 ein französisches Heer unter Feuquières bei Diedenhofen vollständig geschlagen und ihren Anführer gefangen genommen hatte, Befehl gegeben, mit seinen Truppen nach Böhmen zu ziehen. Auch der Graf Melchior v. Hatzfeld, welcher im August mit 5000 Mann dem Kurfürsten von Sachsen zuhilfe geschickt worden war, kehrte durch Thüringen und Franken wieder nach Böhmen zurück. Als diese sich mit dem Erzherzoge Leopold Wilhelm vereinigt hatten, begannen die Kaiserlichen die Offensive. Am 14. Februar 1640 setzte der Erzherzog bei Kolin über die Elbe, nahm Königgrätz und andere Plätze am rechten Ufer derselben und drängte die Schweden nach Leitmeritz zurück. Da Banér schon wegen des Mangels an Lebensmitteln sich auch hier nicht halten zu können glaubte und ein Marsch mitten durch Sachsen mit den Kaiserlichen im Rücken ihm gefährlich schien, der Weg über Eger aber durch ein bairisches Korps versperrt war, so zog er sich in der zweiten Hälfte des März unter großen Verwüstungen, aber auch mit Verlust vieler Ausreißer und Geschütze, über das Erzgebirge nach Zwickau und, nachdem sein linker Flügel durch den General Bredow am 14. April bei Plauen geschlagen worden war, bis Erfurt zurück.

1) Am 21./31. Dezember 1639 schreibt er, daß er seine „parthien von hier (Saaz) ab nach Pilsen geschickt und bis dahin mit brandt, so viel und so weit immer zu langen, alles ruiniren lassen". Am 16./26. Jan. 1640: „Sonst habe ich in Pilsener creiß und auf der andern seite gegen Tabor zu per rationem belli fürsetzlich brennen und dem feinde daselbst die logirung und lebensmittel benehmen lassen müßen." „Baners bref", S. 698. 723.

Erst hier vermochte er infolge der Ankunft französischer und deutscher Truppen längere Zeit standzuhalten.

Nach der Gewinnung des Weimarschen Korps durch Frankreich hatten Longueville und Guébriant im November 1639 einen Teil der linksrheinischen Pfalz erobert und dann in den letzten Tagen des Jahres bei Bacharach und Oberwesel den unbewachten Strom überschritten, worauf sie längs der Lahn nach Hessen vordrangen. Schon am 11. Februar schloß die Landgräfin Amalie Elisabeth, welche, gedrängt von ihren Landständen und eingeschüchtert durch die katholischen Heere, bis jetzt mit dem Kaiser verhandelt hatte, zunächst allerdings nur auf dritthalb Monate, am 1. April aber dauernd, mit Frankreich ein Bündnis, worin sie gegen französische Subsidien die Stellung eines Heeres von 10000 Mann versprach.

Ähnlich handelte der Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg, der tüchtigste aller norddeutschen Fürsten. Er hatte wie die anderen Herzoge seines Hauses nach einigem Zaudern den Prager Frieden angenommen, aber die Macht des Kaisers auch jetzt nicht zu sehr anwachsen lassen wollen. Er hatte daher die Kaiserlichen bei ihren Unternehmungen nie unterstützt und die niedersächsischen Reichsstände für den Gedanken einer bewaffneten Neutralität zu gewinnen gesucht. Daß sich Gallas im Herbste 1639 nach Böhmen zurückziehen mußte, hatte teilweise er verschuldet, weil er nicht dulden wollte, daß er in Niedersachsen die Winterquartiere beziehe. Da jetzt auch der Kaiser die Rücksichten gegen ihn aufgab und die Herausgabe der Güter des Bistums Hildesheim, welche er seinem Hause hatte verschaffen wollen, von ihm forderte, so beschloß er, sich wieder den Schweden anzuschließen, obwohl er die Verhandlungen mit dem Kaiser und den auf dessen Seite stehenden Kurfürsten nicht vollständig abbrach.

Um die Mitte des Mai vereinigten sich die Weimarer unter Longueville, die Hessen unter Melander v. Holzapfel und die Lüneburger unter Klitzing, im ganzen etwa 16000 Mann, mit Banér, welcher dadurch auf mehr als 30000 Mann, größtenteils Deutsche, verstärkt wurde. Aber obwohl er nun

den Kaiserlichen unter dem Erzherzog und Piccolomini überlegen war, nahmen diese bei Saalfeld eine so feste Stellung ein, daß er keinen Angriff auf sie wagte. Fast vier Wochen standen sich die beiden Heere unthätig gegenüber, bis der Mangel an Lebensmitteln so überhand nahm, daß man sich nicht länger halten konnte. Die Führer der Verbündeten, oft untereinander uneinig, da jeder Teil nur sein Interesse im Auge hatte, beschlossen nun, über den Thüringerwald gegen die bei Hildburghausen stehenden Baiern unter Merch vorzubrechen. Aber der Erzherzog und Piccolomini kamen ihnen zuvor, vereinigten sich mit den Baiern und drängten die Feinde Schritt vor Schritt längs der Werra und Fulda nach Nieder-Hessen und von da bis ins Lüneburgische zurück. Obwohl sie sich aber durch die Eroberung Höxters einen Übergangspunkt über die Weser sicherten, führten sie doch im Spätherbst ihre Truppen aus dem ausgesogenen Westfalen und Hessen nach Franken, Baiern und Schwaben zurück, um sie während des Winters von ihren Strapazen sich erholen zu lassen.

Unterdessen hatte auf Wunsch Maximilians von Baiern der Erzbischof von Mainz als Reichserzkanzler auf den 20. Juni 1639 die Kurfürsten zu einem Kollegialtag nach Frankfurt berufen, der aber erst am 3. Februar 1640 und zwar in Nürnberg eröffnet wurde [1]). Doch war keiner der Kurfürsten, außer dem von Mainz, persönlich erschienen, und sie hatten nur Vertreter geschickt, wie dies auch andere Reichsstände und der Kaiser selbst thaten. Der kaiserliche Gesandte, Freiherr v. Haugwitz, sollte die Kurfürsten ersuchen, die Mittel, zu einem Frieden zu gelangen, zu beraten, wozu „rechte Vereinigung der Reichsmitglieder mit ihrem Oberhaupte und Unterstützung desselben mit gesamter Macht“ das förderjamste wäre. Gegen

1) Über diesen und den sich anschließenden Reichstag in Regensburg finden sich zahlreiche Aktenstücke bei Londorp, IV. u. V. B. Weiteres Material aus den Wiener Archiven hat M. Koch, Gesch. Ferdinands III. I, 185 ff. und 292 ff. mitgeteilt. Über den Kurfürstentag hat eingehend H. Brockhaus, Der Kurfürstentag zu Nürnberg im J. 1640 (Leipzig 1883) gehandelt.

etwaige Forderungen der Kurfürsten zur Erleichterung des Friedens wollte sich der Kaiser nachgiebig zeigen. Nur die Ausdehnung der Religionsfreiheit auf seine Erbländer wies er von vornherein zurück.

Die Kurfürsten, deren Vertreter vergebliche Versuche machten, die Landgräfin von Hessen-Kassel und die Herzoge von Lüneburg vom Anschluß an die Reichsfeinde zurückzuhalten, kamen bald zur Überzeugung, daß ihr Einfluß nicht groß genug sei, um auf die Friedensfrage einzuwirken, und beantragten daher auch die Beiziehung der ausschreibenden Kreisfürsten. Da dies aber gegen das Herkommen des Reiches war, so widersetzte sich der Erzbischof von Mainz dem Antrage, und der Kaiser schlug dafür die Einberufung eines Reichstages vor, nachdem seit 1613 keiner mehr versammelt gewesen war. Als die Kurfürsten ihre Zustimmung erklärten, berief der Kaiser denselben auf den 26. Juli 1640, und zwar der größern Sicherheit wegen nach Regensburg, wo er sich persönlich einfand. Dagegen erschien von den Kurfürsten und von den weltlichen Fürsten außer dem Markgrafen Wilhelm von Baden-Baden nicht ein einziger, teils weil sie wegen des Krieges ihr Land nicht verlassen wollten, teils weil sie die großen Kosten scheuten, deren Bestreitung infolge der allgemeinen Verarmung Deutschlands vielen schon unerschwinglich schien. Nicht einmal ihre Vertreter waren rechtzeitig eingetroffen, so daß die Eröffnung des Reichstags erst am 23. September erfolgte.

Der Kaiser hatte nur jene Stände berufen, welche mit ihm nicht auf feindlichem Fuße standen, fertigte aber dann auf Verlangen der Stände auch für die Vertreter Braunschweigs, Lüneburgs und Hessen-Kassels Geleitsbriefe aus. Nur der Erzbischof von Trier blieb auf Wunsch der übrigen Kurfürsten vom Reichstag ausgeschlossen.

Der Reichstag bewilligte dem Kaiser zur Unterhaltung der Reichsarmee eine Steuer von 120 Römermonaten, wünschte aber nichts sehnlicher als den Frieden. Um einen solchen zunächst im Reiche herbeizuführen, sprach sich die Majorität, die im allgemeinen den Prager Frieden als Rechtsbasis ansah, für

eine Amnestierung aller Reichsstände und für die Wiedereinsetzung derselben in ihre Güter aus, wenn sie sich mit dem Kaiser und dem Reiche vereinigten. Nur die pfälzische Angelegenheit sollte einer besonderen Verhandlung vorbehalten bleiben. Der Kaiser stimmte auch diesem Antrage bei, während mehrere protestantische Fürsten eine allgemeine Amnestie mit Einschluß des Pfalzgrafen gewünscht hätten. Was die auswärtigen Mächte betraf, so beantragte das Kurfürstenkollegium, daß alle fremden Truppen aus dem Reiche abgeführt, die weggenommenen Plätze ihren Eigentümern ohne Entgelt zurückgegeben, auch der Herzog von Lothringen wieder restituiert werden sollte. Doch machte der Kaiser darauf aufmerksam, daß Schweden ohne Entschädigung sich wohl nicht zu einem Frieden herbeilassen würde, und schlug vor, daß ihm durch die Augsburgischen Konfessionsverwandten 25 Tonnen Goldes (2 500 000 Gulden) gezahlt und als Pfand hierfür Rügen und Stralsund überlassen werden sollten, die ihnen, wenn jene Summe nicht binnen zehn Jahren entrichtet würde, als deutsches Reichslehen bleiben sollten. Graf Schwarzenberg, der Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg, erklärte sich im Namen desselben mit dem Antrag einverstanden, wenn dieser anderweitig entschädigt würde [1]).

Während der deutsche Reichstag, der nach mehr als einjähriger Dauer am 10. Oktober 1641 geschlossen wurde, noch über die Mittel zur Herbeiführung eines Friedens beriet, gerieten seine Mitglieder und der Kaiser in Gefahr, in die Hände der Feinde zu fallen.

Kaum hatten sich die Kaiserlichen und Baiern im Spätherbste 1640 aus den Wesergegenden in die Winterquartiere nach Süddeutschland zurückgezogen, so faßte der rührige Banér den Plan, wieder nach Meißen, und wenn möglich, nach Böhmen vorzudringen, bei Leitmeritz Stellung zu nehmen und dem in Schlesien stehenden General Stålhandske die Hand zu reichen.

1) Droysen, Gesch. der Preußischen Politik III, 1, 193f. Koch I, 241 ff.

Dadurch wurden auch die Gebiete der befreundeten Fürsten von Braunschweig und Hessen von der Last der Einquartierungen befreit und diese den Ländern der Feinde aufgebürdet. Schon Anfangs November schickte er den General Pfuhl mit einigen Reiterregimentern gegen Meißen voraus. Später hatte er die Absicht, nicht nach Böhmen, sondern nach der Markgrafschaft Kulmbach zu ziehen, wo er „Böhmen auf der rechten Hand, Meißen hinter sich und Franken vor sich“ hatte [1]). Am 3. Dezember brach er mit seinen Truppen und mit den Weimarern unter Guébriant, die sich ihm anschlossen, aus seinem Hauptquartiere Bückeburg bei Minden nach Thüringen auf und marschierte über Erfurt und Neustadt an der Orla durch das Voigtland nach Hof im Kulmbachschen, wo er am 6. Januar 1641 eintraf. Da die Feinde in die Winterquartiere zerstreut waren, so hoffte er, zwischen den verschiedenen Abteilungen durchbrechend, einzelne derselben zu schlagen und ihnen empfindliche Verluste beizubringen. Schnell drang er über Baireuth nach Auerbach in der Oberpfalz vor, wo er am 12. Januar anlangte.

Der eintretende strenge Frost erweckte in Banér den Plan, einen raschen Vorstoß bis Regensburg zu machen [2]), um den Reichstag zu sprengen und vielleicht den Kaiser selbst abzufangen. Im Falle des glücklichen Ausganges seiner Unternehmung soll er die Absicht gehabt haben, in das Land ob der Enns vorzudringen, wo er noch immer auf Sympathieen rechnen konnte, und dort die Winterquartiere zu beziehen [3]).

Die ersten schwedischen Truppen kamen schon am 20. Ja-

1) Über Banérs ursprünglichen Plan, der offenbar noch nicht die Überrumpelung Regensburgs ins Auge faßte, geben uns seine Briefe an Oxenstjerna aus Bückeburg vom 28. Okt. und 11. und 21. Nov. und aus Erfurt vom 16. Dez. (a. St.) authentische Aufschlüsse. „Baners bref“, S. 783—805.

2) Nach seinem Berichte aus Cham vom 29. Jan. (a. St.) a. a. O., S. 811 ff. scheint er den Plan, nach Regensburg zu ziehen, erst in der Oberpfalz gefaßt zu haben. Die hier erwähnten Berichte aus Baireuth und Auerbach vom 1. und 3. Januar sind leider verloren.

3) Koch I, 257.

nuar am Ufer der Donau an, Banér selbst am 22. Eine Abteilung des Vortrabes hatte kühn den gefrorenen Fluß überschritten und die Umgebung ausgeraubt. Aber seinen Zweck erreichte Banér nicht. Der Kaiser war rechtzeitig von seinem Plan unterrichtet worden und hatte Zeit, die Besatzung in Regensburg zu verstärken und die notwendigen Verteidigungsmaßregeln zu treffen. Indem er selbst entschlossen der Ankunft der Feinde entgegensah, ermutigte er auch die Reichstagsgesandten, in Regensburg auszuharren. Banér hätte die Stadt auch dann nicht zu nehmen vermocht, wenn nicht die feste Eisrinde, welche die Donau bedeckte, durch eintretendes Tauwetter zum Schmelzen gebracht worden wäre. Da zugleich auf den Ruf des Kaisers von allen Seiten Truppen heranzogen, so trat Banér am 27. Januar den Rückmarsch nach Cham an, während Guébriant mit seinen Truppen sich nordwestlich nach Schwabach wendete.

Banér gab seinen Plan, den Krieg in das Herz der feindlichen Länder zu tragen, auch jetzt nicht auf und wollte versuchen, unterhalb Regensburg, etwa bei Deggendorf, die Donau zu übersetzen. Als Guébriant sich immer weiter von ihm entfernte und an eine gemeinsame Operation nicht mehr zu denken war, wollte er in Böhmen einbrechen, über Klattau und Rakonitz nach Raudnitz an der Elbe ziehen und wieder bei Leitmeritz und Melnik Stellung nehmen, wenn es ihm nicht gelänge, Prag in seine Hände zu bringen [1]).

Aber unterdessen hatte der Kaiser alles vorbereitet, um Banér wieder nach Norddeutschland zurückzutreiben. Am 16. März begann der Erzherzog Leopold Wilhelm mit 19000 Mann [2]), Kaiserlichen und Baiern, die Offensive und nahm am 21. drei schwedische Regimenter, über 2000 Mann, die sich nicht rechtzeitig an das Hauptheer angeschlossen hatten, nach tapferer Gegenwehr bei Neuenburg nordwestlich von Cham

1) Sein Schreiben aus Cham d. d. 26. Februar (a. St.) in „Baners bref“, S. 826 ff.

2) Die vereinbarte Zahl bei Heilmann, Kriegsgeschichte II, 627.

gefangen. Banér selbst überschritt bei Furth den Böhmerwald, zog dann auf grundlosen Wegen in Eilmärschen durch das westliche Böhmen an die Eger und rettete sich, allerdings nicht ohne empfindliche Einbußen, vor dem nachsetzenden Piccolomini, der nur um eine halbe Stunde zu spät kam, durch den Paß von Presnitz über das Erzgebirge nach Annaberg und von da nach Zwickau, wo er am 30. März eintraf. Auch hier konnte er sich nicht halten, obwohl sich die Weimarer und Franzosen ihm jetzt wieder anschlossen. Immer weiter zurückweichend, ließ er sich totkrank nach Halberstadt tragen, wo er, da seine Kräfte durch Ausschweifungen und Anstrengungen aufgezehrt waren, am 20. Mai starb, vier Tage, nachdem die Kaiserlichen unter Piccolomini auch den Übergang über die Saale bei Bernburg erzwungen hatten.

An Banérs Stelle erhielt den Oberbefehl über das schwedische Heer der Feldmarschall Leonhard Torstensson, welcher infolge eines schweren Gichtleidens oft weder reiten noch gehen konnte und in einer Sänfte getragen werden mußte, aber der tüchtigste General dieser Zeit war und den Kaiserlichen bald noch gefährlicher wurde als jener. Da er aber noch in Schweden weilte, so blieben die Truppen längere Zeit ohne anerkannten Oberbefehlshaber, und es brachen unter ihnen Meutereien aus, indem die Obersten vor allem Befriedigung ihrer Forderungen, namentlich Zahlung der rückständigen Gelder, verlangten.

Leider wurde die Zeit, wo die Feinde ohne einheitliche Führung waren, von Piccolomini nicht mit der notwendigen Energie benutzt. Vielleicht hoffte er bessere Erfolge durch diplomatische Mittel zu erzielen, da Georg von Lüneburg am 12. April gestorben war und man glaubte, daß sich die übrigen Welfen, sein Bruder Friedrich und sein Vetter August von Braunschweig-Wolfenbüttel, mit dem Kaiser auszusöhnen suchen würden. Erst als am 24. Juni auch der Erzherzog mit Verstärkungen aus Böhmen im Lager erschien, drangen die Kaiserlichen und Baiern nach Wolfenbüttel vor, um dieser Festung, in welcher sich eine baierische Besatzung unter dem

tüchtigen Ruischenberg gegen die Angriffe der Welfen bis jetzt gehalten hatte, Entsatz zu bringen. Sie kamen auch glücklich in die Festung. Aber die von den Belagerern auf dem linken Ufer aufgeworfenen Werke, hinter denen sie die Feinde am 29. Juni angriffen, vermochten sie nicht zu nehmen, weil den Lüneburgern auch Guébriant mit den Weimarern und das schwedische Heer zuhilfe gekommen waren. Aber obwohl die Kaiserlichen und Baiern in dieser Schlacht über 3000 Mann verloren, behaupteten sie doch auch in der nächsten Zeit im Felde das Übergewicht, besonders als sich die Feinde trennten und Guébriant mit seinem Korps an den Niederrhein zog. Eine Reihe von Städten im Braunschweigischen und Lüneburgischen wurden durch die Kaiserlichen erobert.

Herzog August von Braunschweig kam daher selbst in das Lager des Erzherzogs und suchte mit dem Kaiser einen Frieden zustande zu bringen. Auch seine Vettern Friedrich und Christian Ludwig, Georgs ältester Sohn, knüpften nun in Goslar ernstliche Unterhandlungen an, welche zum Friedensrezeß vom 6./16. Januar 1642 führten, der durch den Hauptrezeß vom 9./19. April vervollständigt wurde. Die Herzoge nahmen den Prager Frieden und den letzten Reichstagsabschied an, entsagten allen Bündnissen mit den fremden Mächten wie deren Verbündeten und versprachen gegen entsprechende Vergütung der kaiserlichen Armee Lebensmittel und Munition zu liefern und freien Durchzug zu gestatten. Dagegen blieben sie von der Stellung von Truppen befreit, und Herzog August erhielt die Festung Wolfenbüttel zurück.

Die Neutralität, welche sich die Welfen in den künftigen Kämpfen durch einen Vertrag mit dem Kaiser sicherten, hatte sich der Kurfürst von Brandenburg durch ein Abkommen mit den Feinden desselben zu verschaffen gesucht.

Der Kurfürst Georg Wilhelm war seit dem Prager Frieden aufseiten des Kaisers gestanden, doch hatten seine Truppen bei der Erschöpfung des Landes und dem Verfall der Verwaltung nicht viel zu leisten vermocht. Subsidien, welche ihm der Kaiser 1637 zur Aufstellung eines Heeres bewilligt hatte,

waren in den Taschen der zahllosen Obersten und Offiziere verschwunden [1]). Aber es war für die Kaiserlichen immerhin ein Vorteil, daß Brandenburg ein befreundetes Land war, und daß sie an den dortigen Festungen einen Rückhalt hatten. Da starb Georg Wilhelm am 1. Dezember 1640, und sein Sohn Friedrich Wilhelm, der spätere „große Kurfürst", schlug bald eine entgegengesetzte Politik ein. Schon im Frühjahr 1641 suchte er mit den schwedischen Generalen eine Waffenruhe zustande zu bringen. Am 14./24. Juli schloß sein Gesandter in Stockholm einen zweijährigen Waffenstillstand und überließ den Schweden die von ihnen in der Mark besetzten Festungen, darunter Landsberg und Frankfurt, und gestattete ihnen den Durchzug durch Küstrin wie überhaupt durch ihr Land, während er denselben den Kaiserlichen verwehren sollte. Und dafür erreichte er für sich nicht die geringsten Vorteile! Namentlich die Hand der Königin Christine, auf die er sich Hoffnung gemacht, wurde ihm nicht zuteil. Ja, er wurde in den nächsten Jahren von den Schweden noch auf das anmaßendste behandelt und mußte ihnen Geld und Getreide liefern [2]).

Auch außerhalb Deutschlands gestaltete sich die Lage ungünstig für den Kaiser. Die finanzielle Unterstützung Spaniens hatte doch wesentlich dazu beigetragen, ihm die Führung eines so langen und kostspieligen Krieges möglich zu machen. In letzter Zeit hatte aber Spanien selbst eine Reihe von Schlägen erlitten, welche seine bisher behauptete Macht bis ins Innerste erschütterten. Daß die Franzosen, welche nach und nach doch auch den Krieg erlernten, im August 1640 nach längerer Belagerung die starke Festung Arras, die Hauptstadt von Artois, eroberten, konnte man noch leichter verschmerzen. Empfindlicher war es, daß sich auch die französische Seemacht jetzt der spanischen gewachsen zeigte. Am schwersten aber traf es die Spanier, als Ende 1640 infolge der Zentralisations-

1) Droysen III, 1, 160 ff.

2) Droysen III, 1, 219 ff. Odhner, S. 74 ff. Vgl. Urkk. und Actenstücke zur Gesch. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg I, 1, 522 ff.

tendenzen der herrschenden Castilianer und der Wühlereien Frankreichs fast gleichzeitig die Portugiesen und Catalonier abfielen, von denen erstere den von weiblicher Seite mit ihrem alten Herrscherhause verwandten Herzog Johann von Braganza auf den Thron erhoben, letztere sich unter den Schutz Frankreichs begaben. Spanien mußte jetzt einen Teil seiner Streitkräfte zur Bekämpfung der Aufständischen verwenden und konnte den anderen Kriegsschauplätzen nur geringere Aufmerksamkeit schenken.

Es hatte keine einschneidenden Folgen, daß sich gegen Richelieu, der gegen feindliche Regierungen überall revolutionäre Bewegungen erweckte oder begünstigte, im Jahre 1641 ebenfalls eine Verschwörung bildete, welche dessen Sturz mit Hilfe des Auslandes zu erwirken strebte. Ein Prinz von Geblüt, Louis von Bourbon, Graf von Soissons, verband sich mit dem Herzoge von Bouillon, dem Besitzer von Sedan, und dem Haupte des Hauses Guise, dem Erzbischofe Heinrich von Rheims, welcher seinen kirchlichen Pfründen entsagte, um heiraten zu können, und hatte Anhänger in vielen Teilen des Reiches. Um die Unterstützung Spaniens und des Kaisers zu erhalten, verpflichteten sie sich, dahin zu wirken, daß im künftigen Frieden alle eroberten Plätze zurückgestellt werden sollten. Als der französische Marschall Châtillon mit einem Korps gegen Sedan zog, erlitt er durch den kaiserlichen General Lamboy, der den genannten Großen zuhilfe gekommen war, am 6. Juli 1641 bei Marfée am linken Ufer der Maas eine vollständige Niederlage. Doch wurde dieser Sieg durch den Tod des Grafen von Soissons aufgewogen, indem die Feinde des Kardinals dadurch ihr Haupt verloren und Bouillon mit dem Könige sich wieder aussöhnte, Guise sich nach Brüssel flüchtete. Auch die Niederlage, welche Lamboy den Franzosen beigebracht, wurde bald dadurch gerächt, daß Guébriant an der Spitze der Weimarer, vereint mit dem hessischen Korps unter dem Grafen Eberstein, am 17. Januar 1642 bei Kempen unweit Krefeld über denselben einen glänzenden Sieg erfocht und ihn selbst wie den bairischen General Mercy mit 3000 Mann gefangen

nahm, worauf er sich fast des ganzen Herzogtums Jülich und eines Teiles des Erzstiftes Cöln bemächtigte.

Bald begannen auch die Schweden die Offensive. Torstensson, welcher Verstärkungen aus Schweden mitgebracht hatte, war durch Krankheit längere Zeit zurückgehalten worden und erst Ende November 1641 zum Heere gelangt, welches an der Aller im Lüneburgischen stand. Nachdem er zunächst den meuterischen Geist seiner deutschen Truppen durch Strenge und Geldspenden gebrochen, drang er am Anfang des Jahres 1642 in die Altmark ein, wo er zunächst durch die Kaiserlichen an weiteren Fortschritten gehindert wurde. Als aber diese durch die Absendung eines Korps an den Niederrhein geschwächt worden und der Erzherzog Leopold Wilhelm und Piccolomini nach Wien gereist waren, brach er im April unerwartet durch Brandenburg nach Schlesien auf, welches der Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, der zum katholischen Glauben und in den Dienst des Kaisers übergetreten war, während des letzten Herbstes und Winters den Schweden vollständig entrissen hatte [1]. Nachdem Torstensson die Reste des Korps Stålhandskes, der sich im Winter mühsam hinter der Warthe gehalten, an sich gezogen hatte, erschien er am 1. Mai mit 18000 Mann vor Glogau, welches nach drei Tagen erstürmt wurde. Mit ungewohnter Schnelligkeit drang er vorwärts. Liegnitz, Jauer, Striegau öffneten ihm die Thore. Der Herzog Franz Albrecht, welcher mit der Reiterei und 300 beritten gemachten Musketieren von Breslau zur Verstärkung der Besatzung von Schweidnitz herbeieilte, wurde am 31. Mai unweit dieser Stadt geschlagen und geriet selbst, tödlich verwundet, mit 2000 Mann in Gefangenschaft. Nachdem dann Schweidnitz in

1) Anfangs 1641 war als Oberbefehlshaber der zu verstärkenden kaiserlichen Armee in Schlesien Arnim, welcher seit seiner widerrechtlichen Gefangennehmung durch die mißtrauischen Schweden ein entschiedener Feind derselben war, in Aussicht genommen und mit diesem am 12. Febr. 1641 bereits ein Vertrag vereinbart worden. Dudik, Schweden in Böhmen und Mähren 1640—1650, S. 380 ff. Doch erkrankte derselbe und starb am 28. April.

die Hände Torstenssons gefallen war, brach dieser, einen Teil seines Heeres zur Belagerung Neisses zurücklassend, mit dem größten Teile seiner Reiterei, 1500 Mann zu Fuß und einigen leichten Geschützen, in Mähren ein.

Am 11. Juni stand er vor Olmütz, dessen Kommandant Oberst Miniati aus Feigheit oder Kopflosigkeit die mit Munition und andern Vorräten reich versehene Festung schon am 14. übergab, wofür er dann vom Kriegsgerichte verurteilt und hingerichtet wurde. Nachdem Torstensson nach Olmütz eine starke Besatzung gelegt hatte, kehrte er am 17. Juni nach Schlesien zurück, um die letzten Festungen zu erobern, welche noch von den Kaiserlichen besetzt waren. Nach dem Falle von Kosel und Oppeln begann er am 1. Juli mit größter Energie die Belagerung des stark befestigten Brieg. Aber der Oberst Mörder, welcher dort befehligte, verteidigte sich mehrere Wochen mit Kraft und Ausdauer, bis der Erzherzog und Piccolomini aus Mähren mit einem überlegenen Heere heranzogen und Torstensson zwangen, am 25. Juli die Belagerung aufzuheben und Schlesien bis auf einige Festungen zu räumen [1]).

Die Kaiserlichen belagerten nun Glogau, zogen sich aber über das Gebirge nach Friedland zurück, als Torstensson aus Schweden neue Verstärkungen erhalten hatte. Dieser erstürmte und verbrannte hierauf die Städte Bunzlau und Löwenberg und rückte dann in die Lausitz ein. Bei Zittau standen sich die beiden Armeen so nahe gegenüber, daß man eine Schlacht erwartete. Aber der Erzherzog begnügte sich, die Schweden in fester Stellung zu beobachten und ihren Einbruch in Böhmen zu hindern. Auch als Torstensson tiefer in Sachsen eindrang, ging ihm der Erzherzog beobachtend zur Seite [2]).

Da wendete sich der schwedische Feldmarschall auf einmal nordwestwärts, überschritt bei Torgau die Elbe und belagerte

1) Einige übrigens schon von Koch I, 359 ff. benutzte Aktenstücke und Berichte über den Einfall in Mähren bei Dudik a. a. O., S. 35 ff.

2) Über die Bewegungen der beiden Armeen seit dem Entsatz von Glogau giebt die verläßlichsten Aufschlüsse ein Brief Karl Gustav Wrangels an seinen Vater, im Auszuge bei Geijer III, 328 N.

Leipzig. Um diese Stadt zu retten und zu verhindern, daß Torstensson auch noch durch Guébriant verstärkt werde, welcher vom Niederrhein wieder nach Niedersachsen vorgedrungen war, entschloß sich der Erzherzog, zu dessen Heer auch 6000 Sachsen stießen, zum Angriffe. Am 2. November kam es zur Schlacht bei Breitenfeld [1]), wo schon einmal die Geschicke Deutschlands entschieden worden waren. Die Kaiserlichen und Sachsen waren an Reiterei stärker, an Fußvolk den Schweden gleich [2]). Aber die auf dem äußersten linken Flügel aufgestellte kroatische und ungarische Reiterei ergriff schon beim Beginn des Kampfes die Flucht, wodurch die Infanterie in der Flanke bloßgestellt und geworfen wurde. Infolge dessen konnte auch der rechte Flügel der Kaiserlichen, welcher die entgegenstehenden Feinde in Verwirrung zurückgedrängt hatte, in der Seite gefaßt werden, und die Infanterie wurde nach tapferem Widerstande fast vollständig aufgerieben. Die ganze Artillerie, 46 Stücke, viele Bagage- und Munitionswagen, zahlreiche Fahnen fielen in die Hände der Sieger. Über 4800 Mann wurden gefangen, 4—5000 getötet. Nur mit spärlichen Trümmern, besonders Reitern, retteten sich der Erzherzog, welcher wie ein untergeordneter Offizier gefochten, sich der größten Gefahr ausgesetzt hatte und nur mit Gewalt weggeführt worden war, und Piccolomini nach Böhmen, wo über das Regiment Mandlot, welches zuerst die Flucht ergriffen hatte, furchtbares Gericht gehalten wurde. Mandlot und ein zweiter Oberst wie alle Rittmeister und Lieutenants wurden enthauptet, von den Unteroffizieren und Gemeinen jeder zehnte Mann an den Bäumen der Landstraße aufgehängt.

Auch die Schweden hatten so schwere Verluste an Toten und Verwundeten [3]) erlitten, daß Torstensson die Feinde nicht

1) H. Böttger, Die Ereignisse um Leipzig im Herbst 1642. „Hallesche Abhandlungen", Heft 15.

2) Böttger, S. 46, N. 1 berechnet die Stärke der Kaiserlichen und Sachsen auf 16000 Reiter und 10000 Fußgänger, die der Schweden auf 10000 Reiter und 10000 Fußgänger. So auch Koch I, 366. Andere Angaben weichen ab.

3) Nach ihren eigenen Berichten 2000 Tote und 2000 Verwundete.

verfolgen konnte und sich auf die Fortsetzung der Belagerung von Leipzig beschränkte, welches sich aber mit großer Ausdauer verteidigte und erst am 6. Dezember kapitulierte. So gewann der Kaiser Zeit, ein neues Heer zu bilden, an dessen Spitze Piccolomini zum Entsatze der Stadt Freiberg, welche Torstensson seit dem 7. Januar 1643 belagerte, über das Erzgebirge zog. Diesmal wagte der Führer der Schweden keine Schlacht und hob am 28. Februar die Belagerung auf, mit der Absicht, sich wieder von Nordosten her einen Weg in die Länder des Kaisers zu bahnen. Er zog über die Elbe nach der Lausitz und lagerte sich bei Bautzen. Aber Piccolomini folgte ihm auch hierher, um einerseits Böhmen, anderseits Sachsen zu decken.

Leider trat bei den Kaiserlichen gerade jetzt ein Wechsel im Oberkommando ein. Der Erzherzog Leopold Wilhelm, der, wie es heißt, mit Trauttmansdorf auf gespanntem Fuße stand, weigerte sich, noch länger an der Spitze des kaiserlichen Heeres zu bleiben und zog sich mißmutig in sein Bistum Passau zurück. Da man mit Piccolomini auch nicht ganz zufrieden war und Hatzfeld die Übernahme des Oberbefehls verweigerte, so wurde dieser am 22. März wieder dem Generallieutenant Gallas anvertraut, während Piccolomini in die Dienste Spaniens trat [1]).

Gallas, welcher sich um keinen Preis in eine Schlacht einlassen wollte, stellte das kaiserliche Heer nicht an der Grenze, sondern bei Königgrätz hinter der Elbe auf, so daß Torstensson in der zweiten Hälfte des April 1643 ohne Hindernis durch die Gebirgspässe über Friedland und Reichenberg bis an die Iser und von da an die Elbe vordrang, wobei das Land gründlich ausgeplündert wurde. Nachdem er aus Schlesien neue Verstärkungen an sich gezogen hatte, überschritt er Anfangs Juni bei Melnik die Elbe in der Hoffnung, Gallas aus seiner Stellung herauslocken zu können. Dieser zog auch die

1) Dudik, S. 67 ff. Über die folgenden Ereignisse hat dieser den Bericht von Chemnitz vermischt mit einigen anderen Quellen abdrucken lassen.

Elbe abwärts bis Brandeis, hielt sich aber auch jetzt innerhalb eines festen Lagers. Da beschloß Torstensson zwischen diesem und Prag vorbei kühn über Kuttenberg, Chrudim und Leitomischl nach Mähren vorzudringen, um vor allem Olmütz neu zu verproviantieren, welches durch 3000 Kaiserliche, meist Bauern, blockiert war. Zahlreiche feste Plätze im nördlichen und östlichen Mähren fielen in die Hände der Schweden, welche überall reiche Beute machten. Gallas, welcher aus Böhmen nach Brünn gezogen war, wagte auch jetzt die Feinde nicht anzugreifen, obwohl er diesen an Zahl der Truppen bedeutend überlegen war [1]). Zwei Monate blieb er Torstensson gegenüber unthätig in einem Lager bei Kojetein unweit Kremsier, während schwedische Reiterscharen bis in die Nähe von Wien streiften.

Da brach Torstensson nach einem vergeblichen Versuche, Brünn durch einen raschen Angriff wegzunehmen, am 9. September plötzlich nach Norden auf, um sich die Verbindung mit Schlesien zu sichern und die Verpflegung seines Heeres zu erleichtern. An der Nordgrenze Mährens, wo er in Olmütz und einigen andern festen Plätzen Besatzungen zurückgelassen hatte, erhielt er am 3. Oktober den Befehl der schwedischen Regierung, unverzüglich nach Holstein aufzubrechen [2]). Diese hatte sich entschlossen, unerwartet den König von Dänemark mit Krieg zu überziehen, von dem man wußte, daß er mit Polen und dem Kaiser unterhandle, und fürchtete, daß er als bewaffneter Vermittler auftreten oder sich offen den Feinden Schwedens anschließen könnte. Da Dänemark fast gar nicht gerüstet war, so hoffte man dasselbe in kurzer Zeit niederzuwerfen oder so zu schwächen, daß es für längere Zeit nicht mehr gefährlich sein würde.

Mit gewohnter Schnelligkeit führte Torstensson diesen Befehl aus. Um von Gallas nicht beunruhigt zu werden, bot

1) Nach einem Schreiben des Obersten Grafen Leslie an Piccolomini vom 15. August hatte Torstensson damals kaum 13000, Gallas ohne die Kroaten über 18000 Mann unter seinem Kommando. Dudik, S. 88.
2) Geijer III, 332.

er demselben einen Waffenstillstand an, zu welchem der Kaiser seine Zustimmung gab [1]), und zog dann die Oder abwärts. Am Ende des Jahres 1643 stand er an der Grenze Holsteins. Bald waren dieses und die ganze jütische Halbinsel von den Schweden überschwemmt.

So waren die kaiserlichen Erblande bis auf einige Festungen in Mähren und Schlesien, von welchen ein Teil auch im Jahre 1644 zurückerobert wurde, wieder von den Feinden befreit.

Auch die Franzosen führten im Jahre 1643 in Deutschland den Krieg unglücklich. Guébriant hatte am Ende des vorausgehenden Jahres mit Torstensson die Verabredung getroffen, daß er aus Thüringen durch Franken an den Neckar, jener über Hof in der Oberpfalz vordringen und beide sich zur Bekämpfung des Kurfürsten von Baiern die Hand reichen sollten. Aber Torstensson unternahm die unglückliche Belagerung Freibergs und wendete sich dann nach Böhmen und Mähren, so daß Guébriant isoliert blieb. Als nun die Baiern unter dem Feldmarschall Mercy und dem gegen Horn ausgewechselten Johann v. Werth, welchen sich dann noch der Herzog von Lothringen mit einer Truppenschar anschloß, gegen ihn zogen, konnte er sich in den fränkisch-württembergischen Grenzgebieten, wo er zunächst die Winterquartiere hatte beziehen wollen, gegen die übermächtigen Feinde nicht halten und mußte sich, von diesen, besonders von Werth, hart verfolgt und bedrängt, im Februar unter großen Verlusten bis in den Breisgau zurückziehen. Als er dann im Sommer an die obere Donau und den oberen Neckar vordrang, wurde er von den Baiern weiter zurückgedrängt und zum Rückzug über den Rhein genötigt.

Im Oktober kam ihm endlich von den Niederlanden her, wo der junge Herzog von Enghien [2]) am 19. Mai den Spa-

1) Koch I, 474 f.

1) Über seine Feldzüge in den Jahren 1643—1645 handelt weitläufig Duc d'Aumale, Hist. des princes de Condé, IV. T. mit Benutzung ungedruckter Quellen.

niern bei Rocroy eine Niederlage beigebracht und dann Diedenhofen erobert hatte, ein Korps von 6600 Mann unter dem General Ranzau zuhilfe. Anfang November rückte daher Guébriant noch einmal über den Rhein und Schwarzwald vor und eroberte nach längerer Belagerung am 19. Rottweil; aber hier erhielt er eine Schußwunde im Arm, welche ihm infolge einer ungeschickten Operation das Leben kostete. Ranzau führte nun seine Truppen in die Gegend von Tuttlingen an der Donau, wo dieselben infolge der Sorglosigkeit ihrer Führer durch Mercy, Werth, den Herzog von Lothringen und den kaiserlichen General Hatzfeld, welche ihre Truppen schnell vereinigt hatten, am 24. November unvermutet überfallen und fast ohne Gegenwehr überwältigt wurden. Wenigstens 2000 Mann wurden getötet, über 6000, darunter Ranzau und fast alle andern Generale und Obersten gefangen und reiche Beute gemacht. Wenige Tage darauf ergab sich auch Rottweil, dessen Besatzung, 2000 Mann, mit Ausnahme der Offiziere, auf Gnade und Ungnade sich ergeben mußte und in die baierischen Regimenter gesteckt wurde. Die Weimarsche Armee und das mit ihr vereinigte französische Korps mit Ausnahme eines Teiles der Reiterei waren vernichtet. Nur der Rhein mit seinen Festungen rettete die Franzosen vor weiteren Angriffen.

Während des Winters wurde am Rhein ein neues französisches Heer unter Turenne aufgestellt, welcher sich aber zur Offensive zu schwach fühlte. Mercy eroberte daher zuerst Überlingen, den Schlüssel zum Bodensee, dessen sich die Franzosen bemächtigt hatten, und belagerte dann im Angesichte Turennes Freiburg im Breisgau, welches sich am 28. Juli 1644 ergeben mußte. Drei Tage darauf erschien der Herzog von Enghien, der bisher an der Maas gegen die Spanier gestanden, mit einem neuen Heer am Oberrhein, so daß die Streitkräfte der Franzosen auf 20000 Mann stiegen und den Baiern namentlich an Reiterei bedeutend überlegen waren. Enghien entschloß sich denn auch gleich zum Angriff auf dieselben und drängte sie am 3. August zurück. Aber die Stürme, welche er am 5. auf die verschanzte Stellung Mercys südlich

von Freiburg unternehmen ließ, wurden in wütenden Kämpfen abgeschlagen. 6000 Mann sollen die Franzosen in diesen Tagen verloren haben [1]). Als aber Enghien Miene machte, Mercy von seinen Verbindungen mit Schwaben abzuschneiden, zog sich dieser über den Schwarzwald nach Villingen zurück, worauf sich Enghien nach Norden wendete und das vernachlässigte Philippsburg eroberte. Gleichzeitig bemächtigten sich die Franzosen Speiers, Mannheims, Worms und anderer Plätze, ja selbst des wichtigen Mainz, welches der Kurfürst verließ und das Domkapitel feige übergab, obwohl Mercy, welcher durch 2700 Mann unter Hatzfeld verstärkt worden war, zum Entsatze herannahte und 700 Mann, welche er vorausgeschickt hatte, bereits bei der Stadt angelangt waren. Doch eroberte Mercy noch vor Ablauf des Jahres mehrere Städte zurück.

Im Frühjahr 1645 drang Turenne mit 11 000 Mann von Speier bis Mergentheim an der Tauber vor. Mercy und Werth, welche bei Feuchtwangen lagerten, wollten die Sorglosigkeit, welcher sich die Franzosen auch hier hingaben, wieder zu einem Überfalle benutzen. Dies gelang zwar nicht vollständig, da Turenne früher unterrichtet wurde. Aber in der Schlacht, welche hier am 5. Mai geliefert ward, wurde Turenne von Mercy und Werth geschlagen, sein Fußvolk großenteils vernichtet, wenigstens 2500 Mann gefangen. Turenne zog sich mit den Resten seiner Reiterei über den Main bis Niederhessen zurück, um bei der Landgräfin und bei dem im nordwestlichen Deutschland kommandierenden schwedischen General Königsmark Unterstützung zu finden. Als dann auch Enghien ein neues Heer heranführte und die Feinde auf 28 000 Mann anwuchsen, mußte sich Mercy, der den Franzosen nach Hessen gefolgt war, vor der Übermacht der Feinde Schritt für Schritt bis in das südliche Franken zurückziehen, obwohl er durch 5000 Kaiserliche unter dem Feldmarschall

1) Im einzelnen auf Grund sorgfältiger Lokaluntersuchungen manches Neue bei Lufft, Die Schlachten bei Freiburg (1882).

Geleen verstärkt wurde, während Königsmark wieder nach der Weser zog.

Endlich erwartete Mercy die Feinde in einer günstigen Stellung bei Allerheim östlich von Nördlingen. Am 3. August unternahm Enghien den Angriff. Aber alle Stürme auf das Dorf Allerheim, welches den Mittelpunkt der baierischen Aufstellung bildete, wurden abgeschlagen. Leider verlor aber Mercy, einer der tüchtigsten Generale der letzten Periode des Dreißigjährigen Krieges, durch einen Schuß das Leben, und nun fehlte es den Baiern an einheitlicher Leitung. Werth warf den ihm gegenüberstehenden rechten Flügel der Franzosen über den Haufen, verfolgte aber die Feinde zwei Stunden lang, ohne sich um den Gang der Schlacht zu kümmern. Unterdessen schlug Enghien nach mehreren vergeblichen Angriffen mit Hilfe der tapferen Hessen den rechten Flügel, auf dem Geleen kommandierte, in die Flucht, worauf auch das isolierte Zentrum erlag. Am folgenden Tage führte Werth seine Truppen auf den festen Schellenberg bei Donauwörth zurück. Aber auch die Franzosen hatten sehr große Verluste erlitten, und da zur Unterstützung der Baiern auch der Erzherzog Leopold Wilhelm längs der Donau heraufzog, so trat Turenne, der statt des verwundeten Enghien den Oberbefehl übernahm, im Herbst einen verlustvollen Rückzug bis unter die Mauern von Philippsburg an.

Hatten so die Baiern in den letzten Jahren im ganzen mit Erfolg das südwestliche Deutschland verteidigt, so führten die Kaiserlichen gegen die Schweden den Krieg unglücklich. Es hatte dies teils in der immer mehr hervortretenden Unfähigkeit des Generals Gallas, dessen Geist auch durch übermäßiges Trinken geschwächt ward, teils in dem Auftreten eines neuen Feindes, des Fürsten von Siebenbürgen, seinen Grund.

Georg I. Rákóczy hatte den Frieden, welchen er 1631 mit dem Kaiser in Kaschau geschlossen hatte, bisher nie offen gebrochen, obwohl es ihm an Neigung dazu nicht gefehlt hatte [1]).

1) Die Quellen für das Folgende s. oben S. 372, N. 3.

Denn er konnte es nicht verschmerzen, daß nicht auch er die sieben ungarischen Komitate erhalten hatte, welche seinem Vorgänger auf Lebenszeit überlassen worden waren, und würde eine günstige Gelegenheit zur Erwerbung derselben gerne ergriffen haben. Er hatte 1632 mit Gustav Adolf, seit dem Frühjahr 1633 mit Oxenstjerna und dem Grafen Thurn unterhandelt und wäre sehr bereit gewesen, den Krieg gegen den Kaiser zu beginnen, wenn ihn die Pforte durch einen feierlichen Schutzbrief gegen die Gefahr eines Verlustes seiner ungarischen Besitzungen sicher gestellt und die Gegner des Kaisers ihm die verlangten Subsidien und Truppen geschickt [1]) und die Erwerbung der sieben Komitate garantiert hätten. Da aber jene den Frieden mit dem Kaiser nicht gefährden wollte, und Thurn ihm keine Garantie bieten konnte, daß die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg seine Forderungen erfüllen würden, so suchte er die Bedrängung des Kaisers nur zur Erlangung einiger kleinerer Vorteile zu benutzen. Er unterhandelte mit diesem seit dem Beginn des Februar 1633 über die Abänderung einiger Artikel des Kaschauer Friedens und genehmigte den von den Bevollmächtigten beider Teile am 6. Mai vereinbarten Vertrag nach langem Zögern und, nachdem er noch einige Abänderungen durchgesetzt hatte, am 28. September. Der wichtigste Punkt war, daß ihm und seinen beiden Söhnen gegen Zahlung von 50000 Gulden die wichtige Festung Munkács unter dem Titel eines Pfandes für 200000 Gulden auf Lebenszeit überlassen wurde.

Eine Zeit lang konnte Rákóczy auch deswegen an auswärtige Unternehmungen nicht denken, weil er von inneren Gegnern angefeindet wurde und die Gunst der Pforte [2]) verlor.

1) Er forderte 6000 Mann zu Fuß, 2000 Kürassiere und vierteljährlich 50000 Gulden. Vgl. über diese Verhandlungen Szilágyis Einleitung zu den „Mon. comit. Transsylv.“ IX, 190 sqq. und die Aktenstücke in „Történelmi tár“ 1880, p. 362 sqq. und 1891 p. 185 sqq.

2) Eine umfassende Sammlung von (fast ausschließlich ungarischen) Aktenstücken betreffend das Verhältnis Rákóczys zu der Pforte (1631—1648) haben **Beke** und **Barabás**, I. Rákóczy György és a Porta

1633 glaubte er sich von David Zólyomi, Stephan Bethlens Schwiegersohn, der ihm zum Fürstenstuhle verholfen hatte, bedroht, so daß er ihn seiner Güter berauben und lebenslänglich einkerkern ließ. Gleichzeitig machte Moses Székely, der Sohn jenes Székely, welcher sich 1603 kurze Zeit der Herrschaft in Siebenbürgen bemächtigt hatte [1]), den Versuch, mit Unterstützung der Türken Rákóczy zu verdrängen und sich an seine Stelle zu setzen. Doch wurde dieser auf Verlangen des Fürsten nach Konstantinopel gebracht, wenn sich auch die Pforte weigerte, denselben unschädlich zu machen. Als nun Rákóczy zögerte, im Frühjahr 1634 mit dem Sultan Murad IV. gegen Polen ins Feld zu ziehen, erregte er den Unwillen desselben, was für ihn bald gefährlich werden sollte. Nicht bloß wendete die Pforte Székely wieder ihre Gunst zu, für den sich auch die Gesandten Frankreichs und Hollands verwendeten, weil sie hofften, daß er für einen Angriff auf den Kaiser zu gewinnen sein würde, sondern sie entschloß sich sogar, einen neuen gefährlicheren Rivalen Rákóczys offen zu unterstützen.

Der alte Stephan Bethlen konnte den Verlust der Fürstenwürde nicht verschmerzen, und Rákóczy, der in ihm und seinen Nachkommen Nebenbuhler seines eigenen Geschlechtes erblickte, that nichts, um ihn zu besänftigen, ja verletzte mehrfach die materiellen Interessen desselben. Als Bethlens Sohn Peter einen seiner Beamten durch Zufall so schwer verwundete, daß er einige Tage darauf starb, ließ ihm der Fürst den Prozeß machen, worauf sich derselbe auf ungarisches Gebiet flüchtete. Sein Vater begann nun seine Festen Hußt und Ecsed zu befestigen und mit Besatzungen zu versehen und erließ am 12. Januar 1636 ein Rundschreiben an die siebenbürgischen Stände, in welchem er Rákóczy beschuldigte, daß er den mit ihm geschlossenen Vertrag nicht gehalten und die Freiheiten

(Budapest 1888) herausgegeben. Vgl. auch Szilágyi, Levelek és okiratok I. Rákóczy György keleti összeköttetései történetéhez (Briefe und Akten zur Geschichte der Beziehungen Georg Rákóczys I. zum Oriente). Budapest 1883.

1) S. Gesch. Österreichs IV, 437.

des Landes mit Füßen getreten habe. Er selbst begab sich nach Erlau und dann nach Ofen, wo ihn der Pascha in freundlichster Weise aufnahm, und wendete sich an die Pforte, der er Rákóczy als Freund des Kaisers und des Königs von Polen schilderte, um dessen Absetzung zu erwirken.

Der Sultan kam in der That den Wünschen Bethlens entgegen. Es waren zwar damals seine meisten Streitkräfte durch den schweren Krieg mit Persien in Anspruch genommen. Aber der Pascha von Ofen und die Paschas und Begs der übrigen Provinzen des Nordens erhielten im Sommer 1636 Befehl, ihre Truppen zu sammeln. Rákóczy wurde abgesetzt und die Stände Siebenbürgens aufgefordert, entweder Stephan Bethlen oder Székely zum Fürsten zu wählen. Am 15. September brach das türkische Heer von Pest gegen Siebenbürgen auf.

Die Gefahr für Rákóczy war um so größer, als er in seinem eigenen Lande viele Feinde hatte, andere wenigstens nicht viel für ihn thun wollten. Aber er brachte doch eine beträchtliche Macht zusammen, und es gelang ihm auch, die Abneigung derselben gegen einen Kampf mit den Türken zu überwinden. Nachdem ein türkisches Korps unter dem Pascha von Temesvár in einem Gefechte bei Szalonta zwischen Gyula und Großwardein zurückgedrängt worden war, stellte sich Rákóczy mit den meisten seiner Truppen dem Pascha von Ofen bei Lippa an der Maros entgegen. Als dieser sah, daß die Beseitigung Rákóczys nicht so leicht sei, als er sich vorgestellt hatte, ließ er sich zu Unterhandlungen herbei, welche Anfangs Dezember zum Abschluß eines Friedens führten. Rákóczy mußte die freie Rückkehr Bethlens und die Wiedereinsetzung desselben und seines Sohnes in ihre Güter gestatten, die Freilassung Zólyomis versprechen und dem Sultan 40000 Thaler zahlen. Dieser bestätigte auch nach längerem Zögern den Vertrag. Aber wie wenig er mit diesem einverstanden war, zeigte er dadurch, daß er den Pascha von Ofen absetzte, den von Temesvár hinrichten ließ. Auch in den nächsten Jahren glaubte Rákóczy Ursache zu haben, von den Türken das Schlimmste zu befürchten.

Unter solchen Verhältnissen konnte er natürlich nicht daran denken, sich auch den Kaiser zum Feinde zu machen. Im Gegenteile mußte er froh sein, daß derselbe ihm gegenüber eine wohlwollende Haltung einnahm, was besonders der Kardinal Pázmány befürwortete, der leider am 19. März 1637 starb.

Als sich aber die Beziehungen zur Pforte besser gestalteten, konnte Rákóczy dem Wunsche, sein Gebiet auf Kosten des Kaisers zu erweitern, und den von außen an ihn herantretenden Versuchungen nicht länger widerstehen, und er ließ sich bereitwillig in Unterhandlungen mit den Feinden des Kaisers ein [1]).

Am Anfang des Jahres 1637 sendete der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel im Einverständnis mit Frankreich einen Geistlichen, Heinrich Meerbott, nach Siebenbürgen, wo er auf dem Umweg über Danzig und Polen Anfangs März eintraf. Im August schickte ihn Rákóczy zu den Regenten Schwedens nach Stockholm, von wo er sich zu den auf dessen Seite ausharrenden protestantischen Fürsten Deutschlands und nach England und Frankreich begeben sollte. Rákóczy erklärte sich zum sofortigen Angriff auf den Kaiser bereit, wenn sich die deutschen protestantischen Stände und die mit ihnen verbündeten Könige verpflichteten, den Frieden mit den Türken zu erhalten, ihn und seine Erben in ihren Schutz zu nehmen und im Fall eines unglücklichen Krieges und der Vertreibung aus ihren Gütern zu entschädigen, ohne ihn keinen Frieden zu schließen,

1) S. für das Folgende das wichtige Quellenwerk, welches Szilágyi 1873 unter dem Titel: „Okmánytár I. Rákóczy György Svéd és Franczia szövetkezéseinek történetéhez (Urkundenbuch zur Geschichte der Verbindungen Georg I. Rákóczys mit Schweden und Frankreich)“ in „Mon. Hung. hist. Dipl.“ XXI. B. herausgegeben hat. Das dort gesammelte Material hat der Herausgeber mit Benutzung später entdeckter Quellen 1878 in einem Aufsatze: „I. Rákóczy György és a Diplomazia“ in den von der ungarischen Akademie herausgegebenen „Abhandlungen aus dem Gebiete der Geschichte“ (Értekezések etc.) VII. B. und 1884 in der Einleitung zu den „Mon. comit. Transsylv.“ X, 24. 31 sqq. verarbeitet.

ihm 6000 deutsche Fußgänger zu schicken und ihm jährlich Subsidien zu zahlen. Doch wurde Meerbott bis in den Dezember in Schweden aufgehalten, so daß es für einen Krieg in diesem Jahre zu spät war [1]).

Um dieselbe Zeit schickte Rákóczy den Weißenburger Professor Bisterfeld an den König von Frankreich, um vor allem zu erfahren, ob die Verhandlungen mit Wissen und Willen desselben begonnen worden seien, und, wenn dies der Fall wäre, denselben zur Absendung eines Bevollmächtigten nach Siebenbürgen zu bewegen, mit dem er einen Bundesvertrag abschließen könnte [2]). Der König schickte auch Anfangs August 1638 den Herrn Dubois d'Avaugour an den Fürsten, bei dem er im Oktober eintraf. Aber er brachte nur allgemeine Zusicherungen, mit welchen sich Rákóczy nicht begnügen konnte. Wenn dieser den Frieden mit dem Kaiser brechen sollte, so wollte er nicht seine und seiner Familie Zukunft und das Schicksal seines Landes auf das Spiel setzen, sondern gegen alle Eventualitäten gesichert sein. Er stellte als Bedingungen eines Bündnisses nicht bloß die Forderungen, welche er schon durch Meerbott bekannt gegeben hatte [3]), sondern er verlangte auch, daß die Verbündeten seine Wünsche bei der Pforte durchsetzten. Und diese waren in der That nicht geringfügig. Der Sultan sollte ihn und seine Familie wie seine Besitzungen in seinen Schutz nehmen und sich verpflichten, im Falle der Not zu ihrer Verteidigung Truppen zu senden. Er sollte jenen von seinen Söhnen, welchen die Stände Siebenbürgens zum Fürsten wählten, als solchen bestätigen und gegen alle Feinde schützen. Er sollte ihm endlich den Moses Székely ausliefern, wogegen er diesem seine Güter zurückgeben wollte. Auch wollte

1) Mehrere auf seine Sendung bezügliche Aktenstücke in „Történelmi tár“ 1892, p. 458 sqq.

2) Okmánytár l. c., p. 23. Die Forderungen Rákóczys p. 25 sqq. Nachträge zu den dort abgedruckten Aktenstücken über die Verhandlungen in „Történelmi tár“ 1889, p. 686 sqq.

3) Doch ermäßigte er einige. So wurde die Zahl der ihm zu sendenden Fußgänger auf 4000 herabgesetzt.

er den Angriff auf den Kaiser erst dann beginnen, wenn der König von Frankreich, die Krone Schweden, die holländischen Generalstaaten und deren Verbündete die Vertragsurkunde unterschrieben und besiegelt hätten.

Die Erfüllung dieser Bedingungen konnte unmöglich rasch erfolgen, weil darüber vor allem Verhandlungen zwischen Frankreich und Schweden und dann noch die verlangten Zusagen des Sultans erwirkt werden mußten. So verging auch das Jahr 1639, ohne daß Rákóczy in den Krieg eingriff. Die Gefahr, in welcher damals der Kaiser schwebte, wo Banér mit seinem siegreichen Heer in Böhmen, ein anderes schwedisches Korps in Schlesien stand und Bernhard von Weimar sich anschickte, längs der Donau in die österreichischen Erblande vorzudringen, wurde von Rákóczy aus vielleicht übertriebener Vorsicht nicht benutzt.

In der nächsten Zeit wurden die Schweden wieder nach Norddeutschland zurückgedrängt, während Frankreich seine Hauptaufmerksamkeit dem Kriege gegen Spanien zuwendete. Infolge dessen wurden auch die Unterhandlungen mit dem Fürsten von Siebenbürgen lässiger betrieben, wenn sie auch nicht ganz abgebrochen wurden [1]). Rákóczy benutzte übrigens diese Zeit zur Befestigung der Stellung seines Hauses, indem er am 4. März 1642 auf dem siebenbürgischen Landtage die Wahl seines älteren Sohnes Georg zu seinem Nachfolger durchsetzte und hierfür auch die Bestätigung der Pforte erwirkte.

Als aber im Jahre 1642 der Krieg mit Schweden wiederum eine für den Kaiser ungünstige Wendung nahm und Torstensson an der Spitze seines Heeres in die Erblande eindrang, da zeigte sich wieder die Möglichkeit eines Zusammenwirkens Rákóczys mit den schwedischen Streitkräften. Doch nicht als er siegreich in Mähren stand, sondern als die kaiserliche Armee ihm nach Schlesien gefolgt und er zur Aufhebung der Belagerung von Brieg gezwungen worden war, beschloß Torstensson die Unterstützung Rákóczys nachzusuchen. Anfang

1) Aktenstücke hierüber in „Történelmi tár“ 1892, p. 471 sqq.

August schickte er aus seinem Lager bei Guhrau östlich von Glogau die zwei Obersten Georg Derfflinger und Hieronymus von Plettenberg nach Siebenbürgen, um den Fürsten zum Eintreten für die „gerechte Sache", das „Evangelium" und das „Heil Deutschlands" zu bewegen. Freilich konnte er ihm die von jenem längst gewünschte Bundesurkunde auch jetzt nicht schicken und nur die Überzeugung aussprechen, daß seine Königin und wohl auch die Krone Frankreich sich bei den künftigen Friedensverhandlungen sein Wohl angelegen sein lassen würden, und er zweifelte selbst, ob Rákóczy durch so allgemeine Zusicherungen zum Bruche mit dem Kaiser zu bewegen sein würde. Aber die Obersten sollten ihn wenigstens dahin zu bringen suchen, daß er einige seiner Völker abdanke und ihnen überlasse, damit sie damit einen Einfall in Mähren oder ein anderes Erbland unternehmen könnten [1]).

Die beiden Obersten fanden in Siebenbürgen die günstigste Aufnahme. Rákóczy erklärte sich bereit, noch in folgendem Winter, und zwar, wie er prahlend in Aussicht stellte, mit 40—50 000 Mann, den Krieg zu beginnen, wenn die Verbündeten auf seine Bedingungen eingingen. Er hatte diese übrigens neuerdings ermäßigt, indem er sich mit 3000 Fußgängern und mit geringeren Subsidien, als er früher verlangt hatte, begnügen wollte. Dagegen forderte er 30 000 Reichsthaler, um durch Bestechung der türkischen Würdenträger zu bewirken, daß die Verlängerung des Friedens zwischen der Pforte und dem Kaiser, welche zwischen den Bevollmächtigten beider Teile am 19. März in Szöny auf weitere zwanzig Jahre vereinbart worden war [2]), nicht ratifiziert würde. Auch

1) Das Schreiben Torstenssons an Rákóczy vom 29. Juli im „Okmánytár" l. c., p. 25 und die Instruktion für die Obersten vom 23. Juli (beide alten Stils) im „Történ. tár" 1892, p. 592 sqq. An beiden Orten folgen noch weitere einschlägige Aktenstücke.

2) Der Text bei Katona XXXII, 211 sqq. Ein „Urkundenbuch des Friedens von Szöny" (A. Szönyi béke okmánytára) hat B. Majláth 1885 herausgegeben und gleichzeitig in der „Geschichte des Friedens von Szöny von 1642" (ungarisch) in „Ertekezések" XII. B. das Material verarbeitet.

hielt er daran fest, daß die Verbündeten ihm die Zustimmung des Sultans zum Angriff auf den Kaiser und die Zusicherung des Schutzes desselben erwirken sollten.

An diesem Artikel nahm der französische Gesandte in Stockholm, Baron Rorté, mit welchem die Regenten Schwedens im November über diese Angelegenheiten unterhandelten, am meisten Anstoß. Nur ihre Verwendung sollten die Verbündeten in Aussicht stellen. Auf die übrigen Forderungen gingen sie ein. Am 3. Dezember erteilte die schwedische Regierung ihrem General Torstensson die Vollmacht, dem Fürsten die bestimmtesten Zusicherungen zu machen und ihn zur Absendung eines Bevollmächtigten nach Hamburg aufzufordern, wo ein förmliches Bündnis abgeschlossen werden sollte [1]).

Aber diese Vollmacht gelangte erst drei Monate später in Torstenssons Hauptquartier, und dann vergingen wieder mehrere Wochen, bis ein Brief desselben nach Weissenburg in Siebenbürgen gebracht wurde. Und was brachte dieser dem ungeduldigen Fürsten? Statt des unterschriebenen Bundesvertrages die „Kavaliers Parole" des Generalfeldmarschalls, daß die Forderungen Rákóczys durch seine Königin und den König von Frankreich ratifiziert und alles zu seiner Vergnügung bekräftigt werden würde! Dadurch ließ sich der Fürst jetzt ebenso wenig wie früher zum Losschlagen bewegen. Vergebens richtete Torstensson im Sommer 1643 aus seinem Lager bei Tobitschau südlich von Olmütz an Rákóczy die dringendsten Briefe, um ihn zum Heraustreten aus seiner Unthätigkeit zu bewegen. Vergebens sendete er Ende Juli seinen Oberstlieutenant Rebenstock und den Kapitänlieutenant Orbay nach Siebenbürgen, um ihm einen einstweilen auf Grund der erhaltenen Vollmacht von ihm unterschriebenen Bundesvertrag zu überbringen und dann nach Konstantinopel zu reisen, wo er den französischen Gesandten drängen sollte, dem Fürsten die Erlaubnis zum Angriff auf den Kaiser zu erwirken. Rákóczy vollendete seine Rüstungen, zog Truppen zusammen und suchte Gründe

1) „Okmánytár" l. c., p. 434. Die weiteren Aktenstücke p. 38sqq.

für den Krieg mit dem Kaiser. Aber der Angriff erfolgte nicht, weil bei der Pforte für die Erlangung der Erlaubnis noch nichts geschehen war, ja der französische Gesandte de la Haye[1]) erklärte, daß er nichts thun könne, wenn nicht Rákóczy selbst zu diesem Zweck eine feierliche Gesandtschaft schicke.

So verging auch das Jahr 1643 ohne Feindseligkeiten. Torstensson, der vergeblich darauf gewartet hatte, daß Rákóczy die Kaiserlichen im Rücken angreifen würde, zog sich im September aus Mähren zurück und begann dann den Krieg gegen Dänemark, der ihn längere Zeit von Österreich fernhalten mußte.

Während Torstensson mit dem schwedischen Hauptheere schon auf dem Marsche nach Norddeutschland war, entschloß sich Rákóczy, der von Rebenstock ununterbrochen zum Losschlagen gedrängt wurde, endlich seine Bedenken fallen zu lassen. Am 16. November wurde einerseits von ihm, anderseits von Rebenstock und Orbay in Weißenburg der Bundesvertrag mit der Krone Schweden und durch diese mit dem König von Frankreich und deren Verbündeten unterzeichnet[2]).

Rákóczy verzichtete einstweilen auf die Erlaubnis seines Angriffs und die Garantie seiner Besitzungen durch die Pforte und begnügte sich mit dem Versprechen, die Zustimmung des Sultans erwirken zu wollen. Dagegen wurde ihm freigestellt, mit dem Kaiser einen Separatfrieden zu schließen, wenn er wegen seines Angriffs von den Türken mit Krieg bedroht würde und die Verbündeten ihn gegen diese nicht zu schützen vermöchten. Falls er oder seine Witwe und Kinder ihrer Güter in Ungarn und Siebenbürgen beraubt würden, sollten

1) Dieser hatte übrigens, als er 1639 nach Konstantinopel geschickt wurde, in seiner Instruktion den Auftrag erhalten, dahin zu wirken, daß die Pforte die Angriffspläne Rákóczys gutheiße. Avenel, Lettres du cardinal Richelieu VI, 320 ff.

2) Die Urkunde Rákóczys (mit mehreren erläuternden Aktenstücken) im „Okmánytár“ l. c., p. 104 sqq., die der Bevollmächtigten Torstenssons im „Történelmi tár“ 1884, p. 685.

die Verbündeten verpflichtet sein, ihnen jährlich 40 000 Reichsthaler zu zahlen. Diese sollten ihm auch während der Dauer des Krieges im ersten Jahre 200 000, in den folgenden 150 000 Reichsthaler zahlen und ihm in ihrem Solde 3000 Fußgänger senden, wogegen er nach Überschreitung der Theiß ihr Heer mit 2000 leichten Reitern verstärken würde. Über den Beginn der Feindseligkeiten durch Rákóczy wurden keine bestimmten Verabredungen getroffen. Es wurde dies von dem Zeitpunkt abhängig gemacht, wo sich Torstensson mit ihm an der ungarischen Grenze vereinigen oder ihm wenigstens die verlangten Fußgänger schicken könnte. Doch glaubte selbst Rebenstock, daß wohl drei Monate vergehen würden, bis die siebenbürgischen Truppen vereinigt und bis an die Ostgrenze Ungarns vorgerückt wären.

Unterdessen änderte sich aber die Lage auf dem Kriegsschauplatze. Noch im November trat Torstensson den Marsch gegen Dänemark an. Mitte Februar, wo Rákóczy den Angriff auf Ungarn beginnen zu können glaubte, stand derselbe in Hadersleben an der Nordgrenze Schleswigs.

Dessen ungeachtet wollte Rákóczy den Krieg nicht länger verschieben. Denn bereits hatte der Kaiser, der von seinen feindseligen Absichten und seinen Rüstungen wenigstens im allgemeinen unterrichtet war, ein Aufgebot gegen ihn erlassen. Wollte er, wie sein Plan war, Ungarn ungerüstet überfallen, so mußte er den Angriff möglichst beschleunigen. Auch hoffte er ohne unmittelbare Unterstützung der Schweden große Erfolge zu erzielen. Denn der Großwesir Mustafa hatte ihm im Dezember nicht bloß zur Wiedereroberung der unter Bethlen mit Siebenbürgen vereinigten sieben Komitate die Ermächtigung erteilt, sondern auch dem Pascha von Ofen Befehl gegeben, ihn mit den in den Grenzgebieten liegenden Truppen zu unterstützen. Auch die Woywoden der Walachei und Moldau hatten den Auftrag erhalten, dem Fürsten je 1000 Reiter zuhilfe zu schicken [1].

1) Török-magyarkori államokmánytár III, 245 sqq.

Zugleich wußte Rákóczy, daß die meisten Protestanten Oberungarns geradeso wie in der Zeit Bethlens bereit seien, sich gegen den Kaiser zu erheben.

Denn die Unzufriedenheit derselben war in der letzten Zeit noch gestiegen. Je mehr reiche Adelige in den Schoß der katholischen Kirche zurückkehrten, um so mehr wurde der Protestantismus eingeengt, weil dieselben, gestützt auf ihre Rechte als Grundherren und Patrone in ihren Dörfern die Kirchen mit katholischen Geistlichen besetzten und die protestantischen Prediger vertrieben. Zwar erhoben die evangelischen Ständemitglieder auf den Reichstagen, welche übrigens immer seltener berufen wurden, laute Klagen darüber. Aber sie waren jetzt dort nicht mehr ausschlaggebend und in der Magnatentafel in der entschiedensten Minorität. Auf den Reichstagen von 1625, 1630 und 1634/5 setzten es die Katholiken durch, daß die Verhandlung der Religionsfrage auf die nächste Versammlung verschoben wurde. Auf dem ersten Reichstage, den Ferdinand III. auf dem 21. September 1637 nach Presburg berief, der aber wegen des späten Erscheinens des Kaisers erst zwei Monate später eröffnet wurde, ließen sich die Protestanten mit ihren Beschwerden nicht mehr abweisen und setzten im Unterhause, wo sie noch in der Majorität waren, den Beschluß durch, die königlichen Propositionen so lange nicht in Verhandlung zu nehmen, bis ihren Beschwerden abgeholfen würde. Aber die Katholiken suchten gerade auf Grund der Gesetzartikel von 1606 und 1608, auf welche jene sich beriefen, darzuthun, daß ihnen nicht Unrecht geschehen sei, und vertraten die Befugnis der Grundherren, über die auf ihren Herrschaften liegenden Kirchen beliebig zu verfügen. Als sich die evangelischen Ständemitglieder an den Kaiser selbst wendeten, wies er ihre Eingabe an den Reichstag, weil nur dieser in seiner Gesamtheit, aber nicht ein Teil das Recht habe, dem Könige Beschwerden vorzubringen. Die Protestanten hielten aber an ihrem Standpunkte fest und ließen sich vom Palatin und von den katholischen Ständemitgliedern weder durch Drohungen noch durch Vorstellungen oder allgemeine Zusicherungen davon abbringen.

Wochenlang fanden zwischen den beiden Parteien die erbittertsten Streitigkeiten statt, die sich noch dadurch verschärften, daß man vonseiten der Katholiken den Lutheranern und Reformierten das Recht bestritt, sich mit einem gemeinsamen Namen als evangelische Stände zu bezeichnen. Um zu verhüten, daß der Reichstag ganz ohne Ergebnis auseinandergehe, gab der König den Beschwerden der Protestanten wenigstens in einigen untergeordneten Punkten nach, obwohl der Klerus gegen jedes Zugeständnis war. Er erlaubte den Protestanten in Tyrnau und Léva die Restaurierung der dortigen Kirchen, was man bisher gehindert hatte, und in Szakolcza die Anlegung eines Friedhofes und versprach die Absendung von Kommissären, um die Beschwerden derselben in den unterthänigen Städten und Dörfern zu untersuchen. Aber bei der herrschenden Strömung und der Rechtsauffassung der Prälaten und katholischen Grundherren war leicht vorauszusehen, daß das Ergebnis dieser Untersuchungen, auch wenn die Kommissionen zusammentraten, den Protestanten nicht günstig sein würde. Unter die vom Reichstage angenommenen Gesetzartikel wurde zwar aus dem Krönungsdiplom Ferdinands III. die Bestimmung aufgenommen, daß nach dem Wiener Frieden und den vor der Krönung des Königs Matthias gegebenen Gesetzen nicht bloß die Adeligen und königlichen Städte, sondern auch die Bewohner der Dörfer das Recht der freien Religionsübung haben sollten. Aber auch damit war den protestantischen Unterthanen nicht geholfen, weil ja die katholischen Grundherren behaupteten, daß daraus nicht auch das Recht auf den Besitz der Kirchen und auf die Haltung von Geistlichen folge. Zur Beruhigung der Protestanten hatte daher auch dieser Reichstag nicht beigetragen [1]).

1) Die auf den Reichstagen von 1634/35 und 1637/38 gegebenen Gesetze und manche einschlägige Aktenstücke bei Katona XXXI, 608—733 und XXXII, 16—142. Über die Verhandlungen des ersteren hat kurz Frankl, Pázmány III, 101 sqq. und 381 sqq., über die des letzteren eingehend Zsilinsky (ungarisch) in den „Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte" (Értekezések) XII (1885) gehandelt.

In den nächsten Jahren aber wurden die Protestanten in ihrem Besitzstande noch mehr beeinträchtigt.

Auf die Bedrückung der Protestanten, auf die Wegnahme zahlreicher Kirchen und die Vertreibung ihrer Priester wies denn auch Rákóczy, der sich am 2. Februar 1644 mit drei Heeresabteilungen gegen Ungarn in Bewegung setzte, besonders hin, als er am 17. Februar in einem Manifeste die Ungarn zum Kampfe für ihre Freiheit aufrief [1]. Mochte auch Rákóczy, der selbst die Katholiken in seinem Land in der Ausübung der Religion möglichst beschränkte [2], am wenigsten berufen sein, als Vorkämpfer der Gewissensfreiheit aufzutreten, so fand doch sein Aufruf bei den ungarischen Protestanten lauten Wiederhall. Viele schlossen sich ihm an, die anderen leisteten ihm wenigstens keinen Widerstand. Da auch von der Regierung, welche seit Jahrzehnten ihre ganzen Kräfte für den Krieg in Deutschland verwendet hatte, die ungarischen Festungen vernachlässigt und nur mit geringen Besatzungen versehen waren, so fanden Rákóczy und seine Generäle bei ihrem Angriff auf Ungarn nur geringen Widerstand, obwohl ihre Streitkräfte zum größten Teile aus leichter Kavallerie bestanden [3]. In zwei Monaten waren der Osten und Norden Ungarns in ihren Händen. Selbst Kaschau, die wichtigste Stadt Oberungarns, hatte der Kommandant Forgách am 11. März übergeben müssen, weil auch die Bürgerschaft gegen ihn war. Nur Szathmár und Tokaj hatten eine mehrwöchentliche Belagerung ausgehalten. Schon stand die siebenbürgische Hauptmacht unter

1) Das Manifest bei Katona XXXII, 264 sqq.

2) S. die Beschwerden derselben in „Mon. comit. Transsylv." X, 290 sqq.

3) Nach einem Schreiben Rebenstocks an die Königin von Schweden d. d. Kaschau 18./28. August 1644 (Történ. tár 1892, p. 614 sqq.), welches über die Ereignisse bis zu diesem Tage einzelne interessante Mitteilungen bringt, bestand die Hauptarmee Rákóczys aus 24000 Pferden, 1000 deutschen Musketieren und 5000 Széklern und „schlecht ungarisch Fußvolk".

Johann Kemény bei Fülek an der Eipel, welches von Franz Wesselény verteidigt wurde. Eine Heeresabteilung war durch die Komitate Liptau, Arva und Thurócz in das Thal der Neitra und dann bis Freistadtl (Galgócz) an der Waag vorgedrungen. Hätte Torstensson noch in Mähren oder Oberschlesien gestanden, so hätten sie sich mit vereinten Kräften gegen Presburg und Wien wenden können.

Aber der Zug des schwedischen Feldmarschalls gegen die Dänen hatte es dem Kaiser möglich gemacht, einen Teil der in Mähren stehenden Truppen, 8000 Mann, unter dem Feldmarschall Götz und dem Feldmarschall-Lieutenant Puchheim nach Ungarn zu ziehen. Mit ihnen vereinigte sich das ungarische Aufgebot aus den westlichen Komitaten, 4000 Mann, unter dem Palatin Eszterházy. Am 9. April stießen die Kaiserlichen mit dem bei Freistadtl stehenden Haufen zusammen und sprengten ihn auseinander. Von da ostwärts ziehend drängten sie die Feinde, deren Führer sich mit den kampfgeübten Feinden in keine Schlacht einzulassen wagten, im Laufe des Mai über den Bodrog bis an die Theiß zurück.

Da sich aber das kaiserliche Heer infolge der Strapazen und Desertionen ununterbrochen verminderte, so beschloß nun Eszterházy, die Verfolgung Rákóczys aufzugeben und sich den Weg an die Grenze Polens zu bahnen, wo ungarische Große für den Kaiser Truppen warben. Er wendete sich daher Ende Mai nordwärts gegen Kaschau, durch dessen Eroberung er sich den Zugang in das obere Hernadthal eröffnen wollte. Aber Kaschau, wo die starke Besatzung auch von der Bürgerschaft unterstützt wurde, widerstand, und als Kemény mit den siebenbürgischen Truppen herankam, mußte der Palatin am 17. Juni die Belagerung aufheben. Auch Eperies, Szeben, Leutschau verschlossen vor ihm ihre Thore. Unterhandlungen mit Rákóczy, die übrigens von beiden Seiten nicht ernstlich gemeint waren, führten ebenso wenig zum Ziele. Schritt für Schritt mußte Eszterházy mit den Kaiserlichen zurückweichen. Am 14. Juli lagerten diese wieder an der obern Neitra, wo sich beide Heere längere Zeit gegenüberstanden.

Dessenungeachtet war Rákóczy jetzt einem Frieden unter günstigen Bedingungen nicht ganz abgeneigt. Er hatte bis jetzt von seinen Verbündeten weder einen Soldaten noch einen Groschen Geld, ja nicht einmal die Ratifikation des Bundesvertrages, und seit längerer Zeit auch nicht eine Nachricht erhalten. Auch die Pforte hatte ihn fast gar nicht unterstützt, weil er mit Geschenken zu sparsam war und den für die Zusicherung der ungarischen Komitate verlangten Tribut nicht zahlen wollte. Es schien nicht unmöglich, daß dort ein Wechsel der Stimmung eintreten würde. Ein Teil der ungarischen Stände, deren Güter durch den Krieg litten, ja auch der siebenbürgischen Magnaten waren ebenfalls für den Abschluß eines Friedens, wofür der König von Polen seine Vermittelung anbot.

Unter solchen Verhältnissen beschloß Rákóczy auf den Beginn des August die Vertreter der oberungarischen Komitate nach Kaschau zu berufen und ihnen die Frage vorzulegen, ob und unter welchen Bedingungen man Frieden schließen und, wenn nicht, wie man die Mittel zur Fortsetzung des Krieges aufbringen könnte.

Gerade während der Verhandlungen kam ein Bote des französischen Gesandten in Venedig an, der dem Fürsten meldete, daß der König für ihn 100000 Reichsthaler gesendet habe, und trafen Schreiben der Königin von Schweden und Torstenssons ein, welche die besten Zusicherungen enthielten. Dies machte nicht bloß auf den Fürsten, der von Rebenstock ununterbrochen bearbeitet wurde, sondern auch auf die versammelten Stände einen solchen Eindruck, daß sie den Antrag des polnischen Gesandten, bis zur Zustandebringung eines Friedens einen Waffenstillstand zu schließen, ablehnten, wenn sie sich auch zu Verhandlungen mit dem Kaiser bereit erklärten.

Im Felde trat allerdings gerade um diese Zeit wieder eine für Rákóczy ungünstige Wendung ein. Denn als Götz Verstärkungen erhielt und auch einige in Polen geworbene Truppen eintrafen, glaubte sich Kemény mit seinem meist aus Reiterei bestehenden Korps in seiner vorgeschobenen Stellung

nicht mehr halten zu können und trat am 12. August einen raschen Rückzug bis zur Theiß an. Erst hier, wo aus Siebenbürgen neue Truppen eintrafen, hielt er stand, ja nahm den Kaiserlichen wieder einige Plätze ab.

Im ganzen hatten sich also die Kräfte des Kaisers und des Fürsten bisher das Gleichgewicht gehalten, und da Rákóczy von seinen Verbündeten noch immer keine Unterstützung bekam, so hielt er es für notwendig, sich den Weg zur Aussöhnung mit dem Kaiser offen zu halten. Mitte August kündigte er dem Palatin seine Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen an, welche denn auch Anfangs Oktober in Tyrnau eröffnet wurden. Freilich waren seine Forderungen so weit gehend, daß er unmöglich auf deren Annahme rechnen konnte. Denn er verlangte nicht bloß Befriedigung der politischen und religiösen Wünsche der ungarischen Protestanten, welche die Adeligen und Freistädte der oberungarischen Komitate auf einer Versammlung in Tokaj formulierten [1]), und Amnestie für alle, die sich ihm angeschlossen hatten, sondern auch die erbliche Überlassung mehrerer ungarischer Schlösser und Herrschaften und die Abtretung der zum Kaschauer Generalate gehörenden vierzehn ungarischen Komitate für sich und alle seinem Geschlechte angehörigen Fürsten Siebenbürgens, während der Kaiser nach der seinen Vertretern gegebenen Instruktion den Protestanten gar keine Zugeständnisse machen und nur eine beschränkte Amnestie bewilligen wollte und verlangte, daß Rákóczy ihm die Kriegskosten und allen Schaden, den er in Un-

1) Die Humillima postulata dominorum magnatum et nobilium quatuordecim comitatuum et sex liberarum civitatum regni Hungariae sacrae caes. regiaeque maiestati . . . demisse praesentanda in der von A. Szilágyi 1885 herausgegebenen Sammlung „A. Linzi béke okirattára" (Urkundenbuch des Linzer Friedens), p. 51 sqq. Die Stände forderten, daß ihren religiösen und politischen Beschwerden abgeholfen, die 1606 und 1608 gesetzlich ausgesprochene freie Religionsübung ohne Einschränkung nicht bloß den Ständen, sondern auch den Unterthanen gestattet, die Protestanten bei der Besetzung der Ämter nicht zurückgesetzt, der Reichstag den Gesetzen von 1635 und 1638 gemäß alle drei Jahre einberufen werden sollte u. s. w.

garn angerichtet, ersetzen sollte [1]). Wenn auch mit diesen Forderungen beide Teile nicht ihr letztes Wort gesprochen hatten, so zeigte doch die Haltung, welche der an der Spitze der kaiserlichen Bevollmächtigten stehende Palatin bei den Verhandlungen einnahm, daß der Kaiser sich zu wesentlichen Zugeständnissen durchaus nicht herbeilassen würde. Anderseits zeigen auch die fortgesetzten Bestrebungen Rákóczys, die Pforte seinen Wünschen geneigt zu machen, daß er nur ungern Frieden geschlossen hätte, und daß er abwarten wollte, ob nicht doch auf dem deutschen Kriegsschauplatze eine Wendung eintreten würde, welche auch auf den Gang der Dinge in Ungarn in einer für ihn günstigen Weise einwirkte.

Dieser Umschwung erfolgte in der That noch vor Ablauf des Jahres 1644.

Der Kaiser, welcher das größte Interesse daran hatte, die Widerstandskraft Dänemarks zu stärken, schickte diesem ein Heer unter Gallas zuhilfe. Jedoch erst im Juni 1644 brach dieser aus Böhmen nach Holstein auf. Am 28. Juli kam er nach Kiel, welches sich zwei Wochen später ergab. Aber sein Heer zählte nicht viel über 13000 Mann [2]), welchen sich dann noch 3500 Dänen anschlossen, und war nicht im besten Zustande. Schon auf dem Zuge nach Norden hatte es großen Mangel gelitten, so daß infolge ungenügender und ungesunder Nahrung sehr Viele erkrankten. Im ausgeplünderten Holstein wurde es nicht besser. Zugleich verfolgte Gallas auch hier den Grundsatz, sich ja in keine Schlacht einzulassen, obwohl sein Heer durch eine solche weniger verloren hätte als durch sein erfolgloses Hinundherziehen. Wiederholt suchte ihn Torstensson, welcher ihm aus Schleswig entgegenzog, zum Schlagen zu bewegen. Aber er wich ihm immer aus, indem er sich

1) Die Instruktion des Kaisers vom 13. September und die Rákóczys vom 8. Oktober l. c., p. 38 und 68.

2) Diese Zahl (8000 deutsche Reiter, 600 Kroaten, 2 Dragonerregimenter und 4000 zu Fuß) giebt Chemnitz an. Nach Koch I, 480 wäre es freilich 10000 Fußgänger und 12000 Reiter stark gewesen. Aber er führt keine Quelle hierfür an.

durch eine feste Stellung deckte. Dabei zog er sich immer weiter zurück und marschierte schon am 26. August nach Lauenburg an der Elbe, die er, nachdem sich die Dänen von ihm getrennt hatten, vier Tage später überschritt. Ohne seinem Gegner, welcher ihm bald nachfolgte, irgendwo stand zu halten, ging Gallas, der „krank, baufällig und verloren" war und dessen Armee seit Beginn des Feldzuges um mehr als 6000 Mann abgenommen hatte [1]), nach Magdeburg und von da bis Bernburg an der Saale zurück. Hier standen sich die beiden Heere mehrere Wochen gegenüber. Aber die Kaiserlichen wurden durch die Schweden immer mehr eingeengt und an der Verproviantierung gehindert, so daß die Not immer größer wurde. In der Nacht auf den 22. November gab Gallas seine Stellung an der Saale auf und führte seine Truppen nach Magdeburg. Da die Schweden ihn auch hier umschlossen, war seine Lage bald unerträglich. Die Generale Enckevoert und Bruay, welche sich mit dem größten Teile der Reiterei zu retten suchten und nach Wittenberg begeben wollten, wo ein größerer Proviantvorrat war, wurden am 3. Dezember nördlich von dieser Stadt bei Niemegk von Torstensson eingeholt und vollständig geschlagen, Enckevoert selbst mit 1500 Mann gefangen [2]). Während nun Torstensson in Sachsen einfiel, wurde Gallas mit den Resten seiner Armee von Königsmark und den Hessen in Magdeburg blockiert. Anfangs Januar 1645 sendete er wieder 2000 Fußgänger aus der Festung, von denen die Hälfte gefangen wurde, die Hälfte sich nach Wittenberg und von da nach Böhmen rettete. Später entkam auch er.

Dieser unglückliche Feldzug des Generallieutenants Gallas führte die Feinde wieder in die Erblande des Kaisers zurück. Schon Ende Januar 1645 brach die Vorhut der schwedischen Armee unter Karl Gustav Wrangel durch den

1) Schreiben Leslies an Piccolomini vom 21. September bei Koch I, 486.

2) Vgl. mit der Darstellung bei Chemnitz auch die Berichte in „Mon. Hungariae. Diplom." XXI, 212 sqq. S. 214 ist statt Eselley wohl Gallas zu lesen.

Presnitzer Paß in Böhmen ein und besetzte Kaaden und andere Städte im Egerthale. In der ersten Hälfte des Februar folgte Torstensson selbst, der 15 bis 16000 Mann unter seinen Fahnen hatte. Es hieß, daß er die Absicht habe, quer durch Böhmen nach Oberösterreich zu ziehen, um die dortigen Bauern nochmals zum Aufstande zu bewegen.

Aber unterdessen hatte auch der Kaiser, welcher sich selbst mit seinem Bruder nach Prag begeben hatte, daselbst ein neues Heer gesammelt. Mit den Trümmern der Gallasschen Armee vereinigte sich Götz, welcher aus Ungarn herbeigerufen worden war, und der Feldmarschall Hatzfeld, welcher Befehl erhalten hatte, mit seinem Korps aus Deutschland nach Böhmen zu ziehen. Auch Johann von Werth war vom baierischen Kurfürsten mit 5000 Mann zur Unterstützung der Kaiserlichen nach Böhmen geschickt worden. Im ganzen zählten diese 15 bis 18000 Mann, über welche Hatzfeld den Oberbefehl erhielt.

Während Torstensson am 17. Februar von Kaaden nach Süden sich wendete und bei Pilsen vorbei über Klattau gegen Budweis ziehen wollte, schlugen die Kaiserlichen von Prag aus dieselbe Richtung ein und kamen ihm an der Wottawa zuvor. Da er diesen Fluß im Angesichte der Feinde nicht zu überschreiten wagte, schlug er eine nordöstliche Richtung ein und setzte unterhalb des Einflusses der Wottawa durch eine Furt über die Moldau, um über Deutschbrod nach Mähren vorzudringen und Olmütz zu entsetzen. Aber wieder stellten sich ihm die Kaiserlichen, die ihren Marsch beschleunigt hatten, bei Jankau östlich von der Straße, die von Tabor nach Beneschau führt, entgegen. Um nicht durch das stäte Lagern im Freien bei der kalten Jahreszeit das Heer zu ruinieren, beschloß Torstensson am 6. März eine Schlacht zu wagen, der auch Hatzfeld nicht auswich, weil dies dem Willen des Kaisers entsprach und Werth bereits Auftrag erhalten hatte, wegen des drohenden Angriffs der Franzosen nach Westdeutschland zurückzukehren. Das schlechte Zusammenwirken der Führer der Kaiserlichen, ein übereilter Angriff des Kommandanten des

rechten Flügels, des Feldmarschalls Götz, der schon beim Beginn des Kampfes erschossen wurde, und die Überlegenheit und bessere Bedienung der schwedischen Artillerie waren die Hauptursachen, daß die Schweden auch hier nach achtstündigem hartnäckigem Kampf einen vollständigen Sieg erfochten. 4300 Mann, darunter Hatzfeld und andere Generale, 26 Kanonen und 77 Fahnen und Standarten fielen in ihre Hände, mehrere tausend Kaiserliche wurden getötet. Nur 7000 von diesen sammelten sich nach und nach in Prag, wohin die Flüchtigen ihre Richtung nahmen.

Ohne Verzug setzte Torstenson jetzt seinen Marsch nach Mähren fort, bemächtigte sich Iglaus, entsetzte Olmütz, nahm Znaim und drang von da an die Donau vor [1]. Schon am 24. März stand er vor Krems, welches er nach mehrtägiger Belagerung ebenso wie Stein zur Ergebung zwang. Ein Teil seiner Reiterei war bereits bis zu der nach Wien führenden Donaubrücke vorgedrungen und hatte denen, welche sich in diese Stadt flüchten wollten, ihre mitgeführte Habe abgenommen.

Unterdessen war der Kaiser aus Prag über Pilsen und Regensburg in seine Hauptstadt zurückgekehrt und hatte zur Abwehr der Feinde umfassende Maßregeln getroffen. Er hatte in den verschiedenen Provinzen das allgemeine Landesaufgebot einberufen, den Truppen in Schlesien und der Lausitz Marschbefehl an die Donau gegeben, Buchheim mit seinem Korps aus Ungarn herbeigerufen, für Waffen und Munition gesorgt und neue Werbungen angeordnet, wozu die von den Landtagen der deutsch-österreichischen Provinzen bewilligten Subsidien, eingeschmolzenes Kirchensilber u. s. w., die Mittel lieferten. Die Leitung der Verteidigungsmaßregeln vertraute er seinem Bruder an, während er sich selbst nach Graz begab, um nicht in Wien eingeschlossen und am Verkehr mit dem Reiche gehindert

1) Für die folgenden Ereignisse vgl. mit Koch II, 31 ff. und Dudik, S. 124 ff. auch J. Feil, Die Schweden in Österreich. „Quellen und Forschungen" (Wien 1849), S. 351 ff.

zu werden. Auch den Papst Innocenz X. bat er, freilich vergebens, um eine Geldunterstützung, den König von Polen und den Kurfürsten von Baiern um Zusendung von Truppen. Dem letzteren bot er für 4 bis 5000 Mann drei Tonnen Goldes und als Pfand hierfür schlesische oder böhmische Gebiete oder die Grafschaft Görz oder wiederum ein Stück des Landes ob der Enns [1]). Man muß es als ein Glück für den Kaiser betrachten, daß der Kurfürst seine Truppen zur Abwehr der Franzosen brauchte, da sonst Österreich einen vielleicht nicht wieder gutzumachenden Gebietsverlust erlitten hätte. Die Gefahr, welche zunächst von den Schweden drohte, wurde auch ohne fremde Unterstützung abgewendet.

Torstensson vermochte den Übergang über die Donau bei Krems nicht zu bewerkstelligen und zog Anfangs April den Fluß abwärts, an dessen linkem Ufer er sich der Stadt Korneuburg und der Wolfsschanze vor der auf die Donauinseln bei Wien führenden Brücke bemächtigte. In Stammersdorf schlug er sein Hauptquartier auf. Jetzt aber geriet sein Siegeslauf ins Stocken. Zu einem Angriff auf Wien, wo sich alles zu energischer Verteidigung rüstete, fühlte er sich mit seinen Truppen zu schwach, und er beschloß zunächst die Ankunft Rákóczys abzuwarten, welchen er dringend zur Mitwirkung bei den Operationen gegen die Kaiserlichen aufforderte [2]). Er lagerte daher längere Zeit in Mistelbach und beschränkte sich auf die Wegnahme der Ortschaften an der österreichisch-mährischen Grenze, was den Schweden reiche Beute [3]) aber keine Entscheidung brachte.

Die von Torstensson in den letzten Monaten des Jahres 1644 errungenen Erfolge hatten die Lage Rákóczys sehr verbessert, wenn er auch keine unmittelbare Unterstützung erhalten hatte. Noch im Dezember mußte Götz mit dem größeren

1) Koch II, 32 f.

2) Aus seinem Lager bei Krems am 20. und in Stammersdorf am 28. März (a. St.) in „Mon. Hung. Dipl.“ XXI, 242 sqq.

3) Aus Nikolsburg wurde die reiche Bibliothek des Kardinals Dietrichstein nach Schweden geführt.

Teile der in Ungarn stehenden kaiserlichen Truppen nach Mähren marschieren. Der zurückbleibende General Puchheim war nun für weitere Unternehmungen zu schwach und mußte sich auf die Behauptung der Bergstädte und der Granlinie beschränken, während Kemény östlich und nördlich von ihm die Winterquartiere bezog.

Unterdessen zogen sich die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers und des Fürsten in Thrnau den ganzen Winter hin, ohne daß man sich zu einigen vermocht hätte [1]). Weder die religiösen Forderungen der oberungarischen Protestanten noch die privaten Ansprüche Rákóczys wollte der Kaiser bewilligen, obwohl er endlich einige Zugeständnisse machte. Am 29. März verließen den Weisungen Rákóczys entsprechend die Bevollmächtigten desselben Tyrnau, ohne übrigens die Unterhandlungen desselben förmlich für abgebrochen zu erklären.

Nach dem Siege Torstenssons bei Jankau und seinem Einbruch in Österreich war der Kaiser ernstlich bemüht, mit Rákóczy einen Frieden zustande zu bringen, und war bereit, hierfür große Opfer zu bringen und ihm, wenn er sich nicht mit Geld und ungarischen Herrschaften zufrieden gäbe, die vier Komitate jenseits der Theiß, ja im äußersten Notfalle die sieben Komitate, welche einst an Bocskay abgetreten worden waren, unter denselben Bedingungen wie diesem zu überlassen. Am 6. April schickte er den Rat der ungarischen Hofkammer, Johann Török, an den Fürsten ab, um auf dieser Grundlage mit demselben zu unterhandeln [2]).

1) Die Aktenstücke hierüber hat Szilágyi in „A Linzi béke okiráttára", p. 72—301 herausgegeben, nachdem er sie früher in der oben S. 552 Anm. 1 erwähnten Abhandlung in „Értekezések" VII, 72 sqq. skizziert hatte.

2) Die Beglaubigung bei Szilágyi, A Linzi béke, p. 306. Die daselbst p. 303 sqq. abgedruckte Instruktion des Kaisers vom gleichen Tage ist für Johann Benchich und Gabriel Bossány ausgestellt, welche mit dieser Mission betraut worden waren, weil Török sich anfangs dagegen sträubte (l. c., p. 281). Sie scheinen auch zu Rákóczy gekommen, aber

Ehe aber Törös, dessen Reise sich sehr verzögerte, zu Rákóczy kam, hatte dieser sich noch fester an die Feinde des Kaisers gebunden.

Am 28. Januar war ein französischer Gesandter, der Parlamentsrat von Croissy, bei ihm eingetroffen, um über den Abschluß eines neues Bündnisses mit ihm zu verhandeln, weil Mazarin einige Bestimmungen des von Rebenstock vereinbarten Vertrages, teilweise aus religiösen Gründen [1]), nicht genehmigt hatte. Nach langen Verhandlungen, welche in Munkács zwischen Croissy einer- und Kemény und Bisterfeld anderseits geführt wurden, kam am 22. April ein neuer Bundesvertrag zustande. Frankreich übernahm die Hälfte der Verpflichtungen, zu denen sich die Verbündeten im früheren Bündnisse hatten herbeilassen müssen, nur wollte es statt der von ihm zu stellenden 1500 Fußgänger jährlich 48 000 Reichsthaler zahlen. Rákóczy wahrte sich auch jetzt das Recht, im Falle der Bedrohung durch den Sultan mit dem Kaiser einen Separatfrieden zu schließen, verpflichtete sich aber, aus Rücksicht auf Frankreich in den von ihm eroberten oder noch zu besetzenden Gebieten die freie Religionsübung der Katholiken und die Rechte und Besitzungen ihrer Kirche aufrecht zu erhalten [2]).

Der Fürst versprach jetzt dem General Torstensson, wegen der Vereinigung seiner Truppen, die unter Bakos im westlichen Ungarn standen, mit den Schweden Vereinbarungen zu treffen, selbst aber am 15. Mai, wo die Pferde genügende Nahrung finden würden, mit dem Hauptheere zu folgen [3]).

Unterdessen hatte Torstensson am 5. Mai die Belagerung

von diesem auf Verlangen des französischen Gesandten zurückgeschickt worden zu sein. Törös ist erst am 17. April von Presburg abgereist und wegen der veränderten Lage zunächst gar nicht zu Rákóczy gekommen. Sein Bericht an den Kaiser l. c., p. 353 sqq.

1) Ein anderer Grund war, daß in diesem Schweden vor Frankreich angeführt war!

2) Die Bundesverträge in „Mon. Hung. Dipl." XXI, 256 sqq.

3) Sein Schreiben vom 25. April l. c., p. 290. Vgl. den Brief Bisterfelds vom 24. in „Történelmi tár" 1892, p. 622.

von Brünn begonnen [1]), welches durch seine Lage Mähren beherrschte und neben Hradisch der einzige feste Platz von Bedeutung war, der sich in diesem Lande noch in den Händen der Kaiserlichen befand. Er rechnete darauf, daß ihm diese Stadt ebenso wenig wie die andern lange widerstehen würde. Aber die Festungswerke Brünns und des Spielberges waren in den letzten Wochen bedeutend verstärkt worden, und es hatte am Obersten de Souches, einem ehemaligen Huguenotten, welcher vor kurzem wegen eines Zerwürfnisses mit seinem Oberen aus den schwedischen Diensten in die des Kaisers getreten war, einen tüchtigen Kommandanten, welcher Umsicht mit Energie verband und entschlossen war, sich bis zum Äußersten zu verteidigen. Die Besatzung war freilich schwach und zählte nicht einmal 400 Mann. Aber sie wurde durch die Adeligen, Beamten, Bürger, Handwerker und Jesuitenschüler, welche mutig zu den Waffen griffen, wirksam unterstützt. Alle Anstrengungen der Schweden, welche übrigens durch Mangel an Pulver und die geringe Zahl ihrer Infanterie gehemmt waren, blieben erfolglos, und sehnsüchtig sah Torstensson nach den Verstärkungen aus, welche ihm Rákóczy bringen sollte.

Dieser brach mit seinem Heere, zum größten Teile Reiterei, erst vor der Mitte des Juni von der Theiß nach Westen auf, zog durch die Thäler des obern Sajo und der oberen Eipel, überschritt, da sich die Kaiserlichen nach Presburg zurückgezogen hatten, ohne Widerstand die Gran, die Neitra und die Waag und schlug um den 10. Juli bei Krakovan nördlich von Freistadtl sein Lager auf [2]).

1) Vgl. hierüber jetzt die schöne Darstellung von Bretholz, Der Vertheidigungskampf der Stadt Brünn gegen die Schweden 1645 (Brünn, 1895) und die von demselben herausgegebenen „Urkunden, Briefe und Actenstücke zur Geschichte der Belagerung“.

2) Die Marschroute von Rimaßombat an, wo Rákóczy am 19. Juni lagerte (**Beke és Barabás, p. 771**), bis Krakovan unweit Pistyan läßt sich aus den Berichten des mit ihm ziehenden Töröś bei **Szilágyi, A Linzi béke, p. 314 sqq.** und **353 sqq.**, wo es aber nicht an einzelnen chronologischen Verstößen fehlt, ziemlich genau verfolgen; auch Chemnitz

Jetzt schien es in der That zu gemeinsamen Operationen der siebenbürgischen und schwedischen Truppen zu kommen. Der Führer der bereits im Frühjahr im Felde stehenden siebenbürgischen Heeresabteilung, Bakos, hatte schon früher Streifzüge nach Mähren unternommen und sich mit einem kleinen schwedischen Korps unter dem General Douglas vereinigt, worauf sie Thrnau und andere Städte im Presburger Komitat in ihre Gewalt brachten. Aus dem Lager bei Krakovan schickte Rákóczy auf das Drängen Torstenssons am 13. Juli seinen jüngeren Sohn Sigmund und den General Kemény mit 7000 Reitern und 4 schweren Geschützen, welche für die Beschießung Brünns bestimmt waren, wie mit Munition nach Mähren. Am 19. kam Sigmund mit Torstensson in dessen Lager zusammen. Obwohl dieser ihm jetzt die schon im vorigen Jahre fälligen Subsidien von 100 000 Thalern auszahlte, ließ Sigmund doch nur eine geringe Truppenabteilung zu den Schweden stoßen; er selbst kehrte zu den Seinigen zurück, welche bei Eisgrub an der Thaya stehen geblieben waren.

Auf Torstenssons Bitten rückte auch der Fürst Rákóczy mit seinem Heer über die March vor und schlug am 27. Juli zwischen Göding und Lundenburg sein Lager auf. Aber den Schweden schloß er sich nicht an, wie er denn überhaupt keine Feindseligkeiten gegen die Kaiserlichen mehr unternommen hat. Denn er hatte sich bereits in ernstliche Friedensverhandlungen eingelassen, wozu er durch die Haltung der Pforte bewogen worden war.

Der Kaiser hatte im Jahre 1644 den Freiherrn von Czernin mit reichen Geschenken nach Konstantinopel geschickt, um dem Sultan, freilich sehr spät, zu seiner Thronbesteigung Glück zu wünschen und zugleich die Ratifikation des Friedens von Szöny zu erwirken und die Pforte zu bestimmen, daß sie dem Fürsten von Siebenbürgen die Fortsetzung des Krieges

IV, 5, 169 ff. hat über die Zusammenkunft und Verhandlungen mit Torstensson wertvolle Nachrichten.

untersage. Seine Bemühungen waren nicht ohne Erfolg geblieben. Schon in Rimaszombat, im Süden des Gömörer Komitates, wo Rákóczy nach der Mitte des Juni lagerte, war ein Tschausch mit dem Befehle der Pforte eingetroffen, sich mit den sieben Komitaten zu begnügen, welche einst Bethlen besessen hatte und deren Abtretung Czernin in Konstantinopel in Aussicht gestellt hatte. Er schickte nun einerseits den Stephan Szentpáli [1]) an den Pascha von Ofen, um von diesem die Erlaubnis zur Fortsetzung des Krieges zu erwirken, wofür er ihm 10000 Reichsthaler anbieten sollte, anderseits ließ er dem kaiserlichen Bevollmächtigten Törös, der in Fülek auf weitere Weisungen wartete, seine Bereitwilligkeit, zu Verhandlungen über den Abschluß eines Friedens erklären und lud ihn ein, in sein Lager zu kommen. Auf dem ganzen Zuge bis Mähren wurde nun zwischen Törös und dem Fürsten verhandelt und zwar zunächst über die Forderungen, welche Rákóczy selbst stellte, während die Wünsche der ungarischen Protestanten später erledigt werden sollten [2]).

Rákóczy zeigte sich in seinen Forderungen sehr hartnäckig, weil er die Bedrängung des Kaisers durch die Schweden ausbeuten wollte und noch immer hoffen mochte, aus Ofen günstige Nachrichten zu erhalten. Da aber der Pascha seinem Abgesandten gegenüber in den drohendsten Worten die Einstellung der Feindseligkeiten verlangte [3]) und der Kaiser in den meisten Punkten nachgab, entschloß er sich doch zum Abschluß eines Separatfriedens.

1) Sein Bericht vom 19. August bei Beke és Barabás, p. 781 sqq.

2) Außer dem schon citierten zusammenfassenden Berichte des Töröš vom 10. Dez. 1645 bei Szilágyi l. c., p. 353 sqq. sind auch die Aktenstücke p. 311 sqq. zu beachten.

3) Der Bericht Szentpális über seine Sendung an den Pascha bei Beke és Barabás, p. 781 sqq. ist allerdings erst vom 19. August aus Rampersdorf datiert. Aber es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß Szentpáli, der Ende Juni nach Ofen gekommen und beim Pascha gleich empfangen worden war, schon viel früher an den Fürsten Nachrichten gesendet habe.

Am 6. August wurde der Entwurf der Vereinbarungen mit Rákóczy von Töröš an den Kaiser nach Wien geschickt und von diesem schon am 8. genehmigt. Er überließ dem Fürsten und seinen männlichen Nachkommen die Burgen und Herrschaften Tokaj (mit der Stadt Tarczal) und Regecz im Abaujvárer Komitate und übernahm einen Teil der den gegenwärtigen Besitzern zu zahlenden Entschädigungssumme. Weiter gestattete er, daß die Burg Ecsed im Szathmárer Komitate mit Nagy und Felsö Bánya an Rákóczy und seine männlichen und weiblichen Nachkommen falle, wenn Stephan Bethlen und sein Sohn ohne Erben mit Tod abgingen. Auch jene sieben ungarischen Komitate, welche im Nikolsburger Frieden dem Fürsten Bethlen überlassen worden waren, trat er, und zwar unter denselben Bedingungen wie an diesen, an Rákóczy ab. Doch sollten die fünf diesseits der Theiß liegenden: Abauj, Borsod, Zemplin, Beregh und Ugocsa, nach seinem Tod an den Kaiser zurückfallen, während Szathmár und Szabolcs auch auf seine Söhne übergehen durften. Den Anhängern desselben wurde vollständige Amnestie zugesichert. Dagegen versprach Rákóczy, welcher den Frieden erst am 22. August in seinem Lager bei Rampersdorf unweit Lundenburg unterzeichnete, den Bündnissen mit Frankreich und Schweden zu entsagen und auch fortan keine mehr abzuschließen [1]).

Am 20. August wurde zwischen Töröš und Rákóczy auch ein Vertrag zur Befriedigung der ungarischen Protestanten vereinbart, welchen der Kaiser am 16. September in Linz ratifizierte [2]). Auch in der Religionsfrage hatte sich Ferdinand III. wider Erwarten außerordentlich nachgiebig gezeigt. Indem der erste Artikel des vor der Krönung des Königs Matthias gegebenen Gesetzes mit späteren ähnlichen Bestimmungen

1) Die beiden Urkunden, wie das vom Kaiser zum Zwecke des Austausches der Verträge am 16. Dezember in Linz ausgestellte Diplom bei Szilágyi, A Linzi béke, p. 340. 347 und 405 und in einzelnen unwichtigeren Punkten abweichend bei Katona XXXII, 331 sqq.

2) Die Urkunde bei Szilágyi l. c., p. 344, die neue Ratifikation vom 16. Dezember p. 402.

wieder als rechtskräftig anerkannt wurde, ward trotz späterer entgegengesetzter Auslegungen bestimmt, daß nicht bloß die Stände und auch die nicht privilegierten Städte wie die ungarischen Soldaten in den Grenzplätzen das Recht der freien Religionsübung mit Benutzung der Kirchen, Glocken und Friedhöfe haben, sondern daß niemand unter irgendeinem Vorwand in der freien Ausübung seiner Religion gehindert werden dürfe. Auch die Bauern, sowohl auf den Gütern der Grundherren, als auch der Krone sollten durch ihre Herren oder die Beamten darin nicht gestört werden; jenen, welche zu einer anderen Religion gezwungen worden wären, sollte es frei stehen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Fortan sollten die Prediger von ihren Pfarreien nicht mehr vertrieben, die ausgewiesenen zurückgeführt oder andere bestellt werden dürfen. Die Beschwerden über Religionssachen und über die vor und nach dem Reichstage von 1638 erfolgte Wegnahme von Kirchen sollten auf dem nächsten spätestens drei Monate nach der Auswechslung der Vertragsurkunden zu berufenden Reichstage entweder durch Vereinbarung der Stände oder durch die Autorität des Kaisers zur Befriedigung der Protestanten entschieden und von diesem Reichstage auch die übrigen streitigen Fragen sowohl religiöser wie politischer Natur erledigt werden. Die während der letzten Unruhen von der einen oder der andern Partei weggenommenen Kirchen sollten gleich nach der Auswechslung der Vertragsurkunden zurückgegeben werden. Auf dem nächsten Reichstage sollten die vorliegenden Bestimmungen bestätigt und den Gesetzen des Reiches einverleibt werden. Auch in Zukunft sollte der Kaiser Klagen der einen wie der andern Religionspartei immer auf dem Reichstage ohne Beeinträchtigung der Evangelischen ausgleichen. Am 23. Dezember wurden in Linz, wohin Gesandte Rákóczys kamen, die Friedensverträge ausgetauscht.

Von Rákóczy verlassen und von den Kaiserlichen, welche sich unter dem Erzherzoge Leopold Wilhelm an der Donau und unter Gallas im südlichen Böhmen konzentrierten, mit einem Angriffe bedroht konnte Torstensson die Belagerung

Brünns nicht mehr länger fortsetzen. Er unternahm nach einem furchtbaren Bombardement, welches die Stadtmauer an mehreren Stellen niederwarf, noch am 15. August einen Hauptsturm auf die Stadt. Als aber dieser nach einem mehrstündigen Kampfe mit großen Verlusten der Angreifer durch die tapferen Soldaten und Einwohner abgeschlagen, eines seiner besten Infanterieregimenter und 500 Mann, die ihm von Rákóczy geschickt und zur Teilnahme an diesem Angriffe gezwungen worden waren, dabei vollständig aufgerieben wurden, so daß seine „Infanterie caput, die Kavallerie unlustig" war [1]), führte er am 20. August seine Armee von Brünn ab.

Torstensson drang nochmals bis Stockerau an der Donau vor, um den Erzherzog entweder zu einer Schlacht zu nötigen oder über die Donau zurückzutreiben. Als er letzteren Zweck erreicht hatte, führte er sein Heer aus dem verwüsteten Österreich, wo nur in Korneuburg und Krems Besatzungen zurückblieben, Anfangs Oktober über Znaim, Iglau und Leitomischl nach dem nordöstlichen Böhmen, um seine Soldaten sich von den Strapazen einigermaßen erholen zu lassen. Da der Erzherzog und Gallas auf den Ruf des Kurfürsten von Baiern zunächst diesem gegen die Franzosen zuhilfe eilten, so konnten sich die Schweden ungehindert im nördlichen Böhmen ausbreiten, während eine andere Abteilung unter Königsmark einen Teil Oberschlesiens eroberte. Der Norden der böhmischen Länder war also am Ende des Jahres 1645 in den Händen der Schweden, ja die Reihe der von ihnen besetzten Festungen reichte bis an die mittlere Donau. Doch legte Torstensson das Kommando jetzt in die Hände Karl Gustav Wrangels nieder.

1) Brief (eines höheren Offiziers) „aus dem schwedischen Feldlager" vom 18. August im „Notizen-Blatt der mährischen Gesellschaft" 1893, S. 16 ff., der über die verzweifelte Stimmung daselbst Aufschluß giebt. Dagegen ist von den großen Verlusten, welche die Schweden durch die Pest, welche die Truppen Rákóczys mitgebracht haben sollten, erlitten hätten, weder hier noch in den Berichten bei Dudik die Rede.

# Dreizehntes Kapitel.

## Der Beginn der Friedensverhandlungen und die letzten Kriegsjahre.

---

Unterdessen waren die Unterhandlungen unter den Krieg führenden Mächten ernstlich begonnen worden.

Der deutsche Reichstag, welcher vom September 1640 bis zum Oktober 1641 in Regensburg versammelt gewesen war, hatte den dringenden Wunsch nach Frieden ausgesprochen und auch die Königin von Schweden und den König von Frankreich ersucht, ihre Gesandten möglichst bald nach Lübeck und Köln zu schicken, wo die Friedensverhandlungen mit den genannten Mächten stattfinden sollten. Aber Frankreich wartete vier Monate mit der Zusendung einer Antwort und ließ endlich melden, daß es eine solche überhaupt nicht geben könne, weil dem Könige nicht der Titel „Majestät“ beigelegt worden war, welcher nach dem Stil der Reichskanzlei nur dem Kaiser gegeben wurde. Auch erklärte die französische Regierung, einen Friedenskongreß nur dann beschicken zu wollen, wenn der „König von Ungarn“ nicht bloß für die Bevollmächtigten ihres Königs, sondern auch für dessen Bundesgenossen, d. h. für die deutschen Fürsten, welche sich mit Frankreich gegen den Kaiser verbündet hatten, Geleitsbriefe gesendet hätte.

Der Form nach entgegenkommender als Frankreich zeigte sich die schwedische Regierung, welche einem Frieden unter günstigen Bedingungen nicht abgeneigt war, obwohl sie am 30. Juni 1641 gegen Erhöhung der Subsidien das abgelaufene Bündnis mit Frankreich bis zum Abschluß eines allgemeinen Friedens erneuerte. Sie ernannte schon jetzt Gesandte für die Verhandlungen, und ihr diplomatischer Vertreter in Deutschland, Adler Salvius, schloß unter Beiziehung des französischen Gesandten d'Avaux mit dem Bevollmächtigten des Kaisers, dem

Reichshofrat Kurt von Lützow, am 15./25. Dezember 1641 in Hamburg einen Präliminarvertrag, wonach die eigentlichen Friedensverhandlungen am 25. März 1642, und zwar mit den Schweden in Osnabrück, mit Frankreich in Münster eröffnet werden sollten [1]).

Es war für die künftige staatsrechtliche Entwickelung Deutschlands von großer Wichtigkeit, daß Frankreich und Schweden auch die Beiziehung von Vertretern der deutschen Reichsstände zum Friedenskongreß und die Verhandlung der Reichsangelegenheiten auf diesem durchsetzten. Denn indem Deutschland nicht mehr durch den Kaiser und den Reichstag repräsentiert wurde, erschien es auch dem Auslande gegenüber nicht mehr als einheitliches Reich, sondern als Bund selbständiger Staaten, welche sogar entgegengesetzte Interessen verfolgten. Es wurde dadurch zugleich fremden Fürsten auch auf Entscheidung der inneren Verhältnisse Deutschlands ein maßgebender Einfluß eingeräumt und allen möglichen Intriguen Thür und Thor geöffnet.

Der Beginn der Verhandlungen aber wurde über ein Jahr verzögert. Besonders Frankreich suchte dieselben hinauszuziehen. Es führte keine Änderung seiner Haltung herbei, als Richelieu am 4. Dezember 1642 starb, da der Kardinal Mazarin, welcher an seine Stelle trat und auch nach dem Tode Ludwigs XIII. (14. Mai 1643) unter der Regentschaft der Königinwitwe Anna von Österreich (Spanien) den maßgebendsten Einfluß behauptete, dieselbe politische Richtung verfolgte. Die Vertreter Frankreichs, zuerst d'Avaux, später der Resident St. Romain, machten alle möglichen Ausstellungen, beanstandeten namentlich die Form der Ratifikation der Friedenspräliminarien durch den Kaiser und verlangten, daß die spanischen Geleitsbriefe durch den König selbst unterschrieben werden sollten, was bei den damaligen Verbindungen eine lange Zeit in Anspruch nahm [2]). Erst am 2. April 1643 wurden in

1) Koch I, 292ff. 345ff. Odhner, Die Politik Schwedens, S. 65ff.
2) Koch I, 375ff.

Hamburg die Urkunden ausgewechselt und die Eröffnung des Kongresses [1]) auf den 11. Juli festgesetzt.

Aber auch jetzt konnte dieselbe noch lange nicht erfolgen, teils weil einzelne Mächte ein Interesse hatten, den Frieden noch hinauszuschieben, teils weil manche Gesandte es der Würde ihres Staates für angemessen erachteten, die anderen auf sich warten zu lassen. Nur die Bevollmächtigten des Kaisers fanden sich ziemlich pünktlich an ihrem Bestimmungsort ein. Zwei Konvertiten, der Graf Johann Ludwig von Nassau-Dillenburg und Dr. Isaak Volmar, ein gebürtiger Schwabe, früher Kanzler der vorderösterreichischen Regierung, jetzt Kammerpräsident in Innsbruck, waren für die Verhandlungen mit Frankreich, der Graf Johann Weickard von Auersperg, der aber bald zum Obersthofmeister des Kronprinzen Ferdinand ernannt und durch den Grafen Lamberg ersetzt wurde, und der Reichshofrat Dr. Crane für die Verhandlungen mit Schweden bestimmt. Von den Vertretern Schwedens langte der ebenso verschlagene wie gelehrte Salvius erst im November in Osnabrück an, während Johann Oxenstjerna, der aufgeblasene, anmaßende Sohn des Reichskanzlers, noch in Minden blieb. Am längsten ließen auch jetzt die Franzosen auf sich warten, von denen Graf d'Avaux am 17. März, Servien am 5. April 1644 in Münster eintraf [2]). Hier erschienen auch der päpstliche

1) Die Quellen für die Geschichte desselben, von welchen das sechsbändige Werk von J. G. v. Meiern, Acta pacis Westphalicae (Hannover 1734—1736) von größtem Wert ist, hat K. Th. Heigel, Das westfälische Friedenswerk von 1643—1648. „Zeitschr. für Gesch. und Politik" V (1888), 411 ff. besprochen und auch über den Gang der Verhandlungen eine kurze Übersicht gegeben. Der älteste Bericht ist die von Heigel nicht erwähnte, recht lesenswerte, Relation des in Münster als Vermittlers thätigen venetianischen Botschafters Aluise Contarini, herausgegeben von Fiedler in „F. R. Austriac. Diplom." XXVI, 293 sqq., die 1650 für den Senat verfaßt worden ist. Koch a. a. O. II, 3 ff. 92 ff. 172 ff. 358 ff. 451 ff. hat aus dem Wiener Staatsarchiv, Odhner, S. 88 ff. aus schwedischen Quellen neues Material mitgeteilt. Vgl. auch W. Rohdewald, Die Abtretung des Elsaß an Frankreich. (Hallesche Abhandlungen XXXI.)

2) Da sich d'Avaux, der als gewiegter Diplomat die erste Rolle spielen

Nuntius Chigi und der venetianische Botschafter Contarini, welche als Vermittler geschickt worden waren. Am 10. April wurde endlich der Kongreß mit einer im Münster abgehaltenen Heiliggeist-Messe eröffnet.

Aber wieder verging mehr als ein Jahr, bis die meritorischen Verhandlungen begannen. Als die Vollmachten ausgewechselt wurden, nahmen die französischen Gesandten an der spanischen, diese an der französischen Anstoß, wie denn auch später sehr viel Zeit infolge der Streitigkeiten über Titel, Rang und ähnliche Etikettefragen vergeudet wurde. Monatelang wurde über neue Vollmachten verhandelt. Neue Störungen verursachte der Angriff Schwedens auf Dänemark, welches für die Verhandlungen in Osnabrück die Vermittelung übernommen hatte, und die Aufforderung Frankreichs und Schwedens an alle deutschen Reichsstände, Vertreter zum Kongreß zu schicken, was schon in den Hamburger Präliminarien in Aussicht genommen worden war, aber vom Kaiser auch jetzt noch längere Zeit bekämpft wurde. Zugleich wirkten die Schwankungen des Kriegsglücks vielfach nachteilig auf den Gang der Verhandlungen. Erst im Januar 1645 wurden die Vollmachten allgemein genehmigt.

Wieder dauerte es mehrere Monate, bis sich endlich im Juni die Franzosen und Schweden bewegen ließen, mit ihren Forderungen hervorzutreten, welche in achtzehn Artikeln enthalten waren.

Beide Mächte verlangten Wiederherstellung des Zustandes, wie er im Jahre 1618 gewesen war, allgemeine Amnestie [1]), Entscheidung aller wichtigeren Reichsangelegenheiten durch den Reichstag und zwar durch Stimmeneinhelligkeit, Aufrechthaltung aller „Souveränitätsrechte" der Reichsstände, welche auch die

wollte, und Servien, Mazarins spezieller Vertrauensmann, schlecht miteinander vertrugen, wurde später noch der Herzog von Longueville als erster Bevollmächtigter nach Münster geschickt.

1) In der schwedischen Proposition ist ausdrücklich verlangt, daß diese auch auf die erbländischen Unterthanen, welche in Diensten der beiden Mächte standen, ausgedehnt und ihnen ihre Güter zurückgegeben und die freie Religionsübung gestattet werden solle.

Befugnis haben sollten, mit fremden Mächten Bündnisse zu schließen, Verbot der Wahl eines römischen Königs bei Lebzeiten des Kaisers, endlich für sich und ihre Bundesgenossen, namentlich die Landgräfin von Hessen, eine Entschädigung, welche aber nicht näher bestimmt wurde, und eine Geldsumme für ihre Heere. Deutschland sollte also nicht bloß zugunsten der beiden Mächte verkleinert, sondern auch in eine Unzahl kleiner „souveräner" Staaten aufgelöst werden, von denen jeder das Recht haben sollte, durch sein Veto alle Beschlüsse des Reichstages zu hindern. Schweden forderte außerdem Aufnahme der Reformierten in den Religionsfrieden.

Die Antwort des Kaisers, welche am 30. August übersendet und am 25. September bekannt gemacht wurde, lautete in vielen Punkten entgegenkommend. Er versprach unbedingte Amnestie und Aufnahme der Reformierten in den Religionsfrieden, ja erkannte den Ständen selbst das Recht zu, Bündnisse mit auswärtigen Mächten zu schließen, wenn sie nicht gegen den Kaiser, das Reich und den Landfrieden gerichtet wären. Doch wollte er nicht zugeben, daß das Jahr 1618 als Ausgangspunkt für die Wiederherstellung der früheren Zustände gelten sollte, und schlug hierfür dem Prager Frieden entsprechend als Normaljahr für die geistlichen Güter 1627, für die weltlichen 1630 vor. Auch die Forderung einer Entschädigung Frankreichs und Schwedens wie ihrer Verbündeten wurde unbedingt zurückgewiesen. Im Gegenteile verlangte der Kaiser, daß Frankreich alles zurückstelle, was es ihm, seinen Bundesgenossen und dem Herzoge von Lothringen abgenommen habe.

Dieser Standpunkt des Kaisers hätte sich freilich nur dann festhalten lassen, wenn seine Heere im Felde entscheidende Erfolge errungen und den Feinden alle eroberten Gebiete zu entreißen vermocht hätten. Aber die militärische Lage gestaltete sich für den Kaiser immer ungünstiger.

Am 23. August 1645 hatte Dänemark mit Schweden den Frieden von Brömsebro geschlossen, welcher diesem nicht bloß erlaubte, seine ganzen Streitkräfte wieder nach dem deutschen

Kriegsschauplatze zu senden, sondern auch seine strategische Stellung verbesserte, weil ihm das Erzstift Bremen, welches im Besitze eines Sohnes des Königs von Dänemark war, eingeräumt wurde.

Am 6. September zwang Königsmark, einer der tüchtigsten aber auch grausamsten schwedischen Generale, den Kurfürsten von Sachsen, welcher nur dadurch sein Land vor völliger Verwüstung retten konnte, zum Abschluß eines sechsmonatlichen Waffenstillstandes. Der Kurfürst ließ den Schweden Leipzig und das Mitbesatzungsrecht in Torgau, und versprach ihnen den Durchzug durch sein Land zu gestatten, Getreide zu liefern und monatlich 11000 Thaler zu zahlen, behielt sich aber das Recht vor, seine Pflichten gegen das Reich dadurch zu erfüllen, daß er dem Kaiser auch fortan drei Regimenter stellte. Im Frühjahr 1646 wurde die Waffenruhe erneuert. In ganz Norddeutschland bis an die Grenze Böhmens und Schlesiens hatten die Schweden keinen Feind mehr.

Dessenungeachtet setzte ihr neuer Obergeneral Wrangel seine Operationen gegen die Länder des Kaisers nicht fort. Nach dem noch von Torstensson entworfenen Kriegsplane wollte er einer Schlacht ausweichen, bis die Vereinigung mit den Franzosen erfolgt wäre. Als nun der Erzherzog Leopold Wilhelm, der im westlichen Böhmen die Winterquartiere bezogen hatte, durch baierische Truppen unter Geleen und Werth verstärkt wurde, zogen sich die Schweden im Februar 1646 aus dem Thale der Eger nach Thüringen zurück, während sich die Kaiserlichen und Baiern am Main aufstellten. Da sich Wrangel zum Angriff auf diese zu schwach fühlte, marschierte er an die Weser, nahm Höxter und dann Paderborn und zog Königsmark an sich, welcher von Bremen herankam. Der Erzherzog rückte ihm nach Hessen entgegen, mußte sich aber infolge des gänzlichen Mangels an Lebensmitteln und einer unter den Pferden ausgebrochenen Seuche Mitte Juli bis an die Nidda zurückziehen. Dadurch wurde es Wrangel möglich, sich am Anfang des August bei Fritzlar mit Turenne zu vereinigen, welcher endlich bei Wesel den Niederrhein überschritten hatte.

Den Kaiserlichen und Baiern überlegen, beschlossen nun Wrangel und Turenne geradesweges nach Baiern vorzudringen, um den einzigen mächtigeren deutschen Fürsten, der noch aufseiten des Kaisers stand, niederzuwerfen oder zu einem Waffenstillstande zu nötigen. Der Erzherzog erkannte zu spät die Absicht der Feinde und kam auf einem weiteren Weg erst nach der Mitte des September an die Donau, als sich jene bereits der Städte Donauwörth, Lauingen und Rain, welche den Zugang zu Baiern deckten, bemächtigt hatten.

Die Feinde suchten zunächst die Stadt Augsburg in ihre Gewalt zu bringen. Aber eine noch rechtzeitig hineingeworfene Besatzung, von den Bürgern und Studenten kräftig unterstützt, verteidigte diese Festung mit Erfolg, bis am 12. Oktober die kaiserlich-baierische Armee dieselbe entsetzte und die Schweden und Franzosen gegen die Donau zurückdrängte. Indem aber der Erzherzog diesen nicht unmittelbar folgte, sondern gegen Memmingen zog, gab er den Feinden Baiern preis. Rasch überschritten diese bei Landsberg den Lech und drangen unter furchtbaren Verwüstungen bis gegen München vor. Erst Ende November zogen sie sich nach dem östlichen Schwaben zurück. Aber Wrangel schickte noch mitten im Winter unvermutet eine Heeresabteilung gegen Vorarlberg, welche am 4. Januar 1647 das feste Bregenz eroberte, große Vorräte und reiche Schätze, welche schwäbische Klöster und wohlhabende Private dorthin gebracht hatten, erbeutete, Feldkirch brandschatzte und in die Feste Neuburg am Rhein eine Besatzung legte.

Dagegen eroberten allerdings die Kaiserlichen im April 1646 die Städte Teschen und Nikolsburg, im Mai Krems und am 5. August nach mehr als zweimonatlicher Belagerung das stark befestigte Korneuburg [1]). Aber diese Erfolge kamen denen der Schweden bei weitem nicht gleich, da diese noch immer die Festungen Olmütz, Iglau und Neustadt in Mähren und mehrere Plätze in Schlesien behaupteten und jetzt auch in Südwestdeutschland eine dominierende Stellung einnahmen.

1) Chemnitz V, 6, 186 ff. Dudik, S. 220 ff.

Dies war besonders deswegen von Wichtigkeit, weil jetzt auch der Kurfürst von Baiern an der Möglichkeit eines Erfolges im Felde verzweifelte und in Verhandlungen mit Frankreich Rettung für sein gefährdetes Land suchte.

Da ein allgemeiner Waffenstillstand auf längere Zeit teils infolge der Abneigung des Kaisers teils infolge der Forderungen der Schweden nicht zustande kam, so schloß Maximilian am 14. März 1647 in Ulm mit Frankreich und Schweden einen Separatvertrag, nach welchem für sechs Monate oder bis zum allgemeinen Frieden zwischen beiden Teilen die Waffen ruhen sollten. Die Feinde versprachen Baiern mit den Festungen Rain und Donauwörth zu räumen, wogegen der Kurfürst den Schweden Memmingen und Überlingen, den Franzosen Lauingen, Heilbronn und andere Plätze, dem Herzoge von Württemberg die in seinem Lande besetzten Festungen überlassen und seine Besatzung aus Augsburg herausziehen sollte. Dem Kurfürsten von Köln, dem Bruder Maximilians, wurde der Beitritt zu diesem Vertrage freigestellt.

Da im Mai von Turenne auch der Kurfürst von Mainz zu einem Neutralitätsvertrage gezwungen wurde, so stand nun der Kaiser, welcher vergeblich den baierischen Kurfürsten von seinem Schritt abzuhalten gesucht hatte, allein den beiden feindlichen Mächten gegenüber. Doch suchte er sich wenigstens des baierischen Heeres zu versichern. Dieses bildete dem Namen nach nur einen Bestandteil des „Reichsheeres", wurde teilweise durch Beiträge des Reiches und durch spanische Subsidien unterhalten und hatte nicht bloß gegenüber dem Kurfürsten, dessen Führung es anvertraut war, sondern auch gegenüber dem Kaiser Verpflichtungen. Dieser hatte daher auch schon am 22. Dezember dem General Gallas, welchem damals neuerdings der Oberbefehl anvertraut wurde [1]), den Auftrag gegeben, für den Fall der Trennung des Kurfürsten den Übertritt der im baierischen Heere dienenden Generale und

1) Der Erzherzog Leopold Wilhelm übernahm die Stelle eines Statthalters in den spanischen Niederlanden.

Offiziere mit ihren Regimentern zu bewerkstelligen. Nach dem Abschlusse des Ulmer Vertrages erließ Ferdinand III. an die Führer der baierischen Truppen den Befehl, im Fall ihrer Abdankung sie nicht den Feinden zuzuführen, sondern zur kaiserlichen Armee zu stellen. Auch unter den baierischen Offizieren selbst herrschte über den Neutralitätsvertrag große Unzufriedenheit. Ihr Oberanführer Geleen dankte ab. Johann von Werth, welcher sich auch dadurch gekränkt fühlte, daß der Kurfürst beim Tode Mercys nicht ihm die Stelle eines Oberanführers der baierischen Truppen übertragen hatte, beschloß sogar, das ganze Heer der in Böhmen stehenden Armee des Kaisers zuzuführen, und gab Ende Juni den Regimentern den Befehl, nach Vilshofen in der Nähe der österreichischen Grenze zu marschieren. Doch gelang es dem Kurfürsten, sie durch Boten und Briefe noch rechtzeitig zur Umkehr zu bewegen. Werth und der tüchtige Reiteroberst Spork, ein Bauernsohn aus dem Paderbornschen, welche sich durch die Flucht nach Böhmen retteten, wurden vom Kurfürsten geächtet, aber vom Kaiser der erstere zum General der Kavallerie, der letztere zum Feldmarschallieutenant ernannt [1]).

Turenne und Wrangel hatten sich im Frühjahr 1647 wieder getrennt. Jener war an den unteren Main gezogen, um den Kurfürsten von Mainz zur Preisgebung des Kaisers zu nötigen und im Interesse der Landgräfin von Kassel ihren Vetter Georg von Hessen-Darmstadt zu bekämpfen. Wrangel eroberte zunächst Schweinfurt und begann dann am 26. Juni die Belagerung von Eger, durch dessen Einnahme er sich den Weg nach Böhmen öffnen wollte. Der Kaiser hatte den Oberbefehl über sein Heer, das im südwestlichen Böhmen aufgestellt wurde, nach dem am 25. April erfolgten Tode des Grafen Gallas auf Empfehlung des Hofkriegsratspräsidenten Schlick dem ehemals Hessen-Kasselschen Generale Melander

1) Koch II, 276 ff. hat über das Verhältnis des Kaisers zu diesen Vorgängen einiges neue Material mitgeteilt. Vgl. auch L. Pröll, Die Flucht Johanns von Werth. „Mitth. d. Inst. für österr. Geschichtsforschung" XIII, 311 ff.

Grafen von Holzapfel, einem Calvinisten, anvertraut, ein Beweis, wie sehr der Krieg auch dem äußeren Scheine nach jeden religiösen Charakter verloren hatte. Ferdinand III. fand sich am 3. Juli selbst bei seinem Heer ein, welches über 15000 Reiter und bei 9000 Fußgänger zählte. Am 13. Juli brach die Armee von Klattau [1]) gegen Eger auf, um diese Stadt zu entsetzen. Da man aber, wie man behauptete, um die Güter einflußreicher Personen mit dem Durchmarsche zu verschonen, nicht den kürzesten Weg über Bischof-Teinitz und Plan, sondern den weiteren über Pilsen und Schlaggenwald einschlug, kam man zur Rettung Egers zu spät. Denn am 16. Juli übergab der Kommandant Freiherr von Paradeis die Stadt, nachdem die Mauern bereits teilweise niedergeworfen, eine neue Mine gelegt und der Sturmangriff vorbereitet war [2]).

Nachdem sich beide Heere einige Zeit nur durch den Fluß getrennt, in festen Lagern bei Eger gegenüber gestanden, zogen sich die Kaiserlichen, welche Mangel an Lebensmitteln litten, nach Mies zurück. Die Schweden folgten ihnen, doch erlitt ein Teil ihres Heeres am 21. August in einem Treffen bei Triebel eine empfindliche Niederlage, so daß sie keine weiteren Fortschritte mehr machten. Nach einigen Wochen trat Wrangel den Rückzug in das Thal der Eger an, glaubte aber bald auch hier sich nicht mehr halten zu können, da sich nun auch Maximilian von Baiern wieder dem Kaiser angeschlossen hatte.

Der Zorn, mit welchem der Kurfürst gegen den Kaiser wegen seines Versuches, ihm seine Armee zu entziehen, erfüllt

1) So ist statt „Klenau" in dem von Dudik, S. 391 ff. mitgeteilten Berichte Raimund Montecuccolis über den Feldzug des Jahres 1647 zu lesen. Auch sonst ist der Abdruck sehr fehlerhaft. Vgl. über den Entsatzversuch auch den Bericht in „Mitth. des Ver. f. Gesch. der Deutschen in Böhmen" XI, 27 ff.

2) Paradeiser wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und verurteilt. Aber Wrangel spricht sich in seinem Berichte vom 18. Juli bei Dudik, S. 244 f. über den Widerstand in anerkennender Weise aus und äußert die Meinung, daß sich Paradeiser noch länger zu halten versucht hätte, wenn ihm nicht Lunten gefehlt hätten.

worden war, wurde nach und nach einigermaßen gemildert, wozu die Gewandtheit des Grafen Christoph Khevenhüller, welcher vom Kaiser nach München geschickt worden war, nicht wenig beitrug. Auch überzeugte sich Maximilian, daß der Zweck, den er beim Abschlusse des Ulmer Vertrages ins Auge gefaßt: die Beschleunigung der Friedensverhandlungen, nicht erreicht, daß vielmehr nur der Übermut der Feinde, besonders der Schweden, gesteigert und diese zur Aufstellung oder Festhaltung von Forderungen ermutigt worden waren, mit deren Bewilligung er selbst nicht einverstanden gewesen wäre. Sein Bevollmächtigter, der Kammerpräsident Mandel, schloß daher schon am 2. September mit Khevenhüller einen Vertrag, wonach sich gegen Zusicherung einer Geldsumme und anderer Vorteile die baierischen Truppen wieder den Kaiserlichen anschließen sollten. Doch wurde die Ratifikation desselben durch den Kurfürsten dadurch einige Wochen verschoben, daß dieser die Entfernung Werths und Sporks vom kaiserlichen Heer als Bedingung stellte. Am 14. September kündete Maximilian den Schweden den Waffenstillstand, nachdem dies sein Bruder, der Kurfürst von Köln, wegen der Gewaltthaten der Schweden und Hessen im nordwestlichen Deutschland schon einen Monat früher gethan hatte.

Auf die Nachricht hiervon zog sich Wrangel mit seinem geschwächten Heer aus der Gegend von Saaz nach Sachsen und von da über die Saale zurück, mit der Absicht, seine Truppen in den Gegenden an der Weser sich erholen zu lassen und zu ergänzen und sich wenn möglich wieder mit Turenne zu verbinden, der im Sommer auf Befehl seiner Regierung über den Rhein an die Grenze der Niederlande marschiert war, was den Abfall der Weimaraner und den Anschluß derselben an die Schweden zur Folge gehabt hatte.

Die Kaiserlichen waren dem Feldmarschall Wrangel über das Erzgebirge nach Zwickau gefolgt, wo sich die Baiern unter ihrem neuen Oberbefehlshaber Grafen Gronsfeld, bei 8000 Mann stark, am 21. Oktober mit ihnen vereinigten. Montecuccoli riet nun, die Feinde, welche davon noch keine Kenntnis

hatten, mit der Reiterei und den Dragonern rasch zu verfolgen und beim Übergang über die Saale unvermutet zu überfallen. Aber der Plan wurde nicht ausgeführt, weil sich Gronsfeld und Holzapfel darüber nicht einigen konnten, wer dieses Korps und wer die nachrückende Infanterie und die schwere Artillerie befehligen sollte. Auch später waren die Meinungen über die weiteren Operationen geteilt. Einige rieten, über Halberstadt in das Braunschweigische und Lüneburgische zu ziehen, wo das Heer reiche Hilfsmittel fand. Aber Holzapfel, wie man ihn beschuldigte, um seinen Haß gegen die Landgräfin von Hessen-Kassel zu befriedigen [1]), vielleicht aber einer Weisung des Kaisers folgend, welcher den bedrängten Landgrafen von Hessen-Darmstadt nicht im Stiche lassen konnte, zog nach Hessen, wo sich die Bewohner aus den Dörfern mit ihrem Vieh in die festen Plätze und die Wälder zurückzogen, so daß man nur leere Ortschaften fand und das Heer bald an allem Notwendigen Mangel litt. Da auch Gronsfeld im Auftrage des baierischen Kurfürsten, welcher seine guten Beziehungen zu Frankreich aufrecht halten und daher auch dessen Verbündete nicht zu sehr in die Enge treiben wollte, die Kaiserlichen gegen die Schweden nicht weiter unterstützte [2]) und im Dezember seine Truppen nach Franken in die Winterquartiere verlegte, so mußte auch Holzapfel im Januar 1648 den Rückzug nach Süddeutschland antreten.

So war zwar das Jahr 1647 für den Kaiser nicht so ungünstig verlaufen, wie es eine Zeit lang den Anschein gehabt hatte. Aber auch die Hoffnungen, die man im Herbste hatte hegen dürfen, waren nicht in Erfüllung gegangen. Norddeutschland hatten die Kaiserlichen wieder aufgeben müssen. Und auch in den Erblanden behaupteten die Schweden die Stellung, welche sie am Ende des Jahres 1646 eingenommen

1) Auch Montecuccoli (bei Dudik, S. 393 f.), welcher über die Vorgänge beim kaiserlichen Heere in dieser Zeit wertvolle Nachrichten giebt, bringt diese Beschuldigung.

2) Sie hierüber die Mitteilungen Odhners, S. 230 f. und Heilmanns II, 2, 749.

hatten. Nur Iglau wurde vom Feldzeugmeister Grafen Buchheim am 7. Dezember nach zweimonatlicher Belagerung zur Ergebung gezwungen.

Infolge des Zuges Holzapfels nach Hessen hatte Wrangel Zeit gefunden, sein Heer zu ergänzen und feldtüchtig zu machen. Im Februar wendete er sich mit 22—23000 Mann wieder nach Franken, wo sich Turenne, der mit 8000 Mann bei Oppenheim und Mainz den Rhein überschritten hatte, mit ihm vereinigte. Maximilian von Baiern hatte gehofft, daß sich Frankreich, wenn er nur den Schweden den Waffenstillstand kündete und ihre Besatzungen in Schwaben unbelästigt ließe, ebenfalls der Feindseligkeiten gegen ihn enthalten würde, sah sich aber schrecklich enttäuscht. Um die Feinde, welche raubend und sengend durch Franken und Württemberg gegen die Donau zogen, vom Einbruche in Baiern abzuhalten, stellten sich die Kaiserlichen und Baiern bei Günzburg hinter der Donau auf. Aber die Feinde überschritten unterhalb dieser Stadt bei dem noch von den Franzosen besetzten Lauingen den Fluß und bedrohten so die Gegner in ihrer rechten Flanke, so daß diese beschlossen, sich nach Augsburg zurückzuziehen. Dabei wurde ihre Nachhut unter Montecuccoli am Morgen des 17. Mai bei Zusmarshausen von der überlegenen feindlichen Reiterei angegriffen. Trotz der größten Tapferkeit und umsichtiger Verteidigung konnte nur der geringere Teil das Hauptheer erreichen. Über 2000 Mann wurden getötet, verwundet oder gefangen, auch ein Teil des Gepäckes und die Kriegskasse von den Feinden erbeutet [1]). Auch Holzapfel, welcher mit 900 Mann der Nachhut zuhilfe geeilt war, wurde durch einen Schuß verwundet und starb nach einigen Stunden.

Gronsfeld, welcher nun den Oberbefehl über das vereinigte kaiserlich-bairische Heer übernahm, suchte den Feinden noch einige Zeit den Übergang über den Lech streitig zu machen.

1) Die Angabe der Verluste bei Heilmann II, 2, 760 und Koch II, 413. Über das Gefecht berichtet eingehend Montecuccoli in seiner Geschichte des Feldzuges von 1648 bei Dudik, S. 394 ff.

Als sich aber dieselben einer Insel im Lech bei Rain bemächtigt hatten, gab der Kriegsrat auch diesen Versuch auf und zog sich gegen Ingolstadt zurück, um je nach der Marschrichtung der Feinde entweder die Oberpfalz und den Zugang zu Böhmen oder die Isarlinie zu verteidigen. Als aber diese in Baiern vordrangen, wagte die kaiserlich-bairische Armee, deren Führer Gronsfeld auf Befehl des erzürnten Kurfürsten verhaftet wurde, auch die Isar, welche damals ziemlich seicht war, nicht zu halten, sondern zog sich bis hinter den Inn zurück. Fast ganz Baiern war nun den wilden Horden der Schweden und Deutschen im Solde der Fremden preisgegeben. Die Dörfer und Schlösser wurden ausgeplündert und die Städte gebrandschatzt. Der Kurfürst selbst hatte sich nach Salzburg geflüchtet.

Am 9. Juni traf Piccolomini, welchen der Kaiser aus den Niederlanden abberufen und als Generallieutenant an die Spitze seiner Truppen gestellt hatte, beim Heere ein. Zugleich kamen aus den Erblanden bedeutende Verstärkungen, Geld, Lebensmittel und Munition, an welchen es den Kaiserlichen bisher am meisten gefehlt hatte. Bei den neuen Truppen befand sich auch Werth, da die Not der Zeit zwang, sich über kleinliche Bedenken hinwegzusetzen. Piccolomini hatte nun ein schlagfertiges Heer von 12—14000 Reitern und 10000 Fußgängern zur Verfügung, mit welchem er es wohl mit den Feinden aufnehmen konnte. Obwohl er mit großer Vorsicht operierte, drängte er doch die Schweden und Franzosen, welche in einzelnen Treffen empfindliche Verluste erlitten, vom Inn bis zur Isar, von der Isar bis über den Lech zurück. In der ersten Hälfte des Oktobers war Baiern von den Feinden wieder befreit.

Dagegen hatten die Schweden auf einem andern Kriegsschauplatze unerwartete Erfolge errungen.

Als Wrangel nach dem Treffen bei Zusmarshausen Anstalten zum Angriffe auf Baiern traf, hatte sich Königsmark, welcher am liebsten auf eigene Faust Krieg führte und an Kühnheit und Schnelligkeit der Unternehmungen mit Werth zu

vergleichen war, mit dessen Zustimmung von ihm getrennt und mit ungefähr 3000 Mann, zum größten Teile Reiterei, einen Zug nach der Oberpfalz angetreten. In der ersten Hälfte des Juni brach er in Böhmen ein [1]), welches infolge der Konzentrierung der Streitkräfte des Kaisers in Baiern nur ungenügend besetzt war, und bemächtigte sich mehrerer Städte an den Abhängen des Böhmer Waldes und im obern Thale der Eger, während der in Schlesien kommandierende General Wittenberg über Nachod und Skalitz in Böhmen eindrang.

Schon seit einiger Zeit hatte Königsmark einen Überfall von Prag geplant. Als Werkzeug diente ihm ein mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter, ehemals kaiserlicher Oberstlieutenant Ernst von Ottowalsky, welcher, nachdem er bei der Belagerung von Eger 1647 sein ganzes Vermögen verloren, trotz einer vom Kaiser erhaltenen Zusage vom Hofkriegsratspräsidenten und andern hohen Beamten keine Anstellung hatte erhalten können. Während sich Königsmark den Anschein gab, daß er aus der Gegend von Pilsen gegen Ellbogen ziehen wolle, wendete er sich plötzlich in größter Eile über Rakonitz gegen Prag, vor dessen Mauern er am 26. Juli um 3 Uhr Morgens ankam. An einer unfertigen Stelle der Schanzen kam eine Reiterschar in die Stadt, machte die Wache am nahen Strahofthor nieder, öffnete dieses und ließ die übrigen Truppen ein [2]), welche sich fast ohne Widerstand des

1) Über die Vorfälle in Böhmen hat Dudik, S. 284 wichtige Berichte mitgeteilt Vgl. auch Koch II, 427 ff.

2) So berichtet ein Ungenannter, der gut unterrichtet zu sein scheint, bei Dudik, S. 303 ff. Der beim Überfall beteiligte Oberstlieutenant Koppy meldet a. a. O., S. 291 f. an Wrangel, daß sie an drei Orten zugleich hineingekommen seien, widerspricht aber im allgemeinen obiger Angabe nicht. Dagegen erwähnt er nichts von dem, was in zwei anderen gleichlautenden Berichten S. 300 ff. erzählt wird, daß der Festungskommandant 200 Reiter ausgeschickt habe, um über die Feinde Erkundigungen einzuziehen, daß dieselben von den Schweden in der Nacht umzingelt und nur unter der Bedingung am Leben gelassen worden seien, daß sie das Losungswort verrieten, und daß infolge dessen die Schweden ohne Schwierigkeit beim Staubthor Einlaß erhalten hätten.

Hradschins und der Kleinseite bemächtigten und alle Häuser ausplünderten. Eine ungeheuere Beute, auch die kaiserliche Kunstkammer, wie das Arsenal mit vielen Geschützen und reicher Munition fiel in ihre Hände. Der Kardinalerzbischof Harrach, der Oberstburggraf Graf Martinitz und andere hohe Landesbeamte und Prälaten, wie zahlreiche vornehme Familien wurden gefangen genommen und mußten sich um große Geldsummen loskaufen [1]). Nur der Stadtkommandant Feldmarschall Graf Rudolf Colloredo rettete sich auf einem Kahn über die Moldau. Die am rechten Ufer des Flusses gelegene Alt- und Neustadt mit dem Wyssehrad hätten ebenfalls im ersten Anlauf weggenommen werden können, wenn nicht Königsmark, der nur sehr wenig Infanterie bei sich hatte, Bedenken getragen hätte, seine Truppen über die Brücke vorgehen zu lassen.

Glücklicherweise traf auf den Ruf Colloredos Graf Puchheim, der mit einer Truppenabteilung bei Tabor stand, mit 3500 Mann in Prag ein, so daß eine rasche Wegnahme der Stadt nicht mehr möglich war, obwohl am 30. Juli auch Wittenberg mit einigen tausend Mann vor den Mauern erschien und die am rechten Moldauufer gelegenen Stadtteile beschoß. Auch rüsteten sich alle Volksklassen, Bürger, Studenten und Geistliche, zu energischer Verteidigung.

Da an einen ernstlichen Angriff auf Prag vorläufig nicht gedacht werden konnte, so unternahm Wittenberg schon nach der Mitte des August einen Zug gegen Tabor, welches er nach mehrtägiger Belagerung erstürmte und den ganzen Tag plündern ließ. Einen Monat später brach er mit seiner ganzen Reiterei und den Dragonern, 4000 Mann und 8 Geschützen, wiederum von Prag nach Süden auf in der Absicht, rasch nach Oberösterreich vorzudringen, wo er die Bauern noch einmal zu einem Aufstande zu bewegen hoffte. Einem Fleischhauer, der sich bei ihm eingefunden, gab er Proklamationen an die Bauern mit, worin er sie aufforderte, sich in

1) Ein Verzeichnis der Personen und der erbeuteten Geschütze u. s. w. bei Dudik, S. 419 ff.

möglichster Eile und Stille zusammenzurotten, gerades Weges nach Linz oder Aschach zu ziehen und ihn beim Übergang über die Donau zu unterstützen, wogegen er versprach, den Zustand, wie er vor hundert Jahren gewesen, wieder herzustellen. Einige für die Schweden gewonnene Bauern erließen auch an die Unterthanen der Herrschaft Kammer am Attersee ein Aufgebot und bedrohten alle, die nicht mitziehen wollten, mit Totschlag und der Einäscherung ihrer Höfe. Da sich aber die Mehrzahl der Bewohner zur Gegenwehr rüstete, so verliefen sich auch die übrigen, und die Haupträdelsführer wurden gefangen genommen [1]).

Nachdem dieser Versuch eines Bauernaufstandes mißglückt war, kehrte Wittenberg an der oberösterreichischen Grenze wieder um und zog eiligst nach Prag zurück, wobei noch der General Puchheim, welcher ihm unvorsichtigerweise mit einer Reiterschar von Prag aus gefolgt war, und mehrere hohe Offiziere in seine Hände fielen.

Dies bestärkte die Schweden in der Hoffnung, Prag in ihre Gewalt zu bringen. Da zugleich am 4. Oktober der neue schwedische Generalissimus, der Pfalzgraf Karl Gustav, Vetter und später Nachfolger der Königin Christina, mit 8000 Mann auserlesenen Truppen vor Prag eintraf, so begann unverzüglich eine heftige Beschießung der Alt- und Neustadt. Nach zwei Wochen war bereits ein Teil der Stadtmauer dem Einsturze nahe, ein Ravelin genommen. Da die Übergabe verweigert wurde, machte der Pfalzgraf am 25. Oktober einen Versuch, die Stadt mit Sturm zu nehmen. Aber die Soldaten, Bürger und Studenten wehrten sich mit solchem Heldenmute, daß nach fünfstündigem Kampfe die Schweden, welche sehr große Verluste erlitten hatten, vom Angriff abstanden. Da nun zugleich der Obristwachtmeister Susa eine Verstärkung von 1000 Mann in die Stadt brachte, erließ der Pfalzgraf an Colloredo mit drohenden Worten eine Auf-

1) S. die Berichte bei Czerny, Bilder aus der Zeit der Bauernunruhen in Oberösterreich, S. 284 ff.

forderung zur Kapitulation, schloß aber, als diese verweigert wurde, am 2. November einen Waffenstillstand.

Eine Woche später traf die Nachricht ein, daß der Friede geschlossen worden sei.

---

# Vierzehntes Kapitel.

## Der Abschluß des Westfälischen Friedens.

Die Verhandlungen, welche in Münster und Osnabrück mit Frankreich und Schweden geführt wurden, nahmen erst dann einen etwas rascheren Fortgang, als sich der Kaiser entschloß, seinen Obersthofmeister und ersten Minister, den Grafen Trauttmansdorf, mit den ausgedehntesten Vollmachten zum Friedenskongresse zu schicken. Trauttmansdorf war wohl der vorurteilsloseste unter allen Räten Ferdinands III., offen in seinem Benehmen, entgegenkommend und doch fest, wenn es sich um wichtige Fragen handelte, immer den Kern einer Sache erfassend, ohne diesen durch Nebendinge zu verwirren. „Ihm gelangen viele Sachen, welche anderen nicht gelungen sein würden“, sagt der venetianische Botschafter, der als Vermittler in Münster anwesend war [1]).

Als Trauttmansdorf am 29. November 1645 in Münster eingetroffen war, suchte er vor allem das Vertrauen der Reichsstände zu gewinnen und die Protestanten zu befriedigen, um durch diese auf die Schweden zu wirken, so daß die Franzosen isoliert worden wären. Diesen bot er nur die volle Herrschaft über die Bistümer Metz, Toul und Verdun, die sie seit 1552 thatsächlich in Besitz hatten, und die Festungen Moyenvic in Lothringen und Pinerol in Piemont an. Zur

1) Bei Fiedler, Relationen. F. R. Austr. XXVI, 318.

Befriedigung Schwedens schlug er Bedingungen vor, unter denen sich 1635 Oxenstjerna selbst einmal zu einem Frieden bereit erklärt hätte: Zahlung einer Geldsumme und als Pfand dafür Überlassung der Stadt Stralsund. Auch die Verständigung zwischen den katholischen und protestantischen Reichsständen suchte er zu fördern.

Die Taktik Trauttmansdorfs hatte nun wenigstens das Gute, daß die fremden Mächte endlich am 7. Januar 1646 offen mit den Forderungen, welche sie für ihre „Entschädigung" stellten, herausrückten.

Diese Forderungen waren so weitgehend, daß sie selbst bei den Gegnern des Kaisers Überraschung hervorriefen. Frankreich verlangte außer dem, was der Kaiser ihm angeboten hatte, Ober- und Niederelsaß mit dem Sundgau, den Breisgau, die Festungen Breisach und Philippsburg und die Waldstädte Rheinfelden, Seckingen, Laufenburg und Waldshut. Schweden forderte außer der Bezahlung seiner Armee die Abtretung von ganz Pommern mit dem Bistum Cammin, der Stadt Wismar und der Hochstifter Bremen und Verden, wodurch die Mündungen aller drei norddeutschen Ströme in seine Gewalt gekommen wären, und außerdem Schlesiens. Die Landgräfin von Hessen suchte sich auf Kosten der benachbarten Hochstifter zu vergrößern.

Die Lage des Kaisers und seiner Vertreter wurde dadurch außerordentlich erschwert, daß die Forderungen Frankreichs auch vom Kurfürsten von Baiern unterstützt wurden. Denn Maximilian ließ sich von Mazarin durch das Versprechen ködern, wenn Frankreich befriedigt wäre, für die Anerkennung seiner Kurwürde und des Besitzes der Oberpfalz eintreten zu wollen [1]). So waren alle Bemühungen Trauttmansdorfs und

1) Dies meldet nicht bloß der vom Kaiser nach München geschickte Graf Kurtz, der sich auf die ihm von den baierischen Räten am 1. März 1646 gemachten Mitteilungen beruft (Koch II, 181), sondern sagt auch Contarini (bei Fiedler, S. 318. 320), welcher in Münster Gelegenheit genug hatte, die Haltung der Vertreter Baierns kennen zu lernen. Es ist daher sonderbar, wenn Koch immer und immer darzuthun sucht,

der andern Gesandten des Kaisers, die Forderungen der Franzosen wesentlich herabzustimmen, vergeblich. Schritt für Schritt mußte man in den Zugeständnissen weiter gehen.

Zuerst boten die Vertreter des Kaisers das halbe Elsaß an. Als dies zurückgewiesen wurde, erklärte sich Ferdinand III. am 1. März auf ein Gutachten seines geheimen Rates hin gegen eine Entschädigung von 5 000 000 Thalern für die Kinder seines verstorbenen Oheims, des Erzherzogs Leopold von Tirol, zur Abtretung der ganzen Landgrafschaft Elsaß bereit [1]). Doch weigerte er sich, Breisach preiszugeben, weil er die Franzosen nicht auch am rechten Rheinufer festen Fuß fassen lassen wollte. Auf die Dauer ließ sich aber dieser Standpunkt nicht festhalten, weil unterdessen Maximilian von Baiern mit den Feinden Waffenstillstand geschlossen hatte und seine Gesandten in Münster mit dem Abschlusse eines Separatfriedens mit Frankreich drohten, wenn der Kaiser nicht das Elsaß mit Breisach abträte [2]). Die kaiserlichen Gesandten erboten sich nun Breisach zu schleifen, später, es dem gegenwärtigen Könige auf Lebenszeit abzutreten. Aber alles wurde zurückgewiesen und auf der unbedingten Abtretung dieser Festung bestanden. Da der Kaiser bei den meist von Frankreich bestochenen Vertretern der Reichsstände gar keine Unterstützung fand, so gab Trauttmansdorf am 26. Mai auch in dieser Frage nach, wenn Frankreich die verlangte Entschädigung zahlte und in einigen andern Punkten die Wünsche Österreichs unterstützte. Aber obwohl die französischen Gesandten früher erklärt hatten, daß mit der Lösung der Breisachschen Frage der Streit beendet sein würde, suchten sie jetzt nicht bloß die an die tirolische Linie des Hauses Habsburg zu zahlende Summe herabzumindern, sondern verlangten auch noch Philippsburg, welches ihnen der vom Kaiser auf Verlangen Frankreichs in Freiheit gesetzte Erzbischof von Trier einzuräumen versprach. Doch er-

daß Maximilian am Verluste des Elsasses gar keine Schuld trage. Vgl. auch Rohdewald, S. 31 ff.

1) Die Abtretung erfolgte am 16. April.

2) Koch II, 180. Vgl. S. 209.

klärten sie sich endlich mit dem Besatzungsrecht in dieser Festung begnügen zu wollen.

Am 13. September 1646 wurden endlich die Grundlagen des Vertrages mit Frankreich vereinbart. Österreich trat gegen 3000000 Livres (= 1200000 Thaler) alle seine Rechte und Besitzungen im Elsaß ab, also die Landgrafschaft mit dem Sundgau und die Landvogtei über die dortigen zehn Reichsstädte [1]), weiter Breisach und willigte in die Besetzung Philippsburgs durch französische Truppen.

Wenn der Kaiser den Franzosen nach langem Sträuben so weitgehende Zugeständnisse machte, so lag der Grund nicht bloß in seiner ungünstigen militärischen Lage, sondern auch in der Zusicherung derselben, daß sie ihn bei den Verhandlungen mit Schweden und den deutschen Protestanten unterstützen würden.

Von den Abtretungen, welche die Bevollmächtigen Schwedens am 7. Januar 1646 ihrer Instruktion entsprechend, verlangt hatten, berührte die Schlesiens den Kaiser unmittelbar. Trauttmansdorf bezeichnete es geradezu als den Augapfel desselben. Doch sollte dieses Land nach den Absichten der Stockholmer Regierung nicht mit dem Reiche vereinigt, sondern als „Äquivalent“ für Pommern dienen [2]), welches man an den Kurfürsten von Brandenburg unter keiner Bedingung herausgeben wollte. Wenn sich für Brandenburg eine andere Entschädigung fände, wollte Schweden auf der Abtretung Schlesiens nicht bestehen. Salvius, der mit dem jungen Oxenstjerna auf dem schlechtesten Fuße stand und nicht ungern seine eigenen Wege ging, vertraute dem Grafen Trauttmansdorf schon im Februar unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, daß sich Schweden im äußersten Falle mit Pommern, Wismar, Bremen und Verden begnügen würde. Ja, er versprach sogar, das Angebot Trauttmansdorfs zu befürworten, welcher sich

1) Landau, Weissenburg, Hagenau, Rosheim, Oberehnheim, Schlettstadt, Kaisersberg, Türkheim, Kolmar und Münster im Thal St. Gregor.

2) Geijer III, 370 f. Odhner, S. 107 f. Über die folgenden Verhandlungen s. S. 131 ff.

bereit erklärte, Vorpommern und die Hochstifter Bremen und Verden an Schweden abzutreten. Da dieser bald darauf auch noch Wismar hinzufügte, freilich mit der Beschränkung, daß alle diese Gebiete nicht an Schweden, sondern als Lehen an die Königin und deren Erben und allenfalls an das ihr auf dem Throne nachfolgende Geschlecht überlassen würde, so schien es, daß zwischen Schweden und dem Kaiser in der Territorialfrage bald eine Vereinbarung zustande kommen würde.

Die nächsten Schritte beider Teile konnten in dieser Hoffnung nur bestärken. Denn die schwedische Königin gab ihren Gesandten am 31. März Vollmacht, sich mit einer Erweiterung Vorpommerns zu begnügen. Trauttmansdorf erklärte diesen, daß er berechtigt sei, ganz Pommern mit Wismar und den beiden Hochstiftern abzutreten.

Aber so rasch verlief die Sache leider nicht. Einmal machte Schweden die Lösung dieser Frage von der Befriedigung der protestantischen Reichsstände abhängig, wo man noch weit von einer Einigung entfernt war. Dann konnte der Kaiser nicht eigenmächtig über deutsche Gebiete verfügen, welche ihm nicht gehörten, sondern war von der Genehmigung der Reichsstände abhängig, welche ihrerseits erklärten, daß eine Landabtretung nicht ohne Zustimmung der Interessenten, also hier des Kurfürsten von Brandenburg, stattfinden dürfe. Dieser wollte aber um keinen Preis auf Pommern oder auch nur auf Vorpommern verzichten und verlangte endlich eine so hohe Entschädigung dafür [1]), daß diese mit dem Werte des abgetretenen Gebietes in gar keinem Verhältnisse stand. Zugleich machten sich bei der schwedischen Regierung selbst verschiedene Strömungen geltend. Namentlich der Reichskanzler Oxenstjerna widerstrebte einem Frieden, der nicht ganz Pommern in die Hände Schwedens brächte. Die Vollmacht, welche den Gesandten am 31. März erteilt worden war, wurde im Juni

1) Die Hochstifter Halberstadt, Minden, Hildesheim, Osnabrück, Bremen und Münster, die Anwartschaft auf Magdeburg und die schlesischen Herzogtümer Glogau, Sagan, Schweidnitz und Jauer! Die Belege bei Odhner, S. 152, N. 1.

wieder eingeschränkt und ihnen der Auftrag gegeben, auf der Abtretung von ganz Pommern zu bestehen. Als im September 1646 der Vertrag mit Frankreich vereinbart ward, war man von einer Einigung mit Schweden ebenso weit entfernt als früher.

Trauttmansdorf einigte sich nun mit den französischen Gesandten über einen Vorschlag, welcher im November auch den schwedischen Gesandten gemacht wurde. Schweden sollte Vorpommern mit Stettin, Wismar, Bremen und Verden, der Kurfürst von Brandenburg Hinterpommern, das Bistum Halberstadt und 2000000 Gulden erhalten. Da dies in allen Hauptpunkten den Instruktionen entsprach, welche die schwedische Regierung kurz vorher ihren Vertretern erteilt hatte, so hätte dem Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und Schweden, soweit er die territorialen Ansprüche dieser Macht betraf, nichts mehr im Wege gestanden.

Es handelte sich jetzt vor allem darum, die Zustimmung des Kurfürsten von Brandenburg zu erwirken. Da dieser Gefahr lief, bei längerem Widerstande ganz Pommern zu verlieren, so ließ er sich endlich ebenfalls herbei, sich den schwedischen Forderungen zu fügen und auf Vorpommern, Stettin, einen schmalen Streifen am rechten Ufer der Oder und die Insel Wollin zu verzichten, wozu die Schweden durch einen am 18. Februar 1647 mit dem Kaiser geschlossenen Vertrag [1]) noch Wismar und Bremen und Verden als weltliche Herzogtümer erhielten. D'Avaux hatte sich um den Ausgleich mit Brandenburg die größten Verdienste erworben.

Der Kurfürst von Brandenburg konnte übrigens mit der ihm zugesprochenen Entschädigung immerhin zufrieden sein. Denn er erhielt das säkularisierte Bistum Cammin in Hinterpommern, die Hochstifter Minden und Halberstadt und nach dem Tode des Prinzen August von Sachsen [2]) auch das Erzstift Magdeburg. Mecklenburg wurde für Wismar mit den Bistümern Ratzeburg und Schwerin entschädigt.

1) Dieser ist bei Odhner, S. 341 ff. gedruckt.
2) Er starb erst 1680.

Wegen der Preisgebung einiger Bistümer, welche die Katholiken noch nicht ganz als verloren ansahen, namentlich Mindens, wo der Führer der katholischen „Extremisten", der Bischof Franz Wilhelm von Osnabrück, die bischöfliche Würde bekleidete, hatte Trauttmansdorf freilich mit einem Teile der katholischen Reichsstände harte Kämpfe zu bestehen. Doch hielt er dieses Opfer für notwendig, um die übrigen geistlichen Besitzungen zu retten. Auch der Kaiser teilte diesen Standpunkt und wahrte dem Minister sein Vertrauen.

Als die fremden Mächte mit ihren Ansprüchen befriedigt waren, wurde auch die pfälzische Frage gelöst, bei welcher der Kaiser in hohem Grade interessiert war. Denn wenn der älteste Sohn des geächteten Kurfürsten Friedrich V., Karl Ludwig, wie Schweden forderte, in die Würde und Besitzungen desselben wieder eingesetzt wurde, so konnte Maximilian von Baiern dem Kaiser gegenüber Anspruch auf die Zahlung der Kriegskosten im Betrage von 13000000 Gulden erheben, wofür ihm die Oberpfalz überlassen worden war. An dieser Schwierigkeit waren bisher alle Verhandlungen gescheitert, welche der Kaiser wiederholt teils mit dem Könige Karl I. von England teils mit dem Pfalzgrafen Karl Ludwig selbst geführt hatte [1]). Am 1. Mai 1646 stellten nun die kaiserlichen Gesandten den Schweden den Antrag, daß Maximilian seine Kurwürde behalten, für den Pfalzgrafen aber eine neue, die achte, errichtet, die Unterpfalz an diesen zurückgegeben, die Oberpfalz aber dem Kurfürsten von Baiern gelassen und der Kaiser seiner Schuld an diesen für immer enthoben werden sollte. Da sich auch die Majorität der Reichsstände am 18. März 1647 für diesen Vorschlag aussprach, nahm im August auch Schweden denselben an.

Schweden verlangte aber außer den Gebietsabtretungen auch noch die Bezahlung seiner Truppen. Die Führer derselben, welche den Bestand weit übertrieben auf 125000 Mann anschlugen [2]), verlangten im Juli 1647 einen zehn-

1) S. hierüber jetzt Pribram, Lisola, S. 11 ff. 27 ff. 43 ff.

2) Thatsächlich betrug die Stärke derselben nicht mehr als 45000 Mann.

fachen Monatssold, d. h. die ungeheuere Summe von 20 000 000 Reichsthalern, welche in dem verwüsteten und ausgeplünderten Deutschland gar nicht hätten aufgebracht werden können, oder einige Fürstentümer zur Verteilung [1]). Wenn man auch voraussetzen konnte, daß die Schweden von dieser Summe etwas herunterhandeln lassen würden, so war doch so viel sicher, daß Deutschland nach allen Verlusten an Land noch weitere schwere Opfer würde bringen müssen, und daß diese jedenfalls nicht durch schwächliche Nachgiebigkeit, sondern nur durch kräftiges Auftreten im Felde verringert werden könnten. Es war denn auch dies einer der Gründe, welche die Kurfürsten von Baiern und Köln zur Kündigung des Waffenstillstandes und zum Wiederanschluß an den Kaiser bewogen.

Doch war es nicht die Entschädigungsfrage, welche den Abschluß des Friedens noch lange verzögerte, sondern die Verhandlungen über die religiösen Verhältnisse in Deutschland und in den Erblanden.

Die Vertreter der protestantischen Reichsstände, welche in Osnabrück versammelt waren, hatten, von Schweden unterstützt, im Dezember 1645 und im Februar 1646 sehr weitgehende Forderungen aufgestellt. Sie verlangten die Aufhebung des geistlichen Vorbehaltes, die Überlassung der nach dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter auf immerwährende Zeiten, das Recht der freien Religionsübung für die protestantischen Unterthanen katholischer Fürsten, während sie ihrerseits dies ihren katholischen Unterthanen nicht zugestanden, und Herstellung aller Besitzverhältnisse in den Zustand, wie er 1618 vor dem Ausbruche des Krieges gewesen war. Die katholischen Stände dagegen, deren Vertreter in Münster tagten, hielten am geistlichen Vorbehalt, worin sie den einzigen Schutz für die noch nicht verlorenen geistlichen Fürstentümer erblickten, unbedingt fest, wollten den Protestanten die Kirchengüter, welche sie am 12. November 1627 innege-

1) Odhner, S. 227f. Vgl. 216f.

habt, nur auf vierzig Jahre zusichern, und schlugen auch die anderen Forderungen ab. Es folgten nun ein wiederholter Schriftenwechsel und auch mündliche Besprechungen, in welchen beide Teile einige Zugeständnisse machten, aber doch eine Einigung nicht erzielt wurde. Denn auf beiden Seiten gab es extreme Elemente, welche lieber das Vaterland noch länger zerfleischen ließen, als daß sie ihre Grundsätze opferten. Erst am 12. Juli 1646 machten die Katholiken Vorschläge, welche den Protestanten in wichtigen Punkten entgegenkamen. Sie erklärten sich, einer Anregung Sachsens entsprechend, bereit, als Normaljahr für die Ausübung der Religion in den Reichsstädten und für den Besitz der geistlichen Güter den 1. Januar 1624 anzuerkennen, wo die Zurückforderungen der eingezogenen Besitzungen noch nicht in umfassenderem Maße begonnen hatten, und wollten diese den Protestanten auf hundert Jahre überlassen, vor deren Ablauf ein gütliches Übereinkommen getroffen werden sollte. Auch gaben sie zu, daß religiöse Fragen auf den Reichstagen nicht durch Stimmenmehrheit entschieden werden sollten.

Ein Teil der Protestanten, besonders der Reichsstädte, wäre damit zufrieden gewesen. Aber noch behaupteten unter ihnen die „Extremisten" das Übergewicht. Sie forderten als Normaljahr 1621, und für die protestantischen Unterthanen der katholischen Reichsstände, auch des Kaisers, wenigstens die Zulassung des Privatgottesdienstes, in welchem Punkte sie übrigens ihrerseits den katholischen Unterthanen das gleiche Recht einräumen wollten. Erst als Trauttmansdorf mit seiner Abreise drohte, ließen sich die Protestanten 1624 als Normaljahr gefallen, verlangten aber dafür, daß ihnen die Güter, welche sie damals innegehabt, bis zur Beilegung der Religionsstreitigkeiten, d. h. für immer gelassen werden sollten. Darauf übergab Trauttmansdorf am 1. Dezember den Protestanten im Namen der Katholiken neue Vergleichsvorschläge, die als Ultimatum bezeichnet wurden. Auch die katholischen Stände wollten gegen Anerkennung des geistlichen Vorbehaltes zugeben, daß die Protestanten im Besitze der 1624 innegehabten un-

mittelbaren Stifter „bis zu einer christlichen und gütlichen Religionsvergleichung" gelassen und die ihnen seit jener Zeit entzogenen mittelbaren Stifter und Güter mit bestimmten Ausnahmen zurückgestellt werden sollten, wie dasselbe umgekehrt auch die Protestanten thun sollten. Dagegen wurde das Reformationsrecht der Landesherrn festgehalten und namentlich im Namen des Kaisers wurde erklärt, daß er sich inbetreff seiner Erbstaaten von niemand Maß und Richtschnur geben lasse und dasselbe Recht wie die Kurfürsten und die anderen Reichsstände für sich in Anspruch nehme.

Die Forderung der freien Religionsübung für die Protestanten in den kaiserlichen Erblanden, die sogenannte „Autonomie", neben allen möglichen Streitfragen lokaler Natur bildete einen der Hauptdifferenzpunkte, welche bei den Verhandlungen, die zwischen Trauttmansdorf und Volmar einerseits und protestantischen Delegierten und Salvius anderseits von Februar bis April 1647 in Osnabrück geführt wurden, zu Tage traten. Schweden unterstützte diese Forderung namentlich deswegen mit so großem Eifer, weil sehr viele Emigranten aus Österreich, besonders aus den böhmischen Ländern in seinem Dienste standen. Es waren nicht bloß religiöse, sondern auch politische Bedenken, welche den Kaiser bewogen, an seinem Standpunkte festzuhalten und nur Erleichterungen in Beziehung auf die Auswanderung und den Güterverkauf zu bewilligen. Denn er war überzeugt, daß er sich bei einem Kriege mit protestantischen Mächten auf deren Glaubensgenossen in den eigenen Ländern nicht würde verlassen können, und daß diese neuerdings auf Kosten des Katholizismus Propaganda machen würden, eine Ansicht, welche wohl auch die Schweden teilten. Soll ja Salvius sich geäußert haben, „es müßte die Autonomie in den Erblanden als eine kleine Maus erhalten werden, welche allmählich die Wurzel zernagte, bis der Baum übern Haufen fiele" [1]). Aber die sichere Hoffnung, daß der Kaiser nach dem Neutralitätsvertrage Baierns und Köln den

1) Odhner, S. 203 N.

Schweden rettungslos preisgegeben sein würde, machte sie in dieser Zeit unnachgiebiger als je. Im Sinne der protestantischen „Extremisten", unter denen sich besonders die Vertreter von Hessen-Kassel, Braunschweig-Lüneburg und Sachsen-Altenburg bemerkbar machten, verfaßten die Schweden den Entwurf eines Friedensvertrages, von dem Trauttmansdorf sagte, daß er ihm selbst dann die Unterschrift verweigern würde, wenn er in Stockholm im Gefängnisse säße. Noch am nämlichen Tag, an welchem dieser Entwurf von den Schweden übergeben wurde, am 24. April, reiste er von Osnabrück nach Münster zurück.

Doch wurden die Verhandlungen nicht abgebrochen, weil die Schweden den Entwurf nicht als letztes Wort bezeichneten. Unter den protestantischen Reichsständen nahm die Neigung zum Frieden immer mehr zu, und selbst solche, welche bisher am entschiedensten die Forderungen der Protestanten vertreten hatten, sprachen sich für einen Ausgleich aus. Im Mai kam auch ein Übereinkommen über die religiöse Stellung der Unterthanen im Reiche zustande. Anfangs Juni begaben sich die Vertreter Schwedens und der Protestanten nach Münster, um über die weiteren Differenzpunkte zu verhandeln.

Aber die extremen Katholiken, an deren Spitze der Bischof von Osnabrück und der Vertreter des Bischofs von Augsburg, Dr. Leuxelring, standen, verweigerten die Genehmigung der von den kaiserlichen Gesandten mit den Protestanten bereits vereinbarten und im Juni in bestimmte Artikel gefaßten Punkte. Sie wurden in dieser Haltung nicht bloß vom päpstlichen Nuntius und dem spanischen Gesandten, sondern auch von den Franzosen bestärkt, welche den Abschluß des Friedens so lange zu hintertreiben suchten, bis der Kaiser den Herzog von Lothringen preisgegeben und versprochen hätte, nicht bloß als Oberhaupt des Reiches, sondern auch als Herr von Österreich die Spanier nicht weiter zu unterstützen. Anderseits stellten jetzt auch die Schweden neue unerfüllbare Bedingungen und verlangten z. B. für die Königin die erste Stelle auf der Bank der weltlichen Fürsten, ja sogar eine eigene Kurwürde. Auch an der For-

derung des Privatgottesdienstes für die Protestanten in den Erblanden hielten sie fest. Da die Verhandlungen hierüber ohne Ergebnis blieben, reiste Trauttmansdorf am 16. Juli 1647 nach Wien zurück, wozu er sich wegen seiner Kränklichkeit vom Kaiser schon längst die Erlaubnis erbeten hatte.

Nach der Abreise Trauttmansdorfs stockten die Verhandlungen längere Zeit fast vollständig. Zuerst rechneten die Schweden nach der Eroberung Egers noch auf weitere Erfolge. Dann riefen umgekehrt der Wiederanschluß Kölns und Baierns an den Kaiser und der Rückzug der Schweden aus Böhmen die Hoffnungen der Katholiken wach.

Auf das Drängen Baierns sprach zwar der Kaiser am 14. Oktober in einer Instruktion an seine Gesandten, deren Seele jetzt Volmar war, seine Bereitwilligkeit zum Frieden aus und forderte diese auf, die katholischen und protestantischen Stände zur Mäßigung und zu einer Vereinbarung auf Grund der von Trauttmansdorf im Juni gemachten Vorschläge zu bewegen. Aber unterdessen hatten die katholischen Stände bereits in einem Gutachten über dieselben eine Menge wichtiger Abänderungen beantragt, von denen sie nicht abgehen wollten, während die protestantischen Stände trotz ihrer jetzigen Friedensliebe an dem festhielten, was man ihnen bereits zugestanden hatte. Wochenlang mühte sich Volmar, welcher nach neuen Weisungen des Kaisers den Katholiken wenigstens einigermaßen entgegenkommen sollte, vergeblich mit dem Versuche ab, beide Parteien für einen Vermittelungsvorschlag zu gewinnen.

Aber die drohende Gefahr, daß die Verhandlungen ganz in die Brüche gingen, ließ gerade in den mächtigeren Reichsständen die Sehnsucht nach Frieden noch lebhafter hervortreten. Besonders Maximilian von Baiern, welcher die Rache Schwedens fürchtete und dem Feldzuge des Jahres 1648 mit Bangen entgegensah, drängte zum Abschluß. Es bildete sich eine Mittelpartei, welche aus den Vertretern der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, der Herzoge von Braunschweig-Lüneburg, Altenburg und Weimar einerseits, der Kurfürsten von Baiern und Trier, des Bischofs von Bamberg und des

Würzburger Bischofs Johann Philipp von Schönborn, welcher im November 1647 durch den Einfluß Frankreichs auf den erzbischöflichen Stuhl von Mainz erhoben worden war, andererseits bestand. Anfangs versuchten diese durch Unterhandlungen unter sich einen Ausgleich herbeizuführen. Als dies durch die kaiserlichen Gesandten, welche darin eine Verletzung des Ansehens ihres Herrn erblickten, hintertrieben wurde, setzten sie es durch, daß bei den Verhandlungen der kaiserlichen und schwedischen Gesandten Bevollmächtigte der katholischen und protestantischen Reichsstände in einem Nebenzimmer anwesend sein sollten, um gleich ihre Meinung äußern zu können.

Da auf die Bitten und Drohungen des Kurfürsten von Baiern auch der Kaiser durch ein Schreiben vom 15. Februar 1648 befahl, den Trauttmansdorffschen Entwurf anzunehmen, so einigte man sich jetzt rasch über eine Reihe der wichtigsten Punkte: die Besetzung des Reichskammergerichts und des Reichshofrats durch eine gleiche Zahl von Katholiken und Protestanten bei Streitigkeiten über Religionsangelegenheiten, die Entschädigung der Landgräfin von Hessen-Kassel, welche sich mit der Abtei Hersfeld, vier schaumburgischen Ämtern und 600 000 Thalern begnügen mußte, die Religionsübung, die Amnestie, die Gleichstellung der reformierten Reichsstände mit den lutherischen, die Anerkennung der Unabhängigkeit der Schweiz wie der vereinigten Niederlande, welche am 30. Januar auch mit Spanien Frieden geschlossen hatten.

Der Ausdehnung des Normaljahres auf die Erblande hatten sich die kaiserlichen Gesandten mit Erfolg widersetzt. Für Schlesien blieben im wesentlichen die Bestimmungen des Prager Friedens aufrecht. Die freie Religionsübung der Protestanten blieb auf die mittelbaren Fürstentümer Liegnitz, Brieg, Wohlau, Münsterberg und Öls und auf die Stadt Breslau beschränkt. Die Adeligen in den unmittelbar unter der Krone stehenden Herzogtümern und deren Unterthanen sollten nicht zum Verkauf ihrer Güter und zur Auswanderung gezwungen werden und es ihnen frei stehen, anderswo dem protestantischen Gottesdienste beizuwohnen. Dasselbe Recht wurde auch den prote-

stantischen Adeligen in Niederösterreich, aber nicht ihren Unterthanen eingeräumt. Außerdem erlaubte der Kaiser den Protestanten, außerhalb der Stadtmauern von Schweidnitz, Jauer und Glogau auf ihre Kosten für ihren Gottesdienst Kirchen zu erbauen. Schweden und die protestantischen Reichsstände behielten sich übrigens das Recht vor, sich auf dem nächsten Reichstag oder beim Kaiser unmittelbar für ihre Glaubensgenossen in den Erblanden zu verwenden.

Nach dem Frühjahr 1648 blieben mit Schweden nur noch zwei Fragen von Wichtigkeit zu erledigen, die Befriedigung seiner Truppen und die Ausdehnung der Amnestie auf die kaiserlichen Erblande, welche insofern in einer gewissen Verbindung miteinander standen, als zahlreiche Emigranten aus den österreichischen Ländern im schwedischen Heere dienten.

Die Forderung für die Armee ermäßigten die schwedischen Gesandten bald auf 7000000 Thaler, während die Reichsstände, welchen der Kaiser die Verhandlungen darüber ausschließlich überließ, nur 2000000 Gulden boten. Nach zweimonatlichem Feilschen einigte man sich endlich auf 5000000 Thaler (à 1½ rheinische Gulden), von welchen 1800000 bar, 1200000 Thaler in Anweisungen, 2000000 zwei Jahre nach Abdankung der Armee entrichtet werden sollten. Von der Zahlung hierfür blieben der österreichische, baierische und burgundische Kreis befreit, wogegen der Kaiser und der Kurfürst von Baiern ihre Truppen selbst abfertigen mußten.

Endlich gab Schweden auch bezüglich der österreichischen Emigranten nach, deren Wiedereinsetzung in ihre verlornen Güter die größte Verwirrung in den Besitzverhältnissen hervorgerufen haben würde. Der vereinbarte Artikel gewährte denselben für ihre Person Amnestie und erlaubte ihnen auch die Rückkehr in ihr Heimatsland, wenn sie sich den einheimischen Gesetzen fügten, womit in den meisten Ländern auch die Annahme der katholischen Religion verbunden gewesen wäre. Ihre Güter erhielten aber nur jene zurück, denen sie vom Kaiser wegen ihrer Beteiligung am Kriege Schwedens und Frankreichs, also seit 1630, entzogen worden waren, aber nicht

jene, welche sie bereits früher, also namentlich wegen der Beteiligung am böhmischen Aufstande, verloren hatten, wozu der bei weitem größte Teil der Emigranten gehörte.

Am 6. August wurde die Urkunde über den Frieden mit Schweden in Osnabrück fertig gestellt und von den Vertretern des Kaisers, der Reichsstände und Schwedens durch Handschlag bestätigt. Die Unterzeichnung verweigerten aber Oxenstjerna und Salvius, bis auch der Friede mit Frankreich abgeschlossen wäre.

Mit diesem hatte sich der Kaiser 1646 wohl über die Entschädigungsfrage geeinigt, aber die weiteren Forderungen desselben, daß er Spanien nicht weiter unterstützen und daß der Herzog von Lothringen und der burgundische Kreis (die spanischen Niederlande und die Franche Comté) in den Frieden nicht eingeschlossen werden sollten, bis jetzt noch nicht genehmigt. Jetzt nahm sich Schweden dieser Sache an, und Salvius brachte in längeren Verhandlungen mit Servien[1]) einen Entwurf hierüber zustande, der am 15. September auch von den Vertretern der in Osnabrück anwesenden deutschen Reichsstände, darunter auch denen der katholischen Mittelpartei, angenommen wurde. Danach sollten sich der Kaiser und die Stände wie der König von Frankreich allgemein verpflichten, den Feinden des andern Teils keinen Beistand zu leisten. Die Angelegenheit des Herzogs von Lothringen sollte bei den künftigen Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und Spanien durch Schiedsrichter beigelegt werden.

Von Osnabrück begaben sich die Vertreter der Reichsstände, Salvius und Servien nach Münster, um auch die dort weilenden kaiserlichen Gesandten zur Anerkennung der getroffenen Vereinbarungen zu bewegen. Volmar suchte die definitive Entscheidung hinauszuschieben, weil er vom Kaiser Auftrag erhalten hatte, womöglich auch einen Frieden zwischen Spanien und Frankreich zustande zu bringen. Denn Ferdinand III. wollte Spanien nur im äußersten Notfall im Stiche lassen.

1) Graf d'Avaux war bereits abberufen worden.

Hatte ihn doch dieses während des ganzen Krieges mit Subsidien unterstützt, und wollte er dasselbe auch deswegen nicht gerne verletzen, weil im Oktober 1646 der Infant Don Balthasar, der einzige Sohn Philipps IV. gestorben war, so daß sich die Möglichkeit eröffnete, durch Erbschaft oder die Vermählung eines seiner Söhne mit der Tochter des Königs die spanische Monarchie für sein eigenes Haus zu erwerben.

Infolge dessen griff unter den Vertretern der Reichsstände gegen den Kaiser eine äußerst gereizte Stimmung um sich. Besonders der baierische Gesandte Dr. Krebs äußerte sich heftig. Es war diese Verzögerung auch um so gefährlicher, als nun die Schweden, welche von Tag zu Tag die Nachricht von einem entscheidenden Erfolg ihres Heeres in Böhmen erwarteten, neue Forderungen erhoben. Die Erklärung des Kurfürsten von Baiern, daß er im Falle weiterer Hinausschiebung des Friedenswerkes durch die kaiserlichen Bevollmächtigten seinen Vertretern befohlen habe, mit den andern friedliebenden Ständen das vereinbarte Friedensinstrument zu unterschreiben und zu publizieren, bewog endlich den Kaiser, am 22. September seinen Gesandten Auftrag zur unverzüglichen Unterfertigung der Verträge zu geben. Aber nun erhoben wieder die Gesandten Schwedens und Frankreichs neue Anstände, deren Beseitigung längere Zeit in Anspruch nahm. Erst am 24. Oktober wurden in Münster die verschiedenen Urkunden unterschrieben und ausgetauscht, aber die Urkunde über den Frieden mit Schweden aus Osnabrück datiert.

Der Kaiser ratifizierte den Frieden sofort. Aber trotzdem mußten die österreichischen Länder noch lange Zeit die Last der Einlagerung der schwedischen Truppen tragen [1]). Denn Schweden und Frankreich weigerten sich, ihre Völker abzudanken oder aus Deutschland abzuführen, ehe die Bedingungen des Friedens vollständig durchgeführt und die für das schwedische Heer bestimmten drei Millionen gezahlt, für die übrigen zwei Millionen

1) Über die Durchführung des Friedens, soweit dieselbe Österreich betraf, vgl. mit Odhner, S. 287 ff. Dudik, S. 344 ff.

genügende Sicherheit gestellt wäre. Die Ausführung einzelner Friedensbedingungen hing aber gar nicht vom Kaiser oder den Reichsständen ab, da unter andern bestimmt war, daß auch Spanien in einer eigenen Urkunde die Verzichtleistung auf das Elsaß aussprechen und die von seinen Truppen noch besetzte Festung Frankenthal in der Pfalz räumen sollte. Jeder Anlaß wurde aber von Schweden benutzt, um seine Truppen noch länger auf Kosten des Reiches erhalten zu lassen. Da auch der Kaiser die Auszahlung einer Geldsumme von 200 000 Thalern, welche den Schweden zugesichert waren, verzögerte, so wurde Böhmen erst am Ende des Jahres 1649, Mähren und Schlesien im Juli 1650 von den schwedischen Besatzungen geräumt.

Wenige Monate vor dem Abschlusse des Westfälischen Friedens waren auch die Streitigkeiten mit Rákóczy vollständig ausgeglichen worden, welche trotz des im Jahre 1645 geschlossenen Friedens auch später noch wiederholt einen Bruch herbeizuführen drohten.

Rákóczy hatte sich ja nur infolge der Drohungen der Pforte zum Frieden mit dem Kaiser entschlossen und zeigte sich schon nach wenigen Monaten zur Wiederaufnahme des Kampfes bereit, weil, wie er selbst sich ausdrückte, „die Bedingungen nach der Meinung fast aller unausführbar, und man, wenn sie ausführbar wären, aus verschiedenen Vermutungen schließen könne, daß der Kaiser sie nicht ausführen wolle oder könne oder die Ausführung verschiebe“. Aus so frivolen Gründen schloß er am 22. Februar 1646, wo die vom Kaiser am 27. Dezember für die Durchführung der Friedensbestimmungen ernannten Kommissäre schon in der Nähe von Kaschau waren, mit Frankreich, dessen Bevollmächtigter Croissy wieder zu ihm nach Fogaras gekommen war, und Schweden ein neues Bündnis und verpflichtete sich, längstens binnen drei Monaten den Krieg gegen das Haus Österreich zu erneuern, wenn ihm die genannten Mächte die rückständigen Subsidien zahlten und die Erlaubnis der Pforte erwirkten [1]).

1) Mon. Hung. Dipl. XXI, 343 sqq.

In der That suchte auch Rákóczy den Beginn der Unterhandlungen zwischen seinen Kommissären und den Bevollmächtigten des Kaisers möglichst zu verzögern und diese selbst hinzuziehen, indem er in allen zweifelhaften Fragen, welche die Ausführung des Friedens betrafen, auf seiner Auffassung beharrte. Da anderseits auch der Kaiser in manchen Punkten nicht zur Nachgiebigkeit bereit war, so wurden die Verhandlungen, welche am 1. April 1646 in Tokaj begonnen wurden, Anfangs August abgebrochen [1]).

Der Reichstag, welcher den Linzer Frieden inartikulieren und einige streitige Fragen lösen sollte, war vom Kaiser auf den 1. Mai 1646 berufen worden. Da aber seine Gemahlin Maria Anna von Spanien am 13. Mai starb und für die Zeit nach der strengen Trauer die Krönung seines älteren Sohnes Ferdinand zum König von Böhmen in Aussicht genommen war, so wurde der ungarische Reichstag auf den 24. August vertagt. Aber erst am 11. September erschien der Kaiser selbst in Presburg. Es vergingen dann noch elf Tage, bis den Ständen [2]) die königlichen Propositionen mitgeteilt wurden, welche den Frieden wohl erwähnten, aber das Hauptgewicht auf die Sorge für die Landesverteidigung legten.

Sofort begannen die Streitigkeiten zwischen den Protestanten und den Mitgliedern des Prälatenstandes wie ihren Gesinnungsgenossen. Letztere setzten zunächst ihre Forderung durch, daß vor allem für Nikolaus Eszterházy, der am 11. September 1645 gestorben war, ein neuer Palatin gewählt werden solle. Auch drang unter den vom Könige vorgeschlagenen Kandidaten, zwei Katholiken und zwei Protestanten, ein eifriger Katholik: Johann Draskovich, Ban von Kroatien, durch. Da-

1) Die Instruktionen des Kaisers vom 27. Dezember 1645 und Rákóczys vom 27. Februar 1646 für ihre Kommissäre bei Szilágyi, A Linzi béke, p. 413 sqq., ein zusammenfassender Bericht der kaiserlichen Bevollmächtigten vom 20. Oktober 1646, p. 497 sqq.

2) Über die Verhandlungen derselben s. die Quellen bei Katona XXXII, 367—449.

gegen stellte sich der Kaiser jetzt auf die Seite der Protestanten, als diese vor allem die Inartikulierung und Ausführung der Friedensverträge verlangten, während die klerikale Partei die Landesbeschwerden in Verhandlung nehmen wollten. Am 1. Oktober übersendete derselbe die Urkunden.

Nun fing aber der Streit erst recht an. Der Graner Erzbischof Lippay, welcher schon den Reichstag möglichst lange hinauszuschieben gesucht hatte [1]), protestierte in seinem Namen und in dem des ganzen Klerus, dem sich auch einige weltliche Magnaten anschlossen, gegen den Friedensvertrag, soweit er die Religionsfrage betreffe. Doch wurden sie auch in dieser Frage vom Kaiser nicht unterstützt. Seine geheimen Räte setzten es durch, daß die Stände den Friedensvertrag, welcher fortan das Grundgesetz für die Rechte der ungarischen Protestanten bilden sollte, annahmen und bestätigten „trotz des Protestes, der für alle Zukunft keine Kraft haben sollte“.

Aber jetzt handelte es sich um die Ausführung der einzelnen Bestimmungen, namentlich des Artikels, welcher die Rückstellung aller während der letzten Wirren einer Religionspartei weggenommenen Kirchen und die Erledigung der aus früherer Zeit herrührenden Klagen verfügte. Der Zurückgabe der während des letzten Krieges okkupierten Gotteshäuser widersprach niemand. Aber bezüglich der früher strittigen Kirchen stellten sich die Parteien schroff gegenüber. Die Protestanten, welche in ihren Forderungen immer auch von den Vertretern Rákóczys unterstützt wurden, verlangten zur Durchführung dieses Artikels in jedem Komitate die Einsetzung einer Kommission, welche aus gleich viel Vertretern beider Konfessionen bestehen sollte. Die Katholiken, welche sich wieder auf ihre Rechte als Grundherren beriefen, leugneten überhaupt, daß sie ein Unrecht begangen hätten, und weigerten sich auch, die Entscheidung der Streitfrage dem Kaiser zu übertragen. Es wurden nun für die weiteren Verhandlungen von beiden Teilen Deputierte gewählt,

1) So sagt Szilágyi, A Linzi béke, p. 413 mit Berufung auf dessen Briefwechsel.

zwischen welchen die Grafen Kurtz und Martinitz und der österreichische Hofkanzler Prückelmayer als Vertreter des Kaisers vermittelten. Die Protestanten machten den Vorschlag, daß in jedem Komitate, wo strittige Kirchen wären, der Vizegespan mit einer gleichen Zahl von angesehenen Katholiken und Evangelischen die betreffenden Ortschaften besuchen, die Zahl der ansässigen begüterten Personen ermitteln und, wenn nur eine Kirche vorhanden wäre, diese mit den dazu gehörenden Einkünften der in der Mehrheit befindlichen Konfession übergeben, der Minderheit aber einen Platz für den Bau einer neuen Kirche und Schule anweisen, wenn es aber mehr Kirchen gäbe, diese teilen sollte. Die seit 1638 weggenommenen Kirchen sollten ohne weiteres zurückgestellt werden.

Auch darauf gingen die Katholiken nicht ein. Sie stützten sich bei der Ablehnung dieses Vorschlages gerade auf die Urkunden, auf welche sich die Protestanten beriefen, indem sie betonten, daß der mehrfach erwähnte Gesetzartikel von 1608 den Bauern wohl die freie Ausübung ihrer Religion, aber nicht den Gebrauch der Kirchen zugesichert und daß auch der Linzer Frieden nur den Ständen und Städten die freie Ausübung ihres Glaubens „mit dem Gebrauche der Kirchen, Glocken und Friedhöfe" garantiert, dies aber nicht auch bezüglich der Unterthanen derselben ausdrücklich gesagt habe [1]). Sie wiesen zugleich darauf hin, daß auch die Magnaten, welche im 16. Jahrhundert zum protestantischen Glauben übergetreten waren, das Recht der Grundherren auf die Kirchen geltend gemacht und die katholischen Geistlichen vertrieben hätten.

1) quod omnes status et ordines regni ipsaeque liberae civitates nec non oppida privilegiata et milites hungarici in confiniisque regni liberum habeant ubique suae religionis exercitium cum libero templorum, campanarum et sepulturae usu, heißt es im Artikel I. Allerdings wird im Artikel II bezüglich der Bauern auf den Grundherrschaften gesagt: in libero suae religionis exercitio ac usu modoque ut supra simili . . . non turbentur. Aber die Katholiken deuteten dies dahin, daß dies nur de exercitio religionis non vero usu templorum zu verstehen sei. Ihre Denkschrift bei Katona l. c., p. 396 sqq.

Nachdem unter diesen Streitigkeiten drei Monate verflossen waren, ohne daß man zu einem Ergebnisse gelangt wäre, fällte der Kaiser am 22. Dezember selbst eine Entscheidung. Er verordnete, daß den Protestanten 20 Kirchen zurückgestellt, dort, wo sie keine hätten, vom Grundherrn ein Platz zum Bau einer neuen hergegeben, zur Kirche auch die Einkünfte der Pfarrei gerechnet und künftig bei schwerer Strafe gegen den Willen der Bauern keine Kirchen mehr weggenommen werden sollten.

Damit begnügten sich die Protestanten um so weniger, als sie die Auslieferung von ungefähr 400 Kirchen beanspruchen zu können glaubten. Nach längeren Verhandlungen, welche der Palatin, der Hofrichter Graf Pálffy und der königliche Personal Mikulitsch mit den Protestanten führten, bewilligte der Kaiser am 10. Februar 1647 als „äußerstes Zugeständnis" die Rückstellung von 90 Kirchen in den einzeln aufgeführten Orten, und es wurden zur Durchführung dieser Verfügung gleich Kommissäre ausgesendet. Zugleich wurde dann noch festgestellt, daß Katholiken und Protestanten zu keiner Zahlung an den Pfarrer der andern Religionspartei verpflichtet sein sollten, und es wurden die Strafen, welche gegen die Störer des Religionsfriedens verhängt werden sollten, genauer bestimmt.

Nachdem die Religionsfrage erledigt war, machten die andern Verhandlungsgegenstände keine großen Schwierigkeiten mehr. Zum Schutze der Grenzen wurde für die nächsten zwei Jahre eine Steuer bewilligt, welche von jedem vollen Bauerngute je 10 Gulden betrug, wovon die eine Hälfte der Grundherr, die andere der Unterthan zahlen sollte, während für die kleineren Besitzer und die Kaufleute andere Abgaben festgesetzt wurden. Auch die Wahl des Thronfolgers Ferdinand IV. erfolgte am 3. Juni 1647 einstimmig und aus eigener Initiative der Stände, worauf derselbe am 16. die Krone empfing. Am folgenden Tage wurde der Reichstag geschlossen [1].

1) Die von ihm beschlossenen 155 Gesetzartikel im Corpus jur. Hungar. I, 794sqq. und bei Katona XXXII, 449sqq.

Nachdem der Kaiser die Ungarn befriedigt hatte, zeigte sich auch Rákóczy, mit dessen Bevollmächtigten die Verhandlungen im November 1647 in Eperies wieder aufgenommen wurden, nachgiebiger. Ende Januar 1648 kam eine vollständige Einigung zustande [1]).

So hatte dieser Krieg, der mit einzelnen Unterbrechungen dreißig Jahre gedauert und, nachdem er von den österreichischen Erblanden seinen Ausgang genommen, dieselben auch später wiederholt heimgesucht hatte, endlich sein Ende erreicht. Fasst man nur sein äußerliches Ergebnis in politischer Beziehung ins Auge, so war derselbe für Österreich nicht so ungünstig, als es auf den ersten Blick erscheint. Wohl war die Abtretung des Elsasses und der Festung Breisach ein schwerer Verlust, weil dadurch Süddeutschland dem immer mächtiger werdenden Frankreich schutzlos preisgegeben war. So lange das Haupt des Hauses Österreich die deutsche Kaiserwürde behauptete und es für seine Pflicht ansah, die Grenzen des Reiches gegen fremde Übergriffe zu verteidigen, war dies um so empfindlicher, als durch die Bestimmungen des Westfälischen Friedens die ohnehin geringe Macht des Kaisers noch mehr eingeschränkt worden war. Aber im Innern war die Gewalt des Herrschers sehr bedeutend verstärkt worden. War das Streben des protestantischen Adels in Böhmen, die Macht der Stände auf Kosten des Landesfürsten immer mehr zu vergrößern, eine der Hauptursachen des Aufstandes gewesen, so war jetzt ein vollständiger Rückschlag eingetreten, die Bevölkerung in religiöser Beziehung in sich und mit dem Herrscher geeinigt, die politische Bedeutung der Stände vernichtet, das Erbrecht des Hauses Habsburg in Böhmen außer allen Zweifel gestellt, der Absolutismus in den Erblanden zwar nicht der Form, aber doch dem Wesen nach fest begründet. Es handelte sich jetzt hauptsächlich darum, ob die Regierung die Fähigkeit besitzen würde, ihre gesteigerten Machtmittel zur materiellen und geistigen Hebung

1) Die darauf bezüglichen Aktenstücke und der Bericht der kaiserlichen Bevollmächtigten bei Szilágyi, A Linzi béke, p. 530 sqq.

der Länder zu benutzen, welche durch den Bürgerkrieg, die Vertreibung der Protestanten, die wiederholten verheerenden Einfälle der Schweden und die Raubsucht der eigenen Soldaten furchtbar gelitten hatten, deren Bewohner zu vielen Tausenden durch das Schwert, Hunger und ansteckende Krankheiten hinweggerafft worden waren. Hunderte von Ortschaften waren vollständig vom Erdboden verschwunden. Böhmen, welches am Ende des 16. Jahrhunderts 782 größere und kleine Städte und über 36 000 „Dörfer und Höfe" mit etwa 2½ Millionen Einwohnern gezählt hatte [1]), soll nach dem Kriege nur noch 700 000 Einwohner in 230 Städten und 6000 Dörfern gehabt haben. Es mag dies übertrieben sein. Aber das Zusammenschwinden der Bevölkerung und die zunehmende Verarmung wird auch durch amtliche Daten bestätigt. Vor dem Aufstande von 1618 berechnete man in Böhmen 150 000 Bauernfamilien mit einem eigenen Gute. Im Jahre 1645 wird in einer Eingabe der Stände an den König die Zahl der ansässigen steuerfähigen Unterthanen auf höchstens 30 000 veranschlagt [2]). Ein ungenannter Bericht giebt an, daß in Böhmen 215 Schlösser, 80 Städte und 813 Dörfer, in Mähren 63 Schlösser, 22 Städte und 333 Dörfer, in Schlesien 118 Schlösser, 36 Städte und 1025 Dörfer, in Österreich 51 Schlösser, 23 Städte und 313 Dörfer und zwar meist von den Schweden durch Feuer zerstört worden seien [3]). Auch die noch bestehenden Ortschaften waren verarmt, durch Schulden fast erdrückt, wenig bewohnt. In Königgrätz waren 1654 nur 201 Häuser bewohnt, 495 lagen in Trümmern. In Mies waren 1654 von 229 Häusern 109 öde. Kommotau hatte im Jahre 1604 545 Häuser gezählt, 1654 waren noch 139 bewohnt. In Brünn waren von 1356 Häusern 928 ganz, 260 halb Ruinen. Olmütz soll 1630 30000 Einwohner gehabt haben, 1650 hatte es noch 1675, die sich allerdings durch die Rückkehr der Geflohenen bald wieder vermehrt

1) Gindely, Gesch. des Dreißigjährigen Krieges I, 157 f.
2) Toman, Das böhmische Staatsrecht, S. 83 ff.
3) Dudik, S. 377.

haben dürften; von 97 adeligen und geistlichen Häusern waren 36, von 623 Bürgerhäusern in der Stadt 236 niedergerissen, von 656 Häusern in den Vorstädten stand keins mehr. Iglau hatte 1617 13000 Einwohner gehabt, 1647 waren noch 381 selbständige Familien übrig [1]). Wie sehr aber der Wohlstand der Einzelnen abgenommen hatte, läßt sich gar nicht berechnen. Was nicht die höheren Offiziere unter dem Titel von Kontributionen oder Brandschatzungen erpreßt, die Soldaten weggenommen hatten, war oft noch in sinnloser Zerstörungswut zerschlagen oder verbrannt worden. Unzählige Werke der Kunstindustrie, welche damals in viel weitere Kreise verbreitet waren als heutzutage, haben besonders in den späteren Jahren des Krieges ihren Untergang gefunden. Ein Volk aber, dessen materielle Blüte zerstört ist, welches den harten Kampf um seine Existenz zu kämpfen hat und sein Augenmerk immer auf die Erwerbung des täglichen Brotes richten muß, wird auch in geistiger Beziehung keine bedeutenden Leistungen hervorbringen können. Wenn die Kultur der österreichischen ebenso wie die der deutschen Länder ein volles Jahrhundert keine Fortschritte aufzuweisen vermag, so ist die Hauptursache gerade im Dreißigjährigen Kriege zu suchen.

1) Gindely, Gegenreformation, S. 284. Bilek in „Mitth. des Ver. f. Gesch. der Deutschen in Böhmen“ XXIV, 184 und XXVII, 73.



Druck von Friedrich Andreas Perthes in Gotha.

# Berichtigungen.

## Zum vierten Bande:

S. 361, Z. 18 lies der Tochter statt die Tochter.
" " " 20 " vermochten sie statt vermochte er.
" 372, " 14 " Brüder statt Bruder.
" 391, " 12 " Caramanien statt Caramanie.
" 522, " 1 von unten: Das Bündnis der katholischen Stände scheint schon im Jahre 1601 oder 1602 geschlossen zu sein, die S. 523 erwähnte Eingabe an den Erzherzog Matthias in das J. 1604 zu fallen. O. Klopp, Der Dreißigjährige Krieg I, 37, N. 3. Ritter, Deutsche Geschichte II, 173, N. 2.

## Zum fünften Bande:

S. 8, Z. 5 streiche sich.
" 21, " 5 lies Kuefstein statt Kunfstein.
" 37, " 11 und 11 v. u. lies Mährern statt Mähren.
" 64, Anm. 2 lies Acsády statt Asiády.
" 85, Z. 3 v. u. lies Mährer statt Mähren.
" 101, Anm. Z. 1 v. u. lies Hurter.
" 105, Z. 12 tilge das Komma nach Oberstburggraf.
" 164, Anm. 4, Z. 1 lies 15 statt 16.
" 302, Z. 15 v. u. lies fehlten statt fehlte.
" 436, " 2 lies brannte statt brennte.



